

26

STUDIA PODLASKIE



IV

BIAŁYSTOK

1993

INSTYTUT HISTORII
Fili Uniwersytetu Warszawskiego
w Białymstoku

STUDIA PODLASKIE

TOM IV

Białystok 1993

KOLEGIUM REDAKCYJNE

Stanisław ALEXANDROWICZ (z-ca red. naczelnego)

Michał GNATOWSKI (red. naczelny)

Włodzimierz JARMOLIK (sekretarz)

Władysław SERCZYK

Andrzej WYCZAŃSKI

Adres Redakcji

Instytut Historii

Filii Uniwersytetu Warszawskiego

15-420 Białystok

ul. Liniarskiego 4

tel. 2-25-80

Redaktor

Joanna Zimińska

Skład komputerowy

Stanisław Żukowski

DZIAŁ WYDAWNICTW FILII UW W BIAŁYMSTOKU – 1993

Nakład 400 egz., format B-5, ark. wyd. 19,5, papier offset. 80 g.

Druk: OFFSET-PRINT

WALTER LEITSCH

**SIGISMUND VON HERBERSTEIN,
SEIN BUCH ÜBER DEN MOSKAUER STAAT
UND SEINE BEZIEHUNG ZU POLEN**

Neben vielen anderen Texten finden wir in der zweiten Auflage des zweiten Bandes der damals bedeutendsten und mit Abstand auch besten Sammlung von Reisebeschreibungen, der *Navigazioni e viaggi*, auch das Buch Sigismunds von Herberstein über den Moskauer Staat in italienischer Übersetzung.¹ Durch die Aufnahme in den „Ramusio“ erhielt der Verfasser gleichsam die höheren Weihen als viatorinvestigator, er befand sich somit in Gesellschaft von Reisenden und Verfassern von Reisebeschreibungen von Marco Polo bis Magalhães. Er war der einzige Österreicher in dieser illustren Gesellschaft, denn im Grunde hat Österreich als landlocked country die erste große Welle der Entdeckungsreisen schlicht und einfach verschlafen. Es ist bemerkenswert, daß man in dieser Sammlung, die ansonsten nur über außereuropäische, nichtchristliche Länder informierte, schon in der ersten Auflage des zweiten Bandes so viel Raum und Aufmerksamkeit einem europäischen und christlichen Land widmete. Niemand behauptete, die Autoren der Schriften, die hier nachgedruckt wurden, hätten ein bis dahin unbekanntes Land entdeckt. Gelegentlich hat man Herberstein als Columbus Rußlands bezeichnet, doch das ist eine ganz unzulässige Übertreibung. Den Gebildeten des lateinischen Kulturkreises war im Mittelalter sehr wohl bewußt, daß es im Nordosten unseres Kontinents ein Land namens Rußland gab.

Doch das Interesse an diesem Land war vorerst eher gering. Erst als die Seefahrer sich immer weiter in die Ozeane hinauswagten und nach ihrer Rückkehr von immer mehr neuentdeckten Ländern berichteten, erwachte ganz allgemein das Interesse an anderen, fremdartigen Ländern. Nun wollte man auch genauer erfahren, wie dieses Land im Nordosten unseres Kontinents beschaffen war. Das läßt sich an dem Erfolg eines kleinen Büchleins demonstrieren: Paolo Giovio veröffentlichte im Jahre 1525 in Rom eine kleine Schrift über *Moscovia*,² wie die Menschen des 16. Jahrhunderts dieses Land zu bezeichnen pflegten. Giovio, der stets das Ohr am Puls der Zeit hielt, interviewte im Spätherbst 1525 einen Moskauer Diplomaten, der sich in Rom aufhielt. Bis zur Mitte des Jahrhunderts erschienen noch drei weitere kleine

Texte über Moskovien.³ Allerdings hatten die Verfasser einen wohl auch in den Augen der Leser nicht unwesentlichen Nachteil: Sie alle schrieben über ein Land, das sie nur vom Hörensagen kannten. Erst im Jahre 1549 erschien ein umfangreicher und sehr informativer Text, dessen Verfasser, Sigismund von Herberstein, Moscovien aus eigener Anschauung kannte.⁴ Der Kürze wegen wollen wir diesen Text im folgenden *Moscovia* nennen. Im Jahre 1517 hatte Kaiser Maximilian I. und neun Jahre später Erzherzog Ferdinand ein zweites Mal Herberstein als Diplomaten nach Moskau geschickt. Insgesamt hat er ungefähr 62 Wochen im Moskauer Staat verbracht.⁵

Natürlich hat Heberstein das allermeiste, was in dem Buch zu lesen ist, von den Bewohnern des Landes erfahren, nur wenig, schätzungsweise ein Viertel des Textes, hat er auf Grund persönlicher Erfahrungen schreiben können. Oft genügt aber eine nicht allzu umfangreiche persönliche Erfahrung, um das eine oder andere als unglaubwürdig zu erkennen. Die persönlichen Erfahrungen Herbersteins haben ganz wesentlich dazu beigetragen, daß der Bericht wirklich gut wurde.

Wer die Leute waren, die ihm über praktisch alle Teile des Landes Details erzählten und einschlägiges schriftliches Material besorgten, bzw. bei der Auswertung halfen, verrät er nicht. Das ist aber weiter nicht verwunderlich: Auch in späteren Zeiten haben die Diplomaten nur selten verraten, von wem sie ihr Wissen hatten; das wäre für die Informanten in vielen Fällen zu riskant gewesen. Natürlich muß man dann die Frage stellen: War er beim Sammeln des Materials nicht von Leuten, die bereit waren, ihm zu helfen, weitgehend abhängig? Gerade er hatte jedoch die Möglichkeit einer gewissen Kontrolle, da er sich mit den Moskauern besser verständigen konnte als die meisten Verfasser solcher Berichte. Er entstammte nämlich einer Nebenlinie einer steirischen Adelsfamilie, die in Krain und Istrien begütert war. Er 1486 in Vipava zur Welt gekommen, wuchs in diesem Ort auf und erlernte dort das Slovenische, um später bei der Verwaltung seiner Güter mit den Bauern reden zu können.⁶ Die Unterschiede zwischen den slavischen Sprachen waren zu Beginn der Neuzeit noch geringer als heute, er konnte daher ohne größere Schwierigkeiten zumindest einen Teil des Russischen, sowohl des gesprochenen als auch des geschriebenen, verstehen, bzw. hatte er in Moskau genügend Zeit, die Wörter zu erlernen, die im Russischen anders sind als im Slovenischen. Er konnte also sehr wohl erkennen, ob man ihm einen Text richtig übersetzte oder nicht.

Er brachte für seine Tätigkeit im Moskauer Staat besonders gute Voraussetzung mit. Er verdient jedoch auch unsere Bewunderung dafür, daß er so viel wertvolles Material während seines Aufenthaltes sammeln konnte. Sein Geschick, den Menschen Information zu entlocken, muß außergewöhnlich gewesen sein.

Sigismund hatte in seiner Jugend ein wenig Kriegsdienst geleistet und die Familiengüter verwaltet, war in der Finanzverwaltung tätig und hat immer wieder diplomatische Missionen übernommen. Die zweite Mission nach Moskau in den Jahren 1526 und 1527 war seine einunddreißigste.⁷ Man kann ihn also durchaus als

einen erfahrenen Diplomaten bezeichnen, der gewohnt war, Berichte zu verfassen. In der Landesbeschreibung, die er 1549 veröffentlichte und wohl bereits 1527 zum überwiegenden Teil geschrieben hatte, mußte er jedoch auch Lebensbereiche schildern, mit denen ein Diplomat ansonsten kaum in Kontakt kam. Terminologisch hat er sich manchmal schwergetan, das merkt man dem Text an. Im Grunde hat er jedoch die Aufgabe, ein Land in seiner Vielgestaltigkeit zu beschreiben, sehr gut bewältigt.

Was veranlaßte ihn, ein Buch über ein fernes Land zu schreiben? Er gehörte einer Adelsfamilie an und war ein Höfling. Er war gewiß besser ausgebildet worden als die allermeisten seiner Standesgenossen, doch Menschen seiner Herkunft, die im Fürstendienst Karriere machten, schrieben in der Regel keine Bücher. Vor allem schrieben sie nicht Bücher, die bald nach dem Erscheinen in eine Sammlung von Berichten über Reisen und Entdeckungen aufgenommen wurden. Für einen Bewohner eines Binnenlandes ist das ein erstaunlicher Werdegang. Hätte eine Wahrsagerin unserem Sigismund, als er ein junger Mann war, vorausgesagt, man werde ihn 400 Jahre nach seinem Tod als Entdecker feiern, hätte er die Wahrsagerin wohl für verrückt gehalten. Nichts in der frühen Laufbahn Sigismunds wies darauf hin, daß er dereinst als Autor eines Werkes über ein fernes Land berühmt werden könnte.

Nun stellt man sich natürlich unter einer Entdeckungsreise etwas anderes vor als eine diplomatische Mission. Andererseits muß man der Gerechtigkeit halber sagen, daß für einen Diplomaten in der damaligen Zeit das Reisen gar nicht so ungefährlich war. Besonders im Moskauer Staat war das Reisen eher ungemütlich, zumal die offiziellen Begleiter gelegentlich gar nicht daran interessiert waren, eine solche Reise bequem zu gestalten: Weil man ihnen befohlen hatte, nur langsam voranzukommen, um auf entsprechende Befehle aus Moskau zu warten, zwangen sie im März 1526 eine diplomatische Reisegesellschaft, der Herberstein angehörte, bei winterlichen Temperaturen, mehrmals im Freien zu übernachten.⁸ Das Reisen war also durchaus abenteuerlich, doch die hier beschriebenen Schwierigkeiten schilderte Herberstein in seiner nicht für die Veröffentlichung vorgesehenen Autobiographie, er berichtete in seinem Buch nur wenig darüber. Ein Mann seines Schlages wurde mit solchen Schwierigkeiten fertig, ohne viel darüber zu reden.

Ein Entdeckungsreisender ist in der Regel wohl eher ein Unternehmer, der gelegentlich auch aus purer Neugier irgend etwas bis dahin Unbekanntes sehen will, der zumeist jedoch irgendwelche Reichtümer finden will, die nicht genügend sicher verwahrt sind. Ein Diplomat ist hingegen gewohnt, Befehle auszuführen. Das Abenteurliche, das Risiko und die Gefahr spielten allerdings bei einem Diplomaten im 16. Jahrhundert noch eine viel größere Rolle als heute. Sogar im beruflichen Bereich mußte ein Diplomat damals gelegentlich Entscheidungen treffen, die weitreichende Folgen haben konnten. Da es noch kein Telephon und keinen Telegraphen gab, haben die Diplomaten in dringenden Fällen wichtige Entscheidungen während einer Mission treffen müssen, aber sie taten dies ihren

beruflichen Aufgaben entsprechend nur im Rahmen ihres Auftrages. Ihr Handeln war immer genau abgesteckt, durch eine Instruktion geregelt.

Das Verfassen von umfangreichen Landesbeschreibungen ist an sich in einer solchen Instruktion nicht vorgesehen. Doch mit Heberstein und dem Moskauer Staat verhält sich das ein wenig anders. Zwar erwähnt er nirgends in seiner sehr ausführlichen Autobiographie, daß er sich berufen gefühlt hätte, den Horizont seiner Mitmenschen dadurch zu erweitern, daß er Länder beschrieb, von denen man bis dahin nur wenig wußte. Gewiß war er aber stolz, daß er über Dinge bescheid wußte, die den anderen unbekannt waren. Er setzte seine Kenntnisse auch ganz gezielt ein. So berichtete er über die Tage nach seiner Rückkehr von der ersten Mission nach Moskau:

...ich ...kam gehn Innßprugg zu dem kaiser, dem mein aufrichtung nit allain, sonder die relation von den moscovithischen ceremonien und gebreuchen angenehm waren. Hort mich aines abents uber die gwonlich zeit, hinzt der schlaff mit gwalt kam. Der cardinal zu Saltzburg Matheus Lang bezeugt hievor bey dem kaiser, das ich ausser seiner gegenwurt nit sol gehort werden, als dann beschach. Der cardinal stuend alle zeit meiner relation und anzaigen vor dem kaiser.⁹

Auf diesen Erfolg war er mit gutem Recht sehr stolz. Daß er interessant erzählen und glänzend beobachten, daß er neue Erfahrungen in einen geordneten Zusammenhang bringen konnte, all diese Talente blieben wohl nicht verborgen. Auch wird Herberstein selbst dafür gesorgt haben, daß dieser Erfolg vor allem den Leuten bekannt wurde, die für seine Karriere wichtig waren. Er baute sich systematisch zum Fachmann für die Länder des Nordens auf. Bald nach seiner ersten Moskauer Mission reiste er als Vertreter des Landes Steiermark nach Spanien zu Karl V., dem neuen Landesherrn. Auf dem Weg hielt sich die Gruppe von Adelige in Venedig auf. Herberstein schilderte sich später als geschickten Causeur. Er unterhielt sich mit den beiden venezianischen Adelige, die sich um die Gruppe zu kümmern hatten:

Khamen an mein seitten, mit denen Ich vill zureden vnnd zu fragen gehabt. Die andern nachneten sich souil Immer muglich, das sy vnnsrer gespräch vernemen möchten. Dann die andern meine mitgesannnden redt khainer mit Inen sonnders, vnnd Ich sagte Inen frembde sachen aus Polln, Litten vnnd Mosqua.¹⁰

Daß er sich vor allem als Fachmann für den Moskauer Staat sah, kann man schon allein daran erkennen, auf welche Weise er das Recht nutzte, sein Wappen zu verbessern: Einige Jahre nach der Rückkehr von seiner ersten Mission nach Moskau, im Jahre 1522, schmückte er es mit einer bombastischen Helmzier, wie sie in diesen Zeiten bereits üblich war: In der Mitte thront der Kaiser mit weißem Bart, gemeint ist wohl Maximilian I., der allerdings bereits einige Jahre vor dieser Wappenverbesserung gestorben war. Zu seiner heraldisch rechten Seite sehen wir einen König. Es war wohl keine bestimmte Person gemeint, denn Karl V. war Kaiser

und Ferdinand I. noch nicht König. Zur Linken des Kaisers allerdings erkennen wir als Teil der Helmzier einen leibhaftigen Moskowiter.¹¹ Der Großfürst von Moskau im Wappen eines österreichischen Adligen!

Nach all dem erscheint es fast selbstverständlich, daß einige Jahre später, als man wiederum einen Diplomaten für eine Mission nach Moskau suchte, die Wahl auf Sigismund von Herberstein fiel. Diesmal erhielt er von seinem Auftraggeber, Erzherzog Ferdinand, höchst persönlich den Auftrag (1. Februar 1526), Angaben über den Glauben, die Zeremonien und die Gebräuche im Moskauer Staat zu sammeln.¹² Daß der König Herberstein mit besonderem Nachdruck aufgetragen, Material über die Religion und die religiösen Gebräuche der Moskauer zu sammeln, das hing wohl mit dem Beginn der Reformation zusammen. Herbersteins erste Reise lag zwar nur acht Jahre zurück, doch inzwischen hatte sich eine Menge ereignet: Eine mächtige Welle von Religionsdisputen hatte die Geister in Deutschland in Bewegung gebracht.

Die Anfang 1527 verfaßte Finalrelation veröffentlichte Herberstein 22 Jahre später im Druck. Er selbst klagte immer wieder, es habe ihn die übermäßige Arbeitslast daran gehindert, den Text früher zum Druck zu bringen.¹³ Man kann sich auch andere Gründe vorstellen, etwa ein Zögern der kaiserlichen Verwaltung, diese auch politisch recht nützlichen Kenntnisse mit anderen Höfen zu teilen. Es ist ein eigenartiges Phänomen, daß Herberstein diesen Text 22 Jahre nach der Rückkehr von seiner zweiten Mission als eine Beschreibung des aktuellen Zustandes des Moskauer Staates veröffentlichte. Während dieser 22 Jahre hat er sich gar nicht bemüht, weiteres Material zu sammeln. Er war in diesen Jahren wiederholt in Polen-Litauen, 1540 etwa in Wilna, und hätte dort gewiß Informationen über die Entwicklung in Moskau nach dem Jahre 1527 erhalten können. Die Reaktion der Zeitgenossen auf die Veröffentlichung dieses Textes war durchwegs positiv. Die Menschen des 16. Jahrhunderts waren bereit, eine Zeitspanne von 22 Jahren als vernachlässigbare Größe zu betrachten und diesen Bericht als eine Beschreibung des aktuellen Zustandes dieses Landes zu akzeptieren. Nach unserem heutigen Wissensstand war das auch durchaus möglich. Es gab keine grundlegenden Veränderungen im Moskauer Staat in der Zeit zwischen 1527 und 1549. Nur ein neuer Souverän war herangewachsen. Er ließ sich zum Zaren krönen, doch das veränderte nicht die Beschaffenheit des Landes. Die *Moscovia* Herbersteins sollte ein ganzes Jahrhundert lang in den Augen der Leser eine gültige Charakteristik des Moskauer Staates bleiben.

In der letzten Zeit haben sich einige Historiker sehr intensiv mit Reiseberichten beschäftigt, und zwar aus einer ganz bestimmten Perspektive, die man früher vernachlässigt hatte. Es liegt auf der Hand, daß ein Reisender vor allem das beschreibt, was ihm im Vergleich zu dem Bekannten und Vertrauten, also in der Regel zu seinem Heimatland außergewöhnlich oder zumindest doch anders erscheint. Man kann daher aus einem Reisebericht auch Rückschlüsse auf die Zustände im Heimatland des Berichterstatters ziehen.¹⁴

Doch nicht nur die Beschaffenheit des Heimatlandes beeinflusst sie Art und Weise, wie ein Reisender ein fremdes Land sieht, auch frühere Reisen haben den Erfahrungsschatz Herbersteins gewiß bereichert und daher seine Vergleichsmöglichkeiten vermehrt. Wenn wir davon ausgehen, daß er den Anfang 1527 verfaßten Bericht für die Drucklegung 1549 nicht wesentlich abänderte, genügt es, die Länder zu nennen, die er vor seiner zweiten Reise nach Moskau kennenlernen konnte. Das waren außerhalb seiner unmittelbaren Umgebung die Länder Schwaben, Bayern, die Niederlande, Franken, Sachsen und die Schweiz; außerhalb des Reiches war er nach oder durch Dänemark, Polen (zweimal), Ungarn (neunmal), Italien, Spanien, Böhmen (dreimal) und Frankreich gereist.¹⁵ Herberstein war also ein weitgereister Mann, kannte viele Länder und konnte somit das besondere am Moskauer Staat wohl recht gut einschätzen.

Was fiel Herberstein am Moskauer Staat besonders auf? Wo sah er große Unterschiede zwischen diesem Staat und seinem Heimatland bzw. den anderen Ländern Europas? Mehr als alles andere erregte ihn die ungeheure Machtfülle des Großfürsten. Herberstein traf überall in den anderen Ländern auf selbstbewußte Standesgenossen, mit deren Wünschen und politischen Intentionen die Fürsten zu rechnen hatten. In Moskau war dies anders: „gens illa magis servitute quam libertate gaudet“.¹⁶ Immer wieder kommt Herberstein auf dieses Problem zurück. Offensichtlich war dies von allen Erfahrungen, die er in Moskau machte, die für ihn aufregendste.

Zwei kleine Texte, die er vor seiner Abreise nach Moskau im Jahre 1525 gelesen hatte, gingen zurück auf Gespräche zwischen katholischen Geistlichen (Giovio, Fabri) und Moskauer Diplomaten. Die Moskauer Diplomaten haben natürlich sorgfältigst vermieden, ihren Fürsten als einen Tyrannen darzustellen. Die Menschen des lateinischen Kulturkreises empfanden jedoch zu dieser Zeit Ausmaß und Einsatz der Macht des Großfürsten von Moskau als Tyrannis:

Authoritate sua tam in spiritualibus quam secularibus utitur libere ac ex voluntate sua de omnibus et vita et bonis constituit. Consiliariorum quos habet, nullus est tantae auctoritatis, qui dissentire aut sibi in re aliqua resistere audeat. Fatentur publice voluntatem principis Dei esse voluntatem et, quicquid princeps egerit, ex voluntate Dei agere; ob id etiam clavigerum et cubicularium Dei appellant. Exequutores denique voluntatis divinae credunt, unde princeps ipse, si quando preces interponuntur pro captivo aliquo aut re alia gravi, respondere solet: „Cum deus iussit, liberabitur“. Ita similiter, si quispiam de re aliqua incerta et dubia quaerit, respondere communiter solet: „Deus scit et magnus princeps“. Incertum est, an tanta immanitas gentis tyrannum principem exigat, an tyrannide principis gens ipsa tam immanis tamque dura crudelisque reddatur.¹⁷

Vor allem dürfte es Herberstein auch sehr beeindruckt haben, daß der Großfürst von Moskau auch nicht davor zurückschreckte, kirchliche Würdenträger wie alle anderen Untertanen zu behandeln, d.h. nach seinen Wertvorstellungen schlecht

zu behandeln. Um das zu verdeutlichen, berichtete er auch von einem Einzelfall:

Erat co tempore, cum caesaris Maximiliani oratorem Moscovviae agerem, Bartholomeus metropolita, vir sanctae vitae. Cumque princeps violasset iuramentum per se et ipsum metropolitam duci Semestiz praestitum et alia quaedam designasset, quae videbantur contra auctoritatem illius esse, accessit principem et inquit: „Cum omnem auctoritatem tibi usurpas, ideo officio meo praesse non possum“. Porrecto sibi baculo suo, quem in modum crucis ferebat, officium resignat. Princeps baculum cum officio sine mora suscipit atque pauperem cathenis vinctum continuo Biologesero mittit. Aiunt hunc ibi aliquandiu in vinculis fuisse, liberatum tamen post privatumque in monasterio reliquum vitae exegisse.¹⁸

Auch ausländische Geistliche blieben von der Härte großfürstlicher Maßnahmen nicht verschont. Sogar einen gelehrten Mönch, den der Patriarch von Konstantinopel auf Bitten des Großfürsten nach Moskau geschickt hatte, damit er die kirchlichen Bücher korrigiere, hat der Großfürst hart bestraft:

Accepimus Moscovviae patriarcham Constantinopolitanum ad petitionem ipsius Mosci misisse quendam monachum, Maximilianum nomine, ut omnes libros canones et singula statuta ad fidem pertinentia in ordinem recto iudicio redigeret. Quod cum fecisset multisque et gravissimis erroribus animadversis coram principe pronunciasset eum plane esse scismaticum, qui cum Romanum aut Graceum non sequatur ritum. Haec ubi dixisset, non multo post (etsi eum summa prosequeretur princeps benevolentia) dicitur evanuisse ac multorum opinione submersum esse.¹⁹

Das Gerücht, der gelehrte Geistliche sei etränkt worden, das Herberstein hier niederschrieb, entsprach nicht der Wahrheit. Maksim Grek, wie man diesen Mann in den russischen Quellen nannte, lebte gefangen in einem Kloster im Norden. Auch hat ihn der Großfürst nicht wegen einer solchen Äußerung verschickt, sondern wegen seiner kirchenpolitischen Aktivitäten und wohl auch wegen der Kritik, die maksim an seinem „Familienleben“ übte: Der Großfürst hatte seine erste Gemahlin verstoßen und sich wiederverheiratet.²⁰

Wenn auch der Großfürst nicht viel Achtung vor den hoben Geistlichen zeigte, so waren doch er und alle enigermaßen gebildeten Moskauer im allgemeinen davon überzeugt, das von ihnen praktizierte Christentum sei das einzig wahre.²¹

Auch im sozialen Verhalten der Moskauer entdeckte Herberstein Überraschendes. Wenn es stimmt, was er über die Arbeitsmoral der unteren Schichten zu berichten wußte, dann dürfte die Motivation des erstaunlichen Arbeitseifers wohl religiöser Natur gewesen sein:

Festos dies viri praestantiores – peractis sacris – upulis ebrietate et vestitu eleganti venerantur. Vulgus, domestici ac servi plerumque laborant dicentes feriari ac a labore abstinere dominorum esse. Cives et mechanici divinis intersunt; quibus peractis redeunt ad laborem sanctius putantes labori incumbere quam bibendo ludendo et id genus rebus substantiam et tempus

inaniter perdere. Nam vulgo et plebi cervisiae et medonis portus prohibitus est. Quibusdam tamen solennioribus diebus, ut puta natalis domini, feriis pascae, penthecostes, et aliis quibusdam diebus potare illis permissum est, quibus sane non propter divinum cultum sed potum potius a labore abstinent.²²

Erstaunlich ist hingegen, daß sie ihren Ehefrauen so sehr mißtrauten, daß sie ihnen kaum erlaubten, das Haus zu verlassen. Sie verwehrten ihnen sogar, in die Kirche zu gehen:

Mulierum conditio miserrima est; nullam enim honestam credunt, nisi domi conclusa vivat adeoque custodiatur, ut nusquam prodeat. Parum inquam pudicam existimant, si ab alienis externisve conspiciatur. Domi autem conclusae nent duntaxat et fila trahunt. Nihil prorsus iuris aut negotii in aedibus habent, omnes labores domestici servorum opera fiunt. Quicquid mulierum manibus suffocatur, sive gallina sive aliud aliquod animalium, id abhorrent tanquam impurum. Qui vero pauperiores sunt, eorum uxores domesticos obeunt et coquunt. Ceterum cum viris absentibus forte et servis gallinas iugulare volunt, stant pro foribus tenentes gallinam aut aliud animal et cultrum praetereuntesque viros, ut ipsi interficiant, plurimum rogant. Rarissime in templa, rarius etiam ad amicorum colloquia, nisi senes admodum sint omnique suspicione careant, admittuntur. Certis tamen et festivis diebus animi gratia concedunt uxoribus ac filiabus, ut in pratis amoenissimis conveniant, ubi super quadam rota instar fortunae insidentes alternatim sursum ac deorsum moventur, aut alioqui funem appendunt, quo suspensae ac insidentes hinc inde impulsae feruntur moventurque, aut denique quibusdam et certis cantilenis manibus plaudentes sese oblectant; choreas prorsus nullas ducunt.²³

Während man den Frauen und Mädchen kaum irgendwelche Vergnügungen außerhalb des Hauses gönnte, waren die jungen Männer keineswegs so beengt. Wie auch in anderen Ländern waren die Freizeitvergnügungen der halbwüchsigen Burschen zu dieser Zeit eher eine Vorbereitung auf das Kriegshandwerk als ein Spaß, bzw. machten den jungen Leuten in früheren Zeiten eben andere Dinge Spaß:

Adolescentes et pueri pariter festivis diebus sed in civitate loco amplo et celebri, unde videri et exaudiri a pluribus queant, convenire solent. Quibusdam autem sibilis ceu signo dato convocantur, convocati illico concurrunt manusque conserent. Certamen pugnis ineunt, mox pedibus promiscue ac magno impetu faciem guttur pectus ventrem genitalia quatunt, aut quacunque ratione possunt alios alii inter se de victoria concertantes prosternunt adeo, ut saepe inde exanimati asportentur. Porro quicumque plures vincit, diutius in arena durat fortissimeque verbera tollerat, is prae ceteris laudatur victorque celebris habetur. Hoc certaminis genus institutum est, ut assuescant adolescentes verbera ferre ictusque quoscunque sustinere.²⁴

Mitunter zogen die Unternehmungslustigen, die das Abenteuer suchten, im 16.

Jahrhundert auch aus, um außergewöhnliche Naturerscheinungen, absonderliche Lebewesen und kuriose Menschen zu finden, von denen es reichlich phantastische Berichte in mittelalterlichen Schriften gab. Die meisten dieser Berichte waren reine Erfindungen. Manche hatten zwar einen realen Kern, doch das Phantastische überwucherte diesen Kern oft so stark, daß er kaum noch erkennbar war. Auch Heberstein kam mit diesem Problem in Berührung. Es ist jedoch bezeichnend, auf welche Weise er sich mit diesen phantastischen Geschichten auseinandersetzte. Einerseits wollte er seinen Lesern diese Erzählungen nicht vorenthalten, andererseits hatte er als humanistisch gebildeter Mann starke Zweifel, daß diese Erzählungen wahr sein könnten. Es gelang ihm, in Moskau einige interessante Schriften auszuwerten und in lateinischer Übersetzung die *Moscovia* aufzunehmen. Darunter gab es auch die Beschreibung einer Reise von Moskauern in den Norden und Nordosten des Landes, in der recht detailliert von einer goldenen Frau berichtet wird; es durfte sich wohl um ein Götzenbild gehandelt haben, das sich – wenn irgendeine Realität dahinterstecken sollte – im nordwestlichen Winkel Asiens befunden haben müßte. Dann berichtet Herberstein weiter von einem Fluß Tachnin und setzt fort:

Ultra quem prodigiosae formae homines dicuntur, quorum alii ferarum more toto corpore pilis horrent, alii caninis capitibus, alii prorsus sine collo pectus pro capite habent longasque sine pedibus manus. Est et in Tachnin fluvio piscis quidam, capite oculis naso ore manibus pedibus aliisque humana prorsus forma, nulla tamen voce. Qui ut alii pisces suave ex se praebet obsonium. Hactenus quaecunque retuli, ex oblato itinerrario Ruthenico a me ad verbum traducta sunt, in quibus etsi fabulosa quaedam vixque credibilia esse videantur veluti de hominibus mutis, morientibus et revisiscentibus, Aurea Anu, monstrositas hominum formis, pisceque humana effigie; de quibus etsi ipse quoque diligenter investigaverim, nihil tamen certi a quopiam, qui ea oculis suis vidisset, quamvis omnium fama rem ita se habere praedicarent, cognoscere potui. Tamen ut aliis amplio rem harum rerum praerberem investigandi occasionem, nolui quicquam obmittere. Unde et locorum vocabulis iisdem, quibus a Rutenis nuncupantur, usus sum.²⁵

Natürlich gibt es in dem Buch gelegentlich auch eher trockene Aufzählungen. Auch hat sich gewiß nicht jeder Leser für jedes der behandelten Themen interessiert. Im großen und ganzen war das Werk aber sehr lebendig geschrieben. Dieses Talent des Geschichtenerzählens zeigte sich ganz besonders in den Teilen des Buches, die den Lebensbereichen gewidmet waren, in denen sich der Verfasser richtig zu Hause fühlte. Bei der Beschreibung diplomatischer Zeremonien, eines Gastmahls am Hof des Großfürsten und einer großfürstlichen Jagd hatte Herberstein Gelegenheit, sein Erzähltalent eindrucksvoll zu entwickeln. Besonders die Beschreibung der Jagd scheint mir sehr gelungen. Es war dies eine ungeheuer pompöse Unternehmung, an der viele hundert Personen teilnahmen, bei der aber auch die Gelegenheit bestand, mit dem Großfürsten small talk zu pflegen. Nach einem solchen small talk wies

der Großfürst selbst die beiden Botschafter an, wie sie sich während der Jagd zu verhalten hätten:

Constituatur denique unicuique nostrum duos homines, quorum uterque canem ducebat, quibus ipsi pro solatio nostro uteremur. Ad ea respondebamus nos hanc suam gratiam grato accipere animo eundemque morem apud nostrates esse. Illa autem excusatione ideo utebatur, quod apud eos canis immundum animal habetur, et turpe est canem nuda manu attingere... Princeps primus inlambat venatorem ordiri iubens. Qui continuo concitatissimo equi cursu ad caeteros venatores, quorum magnus erat numerus, advolat. Mox uno ore omnes exclamabant, canes Molossos et odoriferos immittunt, ubi sane periucundum erat audire tot tamque varios canum latratus... Cum lepus sese offert, dimittuntur tres, quatuor, quinque aut plures canes eum undique adorientes. Quo apprehenso magno plausu acclamant ac si magnam feram cepissent. Porro lepores si tardius aliquando excurrunt, solet tum princeps continuo aliquem, quemcumque inter arbusta leporem in sacco habentem conspexerit, nominare ac „hui, hui“ inlambere, qua voce leporem emittendum significat. Egrediuntur itaque lepores nonnunquam quasi somnolenti saltantes inter canes veluti capreoli aut agnelli inter greges.²⁶

Herbersteins *Moscovia* war ein großer Erfolg. In den Jahren 1549 bis 1606 wurde der Text zwanzig Mal in lateinischer, italienischer und deutscher Sprache gedruckt. Das war erstaunlich für ein Buch, in dem über ein Land berichtet wurde, das im Vergleich zu den Ländern, die durch die großen überseeischen Entdeckungsfahrten bekannt wurden, nur mäßig exotisch war. Ungefähr ein Jahrhundert lang, bis zum Erscheinen des Werkes von Adam Olearius in der Mitte des 17. Jahrhunderts, blieb Herbersteins *Moscovia* das Standardwerk über den Moskauer Staat.

Herberstein berichtete über eine Vielzahl von Lebensbereichen, recherchierte mit großer Gewissenhaftigkeit und produzierte somit ein sehr gediegenes Buch. Dieser Umstand hat wesentlich dazu beigetragen, daß auch die Berichte über den Moskauer Staat, die in den folgenden eineinhalb Jahrhunderten erschienen, sich durch hohe Qualität auszeichneten. Ein Verfasser eines Werkes über den Moskauer Staat mußte immer damit rechnen, daß sein Text an den Qualitäten der *Moscovia* Herbersteins gemessen wird.

Noch eine Besonderheit der *Moscovia* muß erwähnt werden: Herberstein war stets bemüht, den Menschen des Landes, das er zu beschreiben hatte, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nur ganz selten finden wir ein negatives Urteil, im allgemeinen ist er eher bemüht, die positiven Eigenschaften der Moskauer in den Vordergrund zu rücken. Das macht für uns heute die Lektüre dieses Buches sehr angenehm. Bei den späteren Autoren vermischen wir leider oft diese Tugend. Sie haben den Lesern zumeist das Gefühl vermittelt, über das Leben und die Ansichten von Menschen zu schreiben, die man als abstoßende Barbaren ansehen müsse. Es ist kaum anzunehmen, daß Herberstein glaubte, gleichsam eine Mission zu erfüllen,

daß er zur Völkerverständigung ganz bewußt beitragen wollte, praktisch tat er dies aber.

* * *

Herberstein kannte Polen viel besser als den Moskauer Staat, dennoch schrieb er ein Buch über *Moscovia*, aber nicht über Polen. Er hat in dem Widmungsbrief zu seinem Buch als Motiv für dessen Abfassung angegeben, daß der Moskauer Staat dem europäischen Leser kaum bekannt sei.²⁷ Das konnte man natürlich von einem Land des lateinischen Kulturkreises nicht behaupten.

Wieso kannte Herberstein Polen so gut? Er war insgesamt fünfzehn Mal als Diplomat in Polen. Die ersten beiden Male im Zusammenhang mit seinen Missionen in den Moskauer Staat (1517/18, 1526/27); in den Jahren 1528-1531 war er fünfmal, 1539-1545 wiederum fünfmal und schließlich 1550-1553 dreimal in Polen als diplomatischer Vertreter Ferdinands,²⁸ der offensichtlich nicht nur großes Vertrauen in das diplomatische Geschick Herbersteins hatte, sondern auch eine hohe Meinung von dessen Wissen über Land und Leute, denn er vertraute ihm besonders wichtige Missionen an. Die beiden wichtigsten waren, als er in den Jahren 1543 und 1553 die Erzherzoginnen Elisabeth und Katharina als Hofmeister nach Polen zur Vermählung mit Zygmunt August begleitete. Übrigens war die Reise nach Polen Jahre 1553 die letzte von insgesamt 69 diplomatischen Missionen. Herberstein war zu dieser Zeit bereits 67 Jahre alt. Er hatte also ein Alter erreicht, in dem man normalerweise damals nicht mehr so große Reisen unternahm. Über diese diplomatischen Missionen, die Herberstein an den polnischen Hof führten, wird natürlich in den Monographien immer wieder berichtet, doch spezielle Studien fehlen leider immer noch, obwohl die Materialien zu manchen dieser Missionen recht umfangreich sind. Bertold Picard, der die einschlägigen Berichte durchsah, ging auf die politischen Inhalte der Missionen im Prinzip nicht ein, ihn interessierten nur die Formen diplomatischer Aktivitäten.

Herbersteins diplomatische Reisen waren nicht seine einzige Tätigkeit, die sich auf Polen bezog. Er war offensichtlich unter den Mitarbeitern Ferdinands I. derjenige, der für die Beziehungen zu Polen ganz allgemein zuständig war. Wenn polnische Diplomaten nach Wien kamen, hatte er sich um sie zu kümmern.²⁹ Es gehörte wohl auch zu seinen Pflichten, über die Entwicklung in Polen stets informiert zu sein. Das kann man allein schon daran erkennen, daß er eine sehr umfangreiche Korrespondenz mit einer Vielzahl von Personen führte, die über Polen gut Bescheid wußten, vor allem auch mit bedeutenden polnischen Wurdenträgern; zumindest 43 Polen finden sich unter den Korrespondenzpartnern.³⁰ Über den Inhalt eines Teiles der Korrespondenz mit Seweryn Boner (aus den Jahren 1526-1549) und Krzysztof Szydłowiecki (aus den Jahren 1519-1532) berichtete Picard.³¹ Diese Korrespondenzen mit Polen und über polnische Angelegenheiten müssen sehr umfangreich gewesen sein, denn es ist wohl nur ein Teil der Briefe erhalten.

Korrespondenzen dieser Art dienen vor allem der verlässlichen Information, sie mußten auch die Funktionen wahrnehmen, die heute den Zeitungen und Zeitschriften zukommen. Die frühen Zeitungen sind auch zumeist nur Auszüge aus solchen Korrespondenzen. Das Informieren beruhte in Prinzip auf Gegenseitigkeit. Sogar bei großen sozialen Unterschieden zwischen den Partnern, informierten die Hochgestellten über die Ereignisse in ihrem Wirkungsbereich, wenn auch diese Briefe zumeist von den Sekretären verfaßt wurden. Es interessierte mich, was denn Herberstein über die Ereignisse in Wien und im Einflußbereich der Habsburger seinen polnischen Partnern mitteilte. Das Resultat meiner Bemühungen war sehr mager. In den großen Handschriftensammlungen war kaum etwas zu finden, nur in der Czartoryski-Sammlung gibt es drei Stücke³² und ein wahrhaftiges Curiosum in der Handschriftensammlung des Ossolineum: In dem kurzen zweiten Teil eines Briefes vom 22. August 1532 berichtet Herberstein dem Bischof Johannes Dantiscus einige Neuigkeiten über militärische Vorbereitungen für den Krieg gegen das Osmanische Reich, doch der erste und größere Teil des Briefes ist einem Hund gewidmet (*canem illum anglicum deperditum*), der dem Bischof entlaufen war. Herberstein fand den Hund und schickte ihn Dantiscus zurück.³³ Es hat in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als diese Kopie angefertigt wurde, wohl noch viele Briefe Herbersteins an Dantiscus gegeben. Warum hat der Kopist nur die Hundegeschichte als bemerkenswert angesehen? Es ist dies rätselhaft und grotesk zugleich. Eigenartig ist auch, welcher Teil der Korrespondenzen verloren ging. Eine erhebliche Zahl von Briefen, die Herberstein aus Polen zugehen, sind in mehreren Kodizes in Wien und Budapest erhalten. Warum ist von den gewiß vielen hunderten Briefen Herbersteins an polnische Würdenträger fast nichts erhalten geblieben? Haben die Personen, die ältere Korrespondenzen zu verwahren hatten, und vor allem diejenigen, die Kopiensammlungen anlegten – und davon gab es in Polen eine erstaunlich große Menge – auf Briefe, die Informationen über verschiedene Länder, aber nicht über Polen enthielten keinen besonderen Wert gelegt?

In der *Moscovia* wird Polen natürlich immer wieder, vor allem wegen der Kriege mit dem Moskauer Staat erwähnt. Einzelne Ereignisse dieser Kriege hat Herberstein recht ausführlich beschrieben.³⁴ Diesen Berichten merkt man an, daß sie vor allem nach Erzählungen von Polen und Litauern verfaßt wurden.

In der *Moscovia* finden wir auch kurze Beschreibungen der Nachbarländer, darunter auch Litauens,³⁵ doch täuscht der Umfang; mehr als ein Drittel dieses Abschnitts ist einer sehr genauen Beschreibung des Lebenslaufes von Michał Głinski gewidmet.³⁶ Dafür gibt es an anderer Stelle, an der man einen solchen Exkurs nicht vermuten würde, eine recht detaillierte Geschichte der Jagellonenfamilie.³⁷

Am interessantesten in bezug auf Polen-Litauen ist ein Exkurs in der *Moscovia* über den Titel des Moskauer Herrschers. Zwar lautete dessen offizieller Titel noch Großfürst, als Herberstein den Text im Jahre 1527 verfaßte, denn erst der Sohn Vasilij III., mit dem Herberstein während seiner beiden Missionen mehrmals zusammengetroffen war, nahm einen anderen, besseren Titel an: Ivan IV. ließ sich

im Jahre 1547 zum Zaren krönen. In den Moskauer historischen und religiösen Texten entsprach dieser Titel dem Kaisertitel. Schon der Großvater Ivans IV., Ivan III., hatte gelegentlich diesen Titel gebraucht, ohne sich besonders um eine internationale Anerkennung zu bemühen. Die Bestrebungen, den Titel des Souveräns entscheidend zu verbessern, ihn auf die kaiserliche Ebene anzuheben, hatten also eine Vorgeschichte, in der auch ein kaiserlicher Gesandter, Georg Schnitzenpaumer, eine gewisse Rolle spielte: Dieser hatte im Jahre 1514 – wohl aus Unwissenheit – einen von den Moskauern vorbereiteten Vertragstext akzeptiert, in dem Vasilij III. nicht als Großfürst, sondern als „kayser“ bezeichnet wird. Kaiser Maximilian hat schließlich einen Text approbiert, in dem die häufige Nennung dieses Titels vermieden wurde, doch an einer Stelle blieb der Titel „kayser“ stehen. Herberstein war diese Episode vermutlich unbekannt,³⁸ oder er tat zumindest so, wußte er davon nichts, denn in dem Exkurs in der *Moscovia*³⁹ entwickelte er eine etwas eigenartige Theorie, daß dem von den Moskauer Herrschern gelegentlich gebrauchten Zarentitel im lateinischen Kulturkreis der Titel *rex* entspreche. Für die in Basel 1556 erschienene dritte Auflage der *Moscovia* verfaßte Herberstein zwölf Ergänzungen.⁴⁰ Mit einer der größeren erweiterte er den Abschnitt, der dem Titel des Moskauer Herrschers gewidmet war, auf den doppelten Umfang.⁴¹ In diesem neu hinzugekommenen Text verteidigte sich Herberstein gegen den Vorwurf, er hätte mitgewirkt, als der Kaiser dem Moskauer Herrscher *regium nomen* gegeben hätte. Das bedeutete entsprechend dem bereits in der Erstaufgabe enthaltenen ersten Teil des Exkurses, daß der Kaiser dem Moskauer Herrscher den Titel *Zar*, also den Königstitel, verliehen habe. Herberstein bestritt das und fügte hinzu, daß weder Maximilian noch dessen Enkel derartiges in *Poloniae regum iniuriam* getan hätten. Er zeigte sich auch verwundert über diese Angriffe, denn seine Beziehungen zu den Polen seien immer sehr gut gewesen: „*Et acquiesco suaviter in regum Poloniae gratia, ac caeterorum Poloniae ordinum benevolentia, quam mihi nunquam defuisse recordor*“.⁴²

Herberstein war also überzeugt, daß seine Beziehungen zu den Polen die besten waren. Seine Kenntnisse über das Land waren hervorragend. Wollte er jemals über Polen ein Buch schreiben wie über den Moskauer Staat? Eine Zeit lang glaubte ich, daß er solche Absichten hatte, denn in seiner Autobiographie gibt es unter dem Jahr 1550 einen eigenartigen Text. Da er oftmals nach Polen reiste, erwähnte er diese Reisen natürlich auch immer in seiner Autobiographie, doch erst in dem Bericht über seine Mission im Jahre 1550 finden wir einen über mehrere Seiten reichenden landeskundlichen Exkurs.⁴³ Bis dahin war in der Autobiographie über Polen derartiges nicht zu finden. Ein Jahr davor hatte er die *Moscovia* herausgebracht. Ich glaube jedoch nicht, daß er die Absicht hatte, über Polen ein Buch zu schreiben wie über den Moskauer Staat. Ein Diplomat mußte damals so wie auch heute interessante Geschichten erzählen können, um einen Gesprächspartner gleichsam aufzuwärmen. Gewiß kam seinen Reisen dabei große Bedeutung zu, so erzählte er venezianischen Adligen Geschichten über Polen, Litauen und Moskau.⁴⁴ Obwohl

hier diese drei Länder nebeneinanderstehen, glaube ich dennoch nicht, daß er die Absicht hatte, über ein Land, daß zum lateinischen Kulturkreis gehörte, ein Buch zu schreiben. Er war doch wohl nur deshalb motiviert, über den Moskauer Staat zu schreiben, weil dieser Staat außerhalb des eigenen Kulturkreises lag, weil er daher exotisch war, weil man mit der Herausgabe eines Buches über ein exotisches Land die Aufmerksamkeit der Mitmenschen gewinnen konnte. Über Polen konnten die gebildeten Polen selbst viel besser berichten.

Es gibt allerdings in der ja nicht allzu großen handschriftlichen Hinterlassenschaft eine Sammlung von Kopien, die sich ausschließlich auf die beiden Missionen in den Jahren 1543 und 1553 beziehen, also auf die Reisen nach Polen als Hofmarschall von Erzherzoginnen, die mit König Zygmunt August vermählt wurden.⁴⁵ Es waren nicht nach der politischen Bedeutung, aber dem Rang nach wohl die höchsten Würden, die er jemals bekleidet hat. Da er im Alter offensichtlich sehr verbittert und überzeugt war, daß man ihn nicht entsprechend seinem Wert geehrt hätte, ist nicht auszuschließen, daß er diese Kopiensammlung anfertigte, um über diese beiden Missionen, in deren Rahmen er eine so wichtige Rolle spielte, ein Buch zu verfassen. Das ist deshalb nicht auszuschließen, weil er in den letzten zehn Lebensjahren eine ganze Reihe von kleinen Schriften herausgab, die wohl keinem anderen Zweck dienten, als seine eigene Bedeutung und die seiner Familie – wie er wohl meinte – ins rechte Licht zu rücken. Diese Kopiensammlung ist aber der einzige Hinweis auf die mögliche Absicht, über ein polnisches Thema etwas zu veröffentlichen.

Wie ich schon in einem anderen Zusammenhang erwähnte, bemühte er sich in seinem Buch über den Moskauer Staat, scharfe kritische Äußerungen möglichst zu vermeiden, die Verhältnisse in diesem Land so objektiv und kühl-distanziert wie nur irgend möglich zu beschreiben. Dadurch mag er bei einem polnischen Leser den Eindruck erweckt haben, daß er den Moskauer Staat in schöneren Farben zeichnete, als es gerechtfertigt wäre. Als das Buch erschien, hatte es in den vorangegangenen sechzig Jahren fünf für Litauen und Polen sehr unangenehme Kriege mit dem Moskauer Staat gegeben; man muß daher annehmen, daß die polnischen Würdenträger eher daran interessiert waren, daß den Europäern ein negatives Bild vom Moskauer Staat vermittelt wurde. Sein Bemühen um Schonung der Moskauer bei der Abfassung der *Moscovia* könnte Herberstein durchaus Sympathien bei den Polen gekostet haben. Daß eine negative Einstellung gegenüber den Polen hatte, ist jedoch kaum anzunehmen. Toleranz und Verständnis brachte er nicht nur für die Bewohner des Moskauer Staates auf. Er war vielmehr auf eine oft verblüffende Art in seinen Ansichten über Menschen, die nicht zu seinem eigenen Lebensbereich gehörten, frei von den in seiner Zeit üblichen Klischees. Es war dies wohl auch eine der Ursachen, warum er als Diplomat erfolgreich war. In einer der kleinen Schriften, die er in seinen letzten Lebensjahren veröffentlichte, schrieb er:

Weil ich auch, Gottlob, so vielerlei Nationen erreicht und durchzogen, mag ich mit Wahrheit sagen, daß ich allenthalben, das was in meinem Vaterlande

gemein ist, befunden habe, Gutes und Böses, also daß ich mich über keine Nation zu beklagen habe. Denn mir ist allenthalben, alles Gutes, Gnaden, Lieb und Freundschaft erzeugt worden.⁴⁶

* * *

Die zahlreichen diplomatischen Missionen an den polnischen Hof ermöglichten Herberstein, das Land genauer kennenzulernen. Allerdings führten ihn von den insgesamt 15 Reisen durch Polen-Litauen siben nur bis Krakau (1529, 1531, 1539, 1542, 1543, 1545, 1553), drei bis Piotrków (Petrikau, 1528, 1550, 1552) und eine nach Posen (1530). Auf vier Reisen durchquerte er auch litauisches Gebiet (1518, 1527, 1529, 1540).⁴⁷ In seiner an sich eher kurzen Beschreibung Litauens⁴⁸ ging er auf die Besonderheiten des Gebietes Podlasie (Podlachien) nicht ein, er gebrauchte diesen Terminus auch nicht. Allerdings kannte er dieses in seiner Zeit zum Großteil noch zu Litaen gehörende Gebiet recht gut, denn er durchquerte es fünfmal während seiner Reisen. Insgesamt legte herberstein achtmal den Weg zwischen Krakau und Wilna bzw. Minsk zurück, doch auf der zweiten Reise nach Moskau (1526) wählte er die Route über Brześć Litewski und Wołkowysk,⁴⁹ fuhr also östlich an Podlasie vorbei; dieselbe Route nahm er auch im Jahre 1540 sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise.⁵⁰

Das erste Mal reiste herberstein in der Zeit zwischen dem 11. und 27. Februar 1517 durch Podlasie: Er kam aus Polen, bezeichnete Międzyrzec (Meseritz) als polnische Stadt, hinter der man bald die Grenze zu Litauen überquerte: „Noch sein zwo meill furauss an ein Pächl, die Littisch Gränitzen“.⁵¹ Weiter berichtet Herberstein:

Von dem Pachel vnnd Gränitzen sein noch Sechs meill geen Melnickh, ain Schloss vnnd etliche Heuser. Darunder ain wasser Büh genannt. Aber Acht meill geen Bielskho, ain Schloss vnnd gemaurter flegkh. Vier meill geen Nareff, ain gemaurter flegkh. Das wasser hat auch den namen, fleusst aus ainem grossen gemöss vnnd See gegen dem Preüssischen Möer. Darnach Acht meill ain walld, ist khain Haus an der Strass, geen Grincky, ligt vor dem walld, ain fleggen. Daher schiskht der Khunig seine leuth, mich in sein Cossten anzunemen. nenndt man den Gesandten Pristaw, alls ein zuegeordneter, der vmb Herberg vnnd alle notdurfft zusehen vnnd zuschaffen hat.⁵²

Bei seiner Rückkehr (zwischen dem 5. und 24. Janner 1518) nahm er eine etwas abweichende Route. Zuerst folgte er demselben Weg: Grodno-Krynki-Narew-Bielsk Podlaski Podlaski; doch von Bielsk reiste er dann über Brześć Litewski, Łomazy und Parczew (Briesti, Lamass, Partzow) nach Lublin.⁵³

Im Zuge seiner zweiten Mission kam Herberstein nur auf der Rückreise durch Podlasie (zwischen dem 1. und 8. Januar 1527). Die Stelle in seiner Autobiographie ist wegen der Beschreibung der Kälte interessant:

Am Ersten January von Grodno aus, Ist ain Ploss Lannd, Sechs meil geen

Grinckhy. Ist so khalht gewesen, dann der Windt schraff, vnnd den Schnee gehebt vnnd gewäet, das Ich nahenndt dar durch vmb mein Nasen khomen wär. Ainem des Grauen Phärdt seindt grosse Pletzen aus dem Geschrott gefallen. Ainem Windtspill, das folle Tutten gehabt, dieselben Erschwartz vnnd abgefallen. Ainem Han auff dem Wagen sein grosser Khamp dermassen Erfrorn, das er den Khopf henngen liess, alls wollt Er sterben. Da Ime aber abgeschnitten, Erhebt den khopff vnnd khraet zw stundan. der Khamp was voller Eiss. Muesten derhalben ain tag da bleiben, dann es hetten sich etliche verritten. Die khamen allso muede zw Herberg. Am dritten tag zwgen wir Acht meil, alles durch ain Wald. dar Inn dann khain Hauss an der Strassen, hintzt geen Nareff. Da Rindt auch ain wasser des namens. Vnnd den andern tag vier meill geen Bielsco, ain guet Schloss neben dem flegkhen. Vnnd dann vier meill geen Milenetz, ain Dorff, vnnd drey oder 4 meill geen Mellnickh, ain Schloss bey dem flegkhen, ligt am wasser Buh genannt. Vnnd Siben meill geen Lossitz, ist die Gränitz.⁵⁴

Im Jahre 1529 fuhr Herberstein nochmals im Auftrag von König Ferdinand zu König Zygmunt I. nach Wilna. Er beschreibt die Route der Hinreise: Luków – Łosice – Mielnik – Milejczyce – Bielsk – Narew – „Green Grinckhy zeucht man Acht meill von Nareff durch ain Walld“. Die Rückreise erfolgte über dieselbe Route. Während der Hinreise im Monat März gab es wohl noch winterliche Verhältnisse, bei der Rückreise im April wiederum andere Schwierigkeiten: „Was das wasser seer gross“. Die Beschreibung dieser Reise ist ansonsten sehr kurz gefaßt, herberstein berichtet nicht über besondere Vorkommnisse.

Nach der heute gebräuchlichen Terminologie reiste er zwischen der Puszcza Białowieska und der Puszcza Knyszyńska hindurch, doch damals war das ein geschlossenes Waldgebiet: Acht Meilen⁵⁵ reiste man zwischen Narew und Krynki durch einen unbewohnten ald; das sind ungefähr 60 km. Die Luftlinie betragt etwas über 40 km. Die Entfernungsangaben sind in der Zeit Herbersteins im allgemeinen nicht sehr präzise, auch mag der Weg empfindlich länger als etwa 45 km gewesen sein, weil man Sümpfen ausweichen mußte.

Eine der Attraktionen des Gebietes ist heute der zubr, der Bison. Jahrzehntelang hat Herberstein über den Bison und den Auerochsen Material gesammelt.⁵⁶ Schon in der Erstauflage der *Moscovia* schrieb er kurz über die beiden Tiere,⁵⁷ für die dritte Auflage verfaßte er eine umfangreiche Ergänzung,⁵⁸ der Text war nun so stark angewaschen, daß er mit einer eigenen Überschrift („De feris“) versehen wurde. Es kam ihm vor allem darauf an, Bison und Auerochs ordentlich auseinanderzuhalten. Er fugte daher dem text Holzschritte bei. Über der Abbildung des Bisous befindet sich folgende legende: „Bisons sum, Polonis suber, Germanis Bisont. Ignari uri nomen dederant“.⁵⁹ Die Auerochsen besichtigte er im Tiergarten bei Troki bereits im Jahre 1517.⁶⁰ Es war wohl auch seinem Betreiben zu danken, daß Exemplare dieser Tiere an den Hof Ferdinands kamen. Warum hier nur vom Auerochsen, aber nicht vom Bison die Rede ist, weiß ich nicht zu sagen. Jedenfalls hat

Herberstein nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß die wilden Tiere zu einer gewissen publicity kamen. Es ist nicht auszuschließen, daß diese publicity mit dazu beitrug, daß sich viele der Mächtigen und Reichen bemühten, ihre Tiergärten mit Exemplaren dieser Tiere zu bereichern. Dann hätte Herberstein, ohne dies zu wollen, dazu beigetragen, daß diese eindrucksvoll kräftigen und furchterregenden Tiere fast ausgerottet wurden.⁶¹

ANMERKUNGEN

- 1 Secondo volume delle navigationi et viaggi raccolto gia da m. Gio. Battista Ramusio... Venetia 1574, fol. 137v.-192v.
- 2 Pauli Iovii Novocomensis libellus de legatione Basiliæ magni Principis Moschoviae ad Clementem VII Pont. Max... Romae 1525.
- 3 Der Text von Mathias Miechowita erschien bereits 1517; die Broschüren von Johannes Fabri 1526 und Albertus Pighius 1543.
- 4 (Sigismundus liber baro in Herberstein Neyperg et Guetnhag): Rerum Moscoviticarum comentarii Viennae 1549; im folgenden Moscovia A.
- 5 Bertold Picard: Das Gesandtschaftswesen Ostmitteleuropas in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Geschichte der Diplomate in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts nach den Aufzeichnungen des Freiherrn Sigmund von Herberstein Graz etc. 1967, S. 167-170. =Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 6; im folgenden kurz Picard.
- 6 Über den lebenslauf siehe F. Krones: Sigmund von Herberstein. Ein Lebensbild, mit besonderer Rücksicht auf die Beziehungen Herberstein's zur Steiermark und seine Schriften. In: Mittheilungen des historischen Vereines für Steiermark 19 (1871) S. 3-76.
- 7 Picard S. 170.
- 8 Selbst-Biographie Siegmunds Freiherrn von Herberstein 1486-1553. Herausgegeben von TH. G. von Karajan. In: Fontes rerum austriacarum. Erste Abtheilung: Scriptores I. Band. Wien 1855, S. 69-396, hier S. 270; im folgenden kurz Selbst-Biographie.
- 9 Moscovia der Hauptstat in Reissen durch herrn Sigmunden Freyherrn zu Herberstein zusammen getragen. Wienn 1557, fol. V4.; im folgenden Moscovia F.
- 10 Selbst-Biographie S 176.
- 11 In allen Ausgaben der Moscovia ist das Wappen abgebildet, so etwa in Moscovia A nach dem Titelblatt, in Moscovia vor dem eigentlichen text. Die Urkunde ist abgedruckt in Selbst-Biographie S. 251-255.
- 12 In den meisten Ausgaben der Moscovia ist der Brief abgedruckt, so etwa in Rerum Moscoviticarum Commentarii Sigismundi Liberi Baronis in Herberstein... Basileae (1556), vor dem eigentlichen Text Paginierung. Im folgenden Moscovia C.
- 13 So in dem Schreiben Herbersteins an König Ferdinand, Wien, 1. März 1549, in Moscovia A fol. 1/2r.-v.
- 14 So auch in einigen Beiträgen zu dem Sammelband Reiseberichte als Quellen europäischer Kulturgeschichte. Wolenbüttel 1982. =Wlifenbütteler Forschungen 21.
- 15 Picard S. 166-169.
- 16 Moscovia A fol. 2/23v. Diese Erstausgabe des Textes ist in vier Teile geteilt, hat vier Foliierungen, daher die Zahl vor der Foliozahl.
- 17 Moscovia A fol. 2/9r.-v.
- 18 Moscovia A fol. 2/13v.-14r.
- 19 Moscovia A fol. 2/21v.
- 20 N. A. Kazakova: Vopros o pričinach osuždenija Maksima Greka. In: Vizantijskij vremennik 28(1968) S. 109-126; 29(1968) S. 108-134.
- 21 Moscovia F fol. H1v.
- 22 Moscovia A fol. 2/20v.
- 23 Moscovia A fol. 2/23v.

- 24 Moscovia A fol. 2/25v.
- 25 Moscovia A fol. 3/12r.-v.
- 26 Moscovia A 3/35v. Die Hunde waren nicht odoriferi, sondern odorisequi.
- 27 Er habe auch andere Länder gesehen, doch über die wurde schon berichtet. „Res vero Moscoviticæ multo interiores ac cognitioni istius ætatis non ita obvias...“ Moscovia A fol. 1/2r.
- 28 Picard S. 167-174.
- 29 Hinweise bei Picard S. 147. Gelegentlich beschrieb Herberstein solche Tätigkeiten auch in seiner Selbst-Biographie (siehe z.B. zum Jahre 1535, S. 316).
- 30 Picard S. 147-156.
- 31 Picard S. 151-155; diese Briefe befinden sich in dem *Commercium litterarum* in zwei Bänden, die Briefe aus 1502-1542 und 1543-1561 enthalten. MSS 13597 und 13598 der Handschriftensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien. Wir haben eine von Dr. Christine Harrauer angefertigte Kartei, in der die in diesen beiden Kodizes enthaltenen Stücke erfaßt sind. In dieser Kartei ist auch ein weiterer Briefkodex berücksichtigt: Codex 258 Fol. Lat. Országos Széchényi könyvtár, Kézirattár. – Die Budapester Bestände konnte Picard nicht auswerten. – Ein Brief an Tarlo ist abgedruckt in Johannes Voigt: Briefwechsel des Freiherrn Sigismund v. Herberstein mit dem Herzog Albrecht von Preussen. In: Archiv für Kunde österreichischer Geschichts-Quellen 17 (1857) S. 265-293; hier S. 292-293. Im folgenden kurz Voigt.
- 32 *Catalogus codicum manu scriptorum Musei principum Czartoryski Cracoviensis*. Vol. I. Cracoviæ 1887-1893. S. 40; Vol. II. Cracoviæ 1908-1913, S. 182 (zwei Briefe an Dantiscus), S. 155 (ein Brief an Gamrat). – In anderen Bibliotheken taucht zwar der Name Herberstein gelegentlich auf, doch gibt es keine Briefe von ihm, sondern Briefe an ihn, so etwa in einem Kopiar von Jan Chojeński, Bischof von Płock, aus den Jahren 1536 und 1537 drei Briefe. Biblioteka Zakładu narodowego im. Ossolińskich, Wrocław, Dział rękopisów MS 178/II fol. 81r.-v., 109r.-v.; MS 180/II fol. 85v.-86r. Ferner fand sich noch ein Brief Tomickis an Herberstein aus dem Jahr 1532. Biblioteka Kórnicka Polskiej Akademii Nauk, MS 195, fol. 193v.; in einem verlorenen Band (MS 251) der Tomiciana gab es noch ein weiteres Stück (Nr. 103) Da es in Wien und Budapest viele solche Stücke gibt, sind diese wenigen nicht so wertvoll. Über den Inhalt solcher Korrespondenzen können wir einiges aus dem Ausfat von Voigt erfahren (siehe Anm.31) – Gelegentlich finden sich in den polnischen Sammlungen auch Stücke über die Missionen Herbersteins, die jedoch hier nicht zu erwähnen sind.
- 33 Handschriftensammlung des Ossolineum (siehe Anm. 32) MS 151/II fol. 8v.-9r.
- 34 Moscovia A fol. 2/6v.-8v., 3/22r., 24r.-25r., 27r.. Eine der zwölf für die dritte Auflage verfaßten Ergänzungen ist eine Beschreibung einer Kriegslist von Konstanty Ostrogski. Moscovia C S. 106.
- 35 Moscovia A fol. 3/22v.-26.
- 36 Genau sind es von den 321 Zeilen 114, also 35,5%.
- 37 Moscovia A fol. 2/11v.-12v.
- 38 Hans Uebersberger: Österreich und Russland seit dem Ende des 15. Jahrhunderts. Erster Band von 1488-1605. Wien und Leipzig 1906, S. 77, 80, 83-84.
- 39 Moscovia A fol. 2/9v.-10r.
- 40 Walter Leitsch: Herbersteins Ergänzungen zur Moscovia in späteren Auflagen und die beiden zeitgenössischen Übersetzungen ins Deutsche. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 27(1980) S. 177-194, hier S. 178-179.
- 41 Von 71 auf 143 Zeilen. Moscovia C S. 15-17, bzw. 15-19.
- 42 Moscovia C S. 18
- 43 Selbst-Biographie S. 378-381.
- 44 Siehe oben Anm. 10.
- 45 In der Zentralbibliothek in Budapest (siehe Anm. 32) MS. Fol. Germ. 448; einschlagiges Material auch in derselben Bibliothek in MS. Quart. Germ. 163.
- 46 Zitiert nach Krones S. 53.
- 47 Picard S. 170-174.

- 48 *Moscovia* A fol. 3/22v.-26r.
- 49 Selbst-Biographie S. 269; *Moscovia* A fol. 4/10v.
- 50 Selbst-Biographie S. 325-326.
- 51 Selbst-Biographie S. 110-111. Weniger präzise: „Paulo longius progrediendo est limes Poloniae“. *Moscovia* A fol. 4/5v. Heute heißt der Ort Międzyrzec Podlaski.
- 52 Die Selbst-Biographie (S. 111-112) ist hier ausführlicher als die *Moscovia* (A fol. 4/5v.), die nur in bezug auf den Fluß Narew abweicht: „...quemadmodum Buh effusus et in septentrionem decurrit“.
- 53 Selbst-Biographie S. 131. In der *Moscovia* (A fol. 4/8v.) berichtet Herberstein noch von einem Zusammentreffen mit Mikołaj Radziwiłł, der den kaiserlichen Diplomaten reich beschenkte und bat, dieser möge beim Kaiser für ihn sprechen. Das hing wohl auch mit den Bemühungen um die Verleihung der Fürstenwürde durch den Kaiser zusammen, diese allerdings erfolgte (25. Februar 1518), bevor Herberstein nach Innsbruck an den kaiserlichen Hof kam (22. März 1518). *Polski Słownik Biograficzny* 30, S. 316-319. Selbst-Biographie S. 132. – Auch erwähnte Herberstein bei der Beschreibung der Rückreise nochmals den Wald, durch den er auf dem Weg von Krynki nach Narew reisen mußte („Sylva post superata“).
- 54 Selbst-Biographie S. 277; in der *Moscovia* (4/11r.-v.) berichtet herberstein ausführlicher über seine erfrorene Nase: „Equidem nasum, nisi tempestivius a pristavo admonitus fuissem, fere amissem. Ingressus hospitium vix tandem nive monitu pristavi nasum macerando ac fricando non citra dolorem sentire coeperam; scabieque quodammodo oborta ac dein paulatim arescente convalueram“.
- 55 Nur in den Berichten über die erste, dritte und vierte Durchquerung des Waldes ist auch die Entfernung mit acht Meilen angegeben.
- 56 A. Nehring: Die Herberstein'schen Abbildungen des und des Bison (Ein Beitrag zur Geschichte des europäischen Urrindes). In: *Landwirtschaftliche Jahrbücher* 25 (1896) S. 915-933.
- 57 *Moscovia* A fol. 3/25v.-26r.
- 58 *Moscovia* C S. 109-110.
- 59 *Moscovia* C S. 112. Der Auerochs ist auf S. 111 dargestellt und zwar mit folgendem Text: „Urus sum, Polonis tur, Germanis aurox. Ignari bisontis nomen dederant“.
- 60 Selbst-Biographie S. 131.
- 61 Voigt S. 280-282. Hier ist auch viel von Elchen die Rede.

**Sigismund von Herberstein,
jego książka o państwie moskiewskim
i jego stosunek do Polski**

Herberstein, dyplomata w służbie dworu cesarskiego wysłany był dwukrotnie w misji dyplomatycznej do Moskwy – po raz pierwszy przez cesarza Maksymiliana I w 1517 r. i ponownie w r. 1526 przez arcyksięcia Ferdynanda. Swe obserwacje poczynione w czasie obu pobytów w Rosji, trwających w sumie ponad rok, spisał w książce pt. *Moscovia...*, opublikowanej przezeń 22 lata później. Zastanawiając się nad tym, co najbardziej uderzyło Herbersteina w państwie moskiewskim i w czym dopatrywał się największych różnic między Rosją a swoją ojczyzną i innymi krajami europejskimi, autor stwierdza, że była to nieograniczona władza panującego. Szczególne wrażenie zrobił na cesarskim dyplomacie fakt, że władca moskiewski mógł pozwolić sobie na traktowanie nawet dostojników kościelnych jak zwykłych poddanych. Jego książka zawiera też wiele interesujących spostrzeżeń dotyczących stosunków społecznych i sfery obyczajowej, opisy ceremonii dyplomatycznych, dworskich uczt i polowań. Dar obserwacji Herbersteina i zalety literackie jego pisarstwa sprawiły, że *Moscovia* odniosła duży sukces wydawniczy. Między 1549 a 1606 r. ukazało się jej dwadzieścia wydań po łacinie, niemiecku i włosku. Przez całe stulecie, aż do ukazania się dzieła Adama Olearinga w połowie 17 w. była to podstawowa publikacja o państwie moskiewskim.

Herberstein pisał o Moskwie, nie o Polsce, choć Polskę znał bez porównania lepiej. Między 1517 a 1553 r. przebywał w Polsce piętnaście razy w różnych misjach dyplomatycznych. Jako zajmujący się sprawami dotyczącymi Polski w kancelarii Ferdynanda I musiał dbać o to, by być dobrze poinformowany o rozwoju sytuacji w tym kraju. Utrzymywał obszerną wymianę listów z polskimi dostojnikami wśród jego korespondentów znajdujemy co najmniej 43 Polaków, m.in. Seweryna Bonera i Krzysztofa Szydłowieckiego.

Autor zastanawia się, czy Herbersteinowi nosił się z zamiarem napisania książki o Polsce, na co wydawałoby się wskazywać wzmianka w jego autobiografii, dochodzi jednak do wniosku, że nie było to jego intencją. Cesarski dyplomata uważał zapewne, że o Polsce, jako o kraju należącym do kręgu kultury łacińskiej, najlepiej pisać mogą sami Polacy. Państwo moskiewskie natomiast, będąc częścią innego kręgu kulturowego, było w oczach jego i jego współczesnych krajem egzotycznym, wydanie zatem książki o nim mogło wzbudzić większe zainteresowanie.

Dorota MICHALUK

ROZWÓJ UKŁADU PRZESTRZENNEGO MIELNIKA W XIII-XVIII W.

Miasta podlaskie wielokrotnie znajdowały się w kręgu zainteresowania historyków. W badaniach nad południowym Podlasiem nie pomijali również dziejów Mielnika, aczkolwiek nie zajmował on w ich pracach roli pierwszoplanowej. Krótkie artykuły dotyczące historii tej miejscowości znajdują się w wydawnictwach słownikowych: *Starożytna Polska* w opracowaniu M. Balińskiego i M. Lipińskiego¹, *Słownik Geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich*² oraz *Miasta polskie w Tysiącleciu* pod redakcją S. Pazyry³.

Informacje odnoszące się do historii Mielnika znajdują się w pracach z zakresu osadnictwa⁴, gospodarki⁵, prawa miejskiego⁶, średniowiecznych działań militarnych⁷. Próby zbadania rozwoju układu przestrzennego Mielnika podjęte zostały na potrzeby wojewódzkiego konserwatora zabytków przez E. Fray i B. Tomecką. Wyniki przedstawiono w dwóch pracach o takim samym tytule: *Mielnik. Studium historyczno-urbanistyczne*⁸. W pracach tych obie autorki położyły nacisk na zestawienie danych źródłowych.

W pracy niniejszej* wykorzystano efekty kwerend archiwalnych przeprowadzonych w archiwach państwowych⁹ i kościelnych¹⁰ oraz informacje zawarte w źródłach drukowanych¹¹.

Na terenie Mielnika przeprowadzane były sondażowe badania archeologiczne. Badania Ireny Górskiej w rejonie wzgórza zamkowego i cerkiewnego w latach 1959-1961 pozwoliły na odkrycie śladów osad średniowiecznych, datowanych najwcześniej na wiek XI¹². Łukasz Rejniewicz, prowadzący badania w latach 1985-1987, koncentrował swoją uwagę na rozpoznaniu zamku mielnickiego. Wykopy sondażowe założono wokół Góry Zamkowej i ruin kościoła. W warstwach kulturowych zarejestrowano zaprawę wapienno-piaskową, materiał ceramiczny pocho-

* Artykuł jest przeredagowaną pracą magisterską obronioną w 1990 r. w Instytucie Historii Filii UW w Białymstoku. Dziękuję prof. Stanisławowi Alexandrowiczowi za naukową opiekę. Za uwagi dziękuję także mgr. Jerzemu Zieleniewskiemu oraz dr. Włodzimierzowi Jarmolikowi.

dzący z XII-XIX w., fragmenty muru i kamiennej posadzki. Wiele warstw nosiło ślady przepalenia¹³.

Podstawą analizy układu przestrzennego Mielnika i gruntów do niego należących jest stosunkowo duża liczba źródeł kartograficznych, dotychczas przez historyków nie wykorzystywanych.

Na szczególną uwagę zasługuje pruska kopia mapy sporządzonej w 1620 r. przez Jana Drzewickiego, kanonika gnieźnieńskiego¹⁴. Przedstawia ona zasięg gruntów miejskich Mielnika. Mapa ta jest zarazem najstarszym źródłem kartograficznym dotyczącym miast południowego Podlasia.

Przebieg granic gruntów miasta przedstawia kolorowa kopia z 1820 r. planu, sporządzonego w 1804 r. w skali ok. 1:5400 przez porucznika Łuske na polecenie Kamery Prus Nowowschodnich¹⁵. Kopię tę wykonał Kazimierz Iwaszkiewicz, przysięgły geometra powiatu bielskiego. Plan orientowany jest na północny zachód i ukazuje granicę własności Mielnika, przy czym w obszar gruntów miejskich włączono wieś Osłowo, leżącą przy zachodniej granicy miasta. Zaznaczono na nim też układ trzech pól o nazwach: Hołoskie, Lisowo, Płoszcze.

Zabudowę Rynku i układ ulic w jego rejonie pokazuje pruski *Situations Plan* z 1804 r., wykonany w skali ok. 1:2200¹⁶.

Kopia planu gruntów wsi Osłowo zrobiona została w 1869 r. w skali 1:8400 przez Kłosisa¹⁷. W okresie scalania wsi w 1936 r. naniesiono na nią informacje zgodne z nowym stanem posiadania.

Sieć komunikacyjną okolic Mielnika ukazują mapy: *Województwo Podlaskie*, opracowana w 1795 r. przez Perthéesa¹⁸ i mapa Textora-Sotzmanna z 1807 r.¹⁹.

Za punkty wyjścia do badań przestrzenno-własnościowych posłużyły plany scaleniowe Mielnika z 1975 r., sporządzone w skali 1:10 000²⁰ oraz plan glebowo-rolniczy w skali 1:5000, wykonany w 1973 r.²¹. Ogólną orientację w terenie umożliwia mapa topograficzna w skali 1:100 000.

W pracy posługiwano się metodą retrogresywną, przyjmując za punkt wyjścia wiek XX. Etap wstępny polegał na rejestracji w czasie badań terenowych nazw miejscowych występujących na obszarze gruntów należących do Mielnika. W ten sposób nawiązano łączność z nazewnictwem pojawiającym się w źródłach z XVI-XIX w. Umożliwiło to właściwe umiejscowienie w terenie i bardziej pełne zrozumienie historycznej kompozycji przestrzeni, którą opisywały.

Kolejnym etapem prac było naniesienie aktualnych i historycznych nazw własnych na plan Mielnika, wykonany w skali 1:5000. Na nim zaznaczono dane topograficzne występujące na dawnych planach i mapach. W rezultacie otrzymano obraz rozwoju układu przestrzennego miasta i kartograficznie zarejestrowano proces kształtowania się jego granicy, co zostało ukazane na sporządzonych planach miasta.

1. Rozwój układu przestrzennego Mielnika do połowy XVII w.

A. Okres przedlokacyjny. Nadanie praw miejskich w 1440 r. i 1501 r.

Mielnik położony jest na prawym, wysokim brzegu Bugu na krawędzi Wysoczyzny Bielskiej, cypłowato wychodzącej w dolinę rzeki. Średnia wysokość wynosi 165-170 m n.p.m. Wąski i długi obszar osadniczy zamyka się pomiędzy rzeką od południa a pasem wyniesień i głębokich jarów od północy. Charakteryzuje się on urozmaiconą rzeźbą powierzchni – występują tu wyniesienia o różnorodnym profilu zbocz i małe obszarowo tereny płaskie. W kierunku południowym spływają ku rzece liczne potoki wód źródłanych. Te atrakcyjne warunki naturalne sprzyjały w przeszłości kolonizacji tego terenu i determinowały rozwój układu przestrzennego.

W XI-XIII w. istniały tu dwa, powiązane ze sobą, systemy osad obronnych, które miały wspólny cel – ochronę i obsługę przeprawy na Bugu oraz kontrolę drogi wodnej. Sondażowe badania archeologiczne przeprowadzone w Mielniku w rejonie tzw. Góry Zamkowej przez Irenę Górską w latach 1959-1961 i Łukasza Rejniewicza w latach 1985-1987 pozwoliły na odkrycie materiału datowanego najwcześniej na wiek XI. I. Górską skłania się ku tezie istnienia na terenie wzgórza zamkowego i sąsiedniego (obecnie cerkiewnego) kilku osad funkcjonujących jednocześnie²².

Przeprawa leżąca około 1,5 km na wschód była bezpośrednio chroniona, prawdopodobnie, systemem składającym się z trzech osad. Na prawym brzegu rzeki funkcję tę spełniała zapewne osada położona w rejonie obecnej ulicy Zamiejskiej, a po drugiej stronie rzeki – osada na Zabużu²³. Wydaje się jednak, że w całym systemie integralną rolę pełniła trzecia osada, leżąca na znajdującej się na wysokości Mielnika wyspie Ostrów.

Te dwa układy osadniczo-obronne, rozdzielone płynącym w stronę Bugu strumieniem, stały się załączkami rozwoju osadnictwa mielnickiego, którego nasilenie przypadło na litewski okres kolonizacji tych ziem.

Gród w Mielniku nie posiada metryki kronikarskiej. Najwcześniejszy przekaz źródłowy pochodzi z 1260 r. i dotyczy pobytu króla Rusi Daniela Romanowicza, który modlił się w grodowej cerkwi św. Bogurodzicy przed cudowną ikoną Chrystusa Zbawiciela²⁴.

W początkach XIV w. tereny pomiędzy Bugiem a Narwią opanowane zostały przez wielkiego księcia litewskiego Giedymina (1316-1341). Za panowania jego synów Olgierda i Kiejstuta Mielnik wraz z całą ziemią drohiczką (w skład której wchodził) znalazł się w granicach ziemi trockiej, należącej do Kiejstuta.

Teren pogranicza narażony był na częste najazdy od zachodu i północy, co spowodowało konieczność budowy sprawnego systemu obronnego. Powstał on w I połowie XIV w. opierając się zapewne na istniejącej strukturze grodowej. Zamek Mielnik wraz z Bielskiem podlegał zamkowi w Drohiczynie, a cały obszar namiestnikowi w Grodnie.

Jedna z pierwszych wzmianek o zamku mielnickim, zawarta w kronice Wiganda

z Marburga, opisuje reję krzyżacką na Mielnik, Kamieniec, Drohiczyn podjętą jesienią w 1379 r. przez Teodoryka, komtura Balgi w Prusach. Krzyżacy złupili Kamieniec, a Mielnika nie zdobyli²⁵.

Zamek strzegł ważnych i stale rozwijających się szlaków komunikacyjnych: Drohiczyn – Mielnik – Brześć – Grodno, Mielnik – Bielsk, sprawował kontrolę nad przeprawą. Jak wynika z aktu Jagiełły, nadającego w 1391 r. księciu Januszowi Mazowieckiemu „*terram nostram Drohiczensen, Melnyk, Surasz, Beyelsko ac omnibus villis in eisdem districtibus*”²⁶ zamki powstałego systemu spełniały też funkcje administracyjne w podległych im okręgach.

Ziemia drohicka wchodziła w skład ojcowizny Witolda i wbrew jego woli nastąpiło przekazanie jej Januszowi. Akt ten wiązał się z konfliktem o władzę pomiędzy Witoldem a Jagiełłą. Prawdopodobnie już w 1392 r., po pogodzeniu się ze swoim stryjecznym bratem, rozpoczął Witold starania o jej zwrot i wkrótce powróciła ona w granice państwa litewskiego.

W 1440 r., korzystając z wewnętrznych konfliktów Litwy, ziemię drohicką zajął Bolesław IV, który kontynuował mazowiecką akcję osadniczą. 22 września 1440 r. w Drohiczynie wystawił on Mielnikowi dokument lokacyjny na prawo chełmińskie, w którym m.in. zezwalał miastu na posiadanie łąźni i postrzygalni²⁷.

Już cztery lata później Kazimierz Jagiellończyk odebrał utracone tereny, pozwalając szlachcie mazowieckiej na zachowanie nadanych jej praw. Na jej potrzeby ustanowił w Drohiczynie, Bielsku i Mielniku sądy ziemskie²⁸.

Nadanie przez Bolesława IV prawa chełmińskiego mogło wiązać się z lokacją miasta w nowym miejscu, a mianowicie w okolicach przeprawy, oddzielonej od starożytnego ośrodka płynącym w kierunku Bugu strumieniem. Teren ten jeszcze w 1560 r. określany był jako „miasto na Krzywczycach”²⁹. Termin „miasto” sugeruje, że na Krzywczycach obowiązywało prawo miejskie. Ten płaski, nie ograniczony wzgórzami obszar mógł zostać uznany za dogodne miejsce osadnicze dla napływającej ludności mazowieckiej. Próba lokacji prawdopodobnie nie powiodła się, czego świadectwem jest nowy dokument z 1501 r., nadający magdeburskie prawo miejskie Mielnikowi, tym razem bez wątplenia temu organizmowi, który rozwinął się w pobliżu zamku.

Prawo magdeburskie, ustanowione w Mielniku 27 października 1501 r. przez Aleksandra, usuwało wszystkie te zwyczaje oraz prawa ruskie i litewskie, które mogłyby przeszkodzić wprowadzeniu w życie nowego prawa. Mieszczanie zobowiązani zostali do płacenia 10 gr szerokich czynszu z włóki rocznie oraz do dostarczenia 100 korców owsa na wypadek przyjazdu króla. Przywilej zezwalał na targ w sobotę i trzy jarmarki rocznie: na św. Piotra w okowach (2 VI), na Wszystkich Świętych (1 XI), na święto Narodzenia Najświętszej Marii Panny (8 IX)³⁰.

Aktem z 1 października 1501 r. Aleksander ustanowił w Mielniku dziedziczne wójtostwo, na urząd ten mianując mieszczanina mielnickiego Mikołaja Rychlika³¹. Wójt wraz z pospółstwem zobowiązany został do wyboru potrzebnej liczby rajców, a starosta do ustanowienia w mieście burmistrza. Wójt otrzymał prawo sądenia

i karania mieszczan według prawa magdeburckiego we wszystkich sprawach. Wójt, jego następcy, wszyscy mieszczanie obu wyznań uwolnieni zostali spod jurysdykcji wojewodów, sędziów, urzędników litewskich, a zwłaszcza starosty mielnickiego i jego urzędników. Wójt odpowiadać miał przed władcą zgodnie z ustanowionym prawem magdeburckim.

Ustanawiając wójtostwo, uposażył je Aleksander w trzy wolne od opłat włóki, w takich granicach, w jakich dotychczas posiadał je Mikołaj Rychlik oraz w trzy wolne od opłat i powinności włóki w pobliżu miasta. Były to grunty przy Osłowie – wybudowano tam dom (dwór) wójta mielnickiego, po raz pierwszy notowany w 1513 r.³². Wójt otrzymał też młyn wolny nad rzeczką Mętą, wolne od opłacania kapszczyzny karczmy w mieście, wolną od opłat jatkę i prawo do jej wydzierżawiania na czynsz³³.

Aleksander zaznaczył, że wójtostwo nadane Rychlikowi może być przez niego trzymane i dziedziczone przez jego następców bądź też wydzierżawione, zamienione lub sprzedane. Przywilej ten potwierdzony został przez Zygmunta Augusta 3 IV 1569 r.³⁴.

B. Kształtowanie się przestrzeni miejskiej (XV-XVI w.)

Stabilizacja polityczna Wielkiego Księstwa Litewskiego przyniosła w końcu XV w. rozwój gospodarczy terenów Podlasia. Od dawna ważną drogą wodną był Bug, dużą rolę odgrywał biegnący wzdłuż rzeki stary trakt lądowy przez Brześć – Mielnik – Drohiczyn. Po nawiązaniu ścisłych stosunków z Koroną znaczenia nabrały szlaki komunikacyjne wiodące z Małopolski na Litwę.

Wyeliminowanie stałego zagrożenia spowodowało, że istniejące zamki traciły swoje militarne znaczenie. Przekształcano je w stacje, w których zatrzymywał się król, jego urzędnicy i dworzanie. Nadając w 1516 r. Milejczycom prawo miejskie, Zygmunt Stary motywował to potrzebą istnienia dogodnej stacji w połowie drogi między Bielskiem a Mielnikiem³⁵. Prawdopodobnie w podobnych okolicznościach otrzymały w 1505 r. prawo miejskie Łosice – ostatnia przed Mielnikiem stacja królewska po lewej stronie Bugu.

Zamek mielnicki w końcu XV i początkach XVI w. nabrał szczególnego znaczenia w czasie przejazdów królewskich i wielkksiążęcych.

W 1486 r. w Mielniku stawał Kazimierz Jagiellończyk³⁶. W 1501 r. na koronę oczekiwał tam Aleksander. Przybył on 18 września z Bielska na czele gwardii złożonej z około 1400 ludzi, w towarzystwie dostojników litewskich i biskupów: kijowskiego, żmudzkiego, łuckiego³⁷. Dnia 23 października zatwierdził przygotowany w Piotrkowie akt unii, tzw. mielnickiej. Dla jej wręczenia przyjechali do Mielnika delegaci: arcybiskup lwowski Boryszewski, biskup poznański Jan Lubrański, wojewoda poznański Andrzej z Szamotuł i wojewoda ruski Jan Szram. Aleksander opuścił miasto 6 listopada 1501 r., udając się najkrótszą drogą – pod Mielnikiem przez Bug i dalej na Łosice – w podróż koronacyjną do Krakowa. Ponownie Aleksander przybył na zamek mielnicki w 1503 r., a później w roku 1504. Tu również

na ofiarowanie korony czekał w 1506 r. Zygmunt I, a w 1513 r. spędził w Mielniku miesiąc³⁸.

Zamek mielnicki, położony na wysokiej skarpie nadbużańskiej, w 1545 r. składał się z trzech powiązanych ze sobą elementów: zaplecza gospodarczego usytuowanego przy ulicy Brzeskiej, zamku niskiego i zamku wysokiego. Pomiedzy zapleczem gospodarczym a zamkiem niskim znajdowała się fosa, nad którą umieszczono zwodzony most³⁹.

Budowle zamkowe, które posadowiono na kamiennych, wysokich podpiwniczeniach, wzniesiono z drewna sosnowego i dębowego. Ściany zewnętrzne pokryto polepą glinianą, chroniąc je w ten sposób przed pożarem. Obwody obronne obu zamków składały się ze ścian „rąbionych ze wszelkiego drzewa we dwie ścienie” lub „we trzy ścienie”. Niektóre obiekty mieszkalne i gospodarcze zamku budowały jednocześnie jego zewnętrzny obwód, którego obronność podnosiły drewniane wieże (horodnie), blankowania i ganki obronne.

W skład zaplecza gospodarczego zamku mielnickiego, usytuowanego w bezpośrednim jego sąsiedztwie, wchodziły: „izba czarna dla masztalerzow, pięć stajen, w których stawi się po pięćdziesiąt koni”; trzy kuchnie, piekarnia i chłodnik.

Na zabudowę zamku niskiego składały się: murowana wieża i rozległy budynek, który wchodził w skład obwodu obronnego i krótszym bokiem przylegał do ściany zamku wysokiego. Obszar zajmowany przez zamek niski wynosił 18 przętów (ok. 0,54 ha)⁴⁰. Na prawo od wieży znajdowała się ściana, również łącząca się z zamkiem wysokim.

Z zamku niskiego na teren zamku wysokiego prowadziły wrota umieszczone w ścianie zamkowej rozdzielającej oba zamki od siebie. Wjazd chroniony był wolno stojącą wieżą na terenie zamku wysokiego. Powierzchnia placu wynosiła 16 przętów (ok. 0,48 ha).

Zabudowę zamku wysokiego tworzyły budowle położone blisko siebie lub z sobą połączone. Znajdowała się tu obronna wieża w XVI w. nazywana pałacem Jego Królewskiej Mości. Ten podpiwniczony, dwukondygnacyjny budynek łączył się krytymi gankami obronnymi z dwiema basztami wyprowadzonymi poza lico ścian. Obok „pałacu” stał również podpiwniczony, murowany kościół pw. św. Mikołaja. Rolę mieszkalną pełnił także jednokondygnacyjny budynek wybudowany wzdłuż ściany zamkowej. Zwieńczony był krenelażem, a na plac zamkowy wychodził nadwieszony ganek. Na dziedzińcu znajdowało się więzienie, w którym w 1545 r. uwięzieni byli trzej kniaziowie moskiewscy: Fiedor Owczyna, Jendriej Palecki, Michałko Oboleński.

Oprócz horodni – wież, na zamku wysokim znajdowały się horodnie – komory przystawione do ścian zamkowych i budynków spełniające rolę magazynów.

W latach czterdziestych XVI w. podjęto prace remontowo-budowlane zmierzające do podkreślenia funkcji rezydencjonalnej zamku. Koordynatorem prac był zapewne ówczesny starosta mielnicki Nikodem Janowicz Świejko z Ciechanowca, h. Dąbrowa (1537-1549). Przeznaczony na potrzeby stacji królewskiej „pałac” za-

mierzano urządzić w duchu renesansowym. Do roku 1545 wmontowano kasetonowy sufit, wybudowano kaflowy, renesansowy piec z dwiema wieżyczkami, wmontowano weneckie okna, w których „błony mają być szklane z szkła francuskiego roboty gdanskiej. A osobliwe mają być w izbie wielkiej błony z herbami krolewskimi”⁴¹. Przed 1551 r. częściowo rozebrano baszty i wieżę, na jej fundamentach wznosząc nowy budynek mieszkalny⁴².

W trakcie sondażowych badań archeologicznych prowadzonych przez Łukasza Rejniewicza w latach 1985-1987 na terenie wzgórza zamkowego znaleziono między innymi renesansowe kafle z głębokim, plastycznym ornamentem o tematyce roślinnej i kafle z monogramem „A.S.” w lustrzanym odbiciu⁴³.

Prowadzona z szerokim rozmachem akcja modernizacji zamku objęła zapewne budowę stałej przeprawy. W tym czasie Bug na wysokości Mielnika płynął dwoma ramionami, które obejmowały owalną wyspę Ostrów długości około 4,5 km i szerokości 1,5 km. Wyspa ta umożliwiła powstanie drewnianego, skrzyniowego mostu, składającego się z dwóch członów. Jak wynika z analizy inwentarza z 1545 r., opieka nad nim została podzielona: „połowice robią mieszczanie mielniccy te połowice od Mielnika [nad prawą odnogą – przyp. D. M.], a drugą połowice tego mostu robią mieszczanie łosiccy” [nad lewą odnogą – D. M.]⁴⁴. Był to wtedy jedyny w powiecie mielnickim most na Bugu. Na wyspie musiała znajdować się komora celna, pobierająca mostowe i myto wodne. Pieniądze te odsyłane były następnie na zamek.

W miejsce wczesnośredniowiecznej osady po lewej stronie rzeki powstał folwark zamkowy. Jego zadaniem była obsługa przeprawy, a także zarząd położonymi na Zabuzu gruntami zamkowymi. W 1560 r. granica gruntów folwarcznych przebiegała następująco: „z jednej strony od rzeki Buga, z drugiej od boku włók Sielpielickich, z trzeciej od końców tychże włók, od boru KJM, z czwartej od boku włók Mierwickich”⁴⁵. Folwark funkcjonował pomimo zniszczenia zamku, notowany jest jeszcze w końcu XVII w.⁴⁶. W 1501 r. istniały też folwarki zamkowe w Nosowie i Łosiewie⁴⁷.

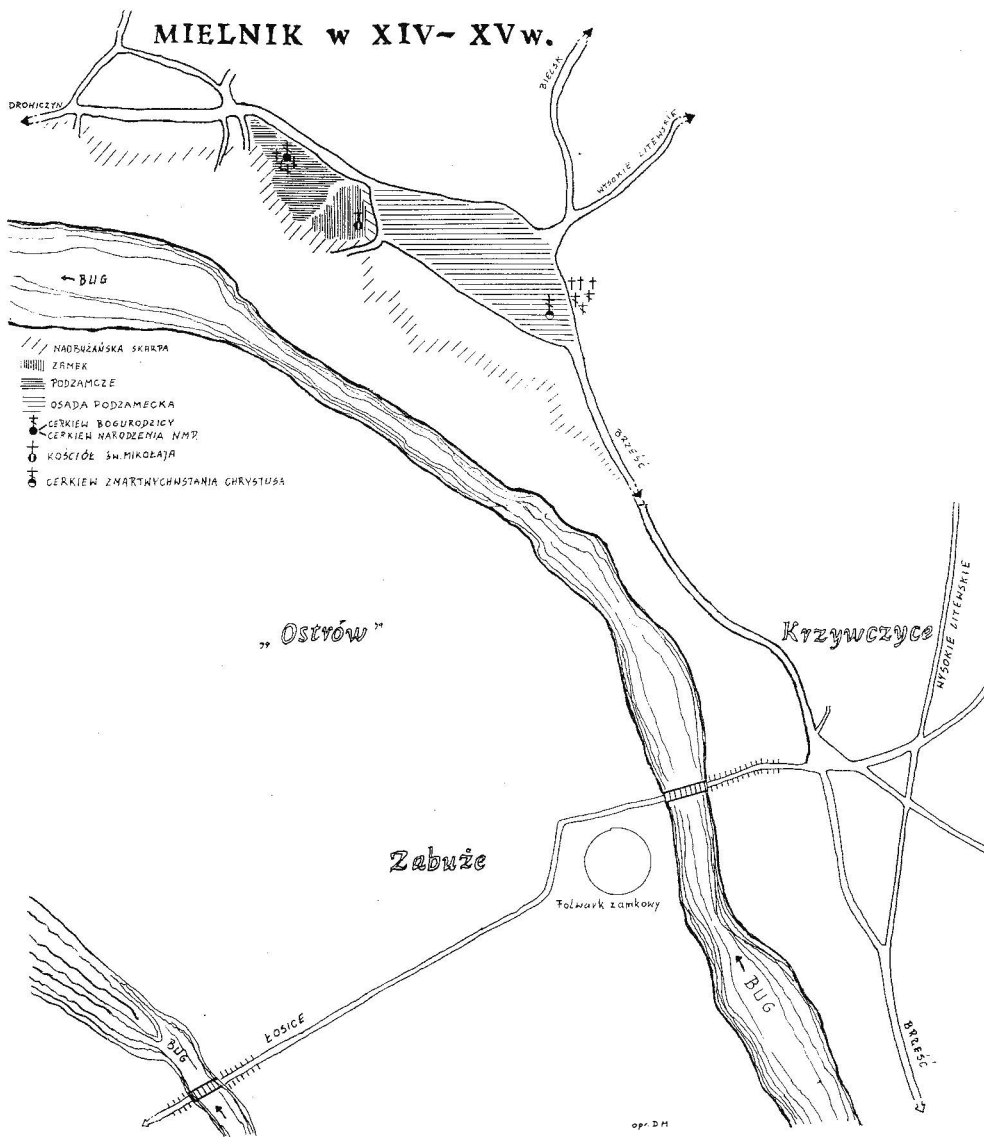
Wybudowanie zamku w połowie XIV w. podniosło atrakcyjność terenu, przyczyniając się do napływu nowych osadników, którym oddano pod zabudowę obszar w sąsiedztwie zamku po obu stronach traktu do Drohiczyna.

Po prawej stronie drogi znajdowała się osada typu okolnicy. Badania powierzchniowe tego terenu wykazały istnienie w tym miejscu osady nowożytnej. W XVI-wiecznej siatce ulic dawna droga otaczająca osadę nosiła nazwy ulic Szykałowicza i Drohickiej⁴⁸.

Od strony wschodniej sąsiedował z zamkiem duży, nieregularny majdan, pełniący funkcję placu targowego, a jednocześnie ważny węzeł komunikacyjny. Przebiegały tędy szlaki: na zachód do Drohiczyna, na północ do Bielska, na wschód do Brześcia i tą samą drogą w stronę przeprawy na Bugu.

W XV w. nastąpiła częściowa zabudowa placu. W 1420 r. wielki książę litewski Witold fundował w Mielniku kościół katolicki pod wezwaniami: Bożego Ciała, Wniebowzięcia Najświętszej Panny Marii, św. Mikołaja i Wszystkich Świętych⁴⁹.

MIELNIK w XIV- XV w.



Źródła pisane określają go jako kościół zamkowy, późniejsze często nazywają go farynym. Fundowana w tym czasie parafia katolicka w 1580 r. obejmowała prócz Mielnika Niwicze (późniejszy Niemirów), Gnojno, Wólkę Niwicką, Drażniewo, Ostrowiec, Sytno, Boratyniec, Moszczoną⁵⁰. Zamek wraz z włączonym w jego obwód obronnym kościołem zamknął plac targowy od strony zachodniej.

Ważny dla rozwoju miasta okazał się miesięczny pobyt Zygmunta Starego na zamku mielnickim w 1513 r., kiedy prowadził on wojnę z Moskwą. Król uposażył wtedy kościół fundacji Witolda w wieś Wajków, plebanowi przekazał tamtejszy młyn, do płacenia dziesięciny zobowiązał tych mieszczan mielnickich, którzy posiadali ogrody⁵¹. W tym czasie zapadła decyzja o budowie drugiego kościoła w mieście. Podyktowane to być musiało wygodą króla, który zapewne pragnął zmniejszyć liczbę wiernych w kościele zamkowym i na terenie zamku. Kolejny to dowód na to, jakiego znaczenia dla monarchy nabierała stacja mielnicka. Budowa nowej świątyni przemawia też za rozwojem demograficznym i przestrzennym miasta. Pierwsza wzmianka o istnieniu nowego kościoła pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny pochodzi z 1551 r.⁵². Kościół wzniesiony został na placu targowym, lecz nie w jego wschodniej części, gdyż obszar ten był już wtedy prawdopodobnie zabudowany.

Granicą pomiędzy placem kościelnym a parcelami wschodniej części Rynku w 1560 r. była ulica nazywana „uliczką w tyle kościoła”, łącząca ulicę Brzeską i „Woskriesienską”⁵³. Plac należący do kościoła z wybudowaną plebanią dla dwóch kapłanów leżał po prawej stronie traktu do Bielska.

W XV w. nastąpiła również zabudowa północnej pierzei placu, który coraz bardziej przybierał kształt czworokąta. Pierwszą parcelę po obu stronach traktu do Drohiczyzna, naprzeciwko kościoła zamkowego, zajął zapewne już w 1420 r. pleban mielnicki. W 1560 r. była to jedna z większych parcel w mieście: 10,5 pręta zajmowała sadyba, 41 prętów stanowiły ogrody. Sąsiedni plac, pierwszy przy placu targowym, zajmowała parcela wójta. Datować ją można na 1501 r. Przy Rynku leżało 20 parcel, z których tylko 14 miało sadyby po 0,5 pręta – resztę stanowiły wyłącznie ogrody.

W XVI w. Rynek od zachodu sąsiedował z terenem zamkowym, od wschodu z placem kościoła pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny, a od południa ze skarpą nadbużańską. Zabudowa prawie o połowę zmniejszyła pierwotną powierzchnię placu.

Rozwój przestrzenny Mielnika postępował głównie wzdłuż osi wschód-zachód. Wpływ na to miała rzeźba terenu, a także przebieg najbardziej uczęszczanych szlaków: na wschód w kierunku przeprawy i na zachód do Drohiczyzna.

W 1560 r. ulicą najdłuższą w mieście była wychodząca z Rynku ulica Drohicka. Po prawej stronie leżały 63 parcele różnej wielkości. Parcele te ciągnęły się w kierunku północnym w stronę pól miejskich i ganiczyły z morgami miejskimi położonymi na tzw. Górach. Lewa strona ulicy rozpoczynała się placem plebańskim.

Na trzynastym placu, licząc od Rynku, stała cerkiew pw. Narodzenia Najświęt-

szej Marii Panny. Zabudowa wzdłuż ulicy od Rynku do cerkwi możliwa była dopiero po pożarze zamku i zniszczeniu jego części gospodarczej. Przy końcu pierzei nad rzeką znajdowały się trzy place młyńskie. Parcele tej strony swymi ogrodami graniczyły z łąkami nad Bugiem.

Również wzdłuż rzeki biegł drugi trakt wychodzący z Rynku, w XVI-wiecznej siatce ulic noszący nazwę ulicy Brzeskiej. Po prawej stronie znajdowało się 38 parcel, po lewej 22.

Od 1516 r., po wybudowaniu w Milejczycach stacji królewskiej, rozwinął się trakt w tym kierunku, prowadzący dalej do Bielska. Bezpośrednia droga z Bielska do Mielnika określana jest od tego czasu „starym traktem mielnickim”, śladem po niej jest droga Stary Gościniec. Trakt do Milejczyc wychodził z Rynku pomiędzy piątą a szóstą parcelą, a jego odcinek na terenie miasta nosił nazwę ulicy Milejczyckiej. W 1560 r. nie była to ulica mocno zabudowana: po prawej stronie znajdowało się dwanaście parcel, po lewej dziewięć o powierzchni liczącej 1-2 przęty.

Równoległe do ulicy Milejczyckiej w kierunku północnym biegła ulica Bielska wychodząca w XVI w. z ulicy Brzeskiej. Po prawej stronie ulicy leżało dwanaście parcel różnej wielkości, z których sześć posiadało ogrody. Szósty plac o powierzchni 10 przętów w części sadybnej i 8 przętów w ogrodowej stanowił własność kościoła pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny – stały tu domki kapłańskie. Znaczne ich oddalenie od kościoła wydaje się świadczyć o tym, że już w 1513 r. teren wokół świątyni był zajęty pod zabudowę miejską.

Ulica Bielska łączyła się z ulicą Milejczycką poprzez krótką, biegnącą do pierzei rynkowej ulicę, w rejestrze pomiary nazywaną „ulicą w tyle Rynku”. Z ulicy Milejczyckiej wychodziła ona pomiędzy pierwszym a drugim placem leżącym we wschodniej jej części. Parcele prawej strony uliczki graniczyły z parcelami rynkowymi, natomiast w tyle sześciu lewych w 1560 r. wytyczone zostały ogrody na gumna. Wszystkie parcele ulicy były równe i zajmowały po 1 przęcie w części sadybnej, a po 2,5 w części ogrodowej. Genezę tej ulicy wiązać więc należy z pomiara włóczną, kiedy to rozmierzano i wytyczano place o jednakowej wielkości.

Ulica „Woskriesienska” wychodziła z południowo-zachodniej części Rynku i przecinała ulicę Brzeską. Jej XVI-wieczna nazwa pochodzi od wezwania cerkwi Zmartwychwstania Pańskiego, stojącej na ostatniej parceli po prawej stronie ulicy. Plac po lewej stronie ulicy, a naprzeciwko cerkwi, należał do popa tej cerkwi, Dziemieniczego.

Z północnego krańca ulicy Drohickiej wychodziła i po zatoczeniu łuku do niej wracała ulica Szykałowicza. Określana tak w 1560 r., nazwę swą zyskała od dwóch parcel leżących na początku i końcu ulicy, będących własnością Jacka Szykałowicza. Prawa zewnętrzna strona ulicy sąsiadowała z parcelami północnej pierzei ulicy Drohickiej.

Z ulicy Brzeskiej rozpoczynał się gościniec w kierunku Wysokiego Litewskiego. Jego odcinek na terenie miasta nosił w XVI w. nazwę ulicy Wysockiej, której prawą stronę zajmowało 7, a lewą 16 parcel z ogrodami po około 26 przętów. Ciągnęły się

one w kierunku włók miejskich pola trzeciego. Informacje topograficzne zawarte w rejestrze pomiaru włócznej oraz istniejące nazwy terenowe pozwalają lokalizować ulicę Wysocką w pobliżu przeprawy i „miasta na Krzywczycach”.

W 1560 r. „miasto krzywczyckie” posiadało słabo rozwinięty układ przestrzenny. Rejestr wymienia ulicę o wyodrębnionej jednej pierzei, przy której znajdowało się 37 parcel. Parcel sadybnych było 20, a powierzchnia każdej wynosiła 5 prętów. Wszystkie parcele ulicy posiadały ogrody o powierzchniach 5, 10, 15, 20 25 prętów, przy czym przeważały wśród nich większe niż 10 prętów. Te regularne place były prawdopodobnie wynikiem pomiaru włócznej. Krzywczyce nie posiadały własnego układu trzech pól. W 1560 r. „miasto na Krzywczycach” zostało określone przez lustratorów jako Przedmieście.

Nieznaną jest dokładna lokalizacja ulicy Browarnej, przy której stały browary i karczmy miejskie. Zapewne znajdowała się ona przy źródłiskach w okolicach przeprawy.

W połowie XVI w. Gwagnin tak opisał Mielnik: „miasteczko drewniane nad tąż rzeką [Bug – przyp. D. M.] leży, zamek w obrzyż na górcie”⁵⁴.

C. Położenie i granice zewnętrzne gruntów wymierzonych w czasie pomiaru włócznej w 1560 r.

Pomiara włóczna, przeprowadzona w Mielniku w 1560 r., uporządkowała własność miejską, przyczyniając się do powstania kontrolowanej struktury fiskalno-własnościowej. Tworzyła ją zabudowa miasta, tzn. sadyby i ogrody przydomowe, ujęte w układ ulic oraz grunty rolne, obejmujące: tereny uprawne wchodzące w skład trzech pól, morgi, zaścianki, „sianożęcia”, czyli łąki, ogrody miejskie i folwarki miejskie.

Jednym z ważniejszych zadań reformy włócznej była komasacja gruntów uprawnych, utworzenie układu trzech pól i rozmierzenie ich na włóki. Granica pól opisana została w rejestrze pomiarowym następująco: „Dwie pola na wschód słońca, bokiem od zaścianku i boru miesckie [go] spornego z panem Niemirą⁵⁵ i od ziemi bojarzyna Bohdana Nadmusckiego⁵⁶ i boru buzyckie [go]. Na południe końcami od boku trzeciego pola tych włók i ogrodów miesckich i od rzeki Buga. Na zachód bokiem od dworca woytowskiego⁵⁷. Na północ końcami od boru KJM mielnickiego⁵⁸. Trzecie pole na wschód słońca, końcami od boru KJM mielnickiego spornego z panem Niemirą i od ziemi sutuńskich⁵⁹ i zaścianku miesckiego⁶⁰. Na południe od ziemi wająkowskich⁶¹ i rzeki Buga. I od miasta krzywczyckiego na zachód słońca końcami i od ogrodów miesckich⁶². Na północ bokiem od końców włók dwóch pól”⁶³.

Jak wynika z przytoczonego opisu, granica zachodnia i północna pierwszego pola, północna i wschodnia drugiego pola oraz wschodnia trzeciego pola wytyczała zasięg całości gruntów miejskich, stanowiąc jednocześnie jego granicę zewnętrzną.

Z końcami włók pierwszego pola sąsiadowało w południowo-zachodniej części obszaru miejskiego 67 tzw. „morgów pod Ostowem”. Ich granicę północną wytyczał trakt do Drohiczyna, wschodnią – zabudowa lewej strony ulicy Drohicckiej (idąc od

miasta), zachodnią zaś zakole rzeki Bug. Od południa morgi graniczyły z ogrodami „nadbużnymi” i schodzącymi nad rzekę łąkami nazwanymi „Księża Łąka”.

Obszar morgowany ciągnął się również poza parcelami prawej strony ulicy Drohickiej i ulicy Szykałowicza. Od strony wschodniej ograniczony został zabudową lewej strony ulicy Milejczyckiej, a od północnej końcami włók pierwszego pola miejskiego. Morgi te znajdowały się na wyniesieniach i określano je jako morgi na „Górze pod Lipą”, „morgi na Górze”. W tym samym rejonie, tj. za zabudową prawej strony ulicy Drohickiej leżały ogrody miejskie, zajmujące łącznie 129 prętów.

Za północną pierzeją ulicy nazywanej „w tyle Rynku”, łączącej trakt milejczycki z traktem bielskim, wytyczono ogrody na gumna miejskie o łącznej powierzchni 36,5 pręta, ciągnące się ku włókom pola drugiego. Sąsiadowało z nimi 5 ogrodów leżących po lewej stronie traktu bielskiego. Po jego prawej stronie, na dużym, wolnym od zabudowy obszarze wytyczono 16 ogrodów, głównie po 7,5 pręta. Kolejne ogrody były po obu stronach „drożki, która idzie z folwarków miejskich [od ulicy Brzeskiej – D. M.] ku włókom miejskim”⁶⁴.

Zajmowały one łącznie obszar o powierzchni 287,5 pręta. Za nimi przy granicy pól miejskich, a wzdłuż obu stron drogi idącej od cerkwi pw. Zmartwychwstania Pańskiego znajdował się kolejny obszar morgowany, tzw. „Rowy”, o powierzchni 25 morgów i 52 prętów.

Od południa z zabudową miejską graniczyły łąki nadbużańskie. W południowo-zachodniej części gruntów miejskich, w zakolu Bugu znajdowała się sianożęć „Księża Łąka”, granicząca z gruntami wsi Osłowo oraz sianożęcia: „na Srzednim Moklakowie” i „na Skrajnym Moklakowie”, „na Ostrej Łące”. Z wyjątkiem sianożęci „Księża Łąka” nazw tych nie zarejestrowano w czasie badań terenowych.

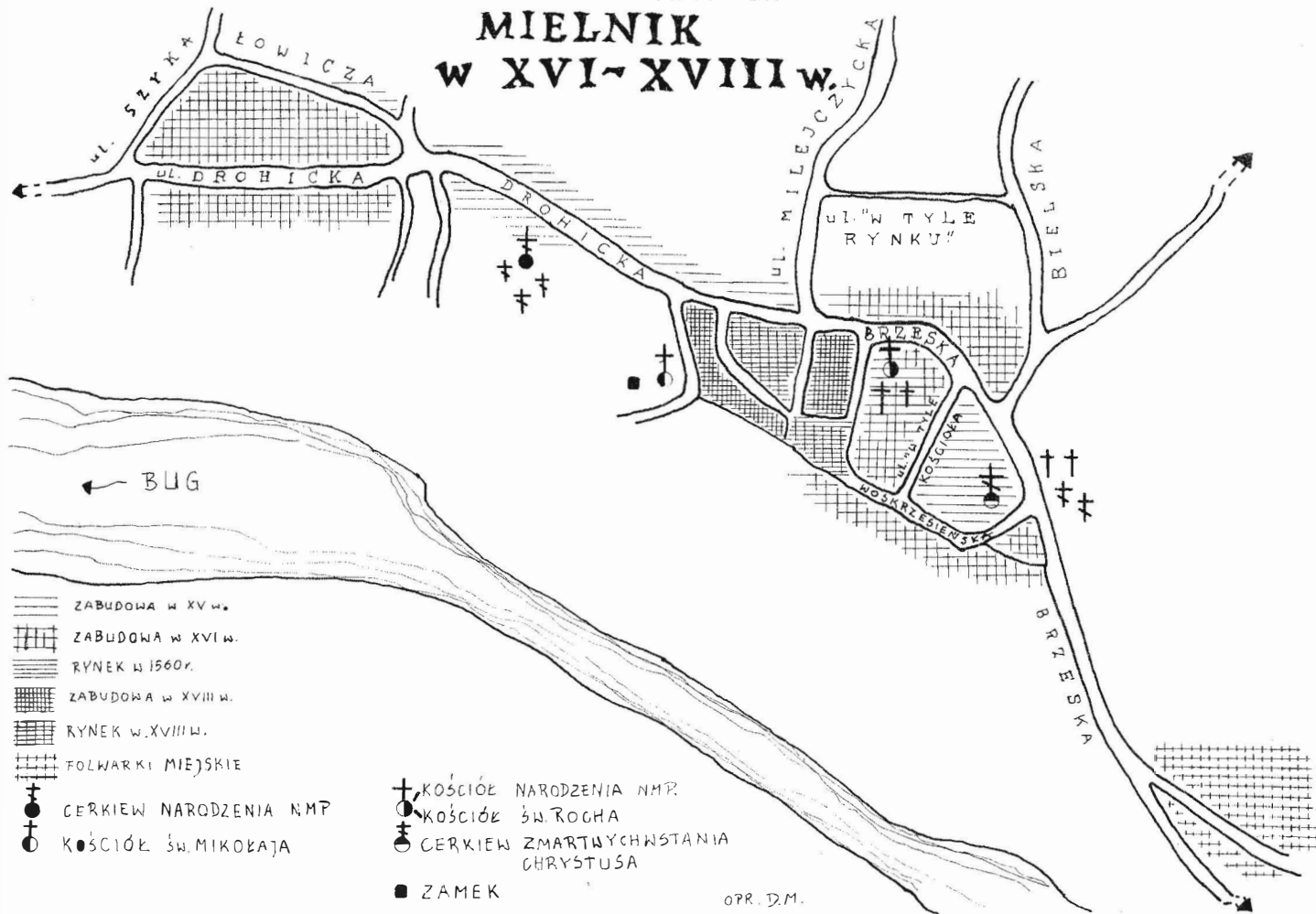
Pomiędzy Mielnikiem a „miastem na Krzywczycach”, wzdłuż traktu brzeskiego leżały folwarki miejskie graniczące z „Rowami” oraz z ogrodem cerkwi pw. Zmartwychwstania Pańskiego, która na terenie tych folwarków posiadała 184 pręty ogrodów. Większość osób posiadająca tu sadyby i ogrody miała też siedliska na terenie miasta. Folwarki miejskie tworzyło pięć sąsiadujących ze sobą obszarów o łącznej powierzchni 97,5 pręta w części sadybnej i 289,5 pręta w części ogrodowej. W 1560 r. nie posiadały one własnego, wyodrębnionego układu trzech pól, tak jak to miało miejsce na terenie gruntów takich miast, jak np. Kleszczele, Bielsk⁶⁵.

Wzdłuż Bugu, w stronę „miasta na Krzywczycach” ciągnęły się „Ogrody Podbużne” zajmujące powierzchnię 159,5 pręta. Ich zachodnią granicę wytyczał leżący przy zamku ogród zamkowy, a wschodnią browary miejskie.

Na Krzywczycach znajdowały się 23 morgi nazywane „morgami na Przedmieściu”. Przy granicy włók miejskich i boru królewskiego leżały 93 morgi, a przy granicy z Wajkowem leżało ich 9.

Po obu stronach drogi idącej od gościńca wysockiego w kierunku do „Rowu Wielkiego”, w okolicy morgowanego gruntu krzywczyckiego znajdowały się ogrody o różnej powierzchni. Po lewej stronie drogi (idąc od miasta) leżało 8 ogrodów wielkości od 8,5 do 75 prętów, a po prawej stronie było 7 ogrodów o powierzchni

MIELNIK W XVI-XVIII W.



od 2 do 18,5 pręta. Razem ogrody te zajmowały powierzchnię 244 prętów.

Rejestr pomiarów włócznej bardzo enigmatycznie umiejscawia w przestrzeni gruntów miejskich zaścianki miejskie: „W boku włók miejskich skrajnego pola z jednej strony, a z drugiej od rzeki Buga, z trzeciej i czwartej od rzeki Mętnej”⁶⁶. Tekst ten należy rozumieć jako opis położenia czterech zaścianków, a nie jako opis lokalizacji jednego, co niezgodne by było z przestrzennymi realiami. Zaścianki te „pola z lasy i bagny włók 6, a błota nikczemnego włók 2”⁶⁷ dano wójtowi mielnickiemu Stanisławowi Zawiszy na wójtostwo, jednocześnie zwalniając te grunta od opłat.

D. Zahamowanie rozwoju miasta (II połowa XVI – I połowa XVII w.)

W połowie XVI w. rozpoczął się upadek Mielnika. Złożyło się na to kilka przyczyn.

Po 1551 r. spłonął zamek wraz z całą kancelarią. Mówi o tym zapis: „(...) sthare xięgi grodzkie pogorzały kiedy zamek gorzał (...)”⁶⁸. Inwentarz z 1560 r. nie opisuje już budowli zamkowej w pierwotnym kształcie, wymieniając jedynie puste place. Z pożaru ocalały obiekty murowane: kościół i wieża wjazdowa⁶⁹.

W tym okresie zniszczeniu uległ również most na Bugu. Być może wpływ na to miała zmiana biegu rzeki, która zaczęła płynąć prawym korytem, a więc tuż pod wzgórzem zamkowym⁷⁰. Mogło więc nastąpić podniesienie poziomu wody, która zniosła stałą przeprawę. Lewe ramię zaczęło wysychać, a powstałe na nim jeziora meandrowe rejestr z 1560 r. określa mianem „zatocznych”⁷¹. Wyspa Ostrów połączyła się w ten sposób z lądem stałym od strony południowej.

Zniszczenie mostu mogło mieć miejsce pomiędzy 1551 a 1554 r. W 1554 r. król Zygmunt August pozwolił Stanisławowi Tęczyńskiemu na budowę stałej przeprawy na Bugu pod Siemiatyczami w miejsce dotychczasowego przewozu w Turnej oraz na pobieranie tam opłat mostowego⁷². Efektem tego posunięcia były trwałe zmiany szlaków komunikacyjnych, a tym samym gospodarcze straty królewskiego miasta.

Sytuacji nie zmieniła odbudowa w końcu lat pięćdziesiątych mostu mielnickiego, który w rejestrze z 1560 r. nazywany jest „nowym”⁷³. Wcześniejsza decyzja królewska zaważyła na dalszych losach rozwoju Mielnika. Stan ten charakteryzuje zapis rewizorów w 1560 r. rozmiarzących jego grunty: „Do tego miasta dlatego nie mało włók ostawiono, iż mieszczanie nie mają się czym żywić. Gościniec obrócono na Turnę i Siemiatycze, jarmarków też i targów dobrych nie masz, a lud ubogi, acz nad portem przedsię handlu żadnego za ubóstwem nie wiodą, jedno się rolę żywią”⁷⁴.

Brak dobrych jarmarków wiązał się z konkurencyjnymi obchodzonymi w tym dniu na Wszystkich Świętych (1 XI) w Siemiatyczach od 1542 r. i w Drohiczynie od 1560 r.⁷⁵.

Po pożarze zamku kolejni starostowie mielnicki starali się o wystawienie na jego miejsce rezydencji starościńskiej. Prace budowlane ciągnęły się kilkanaście lat. W 1560 r., gdy starostą mielnickim był Jarosz Korycki, na pierwszym placu zamkowym stał dwór o trzech izbach, nadal określany mianem: zamek⁷⁶. Termin ten

przybrał jednak inne znaczenie i należy rozumieć go jako miejsce zamieszkania i pracy starosty, a nie jako budowlę obronną. Starosta mielnicki Wojciech Sawicki w latach 1576-1611 na urządzenie rezydencji starościńskiej „swych własnych pieniędzy wydał polskich złotych 1344-46-3 i w roku 1578 wziął z pieniędzy królewskich 345-21-12, wyrównując w ten sposób dług, który miał u króla”⁷⁷.

W latach sześćdziesiątych XVI w. liczone jeszcze na przywrócenie Mielnikowi utraconej rangi w związku z reorganizacją województwa podlaskiego.

Na sejmie wileńskim w latach 1565-1566 szlachta ziemi mielnickiej prosiła „o plac w rynku nad rowem przeciwko zamkowi”⁷⁸ celem zbudowania tam kancelarii i lamusa. W kancelarii, którą w 1566 r. otrzymało miasto, znajdowało się „od roku 1566 do roku 1579 actii y zapisow y opowiadania trzydziesczi y trzy”⁷⁹. Ta mała liczba ksiąg w układzie trzech serii (księgi dekretów, zapisów i relacji) wytworzona w ciągu trzynastu lat pracy kancelarii przemawia za niską jej rangą w ziemi mielnickiej. Wpływ na to miało istnienie uznawanych przez szlachtę kancelarii w Brześciu i Drohiczynie.

W początkach XVII w. upadek miasta musiał być znaczny, skoro Wojciech Niemira, starosta mielnicki (1611-1625), przeniósł kancelarię starościńską ok. 1618 r. do swojej rodowej siedziby w Ostromęczynie, skąd część akt już nigdy nie powróciła⁸⁰.

Wraz z dworem starościńskim podupadł kościół przy zamku, a znaczenia nabierał filialny kościół pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny, znajdujący się w mieście. W latach trzydziestych pleban mielnicki Mateusz Pierzchała nie orientował się, która świątynia jest farna, uznając kościół przy zamku za kaplicę bez prawa odprawiania ceremonii⁸¹. Kwestię tę wyjaśnił dopiero list Władysława IV do Krzysztofa Wiesiołowskiego starosty mielnickiego (1626-1637), „że tam przy Górze Zamkowej ex antiqua Fundatione świętej pamięci Antecessorow Naszych Aleksandra Witolda i Zygmunta I nie kapella ale kościół Parochalny był y dotąd iest”⁸².

Rozwojem miasta nie byli zainteresowani starostowie mielnickcy. Wojciech Niemira dbał głównie o swoje dobra. Posiadał majątności m.in. w województwie podlaskim i brzeskim, a w Warszawie na Bielańskiej stał jego pałac⁸³. W będących jego własnością Górkach k. Łosic ufundował w 1612 r. murowany kościół. Wspomagał też w powiększaniu dóbr – często kosztem Mielnika i starostwa – swego rodzonego brata Stanisława, osiadłego w Niemirowie. Sąsiad Mielnika wznosił w Niemirowie dwór i kościół, który uposażył w 1620 r. W 1624 r. zobowiązał się do uposażenia szpitala w Brześciu, a w 1633 r. wraz z drugą żoną potwierdził uposażenie cerkwi w należącym do niego Gnojnie.

O podniesienie znaczenia Mielnika nie starał się Krzysztof Wiesiołowski, starosta mielnicki w latach 1627-1637. Znany z licznych i hojnych fundacji na innych terenach. W Grodnie ufundował kościół i klasztor PP. brygidek, wznosił i uposażył kościoły w Dąbrowie, Chodorowie, Łunnie, Kwasowie i Zawadach. W Tykocinie założył szpital dla byłych żołnierzy, na jego utrzymanie przeznaczając dobra doliostowskie. W Białymstoku zwiększył fundusz na utrzymanie szkoły parafialnej⁸⁴.

Jedyną fundacją szlachecką w Mielniku był szpital-przytułek na siedmiu ubogich

założony w 1655 r. przy kościele pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny przez starostę mielnickiego Wojciecha Emeryka Mleczo⁸⁵. Ubodzy zobowiązani byli do śpiewania w kościele hymnów na cześć jego patronki: „Boga Rodzico” i „Kto chce Pannie Maryi służyć”. Utrzymaniem przytułku Mleczo obciążył dobra Huszlew – fundusz ten przetrwał do 1795 r.

2. Mielnik w drugiej połowie XVII i w XVIII wieku

A. Stagnacja miasta (II połowa XVII – I połowa XVIII wieku)

W drugiej połowie XVII w. nastąpił całkowity upadek miasta. Bezpośrednią tego przyczyną były wieloletnie działania wojenne.

Wiosną 1656 r. ziemia drohicka i mielnicka, które były przeciwne Szwedom, stały się terenem walk pomiędzy Pawłem Sapiehą a Bogusławem Radziwiłłem, wspomaganym przez wojska szwedzkie. Antoni Chrapowicki w swoim *Diariuszu* pod datą 26 III 1656 r. zanotował: „Szwedzi do Mielnika mimo Lewiszcze poszli”⁸⁶. W ziemi mielnickiej wojsko Bogusława zrabowało majątności podkomorzego mielnickiego Jakuba Krassowskiego, skonfiskowało pieniądze starosty drohickiego i kasztelana czerskiego Zbigniewa Ossolińskiego, przebywającego gościnnie u Pawła Horbowskiego – Zaranek, do niewoli wzięto szlachtę⁸⁷. Bogusław opuścił Mielnik w połowie kwietnia, pozostawiając tam swoją załogę. W kilka dni po jego odejściu miasto bez walki zostało zajęte przez wojska litewskie⁸⁸.

Zimą 1655 i 1656 r. południowe Podlasie dotknął marsz Gosiewskiego. W 1657 r. teren ten pustoszył Rakoczy, który w maju wraz z wojskiem stanął w Mielniku⁸⁹. W 1660 r., kiedy wojnę z Polską wznowił car Aleksy, Podlasie stało się główną bazą wypadów Sapiehy. Efektem tego było zniszczenie w poważnym stopniu starostwa mielnickiego – wojska moskiewskie spaliły m.in. wsie: Zalesie, Hołowczyce, cerkiew unicką w Żerczycach⁹⁰.

Całości zniszczeń dopełniły bardzo męczące, trwające do połowy lat sześćdziesiątych przemarsze skonfederowanych wojsk litewskich. Dokonane przez nie zniszczenia na terenie starostwa uznano na sejmikach w Mielniku za najdotkliwsze⁹¹.

Duże spustoszenie wśród ludności uczyniło morowe powietrze, nękające ten teren w latach 1651-1663.

Powyższe okoliczności wpłynęły na znaczne obniżenie liczby mieszkańców Mielnika. Według ustaleń J. Topolskiego zmniejszyła się ona z ok. 1520 w latach 1576-1616 do 480 ok. 1662 r., a więc o ok. 68%⁹². Lustracja obrazująca zniszczenia starostwa po wojnach podaje w 1660 r. trzydzieści domów „osiadłych”⁹³. Być może należy więc zaludnienie Mielnika szacować jeszcze niżej.

W 1660 r. w mieście pracował tylko jeden młyn, przewóz na Bugu „od kilku lat ustał, że nieprzyjacieli promy zagubił”⁹⁴. Lustracja podkreśla, że „dla zniszczenia miasta częścią przez powietrze, częścią przez wojnę” nie ma w nim ani jednego rzemieślnika. Jeśli nawet część z nich ocalała życie, to działania wojenne spowodowały

wały migrację tej grupy społecznej w bardziej bezpieczne i dogodniejsze do pracy miejsca.

Ciągłe przemarsze wojsk, zniszczenia gospodarcze starostwa nie stwarzały korzystnych warunków do organizowania w Mielniku trzech dorocznych jarmarków. W 1660 r. nie odbywały się nawet cotygodniowe targi.

Fakt pokojowego zajęcia miasta przez wojska litewskie w 1656 r. łączyć należy z osobą Wierzby – regenta kancelarii grodzkiej mielnickiej. On to „podczas wojny, gdy był zamek mielnicki przez nieprzyjaciela osadzony, będąc między gwardią nieprzyjacielską pod wartą za przystąpieniem pospolitego ruszenia spuściwszy się sposób zdobycia zamku okazał bez straty ludzi. Do tego podczas inkursji węgierskiej i moskiewskich po wszystkie czasy kosztem swym Acta Grodzkie Mielnickie uwoził”⁹⁵.

W 1662 r. na sejmiku w Mielniku zebrana tam szlachta zwróciła się do króla z prośbą o nagrodę dla Wierzby za opiekę nad księgami i ich konserwację. Proponowano przyznanie regentowi włók przy „mieście Mielniku na pisarza zostające, także ogródek nazwany Sadek Kuzaczyński”⁹⁶. W latach sześćdziesiątych Wierzba otrzymał od Jana Kazimierza dziedziczny folwark w północnej części miasta, a nadanie to potwierdzone zostało przez Jana III Sobieskiego⁹⁷. Folwark ten od nazwiska regenta otrzymał nazwę Wierzbowszczyzna (uroczysko o tej nazwie istnieje do dzisiaj).

Opisywany zamek i „municje” dotyczą rezydencji starościńskiej powstałej na resztkach średniowiecznej konstrukcji obronnej. Bardzo prawdopodobne jest również to, że część elementów dobudowano na potrzeby wojenne XVII w. Nie były to jednak prace budowlane na wielką skalę. Cała budowla pełniła nadal funkcje dworu starosty i mimo pewnych przeróbek nie może być uważana za odbudowany po pożarze zamek. Wkrótce w 1675 r., w czasie przemarszu wojsk węgierskich przez Mielnik, rezydencja starościńska, sąsiadujący z nią kościół oraz ta część akt, której nie zdołał wywieźć Wierzba zostały „ogniem i szturmem wojennym zniszczone”⁹⁸.

W 1669 r. trwały prace mające na celu przywrócenie kościoła przy Górze Zamkowej do stanu pierwotnego⁹⁹. Być może po odbudowie zmieniono wezwanie na obecne, Świętej Trójcy.

Celem podniesienia liczby ludności w mieście otrzymał Mielnik w 1678 r. przywilej na wzór nadanego rok wcześniej Chęcinom, Chełmowi i Kazimierzowi, który pozwalał na osiedlanie się w mieście ludziom „wszelkiej nacyi”¹⁰⁰. W ten sposób wstęp uzyskali również Żydzi. Przywilej dodawał do dawnych jarmarków „dwuniedzielny jarmark w Drohiczynie na poniedziałek po św. Trójcy, a Mielnikowi po dokończeniu drohickiego w każdym roku *cum omnimode Legibus* jarmarkom *descripta securitate* pozwalamy”¹⁰¹.

Wydarzenia drugiej połowy XVII w. przyniosły upadek gospodarczy miasta, duże straty ludności, zniszczenie budowli miejskich. Nie wpłynęły jednak w zasadniczy sposób na zmianę układu ulic, który determinowany był głównie warunkami naturalnymi.

Stagnacja i regres miasta przeciągnęły się aż na początek XVIII w. W czasie wojny północnej w latach 1705-1710 tereny starostwa mielnickiego wielokrotnie przemierzały wojska koronne i litewskie, czyniąc ogromne spustoszenia. Przemarsom tym towarzyszyła morowa zaraza¹⁰². W 1710 r. szlachta, na czele ze starostą Szymonem Jurskim, wielokrotnie prosiła o zniesienie hiberny, spustoszenia były bowiem tak wielkie, że „nie ma gdzie głowy przytulić, wszystko wniwecz się obróciło, w całym starostwie kilku par nie masz wołów y nic nie trzyma oprócz jednej jurydyki”¹⁰³.

Kolejnym zniszczeniom uległ dwór starościński. Mimo wielkich trudności „nie mając żadnego posłuszeństwa, ani prowentu żadnego z starostwa”¹⁰⁴ Szymon Jurski podjął się przywrócenia go do dawnego stanu. W 1710 r. przed wjazdem, nad dawną fosą położył most i „kancelaryję w zamku we dwóch pokojach z gruntu wystawił i na Xięgi skarbiec solierte reparuje (...)”¹⁰⁵.

Dotkliwie przemarsze wojsk, a przede wszystkim epidemia cholery, która swój szczyt na obszarach południowego Podlasia osiągnęła w 1710 r., powodowały straty w ludziach. Taryfa podymnego z 1715 r. podaje w Mielniku tylko 18 dymów¹⁰⁶, a rejestr pogłównego z 1717 r. notuje zaledwie 95 mieszczan¹⁰⁷.

W tym okresie pojawił się na Podlasiu kult św. Rocha, patrona zadżumionych. W Mielniku prawdopodobnie ok. 1710 r. ufundowano kościół pod tym wezwaniem, który stanął na miejscu kościoła pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny¹⁰⁸. Na skraju ówczesnej zabudowy miasta wytyczono cmentarz choleryczny.

Okoliczności zniszczenia poprzedniego kościoła nie są znane. Źródła nie mówią, w jakim stanie przetrwał on wojny II połowy XVII w. Lustracja z 1660 r. wymienia dwie cerkwie i kościół zamkowy, o świątyni Narodzenia NMP nie wspomina¹⁰⁹. Lustracja sporządzona została głównie dla celów skarbowych, a więc brała pod uwagę tylko te świątynie, które posiadały stałe dochody z parafii lub uposażeń. Kościół pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny był filialny, mógł więc zostać w lustracji pominięty. Z uwagi na brak w źródłach informacji o zniszczeniu kościoła w II połowie XVIII w. lub też o jego remoncie, być może czas jego zniszczenia należy przesunąć na początek XVIII w.

Drewniany kościół pw. św. Rocha wzmiankowany jest w 1721 r.¹¹⁰. Jego związek z poprzednim kościołem znalazł swoje odbicie w wyposażeniu wnętrza. Prócz ołtarza głównego, poświęconego z pewnością św. Rochowi, znajdowały się dwa ołtarze boczne: św. Antoniego i nawiązujący zapewne do tradycji ołtarz Narodzenia Najświętszej Marii Panny, może nawet przeniesiony z poprzedniej świątyni.

Po zniszczeniu kościoła pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny korzystał z jego uposażenia kościół pw. św. Rocha, pod którego patronat przeszedł też fundowany w 1655 r. szpital. W 1727 r. Jan Władysław Kunath Wyrozębski, starosta mielnicki, z uwagi na niepełną liczbę ubogich w przytułku zobowiązał się do przekazania części pieniędzy z posiadanych dóbr huszlewskich na wystawienie na gruncie kościelnym domu i rezydencji dla księdza komendarza oraz dobudowanie do budynku szpitalnego izby¹¹¹.

Znaczenie kościoła św. Rocha rosło w miarę popadania w ruinę kościoła farnego. W 1722 r. biskup Stefan Rupniewski skierował do Wyrozębskiego list, w którym zwracał uwagę na zupełną ruinę murowanej świątyni przy zamku, twierdząc, że jest tam „gorzej niż w Szopie Bethleémskiej”¹¹². Groził staroście sądem boskim, o ile ten nie zajmie się jej remontem. Z listu wynika, że starosta wobec poważnych zniszczeń kościoła farnego prosił o fundację nowego. Biskup odłożył decyzję w tej sprawie do czasu wyremontowania już istniejących świątyń.

Z 1726 r. pochodzą opisy dwóch unickich cerkwi¹¹³. Przy cerkwi pw. Zmartwychwstania Pańskiego w 1726 r. trwały prace remontowe. Opis zwraca uwagę na nową dzwonnice i kamienną chrzcielnicę.

Interesujące są informacje o położeniu cerkwi pw. Narodzenia Najświętszej Marii Panny. W 1726 r. drewniana cerkiew stała na „ostrej górze, na placu dawnym, gdzie cerkiew murowana była”¹¹⁴. Sądzić należy, że określenie: „cerkiew murowana” odnosi się do świątyni grodowej, zapewne o charakterze obronnym (być może do cerkwi św. Bogurodzicy). W końcu XVIII w. na istniejącym przy cerkwi cmentarzu wystawiono kaplicę pw. Matki Boskiej Opiekuńczej.

B. Rozwój miasta w XVIII w.

W XVIII w. na dużą skalę zaczęły być wykorzystywane leżące w okolicach Mielnika pokłady kredy. Rozwijający się przemysł wapienniczy znacznie przyczynił się do wyjścia miasta z długotrwałego zastoju. Mielnik stał się najważniejszym ośrodkiem produkcji wapienniczej na Podlasiu. Wapno mielnickie wywożono do Białego-stoku, Brześcia, Kobrynia¹¹⁵. W handlu dopomagało położenie miasta nad Bugiem, dogodnym szlakiem transportowym i komunikacyjnym. Brak inwestycji budowlanych w Mielniku sugeruje, że kapitał organizujący wydobywanie kredy i produkcję wapna nie był miejscowy, a uzyskane dochody lokowano poza miastem. Proces ten należałoby prześledzić badając księgi miejskie wymienionych ośrodków.

Nowe źródło dochodów, jakim była gospodarka wapiennicza, stało się przyczyną odnowienia konfliktu pomiędzy starostą a mieszczanami o korzystanie z lasu miejskiego.

W 1717 r. w dekrete komisarskim zwrócono uwagę, „że teraz mieszczenie i chłopci wapno palą y grunta przez to psują”¹¹⁶. Sąd komisarski zakazał niszczenia ziemi ornej i wycinania lasów. W 1772 r. Stanisław August Poniatowski wydał list napominalny skierowany do Aleksandra Butlera, starosty mielnickiego w latach 1762-1777. Upominał w nim starostę, że ten nie stosuje się do obowiązków względem króla, pozwalając na wyrąb lasu obcym, natomiast nie pozwala czynić tego mieszczanom mielnickim. Otrzymali też wtedy mieszczenie glejt na wolny wyrąb lasu. Z pozwolenia tego skorzystali nader skwapliwie. Już w 1783 r. Stanisław August Poniatowski zmuszony był wystawić list, skierowany tym razem do mieszczan mielnickich, których oskarżał: „wy nie zważając na wszelkie zakazy i upomnienia urodzonego starosty raczej rządząc się waszą zuchwałością, drzewa z lasów nie tylko starostwa lecz i gruntów naszych nad opał i domową potrzebę ważycie wycinać się

i to końcem jakowegoś zysku po różnych rozwozicie miasteczkach”¹¹⁷. W liście tym przypominał ustanowione warunki korzystania z lasu: „abyście wycinać drzewa oprócz na opał i domową potrzebę raz na tydzień w dniu i m-cu przez starostę wyznaczyć mianym oraz na budowę za uwiadomieniem zwierzchności dworskiej nie ważyli się”¹¹⁸.

Upomnienie to nie odniosło większego skutku. Las szybko zmniejszył swój obszar. W 1789 r. na 122 włóki ziemi należącej do Mielnika 62 włóki zajmował las, w dziesięć lat później jego obszar wynosił zaledwie 3 włóki.

Wraz z ożywieniem gospodarczym nastąpił przestrzenny rozwój miasta. W 1797 r. Mielnik liczył 139 dymów (w tym 4 dworskie i 4 kościoły)¹¹⁹, 822 osoby, w tym dwudziestu dziewięciu rzemieślników: 1 piekarz, 1 bednarz, 1 farbiarz, 1 rzeźnik, 1 rękawicznik, 3 kowali, 2 kuśnierzy, 1 malarz, 1 murarz, 2 krawców, 8 szewców, 1 stolarz, 2 garncarzy, 4 cieśli¹²⁰. Mieszkało też tutaj 48 Żydów, którzy od 1678 r. mogli swobodnie osiedlać się w mieście.

Urząd magistracki, składający się w 1797 r. z dziewiętnastu urzędników, posiadał w tym roku stojący w Rynku nowy ratusz o dwóch izbach. Po raz pierwszy ratusz w Mielniku wzmiankowany jest w 1756 r. – zbierał się w nim „urząd i całe popólstwo”¹²¹. Nowy mógł zostać wystawiony na potrzeby administracji pruskiej. Ratusz mieścił nie tylko salę zgromadzeń – w 1797 r. znajdował się tu również szynk, wzięty warendę przez Żydów – Moszko Herszkowicza i Wolfa¹²². Na przełomie XVIII i XIX w. południową i zachodnią część Rynku zabudowano domami urzędników, a w sąsiedztwie ratusza wzniesiono budynek kancelarii miejskiej¹²³.

Wzrost liczby ludności spowodował ponowne zasiedlenie małych uliczek. W 1768 r. notowana jest uliczka Wypustna, „idąc od Rynku ku Bugowi”¹²⁴, a w 1769 r. ulica Gumienna prowadząca na pola w stronę Radziwiłłówki. Opis miasta z 1797 r. wymienia pięć głównych ulic skupionych wokół Rynku¹²⁵. Byłyby to ulice: Brzeska, Drohicka, Milejczycka, Bielska, „Woskriesienska”.

W końcu XVIII w. rozwija się Przedmieście, znaczenia nabiera Zagórze położone przy trakcie do Drohiczyna. W tych rejonach w XVIII w. znajdowały się kopalnie kredy. Pozostałością po nich są w terenie długie, głębokie jary – wyrobiska. Do kopalń z lasu (położonego w północnej części obszaru miejskiego) prowadziły liczne drogi, którymi wożono drzewo do wypalania wapna. Prusacy, usiłujący wprowadzić kontrolę nad produkcją wapienniczą, projektowali w 1803 r. ich redukcję do trzech dróg wiodących na Rynek, Zagórze, Przedmieście¹²⁶. Plany te nie zostały wprowadzone w życie, o czym świadczy obecny, a zgodny z poprzednim układ sieci dróg polnych na terenie gruntów miejskich¹²⁷.

Pomimo rozwoju Mielnika w XVIII w. jego układ przestrzenny nie podlegał zasadniczym zmianom. Do dziś pozostał widoczny średniowieczny podział miasta na trzy osady powiązane ze sobą traktem Brześć-Drohiczyn.

PRZYPISY

- 1 Baliński M., Lipiński T., *Starożytna Polska*, t. I-III, Warszawa 1845.
- 2 *Słownik Geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich*, t. 6, Warszawa 1885.
- 3 *Miasta polskie w Tysiącleciu* pod red. St. Pazyry, Warszawa 1965.
- 4 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. I-III (dalej: *Podlasie*), w: *Polska XVI w. pod względem geograficzno-statystycznym*, t. VI, w: *Źródła dziejowe*, t. XVII, Warszawa 1908-1910; Wiśniewski J., *Rozwój osadnictwa na pograniczu polsko-rusko-litewskim od końca XIV do poł. XVIII w.*, „Acta Baltico Slavica”, t. I, 1964, s. 115-135; tenże, *Osadnictwo wschodniej Białostoczczyzny*, „Acta Baltico Slavica”, t. XI, 1977, s. 7-87; Alexandrowicz S., *Powstanie i rozwój miast woj. podlaskiego XV – I poł. XVII w.*, „Acta Baltico Slavica”, t. I, 1964, s. 137-156; tenże, *Powstanie sieci miejskiej Podlasia na tle wczesnych procesów urbanizacyjnych w WXL*, „Kwartalnik Historii Kultury Materialnej”, t. 28, 1980, nr 3, s. 417-427.
- 5 Maroszek J., *Rzemiosła w miastach podlaskich w XV-XVIII w.*, w: *Studia nad produkcją rzemieślniczą w Polsce*, Wrocław 1976, s. 88-191; Topolski J., *Wpływ wojen potowy XVII w. na sytuację ekonomiczną przykład Podlasia*, w: *Gospodarka polska a europejska w XVI-XVII w.*, Poznań 1977, s. 125-166; Wyrobisz A., *Podlasie w Polsce przedrozbiorowej*, w: *Studia nad społeczeństwem i gospodarką Podlasia w XVI-XVIII w.*, Warszawa 1981, s. 173-197; Wawrzyńczyk A., *Rozwój wielkiej własności na Podlasiu w XV-XVI w.*, Wrocław 1951.
- 6 Jarmolik W., *Rozwój niemieckiego prawa miejskiego na Podlasiu do Unii Lubelskiej 1569*, „Przegląd Historyczny”, t. 78, 1982, z. 1, 2, s. 23-46.
- 7 Alexandrowicz S., *Działania wojenne w XI-XIII wiekach*, w: *Z dziejów wojskowych ziem północno-wschodniej Polski* pod red. Z. Koszyty, Białystok 1986, s. 13-45; Bieniak J., *Państwo Mieclawa. Studium analityczne*, Warszawa 1963.
- 8 *Mielnik. Studium historyczno-urbanistyczne*, oprac. E. Fray, Warszawa 1959, maszynopis PKZ; *Mielnik. Studium historyczno-urbanistyczne*, oprac. B. Tomecka, Warszawa 1978, maszynopis PKZ.
- 9 Archiwum Główne Akt Dawnych w Warszawie (dalej: AGAD), Archiwum Skarbu Koronnego (dalej: ASK), dz. LVI, M II: *Regestr popisu zamku JKM Mielnika (1545 r.)*, *Regestr spisania zamku mielnickiego (1551 r.)*, *Regestr tegoż zamku mielnickiego rzeczy na gospodarstwo należących (1560 r.)*, *Regestr postanowienia płatów y wszelakich pożytkow czynszowych zamku mielnickiego do skarbu JKM (1560 r.)*, *Lustracje starostw w województwie Mazowieckim, Rawskim, Plockim, Podlaskim położonych (1616 r.)*, *Inwentarz starostwa mielnickiego i losickiego (1551 r.)*, Archiwum Państwowe w Białymstoku (dalej: AP-Białystok), Kamera Wojenna i Domen w Białymstoku (dalej: Kamera), *Księgi Wójtowsko-Burmistrzowskie królewskiego miasta Mielnika z lat 1631-1698 i 1742-1780* (dalej: KWBM), Starostwo Powiatowe Bielska Podlaskiego. Referat rolnictwa i reform rolnych 1934-1936, sygn. 162, k. 62. Archiwum Państwowe w Lublinie (dalej: AP-Lublin), Archiwum Woronieckich z Huszlewa (dalej: AWH) *Lauda mielnickie*, sygn. 84, *Chełmski konsystorz grecko-katolicki*, sygn. 780.
- 10 Kwerendę archiwalną przeprowadzono w zasobach Archiwum Diecezjalnego w Siedlcach (dalej: AD-Siedlce) i Archiwum Diecezjalnego w Drohiczynie n. Bugiem.
- 11 *Polnje sobranje ruskich letopisiej*, t. II, *Iputjewskaia letopis'*, Moskwa 1962; Wigand z Marburga, *Kronika*, wyd. E. Racyński; *Sbornik statiej razjasnjajuszczich polskoje dieło po otnoseniju k zapadnoj Rossii*, wyd. S. Szolkowicz, Wilno 1887; *Akty litowsko-russkago gosudarstwa*, t. I, 1390-1529, wyd. M. F. Downar-Zapolski, Moskwa 1899; *Akty izdawaiemyje wileńskoju archeograficzskoju kommissjeju*, Wilno 1908; *Lustracje woj. podlaskiego 1570 i 1576 r.*, wyd. J. Topolski, J. Wiśniewski, Wrocław 1959; Gwagnin A., *Z kroniki Sarmacji Europejskiej*, wyd. K. Turowski, Kraków 1860; Chrapowicki J. A., *Diariusz*, t. I, l. 1656-1664, opr. T. Wasilewski, Warszawa 1978; *Radziwiłł Bogusław. Autobiografia*, opr. T. Wasilewski, Warszawa 1979; Heyduk B., *Dahlbergh w Polsce*, Wrocław 1971; Wasicki J., *Pruskie opisy miast polskich z końca XVIII w.* Departament białostocki, Poznań 1964; Kurczewski J., *Biskupstwo wileńskie*, Wilno 1912; *Bojownicy kapłani za sprawę kościoła i Ojczyzny w l. 1861-1915*, cz. II. *Dawna Litwa i Białoruś*, t. IV, opr. P. Kubicki, Sandomierz 1938.

- 12 Archiwum Konserwatora Zabytków Archeologicznych w Białymstoku (dalej: AKZA-Białystok) I. Górską, *Dokumentacja prac ratowniczych przeprowadzonych w latach 1959-1961*.
- 13 AKZA-Białystok, Rejniewicz Ł., *Dokumentacja badań archeologicznych przeprowadzonych w latach 1985-1987*.
- 14 AP-Białystok, Kamera 2779a, k.15.
- 15 AP-Białystok, Raptularz planu do imperatorskiego miasta Mielnika.
- 16 AP-Białystok, Kamera 2784b, k. 23, *Situations Plan*.
- 17 AP-Białystok, Starostwo Powiatowe Bielska Podlaskiego, sygn. 162, k. 38.
- 18 AGAD, Dział Kartografii AK-98, mapa Województwo Podlaskie, oprac. K. Perthées.
- 19 AGAD, Dział Kartografii 479-1, AK-16, mapa Textora-Sotzmanna.
- 20 Archiwum Ośrodka Dokumentacji Geodezyjnej i Kartograficznej w Siemiatyczach (dalej: AODGiK-Siemiatycze), Plany scaleniowe wsi Mielnik.
- 21 Wojewódzkie Biuro Geodezji i Terenów Rolnych, Rejonowy Oddział w Siemiatyczach, Plan glebowo-rolniczy wsi Mielnik w skali 1:5000, 1987.
- 22 AKZA-Białystok, Górską I., *Dokumentacja prac...*; AKZA-Białystok, Rejniewicz Ł., *Dokumentacja badań...*
- 23 *Miasta polskie...*, t. I, s. 271-272.
- 24 PSRL, t. II, *Ipat'evskaja letopis'*, k. 846-847.
- 25 Wigand z Margburga, *Kronika...*, s. 233.
- 26 Wawrzyńczyk A., *Rozwój wielkiej...*, s. 13.
- 27 Baliński M., Lipiński T., *Starożytna Polska...*, s. 1288-1292; O lokacji na prawie chełmińskim wzmianki w aktach Kamery, zob.: AP-Białystok, Kamera 2782, Treść całego dokumentu nie jest znana.
- 28 Z 1485 r. pochodzi informacja o porządku funkcjonowania sądu w Mielniku. Kancelaria sądowa ma pracować od rana do południa, po południu nie pracuje. Skład sądu mielnickiego w 1485 r.: Jakub Dowoynowicz – starosta drolicki, Raczek Pucyzki – starosta mielnicki, Stanisław Korczowski – podsejdi, Rafał Saczkowycz, Andrzej Syekyrka, Florian Kamycuszki, Stanisław Patrykoszky, Jakub Kamyenszky, zob. *Sbornik statiej*, s. 80.
- 29 AGAD, ASK, dz. LVI, M. II, *Regestr postanowienia płatów...*, k. 143v.
- 30 ALRG, t. I, s. 99-100, nr 75.
- 31 Tamże, s. 97-98, nr 74.
- 32 AP-Białystok, Kamera 2780, k. 33-34v.
- 33 ALRG, t. I, 97-98, nr 74.
- 34 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 35 Wawrzyńczyk A., *Rozwój wielkiej własności...*, s. 230-231.
- 36 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. II, s. 77.
- 37 Papè F., *Aleksander Jagiellończyk*, Kraków 1949, s. 47-50.
- 38 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. II, s. 78.
- 39 Opis zamku zob.: AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr popisu zamku JKM Mielnika (1545)*, k. 87-91v; *Regestr spisania zamku mielnickiego (1551)*, k. 1-5.
- 40 Powierzchnia placów zob.: AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr tegoż zamku mielnickiego rzeczy na gospodarstwo należących*, k. 184.
- 41 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr popisu zamku...*, k. 89.
- 42 Tamże, *Regestr spisania zamku...*, k. 4.
- 43 AKZA-Białystok, Rejniewicz Ł., *Dokumentacja badań...*
- 44 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr popisu zamku...*, k. 91v.
- 45 Tamże, *Regestr tegoż zamku...*, k. 187-187v.
- 46 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 47 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. III, s. 128; O folwarku w Nosowie pisze A. Wawrzyńczyk, *Rozwój wielkiej własności...*, s. 26-27.
- 48 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr postanowienia płatów*, k. 122-126.
- 49 AP-Białystok, Kamera 2780, k.33-34v.
- 50 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. I, s. 61-62.
- 51 AP-Białystok, 2780, k. 33-34v.

- 52 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr spisania zamku...*, k. 12v.
- 53 Tamże, k. 12v Opis miasta w 1560 r., zob.: AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr postanowienia płatów...*
- 54 Gwagnin A., *Z kroniki Sarmacji Europejskiej*, wyd. K. Turowski, Kraków 1860, s. 27.
- 55 Stanisław Niemira s. Szczęsnego w 1539 r. posiadał Ostromęczyn i Kamionkę, a w 1548 r. otrzymał od Zygmunta Augusta dobra i wieś Niwice (od 1616 r. Niemirów).
- 56 Położenie nadania Bohdana Nadmuskiego jest nieznane. Prawdopodobnie weszło w końcu XVI w. w skład dóbr Niemirów.
- 57 Osłowo-folwark wójtów mielnickich.
- 58 Bór znajdujący się pod zarządem starostów mielnickich, a graniczący prawdopodobnie od 1560 r. z lasem miejskim.
- 59 Grunta wsi Sutno, wchodzące później w skład dóbr Niemirów.
- 60 Dokładne położenie zaścianka nie jest znane.
- 61 Wajków – folwark probostwa mielnickiego.
- 62 Mowa o ogrodach leżących między Krzywczycami a folwarkami miejskimi.
- 63 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr postanowienia płatów...*, k. 150v.
- 64 Tamże, k. 137.
- 65 Zieleniewski J., *Pomiara włóczna w okręgu miejskim Bielska Podlaskiego w latach 1560-1563. Próba rekonstrukcji miejskiej struktury polnej (maszynopis)*, s. 15.
- 66 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr postanowienia płatów...*, k. 151v.
- 67 Tamże, k. 151v.
- 68 *Sbornik statiej...*, s. 107.
- 69 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr tegoż zamku...*, k. 184.
- 70 Fakt ten wspominają mieszczenie mielniccy w początkach XVII w., patrz AP-Białystok, Kamera 2782.
- 71 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr tegoż zamku...*, k. 185v.
- 72 Maroszek J., *Siemiatycze jako ośrodek dóbr ziemskich w XV-XVIII w. (do 1801 r.)*, w: *Studia i materiały do dziejów Siemiatycz*, Warszawa 1989, s. 13.
- 73 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr tegoż zamku...*, k. 185v.
- 74 Tamże, *Regestr postanowienia płatów...*, k. 151.
- 75 Maroszek J., *Siemiatycze jako...*, s. 17-18.
- 76 AGAD, ASK, dz. LVI, M II, *Regestr tegoż zamku...*, k. 184.
- 77 Tamże, *Rewizja zamku mielnickiego (1578)...*, k. 36.
- 78 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. III, s. 44.
- 79 *Sbornik statiej...*, s. 107.
- 80 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 81 AD-Siedlce, sygn. 151, List Władysława IV do Krzysztofa Wiesiołowskiego, marszałka nadwornego WXL, starosty mielnickiego, tykocińskiego.
- 82 Tamże.
- 83 *Polski słownik biograficzny* (dalej: PSB), Wrocław 1977, t. XXII, s. 802-803.
- 84 Niesiecki K., *Herbarz polski*, Lipsk 1842, t. IX, s. 325.
- 85 Kurczewski J., *Biskupstwo wileńskie*, Wilno 1912, s. 375.
- 86 Chrapowicki J. A., *Diariusz...*, s. 86.
- 87 Bogusław Radziwiłł, *Autobiografia...*, s. 60.
- 88 Chrapowicki J. A., *Diariusz...*, s. 87.
- 89 Heyduk B., *Dahlbergh w Polsce...*, s. 68.
- 90 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 91 AP-Lublin, AWH, 84, *Lauda mielnickie*, k. 9-19.
- 92 Topolski J., *Wpływ wojen...*, s. 151.
- 93 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 94 Tamże.
- 95 AP-Lublin, AWH, 84, k. 68.
- 96 Tamże, k. 68.
- 97 AP-Białystok, Kamera 2779a.

- 98 AP-Lublin, AWH I-4, Zniszczenia w Mielniku 1658, k. 3.
- 99 Tamże, AWH, 84, Lauda mielnickie, k. 119.
- 100 „Volumina Legum” t. V, 1678, s. 284 i 234-235.
- 101 „Volumina Legum” t. V, 1678, s. 284.
- 102 AP-Lublin, AWH 84, Lauda mielnickie, k. 256.
- 103 Tamże, k. 264.
- 104 Tamże, k. 268-268a.
- 105 Tamże, k. 268-268a.
- 106 AP-Lublin, AWH 39, k. 1.
- 107 AP-Lublin, AWH 105, Rejestr pogłównego 1717.
- 108 Dziś w tym miejscu przy ulicy Brzeskiej stoi kaplica pw. św. Rocha.
- 109 AP-Białystok, Kamera 2782.
- 110 AP-Lublin, AWH 84, Lauda mielnickie, k. 264.
- 111 AP-Lublin, AWH-I-71, Szpital w Mielniku, k. 18.
- 112 Tamże, k. 37-38.
- 113 AP-Lublin, Chełmski konsystorz..., k. 139v-140.
- 114 Tamże, k. 139v-140.
- 115 Maroszek J., *Rozwój rzemiosła...*, s. 100.
- 116 Tamże.
- 117 Tamże.
- 118 Tamże.
- 119 Były to dwa kościoły katolickie: św. Rocha i farny oraz dwie cerkwie unickie: pw. Narodzenia NMP i pw. Zmartwychwstania Pańskiego.
- 120 Wąsicki J., *Pruskie opisy miast...*, s. 80-81.
- 121 AP-Białystok, KWBM nr 48, t. II, k. 22.
- 122 AP-Białystok, Kamera 2780.
- 123 AP-Białystok, Kamera 2784b, k. 23, *Situations Plan*.
- 124 AP-Białystok, KWBM, nr 48, t. II, k. 55.
- 125 Wąsicki J., *Pruskie opisy miast...*, s. 80.
- 126 AP-Białystok, Kamera 2779b.
- 127 Porównaj: AP-Białystok, Raptularz planu... i AODGiK – Siemiatycze, Plan glebowo-rolniczy wsi Mielnik z 1987 r.

Starostowie mielniccy

1388 r. –	występuje „Sanco de Melnyky...” ¹
1485 r. – ?	Raczko Pucyczki ²
1493 r. – ?	Rafał Mleczek de Czaple ³
1499-1533 r.	Niemira Grzymalicz, zm. w 1533 r. ⁴
10 XI 1533-1535 r.	Mikołaj Andruszewicz ⁵
1537-1549 r.	Nikodem Janowicz Świejko ⁶
od 17 VIII 1549 r. – ?	Bohdan Siemaszko ⁷
1551, 1554, 1557 r.	Jan Irzykowicz ⁸
1559, 1565 r.	Jarosz Korycki, zm. w 1566 r. ⁹
1566 r. – ?	Grzegorz Wołłowicz ¹⁰ (notowany jest jako starosta już przed 1566 r. ¹¹)
8 IX 1567 – 1576 r.	Maciej Sawicki (zrezygnował w 1576 r.; jako starosta mielniccy wymieniany jeszcze 20 IX 1576 r. ¹²)
1576 – 25 XII 1611 r.	Wojciech Sawicki ¹³
1611-1625 r.	Wojciech Niemira ¹⁴
1626 – 19 IV 1637 r.	Krzysztof Wiesiołowski ¹⁵
25 IV 1637 – 19 VI 1646 r.	Mieczysław Mleczek ¹⁶
19 VI 1646 – 21 IV 1665 r.	Wojciech Emeryk Mleczek ¹⁷
21 IV 1665 – 1667 r.	Stanisław Mleczek ¹⁸
1667, 1669, 1672, 1673, 1682 r.	Kazimierz Cieciszewski ¹⁹
1689, 1697, 1701, 1702 r.	Jan Seweryn Cieciszewski ²⁰
1709-1711 r.	Szymon Jurski ²¹
1712-1722 r.	Jan Władysław Kunath Wyrozębki ²²
1722 r.	Tomasz Wyrozębki ²³
1727 r.	Michał Sapięha ²⁴
1762-1777 r.	Aleksander Butler ²⁵
1777, 1791, 1797, 1800, 1807 r.	Adam Szydłowski ²⁶

PRZYPISY

1 *Codex privilegiorum Vitoldi Magni Ducis Lithuaniae 1386-1430* (zebrał i wydał Jerzy Ochmański, Warszawa, Poznań 1986, dok. nr 9, s. 15-16.

2 *Zapiski Siewiero-Zapadnego otdiela impieratorskogo-russkogo gieograficzeskogo*, książka 4, 1913, Wilno 1914, nr 2, s. 185-186.

3 „Miesięcznik Heraldyczny”, t. V, s. 122.

4 Boniecki A., *Poczet rodów w WXL w XV i XVI w.*, Warszawa 1887, s. XXXIV.

5 Tamże, s. XXXIV.

6 Tamże, s. XXXIV.

7 Tamże, s. XXXIV.

- 8 Jabłonowski A., *Podlasie*, cz. III, s. 246.
- 9 Tamże, s. 246.
- 10 Tamże, s. 246.
- 11 AGAD, Kapicjana, p. 10, s. 98.
- 12 *Metriculorum Regni Poloniae Summarie*, t. V, nr 10116; Boniecki A., *Poczet...*, s. XXXIV; AP-Białystok, Kamera 2784b, k. 92-92v.
- 13 Boniecki A., *Poczet...*, s. XXXIV.
- 14 PSB, t. XXII, s. 802-803.
- 15 Niesiecki K., *Herbarz polski...*, s. 325; Mościcki H., *Białystok: Zarys historyczny*, Białystok 1933, s. 15-16.
- 16 PSB, Wrocław 1976, s. 398.
- 17 PSB, t. XXI, s. 400-401.
- 18 Tamże, s. 400-401, Żychliński (*Złota księga szlachty polskiej*, R. II, Poznań 1880) podaje, że w 1665 r. z chwilą objęcia województwa podlaskiego Wojciech Emeryk Mleczeko zrzekł się starostwa grodowego na rzecz Stanisława Mleczeko. Ten zrzekł się starostwa w 1667 r., a wojewoda darował je Wojciechowi Mleczeko s. Stanisława. Jednak wobec jego niepełnoletności na stanowisko to mianowany został Kazimierz Cieciszewski.
- 19 AP-Lublin, AWH, Lauda mielnickie, 84, k. 20, 24, 44, 50, 296.
- 20 AP-Lublin, AWH, Lauda mielnickie, 84, k. 19, 75, 143, 161.
- 21 Tamże, k. 236, 256, 270.
- 22 Tamże, k. 279, 299, 33, 390.
- 23 Tamże, k. 430.
- 24 Tamże, k. 435.
- 25 PSB, Kraków 1935, t. I, s. 150.
- 26 AP-Białystok, Kamera 2780, k. 40v; Kamera 2782; Kamera 2779a.

SEJMIK KOBRYŃSKI 14 II 1792 R.

Uchwalona w dniu 24 II 1791 r. przez Sejm Czteroletni ustawa *Sejmiki* jest obok *Konstytucji 3 maja* i ustawy *Miasta nasze królewskie wolne* jednym z najważniejszych aktów tego sejmu. Jest ona pierwszym aktem normatywnym, w którym ujęto całą organizację obrad sejmikowych¹. Według zasad w niej określonych sejmiki zebrały się tylko raz – 14 II 1792 r.

Działalność sejmików lutowych z 1792 r. długi czas nie budziła zainteresowania historyków, którzy skupiali uwagę głównie na przebiegu prac nad reformą sejmików² oraz na analizie treści ustawy³. Kwestię obrad sejmików poruszano co najwyżej marginesowo przy okazji omawiania innych spraw i zagadnień⁴. Stosunkowo najwięcej miejsca temu problemowi poświęcił St. Sosin⁵. W pierwszym rządzie zajął się on jednak tokiem prac reformatorskich oraz sprawą stosunku sejmików do *Konstytucji 3 maja*. Dopiero w ostatnim czasie odnotować można pewne ożywienie badań nad działalnością sejmików lutowych z 1792 r. W dociekaniach tych przede wszystkim skoncentrowano się na sejmikach z terenu Wielkopolski⁶, Kujaw⁷, Mazowsza⁸, Podlasia⁹. Obradom sejmików litewskich nie poświęcono dotąd należytej uwagi, nie zajęto się także pracami sejmiku kobryńskiego. Podkreślić przy tym wypada, że sejmik ten jest nader interesujący z kilku względów. Był to pierwszy zjazd nowo utworzonego, na mocy ustawy *Rozkład województw, ziem i powiatów, z oznaczeniem miast w nich miejsc konstytucyjnych dla sejmików w prowincjach koronnych i Wielkiego Księstwa Litewskiego*, powiatu kobryńskiego, wyłonionego z dotychczasowego powiatu brzeskiego¹⁰. W toku jego obrad miały zostać sprawdzone nowe zasady funkcjonowania sejmików, określone w ustawie *Sejmiki*. Sejmik ten miał być także forum pozwalającym na poznanie stosunku szlachty litewskiej z powiatu kobryńskiego do Konstytucji 3 maja oraz do nowych instytucji sądowych i administracyjnych, powołanych do życia w towarzyszących jej, nieco późniejszych ustawach. Zauważyć przy tym wypada, że mimo wyraźnych w toku obrad Sejmu Czteroletniego tendencji unifikacyjnych w zakresie prawa i administracji, sejmiki litewskie miały obradować według nieco innych zasad niż sejmiki koronne. Sejmiki litewskie posiadały przy tym także inny zakres kompetencji w zakresie wyboru urzędników.

Składająca się z 21 artykułów ustawa *Sejmiki* nie miała charakteru rewolucyjnego. W opisie ustroju sejmików, zasadach i formach ich obrad oparto się na do-

tychczasowej praktyce. Wprowadzono jednak zmiany w prawie wyborczym, ograniczając krąg uprawnionych do udziału w sejmiku oraz liczbę zjazdów sejmikowych. Przebieg obrad został przy tym ujęty w ramy drobiazgowych przepisów.

W ustawie *Sejmiki* czynne prawo wyborcze przyznano jedynie szlachcie posiadającej dobra ziemskie na prawie dziedzicznym oraz dzierżącej ziemię z tytułu dożywocia lub zastawu, pod warunkiem płacenia podatków w kwocie ponad 100 zł. W ten sposób pozbawiono prawa do uczestniczenia w sejmikach szlachtę nie mającą nieruchomości, dzierżawców, a także szlachtę służebną podległą władzy króla lub magnatów, nawet jeśli posiadała dobra dziedziczne, jeśli tylko z tytułu posiadania była zobowiązana do płacenia czynszu, daniny lub do jakichkolwiek usług. Ograniczenie to było szczególnie ważne na Mazowszu i ziemiach Wielkiego Księstwa Litewskiego, gdyż na tych terenach mieszkwały liczne grupy szlachty zależnej. Nie mogły też brać udziału w zjazdach sejmikowych osoby, które nie ukończyły 18 lat lub na których ciążyła kondemnata. Bierne prawo wyborcze przysługiwało szlachcie posiadającej dobra dziedziczne, z wyjątkiem tych, na których ciążyła kondemnata, które nie zostały uwolnione od skartabelatu oraz tych, które nie ukończyły 23 lat i nie odbyły dwuletniej służby w komisjach cywilno-wojskowych. Pozostający w służbie wojskowej mogli się ubiegać wyłącznie o funkcje poselskie i to dopiero po sześciu latach służby, chyba że pełnili wcześniej jakieś urzędy. Wybór osób nieobecnych na sejmikach był niedopuszczalny.

Ustalenie listy osób uprawnionych do udziału w sejmikach spoczywało z mocy ustawy *Sejmiki* na komisjach porządkowych cywilno-wojskowych. Miały one sporządzić księgi ziemiańskie osobne dla każdego powiatu i ziemi, w których kolejno, parafiami, miały być wpisane osoby posiadające prawa wyborcze. Zasady sporządzania ksiąg ziemiańskich określono w ustawie *Księga ziemiańska*¹¹. W województwie brzeskim księgi ziemiańskie dla powiatów brzeskiego i kobryńskiego miała sporządzać komisja cywilno-wojskowa urzędująca w Brześciu Litewskim, a dla powiatów Pińsk i Pińsk Zarzecze komisja mająca siedzibę w Pińsku¹².

Ograniczając w ustawie *Sejmiki* liczbę zjazdów sejmikowych, ustalono, że co-rocennie 14 II odbywać się będą sejmiki poświęcone wyborowi deputatów, a raz na dwa lata 18 VII wybory posłów i komisarzy cywilno-wojskowych. Na sejmiku deputackim załatwiane miały też być sprawy gospodarcze. Elekcje urzędników miały następować na najbliższych sejmikach po zaistnieniu wakatu urzędu, a nie jak dotąd na osobnych zjazdach. Sejmiki relacyjne miały być zwoływane jedynie w wypadkach, gdy zakończenie sesji sejmu dzielił od terminu najbliższych sejmików okres ponad dwóch miesięcy. Gdy okres ten był krótszy, posłowie mieli zdawać relacje na najbliższych sejmikach¹³.

W ustawie *Sejmiki* nie dokonano podziału państwa na okręgi wyborcze i nie wskazano miejscowości, w których miały się odbywać sejmiki. Stwierdzono jedynie, że będą się one zbierać zawsze w tych samych miastach¹⁴. Miasta te wskazano dopiero w uchwalonej 2 XI 1791 r. ustawie *Rozkład województw ziem i powiatów z oznaczeniem miast a w nich miejsc konstytucyjnych dla sejmików*¹⁵. Przy okazji

dokonano nowego podziału administracyjnego kraju, tworząc nowe powiaty i województwa oraz określono granice jednostek już istniejących.

Zgodnie z ustawą *Rozkład województw...* województwo brzeskie miało się dzielić na cztery powiaty: brzeski, kobryński, piński i pińsko-zarzeczny. Ostatniemu z tych powiatów nadano nieco później nazwę zapińskiego. Powiat kobryński utworzono dzieląc dotychczasowy powiat brzeski na dwa, brzeski i kobryński. Powiat pińskozarzeczny wyłoniono z części ziem dotychczasowego powiatu pińskiego¹⁶.

Do powiatu brzeskiego należeć miały tereny wchodzące w skład parafii: włodawskiej, sławatyckiej, opolskiej, wisznickiej, bialskiej, ratulińskiej, pieszczackiej, kodeńskiej, mrozowickiej, czarnowczyckiej, wysockiej, milejczyckiej, kamienieckiej, szereszewskiej, komarowskiej, wołińskiej, huszczańskiej, łomaskiej, janowskiej, małowagorskiej, horbowskiej, stawskiej, wistycznej, wołczyńskiej, brzeskiej, wielamowskiej, wierzchowickiej, prużańskiej i część parafii zbirowskiej po prawej stronie Muchawca. Szlachta z tego obszaru miała sejmikować w Brześciu Litewskim w kościele pojezuickim.

W skład nowo utworzonego powiatu kobryńskiego weszły ziemie należące do parafii: kobryńskiej, dywińskiej, horodeckiej, sichniewickiej, bereskiej, sieleckiej, kwiatyckiej, a także ta część parafii bruszewickiej, która znajdowała się w granicach województwa brzeskiego oraz część parafii zbirowskiej po lewej stronie Muchawca. Miejscem sejmików tego powiatu miał być kościół parafialny w Kobryniu.

Granicą powiatów pińskiego i pińsko-zarzeczno go miała być Prypec aż do jeziora Nobelskiego, dalej Strumień do wysokości Prypeci Gnilej. Następnie granica prowadzić miała wzdłuż biegu Prypeci Gnilej do Styru, Styrem aż do Prości, dalej Prością do Strumienia, Strumieniem do wsi Berezcow, stąd zaś Prypecią Wielką aż do granicy z powiatem mozyrskim, należącym do województwa mińskiego. Ziemie na lewo od tej linii granicznej stanowić miały powiat piński, a ziemie leżące na prawo – powiat pińsko-zarzeczny. Sejmik powiatu pińskiego miał odbywać się w Pińsku w kościele franciszkanów, a powiatu pińsko-zarzeczno go w Płotnicy w rzymskokatolickim kościele parafialnym¹⁷. Zezwolono przy tym szlachcie tego ostatniego powiatu na wskazania w laudum dogodniejszego miejsca obrad. Z tych uprawnień sejmikujący skorzystali, wskazując jako miejsce przyszłych obrad miasto Stolin. Spotkało się to z aprobatą Sejmu, który jednak w specjalnej ustawie pozostawił szlachcie możliwość zmiany decyzji i stwierdził, że w sprawie tej ma się ostatecznie wypowiedzieć jedynomyślnie lub większością głosów kolejny sejmik¹⁸.

Powodów leżących u podstaw decyzji o podziale dotychczasowych powiatów trudno dociec. Można jedynie przypuszczać, że zaważyły tu względy komunikacyjne. Być może odegrały tu również jakąś rolę czynniki demograficzne.

W każdym z powiatów województwa brzeskiego wybierać miano dwóch posłów. Nie przewidywano przy tym – odmiennie niż to miało miejsce w Koronie, np. w odniesieniu do województw poznańskiego, kaliskiego, gnieźnieńskiego czy łęczyckiego – wspólnych dla całego województwa sejmików gospodarskich. Jakkolwiek z samej

ustawy *Rozkład województw...* jednoznacznie to nie wynika, jednak z brzmienia innych aktów prawnych, chociażby ustawy *Sąd Trybunalski w Wielkim Księstwie Litewskim*, można wnosić, że w każdym powiecie miały funkcjonować oddzielne sejmiki deputackie i gospodarskie¹⁹.

Postanowienia ustawy *Rozkład województw...* nie weszły w życie. Sejmiki poselskie, przewidziane z mocy ustawy *Sejmiki* na dzień 18 VIII nie odbyły się. Sejmiki deputackie i gospodarskie wyznaczone na dzień 14 II 1792 r. poprzedziło uchwalenie przez Sejm *Deklaracji dla prowincji koronnych względem porządnego odbycia sejmików*²⁰. W deklaracji określono ponownie miejscowości, w których miały się toczyć obrady sejmików, wprowadzając liczne zmiany i uzupełnienia do ustawy *Rozkład województw*. Podano w niej także liczbę i rodzaj urzędników wybieranych na każdym z sejmików. Różnica między poszczególnymi sejmikami były tu dosyć znaczne. Najwięcej, bo aż 50 urzędów miał obsadzić sejmik województwa bractawskiego w Winnicy, najmniej, bo tylko 11 urzędników powoływały sejmiki powiatów wiślickiego, radomskiego, ziemi stężyckiej oraz wspólny sejmik powiatów opoczyńskiego i checińskiego. Różnica w liczbie urzędników wybieranych na sejmikach koronnych wynikały w pierwszym rzędzie z tego, że w Koronie na obszarze działania sejmików tworzone czasem większą liczbę sądów ziemiańskich. Wybierano też na poszczególnych sejmikach większą lub mniejszą liczbę komisarzy granicznych i lustratorów starostw. Nie na każdym sejmiku koronnym powoływano deputatów i kandydatów na pisarstwa trybunalskie²¹.

Postanowienia analogicznej ustawy odnoszącej się do Litwy były znacznie prostsze. W *Deklaracji względem porządnego odbycia sejmików na dzień czternasty lutego tysiąc siedemset dziewięćdziesiątego drugiego przypadających dla Wielkiego Księstwa Litewskiego* stwierdzono jedynie, że sejmiki litewskie mają się rozpocząć od elekcji deputata. Po jego wyborze nastąpić winny sejmiki gospodarskie, a następnie elekcja urzędników. W województwach i powiatach istniejących przed wejściem w życie ustawy *Rozkład województw* miano obsadzać urzędy wakujące, w powiatach nowo utworzonych wybierać podkomorzego i chorążego. W dalszej części obrad, we wszystkich powiatach litewskich kolejno miano powołać: sędziów ziemiańskich, granicznych, lustratora starostw i komisarzy cywilno-wojskowych²².

Obowiązujący w Wielkim Księstwie Litewskim system związania obrad sejmików z centrami administracyjno-sądowymi tworzył bardziej przejrzystą strukturę niż przyjęty w Koronie. Był on możliwy do wprowadzenia na Litwie w wyniku braku w granicach powiatów ośrodków konkurencyjnych dla siedzib sądów, wobec mniejszego stopnia urbanizacji. Na obszarze litewskich powiatów nie było też, w większości wypadków, centrów zdegradowanych do roli drugorzędnej, a mających tradycje siedzib jurysdykcyjnych. Nie istniały więc w ramach tych powiatów dążenia decentralizacyjne i silniejsze partykularyzmy lokalne. Dzięki tym czynnikom utrzymano na Litwie zasadę jednolitości organizacyjnej państwa, która precyzowana przez liczne projekty, legła u podstaw ustawy *Sejmiki*, chociaż nie została w niej wyraźnie sformułowana²³. Zasady tej nie udało się zachować w prowincjach

koronnych, gdzie doszło do powstawania sądów ziemiańskich o różnej strukturze organizacyjnej²⁴.

Wyznaczone na dzień 14 II 1792 r. obrady sejmików ogromnie zainteresowały cały kraj. Przejawem tego zainteresowania była gwałtowna agitacja zarówno obozu zmierzającego do obalenia *Konstytucji 3 maja*, jak i jej zwolenników. Wziął w niej udział nawet król, który pisał do szeregu wpływowych osób, a bezpośrednio przed sejmikami wystosował *List okólny JKM w Straży poprzedzający sejmiki deputackie i gospodarskie*, w którym wezwał szlachtę do porządnego, zgodnego z prawem odbycia sejmików, poparcia *Konstytucji 3 maja* oraz wyboru odpowiedzialnych osób na stanowiska urzędników²⁵. Oprócz króla szeroko zakrojoną akcję propagandową na rzecz *Konstytucji 3 maja* prowadził Kołłątaj.

Obrady sejmiku powiatu kobryńskiego rozpoczęły się zgodnie z ustawą *Sejmiki* 14 II 1792 r. w kościele parafialnym w Kobryniu. W laudum nie odnotowano godziny rozpoczęcia obrad. Można jednak przypuszczać, że zainaugurowano je, w myśl ustawy *Sejmiki*, podobnie jak to miało miejsce w trakcie większości sejmików lutowych, o godzinie 9.00 rano.

Trudno ustalić liczbę osób uprawnionych do uczestniczenia w sejmiku kobryńskim i liczbę sejmikujących. Nie udało się bowiem odnaleźć ksiąg ziemiańskich powiatu kobryńskiego (księgi te, jak już wspomniano wyżej, były spisami szlachty posiadającej czynne prawo wyborcze) ani spisów głosujących. Wiadomo jednak, że już w trakcie obrad przybywały nowe grupy szlachty uprawnionej do udziału w sejmiku. Z sumarycznych danych zawartych w laudum dotyczących liczby oddanych głosów w trakcie tajnego głosowania wynika, że wielkość grona liczby uczestników sejmiku ulegała w trakcie jego trwania zmianom. Raz głosowały jedynie 223 osoby, w innym wypadku aż 368²⁶. Był więc sejmik kobryński zjazdem stosunkowo licznym. W większości sejmików brały udział znacznie mniejsze grupy szlachty. W sejmiku poznańskim uczestniczyły 102 osoby²⁷, w kaliskim uczestniczyło 198²⁸, pyzdrowskim 69²⁹, w sejmiku ziemi czerskiej w Górze 77 osób³⁰. Zbliżona do sejmikujących w Kobryniu liczba szlachty zebrała się w Sieradzu, gdzie obradowało maksymalnie 249 osób³¹ i na sejmiku ziemi dobrzyńskiej w Lipnie, na który zjechało się 249 osób³². Większa grupa szlachty zgromadziła się na sejmiku ziemi bielskiej, w którym uczestniczyło co najmniej 417 osób³³ i na sejmiku ziemi drohickej, gdzie znalazło się ponad 716 osób³⁴ oraz na sejmiku województwa płockiego w Raciążu, na którym zgromadziło się 620 osób³⁵.

Trudno ustalić, czy liczba obecnych na sejmiku była zależna od liczby osób posiadających czynne prawo wyborcze, czy wiązała się ona ze strukturą społeczną i gospodarczą obszaru będącego terenem działania sejmiku, czy też była wykładnikiem postawy politycznej szlachty określonego powiatu, województwa czy ziemi, jej stosunku do *Konstytucji 3 maja* oraz reform ustrojowych Sejmu Czteroletniego. Nie da się też stwierdzić, czy liczba osób zgromadzonych na sejmiku była mniejsza czy też większa niż przed reformą, brak bowiem danych o liczbie uczestników sejmików przed 1792 r. Zresztą gdyby nawet takie informacje się zachowały

wały, to i tak nie mogłyby być w pełni porównywalne, gdyż zmieniono prawo wyborcze, zmniejszając krąg osób uprawnionych do udziału w sejmikach. Podnieść w końcu należy, że powiat kobryński był nową jednostką administracyjną, na obszarze której nie działały dotąd odrębne sejmiki, zbierające szlachtę tylko z tego obszaru.

Nie udało się ustalić, czy w sejmiku kobryńskim wzięły udział tylko osoby do tego uprawnione z mocy ustawy *Sejmiki*, czy też dopuszczono także do obrad tych spośród szlachty, których ta ustawa wyraźnie wyłączała od prawa uczestniczenia w sejmikach.

Obrady sejmiku kobryńskiego, podobnie jak innych sejmików, poprzedziła msza, której odprawienie wyraźnie nakazano w ustawie *Sejmiki*, oraz kazanie ks. Jana Leśniewicza – komornika smoleńskiego, proboszcza braszewskiego o potrzebie jedności, dobrane, jak się wydaje, specjalnie na tę okazję³⁶. Nie wspomniano jednak w laudum o półgodzinnym biciu w dzwony, co skrupulatnie odnotowano w sprawozdaniach z innych sejmików, gdyż było wyraźnie zalecone przez ustawę *Sejmiki*.

Obrady sejmiku kobryńskiego zagał Paweł Dąbrowski – rotmistrz brzeski eks-deputat. Zgodnie z ustawą *Sejmiki* obowiązek ten spoczywał na pierwszym w porządku senatorze, a w razie jego nieobecności, na pierwszym urzędniku, potem komisarzu, byłym pośle, wreszcie byłym deputacie, a gdyby i jego nie było – najstarszym wiekiem z obecnych³⁷. W sejmiku kobryńskim nie uczestniczył żaden senator. Najstarszym z urzędników był Ignacy Maleszewski, były podstoli brzeski, który wymówił się jednak od tej funkcji. Powierzono ją Pawłowi Dąbrowskiemu jako najstarszemu eks-deputatowi, nie zauważając, że w myśl ustawy *Sejmiki* winna ona przyspaść jednemu z obecnych komisarzy cywilno-wojskowych. Trudno dociec, czy stało się tak przypadkiem w wyniku niezrozumienia treści przepisów, czy też był to wynik zamierzonego działania. Podkreślić przy tym należy, że rola zagajającego obrady sejmiku na terenie Wielkiego Księstwa Litewskiego była znacznie większa niż w Koronie. Pełnił on bowiem już od tej chwili funkcję marszałka, podczas gdy w Koronie marszałka wybierano wraz z asesorami i jemu przekazywał zagajający obrady dalsze ich przewodnictwo.

Nieobecność na sejmiku kobryńskim senatorów i urzędników nie była niczym nadzwyczajnym, tym bardziej, że był to sejmik nowo utworzonego powiatu. W większości sejmików uczestniczyli urzędnicy stosunkowo niskiego stopnia. Na sejmiku kaliskim najwyższym w hierarchii urzędnikiem był Franciszek Kwilecki – kasztelan kaliski³⁸, na pyzdrowskim Malary Gorzeński – kasztelan kamiński³⁹, na kościańskim Sylweryusz Zakrzewski⁴⁰, na sejmiku ziemi bielskiej w Brańsku Ludwik Kruszewski – chorąży bielski⁴¹, w Lipnie na sejmiku ziemi dobrzyńskiej starosta bobrownicki – Jan Ośmiałowski⁴².

Po zagajeniu obrad Stefan Rayski, komisarz komisji porządkowej cywilno-wojskowej w Brześciu Litewskim, odpowiedzialnej za przygotowanie debat, przekazał Pawłowi Dąbrowskiemu księgę ziemiańską, zawierającą spis uprawnionych do udziału w sejmiku oraz przygotowaną zgodnie ze wskazaniem ustawy urnę wybor-

czą i kulki do głosowania. Następnie odczytano list okólny króla, skierowany do sejmików. Po tym akcie zebrani, na wniosek Ignacego Szczepanowskiego – sędziego grodzkiego brzeskiego, złożyli przysięgę wierności *Konstytucji 3 maja*⁴³. Podkreślić wypada, że nie na wszystkich sejmikach lutowych 1792 r. doszło do złożenia przez zebranych takiej przysięgi⁴⁴. Sprawa ta była zazwyczaj przedmiotem różnych kontrowersji w trakcie trwania sejmiku⁴⁵.

Po dokonaniu przysięgi odczytano ustawę *Sejmiki* i registr osób wchodzących w skład koła porządkowego. W myśl wspomnianej ustawy mogli w nim zasiadać senatorowie, urzędnicy centralni i ziemscy, byli posłowie i deputaci, komisarze cywilno-wojskowi oraz wojskowi od stopnia majora. Nie mogli natomiast w kole tym zasiadać kandydaci do obsadzonych na sejmiku urzędów⁴⁶. Spowodowało to na wielu sejmikach poważne kłopoty, okazało się bowiem, że większość osób uprawnionych do zasiadania w kole porządkowym pragnie ubiegać się o urzędy. Liczba pozostałych w kole porządkowym okazywała się czasem zbyt mała, aby z tego grona można było powołać marszałka i asesorów (w Koronie) lub samych asesorów (na Litwie)⁴⁷.

Na kole porządkowym ciążyły poważne zadania, gdyż jeszcze przed powołaniem marszałka i asesorów (w Koronie) lub samych asesorów (na Litwie) miało ono dokonać tzw. „rugów”, rozpatrując zgłoszone zarzuty pod adresem uczestników sejmiku, w kwestii ich czynnego lub biernego prawa wyborczego. Takiego postępowania nie przeprowadzono na sejmiku kobryńskim. Zmusiło to zebranych do rozpoznawania zarzutów zgłaszanych wobec poszczególnych kandydatów już w trakcie samych wyborów.

Uprawnionych do zajęcia miejsca w kole porządkowym sejmiku kobryńskiego było 21. Wielu jednak spośród nich pragnęło ubiegać się o urzędy. W tym stanie rzeczy zebrani przystali na w istocie rzeczy sprzeczną z prawem propozycję Stefana Rayskiego, aby wybrać asesorów spośród wszystkich obecnych, z tym, że w trakcie wyborów pretendujący do konkretnych urzędów ustąpią z funkcji asesorskich, a na ich miejsce powołani będą inni⁴⁸.

Stosując losowanie, dokonano następnie powołania sześciu asesorów, którzy wraz z Pawłem Dąbrowskim jako marszałkiem mieli kierować obradami sejmiku. Po złożeniu przez nich przysięgi przystąpiono do wyboru deputata⁴⁹. Na stanowisko to jednogłośnie został mianowany Bogusław Wereszczaka, sędzia grodzki⁵⁰. Po jego zaprzysiężeniu odroczone obrady do dnia następnego.

W dniu 15 II wybrano jednomyślnie Pawła Jagmina – komisarza cywilno-wojskowego i Ignacego Szczepanowskiego – sędziego grodzkiego brzeskiego na delegatów, którzy w imieniu sejmiku mieli wyrazić królowi wdzięczność z racji uchwalenia *Konstytucji 3 maja*. Podobnych delegatów wybierały także inne sejmiki Korony i Litwy. Początkowo projektowano, że król wszystkim delegatom udzieli audiencji na polu pod Wołą podczas obchodów rocznicy uchwalenia *Konstytucji* i przeniesionych z 8 na 3 maja imienin królewskich. W końcu jednak uroczystość tę przeniesiono do kościoła św. Krzyża. W czasie jej trwania delegaci, przystępując do tronu, aby

ucałować rękę króla, oddawali kanclerzowi lauda sejmikowe oraz specjalnie przygotowane na tę okoliczność umowy⁵¹.

W dalszej części obrad zjazdu kobryńskiego rozpoczęto sejmiki gospodarskie. W pierwszym rzędzie zajęto się sprawą pomieszczenia dla sądów i kancelarii. Po uzyskaniu zgody administratora ekonomii, Pawła Jagmina, uchwalono, że znajdą one siedzibę na zamku kobryńskim. Zobowiązano jednak obu delegatów, aby zabiegali u króla o wystawienie szopy na potrzeby obrad sejmiku i budynku sądowego, w którym znaleźć się miało także archiwum. Z kwestią tą łączyła się sprawa ksiąg sądowych, ze szczególną ostrością występująca w nowo utworzonych powiatach. Chodziło zwłaszcza o księgi, w których odnotowano transakcje nieruchomościami ziemskimi. Z laudum sejmiku kobryńskiego wynika, że mieszkańcy nowo utworzonego powiatu kobryńskiego oblatowali transakcje w księgach miejskich Kobrynia, Dywina, Horodźca oraz w grodzie sieleckim. Po zabronieniu oblat w księgach miejskich wpisywano je do akt ziemskich i grodzkich województwa brzeskiego. Mając to na względzie, sejmikująca szlachta postanowiła, że dokumenty dotyczące ziem powiatu kobryńskiego z ksiąg ziemskich, grodzkich i miejskich winny zostać przepisane i złożone w kancelarii sądu kobryńskiego. Wykonanie tego postanowienia powierzono komisji porządkowej cywilno-wojskowej. Sejmikujący zobowiązali się pokryć koszty tego przedsięwzięcia, uchwalając na ten cel specjalny podatek. Przy okazji zajęto się także nader istotną sprawą egzekucji wyroków sądowych i zobowiązano komisję porządkową do ustalenia, czy wojsko stacjonujące w Kobryniu może być użyte do tego celu⁵².

Z problemem przepisania części akt sądowych borykano się także na innych terenach. W Kościanie sejmik powiatu kościańskiego i ziemi wschowskiej zobowiązał nowo wybranego pisarza aktowego do wyłączenia z akt sądów grodzkich i ziemskich w Poznaniu ksiąg dotyczących terenu nowo powstałego sądu ziemiańskiego w Kościanie i zwiezienia tych dokumentów do siedziby sądu⁵³. Także w Kaliszu znajdowały się akta dotyczące ziem podległych nowo utworzonym jednostkom⁵⁴. Ten stan rzeczy zmusił sejm do uchwalenia w dniu 22 III 1792 r. *Zalecenia urodzonym pisarzom aktowym poznańskiemu i kaliskiemu*, zobowiązującego tych pisarzy do wydania pisarzom aktowym pozostałych sądów ksiąg sądowych i rejestrów dotyczących obszarów podległych właściwości terytorialnej nowych sądów⁵⁵.

Z podobnymi problemami zetknęła się szlachta podlaska na sejmikach w Drohiczynie i Brańsku, kiedy wyszedł na jaw katastrofalny stan archiwów, a także później, kiedy sejm postanowił utworzyć obok sądu ziemiańskiego ziemi bielskiej, orzekającego w Tykocinie i Brańsku (w dwóch „repatriacjach”), osobną kancelarię w Goniądzu⁵⁶.

Wśród pozostałych problemów, jakimi zajęła się szlachta podczas obrad gospodarskich sejmiku w Kobryniu, dominowały sprawy natury organizacyjnej i ekonomicznej. Zobowiązano wówczas komisję porządkową, aby zwróciła się do generalnej dyrekcji poczty (zwanej w laudum „generał pocztantem”) o ustanowienie w Kobryniu sekretariatu poczty. Natomiast delegowani do króla Paweł Jagmin i Ignacy

Szczepanowski mieli zabiegać o pomoc z funduszu Komisji Edukacji Narodowej dla bazylianów kobryńskich, którzy deklarowali po uzyskaniu dotacji otwarcie szkoły⁵⁷. Wysuwając postulat otwarcia szkoły bazylikańskiej, szlachta kobryńska zdawała się nie zauważać istniejącego wówczas podziału szkół na wydziałowe, podwydziałowe i parafialne⁵⁸. Nie brała też pod uwagę realnych możliwości zakonu bazylianów⁵⁹.

Podjęto także zabiegi w celu uporządkowania Kobrynia, zaliczenia go do miast wolnych, a także w celu wyznaczenia w mieście placów na miejskie rezydencje szlacheckie. Z drugiej jednak strony domagano się zniesienia opłat targowych od towarów sprzedawanych przez szlachtę. Podjęto w końcu starania o zbadanie nurtu Troskanicy i Litewki, dopływów Muchawca oraz postanowiono usypać groblę na błotach Turossa⁶⁰.

W trzecim dniu obrad 16 II ustąpił z funkcji asesora Stefan Rayski, ubiegający się o urząd podkomorzego. W jego miejsce asesorem został Jan Lepaski, podpułkownik. Konkurentami jego byli Felicjan Grabowski, Ignacy Maleszewski, Jacek Kościalkowski, pułkownik, Bogusław Wereszczaka, sędzia grodzki brzeski. Obsadzenie urzędu podkomorzego musiało więc nastąpić w tajnym głosowaniu. W ustawie *Sejmiki* przewidziano długą i dość skomplikowaną procedurę tajnego głosowania. Stosując się do niej, sejmikujący od marszałka, asesorów i członków koła porządkowego, a dalej według zapisów w księdze ziemiańskiej, kolejno parafiami mieli podchodzić do stołu z urną do głosowania i wrzucać otrzymaną gałkę do otworu z napisem *affirmative* bądź *negative*. Głosowaniem kierować miał marszałek z asesorami. Jeden z asesorów czytać miał z księgi ziemiańskiej spis głosujących, drugi winien podawać gałki do głosowania, a pozostali spisywać osoby oddające głosy. Kolejność głosowania nad poszczególnymi kandydatami ustalano przez losowanie⁶¹. Był to system długotrwały, który przedłużał czas obrad. Jak zresztą dowiodła praktyka, na sejmikach, w których wzięła udział większa liczba szlachty, sprawne przeprowadzenie takiego głosowania było bardzo trudne, dochodziło przy tej okazji do tumultów, łamania sprzętów, a nawet do zamachów na asesorów⁶². Dlatego też na wszystkich sejmikach w lutym 1792 r. dążono do tego, aby dokonać nominacji urzędników jednomyślnie. Pragnąc ten cel osiągnąć, nakłaniano nawet niektórych kandydatów, aby dobrowolnie odstąpili od ubiegania się o urzędy.

Na sejmiku kobryńskim, jakkolwiek do funkcji podkomorzego i pisarza aktowego zgłosiło się więcej kandydatów, wszystkie urzędy obsadzono jednomyślnie. Stało się tak dlatego, że po przeprowadzeniu głosowania nad pierwszym z kandydatów pozostali, widząc przewagę głosów aprobujących jego kandydaturę, wycofali się. Skróciło to znacznie czas pracy sejmiku, okazało się bowiem, że głosowanie nad jednym kandydatem zajmowało cały dzień.

W ten sposób powołano na urząd podkomorzego Stefana Rayskiego, na chorążego Pawła Jagmina, a także 10 sędziów ziemiańskich, pisarza aktowego sądu ziemiańskiego, 18 komisarzy granicznych, lustratora starostw, którym został Ignacy Szczepanowski oraz w ostatnim dniu obrad 15 komisarzy komisji porządkowej cywilno-wojskowej⁶³.

W trakcie wyborów dwukrotnie jeszcze musiano losować nowych asesorów, gdyż pełniący te funkcje chcieli ubiegać się o stanowiska urzędników. W dniu 18 II w grodzie asesorów znalazł się Tadeusz Ruszyc eks-deputat i ponownie Stefan Rayski, 22 II powołano w miejsce chorego Franciszka Załoskiego i trzech innych asesorów pretendujących do komisarstwa granicznego Pawła Jagnina, Bogumiła Wereszczakę, Mikołaja Niepokojczyckiego i Jana Leparskiego.

Najwięcej kontrowersji wzbudził wybór pisarza aktowego, o którą to funkcję ubiegali się Franciszek Gronostajski i Tadeusz Laskowski, obaj pełniący niegdyś funkcję regentów. Wiele zamieszania sprawiło przedłożenie przez Laskowskiego pisma nieobecnego na sejmiku sędziego ziemiańskiego brzeskiego Jana Włodka, w którym informował, że na Gronostajskim ciąży kondemnata i nie może on się ubiegać o wybór. W tajnym głosowaniu koło porządkowe uznało jednak, że podniesienie tego zarzutu nie zamyka drogi Gronostajskiemu. W tej sytuacji Stanisław Laskowski, pełniący funkcję asesora i będący chyba krewnym Tadeusza dodał, że Franciszek Gronostajski ma brata w składzie sądu ziemiańskiego, a ponadto pełni funkcję patrona (pełnomocnika procesowego stron). Mimo tych obiekcji członkowie koła porządkowego uznali jednak ponownie w tajnym głosowaniu, że może on się ubiegać o stanowisko pisarza aktowego sądu ziemiańskiego. Kiedy wylosowano nazwisko Gronostajskiego jako tego, którego kandydatura jako pierwsza ma być oddana pod głosowanie, Tadeusz Laskowski wycofał się. Nie zraziło to jednak Stanisława Laskowskiego, który domagał się przeprowadzenia nad kandydaturą Gronostajskiego tajnego głosowania, argumentując, że może uzyskać on więcej głosów przeciwnych i wtedy zajdzie potrzeba wyszukania innej osoby na stanowisko pisarza aktowego. W tajnym głosowaniu Gronostajski uzyskał jednak 194 głosy aprobujące i tylko 29 negatywnych, co pozwoliło mu, za powszechną zgodą sejmikującej szlachty, objąć urząd pisarza aktowego⁶⁴.

Szlachta kobryńska miała poważne trudności z obsadą niektórych urzędów. Do komisji porządkowych cywilno-wojskowych aż przez dwa dni poszukiwano kandydatów. Musi to budzić pewne zdziwienie, zważywszy, że praca w tej komisji miała być pierwszym stopniem i warunkiem dalszej kariery urzędniczej. Zdecydowano się także na wybór sędziów ziemiańskich, nawet takich, którzy nie odpowiadali w pełni niezbyt wygórowanym kryteriom sprecyzowanym w ustawie *Sąd ziemiański*⁶⁵.

Podobnie stało się na innych sejmikach i dlatego sejm w uchwale z 20 III 1792 r. *Deklaracja względem sejmików* zezwolił sędziom nie spełniającym warunków ustawy na wykonywanie funkcji sędziowskich⁶⁶.

Rodzic się w tym miejscu musi pytanie, czy inne osoby, którym powierzono na sejmiku kobryńskim stanowiska urzędników, spełniały wymogi stawiane kandydatom do tych funkcji. Należy sądzić, że wymogi te zostały spełnione. Były one zresztą minimalne. Można przypuszczać, że gdyby powstały jakieś trudności przy obsadzie urzędów, odnotowano by to w laudum. Tak postępowała szlachta na innych terenach.

Wszyscy nowo mianowani urzędnicy, z wyjątkiem lustratorów starostw, bezpo-

średnio po swoim wyborze złożyli przysięgę przed marszałkiem sejmiku, w obecności wszystkich sejmikujących. Nieodebranie przysięgi od lustratorów starostw było zjawiskiem występującym na wszystkich sejmikach i wynikało z braku tekstu rot.

Ciekawym i niespodziewanym rysem sejmiku kobryńskiego były silnie rysujące się więzi szlachty z miastami. Tym chyba trzeba tłumaczyć troskę o sprawy miejskie w trakcie sejmiku gospodarskiego, a także i to, że w ostatnim dniu trwania obrad mieszczanie z Kobrynia, Prużan, Dywina i Horodca zostali dopuszczeni na forum sejmiku do przysięgi na wierność *Konstytucji 3 maja*⁶⁷.

Sejmik kobryński obradował od 14 do 25 II 1792 r. Był to przeciętny czas trwania sejmików lutowych. Dłużej, bo do 1 III, ciągnął się sejmik powiatu kościańskiego i ziemi wschowskiej. Sejmik ziemi bielskiej zamknął swe obrady 2 III, a ziemi drohickiej ciągnął się do 10 IV. Obrady trwały przez cały czas pracy sejmiku, z przerwą na niedzielę. Nie udało się niestety dociec, czy w trakcie obrad przestrzegano przewidzianego w ustawie czasu sejmikowania, debatując od 9.00 do 15.00.

Sejmik kobryński przebiegał stosunkowo spokojnie i jeśli pominąć kwestię powoływania asesorów, w zasadzie zgodnie z przepisami prawa. Tok obrad potwierdził dojrzałość i integrację szlachty tej ziemi oraz brak lokalnych, zaściankowych partykularyzmów, jakie ujawniły lauda sejmików mazowieckich czy podlaskich.

PRZYPISY

- 1 „Volumina Legum” (dalej: VL), Kraków 1889, s. 233-240.
- 2 St. Sosin, *Reforma sejmików na Sejmie Czteroletnim*, w: *Korpus kadetów nr 2. W dziesiątą rocznicę istnienia 1919/20 - 1929/30*, Chełmno 1930, s. 19-86.
- 3 B. Leśnodorski, *Dzieło Sejmu Czteroletniego*, Warszawa 1951, s. 246-255.
- 4 A. Lityński, *Ochrona sejmików w polskim ustawodawstwie karnym XVI-XVIII w.*, „Acta Universitatis Wratislaviensis” nr 307, Przegląd Prawa i Administracji VII, Wrocław 1976, s. 229-241; R. Łaszewski, *Sejm polski w latach 1764-1793*, Wrocław 1973; A. Pawiński, *Rządy sejmikowe w Polsce*, Warszawa 1978, s. 519-525; A. Zahorski, *Centralne instytucje policyjne w Polsce w dobie rozbiorów*, Warszawa 1959, s. 135-136; J. Kieremisz, *Lublin i lubelskie w ostatnich latach Rzeczypospolitej (1788-1794)*, t. I, Lublin 1939, s. 85; J. Sobczak, *Wielkopolskie sądy ziemiańskie*, Warszawa - Poznań 1977, s. 29-33.
- 5 St. Sosin, dz. cyt., s. 85 - z terenu województwa brzeskiego litewskiego zajął się tylko sejmikiem powiatu brzesko-litewskiego.
- 6 J. Sobczak, *Powiat koniński na zreformowanym sejmiku kaliskim 14 lutego 1792*, „Rocznik Koniński” 1978, s. 209-216; tenże, *Reforma sejmików na Sejmie Czteroletnim i jej realizacja w Wielkopolsce*, „Roczniki Historyczne”, t. LXVI, 1980, s. 67-98; tenże, *Reforma sejmików na Sejmie Czteroletnim i jej realizacja w Wielkopolsce*, Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Sprawozdania nr 96 za 1978 r., Wydział Historii i Nauk Społecznych, Poznań 1980, s. 51-55; tenże, *Działalność sejmików województwa sieradzkiego po reformie w 1791 r.*, „Studia i Materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza”, t. 15, z. 2, 1984, s. 43-59; tenże, *Laudum sejmiku powiatu kościańskiego i ziemi wschowskiej 14-18 II 1792 r.*, „Rocznik Leszczyński” 1985, nr 7, s. 253-272; tenże, *Organizacja i działalność sejmików województwa łęczyckiego po reformie w 1791 r.*, „Rocznik Łódzki” (w druku); M. Wiśnińska, *Sieradzkie wobec Konstytucji 3 maja*, „Rocznik Łódzki” 1983, t. XXXIII, s. 39-61.
- 7 J. Sobczak, *Organizacja i działalność sejmiku ziemi dobrzyńskiej po reformie w 1791 r.*, „Ziemia Kujawska”, 1985, t. VII, s. 121-132.

- 8 J. Sobczak, *Organizacja i działalność sejmiku województwa płockiego po reformie 1791 r.*, „Notatki Płockie” 1982, nr 4, s. 14-20; tenże, *Sejmik ziemi czerskiej 14 II 1792 r.*, „Rocznik Mazowiecki” (w druku).
- 9 J. Sobczak, *Sejmiki województwa podlaskiego po reformie w 1791 r.*, „Studia Historyczne”, R. XXIX, 1986, z. (115), s. 517-540.
- 10 VL, IX, s. 333-334.
- 11 Tamże, s. 240-241.
- 12 Tamże, s. 340, *Zapisywanie ziąg ziemiańskich prowincji koronnych i W X Lit.*
- 13 W świetle ustawy bezpodstawna wydaje się teza S. Sosina o zniesieniu sejmików relacyjnych. Por. S. Sosin, dz. cyt., s. 71.
- 14 VL, IX, s. 233.
- 15 Dz. cyt., s. 326-338.
- 16 Dz. cyt., s. 405.
- 17 Dz. cyt., s. 333-334.
- 18 Dz. cyt., s. 405.
- 19 B. Leśnodorski w monografii *Dzielo Sejmu Czteroletniego*, s. 247-249, wyraził pogląd, że dokonując reformy sejmików, połączono ich organizację z podziałem administracyjnym na powiaty, przyjmując założenia, że szlachta z każdego powiatu będzie się zbierać na wspólnym sejmiku. Od reguły tej było jednak wiele wyjątków.
- 20 VL, IX, s. 395-398.
- 21 W myśl uchwalonej w dniu 5 I 1792 r. ustawy *Sąd ziemiański* w miejsce zlikwidowanych sądów grodzkich i ziemskich miały powstać sądy ziemiańskie, składające się z 10 sędziów wybieranych na sejmikach. Siedziby sądów ziemiańskich zostały wskazane w ustawie *Sąd ziemiański* (VL, IX, s. 370-372). W Koronie sądy te miały powstać nie w każdej ziemi i powiecie, jak postulowano w projektach tej ustawy i jak to ostatecznie zrealizowano na Litwie, lecz tylko w niektórych wyraźnie wskazanych w ustawie miastach. Przewidywano także utworzenie sądów ziemiańskich orzekających kolejno w siedzibach stolic sąsiadujących z sobą powiatów. Organizacja i działalność sądów ziemiańskich jest wciąż jeszcze niedostatecznie znana. Zajęto się dotąd tylko funkcjonowaniem wielkopolskich sądów ziemiańskich. Por. J. Sobczak, *Wielkopolskie sądy ziemiańskie*, Warszawa – Poznań 1977. Z laudów sejmików lutowych wynika jednak, że w Koronie problem organizacji tych sądów, a w szczególności kwestia ich siedzib należały do najbardziej spornych spraw.
- 22 VL, IX, s. 394.
- 23 Archiwum Główne Akt Dawnych, Archiwum Publiczne Potockich nr 104, s. 173-184, 187-198, 199-201, 315-317, 185-186, 307-327, 329-334, 341-344.
- 24 J. Sobczak, *Wielkopolskie sądy*, s. 36-42.
- 25 Jest to druk często spotykany w księgach grodzkich czy ziemiańskich. Tu wykorzystano egzemplarz przechowywany w Archiwum Państwowym w Poznaniu (dalej: APP) w księgach grodzkich (dalej: Gr) poznańskich, Poznań Gr 1299, s. 172.
- 26 Biblioteka Czartoryskich (dalej: Bibl. Czart.), rkps 886, s. 609 i 612.
- 27 APP, s. 1, k. 1-86, księga mylnie sygnowana jako księga sejmiku średzkiego, gdyż sejmik odbył się w Poznaniu.
- 28 APP, Kalisz Gr 485, f. 179-184 i 219-224.
- 29 APP, księgi ziemiańskie (dalej ZM) 1, t. 1-4 v.
- 30 Bibl. Czart., rkps 886, s. 335-348.
- 31 J. Sobczak, *Działalność sejmików województwa sieradzkiego*, s. 51-52; Bibl. Czart., rkps 886, s. 117-134.
- 32 J. Sobczak, *Organizacja i działalność sejmiku ziemi dobrzyńskiej*, s. 125; Bibl. Czart., rkps 886, s. 117-134.
- 33 Bibl. Czart., rkps 886, s. 435-441.
- 34 Tamże, s. 459-476.
- 35 J. Sobczak, *Organizacja i działalność sejmiku województwa płockiego*, s. 16, Bibl. Czart., rkps 886, s. 449.
- 36 Bibl. Czart., rkps 886, s. 605.

- 37 VL, IX, s. 234-235.
- 38 APP, Kalisz Gr 485, t. 179-179 r.
- 39 APP, Pyzdry Zm 1, s. 1.
- 40 APP, Kościan Gr 215, t. 67.
- 41 Bibl. Czart., rkps 886, s. 435.
- 42 Tamże, s. 53-54.
- 43 Tamże, s. 605.
- 44 W województwie sieradzkim przysięgi takiej nie złożyła szlachta ziemi wieluńskiej i powiatu ostrzeszowskiego, dokonali jej natomiast zebrani na sejmikach w Sieradzu i Piotrkowie. J. Sobczak, *Działalność sejmików województwa sieradzkiego*, s. 35.
- 45 M. Wiśnińska, *Sieradzkie*, s. 55.
- 46 VL, IX, s. 234-235.
- 47 Trudnościom tym starano się zaradzić uzupełniając skład koła porządkowego o osoby, które nie miały prawa w nim zasiadać. Stało się tak m.in. na sejmiku ziemi wieluńskiej. Por. Bibl. Czart., rkps 886, s. 142. Bywało też, że losowanie urzędów marszałka i asesorów przeprowadzono spośród wszystkich obecnych na sejmiku. W ten sposób postąpiono na sejmiku ziemi dobrzyńskiej w Lipnie. Por. Bibl. Czart., rkps 886, s. 53-54. Zarówno jednak pierwsze, jak i drugie rozwiązanie było sprzeczne z ustawą *Sejmiki*, która pojawienia się takich problemów nie przewidywała.
- 48 Bibl. Czart., rkps 886, s. 606.
- 49 W Wielkim Księstwie Litewskim na każdym sejmiku powoływano deputatów świeckich. Deputatów duchownych wybierały kapituły wileńska i żmudzka po dwóch oraz inflancka i smoleńska po jednym. W Koronie deputatów duchownych z określonych kapituł powoływała na sejmikach szlachta. Por. VL, IX, s. 381-389.
- 50 Bibl. Czart., rkps 886, s. 606.
- 51 W. Smoleński, *Ostatni rok Sejmu Wielkiego*, Kraków 1897, s. 294.
- 52 Bibl. Czart., rkps 886, s. 608.
- 53 APP, Kościan Gr 215, t. 49.
- 54 AP, Kalisz Gr 485, t. 226 i n., 278 i n., 450 i 481 i n.
- 55 VL, IX, s. 406. O wydaniu tych akt zabiegała szlachta z powiatów konińskiego, gnieźnieńskiego, pyzdrowskiego i kościańskiego. Por. AP, Konin Zm 1, t. 3 v; Pyzdry Zm 3, t. 28 v; Kościan Zm 3, t. 1-1 v; Gniezno Zm 3, t. 1-1 v.
- 56 J. Sobczak, *Sejmiki województwa podlaskiego*, s. 533-534. Por. Bibl. Czart., rkps 886, s. 438-439; VL, IX, s. 406-408.
- 57 W Kobryniu istniała szkoła parafialna, dwukrotnie (w 1782 i 1783 r.) wizytowana przez wizytatora generalnego Komisji Edukacji Narodowej Franciszka Bogdanowicza. Por. H. Pohoska, *Wizytatorowie generalni Komisji Edukacji Narodowej*, t. 45, Towarzystwo Naukowe Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego, Lublin 1957, s. 321. Por. także Jonas Antonas Račkauskas, *Educacines Komisijos nurodymai parapiju mokykloms (1774)*, „Lituanistikos Instituto 1971 m. suvaziavimo darbai”, Chicago 1971, s. 63 i n. o podziale szkół Komisji Edukacji Narodowej na departamenty województwo Brześć Litewski znalazło się w departamencie Joachima Chreptowicza. Na obszarze tego województwa istniały dwie szkoły zaliczone do rzędu szkół wojewódzkich – w Brześciu i Pińsku oraz dwie należące do powiatowych – w Lubiszowie i Dąbrowicy, ponadto istniała w Białej kolonia Szkoły Głównej krakowskiej. W skład dóbr edukacyjnych wchodziło w tym województwie 17 majątków, przynoszących półroczny dochód w kwocie 43 960 zł. Fundusz edukacyjny województwa brzeskiego litewskiego był największy w deartamencie Chreptowicza. Por. J. Sobczak, *Mapy departamentów litewskich Komisji Edukacji Narodowej*, „Lituanoslavica Posnaniensis. Studia Historica” (t. III, w druku); Bibl. PAN Kraków, rkps 2220, t. 2, nr 115, obecnie mapy te zostały wydzielone do osobnejteczki.
- 58 Szkoły województwa brzeskiego znalazły się w wydziale poleskim. W jego ramach pracowała szkoła wydziałowa w Brześciu oraz szkoły podwydziałowe w Pińsku, Białej, Lubieszowie, Dąbrowicy i Żyrowicach.
- 59 Bazylianie prowadzili już szkoły we Włodzimierzu, Szarogrodzie, Humanu, Lubarze i Hoszczy, (szkołę w Hoszczy w 1777 przeniesiono do Ostroga), a także były szkołą bartoszków

w Węgrowie, szkołę pojezuicką w Barze (od 1781 r.), w Owruczu (od 1783 r.), w Kaniowie (od 1785 r.). Por. A. Meissner, *Szkoły zakonne wobec Komisji Edukacji Narodowej*, w: *W kręgu wielkiej reformy. Sesja naukowa w Uniwersytecie Jagiellońskim w dwusetną rocznicę powstania Komisji Edukacji Narodowej 24-26 października 1973*, pod red. K. Mrozowskiej i A. Dutkowej, Kraków 1977, s. 241-254. Szkoły bazylikańskie cieszyły się dużą popularnością wśród szlachty litewskiej. Por. J. Szybiak, *Szkolnictwo Komisji Edukacji Narodowej w Wielkim Księstwie Litewskim*, Wrocław 1973, s. 41-42.

60 Bibl. Czart., rkps 886, s. 608.

61 VL, IX, s. 236-237.

62 Stało się tak m.in. na sejmiku w Drohiczynie, w którym uczestniczyło 716 osób. Por. Bibl. Czart., rkps 886, s. 467.

63 Spis wybranych urzędników zestawiono w aneksie.

64 Bibl. Czart., rkps 886, s. 611-613.

65 VL, IX, s. 371. Ogólne wymogi formułowała ustawa *Sejmiki* w art. VI i VII (VL, IX, s. 294).

Wśród sędziów sądu ziemiańskiego nie mogli zasiadać osoby noszące to samo nazwisko oraz teść z zięciem. W składzie sądu mógł znaleźć się tylko jeden poseł i jeden deputat. Szerzej na ten temat J. Sobczak, *Wielkopolskie sądy*, s. 48-51.

66 VL, IX, s. 411.

67 Bibl. Czart., rkps 886, s. 616.

Spis osób wybranych na sejmiku kobryńskim 14 II 1792 r.

Marszałek Paweł Dąbrowski, eks-deputat

Asesorzy: Stanisław Laskowski, eks-deputat; Stefan Rayski, eks-deputat, komisarz porządkowy cywilno-wojskowy do 16 II i od 18 II do 21 II; Franciszek Zołotowski, horodniczy brzeski do 21 II; Jan Massalski, major; Antoni Pachniewski, major; Franciszek Józef Gronostajski, eks-regent grodzki brzeski, do 18 II; od 16 do 18 II Jan Leparski, podpułkownik; od 18 II do 22 II Tadeusz Ruszyc, eks-deputat; od 22 II do 25 II Paweł Jagmin, eks-deputat; Bogumił Wereszczaka, sędzieja grodzki; Mikołaj Niepokojczycki.

Deputat: Bogusław Wereszczaka, sędzieja grodzki.

Podkomorzy: Stefan Rayski, eks-deputat, komisarz porządkowy cywilno-wojskowy.

Chorąży: Paweł Jagmin, eks-deputat, komisarz porządkowy cywilno-wojskowy, administrator ekonomii.

Sędziowie ziemiańscy: Mikołaj Borejsza, eks-deputat; Mikołaj Niepokojczycki, skarbnik parnawski; Jan Leparski, podpułkownik; Jan Suzin, porucznik; Feliks Ruszczyc Zbierkowski, porucznik kawalerii narodowej; Tadeusz Wereszczaka, łowczyc brzeski; Jakub Orda, starosta brzeski; Ignacy Snieszkołocki, rotmistrz, Wiktory Bogusławski, rotmistrz; Józef Gronostajski.

Pisarz aktowy sądu ziemiańskiego: Franciszek Gronostajski, eks-regent.

Komisarze graniczni: Stefan Rayski, Tadeusz Ruszczyc Zbierkowski, eks-deputat; Józef Orzeszko komisarz cywilno-wojskowy; Wiktory Bogusławski, komisarz cywilno-wojskowy; Franciszek Leparski, eks-deputat, podpułkownik; Wincenty Wygonowski, deputat; Józef Bieniecki, miecznik brzeski; Ignacy Borejsza, budowniczy brzeski; Rafał Załęski, chorąży; Antoni Pachniewski, eks-regent; Tadeusz Laskowski, eks-regent; Jan Wereszczaka, chorąży; Ignacy Grabowski, Michał Paszkowski, cześnik zatorski; Serwacy Górski, Eliasz Hryniewicki, Wojciech Górski, Benedykt Leszkiewicz.

Lustrator starostw: Ignacy Szczepanowski, sędzieja grodzki brzeski.

Komisarze cywilno-wojskowi: Tadeusz Ruszczyc Zbierkowski; Tadeusz Laskowski; Walenty Wereszczaka, łowczyc brzeski; Józefat Bogusławski, rotmistrz; Franciszek Andrzejkowicz, rotmistrz; Dominik Józef Ogonowski; Jan Gronostajski, eks-intendent; Grzegorz Zienkowicz, podczaszy mściślawski; Mateusz Bosacki, rotmistrz; Franciszek Bieniecki, rotmistrz; Hieronim Ossoliński, podstolic brzeski; Piotr Grądzki; Józef Bortowski; Jan Błocki; Feliks Chodyncki.

Henryk MAJECKI

OBÓZ SANACYJNY NA BIAŁOSTOCCZYŹNIE W LATACH 1926-1939

1. Wstęp

Podjęty przeze mnie problem nie ma odbicia w istniejących dotąd opracowaniach dotyczących historii Białostoczczyzny okresu międzywojennego. Wyjątek stanowi mój artykuł poświęcony sanacyjnemu odłamowi ruchu robotniczego¹. Stosunkowo słabo zaawansowane są też badania nad dziejami sanacji w skali kraju. Wprawdzie bibliografia tej problematyki zawiera co najmniej kilkaset pozycji, ale większość z nich nosi charakter przyczynkarski. Część z nich dotyczy założeń ideowoprogramowych sanacji i ich realizacji², część zaś różnych problemów, związanych głównie z polityką kierowanych przez sanację rządów. Brak jest natomiast całościowej monografii dziejów sanacji, a także dziejów jej poszczególnych części składowych. Mam tu na myśli nie tylko formacje polityczne, ale także różnego rodzaju organizacje społeczne, niekiedy o charakterze masowym³, stanowiące zaplecze polityczne obozu sanacyjnego rozumianego jako ruch polityczny. Jest mi znane tylko jedno opracowanie o charakterze monograficznym dotyczące regionalnych dziejów sanacji⁴. Sam termin „sanacja” nie doczekał się wyczerpującej definicji. Bez wątplenia łatwiej jest zdefiniować pojęcia: obóz narodowy, chadecja, czy nawet ruch ludowy. Trzonem tych ruchów były bowiem określone partie polityczne, posiadające program oraz strukturę organizacyjną. Natomiast sanacja aż do wyborów do Sejmu i Senatu w 1928 r. nie stworzyła trwałej formacji politycznej o zasięgu ogólnokrajowym. Wprawdzie po przewrocie majowym w 1926 r. działały należące do tego obozu Partia Pracy oraz Związek Naprawy Rzeczypospolitej, ale skupiały wąskie kręgi inteligentkie, nie miały oparcia w masach i nie odgrywały istotnej roli w tym obozie.

Od końca 1927 r. do końca października 1935 r. działał Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem (BBWR), początkowo jako komitety wyborcze, a następnie klub poselski w Sejmie. Jednakże struktura organizacyjna BBWR różniła go od innych partii. Twórcy BBWR nie określali go jako partia. Trzonem był klub poselski. W jego skład obok „bezpartyjnych” posłów, stanowiących zdecydowaną większość, wchodziły grupy posłów z takich partii, jak Stronnictwo Prawicy Narodowej,

Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe, Stronnictwo Chrześcijańsko-Rolnicze, Partia Pracy, Związek Naprawy Rzeczypospolitej i inne, jakby afiliowane przy BBWR. W skład obozu sanacji wchodziły jednak i inne partie, zachowujące pełną odrębność organizacyjną i odrębne kluby poselskie, jak PPS dawna Frakcja Rewolucyjna, czy wreszcie powstałe później w wyniku rozłamu w SL: Chłopskie Stronnictwo Rolnicze M. Michałkiewicza, PSL „Wyzwolenie” i Stronnictwo Chłopskie. Sam BBWR przez dłuższy czas nie posiadał struktury terytorialnej. Struktura ta ukształtowała się później, ale terenowe organizacje BBWR nie miały żadnego wpływu na politykę Klubu Poselskiego BBWR, spełniały one raczej rolę transmisji.

W okresie od października 1935 r. aż do lutego 1937 r. obóz sanacyjny nie posiadał ogólnokrajowej formacji politycznej. Poszczególne jego części składowe uzyskały samodzielność, a funkcje koordynacyjne ruchu w skali kraju pełniły różne nieformalne grupy o charakterze koteryjnym, zaś w poszczególnych województwach i powiatach – kluby społeczne. W lutym 1937 r. powstał Obóz Zjednoczenia Narodowego (OZN), ale wiele ugrupowań politycznych oraz organizacji społecznych popierających rząd nie weszło w jego skład. OZN stanowił kolejną próbę konsolidacji politycznej sanacji. Proces ten przerwał wybuch II wojny światowej. W okresie jej trwania obóz sanacyjny uległ następnej dekompozycji.

Kolejny problem dotyczy założeń ideowo-programowych obozu sanacji. Różnego rodzaju deklaracje programowe tego ruchu podkreślały jego ogólnonarodowy i ponadklasowy charakter. Jednak w odróżnieniu od endecji czy chadecji działały w ramach sanacji ugrupowania podkreślające swój klasowy charakter. Do nich należała PPS dawna Frakcja Rewolucyjna, Legion Młodych, rozłamowe stronnictwa chłopskie i inne. Splot tych problemów stwarza dodatkowe trudności przy zdefiniowaniu sanacji jako ruchu politycznego.

W niniejszym opracowaniu pomijam problemy ogólnokrajowe, odsyłając czytelników do odpowiednich opracowań. Pomijam również zagadnienia kształtowania się założeń programowych sanacji ze względu na ogólnokrajowy zakres tego procesu. Pomijam także działalność związanych z sanacją rozłamowych organizacji w ruchu robotniczym, ludowym oraz chrześcijańsko-demokratycznym, gdyż została ona szczegółowo przedstawiona w innych opracowaniach⁵. Nie stawiam sobie za cel drobiazgowego odtworzenia struktury organizacyjnej poszczególnych członów obozu sanacyjnego w województwie, gdyż nie jest to nawet możliwe ze względu na stan zachowanych źródeł. Niniejsze opracowanie przedstawia polityczne formacje obozu sanacyjnego, natomiast działalność organizacji społecznych mieszczących się w tym obozie rozpatruję w aspekcie zaplecza społecznego sanacji jako ruchu politycznego.

Baza źródłowa do podjętego przeze mnie tematu jest niekompletna. Nie zachowały się w ogóle źródła archiwalne stworzone przez instancje ugrupowań sanacyjnych w województwie. Podstawowe źródło stanowią sprawozdania sytuacyjne wojewody białostockiego, przechowywane w Archiwum Państwowym w Białymstoku. Przetrzywały niemal w komplecie, dokumentując cały interesujący nas okres. Cennym źródłem jest również lokalna prasa. W omawianym okresie w poszczegól-

nych miejscowościach województwa, a szczególnie w Białymstoku, Grodnie, Łomży i Suwałkach, wychodziło kilkadziesiąt pism o orientacji prorządkowej. Jednakże większość z nich była poświęcona lokalnej problematyce społeczno-gospodarczej województwa lub poszczególnych powiatów. Część gazet o orientacji prorządowej stanowiły mutacje pism warszawskich. Wiele gazet – to efemerydy, kończące żywot po kilku lub kilkadziesiąciu numerach. Najwięcej materiałów do omawianej problematyki dostarczyły: wychodzący przez cały omawiany okres aż do 30 sierpnia 1939 r. „Dziennik Białostocki” (formalnie apolityczny, jednakże od 1928 r. o wyraźnej orientacji prorządowej), białostocki tygodnik „Głos Obywatela” (od 17.X.1929 – 5.X.1930), przemianowany na „Głos Ziemi Białostockiej” (od 5.X.1930 r. – 13.XI.1931 r.) oraz wychodzący w Łomży od 19.I.1930 r. „Przegląd Łomżyński”. Korzystałem także z pism o charakterze apolitycznym lub związanych z innymi ruchami politycznymi.

2. Ugrupowania sanacyjne w latach 1926-1927

Do przewrotu majowego w 1926 r. piłsudczycy nie posiadali w zasadzie odrębnych formacji politycznych, a działali w różnych partiach centrowych i lewicowych, jak PSL „Piast”, PSL „Wyzwolenie”, Stronnictwo Chłopskie, PPS. Po przewrocie majowym powstały odrębne partie polityczne o orientacji piłsudczykowskiej. Do nich należały m.in. Partia Pracy oraz Związek Naprawy Rzeczypospolitej (ZNR). ZNR powstał w połowie 1926 r., jednakże pierwsze ślady jego działalności na terenie województwa pochodzą dopiero z maja 1927 r.⁶. Zarówno prasa, jak i sprawozdania sytuacyjne wojewody dostarczają niewiele faktów o jego działalności. Wynika z nich jednak, że ośrodkiem organizacyjnego kształtowania się ZNR w województwie był Białystok. Do głównych organizatorów ZNR w tym mieście należeli nauczyciele Władysław Kolendo i Michał Motoszko oraz lokalny działacz Centralnego Związku Młodzieży Wiejskiej Stefan Kalina.

Z inicjatywy ośrodka białostockiego powstały pierwsze koła ZNR w innych miastach. W Grodnie od 22.XII.1927 r. zaczął wychodzić lokalny organ ZNR „Ziemia Grodzieńska”. Jego redaktorem był Wacław Mejer⁷. Gazeta zakończyła jednak swój żywot po kilku numerach.

15.I.1928 r. w Bielsku Podlaskim powstało koło ZNR, liczące 39 osób⁸. Brak jest natomiast danych o organizacjach ZNR w innych miastach województwa. ZNR skupiał nieliczne grono osób, około 100 w całym województwie, głównie nauczycieli i urzędników państwowych. Najważniejszą akcją ZNR był udział w wyborach do Rady Miejskiej w Białymstoku i Grodnie w 1927 r. Z chwilą powstania BBWR działalność ZNR zamarła.

Nieco szerszą działalność rozwinęła Partia Pracy. Jej głównym ośrodkiem organizacyjnym w województwie było Grodno. W skali kraju Partia Pracy ukształtowała się po przewrocie majowym w 1926 r. na bazie powstałego wcześniej Klubu Posel-

skiego Pracy, utworzonego głównie z dysydentów z szeregów PSL „Wyzwolenie”. Pierwsze organizacje Partii Pracy powstały na Białostocczyźnie w końcu 1926 r. W styczniu 1927 r. w Grodnie działał Sekretariat Wojewódzki Partii Pracy, kierowany przez pośła Kazimierza Łaskiewicza⁹. K. Łaskiewicz, dyrektor gimnazjum w Grodnie, wszedł do Sejmu z ramienia PSL „Piast”. Jednakże niebawem po secesji w tym stronnictwie przeszedł do Związku Chłopskiego, a wraz z nim do Stronnictwa Chłopskiego. W 1926 r. dokonał kolejnej wolty, przechodząc do Partii Pracy. On też został głównym organizatorem Partii Pracy na Białostocczyźnie.

W ciągu I kwartału 1927 r. działalność Partii Pracy koncentrowała się we wschodniej części województwa. Koła Partii Pracy powstały: w Grodnie, Wołkowysku, Bielsku Podlaskim, Ciechanowcu, Milejczycach, Nurcu, Mielniku i Radziwiłłowce. W Bielsku Podlaskim powstał Komitet Organizacyjny Partii Pracy¹⁰. Nieznana jest ogólna liczba członków Partii Pracy na Białostocczyźnie w omawianym okresie. Zapewnie było ich nie mniej niż 250, skoro koło w Grodnie miało liczyć około 100 członków, zaś w Ciechanowcu – 42. Koła Partii Pracy skupiały głównie inteligencję, jednakże K. Łukaszewicz, wykorzystując swoje dawne kontakty, starał się rozszerzyć bazę społeczną stronnictwa. Temu celowi miał służyć powołany przez niego Związek Drobnych Rolników, którego Sekretariat Wojewódzki powstał w Grodnie. Organem prasowym Związku, a zarazem Partii Pracy stał się dwutygodnik „Nasza Ziemia”, redagowany przez K. Łaskiewicza. W ciągu I kwartału 1927 r. powstało 11 kół Związku Drobnych Rolników: 3 – w powiecie grodzieńskim, 3 – w powiecie podlaskobielskim i 4 – w powiecie wołkowyskim i jedno w powiecie białostockim.

W maju 1927 r. powstały koła Partii Pracy w Łomży i Ostrołęce. Szczególną aktywność przejawiało koło w Łomży, kierowane przez Henryka Mejera, dyrektora Szkoły Mierniczej i Przemysłowo-Leśnej¹¹. 26 czerwca 1927 r. odbył się w Grodnie zjazd wojewódzki Partii Pracy. Uczestniczyły w nim 32 osoby, a wśród nich delegaci kół z Białegostoku, Łomży, Ostrołęki, Hajnówki, Suwałk i być może innych miejscowości. Zjazd wybrał 8-osobowy Zarząd Wojewódzki Partii Pracy. Prezesem został K. Łaskiewicz, zaś wiceprezesem Feliks Filipowicz, prezes Rady Miejskiej w Białymstoku¹².

W II połowie 1927 r. nastąpiła aktywizacja Partii Pracy w związku z wyborami do rad miejskich i gminnych. W wyborach do Rady Miejskiej w Białymstoku w grudniu 1927 r. Partia Pracy wchodziła w skład prorządowego bloku, obejmującego również Związek Naprawy Rzeczypospolitej oraz Związek Zawodowy Robotników i Robotnic Przemysłu Włóknistego „Praca”. Blok zdobył jednak tylko 4 mandaty radnych¹³. W Grodnie w wyborach do Rady Miejskiej Partia Pracy wchodziła w skład prorządowego Obywatelskiego Komitetu Odrodzenia Gospodarczego miasta Grodna. Jednakże w obliczu zagrożenia ze strony lewicy nastąpiło połączenie tego bloku z konkurencyjnym, stworzonym przez endecję i chadecję. Nie doszło więc do bezpośredniej walki między ugrupowaniami sanacyjnymi a blokiem endecji z chadecją. W wyborach do Rady Miejskiej zjednoczony blok zdobył 9 mandatów,

podczas gdy PPS – 5 i komuniści – 6 mandatów, niebawem unieważnionych.¹⁴

W Łomży w wyborach do Rady Miejskiej Partia Pracy tworzyła wspólny blok wyborczy z PPS. Blok ten zdobył 6 mandatów, z których 2 przypadły Partii Pracy. Kierowany przez endecję konkurencyjny blok zdobył natomiast 9 mandatów¹⁵. Ponadto Partia Pracy zdobyła mandaty radnych: 9 gminnych w powiatach: Grodno i Białystok i 3 mandaty w radach małych miasteczek. W wyniku wyborów 1 członek Partii Pracy objął stanowisko wójta (gmina Hoża pow. Grodno) oraz dwóch zasiadło w wydziałach powiatowych w Białymstoku i Grodnie¹⁶. Ogólnie więc wyniki wyborów nie przyniosły sukcesu Partii Pracy. Nie wpłynęły również na dalszy rozwój stronnictwa na terenie województwa.

W ciągu II półroczia 1927 r. nastąpił całkowity zanik działalności Partii Pracy na terenie powiatu bielskopodlaskiego. Zamarła również działalność Związku Drobnych Rolników. Aktywność przejawiała jedynie tylko koła Partii Pracy w Grodnie i Łomży. W Łomży w listopadzie 1927 r. ukazała się odezwa informująca o programie stronnictwa. Odezwa ta w nakładzie 1 tys. egzemplarzy była kolportowana w kilku miejscowościach powiatu. W grudniu 1927 r. powstał w Suwałkach Komitet Organizacyjny Partii Pracy. W jego skład weszli m.in. byli prezesi i wiceprezesi zarządów powiatowych: PSL „Piast” – Konstanty Krzywicki i Stanisław Dłutko, PSL „Wyzwolenie” – Henryk Konopnicki i Jan Mieczkowski. Komitet odbył 2 posiedzenia, po czym uległ samolikwidacji, gdyż brak jest jakichkolwiek informacji o dalszej jego działalności¹⁷.

Powstanie Bezpartyjnego Bloku Współpracy z Rządem położyło kres dalszemu rozwojowi Partii Pracy w województwie. W Białymstoku, Łomży i Suwałkach miejscowi działacze Partii Pracy wzięli udział w organizacji komitetów wyborczych BBWR. W grudniu 1927 r. redakcja pisma „Nasza Ziemia” została przeniesiona z Grodna do Warszawy. Opuścił Grodno również główny organizator Partii Pracy w województwie – K. Łaskiewicz. Grodzieńska organizacja Partii Pracy kontynuowała przez jakiś czas swoją działalność. 17 stycznia 1928 r. w Grodnie powstało koło młodzieży Partii Pracy. Jednakże w lipcu 1928 r. ostatecznie został zlikwidowany Sekretariat Okręgowy Partii Pracy w Grodnie¹⁸. Położyło to kres działalności Partii Pracy na Białostocczyźnie.

Zarówno Związek Naprawy Rzeczypospolitej, jak i Partia Pracy były na Białostocczyźnie tworamia efemerycznymi. Nie odegrały większej roli w życiu politycznym województwa, choć przygotowały, wprawdzie w skromnych rozmiarach, warunki do utworzenia BBWR. Do wyborów do Sejmu w 1928 r. zwolennicy rządu znajdowali się w szeregach stronnictw ludowych, PPS oraz Polskiego Stronnictwa Chrześcijańskiej Demokracji, a także w większości związków zawodowych, organizacji młodzieżowych, kobiecych, gospodarczych i kulturalno-oświatowych. Działali w rozproszeniu, nie łączyły ich żadne związki formalne. Do momentu powstania BBWR piłsudczycy zarówno w skali kraju, jak i województwa białostockiego występowali tylko jako określona orientacja polityczna, nie tworzyli natomiast żadnej formacji politycznej.

3. Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem w latach 1928-1930

Przełom 1927/1928 r. przyniósł kolejne przegrupowanie sił politycznych w kraju i w województwie białostockim. Ponieważ we wszystkich głównych partiach politycznych w kraju przewagę zdobyli zwolennicy opozycji wobec rządu, pilsudzcycy doprowadzili do rozłamów w ich łonie oraz zdecydowali się na utworzenie odrębnego przedstawicielstwa w Sejmie pod nazwą Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem.

W województwie białostockim idea stworzenia prorządowego bloku wyborczego znalazła swoich zwolenników wśród wielu działaczy PSL „Wyzwolenie”, PSL „Piast”, Stronnictwa Chłopskiego i Polskiego Stronnictwa Chrześcijańskiej Demokracji. Oczywiście rzecznikami takiego bloku były przede wszystkim miejscowe organizacje Partii Pracy oraz Związek Naprawy Rzeczypospolitej. Ze względu na słabość organizacyjną i niewielkie wpływy w społeczeństwie nie mogły jednak stanowić podstawy bloku.

Kształtowanie się prorządowych bloków wyborczych następowało oddolnie, w poszczególnych okręgach wyborczych.

W okręgu wyborczym nr 5 podstawę Okręgowego Komitetu Wyborczego BBWR stanowili dysydenci z szeregów Stronnictwa Chłopskiego. Oni też, a mianowicie dotychczasowy prezes Zarządu Wojewódzkiego, Karol Polakiewicz oraz kierownik Sekretariatu Wojewódzkiego SCh, Piotr Kosiba, zajmowali pierwsze miejsca na liście kandydatów na posłów i uzyskali mandaty poselskie. Pełnomocnikami listy byli działacze Związku Naprawy Rzeczypospolitej¹⁹.

Komitet wyborczy skupił działaczy Związku Naprawy Rzeczypospolitej, Partii Pracy oraz dysydentów z szeregów SCh, PSL „Piast” i chadecji. Na listę BBWR padło w okręgu blisko 30% oddanych głosów ważnych, co zapewniło 2 mandaty poselskie spośród 6 przypadających na okręg.

Również w okręgu nr 6 (powiaty: grodzieński, suwalski i augustowski) dysydenci z szeregów PSL „Wyzwolenie” (m.in. prezes Zarządu Powiatowego w Suwałkach, Henryk Konopnicki i Augustowie – prezes zarządu Powiatowego, Michał Łazarski), PSL „Piast” (m.in. prezes Zarządu Powiatowego w Suwałkach, Konstanty Krzywicki) i Stronnictwa Chłopskiego (m.in. prezes Zarządu Okręgowego w Grodnie – Franciszek Sieradzki) stanowili podstawę BBWR. Działacze Związku Naprawy Rzeczypospolitej i Partii Pracy (K. Łaskiewicz) oraz dysydenci z szeregów PSChD (Aleksander Majewski) odgrywali w tym bloku drugorzędną rolę. W wyborach BBWR zdobył 40% głosów i wobec rozproszenia głosów, które padły na inne stronnictwa, uzyskał 3 mandaty spośród 4 przypadających na okręg.

Natomiast zupełnie inaczej przedstawiała się sytuacja polityczna w zachodniej części województwa, obejmującej okręgi wyborcze: nr 4 (powiaty: ostrowskomazowiecki, wysokomazowiecki i podlaskobielski) i nr 7 (powiaty: łomżyński, ostrołęcki, kolneński i szczuczyński). Mimo że zwolennicy BBWR znajdowali się w szeregach: PSL „Wyzwolenie”, Stronnictwa Chłopskiego, PSL „Piast” oraz PPS, nie doszło tam do rozłamów. Ścisła współpraca PSL „Wyzwolenie” oraz PPS, które stworzyły

blok wyborczy, jedyny w kraju, zapewniła im sukces. Blok zdobył 4 mandaty spośród 8 przypadających na okręg. Blok endecji z chadecją posiósł zdecydowaną klęskę, tracąc 6 z posiadanych dotąd 8 mandatów w obu okręgach wyborczych. Trudno też mówić o sukcesie BBWR. W okręgu wyborczym nr 4 na listę BBWR padło niespełna 16,2% głosów ważnych, zaś w okręgu nr 7 – niespełna 18,4%. BBWR zdobył w obu okręgach po jednym z mandatów poselskich. Jeden z nich niebawem został utracony wskutek akcesu posła Piotra Targońskiego do Stronnictwa Chłopskiego.

W wyborach do Senatu w okręgu obejmującym obszar całego województwa BBWR zdobył 2 mandaty spośród 4 przypadających na okręg. Objęli je prawnik Walery Roman oraz przemysłowiec Hipolit Gliwic²⁰.

W toku kampanii wyborczej BBWR ukształtował się jako samodzielna formacja polityczna. Centralnym jego ośrodkiem stał się klub poselski, a rolę transmisji spełniały komitety wyborcze poszczególnych okręgów. Wprawdzie po wyborach winny być rozwiązane, ale pozostały nadal jako nieoficjalne ośrodki organizacyjne tworzącego się ruchu politycznego.

W okresie od zakończenia wyborów do Sejmu i Senatu w 1928 r. aż do nowych wyborów w 1930 r. stopniowo ukształtowała się struktura organizacyjna BBWR na Białostocczyźnie. Pierwszym ogniwem tej struktury była Wojewódzka Grupa Parlamentarna BBWR, skupiająca posłów i senatorów wybranych na terenie województwa. Dokładna data powstania tej grupy nie jest znana. Być może nastąpiło to na jej pierwszym odnotowanym przez prasę posiedzeniu. Miało to miejsce 6 maja 1928 r. Prezesem grupy został senator Walery Roman²¹.

Pierwszy wojewódzki zjazd działaczy BBWR odbył się 10 sierpnia 1928 r. w Białymstoku. Uczestniczył w nim prezes Klubu Poselskiego BBWR, Walery Sławek. Na zjeździe tym nie powołano żadnego organu koordynującego działalność BBWR na terenie województwa²². Miało to miejsce dopiero w roku następnym. Natomiast już wiosną 1928 r. utworzono w Białymstoku Sekretariat Wojewódzki BBWR, a do końca roku we wszystkich powiatach województwa powstały sekretariaty powiatowe. Sekretariaty te spełniały rolę łącznika między posłami wybranymi z listy BBWR a wyborcami. BBWR występował więc ciągle w roli klubu parlamentarnego, a nie formacji politycznej, posiadającej swoją strukturę organizacyjną.

Dopiero powstanie rad powiatowych BBWR było pierwszym etapem kształtowania się struktury organizacyjnej tworzącej się formacji politycznej. Powołanie tych rad nastąpiło niejako odgórnie, z inicjatywy starostów powiatowych. Wyłaniał je zjazd przedstawicieli prorządowych organizacji społecznych i spółdzielczych, działających na terenie danego powiatu (kółka rolnicze, banki spółdzielcze, organizacje kombatanckie itp.). Zjazd odbywał się pod patronatem starosty powiatowego, a przewodniczył mu zazwyczaj jeden z posłów wybranych z listy BBWR w danym okręgu wyborczym. Powiatowa Rada BBWR wyłaniała ze swojego składu prezydium, a sekretariaty powiatowe BBWR przejmowały dodatkowo funkcje ich biur. Stanowisko przewodniczącego Powiatowej Rady BBWR obejmował bądź poseł z danego terenu, bądź też dotychczasowy przewodniczący komitetu wyborczego

w wyborach do Sejmu i Senatu w 1928 r. W podobny sposób powstała Wojewódzka Rada BBWR. Jej prezesem został senator Walery Roman, zaś sekretarzem Józef Borecki, dotychczasowy kierownik Sekretariatu Wojewódzkiego BBWR. Nie jest znana dokładna data powstania Rady. Nastąpiło to jednak dopiero w kwietniu lub maju 1929 r.

Następnym etapem kształtowania się struktury organizacyjnej BBWR było powstanie komitetów miejskich i gminnych. Powstawały w ciągu 1929 i 1930 r. Brak jest pewności, czy we wszystkich gminach udało się je powołać. Powoływanie ich następowało również z inicjatywy starostów powiatowych. Aktywną rolę w ich tworzeniu odgrywali burmistrzowie i wójtowie, sekretarze miejscy i gminni, nauczyciele, a więc funkcjonariusze państwowi lub uzależnieni od administracji państwowej funkcjonariusze organów wykonawczych samorządu terytorialnego. Komitet Miejski BBWR w Białymstoku powstał w styczniu 1929 r., a jego prezesem został Romn Młyński, przewodniczący Rady Miejskiej²³. Pewną aktywność przejawiał Komitet Gminny BBWR w Białowieży. O innych komitetach BBWR wiadomo, że zajmowały się głównie organizacją wieców senatorów wybranych z listy Bloku.

Równolegle tworzonno koła terenowe jako najniższe ogniwa BBWR. Budowane były na zasadzie terytorialnej. Obok członkostwa indywidualnego występowało członkostwo zbiorowe w postaci akcesu danej organizacji społecznej do BBWR. W sumie struktura organizacyjna BBWR była dość złożona. Członkami instancji BBWR mogli być ludzie nie należący do kół terytorialnych BBWR, ani do organizacji społecznych związanych z tą formacją.

Elementem odróżniającym BBWR od innych formacji politycznych było ściśle powiązanie z administracją państwową. Dotąd administracja państwowa nie wywierała wpływu na życie wewnętrzne poszczególnych partii politycznych i organizacji społecznych. Wojewodowie i starostowie nie mogli angażować się w działalność polityczną. Od 1928 r. sytuacja się zmieniła. Wojewodowie i starostowie byli inicjatorami tworzenia terenowych organów BBWR, uczestniczyli we wszystkich ważniejszych konferencjach i zjazdach BBWR, decydowali o składzie osobowym wojewódzkich i powiatowych rad BBWR, opiniowali działalność posłów i senatorów BBWR z danego terenu i na odwrót, opinia o wojewodzie lub staroście kształtowała się nie tylko na podstawie wyników jego pracy zawodowej, lecz również wyników działalności miejscowej organizacji BBWR.

Ważną rolę odgrywała również działalność polityczno-propagandową. Podstawową jej formą były wiece posłów i senatorów BBWR. Na wiecach tych informowano o poczynaniach rządu oraz pracy Sejmu i Senatu, podkreślając pozytywną rolę obozu rządowego i krytykując „destrukcyjną” rolę opozycji parlamentarnej. Istotną rolę spełniała również prasa. Na terenie województwa były kolportowane gazety warszawskie sympatyzujące z rządem. Wychodziły także gazety miejscowe. W latach 1928-1930 linię prorządową reprezentowały: wychodzące w Białymstoku „Dziennik Białostocki”, „Głos Ziemi Białostockiej” i „Głos Obywatela”; wychodzące w Grodnie „Gazeta Polska Ziemi Grodzieńskiej” oraz „Przegląd Kresowy”;

„Przegląd Łomżyński” oraz „Kurier Ziemi Suwalskiej”. Za oficjalne organy BBWR uchodziły białostocki „Głos Obywatela” oraz „Przegląd Łomżyński”, zaś pozostałe były pismami formalnie apolitycznymi, jednakże o sympatiach prorządowych.

W 1929 r. w województwie białostockim miały miejsce wybory do rad miejskich w dużej liczbie miast. Chociaż ostatnie wybory odbyły się w końcu 1927 r., to jednak w wielu radach miejskich nastąpiło rozbitcie polityczne, utrudniające lub w ogóle uniemożliwiające utworzenie większości zdolnej powołać magistraty. Taka sytuacja wystąpiła w Grodnie, Sokółce, Dąbrowie, Ostrowi Mazowieckiej i Ostrołęce. W wyborach tych BBWR nie zdołał zapewnić sobie przewagi. Efektem wyborów było dalsze rozbitcie polityczne rad na ugrupowania prorządowe, socjalistyczne oraz „chrześcijańskie” (blok endecji z chadecją) i żydowskie, z których żadne nie zdołało uzyskać przewagi. Tworzone koalicje były oparte na kruchych podstawach, a rolę „języczka” u wagi spełniali radni żydowscy bloku ortodoksyjno-syjonistycznego. W wyborach w 1927 r. udzielali poparcia kandydatom lewicy na stanowiska burmistrzów. Tak było w Suwałkach, Ostrowi Mazowieckiej, Augustowie i Ostrołęce. Obecnie z przyczyn koniunkturalnych udzielali poparcia kandydatom obozu rządowego. W wyniku wyborów w 1929 r. w wielu radach miejskich, np. w Grodnie, w Ostrołęce, Ostrowi Mazowieckiej, pojawiły się samodzielne kluby radnych BBWR²⁴.

O wpływach BBWR w środowisku robotniczym świadczą również w pewnym stopniu wybory do Rady Kasy Chorych w Łomży w 1930 r. W wyborach tych BBWR zdobył 17 mandatów, polskie i żydowskie ugrupowania socjalistyczne – 20, blok ortodoksów i syjonistów – 8, zaś endecja zbojkotowała wybory²⁵.

W 1930 r. działalność polityczno-propagandowa BBWR skupiona była wokół wyborów do Sejmu i Senatu wyznaczonych na 16 i 23 listopada. Wyniki wyborów miały wielkie znaczenie dla planów politycznych Bloku. Zdobyte absolutnej większości mandatów w Sejmie dawało możliwość utworzenia stabilnego rządu, a następnie uchwalenia nowej konstytucji. Akcja przedwyborcza spowodowała aktywizację posłów BBWR, którzy zamierzali i tym razem uzyskać mandaty w Sejmie. Obok nich pojawili się nowi kandydaci. W poszczególnych gminach i powiatach zawiązały się komitety wyborcze BBWR. Przedstawiciele tych komitetów wchodziłi w skład okręgowych komitetów wyborczych BBWR, które ustalały listy kandydatów na posłów i senatorów z ramienia Bloku.

Głównym przeciwnikiem obozu sanacyjnego w wyborach do Sejmu i Senatu w zachodniej części województwa była endecja. Po klęsce wyborczej w 1928 r. skonsolidowała swe szeregi, rozbudowała terenowe ogniwa, wykorzystując niezadowolone części ludności wiejskiej z polityki rolnej rządu. Korzystała też z pełnego poparcia kleru, który w diecezji łomżyńskiej opowiadał się zdecydowanie po jej stronie. Znacznie mniejsze wpływy posiadały stronnictwa „Centrolewu”. Administracja państwowa ograniczała działalność opozycji. Nie zezwolono na organizowanie wieców, rozbijano je, aresztowano działaczy opozycji, głównie „Centrolewu” (m.in. R. Janowskiego, F. Bazydłę)²⁶, konfiskowano wydawnictwa propagandowe

stronnictw opozycji. Mimo tych zabiegów, listy BBWR nie zyskały absolutnej większości. W okręgu nr 4 lista BBWR zdobyła 24,6% głosów (w wyborach w 1928 r. – 16,2%), w okręgu nr 7 – 27,2% (w 1928 r. – 18,2%). W sumie nastąpił pewien przyrost głosów, ale wystarczyło ich zaledwie na utrzymanie dwóch posiadanych dotąd mandatów poselskich. W 1930 r. uzyskali je: Józef Borecki, sekretarz Rady Wojewódzkiej BBWR w Białymstoku oraz Stanisław Godlewski, ziemianin z Wierzbowa.

Odmienne natomiast kształtowała się sytuacja polityczna we wschodniej części województwa. W okręgu nr 5 (Białystok) przeciwnikami BBWR byli: stronnictwa „Centrolewu” (głównie PPS, Stronnictwo Chłopskie i PSL „Piast”) oraz chadecja. Rozbicie opozycji na dwie główne listy, zgłoszenie odrębnych list przez organizacje rozłamowe Stronnictwa Chłopskiego i chadecji ułatwiły sukces BBWR. Lista BBWR zdobyła 57,7% (w 1928 r. – 30%) głosów, co pozwoliło uzyskać 4 mandaty poselskie spośród 6 przypadających na okręg. W 1928 r. BBWR zdobył tylko 2 mandaty poselskie. Jeszcze większy sukces uzyskał BBWR w okręgu nr 6 (Grodno). Zdobył tam 65,3% głosów (w 1928 r. – 41,3%) i 3 mandaty poselskie, tj. tyle, co w 1928 r.²⁷. W wyborach do Senatu lista BBWR zdobyła 60% głosów, kandydaci z tej listy uzyskali 3 mandaty spośród 4 przypadających na okręg²⁸.

Wyniki wyborów przeprowadzonych w warunkach sprzecznych z zasadami demokracji nie dają pełnego obrazu nastrojów politycznych społeczeństwa. Dlatego też należy traktować je tylko jako orientacyjne. Faktyczne wpływy obozu rządowego były znacznie mniejsze. Nie ulega jednak wątpliwości, że w porównaniu z wyborami z 1928 r. BBWR znacznie umocnił swoje wpływy na terenie całego województwa, a szczególnie jego części wschodniej. Nastąpiło to kosztem stronnictw „Centrolewu” oraz chadecji.

Ukształtował się nowy układ sił politycznych w województwie. Od 1930 r. życie polityczne części zachodniej Białostoczczyzny wypełniała walka dwóch głównych sił: endecji i sanacji. Inne ugrupowania odgrywały już rolę marginalną. Bardziej złożona była sytuacja polityczna we wschodniej części województwa. Wpływy BBWR rosły, ale nadal znaczną aktywność przejawiał ruch ludowy i PPS, a w późniejszym czasie również endecja.

O sukcesie BBWR w 1930 r. zdecydowały również jego wpływy w organizacjach społecznych, społeczno-gospodarczych i samorządzie terytorialnym. W wyniku rozłamu w związkach zawodowych o różnej orientacji powstały nowe organizacje zajmujące pozycje prorządowe (Federacja Pracy, Konfederacja Gospodarczych Związków Zawodowych).

Silne oparcie posiadał obóz sanacyjny również w organizacjach młodzieżowych. Najbardziej masową organizacją był Związek Strzelecki, skupiający na terenie województwa kilkanaście tysięcy członków. Na wsi najbardziej wpływową organizacją był Centralny Związek Młodzieży Wiejskiej „Siew”. W 1928 r. związek ten pod wpływem swego prezesa, członka Związku Naprawy Rzeczypospolitej, Stefana Kaliny, opowiedział się po stronie BBWR. W połowie 1930 r. Związek liczył na terenie

województwa 186 kół²⁹. Jeszcze bardziej związany był z sanacją Związek Młodzieży Ludowej, kierowany przez Karola Polakiewicza. Był on jednak znacznie słabszy niż CZM „Siew”.

Główną organizacją kobiecą obozu sanacyjnego był Związek Pracy Obywatelskiej Kobiet. W 1929 r. koła ZPOK działały na terenie wszystkich powiatów województwa. Organizacja nie miała jednak masowego charakteru. Należały do niej urzędniczki, nieliczne nauczycielki, żony funkcjonariuszy państwowych, oficerów i podoficerów. Funkcje kierownicze w organizacji pełniły głównie żony starostów lub dowódców jednostek wojskowych.

Dużą rolę w obozie sanacji odgrywały organizacje byłych wojskowych. Do nich należały działające na Białostocczyźnie: Związek Rezerwistów i Byłych Wojskowych, Związek oficerów Rezerwy, Związek Podoficerów Rezerwy, Związek Inwalidów Wojennych RP, Związek Byłych Ochotników WP, Związek Legionistów oraz Związek Osadników. W ciągu 1928 i 1929 r. następował proces ich integracji w szeregach Federacji Polskich Związków Obrońców Ojczyzny.

Obóz rządowy starał się również opanować kółka i organizacje rolnicze. W 1929 r. wpływy sanacji w tych organizacjach poważnie wzrosły. W wyniku unifikacji kółek i organizacji rolniczych powstały wojewódzkie i powiatowe instancje połączonych organizacji. We wschodniej części województwa dzięki pomocy rozłamowców z ruchu ludowego sanacji udało się opanować zarządy powiatowe połączonych organizacji. W zachodnich powiatach sanacja dzieliła swe wpływy z endecją. W Zarządzie Wojewódzkim Polskiego Towarzystwa Rolniczego i Kółek Rolniczych, który ukonstytuował się 19 kwietnia 1929 r., niemal wszystkie miejsca zajęli zwolennicy sanacji. Wśród członków Zarządu znaleźli się m.in. byli działacze ruchu ludowego, jak Piotr Kosiba ze Stronnictwa Chłopskiego i Michał Jaroszewicz z PSL „Piast”, w latach 1928-1930 posłowie z ramienia BBWR. Jedynie w składzie Rady Wojewódzkiej znaleźli się, zresztą nieliczni, zwolennicy innych orientacji politycznych, jak poseł Dominik Łoś z PSL „Piast”³⁰.

W latach 1928-1930 sanacja posiadała stosunkowo silne zaplecze w postaci organizacji społecznych działających w wielu środowiskach. Nie posiadała jednak przewagi wpływów w związkach zawodowych, zdecydowanie ustępuje partiom socjalistycznym (PPS i „Bund”). W środowisku młodzieżowym przeciwwagę wpływów sanacji stanowiły proendecckie, w większości katolickie, stowarzyszenia młodzieży. Natomiast wśród organizacji skupiających byłych wojskowych wpływy endecji były bezkonkurencyjne.

4. Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem w latach 1930-1935

Wybory do Sejmu w 1930 r. poważnie zwiększyły rolę BBWR w życiu politycznym kraju. Uzyskana w wyborach absolutna większość głosów stworzyła warunki do dokonania zmiany konstytucji. W okresie tym, aż do następnych wyborów do

Sejmu w 1935 r., struktura organizacyjna BBWR na terenie województwa się nie zmieniła. Wszędzie istniały powiatowe rady BBWR, zatrudniające etatowych kierowników biur, ale stan organizacyjny ogień niższego rzędu pozostawał płynny. Powstały nowe komitety miejskie i gminne, ale nie przejawiały one żadnej działalności, pełniąc funkcje reprezentacyjne.

Dużą rolę w działalności propagandowej obozu sanacyjnego na Białostocczyźnie odgrywała prasa. Poza prasą centralną w latach 1931-1935 na terenie województwa ukazywało się kilkanaście tytułów gazet o orientacji prorządowej. Większość z nich stanowiły mutacje gazet warszawskich. Najważniejszymi pismami lokalnymi związanymi z obozem sanacji w owym czasie były: „Dziennik Białostocki” (nakład 2350 egz.), grodzieński „Przegląd Kresowy” (później występował pod nazwą „Nowy Dziennik Kresowy”), wychodzący 2 razy w tygodniu w nakładzie 400 egz. oraz „Przegląd Łomżyński” (nakład 750 egz.). Spośród nich tylko „Przegląd Łomżyński” był pismem o charakterze politycznym, organem BBWR. Pozostałe pisma – to gazety o charakterze ogólnoinformacyjnym, formalnie apolityczne, sympatyzujące z polityką rządu. Opozycja znajdowała się w gorszej sytuacji. Jedynie w Grodnie przez cały czas wychodził dziennik „Nowe Czasy” o orientacji chadeckiej. Ukazywał się on w nakładzie 750 egz. W Łomży endecki tygodnik „Życie i Praca” miał nakład 1450 egz. Natomiast w Białymstoku wszystkie opozycyjne pisma – to mutacje gazet warszawskich, przy czym efemerydy.

Tak jak uprzednio, dużą rolę odgrywały wiece poselskie. Jednakże BBWR zdobył monopol na ich organizację. Wiece posłów opozycyjnych były zrywane, władze administracyjne coraz rzadziej udzielały zezwoleń na ich organizację. Zebrania członków i sympatyków poszczególnych stronnictw odbywały się w zamkniętych pomieszczeniach. W poprzednim okresie podczas wieców poselskich dochodziło często do ostrych polemik między mówcą a miejscowymi działaczami o innych poglądach politycznych. Obecnie, gdy ideologia obozu sanacyjnego stała się ideologią państwa, wystąpienie o charakterze krytycznym uchodziło za czyn „antypaństwowy”, „antypatriotyczny”, tym bardziej że w takich wiecach często uczestniczył, jako protektor imprezy, wojewoda lub starosta. Wiece zaczęły przybierać charakter uroczystości państwowej, mówcy prześcigali się w wyrażaniu lojalności wobec polityki państwa. Wiece te utraciły atrakcyjny charakter, a frekwencję na nich uzyskiwano w sposób sztuczny.

W 1934 r. nastąpiła aktywizacja działalności BBWR. Było to związane z kampanią wyborczą do rad miejskich i gminnych. Nie posiadamy dokumentów na temat wyników wyborów do rad gminnych w 1934 r. z terenu województwa. Znamy natomiast wyniki z wyborów do rad miejskich. I tak kandydaci prorządowi zdobyli 389 mandatów na ogólną liczbę 732 radnych (52,4%), w tym członkowie BBWR 372 mandaty (51%). Przedstawiciele opozycji zdobyli łącznie 96 mandatów (12,4%), reszta mandatów przypadła przedstawicielom ugrupowań żydowskich oraz bezpartyjnym³¹.

Z danych tych wynika, że BBWR zdobył zdecydowaną przewagę w radach miej-

szych na terenie województwa. Ponadto w poszczególnych radach miejskich BBWR zapewniał sobie poparcie części radnych bezpartyjnych i żydowskich. Opozycja była słaba i rozbita na dwa zwalczające się obozy: endecję i blok socjalistyczny (PPS i Bund).

Nie posiadamy szczegółowych danych co do wyników wyborów w 1934 r., poza dotyczącymi Rady Miejskiej w Białymstoku. Wybory te odbyły się 27 maja 1934 r. W wyborach tych tylko 4 listy zdobyły liczbę głosów uprawniającą do uzyskania mandatów radnych. Uzyskały je: Polski Chrześcijański Komitet Wyborczy (lista prorządowa) – 23 mandaty, Chrześcijańsko-Narodowe Zjednoczenie Gospodarcze (blok endecji i chadecji) – 6 mandatów, Blok Socjalistyczny (PPS i Bund) – 7 mandatów oraz Ogólnożydowski Narodowy Blok Wyborczy (ortodoksi i syjoniści) – 12 mandatów³². W porównaniu z wyborami w 1927 r. blok prorządowy zwiększył swą reprezentację o 19 mandatów, blok żydowski – o 3 mandaty. Straty poniosła endecja (2 mandaty) oraz PPS i Bund (2 mandaty). Sukces BBWR w tym przypadku jest niewątpliwy, chociaż Blok nie zdobył absolutnej większości miejsc radnych.

Wybory do Sejmu w 1935 r. były kolejną akcją aktywizującą ogniwa BBWR. Kampania propagandowa prowadzona na rzecz BBWR rozpoczęła się w maju 1935 r. i trwała aż do momentu wyborów do Sejmu w dniu 8 września tegoż roku. Wg sprawozdań wojewody białostockiego BBWR przeprowadził w tym czasie przeszło 330 zebrań i zgromadzeń z udziałem ponad 46 tys. osób. Partie opozycyjne (SN, SL i PPS) zorganizowały w tym czasie blisko 170 zebrań i zgromadzeń, na których frekwencja wynosiła niespełna 17 tys. uczestników³³. BBWR posiadał więc zdecydowaną przewagę w kształtowaniu opinii publicznej województwa.

Na korzyść obozu rządowego działała również nowa ordynacja wyborcza, różna od poprzednio stosowanych³⁴. Ordynacja wprowadzała nowy podział na okręgi wyborcze. Był on niekorzystny dla opozycji, nie był zgodny z jej strukturą organizacyjną i naruszał tradycyjne układy istniejące od 1919 r. Tak np. w dotychczasowym okręgu nr 6 (powiaty: augustowski, suwalski i grodzieński) duże wpływy posiadało SL. Wg nowej ordynacji wyborczej powiaty augustowski i suwalski zostały połączone z powiatem sokólskim, gdzie SL od momentu secesji A. Sawickiego nie działało. Powiat białostocki, w którym duże wpływy posiadała uprzednio chadecja, połączony został z powiatem szczuczynskim w jeden okręg wyborczy. W powiecie szczuczynskim chadecja w owym czasie już nie działała. Tak więc nowy podział na okręgi wyborcze w ogóle nie dawał szans na zdobycie mandatów poselskich przez stronnictwa centrolewicowe.

Niekorzystny był również podział mandatów przypadających na okręgi wyborcze. W województwie białostockim w wyborach w latach 1922, 1928 i 1930 r. istniały 3 okręgi czteromandatowe i jeden sześciomandatowy. W myśl nowej ordynacji wyborczej miało powstać 5 okręgów dwumandatowych. Nowo wprowadzona zasada uniemożliwiała zdobycie mandatów poselskich z list, na które głosowała mniejsza liczba wyborców. Dotyczyły to również mniejszości narodowych. W województwie

białostockim ugrupowania żydowskie mogły liczyć na 10-12% głosów wyborców, nie miały więc szans na zdobycie mandatów poselskich.

Następna trudność dotyczyła typowania kandydatów na posłów. Kandydatów na posłów zgłaszały okręgowe zgromadzenia elektorów, złożone z przedstawicieli samorządu terytorialnego i gospodarczego, organizacji zawodowych i społecznych na podstawie limitów ustalonych przez wojewodów. W województwie białostockim liczba elektorów w pięciu okręgach wyborczych wynosiła 677, z czego 467 delegowały powiatowe, miejskie i gminne rady narodowe, 104 delegatów przedstawiało organizacje samorządu gospodarczego, 28 – związki zawodowe pracowników umysłowych, 53 – związki zawodowe robotników fizycznych, 12 – samorząd zawodowy, 10 – organizacje kobiece i 3 organizacje techniczne³⁵. Taki skład delegatów nie dawał żadnych szans przeforsowania swoich kandydatów organizacjom mniejszości narodowych oraz PPS, a biorąc pod uwagę stan organizacyjny SL oraz chadecji w tym czasie, również i tym ugrupowaniom. Jedyne w okręgach nr 41 (Ostrów Mazowiecka) i nr 42 (Łomża) pewne możliwości, ale dość ograniczone, posiadać mogli kandydaci endeccy. W takiej sytuacji słuszną była decyzja stronnictw opozycji o bojkocie wyborów. W wyborach w 1935 r. w skali kraju nie uczestniczyło 54,1% wyborców, w województwie białostockim – 56%. Wśród 12 posłów BBWR wybranych na terenie województwa białostockiego w 1935 r. był minister Henryk Floyar-Rajchman oraz wiceminister Adam Koc. Nie byli oni dotąd znani ze swej działalności politycznej na terenie województwa. Senatorami z województwa białostockiego w 1935 r. zostali: ziemianin Józef Ryszka z pow. sokólskiego, adwokat Konstanty Terlikowski z Grodna oraz Kazimierz Bisping³⁶.

Obóz rządowy w dalszym ciągu utrzymywał swoje wpływy w organizacjach społecznych. Pomijam wpływy sanacji w ruchu zawodowym³⁷. Głównymi organizacjami młodzieżowymi obozu sanacyjnego na Białostocczyźnie w omawianym okresie były: Związek Strzelecki oraz Związek Młodej Wsi. Wg szacunkowych ocen liczyły one w końcu 1935 r. około 22 tys. członków i działały we wszystkich powiatach województwa. Konkurencyjne stowarzyszenia młodzieży katolickiej liczyły około 12 tys. członków. Działające wśród młodzieży robotniczej Legion Młodych oraz Organizacja Młodzieży Pracującej nie osiągnęły większych sukcesów. Niewiele członków liczył także Związek Pracy Obywatelskiej Kobiet. Posiadał oddziały we wszystkich powiatach województwa, jednak tylko kilka jego oddziałów przejawiało pewną aktywność. Łomżyńska organizacja ZPOK należała do rzędu najbardziej aktywnych w województwie. W 1935 r. koła ZPOK działały w Łomży, Kolnie, Jedwabnem, Stawiskach, Zambrowie, Rutkach i Koziole. Funkcję prezesa Zarządu Oddziału pełniła wówczas żona dowódcy miejscowej jednostki wojskowej, Regina Młot-Fijałkowska³⁸.

Masowy charakter posiadały natomiast związki byłych wojskowych. Wg danych z 30 września 1933 r. liczyły one 20713 członków, zrzeszonych w 286 kołach. Najwięcej z nich, bo aż 10621 członków, zrzeszonych w 198 kołach, liczył Związek Rezerwistów³⁹.

5. Obóz sanacyjny w latach 1935-1937

Śmierć J. Piłsudskiego przyspieszyła procesy dekompozycyjne w obozie sanacyjnym. Wewnętrzny kryzys w obozie doprowadził do rozwiązania z dniem 30 października 1935 r. (a więc wkrótce po wyborach do Sejmu i Senatu) Klubu Parlamentarnego BBWR. W ślad za tą decyzją zostały rozwiązane ogniwa terenowe BBWR.

Już na początku listopada 1935 r. została rozwiązana Rada Wojewódzka BBWR w Białymstoku. Jednakże równolegle w Białymstoku powstał Klub Społeczny. Na jego czele stanął dotychczasowy kierownik Sekretariatu Wojewódzkiego BBWR, Marian Zaleski. Do zadań Klubu miało należeć utrzymanie zwartości organizacyjnej kadry byłego BBWR oraz koordynacja działalności prorządowych organizacji społecznych⁴⁰. W kilku powiatach przystąpiono do organizacji filii Klubu Społecznego w Białymstoku, zaś w innych – komisji porozumiewawczych prorządowych organizacji społecznych.

Sprawozdanie sytuacyjne wojewody białostockiego za grudzień 1935 r. charakteryzuje działalność organizacyjną aktywu b. BBWR następująco: „Tak zwany obóz prorządowy nie przejawiał na zewnątrz żadnej działalności. Nie przejawiały również żywszej działalności tak zwane komitety porozumiewawcze. Projekt tworzenia klubów społecznych nie spotkał się z powszechną aprobatą, jak tego oczekiwano. Z wielu stron wysuwano zastrzeżenia, zarówno co do celowości takich stowarzyszeń, jak i metod działania”⁴¹.

W Łomży dopiero w lutym 1936 r. podjęto decyzję o rozwiązaniu Rady Powiatowej BBWR. Równolegle powstał Klub Społeczny jako oddział analogicznego Klubu w Białymstoku. Kierownikiem Klubu został Witold Raganowicz, redaktor naczelny „Przeglądu Łomżyńskiego”. Gazetę tę uznano za oficjalny organ Klubu Społecznego w Łomży⁴². Okresowo gazeta ta miała swoje mutacje: ostrołęcką i szczuczyńską. W marcu 1936 r. kluby społeczne działały już w Ostrołęce i Ostrowi Mazowieckiej, zaś 27 maja tegoż roku w Ostrołęce powstał dodatkowo Komitet Porozumiewawczy, jednoczący przedstawicieli prorządowych organizacji społecznych działających na terenie powiatu⁴³. W Grodnie senator Konstanty Terlikowski podjął inicjatywę skupienia byłych działaczy BBWR wokół wydawanego pisma „Express Grodzieński”, którego pierwszy numer ukazał się 21 lipca 1936 r. Z powodu trudności finansowych pismo to niebawem upadło. Ostatni jego numer ukazał się 16 sierpnia 1936 r.⁴⁴

Osłabła również działalność posłów i senatorów byłego BBWR. Od listopada 1935 r. aż do kwietnia 1936 r. w sprawozdaniach sytuacyjnych wojewody białostockiego nie odnotowano ani jednego wiecu lub spotkania z wyborcami. W ciągu drugiego kwartału 1936 r. miały miejsce trzy wiece sprawozdawcze posłów i senatorów: 10 kwietnia w Białymstoku (frekwencja – około 200 osób), 10 maja w Bielsku Podlaskim z podobną frekwencją oraz 21 czerwca w Wołkowysku (około 400 uczestników wiecu)⁴⁵. Od czerwca 1936 r. aż do powstania ONZ brak jest jakichkolwiek danych o działalności posłów i senatorów na terenie województwa. Niewielką ak-

tywnością wykazały się kluby społeczne i komitety porozumiewawcze. Efekty ich działalności na zewnątrz były mało widoczne.

Tak więc na terenie województwa białostockiego od momentu rozwiązania BBWR do utworzenia ONZ nastąpiła nie tylko dekompozycja obozu sanacyjnego, ale i spadek aktywności. W części jego elementów składowych wystąpiły przejawy opozycji wobec rządu. Miało to miejsce przede wszystkim w oddziałach Związku Związków Zawodowych, a także jeszcze wcześniej w białostockiej organizacji Legion Młodych. Kryzys w szeregach tej organizacji doprowadził do zawieszenia działalności obwodu białostockiego Legionu i przeniesienia siedziby jego władz okręgowych do Łomży. W ciągu 1935 r. uległy samorozwiązaniu obwody Legionu w Białymstoku, Suwałkach, Wołkowysku i Ostrołęce. Samorozwiązanie obwodów było przejawem dezaprobaty organizacji wobec polityki rządu oraz ośrodków kierowniczych obozu sanacyjnego.

6. Obóz Zjednoczenia Narodowego (1937-1939)

Ogłoszenie deklaracji ideowopolitycznej Obozu Zjednoczenia Narodowego (OZN) w dniu 21 lutego 1937 r. zapoczątkowało proces konsolidacji obozu sanacyjnego. W województwie białostockim aż do maja 1937 r. wspomniana deklaracja była przedmiotem dyskusji podejmowanych w klubach społecznych oraz komisjach porozumiewawczych organizacji obozu sanacyjnego. Popularyzacją deklaracji zajęła się również miejscowa prasa.

W maju 1937 r. powstały pierwsze instancje OZN na terenie województwa. Powoływano je do życia na konferencjach, jednak delegaci na konferencje nie pochodzili z wyboru, przybywali na nie jako przedstawiciele organizacji społecznych i środowisk zawodowych. Aż do lutego 1938 r. struktura organizacji OZN posiadała charakter dualistyczny. OZN dzielił się na 2 sektory niezależne od siebie: wiejski i miejski. Sektory te wyłaniały odrębne instancje wszystkich szczebli. Organizacje OZN na terenie województwa białostockiego tworzyły okręg, który dzielił się na obwody (obszar powiatu), obwody na oddziały (obszar gminy), a te na zespoły (obszar gromady). 8 maja 1937 r. został powołany Zarząd Okręgowy w Białymstoku Sektora Miejskiego OZN. W jego skład weszli znani działacze sanacyjni w Białymstoku, a wśród nich adwokat Władysław Olszyński oraz nauczyciel Witold Antonowicz⁴⁶.

Natomiast Zarząd Okręgowy Sektora Wiejskiego OZN został powołany na zjeździe w Białymstoku 17 maja 1937 r., zaś jego ukonstytuowanie się miało miejsce dopiero 2 czerwca tegoż roku. W skład jego prezydium weszli: posłowie – Michał Łazarski i Jerzy Boładź, senator – Józef Ryszka oraz Alfons Erdman, Jan Mieczkowski, Stanisław Mystkowski, Józef Lemański, Tadeusz Tomaszewski, Antoni Rutkowski i Bolesław Sokólski. Funkcję przewodniczącego sektora objął Michał Łazarski, w przeszłości czołowy działacz PSL „Wyzwolenie” z powiatu augustowskiego.

Na zjeździe delegatów sektora wiejskiego powołano również tymczasowe zarządy powiatowe sektora wiejskiego z całego obszaru województwa⁴⁷. Zadaniem tychże było zwołanie konferencji, na których utworzono by statutowe zarządy powiatowe sektora wiejskiego. Na podstawie fragmentarycznych danych zawartych w sprawozdaniach sytuacyjnych wojewody białostockiego należy sądzić, że realizacja tych zadań trwała kilka miesięcy, a proces tworzenia się instancji niższego rzędu, tj. oddziałów i zespołów, rozciągnął się w czasie i bynajmniej nie został zakończony do września 1939 r. Jednakże już na początku 1938 r. nastąpiły zmiany w strukturze organizacyjnej OZN. Zostały zlikwidowane sektory.

W lutym 1938 r. dotychczasowe instancje okręgowe obu sektorów w Białymstoku zostały rozwiązane, a na ich miejsce powstała Okręgowa Rada OZN, złożona z 19 osób. Funkcję przewodniczącego Rady objął senator Konstanty Terlikowski, wiceprzewodniczącymi zostali: Michał Łazarski, dr Czesław Karwowski oraz Władysław Olszyński⁴⁸. Proces unifikacji struktury organizacyjnej OZN na terenie województwa trwał kilka miesięcy. Tak np. rady obwodowe OZN w Łomży oraz Augustowie powstały dopiero w czerwcu 1938 r., zaś w Grajewie – aż w sierpniu tegoż roku⁴⁹. W powiecie augustowskim faktycznym organizatorem OZN był poseł M. Łazarski, w Grodnie – senator K. Terlikowski, w Łomży – redaktor Witold Raganowicz, w powiecie sokólskim – senator Józef Ryszka, w powiecie podlaskobielskim Alfons Erdman.

Wg niepełnych danych zawartych w sprawozdaniu wojewody białostockiego na dzień 1 kwietnia 1939 r. OZN posiadał 127 oddziałów i 7756 członków⁵⁰. Liczba oddziałów OZN jest dokładna, natomiast liczby członków OZN w poszczególnych obwodach są przybliżone, jedyna dokładna liczba dotyczy powiatu wysokomazowieckiego. Sprawozdanie wojewody nie obejmuje powiatów: łomżyńskiego i ostrowomazowieckiego, które z dniem 1 kwietnia 1939 r. zostały przyłączone do województwa warszawskiego. Należy sądzić, że liczba członków OZN na tym obszarze wynosiła co najmniej 2 tysiące. W sumie więc OZN na terenie województwa białostockiego w jego poprzednich granicach w podanym czasie liczył około 150 oddziałów oraz 10 tys. członków. Ustępował więc Stronnictwu Narodowemu, które w tym czasie liczyło około 25 tys. członków, zgrupowanych w blisko 600 kołach. Ponadto organizacje SN wyróżniały się aktywnością. Natomiast w przypadku OZN można mówić o aktywności pewnych działaczy czy środowisk, natomiast same organizacje terenowe OZN pozostawały raczej bierne.

Kilku czołowych działaczy OZN wywodziło się z ruchu ludowego. Do nich należeli przede wszystkim Michał Łazarski i Alfons Erdman. Michał Łazarski w 1928 r. przeszedł do BBWR z szeregów PSL „Wyzwolenie”, był posłem na Sejm z ramienia ugrupowań sanacyjnych kolejnych kadencji: 1928-1930, 1930-1935 i 1935-1938, w 1938 r. objął funkcję senatora, był również przewodniczącym Okręgowej Rady Sektora Wiejskiego, następnie wiceprzewodniczącym połączonej Rady Okręgowej obu sektorów, od 1938 r. był członkiem Rady Naczelnej OZN, w lutym 1939 r. objął funkcję przewodniczącego Rady Okręgowej OZN w Białymstoku.

Natomiast Alfons Erdman, poseł, a następnie senator kadencji 1922-1928 z ramienia PSL „Piast”, znacznie później zgłosił swój akces do obozu rządowego. W 1937 r. został wybrany do Rady Okręgowej OZN Sektora Wiejskiego. W 1938 r. i 1939 r. – do Rady Okręgowej połączonych sektorów. W rezultacie wyborów do Sejmu w 1938 r. znalazł się znów w jego składzie. W 1939 r. zjazd obwodowy OZN w Bielsku Podlaskim powołał go na stanowisko przewodniczącego Rady Obwodu OZN. Równolegle Erdman objął funkcję burmistrza Bielska Podlaskiego.

Znaczącą rolę w OZN pełnił również Józef Ryszka. W wyborach do Senatu w 1938 r. ponownie utrzymał swój mandat. W wyniku wyborów do Rady Okręgowej OZN w 1939 r. również wszedł w jej skład.

Wielu jednak znanych działaczy sanacyjnych wycofało się z działalności politycznej lub zostało wyeliminowanych z instancji kierowniczych OZN szczebla okręgu i obwodów. Do nich należał Walery Roman, były przewodniczący regionalnej grupy posłów i senatorów BBWR oraz Rady Wojewódzkiej BBWR. Nie brał udziału w życiu politycznym województwa Karol Polakiewicz, poseł na Sejm w kadencji 1922-1928 i 1928-1930 z okręgu nr 5. Konstanty Terlikowski, senator w latach 1935-1938, prezes regionalnej grupy posłów i senatorów OZN w kadencji 1935-1938, nie kandydował w wyborach do Senatu w 1938 r., a w 1939 r. został wyeliminowany ze składu Prezydium Rady Okręgowej OZN. Nie zrobili kariery politycznej dawni dysydenci z szeregów Stronnictwa Ludowego lub jego poprzedników posłowie: Piotr Kosiba, Adolf Sawicki, Piotr Targoński, Roman Janowski, Konstanty Krzywicki, a także Józef Przytuła z szeregów PPS dawna Frakcja Rewolucyjna. Były prezes Zarządu Okręgowego Polskiego Stronnictwa Chrześcijańskiej Demokracji – Stanisław Reinhard w maju 1938 r. został powołany w skład Rady Obwodowej Grodzkiej w Białymstoku, w której objął stanowisko sekretarza. Nie była to funkcja zbyt wysoka⁵¹.

Obok działalności organizacyjnej OZN prowadził również działalność propagandową. Sprowadzała się jedynie do organizacji wieców poselskich i zgromadzeń. Ożywienie tej działalności nastąpiło w lipcu 1937 r. W ciągu tegoż roku ogółem odbyło się 55 zebrań i zgromadzeń z udziałem ponad 7 tys. osób⁵². W 1938 r. OZN zorganizował w województwie blisko 333 takich imprez, przy łącznej frekwencji wynoszącej blisko 58 tys. osób. Nie były to liczby imponujące. Stronnictwa opozycyjne (SN, SL i PPS) zorganizowały w tym czasie blisko 700 zebrań i zgromadzeń, przy frekwencji wynoszącej 73 tys. osób⁵³, a działały w dużo trudniejszych warunkach politycznych. Władze administracji państwowej nie udzielały zezwoleń na organizację zgromadzeń na otwartym powietrzu, a wiele zebrań zwołanych przez opozycję zostało rozprezowanych przez jej przeciwników.

Jesienią 1938 r. w związku z wyborami do Sejmu i Senatu nastąpiła intensyfikacja działalności propagandowo-agitacyjnej OZN. Wybory wyznaczone na 6 i 13 listopada zostały przeprowadzone na podstawie zasad obowiązujących w wyborach w 1935 r. Kandydatów na posłów typowały zgromadzenia delegatów poszczególnych organizacji społecznych wg limitów ustalonych przez wojewodę. Stronnictwa

opozycyjne zbojkotowały wybory. Ugrupowania polityczne mniejszości żydowskiej nie zgłosiły kandydatów na posłów i senatorów. W odróżnieniu od wyborów 1935 r., kiedy ugrupowania ortodoksów i syjonistów nie zgłaszając własnych kandydatów, agitowały za oddawaniem głosów na kandydatów obozu sanacyjnego, tym razem zajęły stanowisko bierne, co oznaczało bojkot wyborów. Jedynymi z kandydatów na posłów i senatorów byli członkowie OZN. Agitacją na ich rzecz zajmowały się rzekomo bezpartyjne komitety wyborcze, w skład których wchodził przedstawiciel organizacji społecznych opanowanych przez sanację. Wg oficjalnych danych ogłoszonych przez prorządową prasę frekwencja wyborcza była stosunkowo duża. W wyborach do sejmu wynosiła w skali kraju 67,37% w województwie białostockim zaś 76,72%⁵⁴. Niezależnie od ścisłości podanych liczb, wyników do wyborów do Sejmu i Senatu w 1938 r. nie można uznać za miernik ówczesnych nastrojów politycznych społeczeństwa. Wykazały to bowiem przeprowadzone w kilka miesięcy później wybory do rad miejskich, w których wzięła udział również opozycja.

Na przełomie 1938 i 1939 r. odbyły się także wybory do rad gminnych oraz gromadzkich. Nie znamy pełnych wyników tych wyborów. Fragmentaryczne dane opublikowane w prasie różnią się między sobą w zależności od orientacji politycznej danego pisma. Uniemożliwia to analizę wyników wyborów.

Większe znaczenie miały wybory do rad miejskich. Wzięły w nich udział również stronnictwa opozycyjne oraz ugrupowania żydowskie. Znane są oficjalne wyniki tych wyborów. Z danych tych wynika, że OZN zdobył 207, a łącznie z bezpartyjnymi o poglądach prorządowych 314 mandatów na ogólną liczbę 552 radnych miejskich⁵⁵. Jednakże był to sukces pozorny i w większości przypadków nie odzwierciedlał prawdziwych sympatii ludności miejskiej województwa. W większości miast, szczególnie małych, w ogóle nie przeprowadzano wyborów, a radni zostali wyznaczeni przez organizacje społeczne w wyniku uzgodnień z nimi. W kilku miastach doszło do stworzenia bloków wyborczych kandydatów prorządowych z endecją. Celem takich bloków było przeciwstawienie się wpływowi lewicy, a także ugrupowaniom żydowskim. Stało się to mimo zdecydowanej opozycji władz centralnych SN w stosunku do sanacyjnych rządów. Czynnikiem ułatwiającym tworzenie takich bloków był fakt, że w większości przypadków OZN nie występował formalnie pod własną nazwą. Tak np. w Białymstoku prorządowy blok wyborczy nosił nazwę: Chrześcijańsko-Narodowy Komitet Gospodarczy, zaś w Grodnie – Polskie Zjednoczenie Gospodarcze.

W większych miastach województwa blok prorządowy poniósł klęskę, natomiast znaczny przyrost liczby głosów i mandatów zanotowały partie socjalistyczne – PPS i Bund. W Białymstoku kandydaci z listy PPS zdobyli 6 mandatów (uprzednio 1), Bundu – 10 mandatów (uprzednio 6). Natomiast blok prorządowy stracił 2 mandaty, endecja – 1 mandat, blok ortodoksów i syjonistów – 6 mandatów. Blok prorządowy nie zdobył większości mandatów i bez poparcia radnych endeckich nie był w stanie powołać organu wykonawczego Rady Miejskiej – Magistratu. W Grodnie sukces lewicy był jeszcze bardziej widoczny. Obie listy: PPS i Bundu zdobyły absolutną większość (23 mandaty), podczas gdy blok OZN-SN – 15 mandatów, a blok

ortodoksów i syjonistów – 3 mandaty⁵⁶. W Suwałkach kandydaci OZN zdobyli za- ledwie 3 mandaty na ogólną liczbę 24 mandatów radnych⁵⁷. Również w Bielsku Podlaskim, Siemiatyczach, Wołkowysku i Dąbrowie OZN nie zdołał zdobyć abso- lutnej większości mandatów w radach miejskich.

Podane fakty świadczą o tym, że w tych miastach, gdzie przeprowadzono bez- pośrednie wybory do rad, OZN poniósł wyraźną klęskę. Klęska ta byłaby jeszcze bardziej zauważalna, gdyby była większa frekwencja wyborcza. Znaczna część wy- borców żydowskich bojkotowała wybory, stąd też liczba radnych żydowskich była niewspółmiernie mała w porównaniu z liczbą Żydów uprawnionych do głosowania.

Powstanie OZN było przejawem dalszej konsolidacji politycznej obozu sanacyj- nego. Spowodowało jednakże odejście od tego obozu elementów demokratycznych. Dystans wobec ONZ przejawiały żydowskie stronnictwa mieszczańskie, a także ugrupowania białoruskie. Mimo że od powstania OZN minęły przeszło 2 lata, to jednak proces jego kształtowania się nie był zakończony, a nowo powstałe organi- zacje OZN nie przejawiały większej aktywności. Podobnie jak BBWR, także OZN posiadał różnorodne powiązania z masowymi organizacjami społecznymi. Niektóre z nich przystąpiły do OZN na prawach członka zbiorowego.

Kierownictwo OZN starało się o utrzymanie wpływów w ruchu zawodowym. Od momentu swego powstania w 1931 r. Związek Związków Zawodowych (ZZZ) sta- nowił ekspozyturę wpływów sanacji w ruchu zawodowym. Jednakże już od 1935 r. zaczął narastać konflikt między obozem rządowym a większością kierownictwa ZZZ. Nastąpiły procesy radykalizacji mas członkowskich ZZZ. W terenie dochodziło do współpracy między organizacjami ZZZ a klasowymi związkami zawodowymi. Pod wpływem Jerzego Szuriga syndykalizm stał się ideologią większości kierownictwa ZZZ. ZZZ nie zgłosił akcesu do OZN. W takiej sytuacji elementy prorządowe, ko- rzystając z poparcia czynników rządowych w kraju, zdecydowały się na rozłam. W październiku 1937 r. rozłamowcy z szeregów ZZZ powołali do życia nową centralę – Zjednoczenie Polskich Związków Zawodowych (ZPZZ). Stanowiła ona transmisję OZN w ruchu zawodowym. Rozpad ZZZ i tworzenie się ogniw nowej centrali sta- nowiły długi proces. Przerwał go wybuch II wojny światowej. W I kwartale 1938 r. w Białymstoku powstał Sekretariat Okręgowy ZPZZ, kierowany przez Zdzisława Sroczyńskiego. W końcu I półrocza 1939 r. ZPZZ na terenie województwa posiadało około 50 oddziałów oraz 3,5 tys. członków. Nie zdołano jednak podważyć dominu- jącej roli klasowych związków zawodowych, które w tym czasie posiadały na terenie województwa około 100 oddziałów oraz 20 tys. członków⁵⁸.

OZN podjął również działania w ruchu młodzieżowym. Pod wpływem sanacji znajdowało się kilka organizacji o zasięgu ogólnokrajowym. Były to jednak głównie organizacje o charakterze środowiskowym. Powszechny charakter posiadał Zwią- zek Strzelecki, jednakże uchodził on za ogólnonarodową organizację o charakterze apolitycznym. Kierownictwo OZN zdecydowało się powołać do życia nową organi- zację młodzieżową, masową, ideologiczną. Taką organizacją stał się Związek Młodej Polski (ZMP). Organizacja ta początkowo miała charakter dwusektorowy. Sektor

Miejski tworzony był od podstaw. Natomiast sektor wiejski ukształtował się na bazie tej części Związku Młodzieży Ludowej Karola Polakiewicza, która nie połączyła się z kierowanym przez „naprawiaczy” Centralnym Związkiem Młodzieży Wiejskiej „Siew”. Proces tworzenia kół i instancji ZMP przeciągnął się w czasie, przerwał go wybuch II wojny światowej. Do końca I półrocza 1939 r. ZMP działał na terenie wszystkich powiatów województwa, z wyjątkiem powiatu wołkowyskiego. Liczył około 130 oddziałów oraz 2,5 tys. członków. Na terenie części powiatów posiadał zaledwie kilka kół i niewielu członków. Nie stał się organizacją masową. Więcej członków, bo około 7 tys., posiadał środowiskowy Związek Młodej Wsi.

OZN umocnił swoje wpływy w organizacjach byłych wojskowych. W I kwartale 1939 r. liczyły one około 22 tys. członków skupionych w około 300 kołach⁵⁹. Większość tych organizacji nie prowadziła systematycznej działalności, a o ich istnieniu można było się dowiedzieć podczas świąt państwowych. W istocie działalność ich w dużej mierze ograniczała się do zbiorowego udziału członków w imprezach o charakterze ogólnopolskim, takich jak rocznica konstytucji 1791 r., święto niepodległości, rocznica „cudu nad Wisłą” itp. Władze państwowe starały się doprowadzić do centralizacji tych organizacji. Została powołana Federacja Polskich Związków Obrony Ojczyzny. Instancje powiatowe tej organizacji nie przejawiały jednak większej aktywności.

Wśród kobiet rolę ekspozytury OZN odgrywał Związek Pracy Obywatelskiej Kobiet. Liczył on około 2 tys. członków, zrzeszonych w 80 kołach.

Najwięcej członków skupiały organizacje tego typu, jak Liga Obrony Powietrznej i Przeciwgazowej (LOPP), licząca około 40 tys. członków, Liga Morska i Kolonialna (25 tys. członków). Posiadały one swoje komórki zakładowe, szkolne i wiejskie. Formalnie apolityczne, były opanowane przez obóz rządowy i wykorzystywane jako transmisje.

7. Zakończenie

Obóz sanacyjny jako samodzielny ruch polityczny o ukształtowanych formach organizacyjnych pojawił się na scenie politycznej kraju i województwa po wyborach do Sejmu i Senatu w 1928 r. Na Białostocczyźnie przystąpili do niego działacze różnych partii politycznych: PSL „Wyzwolenie”, PSL „Piast”, Stronnictwa Chłopskiego, Polskiego Stronnictwa Chrześcijańskiej Demokracji oraz wiele osób dotąd nieangażujących się w działalność polityczną. Trzonem tego ruchu było przedstawicielstwo parlamentarne, a rolę transmisji spełniały terenowe instancje BBWR, a następnie OZN. Poza wymienioną strukturą znajdowały się samodzielne organizacje, lecz popierające politykę sanacji partie polityczne: PPS dawna Frakcja Rewolucyjna, efemeryczne rozłamowe partie ruchu ludowego z lat 1935-1937 (PSL „Wyzwolenie” i Stronnictwo Chłopskie) i chrześcijańsko-demokratyczne (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Społeczne Fanciszka Urbańskiego i Chrześcijańskie Stronnictwo

two Ludowe Waclawa Bitnera). Partie te odgrywały jednak niewielką rolę w życiu politycznym województwa.

Istotną rolę w obozie sanacji odgrywały organizacje społeczne i związki zawodowe, organizacje młodzieżowe, kobiece, byłych wojskowych. Nadawały one masowy charakter obozowi sanacyjnemu jako ruchowi politycznemu. W BBWR członkostwo indywidualne w zasadzie nie istniało. Nie istniało pojęcie składek członkowskich, legitymacji itd. O przynależności do BBWR decydował akces organizacji społecznej, do której należała dana osoba. Instancje BBWR szczebla wojewódzkiego, powiatowego i gminnego spełniały funkcje reprezentacyjne podczas uroczystości państwowych oraz koordynacyjne w stosunku do organizacji społecznych działających w ramach obozu.

Powstanie OZN stanowiło próbę zorganizowania partii bardziej zwartej ideowo i organizacyjnie. Wprowadzone zostało członkostwo indywidualne, ale równolegle istniało członkostwo zbiorowe. W opozycji znalazło się wiele organizacji współpracujących z rządem, jak PPS dawna Frakcja Rewolucyjna, Związek Związków Zawodowych, Legion Młodych. Elementy opozycyjne skupiły się również w klubach demokratycznych, które utworzyły z czasem Stronnictwo Demokratyczne. Tak więc proces konsolidacji wewnętrznej sanacji w ramach OZN i organizacji afiliowanych zmniejszył zasięg wpływów ruchu. Kształtować się zaczęły załóżki bloku demokratycznego, opartego na współpracy PPS, SL oraz elementów demokratycznych z obozu sanacyjnego.

Mimo opanowania większości organizacji społecznych, organów samorządu terytorialnego, gospodarczego i zawodowego oraz poparcia ze strony aparatu administracji państwowej, obóz sanacyjny nie zdołał zdobyć poparcia większości ludności województwa, szczególnie jego części zachodniej, gdzie dominowały wpływy endecji. Rozbicie ruchu ludowego oraz chrześcijańsko-demokratycznego w części wschodniej województwa również nie przyniosło sukcesów obozowi rządowemu. Począwszy od 1935 r. następował intensywny rozwój organizacyjny Stronnictwa Narodowego na całym tym obszarze, a szczególnie w powiatach: podlaskobielskim, białostockim i sokólskim. Dominującą rolę w ruchu zawodowym utrzymywała nadal PPS. Nie powiodły się próby zdobycia wpływów wśród mniejszości narodowościowych, głównie Żydów i Białorusinów. Próby te przyniosły w latach 1930-1935 bardzo skromne rezultaty, a w późniejszym czasie nie stwierdzono przypadków współpracy organizacji żydowskich czy białoruskich z obozem rządowym.

Obóz sanacyjny posiadał jednak znaczne wpływy wśród niemal wszystkich warstw społecznych województwa, wyjąwszy mniejszości narodowościowe. Wywierał znaczny wpływ na kształtowanie się życia politycznego w województwie. Okazał się jednak nietrwałą formacją polityczną. Po klęsce wrześniowej w 1939 r. rozpadł się na kilka organizacji. W okresie II wojny światowej przebywający na terenie województwa działacze sanacyjni wzięli czynny udział w ruchu oporu, nie zdołali jednak stworzyć w ramach tego ruchu odrębnych znaczących organizacji politycznych.

PRZYPISY

- 1 H. Majecki, *Nurt sanacyjny w ruchu robotniczym na Białostocczyźnie w latach 1926-1939*, w: *Ruch robotniczy na Białostocczyźnie. Studia i materiały*, PWN, Warszawa 1987, s. 129-150.
- 2 Do ważniejszych pozycji należą: W. T. Kulesza, *Koncepcje polityczne obozu rządzącego w Polsce w latach 1926-1935*, Ossolineum, Wrocław-Warszawa 1985; A. Chojnowski, *Piłsudzczy u władzy. Dzieje Bezpartyjnego Bloku Współpracy z Rządem*, Ossolineum 1986; J. Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi. Myśl polityczna Obozu Zjednoczenia Narodowego*, PWN, Warszawa 1985.
- 3 Wyjątek stanowi praca A. Ajznera, *Związek Związków Zawodowych 1931-1939*, KiW, Warszawa 1979.
- 4 E. Długajczyk, *Sanacja śląska 1926-1939. Zarys dziejów politycznych*, Wydawnictwo „Śląsk”, Katowice 1983.
- 5 O ruchu robotniczym – patrz przypis 1; Z. Tomczonek, *Ruch ludowy na Białostocczyźnie 1918-1939*, LSW, Warszawa 1978; H. Majecki, *Chrześcijańska Demokracja w województwie białostockim w latach 1918-1939*, „Studia Podlaskie” t. III, Instytut Historii Filii UW w Białymstoku, Białystok 1991, s. 57-74.
- 6 Archiwum Państwowe w Białymstoku (dalej: APB), Urząd Wojewódzki Białostocki (dalej: UWB), sygn. 37, k. 2; „Dziennik Białostocki”, nr 131 z 11.V.1927 r.
- 7 APB, UWB, sygn. 38, k. 224.
- 8 Tamże, sygn. 39, k. 24.
- 9 „Nowe Życie”, *Grodno*, nr 10 z 26.I.1927 r.
- 10 APB, UWB, sygn. 36, k. 48-49.
- 11 „Wspólna Praca”, Łomża, nr 4, kwiecień-maj 1927; „Życie i Praca”, Łomża, 26.VI.1927 r.
- 12 „Nowy Dziennik Kresowy”, Grodno, 30.VI.1927 r.
- 13 Szerzej na powyższy temat piszę w artykule pt. *Wybory do Rady Miejskiej w Białymstoku w 1927 r.*, „Białostocczyzna” 1988, nr 1(9), s. 22-27.
- 14 APB, UWB, sygn. 38, k. 76.
- 15 „Życie i Praca”, Łomża, nr 42, 16.X.1927 r.
- 16 APB, UWB, sygn. 37, k. 104 oraz sygn. 38, k. 144.
- 17 Tamże, sygn. 38, k. 224; sygn. 39, k. 3.
- 18 Tamże, sygn. 38, k. 224; sygn. 39, k. 31; sygn. 40, k. 77.
- 19 APB, Okręgowa Komisja Wyborcza do Sejmu i Senatu w Białymstoku 1927-1928, sygn. 8, k. 8.
- 20 Dane dotyczące wyników wyborów ustalono na podstawie publikacji *Statystyka wyborów do Sejmu i Senatu odbytych w dniu 4 marca 1928 r.*, GUS, Warszawa 1930, s. 4-8, s. 191-192 oraz T. i K. Rzepeccy, *Sejm i Senat 1928-1930*, Poznań 1933, s. 23.
- 21 APB, UWB, sygn. 39, k. 143.
- 22 Tamże, k. 123.
- 23 Tamże, sygn. 47, k. 69.
- 24 O wynikach wyborów do rad miejskich w 1929 r. – APB, UWB, sygn. 47, k. 168, sygn. 48, k. 28-29, 205-206, sygn. 49, k. 137, sygn. 50, k. 99, 160; sygn. 53, k. 125-126.
- 25 „Przegląd Łomżyński”, nr 30 z 14.IX.1930 r.
- 26 APB, UWB, sygn. 56, k. 99 i 115.
- 27 *Statystyka wyborów do Sejmu i Senatu odbytych w dniu 16 i 23 listopada 1930 r.*, GUS, Warszawa 1935, s. 4, 7-8; APB, UWB, sygn. 56, k. 99 i 115.
- 28 APB, UWB, sygn. 56, k. 191.
- 29 Tamże, sygn. 57, k. 68.
- 30 Tamże, sygn. 48, k. 19.
- 31 Tamże, sygn. 76, k. 75.
- 32 *Wiadomości statystyczne miasta Białegostoku, 1929-1934*, Białystok 1936, s. 69-71.
- 33 APB, UWB, sygn. 82, k. 38, 47, 56, 65 i 73.
- 34 „Dziennik Ustaw RP”, 1935, nr 47, poz. 319.

- 35 „Białostocki Dziennik Wojewódzki” nr 11 z 18.VII.1935 r.
- 36 „Sprawa Katolicka”, Białystok, nr 11 z 15.IX.1935 r.; „Przegląd Łomżyński”, nr 38 z 22.IX.1935 r.
- 37 Patrz – przypis 1.
- 38 „Przegląd Łomżyński”, nr 11 z 17.III.1935 r.
- 39 APB, UWB, sygn. 88, k. 5.
- 40 Tamże, sygn. 83, k. 79.
- 41 Tamże, sygn. 83, k. 98.
- 42 Tamże, sygn. 91, k. 15.
- 43 Tamże, sygn. 91, k. 37 i 49.
- 44 Tamże, sygn. 91, k. 77.
- 45 Tamże, sygn. 91, k. 37, 49 i 63.
- 46 Tamże, sygn. 97, k. 55.
- 47 Tamże.
- 48 Tamże, sygn. 101, k. 18.
- 49 Tamże, k. 69 i 80.
- 50 Tamże, sygn. 121, k. 76.
- 51 Tamże, sygn. 101, k. 57.
- 52 Tamże, sygn. 97, kolejne miesięczne sprawozdania sytuacyjne wojewody.
- 53 Tamże, sygn. 125, k. 76.
- 54 „Robotnik Polski”, nr 46 z 20.XI.1938 r.
- 55 „Robotnik Białostocki”, nr 140 z 20.V.1939 r.
- 56 Tamże, nr 136 z 16.VI.1939 r.
- 57 Tamże, nr 137 z 17.V.1939 r.
- 58 Ustalono w wyniku analizy sprawozdania wojewody, APB, UWB, sygn. 121, k. 77 i 79.
- 59 Tamże, k. 44.

KSZTAŁTOWANIE SIĘ NAZW OSOBOWYCH ODZAWODOWYCH NA TERENIE DAWNEGO WOJEWÓDZTWA PODLASKIEGO (XVI-XVII W.)

W badaniach nad procesem powstawania nazwisk niezbędna jest znajomość historii danego regionu. Z kolei dawne nazwy osobowe są cennym źródłem informacji dla badaczy-historyków ze względu na współzależnienie rozwoju systemu antropimicznego z dawnym rozwarstwieniem stanowym, zmiennością uwarunkowań kulturowych, etnicznych, kultowych. Nazwy osobowe zawierają informacje o wykonywanych zawodach, rodzajach rzemiosł, ich rozwoju i rozmieszczeniu, organizacji i sposobie administrowania danym terenem, wskazują na pełnione funkcje administracyjne itd.

Pogląd M. Karasia¹, że rola czynników pozajęzykowych (m.in. takich, jak wyżej wymienione) w kształtowaniu się systemu nazwenniczego wydaje się znaczna, w pełni znajduje potwierdzenie w materiale nazwennicznym, który pochodzi z terytorium dawnego województwa podlaskiego.

Najstarsze zachowane dokumenty, które zawierają obszerne imienne spisy ludności w poszczególnych częściach województwa podlaskiego, sięgają połowy XVI wieku²; samo województwo powstało zresztą najprawdopodobniej w 1513³ lub po 1520 roku⁴. Trzeba przy tym dodać, że były to ziemie odwiecznego pogranicza, gdzie stykały się i ścierały ze sobą wpływy polskie, białoruskie, ukraińskie i litewskie. Etniczno-socjalna specyfika tego terenu nie pozostała bez wpływu na antropimieję.

Wspomniane źródła historyczne odnoszą się przede wszystkim do dóbr królewskich, które zajmowały znaczną część terytorium XVI-wiecznego woj. podlaskiego. Jest to sytuacja z jednej strony niezbyt korzystna, bo dokumenty nie ogarniają całokształtu badanego zjawiska, z drugiej zaś sprzyjająca, ponieważ w tym okresie rzemiosło było dobrze rozwinięte w miastach królewskich, a słabo – w prywatnych⁵.

Dokumenty XVII-wieczne dotyczą głównie południowej części województwa, ale posiadają bardziej uniwersalny charakter – zawierają spisy ludności zarówno w dobrach królewskich, jak i szlacheckich⁶.

Wśród antropimów znajdujących się w badanych dokumentach daje się wyodrębnić znaczna liczba nazw utworzonych od określeń zawodów, zajmowanych sta-

nowisk, piastowanych urzędów czy godności społecznych (jest ich w sumie ponad 120).

Z danych *Słownika staropolskich nazw osobowych* pod redakcją W. Taszyckiego wynika, że identyfikacja osób przez wskazanie na wykonywane rzemiosło, zajmowane stanowisko czy urząd miała miejsce już w XIII w., a w wiekach następnych nazwy odzawodowe występują coraz częściej.

Jak wykazały dotychczasowe badania, ten element identyfikacyjny odgrywał w procesie kształtowania się nazwisk mniej lub bardziej istotną rolę w zależności od regionu. Często używano nazw zawodów do identyfikacji ludzi na Sądeckczyźnie: w XVI w. – 99 nazw łacińskich, 149 polskich, w XVII w. – 7 łacińskich, 95 polskich⁷. Z kolei na Kielecczyźnie (w tym samym okresie) odnotowano zaledwie 51 nazw zawodów i nazw odzawodowych⁸. Podobnie kształtowała się sytuacja na terenie Litwy⁹. Natomiast tendencje występujące na sąsiednich terenach wschodniopolskich odzwierciedla m.in. prezentowany niżej materiał antroponimiczny, zawierający w równym stopniu nazwy polskie, jak i ruskie.

Na podstawie nazw osobowych można określić rodzaje rzemiosł wykonywanych na terenie dawnego woj. podlaskiego, np. rzemiosła skórzane znalazły odzwierciedlenie w następujących nazwach: XVI w. – Wasko Koziemiaka (*kożemiaka* – n. brus., w pol. *garbarz*), Piotrucz Kusnierz, Wasko Czobotarz (n. wschł., w pol. *szewc*), Łuc Szwiec (w pol. i brus. n. gwarowa), Hrync rymarz, Sienko Kamasznik, Marcin siodlarz, Tomek Siedelnik (brus, *s'odzielnik* 'siodlarz'; XVII w. – Ihnatko Szwiec, Stanisław Garbarczuk, Kuzma Kusnierz, Piotr Kusnierzak, Kopryan Rymarczuk, Słoma Garbarczuk;

rzemiosła włókienniczo-odzieżowe: XVI w. – Borys Krawiec, Miec Postrzygacz (*postrzygacz* 'rzemieślnik, który w końcowym etapie produkcji sukna ścinał na nim meszek'), Łukijan szapował (n. wschł., oznacza rzemieślnika wyrabiającego kapełusze i inne nakrycia głowy); XVII w. – Żyd Lewko Czapnik, Andrzej Folusznik (*folusznik* 'rzemieślnik trudniący się folowaniem tkanin'), Jocz postrzygacz, Grzegorz Tkacz, hric Tkaczik, Szymon Krawczuk);

budowlano-ceramiczne: XVI – Tomek Zdun, Piotr Zdunowicz, Miec garncarz, Marcin Horszczar (n. wschł., w pol. *garncarz*), Hryn Kołbnik (n. wschł., oznacza rzemieślnika wyrabiającego dzbany); XVII – Sac Mularz, Kurian Muraczyk, Jan Szklarz, Pawluk Garcarzyk, Paweł Zdunik;

drzewne: XVI – Bosko Bondar (*bondar* – n. wschł., w pol. *bednarz*), Maciej bednarz, Iliasz Kolesnik (n. wschł., w pol. *kołodziej*), Wojtko Kołodziej, Iwan Tracz, Paweł Cieśla, Andrzej Cieśluk, Matwój stolarz, Tomek Szkutnik, Stas Tokarz; XVII – Iwan Bednarz, Chwedko Bednarzik, Nastia Bondarka, Choma Stelmach, Andrzej Stelmaszek, Jan Szkutnik, Makar Cieśla, Wasko Tokarczyk;

metalowe: XVI – Stanisław kowal, Micz Zieleznik, Mosiej Rudnik (*rudnik*, *żelaznik* 'człowiek, który pracuje przy wydobywaniu rudy darniowej'), Bernath Slosarz, Hannos Złotnik, Błasko Złotniczy; XVII – Hans Kowal, Hryc Kowalik, Marcin Kowalczyk, Jan Kotlarz, Hryc Puszkarczyk (wschł. *puszkar*, pol. *puszkarz* 'człowiek zajmujący

się wyroben armat'), Stanisław Puszkarzyk, Mikołaj Slosarz, Krzysztof Szychterz (*ślusarz*), Marcin Złotnik, Frączek Złotniczek, Maciej miecznik; spożywcze: XVI – Chwiec Młynarz, Szymko Mielnik (n. wschł., w pol. *młynarz*), Taras Kwasnik (ten, który wyrabia lub sprzedaje kwas), Szczęsny Kwasnikowicz, Roman Piwowar, Hrin Piwowarzec, Liewon piekarz, Wawrzyniec Rzeznik, Jakub Chmielnik, Paszko Winnik; XVII – Wasko Winnik, Stanisław Winniarz, Aleksander Piekarz, Choma Piekarzyk, Szczęsny Kucharz, Michał Kucharczyk, Sobek młynarczyk, Ryc Kwasiwiec, Hryc Piwowar (-yk), Jasko Piwowarczyk, Paweł Słodownik, Siemion Rzeznik;

rzemiosła i zajęcia różne: XVI – Zdan Rybak, Sienko Styrynik, Jan Strzelec, Lewoc Pastuch, Wołos Bartnik, Fedko Kopacz, Stank Zielnik, Andrzej Barwierz (*balwierz* 'ten, który wykonuje usługi fryzjerskie), Marek Karczmarz, Chwiedzko Kramarz, Mac Karczmit (stbrus. korczmit 'karczmarz'); XVII w. – Hryc Smolarz, Fes Rybak, Tymosz Kupczyk, Kasper balwierz, Adam Kramarz, Siemion Koniuch, Litwin ogrodnik, Jacko Lesnik, Hryc Woznik, Dimitr owczarz, Niczypor Węglarz, Trochim Gumiennik, Maciej Konował (oprawca koni), Stanisław Kozopłath, Simon bronowłok, Samsonek mastalerz, Wojciech myśliwiec, Mathias woznica, Mathiasz hajduk, Denis parobek, Les kuchcik, Wasko Bębnarz, Onac żołnierz, Paweł Gumienny, Oniszko Ogrodowy, harasim piwniczny, Regina praczka.

Nazwy pełnionych funkcji administracyjnych, piastowanych urzędów, godności charakterystycznych dla tego okresu również można odnaleźć w nazewnictwie osobowym Podlasia, np. Antoni Marszałek, Kacz Wojt, Wojtek Ławnik, Janko lenthwoyth (stbrus. *lentwojt* 'namiestnik wójta'), Paszko Wojewoda, Janko posoł, Gawel Horodniczycz, Demid Soltys, Dziemienczey Pop, Stas Ciwun (stbrus. *tiwun* 'urzędnik w średniowiecznej Litwie i Białorusi'), Mikołaj Chorąży.

Nazwy pełnionych funkcji nierzadko występowały w roli dodatkowego elementu identyfikacyjnego, np. Jacko Panasowicz ławnik, Hincza Aleksander wojski, Stephan Wierzba lentwoyt, Bernat Bond czesnik, Teodor Kiewłowicz burmistrz, Jan Sawicki skarbnik Podlaski, Jan Niemiera stolnik Podlaski.

Ten rodzaj identyfikacji niewątpliwie stosowano w wypadku osób postawionych wyżej w hierarchii społecznej. Świadczy zresztą o tym sam fakt piastowania określonego urzędu.

Niekiedy jako środek identyfikacyjny służy nazwa miejscowości wspoół z nazwą zawodu, np. Homa z Mielnika piekarz, Hrin z Radziłowki rzeźnik, Kuźma z Osłowa piekarz.

Z kolei ten sposób identyfikacji świadczy raczej o niskim statusie społecznym nosicieli wymienionego wyżej typu nazw.

Jeszcze niżej w hierarchii społecznej znajdował się osobnik identyfikowany jako Litwin ogrodnik; nie tylko brak typowej formy, która z biegiem czasu stała się nazwiskiem, ale także podstawowego składnika nazwy osobowej – imienia.

Tak więc w XVI i XVII w. nazwa zawodu znajdująca się obok imienia to jeszcze nie nazwisko, tylko określenie dodatkowe, konieczne dla dokładniejszej identyfikacji,

ponieważ samo imię już od dawna okazało się niewystarczające do pełnienia tej funkcji.

Niestabilność tego elementu jest wyraźnie widoczna, a mianowicie nazwa zawodu, czy też zajmowanego urzędu, nierzadko była pisana małą literą, co oznacza, że nie posiadała charakteru nazwy osobowej, lecz tylko określała zawód, np. Bernath slosarz, Macko zdun, Matwij stolarz, Kacz woit itp.

Występują najrozmaitsze warianty tej samej nazwy. Powstawały one w wyniku niedbałego zapisu, ale w głównej mierze ta różnorodność jest rezultatem zróżnicowania etnicznego nosicieli tych nazw, wzajemnych wpływów i przenikania się co najmniej dwóch kultur: polskiej i ruskiej. Stąd też spotykamy następujące warianty nazwy garncarz: pochodzenia polskiego – *Garncarz, Garnczarz, Garczac, garczarz, gancar*; pochodzenia wschodniosłowiańskiego – *Horszczar, Horczar; bednarz*; pol. *Bednarz*, wschł. *Bondar, Bundar, Bondarz*; pol. *Młynarz*, wschł. *Mielnik*; pol. *Złotnik, Złotniczy*, wschł. *Zołotnik*.

Niektóre nazwy wschodniosłowiańskie posiadają cechy fonetyczne polskie, np. *Czobotarz, Bondarz*, natomiast część nazw polskich uległa wpływom wschodniosłowiańskim, np. *Tiesla*.

Cechą charakterystyczną obszarów mieszanych pod względem etnicznym jest współwystępowanie różnych nazwań tych samych zawodów, np. odpowiednikiem polskich nazw *szewc, kamasznik* była wschodniosłowiańska nazwa *Czobotar*, polskiemu *garbarzowi* odpowiada wschł. *kożemiaka*.

Znaczna liczba nazw zawodów, a właściwie nazw osobowych utworzonych na ich podstawie, wykazuje w języku polskim, ukraińskim, białoruskim duże podobieństwo brzmienia. Wynika ono nie tylko z faktu bliskiego pokrewieństwa wymienionych języków. Język białoruski i ukraiński zapożyczył pewną liczbę nazw zawodów z języka polskiego lub za jego pośrednictwem z języka niemieckiego¹⁰. Była to naturalna kolej rzeczy, bowiem kultura białoruska i ukraińska XVI-XVII wieku stały w ścisłym związku z kulturą polską (Białoruś i pn. część Ukrainy wchodziły w skład Wielkiego Księstwa Litewskiego).

Rzemiosło rzadko było jedynym źródłem utrzymania zarówno na wsi, jak i w małych miastach, a z takimi mamy głównie do czynienia w dawnym woj. podlaskim, nazwy zawodów odgrywały istotną rolę w identyfikacji ludności przede wszystkim miejskiej, ale także wiejskiej¹¹. Nazwa wykonywanego zawodu, rzemiosła, pełnionej funkcji stanowiła ważną cechę odróżniającą od reszty społeczności, zwłaszcza że w owym czasie nazwisko w dziesięjszym rozumieniu tego słowa jako nazwa stabilna i dziedziczna jeszcze nie funkcjonowało, szczególnie w odniesieniu do niższych warstw społecznych, z których przede wszystkim wywodzili się rzemieślnicy. A właśnie dla rzemieślników i kupców dokładna identyfikacja była niezwykle ważna, ponieważ nazwa, a z czasem nazwisko przechodzące z pokolenia na pokolenie stawało się jakby znakiem firmowym.

Wśród szlacheckich nazw osobowych miana odzawodowe należą do wyjątków, np. w imiennym spisie szlachty pow. drohickiego składającej przysięgę Koronie Pol-

skiej (1569 r.) występuje tylko jedna nazwa tego typu: szlachetny Maciej Kowalczyk (Łazowo). Częściej spotykaną formą jest identyfikacja osób przez wskazanie na pełniony urząd, funkcję, co zresztą jest zupełnie zrozumiałe, był to bowiem przywilej tej właśnie warstwy społecznej, np. szlachetny Wojciech woźny ziemski, szl. Zygmunt komornik ziemski, szl. Walenty s. Jakubow woźny ziemski, szl. Stanisław Łuniewski komornik ziemski¹².

Część przytoczonych przykładów dowodzi, że w połowie XVI w. nawet wśród szlachty zdarzały się przypadki identyfikowania osoby wyłącznie przy pomocy imienia i nazwy pełnionego urzędu (brak drugiego elementu, który przypominałby dzisiejsze nazwisko).

Przeważnie jednak nazwa piastowanego urzędu, stojąc obok imienia i nazwy utworzonej od imienia ojca (np. Walenty s. Jakubow) lub nazwy utworzonej od nazwy posiadłości (np. Stanisław Łuniewski od nazwy miejscowości Łuniewo) oprócz tego, że informowała o pełnionej funkcji, godności, spełniała rolę dodatkowego określenia identyfikacyjnego.

W XVI w. znakomita większość nazw osobowych odzawodowych posiadała formę równą apelatywowi, np. Bondar, Kowal, Tkacz. W takich przypadkach trudno jest jednoznacznie rozstrzygnąć, w którym momencie określenie zawodowe stało się nazwiskiem. Stosunkowo nieliczne formacje sufiksalne o charakterze patronimicznym zawdzięczają swe istnienie głównie sufiksowi *-ewicz/-owicz*, np. Bondarowicz, Garnarczowicz, Kopaczowicz, Kowalewicz, Kwasnikowicz, Ławnikowicz, Melnikowicz, Smolnikowicz, Szewcowicz, Zołotnikowicz. Był to sufiks niezwykle produktywny w zakresie tworzenia nazw osobowych na Podlasiu właśnie w XVI w.

W wieku XVII częstotliwość użycia nazw zawodów jako identyfikatorów osobowych spadała (zjawisko to występowało i na innych terenach, np. na wspomnianej wyżej Sądeckczyźnie). Pojawiło się więcej tworów sufiksalnych o charakterze patronimicznym. Wśród sufiksów onomastycznych zdecydowanie dominował sufiks *-ik/-yk*, np. Piwowaryk, Piwowarczyk, Puszkarczyk, Puskarczyk, Piekarczyk, Gararczyk, Kucharczyk, Kuszniarczyk, Murarczyk, Rybołowik, Tkaczik, Kowalik, Tokarczyk, Kupczyk.

Pewna liczba formacji odzawodowych została utworzona przy pomocy wschodniosłowiańskiego sufiksu *-uk*, który dopiero w XVII w. wyraźnie zaznaczył swą obecność w nazewnictwie osobowym Podlasia, np. Garbarzuk, Garbarczuk, Kowalczuk, Kusznierczuk.

Pojedyncze nazwy posiadają sufiksy: *-ek*, np. Winniczek, Zdunek, *-ec*, np. Piwozarzec, Kwasiwiec, *-ak*, np. Kuśnierczak, *-ko*, np. Pastuszko.

Ekspansja sufiksu *-ik/-yk* i częściowo *-uk* wynikała przypuszczalnie stąd, że sufiks *-ewicz/-owicz* zaczynał „obsługiwać” sfery wyższe (nie należała do nich z pewnością brać rzemieślnicza), służył nie tylko do tworzenia nazw osobowych, ale również do ich „ulepszania”, podnosił rangę społeczną nosiciela danej nazwy.

Wymienione formacje sufiksalne niekoniecznie wiązały się z aktualnym wykonywaniem określonego zawodu, utworzone na bazie nazwy zawodu ojca, dziada

przybierały charakter nazw wyłącznie osobowych, np. Piotr Kuśnierczak chłop, Andrzej Stelmaszek, Paweł Zdunik.

Proces kształtowania się nazwisk odzawodowych zaczynał przybierać jakościowo inny kształt.

Jako ciekawostkę można podać fakt, że najczęściej spotykaną nazwą wskazującą na wykonywany zawód, szczególnie w XVI w., była nazwa *kowal*, co nie jest równoznaczne z tym, że było to najczęściej uprawiane rzemiosło. Wysoka częstotliwość użycia tej nazwy wydaje się świadczyć, że był to zawód na tyle charakterystyczny, że jeśli już ktoś go wykonywał, to jego osoba była identyfikowana wyłącznie poprzez nazwę tego rzemiosła. Być może jest to wytłumaczenie faktu, że typowe nazwisko polskie to *Kowalski*.

Częstotliwość użycia określonej odzawodowej nazwy osobowej może świadczyć o swoistej specyfice regionalnej, czyli dominacji określonego rzemiosła na danym terenie, co z kolei może mieć związek z określonymi warunkami naturalnymi, np. we wsi Bargiowka (starostwo knyszyńskie) wyjątkowo często spotykane jest nazwisko *Kolesnik* – wschł. odpowiednik pol. *kołodzieja*.

Prawdopodobnie powszechność występowania pewnych zawodów zadecydowała o tym, że ich nazwy były używane szczególnie chętnie do identyfikacji osób. Były to zawody: krawiec, zdun, szewc, kowal, cieśla, garncarz itd. Ponadto trzeba dodać, że szewcy, krawcy, garbarze zajmowali bardzo niską pozycję społeczną, wskutek czego osoby wykonujące te rzemiosła były identyfikowane wyłącznie poprzez nazwę zawodu. Dlatego też dzisiaj nie należą do rzadkości nazwiska typu Kowalik, Kowalczyk, Kowalczuk, Krawczyk, Krawczuk, Szewczyk, Szewczuk, Zduniuk, Zduniewicz, Cieślik, Cieśluk itd.

PRZYPISY

- 1 M. Karaś, *Imię, nazwisko, przezwisko = nazwa osobowa w polszczyźnie*, „Onomastica” XXI, 1976, s. 20.
- 2 Inwentarze starostwa mielnickiego (z 1545 i nie datowany, powstał po 1560 r.), łosickiego z 1545 i 1551 r., AGAD, ASK, dz. LVI; *Inwentarz starostwa knyszyńskiego, tykocińskiego* (1565 r.), AGAD, Archiwum Potockich z Radzyna; *Inwentarz miasta Brańska*, w: *Akty wydawiamyje Wilenskoju archieograficzskoju komissiej*, t. XIV, s. 25-45; *Inwentarz miasta Narwi*, w: *Akty...*, s. 61-76; *Inwentarz miasta Suraz*, w: *Akty...*, s. 48-60; *Pomiara włóczna starostwa mielnickiego i łosickiego z 1560 r.*, AGAD, ASK, dz. LVI; *Miejskie księgi sądowe m. Mielnik*, w: *Akty...*, t. 33, s. 33, 153, 155; J. Kazimierski, *Rejestr pomiarowy miasta Suraza z 1562 r.*, „Teki Archiwalne” 1954, z. II, s. 138-191.
- 3 W. Jarmolik, *Powstanie województwa podlaskiego*, „Białostoczczyzna” 1989, nr 4, s. 8.
- 4 A. Wyrobisz, *Podlasie w Polsce przedzoborowej*, w: *Studia nad społeczeństwem i gospodarką Podlasia w XVI-XVIII w.*, Warszawa 1981, s. 174.
- 5 J. Maroszek, *Rzemiosło w miastach podlaskich w XVI-XVIII w.*, Wrocław 1976, s. 180.
- 6 *Rejestr podatku Poglównego powiatu mielnickiego*, w: *Akty...*, t. 33, Wilno 1909, s. 407-536; *Księgi sądowe miasta Mielnika*, w: *Akty...*, t. 33, s. 156, 157, 171, 173, 362; *Księgi wójtowskie i burmistrzowskie królewskiego m. Mielnik (1631-1698)*, WAP w Białymstoku.
- 7 J. Bubak, *Proces kształtowania się polskiego nazwiska mieszczańskiego i chłopskiego*, Kraków 1986.

- 8 D. Kopertowska, *Nazwy osobowe mieszkańców podkieleckich wsi (1565-1694)*, Wrocław-Warszawa 1988, s. 69.
- 9 V. Maciejauskienė, *Lietuvių, antroponiminė sistema XVI A.*, w: *Lietuvių kalbotyros klausimai*, XXI (1981), s. 156-158; *Lietuvių, pavardžių, formavimasis XVII A.*, w: *Lietuvos TSR Mokslu, akademijos darbai*, A serija, I/58/t., 1977, s. 116-117.
- 10 B. O. Unbegaun, *Russian Surnames*, London 1972, s. 235.
- 11 Przykładowy przekrój społeczny i zawodowy miasta podlaskiego zawiera praca: A. Czapiuk, *Struktura społeczno-gospodarcza Suwałk w drugiej połowie XVI w.*, w: *Spółczesność staropolskie*, t. III, Warszawa 1983, s. 71-92.
- 12 *Akta Unii Polski z Litwą 1385-1791*, wydali S. Kutrzeba, Wł. Semkowicz, Kraków 1932, s. 265-196.

JÓZEF ŁOSKI (1827-1885) – ZAPOMNIANY HISTORYK, WYDAWCA I RYSOWNIK

Józef Łoski Był jednym z licznych w XIX w. ziemian, którzy za swój patriotyczny obowiązek uznawali zajmowanie się historią, archeologią czy etnografią, przyczyniając się niejednokrotnie – mimo amatorskiego charakteru swych badań – do wypełnienia wielu „białych plam” dziejów ojczystych. Jego zasługi dla popularyzacji dziejów panowania Jana III Sobieskiego, historii Podlasia i historii sztuki rytowniczej XVI-XVIII w. uległy jednak zapomnieniu, zabrakło dla niego nawet miejsca w *Polskim słowniku biograficznym*, nie odnotował jego zgonu Stanisław Szenic w dziele o Cmentarzu Powązkowskim, gdzie go pochowano¹. Stare encyklopedie wspominają o nim w kilku słowach, zazwyczaj ogólnie i błędnie, nowsze milczą zupełnie. A był Józef Łoski postacią znaną, zwłaszcza na Podlasiu i w Warszawie, w której spędził ostatnie lata życia. Kilka jego dzieł znalazło należyte uznanie u współczesnych, o czym świadczą pochlebne recenzje i pośmiertne wspomnienia. Wskazując dziś na zasługi i wielki wkład do kultury ojczystej Zygmunta Glogera (1845-1910), przypominając dokonania innych Podlasian – Tymoteusza Łuniewskiego (1847-1905) i Kajetana Kraszewskiego (1827-1896)², należy sięgnąć także do prac Łoskiego.

Józef Łoski urodził się 16 stycznia 1827 r. w Kostomłotach nad Bugiem w powiecie bialskim województwa podlaskiego, jako syn Jana Łoskiego herbu Brodzic, byłego podpułkownika 4 pułku piechoty, kawalera orderów Legii Honorowej i Virtuti Militari, właściciela majątku Kostomłoty, i Apolonii z Ratyńskich. Na chrzcie otrzymał imiona Józef Jan Adam³. Miał ponadto trzy siostry – Julię, Klementynę i Joannę. Kostomłoty nabył Adam Ratyński od rządu austriackiego na publicznej licytacji 22 marca 1808 r. w Lublinie za kwotę 101 950 złotych reńskich. W 1822 r. wartość dóbr szacowano na 500 000 złotych pol. Apolonia Ratyńska, primo voto Zbyszewska, secundo voto Łoska, odziedziczyła Kostomłoty po ojcu na mocy testamentu z 1822 r. i wniosła Janowi Łoskiemu w posagu⁴.

Józef otrzymał staranne wykształcenie w domu rodzinnym, był pojętny i chętny do nauki. Zdradzał upodobania do sztuk pięknych – malarstwa, rysunku i muzyki. Ukończył akademię rolniczą w Hohenheim w Niemczech, następnie sam zajął się gospodarowaniem. O jego dzieciństwie i młodości niewiele wiemy. Łoscy, wywodzący się z Łosia w ziemi warszawskiej, posiadali wielu zasłużonych dla Rzeczypospolitej

przodków, z pewnością więc od najmłodszych lat wpajano w niego umiłowanie tradycji szlacheckich i patriotyzm, karmiono go wizjami wspaniałej przeszłości i przewag wojennych. Dla uzupełnienia wykształcenia podróżował po Europie, oprócz Niemiec poznał Francję, Belgię, zwiedził Paryż⁵. W 1838 r. jego ojciec wylegitymował się ze szlachestwa przed Heroldią Królestwa Polskiego.

Na podstawie dostępnych źródeł możemy wnioskować, że obok wychowania domowego wpływ na zainteresowanie Łoskiego przeszłością wywarli ksiądz Paweł Szymański i bliskie sąsiedztwo Kodnia – niegdyś rodowej rezydencji Sapiehów, ze znajdującymi się tam zabytkami.

Ksiądz P. Szymański (1782-1852), kanonik kapituły chełmskiej obrządku greckokatolickiego, profesor Uniwersytetu Warszawskiego, potem Warszawskiej Akademii Duchownej, historyk unii, po przejściu w 1841 r. w stan spoczynku zamieszkał u swego bata, proboszcza i dziekana w Dobratyczach koło Kostomłotów. Tam też przewiózł swój księgozbiór i bogatą kolekcję numizmatyczną, którą w testamencie zapisał na utworzenie funduszu dla wdów i sierot po kapłanach unickich diecezji chełmskiej. Zmarł w grudniu 1852 r. Łoski odwiedzał Szymańskiego w Dobratyczach, „zaraził” się od niego nie tylko zamiłowaniem do historii, ale i numizmatyki, zbierając przez całe życie medale polskie. Po śmierci Szymańskiego opublikował w „Bibliotece Warszawskiej” jego życiorys, nie sygnując go wszakże swoim nazwiskiem⁶. Był to debiut „historyczno-naukowy” Łoskiego.

W Kodniu bywał wielokrotnie, podziwiając pochodzące z czasów świetności Rzeczypospolitej zabytki. Zainteresowała go szczególnie znajdująca się w kodeńskim kościele św. Anny kolekcja portretów Sapiehów, licząca ponad 70 płócien. Niemalą rolę odegrała w tym przypadku inspiracja Józefa Ignacego Kraszewskiego, interesującego się Kodniem od wielu lat. Już w 1842 r. pisał o kodeńskich portretach Sapiehów we *Wspomnieniach z życia i podróży*, zachęcając czytelników do ich skopiowania, ponownie podjął ten temat w *Pogadankach o sztuce* w 1844 r.⁷ Wskutek jego „światłej zachęty” Łoski, który poznał Kraszewskiego w Romanowie, w 1855 r. przerysował wszystkie znajdujące się w kościele portety, a swoje spostrzeżenia na ten temat opublikował w rok później na łamach „Biblioteki Warszawskiej”, a także w formie oddzielnej broszurki⁸. Rysunki wykonane z „wszelką archeologiczną ścisłością” miały posłużyć jako ilustracje do projektowanej przez J. I. Kraszewskiego monografii rodu Sapiehów. Kilka spośród nich Łoski odbił w zakładzie litograficznym Flecka w Warszawie, wstrzymując się z dalszymi z uwagi na opóźnienie, a następnie zaniechanie przez Kraszewskiego pisania zbiorowej biografii Sapiehów. W 1859 r. w liście do Kraszewskiego Łoski zaproponował, że prześle mu rysunki, jeżeli zaistnieje możliwość ich opublikowania: „(...) pamiętając jednak oświadczenie Szanownego Pana, że wzięłyś na siebie to wydawnictwo, udaję się z tem do Niego, a w razie przychylniej odpowiedzi postaram się przesać Mu zaraz wszystkie powyższe rysunki i prawdziwie wdzięczny będę jeżeli ten owoc blisko trzymiesięcznej mozolnej pracy użytecznym zostanie” – pisał⁹.

I tak się stało, gdyż rysunki Łoskiego znalazły się u Kraszewskiego, któremu

jednak nie udało się ich opublikować. Wszystkie rysunki, w liczbie 72, szczęśliwie ocalały i znajdują się obecnie w kolekcji grafiki J. I. Kraszewskiego w Muzeum Narodowym w Warszawie¹⁰.

Genealogia portretowa Sapiehów znajdowała się wówczas w kaplicy Świętego Krzyża kościoła kodeńskiego, pokrywając całą jej prawą stronę od sklepienia do posadzki. Naturalnej wielkości portrety umieszczone były rzędami w jednej wspólnej ramie: na górze dwa, poniżej cztery, następnie w rzędach po dziesięć. W 1855 r. brakowało czterech płócien z najniższego rzędu. Genealogię ufundował około 1720 r. Jan Fryderyk Sapieha (ok. 1690-1751), kanclerz Wielkiego Księstwa Litewskiego, dziewiąty dziedzic Kodnia, znany pisarz sarmacki, fundator biblioteki kodeńskiej. Namalował ją najprawdopodobniej jeden autor, nie znany z nazwiska. Jedynie dwa obrazy były dziełem innej ręki, o czym zdaniem Łoskiego świadczyły inna technika i format. O kunszcie malarza napisał: „(...) Rysunek poprawny, koloryt świetny, a niezbyt rażący (...), zapewnić mogę, że genealogia Sapiehów w Kodniu lubo nie jest arcydziełem sztuki, jednak do lepszych tego rodzaju zabytków pędzla w kraju policzoną być może”¹¹.

Do portretów kodeńskich powrócił Łoski dopiero w kilkanaście lat później w polemice z hrabią Stanisławem Kossakowskim, autorem *Monografii historyczno-genealogicznych*, prostując na łamach „Tygodnika Ilustrowanego” rażące błędy popełnione przez Kossakowskiego w genealogii Sapiehów. Przy okazji opublikował dwie spośród sporządzonych po 1855 r. litografii¹². W rok później Łoski zaprezentował podobiznę Mikołaja Sapiehy (1581-1644), kasztelana wileńskiego, sprawcy głośnej kradzieży z Rzymu w 1631 r. obrazu Matki Boskiej de Guadelupa, dla którego wznosił w Kodniu nowy kościół pod wezwaniem św. Anny. Przy okazji opisał Łoski historię obrazu zwanego w Polsce Matką Boską Kodeńską¹³.

Galeria portretowa Sapiehów w Kodniu już nie istnieje. W 1875 r. władze carskie, kasując unię na Podlasiu, przeznaczyły kościół św. Anny na cerkiew. Wielką ramę rozmontowano, a portrety przewieziono do pozostającego w rękach Sapiehów Krasieczyna. Obecnie znajdują się w Muzeum Narodowym Ziemi Przemyskiej w Przemyślu. Spośród 78 portretów Sapiehów, 51 pochodzi bezspornie z Kodnia¹⁴.

Temat kodeński dominował w podlaskich zainteresowaniach Łoskiego. Spowodowało to nawet zarzuty, iż czerpie z tego tytułu korzyści finansowe, otrzymując od Sapiehów wysokie honoraria. Zaprotestował przeciwko tym pomówieniom publicznie na łamach „Biblioteki Warszawskiej” przy okazji kolejnego artykułu, tym razem o cerkwi zamkowej w Kodniu. „Jedynym tego powodem jest – pisał – że mieszkające niedaleko miasteczka, które było gniazdem jednej linii Sapiehów, miałem prawie pod ręką pomniki tej rodziny, zasługujące jako utwory sztuki krajowej a razem zabytki starożytności, aby upowszechnione były rysunkiem i dokładnym opisem; że zaś z pomnikami tymi łączyły się imiona mężów mających sławę historyczną, w artykułach moich wspominałem niekiedy ich zasługi, ale ze stanowiska dziejowego, nie patrząc na czasy dzisiejsze”¹⁵.

Do szczegółowego opisu cerkwi wzniesionej przez Pawła Sapiechę po 1520 r. dołą-

czył Łoski jej litografię, wykonaną według jego rysunku. Wspomniał również o nie istniejącym już wówczas (1857 r.) archiwum Sapiechów, które jeszcze kilkanaście lat wcześniej widział niszczone w piwnicach kodeńskiego zamku. „To pewna, że w dzieciństwie moim sam widywałem pochodzące stąd dyplomata królów naszych z majestatycznymi pieczęciami, pamiętam także kilkanaście listów króla Stanisława Augusta do księżnej wojewodziny (Elżbiety z Branickich Sapieżyny – przyp. A. K.) pisanych (...). Ciekawe te i ważne papiery nie wiem w czyich dzisiaj znajdują się rękach, a wiele z nich zasługiwało pewnie jako materiał dziejowy na ogłoszenie drukiem”¹⁶. W artykule Łoski zaapelował również o ratowanie cerkwi od całkowitej ruiny.

Mimo obowiązków związanych z prowadzeniem folwarku wiele podróżował, odwiedzał kolekcjonerów dzieł sztuki, szperał po archiwach, poszukiwał przedmiotów do swoich zbiorów historycznych, kupował książki i medale. Był m.in. w Kielcach w sławnej wówczas galerii obrazów Tomasza Zielińskiego, której poznanie stanowiło dla niego wielkie przeżycie. Obejrzał również jego zbrojownię.

W lutym 1857 r. zawitał do Sulgostowa, gdzie mieściły się zbiory niedawno zmarłego Konstantego Świdzińskiego, składające się z bogatego księgozbioru, rękopisów, rycin (ok. 14 tys. sztuk), obrazów, numizmatyki i militariów. Świdziński stale od 1832 r. wzbogacał swoją kolekcję z myślą o bibliotece i muzeum swego imienia. Niestety, zbiory te nigdy nie zostały udostępnione w całości społeczeństwu Królestwa Polskiego i uległy rozproszeniu¹⁷. Pozostał jedynie ich dokładny opis pióra Łoskiego, opublikowany w „Gazecie Warszawskiej”, a następnie w osobnej broszurze. Przy okazji autor odnotował własne refleksje na temat stosunku niektórych rodaków do pamiątek narodowej przeszłości, stwierdzając m.in.: „Mnie się zdaje, że w wiekach, w których ogół, wzgardziwszy świętymi podaniami przeszłości, pograżył się w materializmie i rozkoszach użycia, ludzie jak Załuski, Ossoliński i Świdziński, są posłannikami opatrności, aby przechowywali widome świadectwa przeszłości dla nauki i opamiętania współczesnych”¹⁸.

Józef Łoski opowiadał się również za rozszerzeniem badań nad dziejami ojczytymi i gromadzeniem pamiątek narodowych. „Dodam tu tylko kilka pobieżnych uwag, dotyczących rozszerzającego się u nas zamiłowania starożytności, które w tej chwili mi się nasunęły – pisał. – Archeologia z historią ściśle podają sobie ręce, wspierając się wzajemnie; za ich pośrednictwem dopiero poznajemy religię, prawa, obyczaje i tysiące szczegółów dawnego świata; kto więc jest przeciwnikiem archeologii, nie pojmuje również ważności znaczenia historii i nie może być uważanym za człowieka prawdziwie oświeconego. Jeżeli w najpierwszych krajach Europy, cieszących się pomyślnością, rozwojem swych instytucji i bytu politycznego, widzimy rozszerzone zamiłowanie archeologii i poszanowanie dla zabytków po praojcach pozostałych, o ileż ono większe i serdeczniejsze być powinno w narodzie, któremu pozostało jedynie samo wspomnienie, otoczone całym urokiem poezji miłości”¹⁹.

Pod pojęciem archeologii Łoski rozumiał raczej kolekcjonerstwo, słowa te jednak charakteryzują go dobitnie nie tylko jako historyka – amatora, miłośnika dziejów

ojczystych, ale i jako gorącego patriotę – Polaka, który na płaszczyźnie nauki i popularyzacji wspaniałej przeszłości Rzeczypospolitej pragnął służyć swemu krajowi.

Równocześnie z publikowaniem pierwszych swoich prac Łoski wszczął starania w celu zgromadzenia funduszy na pomnik malarza Szymona Czechowicza (1689-1775). Zwrócił się w tym celu do wielu arystokratów – mecenasów sztuki, nauki oraz osobistości świata naukowego; na liście donatorów znaleźli się m.in. Edward Rastawiecki, hrabia Aleksander Przeździecki, poeta Franciszek Wężyk, historyk Karol Szajnocha. Prosząc w maju 1859 r. o wsparcie J. I. Kraszewskiego Łoski podkreślał, iż ważniejszy od datku będzie przykład pisarza, „gdyż literaci, artyści i amatorzy obojętni się okazali”²⁰. Wśród instytucji, do których wystosował apel o wsparcie, znalazło się także Krakowskie Towarzystwo Sztuk Pięknych. „(...) Ośmielam się udać do Szanownej Dyrekcji Towarzystwa Sztuk Pięknych z prośbą o pomoc w tym przedsięwzięciu, przekonany bowiem jestem, że zamiar uczczenia pamięci znakomitego malarza nie może być obojętnym światłym członkiem tej Instytucji, zwłaszcza zamieszkałym w Krakowie, rodzinnym mieście Czechowicza, w którym wiele jego utworów znajduje się” – pisał²¹.

W swoich wysiłkach Łoski znalazł poparcie redakcji „Kuriera Warszawskiego”, dzięki czemu udało mu się zgromadzić potrzebne środki i ufundować skromny pomnik malarza w kościele oo. Kapucynów w Warszawie, gdzie Czechowicz został pochowany. „Gdyby nie gorliwość znanego badacza, wydawcy cennych pomników sztuki, miłośnika przeszłości ojczyznej, p. Józefa Łoskiego «ziomkowie» do dzisiejszego dnia może jeszcze nie zdobyliby się na żaden znak pamięci o zasłużonym człowieku” – w kilkanaście lat później pisano na łamach „Kłosów”²².

Jesienią 1857 r. Łoski bawił na kuracji w Ostendzie, następnie przebywał w Paryżu, „gdzie trzy tygodnie bardzo szybko ale razem mozolnie zbiegło mi na oglądaniu wszelkich ciekawości tej stolicy świata” – pisał do K. Szajnochy. Wracął przez Berlin, następnie zбочzył do Krakowa, nęcącego go od dawna „swoimi grobami i tylu innymi wspomnieniami przeszłości naszej”. Zwiedzanie Krakowa trwało tydzień; oprowadzali go Józef Łepkowski i malarz Władysław Łuszczkiewicz. W Krakowie Łoski poznał Ambrożego Grabowskiego, który ofiarował mu dzieło zawierające poezję i mowy sejmowe jego przodka, Franciszka Alojzego z Łosia Łoskiego, sekretarza króla Jana III Sobieskiego, sędziego grodzkiego i chorążego warszawskiego, regenta koronnego²³.

Postacią tą zainteresował się już wcześniej z inspiracji K. Szajnochy, który radził mu wydanie pism jego przodka Franciszka. Łoski miał wątpliwości, czy „staroświeckie i tak pobożne wiersze osobno wydane znalazłyby czytelników”, prosił jednak Szajnochę, by mógł mu wydać je w ramach „Biblioteki Polskiej” Kazimierza Józefa Turowskiego²⁴. Do opublikowania wierszy nie doszło, natomiast efektem poszukiwań źródłowych stał się artykuł biograficzny o Franciszku Łoskim, opublikowany w 1864 r. w „Bibliotece Warszawskiej”²⁵. W dziełku tym Łoski zawarł również genealogię własnego rodu.

Łoski zainteresował się również życiem i działalnością Wojciecha Jakubowskiego,

marszałka polnego Francji, w latach 1755-1784 tajnego agenta dyplomatycznego Francji w Polsce, ożenionego z babką Łoskiego. Chciał opublikować jego biografię, uzupełniając ją o tajne dokumenty dyplomatyczne z tego okresu, zdawszy zaś sobie sprawę, że będzie to niemożliwe z uwagi na cenzurę w Królestwie, prosił Stanisława Koźmiana o zainteresowanie projektowanym wydawnictwem Poznańskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk lub któregoś z księgarzy poznańskich²⁶. I tym razem zamiar się nie powiódł, a skromna biografia Jakubowskiego ukazała się jedynie na łamach „Biblioteki Warszawskiej” oraz w postaci broszury²⁷.

U siebie w Kostomłotach Łoski prowadził poszukiwania archeologiczne tzw. „stacji krzemienych”, kierując się wskazówkami otrzymanymi od początkującego wówczas Zygmunta Glogera. Odkopał pozostałości osadnictwa neolitycznego i narzędzia krzemienne²⁸.

Obok pisarstwa, poszukiwań źródłowych i archeologicznych Łoski zajmował się również sprawami publicznymi. Był m.in. prezesem budowy dróg w powiecie białskim, pełnił godność członka Rady Powiatu. Gorzej przedstawiały się jego sprawy finansowe. Kostomłoty były poważnie zadłużone w Towarzystwie Kredytowym Ziemi, a racjonalnej gospodarce nie sprzyjały stałe rozjazdy, działalność literacka i obywatelska w powiecie. W 1862 r. Apolonia Łoska sprzedała 1/20 część dóbr, rok później Józef pożyczył od matki 18 tys. rubli, wzięwszy na siebie jednocześnie cały ciężar prowadzenia folwarku. Uwłaszczenie w 1864 r. oddało w ręce rodzin chłopskich 1508 morgów, tudzież „prawo pasania wszystkiego roboczego i nieroboczego inwentarza na polach dworskich po zebraniu z nich zboża i wspólnie z dworem na dworskich pastwiskach i łąkach po skoszeniu trawy”. Chłopi uzyskali także prawo rybołówstwa. W 1865 r. Łoski otrzymał pierwsze ostrzeżenie, że dobra mogą zostać wystawione na licytację za długi, w 1869 r. zajęto nawet na pewien czas folwark, gdyż właściciel nie zapłacił zaległych rat w wysokości 2519 rubli. W 1875 r. Kostomłoty wystawiono ostatecznie na licytację. Zostały zakupione przez spółkę z Węgrowsa: Ludwika Zalewskiego, Berka Złotowskiego i Mendla Rukalskiego za 35 001 rubli srebrem²⁹. Latem tego roku odwiedził Kostomłoty Gloger i nie zastał już właściciela.

W ten sposób Łoski utracił ojcowiznę. Materialne zabezpieczenie bytu zapewniała mu posada radcy Towarzystwa Kredytowego Ziemi w Siedlcach (które zlicytowało mu majątek!). W 1876 r. kandydował do dyrekcji siedleckiej Towarzystwa, „aliści na parę dni przed wyborami Łoski zdecydował się na kandydaturę do Dyrekcji Głównej – zanotował w swoim pamiętniku Kajetan Kraszewski. – a to głównie z tego powodu, że dotychczasowi radcy Dyrekcji Szczegółowej w Siedlcach chcąc się na miejscach utrzymać, obiecali forytować Łoskiego z bojaźni, aby który z nich z miejsca nie wyleciał, ogromnie więc za nim forowali”. W wyniku wyborów Łoski został wybrany do Dyrekcji Głównej w Warszawie, co zapewniło mu względną niezależność finansową i umożliwiło dalszą pracę na polu historyczno-literackim. Wybór zawdzięczał sympatii, jaką się cieszył wśród podlaskiego ziemiaństwa. „Uradowałem się z tego rezultatu wyborów” – zapisał Kraszewski³⁰.

W latach siedemdziesiątych na łamach „Kłosów” i „Tygodnika Ilustrowanego” Łoski opublikował całą serię artykułów dotyczących różnych miejscowości i zabytków południowego Podlasia. Wydawałoby się, że z tych publikacji czerpał znaczne dochody. Nie było to prawdą, gdyż redaktorzy pism naukowych nie płacili wówczas honorariów, autor musiał być własnym mecenasem, a pisał głównie dla sławy i społeczeństwa³¹. Osobne wydania swoich artykułów Łoski drukował własnym nakładem. Do publikacji sam zazwyczaj przygotowywał ilustracje. Tak było w przypadku opisów kodeńskich i następnych artykułów. Okazał się uzdolnionym rysownikiem i zawdzięczamy mu szereg rysunków Podlasia reprodukowanych w postaci litografii. W latach 1856-1859 był np. stałym współpracownikiem firmy litograficznej Pecq Adolf i ska przy ulicy Miodowej w Warszawie³², później współpracował z szeregiem innych firm.

Po wspomnianych artykułach dotyczących portretów Sapiehów Łoski powrócił znów do zabytków i przeszłości Kodnia, opisał Janów Podlaski, jego zabytki i pamiatki po biskupie Adamie Naruszewiczu, dwór Wężyków w Witulinie, Rozkosz, Konstantynów – zwany niegdyś Koziarami – własność Aleksandrowiczów, Jabłoń, Cieleśnicę³³.

Łoski bywał także w Romanowie, należącym do przywoływanego już Kajetana Kraszewskiego, najmłodszego brata Józefa Ignacego. Oprócz zamiłowania do muzyki i astronomii, Kajetan przejawiał również zainteresowanie dziejami ojczyznymi i próbował sił na polu literackim. Napisał kilkanaście dzieł literacko-historycznych i kilka opowiadań z przeszłości Podlasia. W Romanowie zgromadził liczącą około 9 tysięcy tomów bibliotekę, posiadał bogate archiwum i zbiory malarstwa.

Łoski nie omieszkał opisać zbiorów właściciela Romanowa, który był dla niego wzorem do naśladowania, ideałem ziemianina i patrioty. „Mieszczą się tu bowiem – pisał – drogie i mało znane zbiory naukowe, w tej więc odludnej i pępnej okolicy Romanów dla spragnionego umysłu jest jakby ponętną oazą, którą z radością wśród pustyni spotyka”³⁴. Pisząc o pępności i bezludności okolicy, Łoski miał na myśli chyba głównie wartości kulturalne, zbiory i kolekcje sztuki, księgozbiory. „Z powyższego wyliczenia przekonać się można, że stara Romanowska siedziba przewyższa wiele głośnych rezydencji, nie zawierających wszakże nic z tego wszystkiego, co przemawia do duszy i wyobraźni” – podsumował swój opis.

Rzeczywiście, w drugiej połowie XIX w. na Podlasiu niewiele pozostało ze wspnianych niegdyś zbiorów sztuki i bibliotek w magnackich rezydencjach. Zamek Radziwiłłów w Białej leży już w gruzach i nic nie pozostało z jego wyposażenia, biblioteka założona przez Jana Fryderyka Sapiechę w Kodniu, wzbogacana przez jego następców, została wywieziona do Warszawy, a sam Kodeń popadł w ruinę, ze zbiorów sztuki pałacu w Radzynie pozostały marne resztki, podobnie w Siemiatyczach i Kocku Anny z Sapiehów Jabłonowskiej. „Gdy przy dzisiejszej zmianie wyobrażeń, wszystkie wspomniane wyżej miejscowości świecą tylko pustkami, tym bardziej cenić należy tworzenie na prowincji zbiorów naukowych, które jednak tylko wtedy mogą pożądaną wydawać owoce, jeżeli, jak to widzimy w Romanowie, sam

właściciel, dając przykład wytrwałej i wielostronnej pracy, zbiory swe dla pożytku drugich, z największą uprzejmością otwiera”- wyraził opinię Łoski³⁵.

Na uwagę zasługują nie tylko szczegółowe opisy, dokładność relacji, doskonała znajomość koneksji rodzinnych i szczegółów genealogicznych, rozległa wiedza Łoskiego na temat historii Rzeczypospolitej i Podlasia. Interesował się szczególnie dworskimi i rodzinnymi archiwami, jak przykładowo w Cieleśnicy i Romanowie, prowadził kwerendy w Archiwum Koronnym i Bibliotece Szkoły Głównej. W tej ostatniej odnalazł w zbiorach rękopisów dziennik poselstwa właściciela Konstancy-nowa – Tomasza Aleksandrowicza do Turcji, który zaginął, niestety, w czasie II wojny światowej³⁶.

W połowie lat siedemdziesiątych XIX w., po przeniesieniu się na stałe do Warszawy, zaczęła dojrzewać w Łoskim myśl zebrania najwartościowszych rycin i sztychów z polskich zbiorów i ich opublikowania. W czasie licznych odwiedzin kolekcjonerów i galerii dzieł sztuki miał możliwość obejrzenia wielu prac rytowników minionych wieków. Przedsięwzięcie wymagało sponsorów; wszak raz już nie udało się opublikować rysunków Sapiechów. Łoski postanowił więc wydawać ryciny w postaci kolejnych zeszytów. Pomysł swój skonsultował z szerokim kręgiem specjalistów, historyków, literatów, radą służył mu m.in. Władysław Kazimierz Wóycicki³⁷.

W 1877 r. wspólnie ze znanym fotografem, Melecjuszem Dutkiewiczem, Łoski zaczął gromadzić materiały do swego dzieła. Pod datą 5 grudnia 1877 r. K. Kra-szewski zanotował: „Dziś odjechali p. Łoski Józef i M. Dutkiewicz, fotograf warszawski, którzy tu przybyli dla robienia fotografii z niektórych starych portretów z mego zbioru, wydają bowiem galerię starych portretów i już zebrali rzeczy bardzo ciekawe i piękne z gmachów rządowych w Warszawie, z galerii Wilanowskiej, Zamoyskich etc, etc...”³⁸.

Pierwszy zeszyt „Rycin Polskich i Obcych Rytowników XVII i XVIII wieku” ukazał się w 1878 r. w Warszawie, przygotowany w fotodrukarni M. Dutkiewicza, a odbity w zakładzie Jana Noskowskiego przy ulicy Mazowieckiej. Zawierał 6 rycin Jeremiasza Falcka, m.in. podobizny króla Władysława IV, Fryderyka III króla Danii, Karola Gustawa króla Szwecji, Bogusława Radziwiłła. Łoski przygotował tekst objaśniający oraz dołączył katalog wszystkich znanych mu rycin Falcka. Dzieło ukazało się nakładem autora, a jego cena wynosiła 3 ruble.

Następne zeszyty, zawierające od 6 do 9 rycin każdy, poświęcone były Falckowi i Wilhelmowi Hondiusowi. W 1878 r. ukazało się łącznie 11 zeszytów z rycinami i tekstem, po czym Łoskiemu zaczęło brakować gotówki, wystąpiły trudności ze sprzedażą dzieła, interes okazywał się deficytowy. Na dodatek autor zaczął podupadać na zdrowiu i choroba przykuwała go na długie tygodnie do łóżka. Większość spraw załatwiał poprzez korespondencję. Zachowała się np. część jego listów do Stanisława Tomkowicza w Krakowie, który pomagał mu w gromadzeniu materiału ilustracyjnego do „Rycin...” i w sprzedaży poszczególnych zeszytów. „Najmocniej przepraszam, że dotąd nie nadesłał fotografii, przyczyną tego jest od trzech miesięcy zatrzymujące mnie w łóżku cierpienie krzyża, które mi wszelkie czynności

utrudnia – pisał do Tomkowicza 28 listopada 1881 r. – Pomimo to kontynuuję moje wydawnictwa, ogólnego zbioru Rycin polskich wydają już zeszyt 21. Obok tego wydałem osobno Ryciny polskie Falcka, których egzemplarz przesyłam, może się amator znajdzie w Krakowie”. Prosił ponadto o zaproponowanie kupna albumu z rycinami Falcka (w cenie 16 rubli) Muzeum Czartoryskich i sporządzenie wypisu rycin Falcka z katalogu rytowników Rastawieckiego, za co zobowiązał się zapłacić³⁹.

W sprzedaży dzieł i gromadzeniu materiałów pomagał mu także znany numizmatyk, Władysław Bartynowski⁴⁰. Do „Rycin...” Łoski sam przygotował tekst informacyjny w języku francuskim: „Gravures du XVII et XVIII siècle, portraits de personnages historiques”, wydrukowany w 1878 r.

Mimo trudności finansowych i choroby Łoski drukował kolejne zeszyty. Do 1882 r. udało mu się wydać łącznie 22 zeszyty „Rycin...”. Mankamentem wydawnictwa była niekonsekwencja w doborze rycin; przekazywano je do druku sukcesywnie, w miarę robienia odbitek. Wynikało z tego pomieszanie prezentowanych osób, zdarzeń i faktów. Było to jednak przedsięwzięcie poważne, które przyniosło autorowi rozgłos w Warszawie i środowiskach literacko-historycznych Królestwa Polskiego oraz Galicji.

Efektorem zainteresowań Łoskiego dziejami litografii był jego artykuł o Wilhelmie Hondiusie, o którym pisał w 1882 r. na łamach „Tygodnika Ilustrowanego” i „Biblioteki Warszawskiej”⁴¹. Do szczegółów biograficznych dołączony został spis 159 znanych Łoskiemu rycin, map i planów Hondiusa. W „Kłosach” rok wcześniej pisał o Jeremiaszu Falcku. Nie zasklepiął się w historii grafiki i Podlasia. Opublikował m.in. artykuł o Tomaszu hr. Ostrowskim (1735-1817)⁴².

Zapewne w trakcie prac nad „Rycinami...” Łoski zainteresował się jeszcze bliżej epoką Sobieskiego. Zbliżała się dwusetna rocznica odsieczy wiedeńskiej. W 1880 r. opublikował w „Bibliotece Warszawskiej” artykuł na temat odnalezionych we Francji części pomnika Jana III Sobieskiego⁴³, w tym samym roku rozszerzoną wersję artykułu z licznymi ilustracjami wydał jako oddzielną publikację *Pomnik Jana Sobieskiego na pamiątkę zwycięstwa pod Wiedniem 1683. Rzeźba Piotra Vaneau*. Bezpośrednim powodem pracy był artykuł na ten temat w paryskiej „Gazette des Beaux Arts”. Łoski sprostował nieścisłości, jakie dotyczyły tej sprawy. Tekst dzieła świadczy nie tylko o doskonałej znajomości epoki, ale także o smaku artystycznym i rozległej wiedzy autora z zakresu rzeźby. Mimo braku wykształcenia akademickiego, Łoski znał się na krytyce źródeł, przy tym władał biegle francuskim i niezłą łaciną.

Odnalezione fragmenty nie były projektem grobowca, lecz drewnianym pomnikiem przeznaczonym do ustawienia w pomieszczeniu. Część rzeźb znajdowała się w zamku Branickich w Montresor, reszta były rozproszone po prywatnych zbiorach francuskich. Vaneau uwiecznił Jana III na piedestale w stroju rzymskim i wieńcu laurowym. Boki piedestału zdobiły płaskorzeźby ze scenami alegorycznymi z życia króla, na podstawie umieszczono postacie 4 niewolników symbolizujących narody wojska Kara Mustafy. Łoski wyraził nadzieję, że poszczególne części zostaną zebrane

razem, co umożliwi zrobienie odlewu. Wspomniał też o nie przyjętym przez Stanisława Augusta gipsowym projekcie pomnika Jana III, znajdującym się w Gabinetie Gipsów w Warszawie, a wykonanym przez Le Bruna lub Monaldiego. Zasugerował, by projektowany pomnik króla, który miał stanąć w Krakowie, zestawić z tych dwóch dzieł.

W tym czasie pracował już nad wydawnictwem stanowiącym ukoronowanie jego pasji historycznych. Przygotowywał album opatrzony tekstem, prezentujący ryciny dotyczące epoki Jana III Sobieskiego. Przy okazji poszukiwań publikował artykuły i przyczynki dotyczące tego okresu. W 1882 r. ukazały się rozprawki o obrazie Matki Boskiej znalezionym przez króla w czasie wyprawy wiedeńskiej i zabytków warszawskich związanych z Sobieskim, życiorysy hetmana Stanisława Jabłonowskiego, Marcina ordynata Zamoyskiego, podskarbiego wielkiego koronnego i uczestnika bitwy pod Wiedniem, wreszcie wezyra tureckiego Kara Mustafy⁴⁴.

Rok 1883 przyniósł wydanie dzieła *Jan III Sobieski, jego rodzina, towarzysze broni i współczesne zabytki*. Ozdobiona 50 rycinami księga uzyskała zezwolenie cenzury rosyjskiej na druk w listopadzie 1882 r. Jak zwykle Łoski wydawał dzieło kolejnymi zeszytami, własnym nakładem, w drukarni Józefa Ungera w Warszawie. Ryciny i oprawę przygotowano w drukarni F. A. Barthela w Lipsku. W przedmowie autor napisał: „Celem tej publikacji jest oddanie hołdu pamięci króla Jana i towarzyszy jego wypraw wojennych – nie mogąc zamieścić tu wszystkich, którzy w obronie chrześcijaństwa zaszczytnie się odznaczyli, dajemy wizerunki głównych bohaterów tej narodowej epepei (...). W artystycznej części dzieła staraliśmy się o ścisłe zachowanie charakteru epoki, dlatego też wybór portretów był przedmiotem szczególnej naszej troski. Lubo posiadamy z czasów Sobieskiego wiele rycin przedstawiających znakomitych ludzi i ważniejsze wypadki tego panowania, daliśmy pierwszeństwo przechowującym się w najbogatszych zbiorach obrazom oryginalnym jako dającym więcej rękojmi podobieństwa i prawdy, od sztychów, z których znaczna część robiona za granicą, zwykle fantazyjnie jest traktowana”⁴⁵.

Podobnie jak przy „Rycinach...” całą pracę Łoski wykonał w łóżku, załatwiając korespondencyjnie dobór reprodukcji i sprzedaż poszczególnych zeszytów. W kompletowaniu fotografii pomagał mu m.in. malarz i literat, kustosz Muzeum Lubomirskich we Lwowie, Edward Pawłowicz. Dziękując mu za pomoc, 9 lutego 1883 r. Łoski prosił go o fotografię obrazu przedstawiającego ucztę w Jaworowie, przesyłając na ten cel 6 rubli⁴⁶. 26 kwietnia pisał z kolei do S. Tomkowicza, że brakuje mu portretu Marcina Kątskiego, „gdyż ten z Wilanowa wydaje się mu podejrzany”, prosił o poszukanie w katalogu rycin Muzeum Czartoryskich i nie pomylenie z synem Kątskiego – Stanisławem, również generałem artylerii⁴⁷. Podobnie jak poprzednio, Tomkowicz pomagał mu w rozprowadzaniu dzieła, m.in. w trakcie krakowskiej wystawy poświęconej 200. rocznicy odsieczy wiedeńskiej. Łoski miał nadzieję, „że przy tak licznym zjeździe znajdą się może amatorowie” i przesłał Tomkowiczowi 15 egzemplarzy. Sam nie mógł z uwagi na chorobę pojechać na wystawę, prosił o reprodukcje zbroi husarskich i pancernych z czasów Sobieskiego znajdujących się

w Podhorcach i piękniejszych portretów Sobieskiego, a także o umieszczeniu na wystawie egzemplarza wydawnictwa *Pomnik Jana III*, gdyż ostatni swój egzemplarz wysłał na wystawę do Wiednia⁴⁸.

Do kwerend i prac związanych z reprodukowaniem obrazów oraz sztychów Łoski włączył szerokie grono osób. Niektórym z nich płacił, inne wspomagały jego wysiłki bezinteresownie. „Pan Łoski życzyłby ten drzeworyt nabyć do swojej książki o pomnikach Sobieskiego, prosi tylko, żeby przez zdolnego artystę był rytowany” – pisał malarz Aleksander Lesser do Marcina Olszyńskiego 10 maja 1883 r. o fotografii zbroy Jana III⁴⁹. Łoski znów z trudem nadażał za rosnącymi wydatkami.

Składające się z 6 zeszytów (i jednego dodatkowego) dzieło zadedykował Aleksandrze hrabinie Potockiej, której „troskliwa opieka nad pamiątkami po Janie III w Wilanowie i ciągle upiększanie tej ulubionej jego rezydencji, budzi wdzięczność dla dostojnej tego miejsca właścicielki”. Oprócz wizerunków Sobieskiego, jego rodziny, dostojników cywilnych i wojskowych, przedstawiono m.in. trofea wojenne, rezydencje Sobieskiego (Olesko, Złoczów, Żółkiew, Jaworów, Pomorzany, Pilaszko-wice), pamiątki po nim, jego fundacje, pomniki wzniesione na jego cześć, grobowce Sobieskich i medale poświęcone Janowi III. Księga składała się z 37 rozdziałów, a wśród prenumeratorów znaleźli się m.in.: hr. Potocka, wdowa po generale Kickim – Natalia, hr. Stanisław Zamoyski, hr. Konstanty Przeździecki, malarz A. Lesser i wiele innych osobistości z kręgów arystokracji, świata nauki i sztuki.

Dzieło Łoskiego zostało życzliwie przyjęte przez środowiska naukowe i literackie Królestwa i Galicji, stało się znaczącym elementem obchodów dwusetnej rocznicy odsieczy wiedeńskiej, a jemu samemu zapewniło na stałe miejsce wśród badaczy i popularyzatorów epoki Sobieskiego. Ukazało się kilka życzliwych recenzji. „Życiorysy współczesników Jana III są krótkie, lecz informują dokładnie, co w połączeniu z udatnością podanych rycin bardzo dobrze rekomenduje wydawnictwo” – pisał na łamach „Prawdy” Władysław Smoleński po ukazaniu się zeszytów 2, 3 i 4 dzieła. „Uznanie wyrażone z okazji zeszytów poprzednich stosuje się i do wydanych obecnie” – potwierdzał swoją ocenę Smoleński po wydrukowaniu zeszytów 5 i 6⁵⁰.

Łoski zdobył uznanie również za granicą. Paryskie pismo „Art” zamieściło recenzje „Rycin...”, *Pomnika Jana III...* i dzieła o Sobieskim. Także prasa angielska publikowała wzmianki o pracach Józefa Łoskiego, a muzea londyńskie prenumerowały kolejne zeszyty jego wydawnictw⁵¹.

Jan III Sobieski, jego rodzina, towarzysze broni i współczesne zabytki okazało się ostatnim dziełem Łoskiego. Autor zmarł po kilkuletniej, przykuwającej go do łóżka chorobie 13 stycznia 1885 r. w Warszawie. Nie założył rodziny i nie pozostawił potomstwa. Nabożeństwo żałobne odbyło się 15 stycznia w kościele Świętego Krzyża, a następnie pogrzeb na Cmentarzu Powązkowskim. W prasie warszawskiej ukazały się nekrologi i wspomnienia pośmiertne, ale śmierć Józefa Łoskiego przyćmiły zgony biskupa Kaspra Borowskiego i Antoniego Odyńca, zmarłych 15 stycznia, którzy znaleźli się w centrum zainteresowania dzienników i czasopism.

„Łoski jako człowiek prawy i zacny obywatel, niosący usługi własnemu spo-

łeczeństwu, dobrze się zasłużył ogółowi i pozostawił po sobie trwałe a chlubne wspomnienie – pisał „Kurier Warszawski”. – Nie doznawał należnego poparcia od publiczności, mimo to nie ustawał w trudach i złożył znaczne ofiary na ołtarzu bezinteresownego tego wydawnictwa” – zauważył autor wspomnienia ukrywający się pod kryptonimem K. W., omawiając sprawę „Rycin...” i trudności z ich wydawaniem. „Zmarły należał do umysłów otwartych, oddany swej specjalności, interesował się jednak wszystkim, co kraju tyczyło. Niezmiernie skromny, nie dbał o reklamę, dlatego i prasy obwiniać nie można o milczenie, skoro proszony o informacje co do strony technicznej wydawnictw swoich, stale ich odmawiał”⁵².

W podobnym tonie „Tygodnik Ilustrowany”, na którego łamach Łoski ogłosił wiele swoich artykułów, podkreślał: „niepospolity znawca archeologii i sztuki plastycznej, lubownik dawnych jej zabytków, zasłużony poszukiwacz i wydawca krajowych pamiątek”, zaznaczając ponadto, że ogół znał go mało z powodu skromności i unikania reklamy⁵³. Adam Pług w obszernym wspomnieniu w „Kłosach” odnotował: „Wszystko wykonywał nie dla zysku materialnego i rozgłosu, lecz jedynie w tym celu, aby dać spóźniekom swym poznać, uczcić i ukochać, co sam czcił i kochał najmocniej”⁵⁴. Rychło jednak jego osoba i dokonania poszły w zapomnienie, nikt nie kontynuował jego prac. Pozostały jedynie jego wydawnictwa, rysunki, nieco korespondencji rozproszonej po różnych bibliotekach i archiwach oraz nieliczne wzmianki w pamiętnikach i wspomnieniach.

PRZYPISY

- 1 S. Szenic, *Cmentarz Powązkowski 1851-1890. Zmarli i ich rodziny*, Warszawa 1982.
- 2 Por. T. Komorowska, *Gloger, opowieść biograficzna*, Warszawa 1985 (tamże obszerna bibliografia); A. Kołodziejczyk, *Tymoteusz Luniewski (1847-1905)*, „Ze skarbcza kultury” 1990, z. 50, s. 103-134; T. Mencil, *W cieniu wielkiego brata – Kajetan Kraszewski (1827-1896)*, w: *Losy Polaków w XIX-XX w. Studia ofiarowane Profesorowi S. Kieniewiczowi w osiemdziesiątą rocznicę Jego urodzin*, Warszawa 1987, s. 598-614.
- 3 *Unikat urodzenia*, t. 1826-1844, k. 22, poz. 8. Księga w archiwum parafialnym w Kodniu.
- 4 A. Boniecki, *Herbarz polski*, t. XVI, Warszawa 1913, s. 5-8; Państwowe Biuro Notarialne w Białej Podlaskiej (hipoteka), Księga Wieczysta nr 268 – „Kostomłoty”.
- 5 Ossolineum: korespondencja Karola Szajnochy, rkps 5878/II, k. 115-118. List J. Łoskiego z 29 XI 1857.
- 6 *Ksiądz Paweł Szymański*, „Biblioteka Warszawska” 1853, t. III, s. 173-182. Por. *Słownik polskich teologów katolickich*, t. 4, Warszawa 1983, s. 292-293.
- 7 „Ateneum” 1844, t. IV, s. 187.
- 8 J. Łoski, *Genealogia portretowa Sapiechów w kościele parafialnym Świętej Anny w Kodniu*, „Biblioteka Warszawska” 1856, t. II, s. 588-600; osobne wydanie, Warszawa 1856 (w drukarni „Gazety Codziennej”).
- 9 Bibl. Jagiel.: korespondencja J. I. Kraszewskiego, rkps 6470/IV, k. 515-516. List J. Łoskiego z 23 V 1859.
- 10 Por. M. Suchołolska, I. Jakimowicz, J. Jaworska, *Rysunki z kolekcji J. I. Kraszewskiego w Muzeum Narodowym w Warszawie*, Warszawa 1961, s. 129-139.
- 11 J. Łoski, *Genealogia portretowa Sapiechów...*, s. 598-599.
- 12 J. Łoski, *Portrety książąt Sapiechów w Kodniu*, „Tygodnik Ilustrowany” t. X, 1872, nr 240, s. 52-54.
- 13 J. Łoski, *Obraz M. Panny Maryi Kodeńskiej*, tamże, t. XII, 1873, nr 290, s. 28-30, 32.

- 14 Szerzej: A. Kołodziejczyk, *Portrety Sapiehów*, „Spotkania z Zabytkami” 1989, nr 1, s. 14-17.
- 15 J. Łoski, *Cerkiew zamkowa w Kodniu oraz znajdujący się w niej nagrobek Jana Sapiehy wojewody podlaskiego*, „Biblioteka Warszawska” 1857, t. IV, s. 725-726.
- 16 Tamże, s. 730. Archiwum to, a przynajmniej znaczna jego część, ocalało i znalazło się w posiadaniu K. Kraszewskiego w Romanowie. Kraszewski wykorzystał je przy pisaniu powieści *Tradycje kodeńskie. Opowiadanie z lat 1790-1792*, „Kłoso” 1882, nr 883-897 i w postaci oddzielnego tomu, Kraków 1893. Cerkiew kodeńska popadła w ruinę. M. Tański, *Ruiny cerkwi zamkowej w Kodniu*, „Tygodnik Ilustrowany” t. II, 1883, nr 37, s. 176.
- 17 Muzeum i biblioteka zostały zamknięte z polecenia margrabiego Aleksandra Wielopolskiego, który był jednym ze spadkobierców Świdzińskiego. Po wygrananiu długotrwałego procesu sądowego zdecydował on o włączeniu zbiorów do ordynacji myszkowskiej i ulokowaniu ich w Chrobrzu. Mianowany w testamencie Świdzińskiego kuratorem muzeum i biblioteki historyk Julian Bartoszewicz, którego Łoski znał osobiście, popadł w związku z tym w ostry zatarg z margrabią, co zamknęło mu drogę do katedry w Szkole Głównej. Szerzej, (W. Przyborowski), *Historia dwóch lat (1861-1862) przez Z.L.S.*, t. I, Kraków 1892.
- 18 J. Łoski, *Biblioteka i Muzeum Świdzińskiego*, Warszawa 1857, s. 80.
- 19 Tamże, s. 81.
- 20 Bibl. Jagiel.: korespondencja J. I. Kraszewskiego, rkps 6470/IV, k. 516. List J. Łoskiego z 23 V 1859.
- 21 Bibl. PAN Kraków: rkps 1850, k. 41-42. List J. Łoskiego z 3 IX 1859.
- 22 *Nagrobek Czechowicza w kościele po-Kapucyńskim w Warszawie*, „Kłoso” t. XXXIII, 1881, nr 837, s. 23.
- 23 Ossolineum: korespondencja K. Szajnochy, rkps 5878/II, k. 115-118. List J. Łoskiego z 29 XI 1857.
- 24 Tamże.
- 25 J. Łoski, *Franciszek z Łosia Łoski, podkomorzy warszawski, regent koronny*, „Biblioteka Warszawska” 1864, t. II, s. 325-349.
- 26 Bibl. PAN Kraków: korespondencja S. Koźmiana, rkps 2210, t. 9, k. 36-38. List J. Łoskiego z 24 II 1868.
- 27 J. Łoski, *Wojciech Jakubowski – marszałek polny wojsk francuskich*, „Biblioteka Warszawska” 1873, t. IV, s. 256-277 i osobne wydanie, Warszawa 1873, s. 25; „Tygodnik Ilustrowany” t. XII, 1873, nr 310, s. 273-274.
- 28 Z. Gloger, *Dolinami rzek. Opis podróży wzdłuż Niemna, Wisły, Bugu i Biebrzy*, Warszawa 1903, s. 160.
- 29 Państwowe Biuro Notarialne w Białej Podlaskiej (hipoteka), Księga Wieczysta nr 268 – „Kostomłoty”.
- 30 K. Kraszewski, *Silva rerum. Kronika domowa. Wspomnienia i zapiski dzienne z lat 1830-1881*. Maszynopis pamiętnika przygotowywanego do druku przez Ludową Spółdzielnię Wydawniczą w opracowaniu Z. Sudolskiego, s. 589-591.
- 31 J. Kulczycka-Saloni, *Życie literackie Warszawy 1864-1892*, Warszawa 1970, s. 20.
- 32 I. Tessaro-Kosimowa, *Historia litografii warszawskiej*, Warszawa 1973, s. 263.
- 33 J. Łoski, *Placencya, dawna rezydencja książąt Sapiehów w Kodniu*, „Kłoso” t. XXII, 1876, nr 569, s. 332; *Zabytki i wspomnienia z przeszłości Kodnia*, tamże, t. XXIII, 1876, nr 579, s. 72; *Pamiętki po Adamie Naruszewiczu w Janowie*, „Tygodnik Ilustrowany”, t. I, 1876, nr 15, s. 224-225; *Witulini*, tamże, t. I, 1876, nr 2, s. 17-18, 24; *Rozkosz*, tamże, t. II, 1876, nr 45, s. 291-294; *Konstantynów*, „Kłoso” t. XXII, 1876, nr 562, s. 215-218; *Jabłoń*, „Tygodnik Ilustrowany” t. II, 1876, nr 30, s. 49-50; *Cieleśnica*, tamże, t. V, 1978, nr 108, s. 39-40.
- 34 J. Łoski, *Romanów*, „Kłoso” t. XXIII, 1876, nr 578, s. 58.
- 35 Tamże, s. 59.
- 36 *Dyaryusz drogi stambulskiej posta Imci Witolda Alexandowicza, wysłanego od N. Stanisława Augusta r. 1766*. Por. H. Kozerska, *Straty w zbiorze rękopisów BUW w Warszawie w czasie I i II wojny światowej*, Warszawa 1960.
- 37 Bibl. Jagiel.: korespondencja K. W. Wóycickiego, rkps 7832/IV, k. 141. List J. Łoskiego z 16 VI 1877.

- 38 K. Kraszewski, dz. cyt., s. 628.
- 39 Bibl. PAN Kraków: korespondencja S. Tomkowicza, rkps 1986, k. 123-124. List J. Łoskiego z 28 XI 1881.
- 40 Ossolineum: rkps 12529/II, k. 343. Kopia listu W. Bartynowskiego z 20 II 1882.
- 41 J. Łoski, *Wilhelm Hondius, nadworny rytownik dwóch królów polskich*, „Biblioteka Warszawska” 1882, t. I, s. 357-368; „Tygodnik Ilustrowany” t. XIII, 1882, nr 316, s. 18; również odbitka, Warszawa 1882.
- 42 J. Łoski, *Tomasz Adam hr. Ostrowski*, „Tygodnik Ilustrowany” t. XIII, 1882, nr 330, s. 243-244.
- 43 J. Łoski, *Kilka słów z powodu znalezionej we Francji pomnika Jana Sobieskiego*, „Biblioteka Warszawska” 1880, t. III, s. 453-458.
- 44 J. Łoski, *Z roku 1683. Kilka słów o obrazie Matki Boskiej, znalezionej w czasie wyprawy wiedeńskiej*, „Tygodnik Ilustrowany” t. XIII, 1882, nr 338, s. 378-379; *Niektóre pamiątki po Janie III Sobieskim i jego rodzinie znajdujące się w Warszawie*, tamże, t. I, 1883, nr 21, s. 331, nr 22, s. 347-349; *Stanisław Jan Jabłonowski, hetman wielki koronny, kasztelan krakowski*, tamże, t. XIV, 1882, nr 341, s. 18, nr 342, s. 35-36, nr 343, s. 51-52; *Marcin ordynat Zamoyski, wojewoda lubelski, podskarbi wielki koronny*, tamże, t. XIV, 1882, nr 346, s. 101; *Kara Mustafa, wielki wezyr turecki*, tamże, t. XIV, 1882, nr 361, s. 338.
- 45 J. Łoski, *Jan III Sobieski, jego rodzina, towarzysze broni i współczesne zabytki*, Warszawa 1883 (wstęp).
- 46 Ossolineum: korespondencja E. Pawłowicza, rkps 6832 I.
- 47 Bibl. PAN Kraków: korespondencja S. Tomkowicza, rkps 1986, k. 127-128.
- 48 Tamże, k. 129-130. List J. Łoskiego z 25 VIII 1883.
- 49 *Warszawska „cyganeria” malarska. Grupa Marcina Olszyńskiego*, opracowali S. Kozakiewicz i A. Ryszkiewicz, Wrocław 1955, s. 310.
- 50 „Prawda” z 8 IX 1883, nr 36, s. 418; z 29 XII 1883, nr 52, s. 619.
- 51 „Kurier Warszawski” z 14 I 1885, nr 14 B, s. 3.
- 52 Tamże.
- 53 „Tygodnik Ilustrowany”, t. V, 1885, nr 107, s. 42.
- 54 A. Pług (A. Pietkiewicz), *Śp. Józef Łoski*, „Kłosa” t. XL, 1885, nr 1024, s. 102.

LOU HENRY HOOVER
– KOBIEITA NIEZWYKŁA I NIEZNANA FIRST LADY

Ostatnie lata w USA przyniosły ożywione zainteresowanie nie tylko prezydenturą, ale i pozycją oraz rolą żon prezydentów, czyli amerykańskich *First Ladies*¹. Ewolucja ich ról i coraz większa aktywność publiczna, mimo iż w sensie formalnoprawnym nie miały one obowiązków państwowych, stały się faktem oczywistym i bezspornym. Kolejne prezydentowe, w zależności od okoliczności, także od osobowości i predyspozycji, systematycznie poszerzały pole własnej aktywności, odchodząc z czasem od li tylko tradycyjnej, głównie reprezentacyjnej roli jako gospodyni Białego Domu.

Znakomitym tego przykładem jest żona prezydenta Herberta Clarka Hoovera, Lou Henry Hoover. Była jedną z najlepiej wykształconych prezydentowych, geologiem, poliglotką, globtroterem, osobą o szerokich horyzontach i rozległej wiedzy, także o sprawach międzynarodowych. Mimo iż posiadała atrybuty dające jej lepsze miejsce w amerykańskim panteonie, jej publiczny *image* daleki jest wciąż od faktycznego wizerunku tej światłej, elokwentnej i aktywnej w wielu dziedzinach kobiety². Była w swoim czasie liderką Girl Scouts, znaną działaczką kobiecych klubów, prekursorką w kontaktach z mass mediami i jedną z najinteligentniejszych mieszkanek Białego Domu, ale w amerykańskiej opinii publicznej do dziś przedstawiana jest nader stereotypowo. Jest to bezpośrednio następstwo krytycznego obrazu prezydentury Herberta Hoovera (1929-1993), utrwalonego na dobre w amerykańskiej historiografii. Częściowo też spowodowane było dbałością Hooverów o prywatność. W konsekwencji więc współcześni pisali o niej niewiele, a i nie zawsze obiektywnie, co w niemałym stopniu zaciążyło także na jej ugruntowanym *image*'u. Dopiero udostępniona badaczom w 1984 kolekcja jej papierów w Bibliotece Prezydenckiej Hoovera w West Branch umożliwiła podjęcie tej tematyki, a więc i bardziej zobiektywizowaną próbę oceny wieloletniej aktywności Lou Henry Hoover.

Lou była starszą córką Florence i Charlesa Henrych. Przyszła na świat 29 marca 1874 w małej wiosce Waterloo w stanie Iowa, nieopodal miejsca urodzin przyszłego małżonka, Herberta Clarka Hoovera. W 10 lat potem rodzina, w związku z chorobą matki, przeniosła się do Kalifornii, gdzie w niedużej kwakerskiej miejscowości Witthier ojciec był jednym z założycieli banku. Kilka lat później rodzina za-

mieszkała w innej bardzo malowniczej kalifornijskiej miejscowości, Monterey, gdzie ojciec nadal zajmował się bankierstwem³.

Dzieciństwo Lou upłynęło w dostatku i należało do bardzo szczęśliwych okresów w jej życiu, choć i potem powodziło się jej znakomicie. Była zresztą pupilką ojca, który nie mając męskiego potomka, wychowywał ją trochę – jak sama potem przyznała – jak chłopca. Wcześniej nauczyła się jeździć konno, lubiła wędkowanie, pływanie, wyprawy i włóczęgi w plener, co potem znalazło swoją kontynuację w podjęciu przez nią studiów geologicznych.

Ta energiczna i pełna wigoru dziewczyna zaskoczyła nawet najbliższych, oznajmiając o zamiarze studiowania geologii na nowo otwartym Uniwersytecie Stanforda. Choć jej pomysł początkowo nie znalazł zrozumienia nawet rodziców, przekonała ich, że odpowiada to jej naturze i zainteresowaniom. Mimo ich obaw, że w wiktoriańskim społeczeństwie nie jest to właściwie zajęcie dla kobiety, studiowała na Uniwersytecie Stanforda w latach 1894-1898, wyróżniając się nie tylko pilnością, ale i wynikami. Była pionierką, jedną z niewielu kobiet tam studiujących i pierwszą, która ukończyła geologię i inżynierię na tymże uniwersytecie. Tam też w laboratorium prof. Johna C. Brannera spotkała przyszłego męża, a kolegę po fachu, Herberta Clarka Hoovera. Ich kilkuletnia przyjaźń – mimo odmiennych temperamentów i osobowości, co przez lata intrygowało także rodzinę Lou – przerodziła się potem w dożgonną miłość⁴.

Lou po ukończeniu uniwersytetu wróciła do Monterey, ale nie znajdowała satysfakcji z dorywczych prac, które tam podejmowała. Interesował ją wielki świat, dalekie podróże, ciekawi ludzie. Było jej, jak się uskarżała matce i znajomym, po prostu za ciasno w tym małym miasteczku. Niebawem miało się okazać, że jej marzenia mogą być zrealizowane. Związane to było z decyzją o małżeństwie i wyjeździe do Chin. Przyjęła bowiem oświadczenia kolegi ze Stanfordu, młodego inżyniera, przebywającego w Australii i robiącego tam szybką karierę, Herberta Hoovera⁵. Zaproponowano mu intratną posadę głównego inżyniera w Chińskiej Spółce Wydobywczej, co otwierało przed nim zawrotną wprost karierę.

10 lutego 1899 r. w Monterey, tuż po powrocie Hoovera z Australii, odbył się ich ślub. Ceremonia była bardzo prosta, krótka i nietypowa, co odnotowali jej uczestnicy. Mimo iż rodzina wybranki należała do kościoła episkopalnego, a pan młody był kwakrem, ślubu udzielił im przyjaciel domu, ksiądz katolicki, Ramon Mestres⁶. W niespełną godzinę potem nowożeńcy udali się do San Francisco, a nazajutrz w daleką podróż do Chin, gdzie mieli spędzić prawie dwa lata, 1899-1900.

Ta „niezwykła przygoda chińska”, mimo iż przeżyli tam również niebezpieczne i trudne momenty w trakcie powstania bokserów, była – jak wspominała potem pani Lou – jednym z najbardziej ekscytujących i najszczęśliwszych okresów w jej życiu. W tym czasie zaczęła robić notatki, spisywać uwagi i spostrzeżenia o swoich chińskich doświadczeniach i przygodach, które zamierzała w przyszłości opublikować. Szkice i zapiski z tego okresu, znajdujące się w jej papierach, wskazują że była ona pilnym i uważnym obserwatorem, skrzętnie notującym ciekawe spostrzeżenia

i refleksje. Także jej korespondencja do rodziny i przyjaciół, pełna interesujących, często humorystycznych, komentarzy, świadczy o jej autentycznej pasji i żywym zainteresowaniu orientem⁷.

Fascynacja pani Lou Chinami i ich bogatą cywilizacją przetrwała długie lata. I choć nigdy nie zrealizowała ona swego wcześniejszego zamierzenia i nie opublikowała książki na temat Chin, niemniej do tej tematyki powracała nieraz i lubiła w gronie bliskich wspominać te czasy. Pozostała też na zawsze rozkochana w pięknej i misternej chińskiej porcelanie, której kolekcję skrupulatnie i systematycznie uzupełniała przez całe życie⁸.

Hooverowie, zauroczeni krajem swego pobytu, podjęli również naukę języka chińskiego. W odróżnieniu od małżonka, który szybko zaniechał tej trudnej edukacji, uzdolniona językowo pani Lou opanowała całkiem niezłe ten język, ułatwiając przy okazji kontakty ze służbą⁹.

W Chinach Hooverowie prowadzili dostatnie życie, goszcząc wielu znajomych i przyjaciół, głównie Amerykanów. Byli to przeważnie ludzie interesu, związani mniej lub bardziej z najrozmaitszymi formami eksploatacji bogactw chińskich. Otwarty dom Hooverów (w szczytowym okresie prowadzony ponoć przez kilkunastuosobowy zespół kucharzy, pomocy domowych i sprzątaczek) był częstym miejscem pogawędek, jak i poważnych pertraktacji biznesowych. Dobra kuchnia chińska oraz przemiła pani domu, umiejąca stworzyć sympatyczną atmosferę, były dodatkowym magnesem, przyciągającym coraz liczniejszych gości¹⁰.

Po powrocie z Chin Hooverowie urządzili się w Londynie, który na kilkanaście lat stał się ich domem i bazą wypadową do międzynarodowych podróży. Tu też 4 sierpnia 1903 przyszedł na świat ich pierwszy syn, Herbert. Jak głosiła rodzinna legenda swoje podróże malec rozpoczął w wieku 5 tygodni, a do roku życia okrążył dwukrotnie kulę ziemską. W 4 lata potem, 17 lipca 1907, po narodzinach drugiego syna, Allana, Hooverowie przenieśli się do Campden Hill, do dużego, starego domu, wypełnionego starociami i książkami. Był to dobrze znany ich przyjaciołom tzw. Czerwony Dom w Londynie, w którym gospodarze gościli wiele osób ze świata finansów i przemysłu oraz polityków, a także, choć znacznie rzadziej, artystów. Zresztą ci ostatni podejmowani byli częściej w letnim domku Hooverów w Stratford nad Avonem, historycznym miejscu urodzin Williama Szekspira. Tu spotykali się u nich m.in. Joseph Conrad i H. George Wells¹¹.

Hooverowie, choć nie należeli do czołówki socjety londyńskiej, nie mogli narzekać na brak towarzystwa, mieli bowiem własny krąg znajomych i przyjaciół. Była to bez wątpienia zasługa pani Lou, która umiała nawiązywać i kultywować kontakty oraz przyjaźnie. W ten sposób nie czuła się nigdy samotna ani beczynna, gdyż wspomagała męża – z właściwą sobie energią, wdziękiem i dyplomacją – we wszystkich jego poczynaniach. Nie bez jej udziału, choć nie miała potrzeby tego podkreślać, w przyszłości zawsze otaczało ich grono ludzi bliskich, zaufanych i oddanych „szefowi”.

Kolejne lata spędzali Hooverowie w najrozmaitszych zakątkach ziemskiego

globu, co wynikało z charakteru prac małżonka, inżyniera i geologa oraz eksperta ds. górnictwa, znanego powszechnie w świecie „doktora chorych kopalni”. W kręgach finansowo-przemysłowych uchodził on za cenionego fachowca w swej branży. Był też inicjatorem i założycielem różnych spółek i przedsięwzięć związanych z eksploatacją poszukiwanych surowców i kruszców. Hoover był już wtedy człowiekiem bardzo majątnym. Miał swoje udziały m.in. w nigeryjskich spółkach cynkowych, kanadyjskim złocie, transylwańskim węglu, kopalniach srebra w Birmie itp. Z tym też wiązały się liczne podróże, podczas których odwiedzał nie tylko państwa europejskie, ale m.in. Indie, Birmę, Kamerun, Koreę, Japonię, Afrykę Południową. W licznych podróżach w latach 1901-1912 towarzyszyła mu również małżonka, przemierzając wspólnie z nim kraje, które inni z trudem mogli umiejscowić na mapie¹². Pani Lou przy okazji tych wędrowek przeżywała kolejne fascynacje różnymi kulturami, odkrywając w nich zdumiewające piękno i bogactwo oraz intrygującą odmienność.

Lou Hoover wtedy dała się poznać wielu wizytującym ich gościom jako osoba czarująca, taktowna rozmówczyni i znakomita, o nienaganych manierach, pani domu. Była przy tym, podobnie jak małżonek, osobą wyculoną na prywatność i nie lubiła rozgłosu wokół siebie ani rodziny. Świetnie się czuła w gronie przyjaciół i osób znanych, choć – w odróżnieniu od męża – nie unikała nowych znajomości i z łatwością takie kontakty nawiązywała. Ich domy zawsze były otwarte dla przyjaciół i wszystkich amerykańskich inżynierów, geologów oraz ludzi biznesu, którzy współpracowali z Hooverem¹³. Coraz też częściej gościli tam politycy i dyplomaci, co w przyszłości okazało się nie bez znaczenia w karierze publicznej Hoovera.

Pani Lou od początku współpracowała z małżonkiem w sprawach zawodowych, głównie współredagując niektóre artykuły na temat geologii i górnictwa dla profesjonalnych pism. Pomagała mu także w przygotowaniu skryptu i podręcznika *The Principles of Mining* (1909). Ale prawdziwą jej pasją stało się niezwykle przedsięwzięcie, którego była inicjatorką i główną wykonawczynią.

Od 1908 Hooverowie zabrali się do bardzo ambitnego dzieła translatorskiego. Była do *De Re Metallica*, klasyczna łacińska praca George’a Bauera (powszechnie zwanego Agricolą), traktująca o górnictwie, metalurgii i przemyśle chemicznym. Książka ta nigdy nie była tłumaczona na język angielski bezpośrednio z oryginału, choć funkcjonowały jej angielskie tłumaczenia z XVII-wiecznych tekstów hiszpańskich¹⁴.

Hooverowie bez mała pięć lat studiowali ten problem, jeżdżąc nawet do Saksanii na rekonesans, wykonując liczne doświadczenia – eksperymenty opisywane przez Agricolę. Po kilku latach żmudnej pracy książkę opublikowano na koszt własny Hooverów w 1912. W dwa lata później 9 marca 1914 na uroczystym bankiecie Amerykańskiego Instytutu Inżynierii Górniczej w Baltimore – w uznaniu doniosłości tego dzieła translatorskiego – zostali oni odznaczeni złotym medalem. Faktycznie było to przedsięwzięcie zespołowe, choć powszechnie uznaje się, że to pani Hoover była w większej mierze wykonawcą tegoż tłumaczenia¹⁵. Warto dodać, że wiele lat potem, w 1931 roku, właśnie za tę pracę translatorską otrzymała ona honorowy

doktorat Goucher College'u. Uroczystość, z udziałem prezydentowej i 3 innych odznaczonych wtedy pań, odbyła się 24 kwietnia 1931 r.¹⁶.

Pierwsza wojna światowa przerwała błyskotliwą karierę zawodową Hoovera, który niebawem włączony został, a wraz z nim i małżonka, do działalności publicznej i politycznej. Jak wspominał potem, była ona najwierniejszym jego współpracownikiem i sojusznikiem w tych trudnych wojennych latach. Najpierw wspomagała go dzielnie przy ewakuacji ok. 120 tys. Amerykanów z Europy do USA, organizując kobiece kluby i stowarzyszenia, które zajmowały się pomocą ewakuowanym i prowadzeniem dla nich kuchni. Potem wspierała poczynania Komisji Pomocy Belgii oraz jej agend, którymi kierował Hoover. Wraz z innymi kobietami zaangażowana była w niesienie pomocy żywnościowej i medycznej ludności w Belgii oraz północnej Francji, a przede wszystkim organizowała pomoc dzieciom, tworząc sieć ochronek, kuchni i punktów medycznych. Niestrudzenie też, po powrocie do USA, gdzie udała się z synami jesienią 1914, prowadziła zbiórkę pieniędzy na akcję pomocy Belgii oraz innym państwom objętym pożogą wojenną i ogólnym chaosem. W tym czasie, wygłaszając w USA liczne przemówienia i apelując o pomoc charytatywną społeczności europejskiej, stała się, podobnie jak mąż, gorącą rzeczniką oszczędności i ekonomicznego wykorzystania żywności oraz surowców¹⁷.

W kolejnych latach, a zwłaszcza od kwietnia 1917 i przyłączenia się USA do pierwszej wojny światowej, Herbert Hoover stał się czołową osobistością nie tylko amerykańskiej sceny politycznej. Był on szefem Administracji Żywności, Europejskiego Funduszu Pomocy Dzieciom, przewodniczącym Korporacji Zbożowej USA oraz Alianckiej Rady Żywności, a od 1919 dyrektorem Amerykańskiej Administracji Pomocy. Stał się także bliskim współpracownikiem prezydenta Woodrowa Wilsona i jego administracji. Sprawował przy tym liczne inne funkcje, związane przede wszystkim z dystrybucją surowców i żywności, czym zasłużył na epitet „dyktatora żywności”. To właśnie od jego nazwiska, dla określenia ekonomicznego wykorzystania zapasów żywności i surowców, tak ważnych dla dalszego prowadzenia wojny, stworzono nowe słowo *hooverize*, będące w powszechnym użyciu w czasie pierwszej wojny światowej nie tylko w Stanach Zjednoczonych¹⁸. W Finlandii, w uznaniu zasług Hoovera i podjęcie za pomoc humanitarną, pojawiło się słowo *hooveri*, będące synonimem dobrego uczynku.

Po wojnie rozpoczęła się błyskotliwa kariera polityczna Hoovera, w budowaniu której i małżonka miała znaczący udział. W 1921 został on ministrem handlu w rządzie Warrena Gamaliela Hardinga, po czym sprawował ten urząd także za czasów Calvina Coolidge'a, nieprzerwanie do 1928, by potem sięgnąć po prezydenturę.

Od 1921 Hooverowie przez bez mała osiem lat mieszkali w Waszyngtonie w „kolonialnym domku ze ślicznym ogrodem”. Tu pani domu – z właściwym jej wdziękiem i urokiem – stworzyła prawdziwy dom. Organizowała też, zgodnie z utrwalonym zwyczajem, spotkania towarzyskie, na których bywał waszyngtoński establishment, oraz tradycyjne herbatki dla żon polityków z gabinetu (z czego potem miała zrezygnować¹⁹. Nie ulega wątpliwości, że to właśnie ona, z dużą zręcznością

i kobiecą dyplomacją, stwarzała odpowiedni klimat do spotkań i rozmów, nie zawsze przecież łatwych. Choć nie przepadała za Waszyngtonem, którego nigdy nie polubiła, przyszło jej tu spędzić wiele kolejnych lat, w czasie których, najpierw jako żona ministra handlu (1921-1928), a potem prezydentowa (1929-1933), coraz bardziej angażowała się w działalność publiczną.

W latach dwudziestych Lou Hoover była jedną z czołowych działaczek kobiecych w Amatorskiej Federacji Sportowej i liderką Girl Scouts, której była wieloletnią przewodniczącą. W tej ostatniej organizacji była szczególnie aktywna, popularyzując sport i potrzebę jego uprawiania w życiu dziewcząt. W trakcie zebrań i rozmaitych zjazdów skautów, także w swojej publicystyce, Lou Hoover często poruszała kwestie opieki zdrowotnej dzieci i młodzieży, należytego ich odżywiania oraz doskonalenia ich sprawności fizycznej. Oprócz poparcia werbalnego dla samej idei edukacji sportowej i rekreacji, pani Hoover wspierała też finansowo ten ruch, przybierający znacznie na liczebności. Od połowy lat dwudziestych pozyskała wielu sympatyków i sponsorów, którzy wydatnie przyczynili się do rozwoju dziewczęcego skautingu w USA. Jako jego liderka i wieloletnia przewodnicząca, Lou Hoover była dla dziewcząt w USA, a zwłaszcza harcerek, znakomitym wzorcem takiej postawy²⁰.

W licznych wystąpieniach (a była ponoć sugestywną i przekonującą mówczynią), także w publicystyce, Lou Hoover wielokrotnie zwracała uwagę na rolę edukacji w życiu młodzieży i jej przygotowanie do przyszłych karier zawodowych. Zachęcała dziewczęta do zdobywania zawodów, które je interesowały oraz do aktywniejszego udziału w życiu publicznym²¹. Zresztą jej zaangażowanie i działalność społeczna była dla wielu rodaczek inspiracją. Lou Hoover stanowiła już wtedy przykład kobiety samodzielnej, niezależnej, profesjonalistki, choć – jak nie bez uszczypliwości czasem komentowano – nie każda kobieta miała takie szanse realizowania się, choćby i z tego powodu, że nie dysponowała służbą.

Z drugiej zaś strony Lou Hoover popularyzowała także wartości tradycyjne. Równie ważne bowiem, co zwykła akcentować przemawiając do młodego audytorium, było przygotowanie dziewcząt do przyszłych ról żon, matek i gospodyń domowych. Jak zapewniała, równie chwalebne jest bycie dobrą profesjonalistką w swoim zawodzie, jak wzorową matką czy też po prostu znakomitą gospodynią²².

Pani Lou przez całe życie starała się, jak umiała najlepiej, wspierać małżonka we wszystkich poczynaniach, choć bezpośrednio tego nie eksponowała. Jak potem pisano, była „dodatkiem” czy też „dopełnieniem” małżonka, ale – z własnego wyboru – pozostała do końca w jego „cieniu”. Nie ukrywała, że jej najważniejszą „misją życiową”, oprócz służby publicznej u boku męża, była jej rodzina, synowie i małżonek, a potem wnukowie, którym „najwierniej służyła”. Starszy syn Hooverów, Herbert, po ukończeniu studiów na Uniwersytecie Stanforda w 1925, ożenił się z Margaret Watson z Palo Alto i od marca 1926 Hooverowie zostali dziadkami. Drugi ich syn, Allan, kontynuował studia również na tym samym uniwersytecie, co stało się już tradycją rodzinną. W rezultacie więc rodzina spotykała się w komplecie coraz rzadziej, przeważnie z okazji dorocznych świąt²³.

W prezydenckiej kampanii wyborczej w 1928 roku – jak nie bez kokieterii twierdziła pani Lou – brała udział z prawdziwą przyjemnością, gdyż mąż wygłaszał przemówienia, a ona odbierała wspaniałe bukiety kwiatów. Jej rola zatem w kampanii wyborczej 1928 była tradycyjna, czysto reprezentacyjna. Towarzyszyła Hooverowi w tych podróżach, ciepło, a nieraz nawet owacyjnie witana, choć nie wygłaszała żadnych przemówień²⁴.

Cztery lata w Białym Domu wypełniły pani Hoover przede wszystkim typowe obowiązki *First Lady*, działalność społeczna oraz rozmaite poczynania charytatywne. Była ona zresztą bardziej aktywną *First Lady*, niż Amerykanie sądzili. Jej 3 sekretarki ciągle były zajęte nie tylko w związku ze wzrastającą liczbą korespondencji, ale i rozlicznych spraw związanych z publiczną aktywnością pani Hoover²⁵.

Lista audiencji i wizyt w Białym Domu jest doprawdy imponująca²⁶. Oprócz licznych spotkań z żonami ministrów, kongresmenów i polityków z amerykańskiego establishmentu, Lou Hoover miała także wizyty gości zagranicznych, przyjaciół i znajomych. Z harmonogramu jej audiencji wynika, że przyjmowała dużo grup, i nieraz licznych, m.in. z różnych organizacji, zwłaszcza młodzieżowych i kobiecych oraz delegacje rozmaitych stowarzyszeń, klubów etc²⁷.

W Białym Domu pani Hoover prowadziła dom otwarty, co było zresztą powodem utyskiwań służby, która niejednokrotnie w ostatniej chwili dowiadywała się o kolejnych i... licznych gościach zaproszonych na lunch czy kolację²⁸. Jak potem wyliczyli skrupulatni badacze, w trakcie pierwszych trzech lat w Białym Domu Hooverowie jedynie przy okazji rocznic ślubu, a więc 3 razy (!) jedli kolację samotnie, bez grona towarzyszących im osób.

Lou Hoover zmieniła znacznie wystrój Białego Domu, uzupełniając jego wyposażenie o liczne historyczne meble i pamiątki. Zapoczątkowała również, finansując to z własnych funduszy, systematyczne katalogowanie mebli w Białym Domu. W tym celu kontaktowała się także z byłymi jego mieszkankami, m.in. Edith Wilson i Grace Coolidge. Jej wielką dumą była restauracja Monroe Room, gdzie za zgodą rodziny byłego prezydenta odtworzono pieczołowicie jego dawny wystrój z kopiami pięknych i wytwornych mebli²⁹.

Wielkimi sprzymierzeńcami w poczynaniach pani Hoover były jej znakomity gust i smak artystyczny oraz upodobania do dzieł sztuki i antyków. Interesowała się nie tylko malarstwem i rzeźbą, ale i muzyką, organizując w Białym Domu koncerty, m.in. Jaszy Heifetza, Władimira Horowitza oraz zaprzyjaźnionego z Hooverami od czasu pierwszej wojny światowej Ignacego Paderewskiego³⁰.

Lou Hoover była w pewnym sensie „prezydentową przejściową”, bowiem to właśnie ona zapoczątkowała odejście od tradycyjnej, li tylko ceremonialnej roli *First Lady* do bardziej publicznej, choć jej następczyni, Eleanor Roosevelt, bez wątpienia zdystansowała ją, jak i pozostałe mieszkanki Białego Domu, w tym względzie.

Pani Lou wspierała prezydenta i towarzyszyła mu we wszystkich ceremoniach, gdzie jej obecność była pożądana. Wspomagała również wysiłki antykrzysowe rządu, publicznie występując z 15 przemówieniami w obronie poczynani admini-

stracji. Miała już zresztą pewne doświadczenie, gdyż przedtem, zwłaszcza w latach dwudziestych, występowała z przemówieniami³¹.

Lou Hoover okazała się także prekursorką w kontaktach z mass mediami, była bowiem pierwszą prezydentową oficjalnie przemawiającą do rodaków. Doceniała znaczenie technik radiowych w kontaktach z publicznością, co zrećnie wykorzystywała we własnej działalności, zwłaszcza związanej z młodzieżą. To właśnie ona jako *First Lady* zapoczątkowała przemówienia radiowe. Miała nawet w Białym Domu małe laboratorium do ćwiczeń, gdzie przygotowywała swoje wystąpienia, ulepszając wykorzystanie mikrofonu i radia. W jednym z takich przemówień, 23 marca 1931, dziękowała amerykańskim kobietom za wydatną pomoc w zwalczaniu zjawisk kryzysowych i wsparcie w ten sposób wysiłków rządu i prezydenta. Apelowala zarazem o dalszą aktywną pomoc, wskazując na dużą rolę w życiu społecznym organizacji kobiecych i młodzieżowych, z którymi od lat współpracowała³².

W latach kryzysu gospodarczego, w związku z ostrą krytyką prasową Hoovera i jego polityki, pani Lou zraziła się bardzo do dziennikarzy. Zarzucała im przede wszystkim powszechną pogoń za sensacją, brak obiektywizmu, napastliwość i nierzetelność. *First Lady* (choć wcześniej aż takich obiekcji nie miała) była przeciwna wywiadom i jakimkolwiek „rozmowom z prasą”, czego konsekwentnie przestrzegala. Jej sekretarka, zasypywana takimi prośbami, grzecznie, aczkolwiek kategorycznie odpowiadała, że pani Hoover nie udziela wywiadów, ani nie jest zainteresowana artykułami na swój temat. Stąd nawet zapytania o jej ulubione książki, kolory ubiorów czy upodobania kulinarne nie zawsze znajdowały odpowiedź, a nieraz zbywane były grzecznościową formułą³³. Najwyraźniej więc – w odróżnieniu od późniejszych prezydentowych – Lou Hoover nie była zainteresowana kreowaniem swego image'u dla szerszych kręgów amerykańskiej opinii publicznej. Cięży to zresztą i do dziś na jej wizerunku wśród Amerykanów, dysponujących zazwyczaj nader skąpymi, a i nie zawsze prawdziwymi informacjami na jej temat.

Lou Hoover była częstą adresatką rozmaitych prośb i listów interwencyjnych, o czym świadczy spora ich kolekcja w Bibliotece Prezydenckiej Hoovera³⁴. Niektóre z nich dotyczyły pomocy finansowej i było ich bodaj najwięcej. Paradoxem był fakt, że często nawet jej bliscy nie byli wtajemniczeni we wszystkie jej poczynania i działalność charytatywną i dopiero po jej śmierci „odkryli” jej prawdziwą pasję społecznikowską. Nawet małżonek dopiero później dowiedział się o niektórych akcjach dobroczynnych i zapomogach, które organizowała. Okazało się bowiem, że przez lata całe, choć anonimowo, łożyła ona duże sumy na cele charytatywne, pomoc biednym rodzinom, naukę ich dzieci itp.³⁵

Liczne zaś prośby i interwencje w najrozmaitszych kwestiach, z którymi zwracały się do prezydentowej rzesze respondentów, kierowano do właściwych urzędów, o czym powiadamiano osoby zainteresowane. Warto w tym miejscu wspomnieć, że także Fundacja Kościuszkowska zwracała się do niej z prośbą o pomoc stypendialną dla polskich badaczy³⁶. A korespondencji takiej było znacznie więcej, co jedynie odzwierciedlało powszechne przekonanie i nadzieje związane tradycyjnie z osobą

Frist Lady. Podobne przecież listy pisało zarówno do jej poprzedniczek, jak i do następczyń.

Trudno kategorycznie stwierdzić, w jakim stopniu pani Hoover wpływała na poczynania prezydenta, tym bardziej że nie dysponujemy konkretnymi źródłami, które by to potwierdzały w sposób oczywisty. Ale z jej opiniami, co nie było żadną tajemnicą, małżonek się liczył i zasięgał jej porad w wielu kwestiach. Ich partnerski układ (co zwykle łączy się także z kwakerskim dziedzictwem), współpraca na różnych etapach kariery Hoovera oraz wieloletnie pogodne małżeństwo pozwalają przypuszczać, że była częstym konsultantem i „domowym doradcą” męża³⁷.

Powszechnie uważa się, że Lou Hoover miała wpływ na małżonka przy podejmowaniu przez niego niektórych decyzji personalnych. Za jej namową miał ponoć zgodzić się na powołanie 7 kobiet na stanowiska zatwierdzane przez Senat. W ogóle zresztą ruch feministyczny wiele jej zawdzięcza, choć ona osobiście nie uważała się za feministkę³⁸. Była wszak kobietą niezależną, samodzielną, pionierką i prekursorką oraz swoistym wzorcem kobiety sukcesu dla milionów Amerykanek jej generacji. Była też uznaną w swej branży profesjonalistką oraz działaczką społeczną, umiejętnie łączącą wszystkie funkcje z rolą żony i matki, które to, jak twierdziła, były dla niej najważniejsze. Stąd do dziś tak trudno ją jednoznacznie określić, bowiem choć przełamała wiele barier dla kobiet, pozostawała też w wielu kwestiach tradycyjnalistką.

Lou Hoover była kobietą odważną i niezależną, o czym także świadczą jej niektóre posunięcia w Białym Domu. Zademonstrowała, mimo silnych nacisków polityków Południa, swój negatywny stosunek do rasizmu, czego przejawem była tzw. czarna herbatka. Zaprosiła do Białego Domu żonę murzyńskiego kongresmana z Chicago, Oscara De Priest, co wywołało istną burzę w USA. Zbulwersowało to amerykańską opinię publiczną, gdyż od 1901 r. i wizyty Bookera T. Waszyngtona na lunchu u prezydenta Theodore’a Roosevelta był to pierwszy przypadek wizyty Murzyna w Białym Domu. *First Lady* nie uległa jednak silnej presji środowisk politycznych z amerykańskiego Południa i doprowadziła do tego spotkania 12 czerwca 1929. Zapewne więc jej taktowi i dyplomacji (skonsultowała wcześniej tę kwestię z innymi osobami biorącymi udział w tym spotkaniu) należy przypisać fakt, że nie doszło do żadnego skandalu politycznego³⁹.

Pani Lou nie podkreślała własnych aspiracji ani ambicji, a wszystko, co robiła jako *First Lady*, dostosowywała do potrzeb męża. Dotyczyło to zarówno kurtuazyjnych wizyt, które składała bądź przyjmowała, bo takie były obyczaje, jak i publicznych wypowiedzi, w których zdecydowanie broniła polityki Hoovera i jego administracji. Nawet kiedy nie podzielała opinii małżonka, zachowywała to raczej dla siebie, nie chcąc go dodatkowo pogrążyć w wątpliwościach i rozterkach. W korespondencji do przyjaciół nieraz o tym pisała, zwłaszcza w trudnym okresie pogłębiającego się kryzysu gospodarczego, kiedy prezydent „rozpoczął walkę ze wszystkimi i wszystkim”, a ona właśnie starała się go wspierać i podtrzymać na duchu. Bardzo znamienne jest jej list, adresowany do dzieci

i wnuków, a napisany w czasie kampanii wyborczej w lipcu 1932, kiedy demokraci rozpoczęli frontalny atak personalny na Hoovera. Przypomniła wówczas o jego doniosłych zasługach w ratowaniu milionów Europejczyków od śmierci głodowej i wieloletniej służbie publicznej Amerykanom. Z ogromnym ciepłem i admiracją pisała o mężu jako „człowieku wielkiej dobroci i szlachetnym sercu”. I choć nie-strudzenie i z poświęceniem pełnił on, jak pisała, odpowiedzialną i trudną służbę publiczną, rodacy nie potrafili tego zrozumieć ani docenić. Wyrażała więc nadzieję, że przynajmniej jego dzieci i wnukowie poznają prawdę o działalności swego ojca i dziadka⁴⁰.

Klęskę wyborczą Hoovera w 1932 pani Lou przeżyła boleśnie. Przede wszystkim dlatego, że wierzyła w sens jego polityki i działań anty kryzysowych. Nie rozumiała więc rodaków i nie mogła im wybaczyć, że zaprzepaścili, jej zdaniem bezpowrotnie, szansę wyjścia z impasu gospodarczego. Ale samo rozstanie z Białym Domem przyszło jej łatwo, tym bardziej że od dawna marzyła o spokojnym i ukochanym Palo Alto, z którym z biegiem lat czuła się coraz bardziej związana. Zajęła się prowadzeniem domu, którego zarówno kształt, jak i wystrój wewnątrz był przecież w dużej mierze efektem jej konsultacji i pomysłów architektonicznych: Pani Lou organizowała też spotkania ze skautami i tradycyjne herbatki dla działaczy społecznych. Ich dom był znowu otwarty i gościł wielu przyjaciół. Przejazdki rowerowe, spacerki oraz wypadki nad ocean i odwiedziny członków rodziny (starszy syn mieszkał w Kalifornii, także brat Hoovera, Theodore) w zupełności, jak twierdziła, rekompensowały jej życie waszyngtońskie⁴¹. Jak zwykle dbała też i troszczyła się o męża, wspierając go we wszystkich poczynaniach, aczkolwiek nigdy nie robiła tego ostentacyjnie.

W tym czasie odżył ponownie jej pomysł, niedługo potem znowu zarzucony, napisania książki wspomnieniowej⁴². Amerykańska opinia publiczna wykazywała i wcześniej zainteresowanie jej aktywnością, o której przecież wiedziała zupełnie niewiele. Wielokrotnie, lecz bezskutecznie, zabiegano o jej komentarze na temat aktualnych wydarzeń międzynarodowych, jak i informacje o życiu prywatnym Hooverów, ich upodobaniach, zainteresowaniach itp. Tym razem spodziewano się, że przerwie milczenie i zabierze głos publicznie w obronie polityki małżonka.

W latach trzydziestych Lou Hoover, wciąż pełna wigoru, sporo czasu poświęcała na aktywność publiczną. Zacieśniała też kontakty z Uniwersytetem Stanforda, z którym zawsze czuła się związana nie tylko emocjonalnie. Przez lata całe Hooverowie łożyli spore sumy na potrzeby uczelni, a także sponsorowali, zwłaszcza pani Lou, zdolnych, lecz biednych studentów⁴³. Wspierała ona znowu małżonka we wszystkich poczynaniach, i teraz tego nie robiła ostentacyjnie. Przede wszystkim udzielała poparcia jego krytyce *new dealu* i polityki Franklina Delano Roosevelta⁴⁴. Także po powrocie Hoovera z europejskiej podróży w 1938 podzielała jego niepokój w związku z rozwojem wydarzeń międzynarodowych.

Niedługo potem, w związku z wybuchem drugiej wojny światowej i obowiązkami małżonka, pani Hoover przeniosła się wraz z nim do Nowego Jorku. Tu także współ-

pracowała z mężem, zwłaszcza w organizowaniu pomocy państwom europejskim, kolejny raz objętym pożogą wojenną.

Lou Hoover zmarła nagle na atak serca w nowojorskim apartamencie, wieczorem po powrocie z koncertu 7 stycznia 1944 r.⁴⁵ Odeszła, jak pisano w prasie, tak jak żyła – cicho i bez rozgłosu. Jej śmierć pozostawiła w życiu Hoovera straszliwą wyrwę, którą jedynie częściowo wypełniła mu potem praca. Stracił on bowiem bezpowrotnie „najpewniejszego i niezawodnego, wieloletniego przyjaciela”, co dobitnie uzmysłowiła mu dopiero przyszłość. Msza żałobna, w obrządku kwakerskim, odbyła się w kościele episkopalnym w Nowym Jorku, a pogrzeb w kilka dni potem w Palo Alto. W prasie amerykańskiej pojawiły się liczne komentarze, wzmianki i artykuły o „kobiecie niezwyklej”, „zdumiewającej karierze”, „znakomitej osobowości” itp. W 20 lat później Lou Henry Hoover spoczęła obok męża w jego rodzinnej West Branch, Iowa.

Wizerunek Lou Henry Hoover dla współczesnych jej Amerykanów zbieżny był z portretem pozostawionym w kolekcji *First Ladies* w Białym Domu. Zapamiętano ją jako kobietę patrycjuszowskiej urody, elegancką i wytworną gospodynię Białego Domu, liderkę Girl Scouts i działaczkę społeczną. Dziś, zwłaszcza amerykańscy historycy, piszą więcej i z uznaniem o Lou Hoover, przede wszystkim jako indywidualistce i prekursorce w wielu dziedzinach. Paradoksalnie jednak dla szerokich kręgów amerykańskiej opinii publicznej Lou Henry Hoover pozostaje nadal nieznaną i zapomnianą *First Lady*.

PRZYPISY

- 1 Warto odnotować przede wszystkim: Betty Boyd Caroli, *First Ladies*, Oxford University Press, New York 1987; Paul F. Boller Jr., *Presidential Wives: An Anecdotal History*, Oxford University Press, New York 1988; Peter Hay, *All the Presidents' Ladies*, Penguin Books, New York 1988; Mary Ray, Nancy Kegan Smith, ed., *Modern First Ladies: Their Documentary Legacy*, The National Archives, Washington 1989; Myra G. Gutin, *The President's Partner: The First Lady in the Twentieth Century*, Greenwood Press, Westport 1989; Carl Sferrazza Anthony, *First Ladies. The Saga of the Presidents' Wives and Their Power, 1789-1960*, t. I-II, William Morrow & Co., Inc., New York 1990-1991.
- 2 W badaniach ankietowych w 1982 r. historycy ocenili ją wszak znacznie wyżej niż męża, plasując ją na 11 miejscu, podczas gdy prezydenta Hoovera dopiero na 27. (Betty Boyd Caroli, *First Ladies*, Oxford University Press, New York 1987, s. 384).
- 3 Herman Wong, *The Amazing Mrs. Hoover*, „Pennisula Living”, 27-28.I.1962.
- 4 Kay Daley, *Lou Henry Hoover*, *Stanford '98*, „The Stanford Magazine”, Summer 1983, v. 11, nr 2, s. 50.
- 5 Hoover Presidential Library (HPL), Lou Henry Hoover Papers, f. Florence Henry.
- 6 Nash George, *The Life of Herbert Hoover. The Engineer, 1874-1914*, W. W. Norton & Company, New York-London 1984, s. 86-87.
- 7 HPL, Lou Henry Hoover Papers.
- 8 Herbert Hoover, *The Memoirs. Years of Adventure, 1874-1920*, t. I, The Macmillan Company, New York 1951, s. 65. Wspaniała kolekcja chińskiej porcelany znajduje się w Bibliotece Prezydenckiej Hoovera w West Branch.
- 9 Warto tu dodać, że nawet tak skromna znajomość chińskiego przez małżonka była też użyteczna. Jak bowiem o tym lubił wspominać, posługiwał się tym językiem np. kiedy nie chciał, by synowie wiedzieli, o czym rozmawiają rodzice.

- 10 Caroli, dz. cyt., s. 176; Nash, dz. cyt., s. 111-112.
- 11 Nash, dz. cyt., s. 501-502.
- 12 Paul F. Boller Jr., dz. cyt., s. 273.
- 13 Boller, j.w., s. 274; Nash, dz. cyt., s. 501.
- 14 Dale C. Mayer, *An Uncommon Woman: The Quiet Leadership Style of Lou Henry Hoover*, „Presidential Studies Quarterly”, t. XX, 1990, nr 4, s. 687.
- 15 Will Irwin, *Steadfast Aid to Husband Marked Entire Life of Mrs. Herbert Hoover*, „New York World-Telegram”, 8.I.1944.
- 16 HPL, Lou Henry Papers, Box 40.
- 17 Betty Caroli, dz. cyt., s. 177; Helen B. Pryor, *Lou Henry Hoover: Gallant First Lady*, New York 1969, s. 101; Boller, dz. cyt., s. 274-275.
- 18 Richard Norton Smith, *An Uncommon Man. The Triumph of Herbert Hoover*, Simon & Schuster, New York 1984, s. 88-89; Boller, dz. cyt., s. 275-276.
- 19 Boller, dz. cyt., s. 276.
- 20 Herbert Hoover, *The Memoirs. The Cabinet and the Presidency, 1920-1933*, t. II, The Macmillan Company, New York 1952, s. 186-188; Dale C. Mayer, *An Uncommon...*, s. 689-690.
- 21 Dale C. Mayer, *An Uncommon...*, s. 690.
- 22 Tamże.
- 23 Herbert Hoover, *The Memoirs. The Cabinet...*, s. 187-188.
- 24 Myra G. Gutin, dz. cyt., s. 45; Pryor, dz. cyt., s. 154-155.
- 25 Lewis L. Gould, *Modern First Ladies*, w: Mary Ray C., Nancy Kegan, ed., *Modern First Ladies: Their Documentary Legacy*, The National Archives, Washington 1989, s. 7-8.
- 26 Myra Gutin, dz. cyt., s. 47.
- 27 HPL, Lou Henry Hoover Papers, Box 1, f. Groups received during presidency.
- 28 Lillian Rogers Parks, *My Thirty Years Backstairs at the White House*, New York 1961, s. 221-222;
- 29 Tamże, s. 215-217.
- 30 Dale C. Mayer, *Not One to Stay at Home: The Papers of Lou Henry Hoover*, „Prologue” 1987, t. 19, nr 2, s. 92; Carl Sferrazza Anthony, *First Ladies. The Saga of the Presidents' Wives and Their Power, 1789-1961*, t. I, William Morrow and Co., Inc., New York 1990, s. 444.
- 31 Gutin, dz. cyt., s. 45, 49.
- 32 „New York Times”, 23.III.1931; Pryor, dz. cyt., s. 210.
- 33 HPL, Lou Henry Hoover Papers, White House General File, Box 14, f. Interviews, 1929; f. Messages, Requests, Miscellaneous, 1932-33.
- 34 HPL, Lou Henry Hoover Papers, White House General File, Box 28.
- 35 Caroli, dz. cyt., s. 443; Lillian Rogers Parks, dz. cyt., s. 227.
- 36 HPL, Lou Henry Hoover Papers, White House General File, Box 47, f. Requests for Assistance.
- 37 Hoover Institution on War, Revolution and Peace (HI), Stanford, Lou Henry Collection, Box 30, f. Personal Correspondence, 1929-1933. Ich przyjaciele zwracali się nieraz właśnie do pani Hoover z różnymi sprawami i ofertami pomocy prezydentowi.
- 38 Caroli, dz. cyt., s. 182.
- 39 Richard Norton Smith, dz. cyt., s. 111-112; Carl Sferrazza Anthony, dz. cyt., s. 446-447.
- 40 HPL, Lou Henry Hoover Papers, Personal Correspondence, f. Allan Hoover.
- 41 Boller, dz. cyt., s. 280; Herbert Hoover, *The Memoirs. The Great Depression, 1929-1941*, t. III, The Macmillan Company, New York 1952, s. 344-345.
- 42 HPL, Lou Henry Hoover Papers, White House General File, Box 14, f. Interviews, 1932-1933.
- 43 Dale C. Mayer, *Nor One to Stay...*, s. 88.
- 44 Hoover, *The Memoris. The Great...*, s. 414.
- 45 Boller, dz. cyt., s. 280.

Jan Jerzy MILEWSKI

DZIEJE ŚWIĘTA 3 MAJA

Tradycję obchodzenia rocznic konstytucji 3 Maja zapoczątkowano już w rok po jej uchwaleniu. Uroczystości z tej okazji odbyły się w 1792 roku w wielu miastach Polski – najznakomitsze w Warszawie, podczas których m.in. król Stanisław August Poniatowski, w otoczeniu najwyższych dostojników państwowych i kościelnych, wmurował kamień węgielny pod kościół pod wezwaniem Najwyższej Opatrzności, który miał być wotum dziękczynnym za ustawę konstytucyjną.

W latach niewoli rocznica ta przechodziła różne koleje losu, ranga jej jednak w narodowej pamięci – zwłaszcza po przegranych powstaniach – rosła, by wspólnie rozkwitnąć w stulecie uchwalenia w zaborze pruskim i austriackim, a w 25 lat później – w 1916 roku – również w odbitej Rosjanom przez Niemców Warszawie. Miał tam wtedy miejsce największy chyba w historii trzeciomajowy pochód. Konstytucja 3 Maja inspirowała nie tylko polityków, lecz także poetów, pisarzy i malarzy. Już w 1792 r. Ignacy Krasicki napisał *Hymn na rocznicę 3 maja*. Adam Mickiewicz oddał jej hołd w koncercie Jankiela w *Panu Tadeuszu*, a Jan Matejko namalował w 1891 r. obraz właśnie pod tytułem *Konstytucja 3 maja*, marząc, aby mógł on kiedyś znaleźć się w sali sejmowej wolnej Polski.

Nic więc dziwnego, że po odzyskaniu niepodległości Sejm Ustawodawczy 29 kwietnia 1919 roku jednomyślnie uchwalił: „Dzień trzeci maja, jako rocznicę Konstytucji 1791 roku ustanawia się w całej Rzeczypospolitej Polskiej jako uroczyste święto po wieczne czasy”¹. Tradycja Konstytucji 3 maja była tak żywa w elitach społecznych, że jeszcze przed decyzją Sejmu podjęto w kraju szereg przygotowań do uczczenia kolejnej rocznicy. Uznanie 3 V za święto narodowe dodało mu jeszcze większego splendoru.

W Warszawie na stokach Cytadeli, obok krzyża Traugutta, odbyła się msza święta, celebrowana przez biskupa polowego, Stanisława Galla, w której uczestniczył Naczelnik Państwa, Józef Piłsudski. Tak jak w wielu innych miejscowościach w kraju, zasadzono tam „drzewko wolności”. Później odbyła się defilada wojska i pochód od Cytadeli, dalej Krakowskim Przedmieściem, Nowym Światem i Alejami Ujazdowskimi. Dołączyły do niego chrześcijańskie i narodowe organizacje robotnicze, czczące 3 Maja także jako święto polskiego robotnika. Podobne uroczystości odbyły się w setkach miast i miasteczek – w wielu z nich nazywano ulice i place

imieniem „3 Maja”. W Poznaniu po mszy polowej odprawionej przez arcybiskupa Dalbora i rewii wojskowej, położono akt erekcyjny pod budowę Kopca Wolności na Malcie. Na Górnym Śląsku, będącym nadal w rękach niemieckich, w wielu kopalniach robotnicy w tym dniu nie podjęli pracy, żądając przyłączenia tych ziem do Polski.

Po raz pierwszy święto narodowe obchodzono w dużym stopniu spontanicznie, jednak wkrótce wykształcił się pewien rytuał uroczystości. Miasta przybierały odświętny wygląd – domy dekorowane były flagami narodowymi, kobiercami, zielenią i portretami bohaterów narodowych, w tym twórców Konstytucji. Po przewrocie majowym zaczęły dominować podobizny marszałka Piłsudskiego i prezydenta Mościckiego. Obchody zaczynały się w zasadzie w przeddzień święta – 2 maja wieczorem odbywały się capstrzyki orkiestr wojskowych, później również policyjnych, szkolnych i różnych organizacji. Najważniejszym elementem uroczystości przedpołudniowych 3 Maja były msze święte, w których uczestniczyli przedstawiciele miejscowych władz. W Warszawie nabożeństwa odprawiał arcybiskup Aleksander Kakowski w Katedrze św. Jana, w której to w 1791 roku zaprzysiężono ustawę konstytucyjną. Od 1937 r. zastąpił go arcybiskup Gall, który i wcześniej kilkakrotnie celebrował uroczyste msze polowe jako ówczesny biskup polowy. Młodzież akademicka uczestniczyła w mszach przy ruinach fundamentów świątyni Opatrzności w Ogrodzie Botanicznym. Wkrótce ranga 3 Maja dla kościoła rzymskokatolickiego wzmocniła się poprzez ustanowienie przez papieża w tym dniu od 1925 r. święta Królowej Korony Polskiej.

Polska międzywojenna była państwem wielonarodowościowym i wielowyznaniowym. Tego dnia odbywały się więc uroczyste nabożeństwa w świątyniach wszystkich wyznań. Przedstawiciele mniejszości, spośród których – z racji zamieszkiwania głównie w miastach – najbardziej widoczni byli Żydzi, po pewnej wstrzeźliwości u progu Drugiej Rzeczypospolitej, później dosyć licznie uczestniczyli w obchodach święta.

Po nabożeństwach, w tych miejscowościach, w których były garnizony wojskowe, odbywały się – na ogół w centralnym punkcie miasta – deflady. W stolicy miały one miejsce głównie na Placu Saskim (w 1928 r. nazwanym im. Piłsudskiego), początkowo także na Krakowskim Przedmieściu, a w końcu lat trzydziestych na Polach Mokotowskich. W miejscowościach, w których nie było wojska, pozostawał tylko pochód z udziałem młodzieży szkolnej, licznych organizacji kombatanckich i paramilitarnych, nieklasowych związków zawodowych i różnych stowarzyszeń.

Świąteczne popołudnia i wieczory wypełnione były programem kulturalnym i sportowym. Z imprez sportowych wymienić warto organizowane od 1926 r. narodowe biegi przełajowe. Przez cały okres międzywojenny w dniu święta narodowego przeprowadzana była zbiórka pieniędzy na cele oświatowe pod hasłem „Dar Narodowy 3 Maja”. Inicjatorem „Daru Narodowego” był jeszcze w 1907 r. Henryk Sienkiewicz, a głównym organizatorem zbiórki Polska Macierz Szkolna, na jej działalność na ogół przeznaczano też zebrane pieniądze.

Trzeci maja był też doskonałą okazją do wręczenia nagród, dekorowania odznaczeniami i ogłaszania awansów oficerskich. W 1923 roku na uroczystości trzeciomajowe przybył do Polski „zwycięzca wojny światowej”, Ferdinand Foch, któremu nadano stopień marszałka Polski.

Obchody święta narodowego były organizowane również za granicą przez polskie placówki dyplomatyczne, instytucje i środowiska polonijne – zwłaszcza w Niemczech i W. M. Gdańsku – tu napotykając znaczne trudności.

Na Górnym Śląsku 3 Maja obchodzono razem z kolejnymi rocznicami III powstania śląskiego.

Świętowanie tej rocznicy, podobnie zresztą jak i innych, było wykorzystywane przez władze państwowe – zwłaszcza po 1926 r. – dla bieżących celów politycznych. O ile więc na początku lat dwudziestych widziano w Konstytucji 3 maja przede wszystkim wielkie osiągnięcie polskiej myśli politycznej, „światłą kartę” w dziejach, która ocaliła ducha narodu, to po przewrocie majowym podkreślano siłę władzy wykonawczej. Konstytucję kwietniową z 1935 r. obóz sanacyjny przewrotnie określił jako zrealizowanie testamentu z 1791 roku.

Sytuacja taka wywoływała sprzeciw ugrupowań opozycyjnych, szczególnie tych, które jak np. Stronnictwo Narodowe przykładały do tego święta wielką wagę. Organizowano więc odrębne obchody, niekiedy zakłócając oficjalne uroczystości lub wprowadzając do nich własne akcenty. I tak chór kościelny w Jasionówce w pow. białostockim podczas trzeciomajowej akademii w 1936 r. parafrazując refren pieśni „Boże coś Polskę”, śpiewał: „Przed Twe ołtarze zanosim błaganie / Od Żydów Polskę racz oczyścić Panie”. Incydent ten spowodował krytyczną reakcję władz administracyjnych².

Zaskakujące, ale poza okresem pełnienia funkcji Naczelnika Państwa Józef Piłsudski na ogół nie uczestniczył w uroczystościach 3 V. Osobą numer jeden był podczas nich prezydent – jeszcze za życia Piłsudskiego rozpoczęto składanie w tym dniu specjalnych adresów hołdowniczych i darów Mościckiemu. Natomiast Piłsudski miał swoje własne święta: dzień imienin – 19 marca i Święto Niepodległości – 11 listopada (od 1937 r. oficjalne święto państwowe).

Ostatni 3 Maja przed wybuchem wojny przebiegał pod znakiem manifestowania gotowości do obrony granic. Podczas większości uroczystości przekazywano armii sprzęt wojskowy ufundowany przez społeczeństwo³.

W latach II wojny światowej rząd na emigracji i uznające go w kraju podziemie nadal, oczywiście, traktowały 3 V jako święto państwowe. Starano się więc chociaż symbolicznie o nim przypomnieć: kładziono kwiaty na grobach obrońców Ojczyzny, zawieszano narodowe flagi, malowano na murach biało-czerwone paski. W 1943 r. na Pl. Wilsona w Warszawie udało się nawet nadać, przez podłączony do telefonu megafon, 15-minutową audycję z 3 zwrotkami hymnu i Rotą⁴. W sojusznicznym Londynie szczególnie uroczystości uczczono 150. rocznicę Konstytucji 3 maja – przemówienie do narodu polskiego wygłosił wtedy przez radio nie tylko Wódz Naczelny gen. Władysław Sikorski, ale i premier brytyjski, Winston Churchill, zaś

król Jerzy VI złożył wizytę prezydentowi Władysławowi Raczkiewiczowi⁵.

Negatywnie ustosunkowani do tego święta komuniści, w trakcie wojny jakby zmieniali zdanie. Tak pisał w 1943 r. Alfred Lampe: „Nasz 3 maja jest nie przeciwstawieniem, lecz narodowym uzupełnieniem posiadającego ogólnoludzkie znaczenie i światowe obywatelstwo Święta Pierwszomajowego”⁶. Zgodnie z tą tezą komuniści uczynili z 3 Maja dodatek do 1 Maja i to nie na długo. Ze świętem tym w początkach Polski Ludowej stało się to, co z pieśnią „Marsz I Brygady” w dywizji kościuszkowskiej. Ponieważ żołnierze lubili ją śpiewać, na prośbę dowództwa dywizji Leon Pasternak do starej melodii napisał nowe słowa: „My, Pierwsza Dywizja”. Później jednak zniknęła i stara melodia. Tak więc zostało niby stare święto, ale łączono je z zupełnie nowymi treściami. Walkę obozów politycznych z okresu Sejmu Czteroletniego porównywano do sytuacji w Polsce po r. 1944. Oczywiście, obóz na czele z PPR oficjalna propaganda utożsamiała z obozem reform i postępu, zaś przeciwników ze zdrajcami, targowiczaniem. W wytycznych wydanych przez Główny Zarząd Polityczno-Wychowawczy Wojska Polskiego w 1945 r. zalecano, aby 3 V obchodzić jako święto państwowe: we wszystkich kompaniach przeprowadzić pogadanki, w skali pułku – akademie, na które zaprosić przedstawicieli Armii Czerwonej, wziąć udział w obchodach urządzanych przez organizacje cywilne. Podkreślano jednak wyraźnie, że „(...) jedynym spadkobiercą tradycji Konstytucji 3-go maja jest demokratyczny front narodowy, blok stronnictw demokratycznych, KRN i Rząd Tymczasowy”⁷. Potwierdził to Bolesław Bierut 3 V 1945 r., zagajając rozpoczynające się w sali „Romy”, po raz pierwszy w Warszawie, posiedzenie Krajowej Rady Narodowej. Tradycyjnie w tym dniu, jak przed wojną, były odznaczenia i awanse – Prezydium KRN mianowało marszałkiem Polski gen. Michała Rolę-Żymierskiego. Już 3 tygodnie wcześniej Główny Zarząd Polityczno-Wychowawczy WP wydrukował wytyczne *W sprawie przerobienia życiorysu Naczelnego Dowódcy*. Niezręczność stylistyczna w tytule tej ulotki nabrała – wbrew zamierzeniom wydawców – znaczenia adekwatnego do podjętych wówczas działań.

W 1946 r. 3 maja utrzymał jeszcze praktycznie status święta państwowego. Po 1 maja na budynkach państwowych i prywatnych pozostały flagi narodowe. W Warszawie na uroczystym nabożeństwie celebrowanym przez arcybiskupa Szlagowskiego w kościele o.o. Karmelitów obecny był wiceprezydent KRN, prof. Stanisław Grabski i trzech ministrów. Nawiązywano także do przedwojennej tradycji, organizując biegi przełajowe, a zamiast wcześniejszej zbiórki na „Dar Narodowy” pojawiło się po raz pierwszy Święto Oświaty, w czasie którego zbierano książki oraz pieniądze na ich zakup.

Partie rządzącej koalicji, zwłaszcza PPR, choć również mająca trzeciomajowy kompleks Polska Partia Socjalistyczna (ze względu na uchwalenie święta 3 Maja w 1919 r. na tym posiedzeniu, na którym odrzucono wniosek PPS o ustanowienie święta 1 Maja), nie traktowały 3 Maja na serio. Jedynie Polskie Stronnictwo Ludowe, aczkolwiek ruch ludowy przed wojną nie przykładał do tej daty większej wagi, chciało widzieć w niej zarówno święto kościelne, jak i państwowe. Stanowisko takie

było rezultatem podkreślania przez ludowców elementów kontynuacji państwowości polskiej, a także poszukiwań własnych symboli, ale o charakterze ogólnonarodowym i zdecydowanie odrębnych wobec tradycji komunistycznej. PSL było więc często inicjatorem i organizatorem lokalnych uroczystości. Nic zatem dziwnego, że gdy w r. 1947 nastąpiło dalsze ograniczenie obchodów, „Gazeta Ludowa”, zamieszczając trzeciomajowe przemówienie Bieruta, dała ironiczny podtytuł: *Uczczenie Święta Narodowego przez radio*. Tegoż dnia, po raz pierwszy po wojnie, 3 maja pracowano. Stało się tak w wyniku inicjatywy Wydziału Wykonawczego KCZZ, który zwrócił się do rządu, aby ze względu na trudną sytuację gospodarczą pracować normalnie 3 i 9 maja. Polemizując z tą opinią, w „Gazecie Ludowej” pisano, że nie chcąc stracić ani dnia w odbudowie, „nie wyobrażamy sobie, byśmy np. poświęcili pracy drugi dzień Wielkanocy”⁸.

Faktyczne przyczyny tkwiły gdzie indziej. Po zwycięsko przeprowadzonych wyborach do Sejmu Ustawodawczego komuniści chcieli ugruntować swoją pozycję również poprzez odrzucenie tradycji uznawanej za obcą lub przynajmniej konkurencyjną wobec własnej. W rocznicowym przemówieniu Bierut zarzucał Konstytucji 3 maja, że nie rozwiązywała zasadniczych problemów społeczno-gospodarczych, a w „Polsce Zbrojnej” napisano wręcz, jak dawniej pisali komuniści, że rządy II RP świętowały 3 V jedynie po to, aby przeciwstawić go Świętu Pracy. Ważną rolę w dążeniu do zepchnięcia w niepamięć tradycyjnego święta państwowego odegrała także obawa przed wykorzystywaniem obchodów trzeciomajowych do wystąpień opozycyjnych. Już w 1946 r. doszło w tym dniu do antyrządowych demonstracji w kilku miastach, a w Krakowie interweniujące siły UB oraz MO użyły broni i byli ranni.

I tak ustanowione w 1919 r. „po wieczne czasy” święto, formalnie nie zlikwidowane, przeszło w kraju w stan letargu. Zostało Święto Oświaty, które rozrastało się w trwające coraz dłużej Dni Oświaty, Książki i Prasy były też w maju biegi narodowe – towarzyszące świętu od 1926 r. – i notatki w prasie o Konstytucji 3 maja, ale nikt nie wspominał o 3 V jako o święcie państwowym. Choć po 1956 r. o dokonaniach Sejmu Czteroletniego pisano w oficjalnej prasie więcej i cieplej, to jednocześnie ostrzegano, że „polskiej burżuazji do brudnych celów” służyło hasło „Niech żyją wszystkie stany”, którym to hasłem i autorytetem Konstytucji 3 V wspierano w okresie międzywojennym „solidarystyczno-nacjonalistyczne tendencje”⁹. Nadal więc, aż do końca lat siedemdziesiątych, poganiano służby komunalne, żeby zdążyły zdjąć przed 3 maja flagi dekorujące ulice. Sprawdzają się natomiast słowa Marii Dąbrowskiej, zanotowane przez nią w dzienniku w 1948 r.: „Doprowadzą do tego, że się je będzie świętować ukradkiem jak za caratu”¹⁰. Trzeba jednak przyznać rację Marcinowi Kuli, który wskazuje na fakt, że siła pamięci społecznej o święcie 3 Maja była w Polsce Ludowej bardzo zmienna¹¹.

Wydarzenia z lata 1980 r. spowodowały, iż skończył się czas letargu, a rozpoczął okres reorganizacji tego święta. Oficjalnie prawo do niego uzyskało najpierw Stronnictwo Demokratyczne. Podczas obrad XII Kongresu tej partii, 15 marca 1981 r. delegatka z woj. lubelskiego, Halina Radałowicz-Łusiewicz, zgłosiła wniosek: „Ze

względu na szczególny związek ideałów SD z ideałami, których nosicielem była Konstytucja 3 maja, należy uznać ten dzień świętem partyjnym oraz wystąpić do Sejmu o uchwalenie go świętem narodowym¹². Wniosek został przyjęty.

3 V w 1981 r. obchodzono w całym kraju na wielu uroczystościach organizowanych głównie przez NSZZ „Solidarność” i SD. Na uroczystość na Zamku Królewskim w Warszawie przybyli: przewodniczący Rady Państwa, prof. Henryk Jabłoński i premier, gen. Wojciech Jaruzelski. W Lublinie na placu Litewskim odsłonięto po renowacji zbudowany w 1916 r. pomnik Konstytucji. Od tej pory powróciło już święto 3 Maja, choć nadal nieoficjalnie. Zaakceptował je nawet stan wojenny, oczywiście pod warunkiem, że obchody organizowały legalne organizacje – podkreślano jednak inne akcenty. Prymas Józef Glemp podczas uroczystości Królowej Polski na Jasnej Górze 3 V 1982 r., wspominając o konstytucji z 1791 r., mówił o nadziejach, które ona budziła, a na ulicach wielu miast doszło wtedy do starć pomiędzy tymi, którzy nie utracili nadziei na radykalne przemiany a milicją.

W latach osiemdziesiątych dzień 3 Maja, rozumiany jako symbol narodowy, demokratyczny, katolicki i antyrosyjski, a jednocześnie nie zawłaszczony przez realny socjalizm, stał się jednym z najbardziej nośnych symboli, do których odwoływała się opozycja. Nic więc dziwnego, że już w pierwszych miesiącach po przejściu władzy nadała mu ona dawny blask. Szóstego kwietnia 1990 r. Sejm, na wniosek Senatu, przywrócił święto narodowe Trzeciego Maja. Dnia trzeciego maja tegoż roku w Warszawie odbyły się centralne obchody z udziałem najwyższych władz: uroczystość przed Zamkiem Królewskim i na placu Zwycięstwa, salut artyleryjski. Po południu zaś w bazylice archikatedralnej Świętego Jana, tam gdzie w 1791 r. zaprzysiężono Konstytucję 3 maja, w mszy św. celebrowanej przez prymasa Glempa uczestniczyli przedstawiciele władz na czele z prezydentem Jaruzelskim. Tak zamknęło się koło historii.

PRZYPISY

- 1 Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu Ustawodawczego, 31 posiedzenie w dn. 29 IV 1919 r.
- 2 Archiwum Państwowe w Białymstoku, zespół: Urząd Wojewódzki Białostocki, sygn. 91, k. 51.
- 3 O obchodach święta 3 Maja w II RP zob. szerzej: J. J. Milewski, *Obchody święta 3 Maja w Drugiej Rzeczypospolitej*, „Mówią wieki” 1991, nr 5, s. 22-26.
- 4 W. Bartoszewski, *Manifestacje 3-majowe podziemnej Warszawy*, „Gazeta Ludowa” z 3 V 1946 r.
- 5 S. Dzieciolowski, *Konstytucja 3 maja w tradycji polskiej*, Warszawa 1991, s. 131.
- 6 A. Lampe, *Myśli o nowej Polsce*, Warszawa 1948, s. 54.
- 7 Centralna Biblioteka Wojskowa, Dokumenty Życia Społecznego, sygn. 5.1d.10/3 (Główny Zarząd Polityczno-Wychowawczy Wojska Polskiego: Wytyczne prace propagandowej nr 25 z 14 IV 1945 r.).
- 8 „Gazeta Ludowa” z 4 V 1947 r.
- 9 „Trybuna Ludu” z 4 V 1957 r. (wyd. regionalne).
- 10 M. Dąbrowska, *Dzienniki*, t. III, Warszawa 1988, s. 124.
- 11 M. Kula, *Dlaczego Polacy dziś cenią Konstytucję trzeciego maja*, „Mówią wieki” 1991, nr 5, s. 19.
- 12 „Kurier Polski” z 16 III 1981 r.

O POTRZEBIE DOSKONALENIA WARSZTATU ZAWODOWEGO NAUCZYCIELA HISTORII

Opracowanie niniejsze stanowi próbę zasygnalizowania istotnych problemów wynikających z istniejącego kształtu studiów historycznych w Polsce. Wydaje się, że interesująca może być konfrontacja intuicyjnych sądów z rzetelnymi badaniami naukowymi. Codziennosc polskiej szkoły, konflikt prozaicznych i wyższych potrzeb, rysuje się bardzo realistycznie w prezentowanych niżej wynikach przeprowadzonych badań. Polski model przygotowania, a następnie doskonalenia nauczyciela historii, choć nie pozbawiony braków, wyostyra jednak, jak się wydaje, krytycyzm w jego widzeniu. Wynikająca z przeprowadzonych badań świadomość niedoskonałości systemu kształcenia nie jest jednak równoznaczna z widzeniem konieczności doskonalenia warsztatu zawodowego nauczycieli historii. Wydaje się, że istotny wpływ na to mają dolegliwości rzeczywistości nie tylko oświatowej, ale szersze warunki życia i pracy nauczycieli. Stąd też pewna doza krytycyzmu wobec wypowiedzi nauczycieli na temat możliwości i warunków ich pracy. Opinie te stanowić winny raczej wskazówkę, jak kształtować, zmieniać dotychczasowy kształt systemu kreowania nauczycieli historii, a następnie ich doskonalenia.

Ankieta *Warsztat pracy nauczyciela historii* rozprawdzona została w roku szkolnym 1989/90 wśród nauczycieli województwa białostockiego, suwalskiego i łomżyńskiego. Wypełnioną ankietę zwróciło 314 nauczycieli. Ankieta składała się z czterech części (por. aneks). W pierwszej respondenci odpowiadali na siedem pytań dotyczących spraw personalnych. W drugiej części zadano sześć pytań odnoszących się do obowiązujących wówczas programów nauczania historii. Część trzecia – siedem pytań – dotyczyła obowiązujących podręczników oraz wykorzystania pomocy dydaktycznych w nauczaniu historii. Wreszcie w części czwartej – dziesięć pytań – pytano o ocenę skuteczności nauczania historii, istniejących w tym względzie trudności i związków tego przedmiotu z aktualną polityką.

Wycinkowy kwestionariusz personalny (pytania A1-A7) daje syntetyczny obraz poddanych ankielowaniu nauczycieli historii. Większość – prawie 62% – to kobiety. Dwie trzecie respondentów (67%) nie przekroczyło 40 roku życia. Prawie ten sam odsetek (66%) miał staż pracy nie przekraczający 20 lat. W badanej grupie przeważali nauczyciele pochodzenia chłopskiego (41%). Pochodzeniem robotniczym

i inteligentnym legitymowało się odpowiednio 29% i 30% osób.

Zdecydowana większość badanych posiadała wysokie, specjalistyczne wykształcenie. Uczelnie wyższe ukończyło 73% respondentów, w tym 58% studia historyczne. Niski odsetek posiadał tylko wykształcenie średnie.

Względnie równomierny był rozkład respondentów pod względem ich miejsca pracy. W szkołach wiejskich, małych i dużych miast uczyło odpowiednio 40%, 28% i 32% nauczycieli. Wśród ankietowanych grupę dominującą stanowili nauczyciele szkół podstawowych.

Zestawienie wybranych danych personalnych zawartych w ankiecie pozwala sformułować tezę, że poddana badaniu grupa wydaje się być reprezentatywna. Przewaga nauczycieli o specjalistycznym i względnie wysokim wykształceniu oraz o sporym stażu pracy daje wysokie prawdopodobieństwo wyważonych opinii o zasadniczych kwestiach stawianych w ankiecie – wartości programów, podręczników i pomocy naukowych oraz szeroko rozumianej skuteczności nauczania historii. Dalsza analiza odpowiedzi na poszczególne pytania, a zwłaszcza ich korelacja, zdają się potwierdzać tę tezę.

Odpowiedzi na sześć pytań dotyczących programów szkolnych dostarczają wiele interesującego materiału. Wnioski stąd płynące są dość jednoznaczne. Panowała wielka zgodność (89%), iż przy obecnie obowiązującym programie nauczania prowadzenie tego przedmiotu jest trudne (lub bardzo trudne). Jedynie 5% nauczycieli było zdania, że jest to łatwe. Ciekawe, że wśród nich przeważali nauczyciele o stażu pracy do 10 lat.

Chociaż zdaniem zdecydowanej większości nauczycieli program utrudnia nauczanie historii, jednak w miarę zrównoważone były opinie co do tego, czy odpowiada on potrzebom i możliwościom szkoły. Odpowiedzi pozytywnej na to pytanie udzieliło 46%, zaś negatywnej 50% respondentów.

Pomimo że 145 respondentów pozytywnie wypowiedziało się o programie, nie wszyscy spośród nich (co najwyżej 112) rozszerzyli swą wypowiedź odpowiadając na pytanie B3, czyli wskazując zalety programu. Prawie równomierny rozrzut wariantów odpowiedzi nie pozwala na uogólnienia. Minimalnie częściej oceniano, że zaletą programu jest właściwy dobór treści i wszechstronność (odpowiednio 8% i 7%). Inne warianty odpowiedzi wybrało mniej niż 5% respondentów.

Większe zróżnicowanie ocen obserwujemy w wytykaniu wad programów. Na nadmierną ich obszerność i niedostosowanie do możliwości uczniów wskazywało odpowiednio 19% i 15% nauczycieli. Pozostałe warianty odpowiedzi wybrało co najwyżej 7% respondentów. Warto w tym miejscu podkreślić, że podobnie jak i wypadku pytania o zalety programu, tak i w tym przypadku część nauczycieli negatywnie oceniających programy uchyliła się od uszczegółowienia zarzutów wobec nich.

Dość wyraźnie podzielone okazało się środowisko nauczycieli w kwestii szczegółowości programów nauczania historii (pytanie B5). O ile 63% respondentów uważało, że powinny one być raczej lub zdecydowanie ramowe, o tyle 33% optowało za programami raczej lub zdecydowanie szczegółowymi. Trudno jest jednoznacznie okre-

ślić, czym się kierowali respondenci opowiadając się za większą ramowością bądź też szczegółowością programów. Pewnym sprawdzianem może tu być na przykład porównanie odpowiedzi na pytania B2 i B5. Wśród respondentów opowiadających się za programami ramowymi, jak i szczegółowymi, byli zarówno ci, którzy uważali, że obecne programy odpowiadają, jak i nie odpowiadają potrzebom i możliwościom szkoły. Ilustruje to zestawienie:

	Respondenci uważający, że programy nauczania historii:	
	odpowiadają potrzebom i możliwościom szkoły	nie odpowiadają potrzebom i możliwościom szkoły
Respondenci uważający, że programy winny być ramowe	27%	34%
Respondenci uważający, że programy winny być szczegółowe	19%	13%

W powyższym zestawieniu pominięto głosy respondentów, którzy nie udzielili odpowiedzi lub nie mieli zdania.

Zdecydowanie większa zgodność panuje w kwestii, kto winien mieć decydujący głos w programowaniu nauczania historii. 77% respondentów odpowiedziało, że nauczyciele historii. Szczegółowy rozkład odpowiedzi na to pytanie, w zależności od stażu pracy odpowiadających, obrazuje zestawienie:

O programie winni decydować:	Opinie nauczycieli w zależności od stażu pracy				Łącznie
	do 10 lat	11-20 lat	21-30 lat	31 i więcej lat	
Nauczyciele historii	83%	67%	77%	63%	77%
Rady pedagogiczne	2%	2%	1%	3%	2%
Instytut Programów Szkolnych	5%	10%	6%	17%	8%
MEN	1%	5%	7%	9%	3%
Specjaliści z wyższych uczelni	5%	15%	6%	9%	7%

W zestawieniu pominięto inne odpowiedzi.

Jak z powyższego zestawienia wynika, relatywnie najwyższe zaufanie do nauczycieli jako ewentualnych twórców programów nauczania mają respondenci o naj-

niższym stażu pracy zawodowej (do 10 lat), zaś najniższe weterani pracy, o ponad 30-letnim stażu. Wydaje się interesujące, iż najniżej oceniali nauczyciele kompetencje rad pedagogicznych w programowaniu nauczania historii (jedynie 2% głosów). Inne warianty odpowiedzi na pytanie o to, kto winien mieć największy wpływ na programowanie nauczania historii, również nie miały zbyt wielu zwolenników (do 8% głosów).

Cztery kolejne pytania (C1-C4) dotyczyły stosunku respondentów do obowiązujących w szkole podręczników historii. Ich ogólna ocena, stosując skalę czterostopniową, niewiele przekroczyła dostatecznie (3,14). Liczna grupa nauczycieli (30%) uważa, że ocena poszczególnych podręczników musi być zróżnicowana.

Odpowiedzi na pytania o zasadnicze zalety i wady podręczników (C2 i C3) wykazały znaczną rozbieżność opinii. Krytycznie oceniło podręczniki 160 osób, zaś odpowiedzi merytorycznych było 185. Odsetki wskazań zasadniczych zalet i wad podręczników historii obrazuje zestawienie. Uwzględniono w nim jedynie odpowiedzi merytoryczne.

Wykład		Język		Charakter		Szata graficzna	
przystępny	nieprzystępny	poprawny	niepoprawny	obiektywny	tendancyjny	dobra	zła
62%	52%	16%	5%	13%	29%	7%	10%

Wydaje się znamienne, że o ile wskazując zalety podręczników respondenci eksponowali głównie ich stronę formalną – przystępność wykładu i poprawność językową (odpowiednio 62% i 16%), o tyle w oczach krytyków podręczników na szczególną uwagę zasługiwały nieprzystępność wykładu i tendencyjność (odpowiednio 52% i 29%).

Odbiciem istniejącego zóżnicowania ocen podręczników historii są odpowiedzi na pytanie C4, czy do nauki historii (w jednej klasie) powinien być dostępny jeden podręcznik, dwa lub więcej, czy też ich liczba nie ma zasadniczego znaczenia – byle były dobre. Zdecydowanie dominowały tu odpowiedzi, iż ich liczba nie ma znaczenia, byle były dobre (62% odpowiedzi). Brak w naszej obecnej praktyce szkolnej równoległego funkcjonowania dwu i więcej podręczników (do wyboru) do nauki historii w jednej klasie wyraźnie utrudnił respondentom zdecydowanie się na jedną z zasadniczych odpowiedzi. Stąd też wyboru pierwszego lub drugiego wariantu odpowiedzi dokonała stosunkowo niewielka część respondentów.

Przydatność i wykorzystanie pomocy dydaktycznych stanowiły treść kolejnych pytań (C5-C7). Dają one sporo interesującego materiału. W odpowiedzi na pytanie o przydatność pomocy dydaktycznych (C5) dominowało zdanie, że wielu pomocy po prostu brak (61%). Stosunkowo liczna grupa oceniła, iż przydatność pomocy jest zróżnicowana. 18% respondentów oceniło ich przydatność dając im ocenę na pograniczu dobrej i dostatecznej (3,52). Wydało się celowym prześledzenie, jak

rozkładały się oceny pomocy dydaktycznych w poszczególnych grupach nauczycieli (podział ze względu na staż pracy). Przedstawia je zestawienie:

Staż pracy	Ocena przydatności pomocy dydaktycznych (58 odpowiedzi):				
	bardzo dobra	dobra	mało przydatne	nieprzydatne	średnia
do 10 lat	4%	59%	26%	11%	3,55
11-20 lat	12%	25%	63%	0%	3,50
21-30 lat	0%	69%	25%	6%	3,62
ponad 30 lat	0%	42%	29%	29%	3,14

Z powyższego wynika, że pomimo względnie zgodnych ocen ogólnych, zdecydowanie najbardziej krytycznie wypowiadali się nauczyciele o najdłuższym stażu pracy. Równocześnie najwyższy odsetek nauczycieli tej grupy (29%) wypowiedział się, że przydatność pomocy dydaktycznych jest zróżnicowana. Podobnie wypowiadali się nauczyciele o 11-20-letnim stażu pracy (25%). Ilustruje to zestawienie:

Staż pracy	Przydatność pomocy dydaktycznych jest zróżnicowana	Łączna liczba odpowiedzi
do 10 lat	16%	168 = 100%
11-20 lat	25%	40 = 100%
21-30 lat	13%	70 = 100%
ponad 30 lat	29%	35 = 100%

Znacznie mniejszy był natomiast rozrzut odpowiedzi respondentów (według grup stażu pracy) wypowiadających się, że wielu pomocy po prostu brak (różnica do 15 punktów). Szczegółowo przedstawia to zestawienie:

Staż pracy	Wielu pomocy po prostu brak	Łączna liczba odpowiedzi
do 10 lat	64%	168 = 100%
11-20 lat	53%	40 = 100%
21-30 lat	63%	70 = 100%
ponad 30 lat	49%	35 = 100%
Razem:	61%	313 = 100%

Uzupełnienie i rozwinięcie zagadnienia pomocy dydaktycznych znajdujemy w odpowiedziach na pytanie o to, z jakich pomocy dydaktycznych korzysta respondent najchętniej na lekcjach historii (C6). Stosunkowo wysoki był odsetek braku odpowiedzi i stwierdzeń, iż z pomocy dydaktycznych „raczej nie korzystam” (razem 14% odpowiedzi). Rozkład odpowiedzi według grup wykształcenia respondentów przedstawia się następująco:

Wykształcenie	Nie udzielono odpowiedzi	Raczej nie korzystam	Łącznie odpowiedzi
średnie	14%	0%	96 = 100%
półwyższe	15%	3%	74 = 100%
wyższe historyczne	11%	1%	346 = 100%
wyższe niehistoryczne	19%	2%	53 = 100%
wyższe + specjalizacja zawodowa itp.	13%	0%	38 = 100%
Łącznie:	13%	1%	625 = 100%

Z powyższego zdaje się wynikać, iż nie ma istotniejszych różnic w „skłonności” do niekorzystania z pomocy dydaktycznych przez nauczycieli o różnym przygotowaniu zawodowym.

Korzystanie ze wszystkich dostępnych pomocy dydaktycznych deklarowało 25% respondentów. Największą skłonność w tym względzie wykazywali nauczyciele o wyższym wykształceniu historycznym (28% odpowiedzi).

Znaczna część respondentów (40%) wskazywała na mapy i atlasy jako najchętniej wykorzystywane pomoce dydaktyczne. W poszczególnych grupach nauczycieli, bez względu na ich wykształcenie, różnice w preferowaniu tej grupy pomocy były nieznaczne, sięgające 8 punktów.

Minimalna część respondentów wskazywała na inne pomoce dydaktyczne najchętniej wykorzystywane na lekcjach historii: przezrocza – 9% i filmy oświatowe – 8%. Pozostałe rodzaje pomocy dydaktycznych miały pojedynczych zwolenników. Trudno jest uogólnić przyczyny na ogół słabej skłonności nauczycieli do korzystania z pomocy dydaktycznych. Wielu pomocy po prostu brak – co podkreślali liczni respondenci – zaś wykonywanie pomocy we własnym zakresie nie jest raczej popularne.

Z przedstawionym wyżej problemem wiążą się częściowo odpowiedzi na pytanie (C7) o to, co najbardziej przeszkadza w pracy nauczyciela historii. Znamienne, że aż 53% respondentów wskazywało na stan pomocy dydaktycznych.

Sprawa tego, co najbardziej przeszkadza w pracy nauczyciela historii, jest zagadnieniem dość niejednorodnym. Sporna część respondentów (22%) nie udzieliła

odpowiedzi, bądź wybrała wariant odpowiedzi „nie mam zdania”. Równocześnie udzielono prawie 8% odpowiedzi „nic mi szczególnie nie przeszkadza”.

Wśród przeszkód w pracy najczęściej wymieniano: stan pomocy dydaktycznych (53%), brak zaufania uczniów do historii szkolnej (28%), programy nauczania i obowiązujące podręczniki (po 26%), negatywne oddziaływanie środowiska pozaszkolnego (13%). Ta ostatnia trudność, inaczej sformułowana, wymieniana była też w innych odpowiedziach. Na słabość własnej wiedzy i umiejętności, jako główną przeszkodę w pracy, wskazywało 4% nauczycieli. Najbardziej krytycznie oceniali swoje kwalifikacje nauczyciele o średnim wykształceniu (8%).

Co, zdaniem nauczycieli, najbardziej utrudnia uczniom uczenie się historii? Wielu nauczycieli (39%) główną przeszkodę upatrywało w zbyt obszernych programach i nieporzystosowaniu ich do możliwości intelektualnych i emocjonalnych uczniów (30%). Tak więc ponad 2/3 nauczycieli wskazywało na programy nauczania jako główne utrudnienie w uczeniu się historii przez uczniów. Inne przeszkody stanowią, według nauczycieli, w zasadzie margines. Warto w tym miejscu zwrócić uwagę na ciekawe zjawisko. Niespójność historii szkolnej i pozaszkolnej jako trudność w uczeniu się jej podkreślało 36 nauczycieli (11%), z tym że spośród nich aż 53% to nauczyciele o najkrótszym, do 10 lat, stażu pracy. Również na nieatrakcyjność historii jako przedmiotu wskazywała nie licząca się w sumie grupa 15 osób (5%) – wśród nich aż 60% to również nauczyciele o stażu pracy do 10 lat. Odwrotnie sprawa przedstawia się w widzeniu niedostatków podręczników jako przeszkody w uczeniu się historii – wskazywało ją 23 nauczycieli (7%), z tym że najbardziej krytyczni byli nauczyciele o dużym stażu zawodowym – 21-30 lat (39% tego wariantu odpowiedzi).

Jak w związku z powyższym oceniają nauczyciele poziom wiedzy historycznej wynoszonej przez uczniów ze szkoły? Nie wyraziło zdania na ten temat 4% respondentów. Za zróżnicowany uznało go 36% odpowiadających. Żaden z respondentów nie uznał go za bardzo wysoki. Łącznie ocenę tej wiedzy nauczyciele widzą bardzo krytycznie, to jest na 2,96. Tak niska ocena wyników własnej pracy musi skłaniać do zastanowienia.

Skoro istnieje wiele utrudnień pozamerytorycznych pracy zarówno nauczyciela, jak i ucznia, warto było zadać pytanie, który okres historyczny przysparza uczniom najwięcej kłopotów. Okazało się, że „prym” wiodą tu: historia najnowsza i okres XIX i początków XX wieku (po 35%). Pozostałe okresy były uznawane za przysparzające uczniom najwięcej trudności przez mniejszość – po 3%-4% respondentów. Dodać przy tym należy, że 13% nauczycieli uważało, iż wszystkie okresy historyczne (a więc cały przedmiot) przysparzają mniej więcej jednakowych trudności.

Wskazanie historii najnowszej i XIX wieku jako okresów najtrudniejszych zarówno dla uczniów, jak i nauczycieli, potwierdza wyniki wcześniej prowadzonych badań.

W nauczaniu historii nie sposób pominąć jej najnowszego okresu. Do jakich jednak czasów winno być doprowadzone nauczanie historii? Zdania respondentów były

dość podzielone: 47% uważało, że do końca II wojny światowej, 43% – że do współczesności. Tak więc sądzić można, iż najbardziej „do przyjęcia” byłaby formuła doprowadzania historii szkolnej poza zakończenie II wojny światowej, ukazywania jej powojennych skutków.

Celowym wydaje się równoczesne przyjrzenie się odpowiedziom na pytanie o największych sojuszników i przeciwników nauczyciela historii (D5 i D6). Rozkład odpowiedzi na te pytania przedstawia zestawienie:

Główny sojusznik lub przeciwnik nauczyciela historii	Sojusznik	Przeciwnik
sam uczeń	32%	8%
rodzinny przekaz historyczny	5%	20%
uzupełniająca (pozaprogramowa) literatura historyczna	33%	3%
telewizja	8%	7%
publicystyka historyczna	14%	1%
błędna koncepcja historii szkolnej	–	42%
brak odpowiedzi, nie mam zdania, inne	7%	19%

Budujące jest upatrywanie głównego sojusznika nauczyciela historii w samym uczniu. Jeszcze wyższe notowania uzupełniającej literatury historycznej i nieco niższe publicystyki historycznej korespondują w jakiejś mierze z relatywnie niskimi ocenami podręczników szkolnych.

W pytaniu o największych przeciwników nauczyciela historii respondenci najczęściej wskazywali na błędną koncepcję historii szkolnej (42%) i rodzinny przekaz historyczny (20%). Zdecydowanie najwyższe notowania tych wariantów odpowiedzi, zwłaszcza zgodne ich występowanie obok siebie, może nieco dziwić, zwłaszcza w dzisiejszych czasach, okresie przewartościowywania sądów o historii, szczególnie najnowszej.

Z zagadnieniem politycznego charakteru historii najnowszej wiążą się kolejne pytania (D7-D10). Znakomita większość respondentów uważała, że historia szkolna niesie w sobie treści polityczne w dużym (58%) i bardzo dużym (15%) stopniu, natomiast 20% – iż tylko w małym stopniu. Zdając sobie z powyższego sprawę, należy zaznaczyć, iż mocno podzielone są zdania respondentów co do tego, czy dopuszczalne jest wykorzystywanie przez nauczyciela nauczania historii do bieżących celów politycznych. Rozkład opinii na ten temat ilustruje zestawienie:

Wykorzystywanie historii przez nauczyciela do bieżących celów politycznych jest:	Odsetek odpowiedzi:
w pełni dopuszczalne	12%
czasem dopuszczalne	32%
raczej niedopuszczalne	16%
niedopuszczalne	26%
nie mam zdania, brak odpowiedzi	14%

Przy tak zrównoważonej różnicy zdań – 44% dopuszczających wykorzystywanie przez nauczyciela nauczania historii do bieżących celów politycznych i 42% temu przeciwnych – dalszej analizie poddać należy odpowiedzi na dwa ostatnie pytania ankiety. Nie w pełni zgodnie z opiniami wyrażonymi w odpowiedziach na pytanie wcześniejsze, 60% respondentów wypowiedziało się jako przeciwnicy wprowadzania polityki do nauczania historii. Ciekawe, że równocześnie 16% nauczycieli uważało, że interes polityczny aktualnej władzy uprawnia do uwzględniania go w nauczaniu historii. Uwzględnianie natomiast interesów innych podmiotów politycznych – opozycji, partii rządzącej, stronnictw i Kościoła – tolerowało od 1% do 3% respondentów.

Podobny rozkład odpowiedzi uzyskano w pytaniu o to, czyj interes polityczny może być uwzględniany w nauczaniu historii (D10). Dominowało tu coraz popularniejsze stanowisko pluralistyczne, iż godzić trzeba różne interesy polityczne (56%). Przeciwnko uwzględnianiu w nauczaniu historii interesów aktualnej władzy wypowiedziało się 9% nauczycieli. Spora grupa (27%) respondentów nie odpowiedziała na to pytanie lub nie miała zdania.

Przedstawione wyżej zasadnicze wyniki ankiety *Warsztat pracy nauczyciela historii* precyzują i aktualizują dotychczasową wiedzę na ten temat. Stanowią one także rozwinięcie wcześniej prowadzonych badań w tym zakresie.

W opracowaniu wyników ankiety wykorzystano w części możliwości, jakie daje w tym zakresie technika komputerowa. Ułatwiło to zsumowanie odpowiedzi na poszczególne pytania, a także graficzne przedstawienie uzyskanych wyników. Zastosowanie techniki obliczeniowej znacznie ułatwiło także porównywanie odpowiedzi na poszczególne pytania (pary pytań). Dysponując bankiem danych z niniejszej ankiety, mamy w dalszym ciągu możliwość pogłębiania analizy zebranego materiału, uzupełniania go nowymi danymi, porównywania z wynikami wcześniejszych badań.

ANKIETA
WARSZTAT PRACY NAUCZYCIELA HISTORII

Przedstawiana Pani (Panu) ankieta stanowi fragment programu badawczego *Rozwój zawodowy nauczycieli historii*. W jego toku zamierzamy ustalić aktualny stan kadr pedagogicznych nauczających historii w szkołach podstawowych i ponadpodstawowych, przedstawić ewentualne wnioski zmierzające w kierunku doskonalenia warunków i wyników pracy nauczycieli historii.

Ankieta jest dobrowolna i ma charakter anonimowy.

Uwaga: Ankietę wypełniamy wpisując do kratki umieszczonej na prawym marginesie numer wybranego wariantu odpowiedzi.

A1. Płeć:

1. Kobieta
2. Mężczyzna

A2. Wiek:

1. Do 25 lat
2. 26-30 lat
3. 31-35 lat
4. 36-40 lat
5. 41-45 lat
6. 46-50 lat
7. 51-55 lat
8. Ponad 55 lat

A3. Pochodzenie społeczne:

1. Robotnicze
2. Chłopskie
3. Inteligenckie

A4. Posiadane wykształcenie:

1. Średnie
2. Średnie + kurs pedagogiczny
3. Półwyższe
4. Wyższe – historyczne
5. Wyższe – niehistoryczne
6. Wyższe + specjalizacja zawodowa, studia podypl.

A5. Staż pracy nauczycielskiej:

1. Do 5 lat
2. 6-10 lat
3. 11-15 lat
4. 16-20 lat
5. 21-25 lat
6. 26-30 lat
7. 31-35 lat
8. Ponad 35 lat

A6. Miejsce pracy:

1. Wieś
2. Małe miasto
3. Duże miasto

A7. Typ szkoły, w której Pan (Pani) naucza:

1. Szkoła podstawowa
2. Średnia szkoła zawodowa
3. Liceum ogólnokształcące
4. Inne typy szkół (Jakie?)

B1. Czy przy obecnie obowiązującym programie nauczania historii prowadzenie tego przedmiotu jest:

1. Bardzo trudne
2. Trudne
3. Łatwe
4. Bardzo łatwe
5. Nie mam zdania

B2. Czy obecnie obowiązujący program nauczania historii odpowiada Pana (Pani) zdaniem potrzebom i możliwościom szkoły:

1. Tak
2. Raczej tak
3. Raczej nie
4. Nie
5. Nie mam zdania

B3. Jeżeli wyraził(a) Pan (Pani) pozytywne zdanie o programie (odpowiedzi tak lub raczej tak), proszę określić główne zalety tego programu:

1. Wszechstronność
2. Właściwy dobór treści
3. Proporcjonalny dobór treści

4. Właściwie sformułowane cele nauczania
 5. Dobre dostosowanie do możliwości ucznia
 6. Optymalne wykorzystanie możliwości nauczyciela
 7. Wysokie walory wychowawcze prezentowanych treści
 8. Możliwość adaptacji do potrzeb i możliwości środowiska
 9. Inne (jakie?)
 10. Nie mam zdania
-

B4. Jeżeli wyraził(a) Pan (Pani) zdanie negatywne o programie (odpowieź raczej nie lub nie), proszę określić główne wady tego programu:

1. Nadmierna obszerność
 2. Niewłaściwy dobór treści
 3. Nieproporcjonalny układ treści
 4. Niewłaściwe cele nauczania
 5. Niedostosowanie do możliwości ucznia
 6. Niewykorzystanie możliwości nauczyciela
 7. Mała wartość wychowawcza prezentowanych treści
 8. Brak możliwości adaptacji do potrzeb środowiska
 9. Inne (jakie?)
 10. Nie mam zdania
-

B5. Jakie, zdaniem Pana (Pani), winny być programy nauczania historii:

1. Zdecydowanie ramowe
 2. Raczej ramowe
 3. Raczej szczegółowe
 4. Zdecydowanie szczegółowe
 5. Nie mam zdania
-

B6. Kto, Pana (Pani) zdaniem, powinien mieć decydujący głos w programowaniu nauczania historii:

1. Nauczyciele historii
 2. Rady pedagogiczne szkół
 3. Instytut Programów Szkolnych
 4. Ministerstwo Edukacji Narodowej
 5. Specjaliści z wyższych uczelni
 6. Inne osoby – organa (jakie?)
 7. Nie mam zdania
-

C1. Jak ocenia Pan (Pani) obowiązujące w szkole podręczniki historii:

1. Bardzo dobrze
2. Dobrze
3. Dostatecznie

4. Niedostatecznie
5. Ocena poszczególnych podręczników musi być zróżnicowana
6. Nie mam zdania

C2. Jeżeli ocenił(a) Pan (Pani) podręczniki pozytywnie (ocena bardzo dobra lub dobra), proszę wskazać zasadnicze zalety tych podręczników:

1. Przystępność wykładu
2. Poprawny język
3. Obiektywność
4. Dobra szata graficzna
5. Inne zalety (jakie?)
6. Nie mam zdania

C3. Jeżeli ocenił(a) Pan (Pani) podręczniki krytycznie (oceny dostateczna lub niedostateczna), proszę wskazać zasadnicze wady tych podręczników:

1. Nieprzystępność wykładu
2. Niepoprawny język
3. Tendencyjność
4. Zła szata graficzna
5. Inne wady (jakie?)
6. Nie mam zdania

C4. Czy do nauki historii (w jednej klasie) powinien być dostępny:

1. Tylko jeden podręcznik
2. Dwa lub więcej podręczników do wyboru
3. Ich liczba nie ma zasadniczego znaczenia – byle były dobre
4. Nie mam zdania

C5. Jak ocenia Pan (Pani) przydatność pomocy dydaktycznych do nauki historii, dostępnych w sieci zaopatrzenia szkół:

1. Są one bardzo dobre
2. Są one dobre
3. Są one mało przydatne
4. Są one nieprzydatne
5. Ich przydatność jest zróżnicowana
6. Wielu pomocy po prostu brak
7. Nie mam zdania

C6. Z jakich pomocy dydaktycznych korzysta Pan (Pani) na lekcjach historii najchętniej:

1. Map i atlasów
2. Przezroczycy

3. Foligramów i fazogramów
 4. Filmów oświatowych
 5. Nagrań magnetofonowych i gramofonowych
 6. Nagrań wideo
 7. Innych pomocy (jakich?)
 8. Chętnie korzystam ze wszystkich dostępnych pomocy
 9. Raczej nie korzystam – poprzestaję na kredzie i tablicy
-

C7. Co najbardziej przeszkadza Panu (Pani) w pracy nauczyciela historii:

1. Programy nauczania
 2. Obowiązujące podręczniki
 3. Stan pomocy dydaktycznych
 4. Słabość własnej wiedzy i umiejętności
 5. Negatywne oddziaływanie środowiska pozaszkolnego
 6. Brak zaufania uczniów do historii szkolnej
 7. Inne przyczyny (jakie?)
 8. Nic mi szczególnie nie przeszkadza
 9. Nie mam zdania
-

D1. Co Pana (Pani) zdaniem najbardziej utrudnia uczniom uczenie się historii:

1. Zbyt obszerny program
 2. Nieprzystosowanie programu do możliwości intelektualnych i emocjonalnych uczniów
 3. Mała wartość podręczników
 4. Nieumiejętność przekazania wiedzy przez nauczyciela
 5. Niespójność historii szkolnej i pozaszkolnej
 6. Mała atrakcyjność historii jako przedmiotu
 7. Inne przyczyny (jakie?)
 8. Nie mam zdania
-

D2. Jak ocenia Pan (Pani) poziom wiedzy historycznej wynoszonej przez ucznia ze szkoły:

1. Jako bardzo wysoki
 2. Jako wysoki
 3. Jako dostateczny
 4. Jako niedostateczny
 5. Jest on zróżnicowany
 6. Nie mam zdania
-

D3. Który okres historyczny przysparza uczniom najwięcej trudności:

1. Historia starożytna
2. Średniowiecze

3. Czasy nowożytne
 4. XIX i pocz. XX w.
 5. Historia najnowsza
 6. Wszystkie mniej więcej jednakowo
 7. Nie mam zdania
-

D4. Do jakich czasów powinno być doprowadzone nauczanie historii:

1. Do współczesności
 2. Do końca II wojny światowej
 3. Do wybuchu II wojny światowej
 4. Nie mam zdania
-

D5. W kim (czym) upatruje Pan (Pani) największego sojusznika nauczyciela historii:

1. W samym uczniu
 2. W rodzinnym przekazie historycznym
 3. W uzupełniającej literaturze historycznej
 4. W telewizji
 5. W publicystyce historycznej
 6. W innych podmiotach (jakich?)
 7. Nie mam zdania
-

D6. W czym (kim) upatruje Pan (Pani) największego przeciwnika nauczyciela historii:

1. W samym uczniu
 2. W rodzinnym przekazie historycznym
 3. W pozaprogramowej literaturze historycznej
 4. W telewizji
 5. W publicystyce historycznej
 6. W błędnej koncepcji historii szkolnej
 7. W innych podmiotach (jakich?)
 8. Nie mam zdania
-

D7. Czy dopuszczalne jest wykorzystywanie przez nauczyciela nauczania historii do bieżących celów politycznych:

1. Jest to w pełni dopuszczalne
 2. Czasem jest to dopuszczalne
 3. Jest to raczej niedopuszczalne
 4. Jest to niedopuszczalne
 5. Nie mam zdania
-

D8. W jakim stopniu historia szkolna niesie w sobie treści polityczne:

1. W bardzo dużym
2. W dużym

3. W małym
4. W żadnym
5. Nie mam zdania

D9. Czyj interes polityczny może być uwzględniony w nauczaniu historii:

1. Aktualnej władzy
2. Opozycji politycznej – jeżeli podziela go nauczyciel
3. Partii rządzącej (PZPR)
4. Innych partii i stronnictw
5. Kościoła
6. Innych podmiotów politycznych – jakich?
7. Jestem przeciwnikiem wprowadzania polityki do nauczania historii
8. Nie mam zdania

D10. Czyj interes polityczny nie może być uwzględniony w nauczaniu historii:

1. Aktualnej władzy
2. Opozycji politycznej – nawet jeżeli podziela go nauczyciel
3. Partii rządzącej
4. Innych partii i stronnictw
5. Kościoła
6. Innych podmiotów politycznych – jakich?
7. Trzeba godzić różne interesy polityczne
8. Nie mam zdania

Serdecznie dziękujemy za trud włożony w wypełnienie ankiety!

**NAZWY ETNONIMICZNE JAKO
POMOCNICZE ŹRÓDŁO HISTORYCZNE
DO BADAŃ NAD OSADNICTWEM TATARSKIM
NA PRZYKŁADZIE POWIATU GRODZIŃSKIEGO (DO 1795 R.)**

Przystępując do badań nad procesem osadniczym, jaki w przeszłości zachodził na danym terytorium, historyk za podstawę źródłową swojej pracy przyjmuje przede wszystkim źródła pisane (w tym także zabytki dawnej kartografii) oraz zachowany materiał archeologiczny. Jednakże rzadkością jest wystarczająca ilość zasobów źródłowych przy opracowywaniu problematyki osadnictwa, zwłaszcza że im dalej sięgamy w przeszłość, tym bardziej przekonujemy się, że ilość materiału źródłowego maleje. Dla historyka badającego dzieje ziem stanowiących dawniej część Wielkiego Księstwa Litewskiego dodatkowym utrudnieniem jest fakt, że większość przydatnych dlań źródeł spoczywa w archiwach byłego ZSRR.

Duże znaczenie dla badania okresów i zjawisk, w odniesieniu do których nie mamy źródeł bezpośrednio oświetlających rekonstruowane fakty, ma jedna z najstarszych metod badawczych historyka – metoda filologiczna. Na podstawie danych językowych pozwala ona m.in. na ustalanie faktów przeszłości w wyniku analizy nazw krain, miejscowości, sieci rzecznej, fizjografii terenu, nazw roślin, przedmiotów oraz imion własnych. Na podstawie ich zasięgu czy też występowania na pewnym terenie badacz może określić przynależność etniczną ludności zamieszkującej dany obszar.

Wielką przydatność tej metody w badaniach nad przebiegiem pograniczy plemiennych lub etnicznych wskazywał H. Łowmiański¹, szczególną rolę przypisując nazwom etnonimicznym – niezastąpionym w przypadku braku czy też niedostatku źródeł pisanych.

Kontynuatorem myśli naukowej H. Łowmiańskiego był J. Ochmański, który w studium poświęconym obcoetniczemu osadnictwu na Litwie w XIII i XIV wieku zastosował nazewnictwo odetniczne i odplemienne jako podstawę źródłową swojej pracy². J. Ochmański dokonał klasyfikacji nazw etnonimicznych w dwóch grupach: pierwszą tworzyłyby „nazwy peryferyjne, a więc te, które powstają na pograniczu dwóch żywiołów etnicznych lub plemiennych, drugą – nazwy ekste-

rytorialne, czyli te, które pojawiły się z dala od własnego terytorium etnicznego czy plemiennego, w obcym otoczeniu. Swoją nazwę etnonimiczną dana osada zawdzięcza tylko pośrednio własnym mieszkańcom: ich pochodzenie dało sąsiadom, różniącym się od nich językiem lub narzeczem, powód, by wsi tej nadać nazwę właściwą całemu ludowi lub plemieniu, z którego jej mieszkańcy się wywodzili”³.

Na podstawie współczesnego nazewnictwa miejscowości Litwy radzieckiej oraz danych *Słownika geograficznego* z końca XIX i początku XX wieku J. Ochmański uzyskał spis 23 typów osad o nazwach odetnicznych lub odplemiennych. Pod względem ilościowym drugie miejsce w spisie zajęła grupa osad typu Tatarszki-Totoriškiai – 21⁴. Już wielkość tej liczby świadczy o skali osadnictwa tatarskiego na Litwie i roli historycznej tej grupy w nowej ojczyźnie, bowiem im większa „liczebność eksterytorialnych czy peryferyjnych nazw etnonimicznych na danym obszarze państwowym czy też etnicznym, tym większy udział obcych przybyszów w rozwoju potencjału gospodarczego danego kraju, w rozwoju narodowości, której mieli służyć, i jej kultury”⁵.

Osadnictwo tatarskie na Litwie doczekało się wielu opracowań. Badania naukowe nad przeszłością Tatarów litewskich sporadycznie rozwijane od połowy XIX wieku nabrały szczególnego rozmachu w okresie międzywojennym i są nadal kontynuowane przez grono zainteresowanych historyków, etnografów, orientalistów⁶.

Celem niniejszej pracy było zbadanie, w jakim stopniu metoda badawcza zastosowana przez J. Ochmańskiego może być przydatna w rekonstrukcji wczesnego osadnictwa tatarskiego na obszarze powiatu grodzieńskiego w granicach terytorialnych z lat 1566-1795⁷.

Na terenie dawnego powiatu grodzieńskiego istniały bądź nadal istnieją następujące nazwy etnonimiczne eksterytorialne wiążące się pod względem semantycznym z Tatarami:

- **Tatarka**,
- **Tatarszczyzna** (dwukrotnie),
- **Tatarynowicze**,
- **Tatarowce**.

1. TATARKA

Autorzy *Słownika geograficznego Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich* w końcu XIX wieku odnotowali: „Tatarka, rzeka, dopływ Łosośny. Wypływa z błot niedaleko wsi Nowosiółki, w pobliżu źródeł Biebrzy, płynie koło wsi Karolin, na obszarze wsi Tarusicze w gm. Łabno wchodzi do Łosośny”⁸. *Słownik...* nie wyjaśnia pochodzenia nazwy „Tatarka”. Nie odnotowuje też istnienia na tym terenie osady, która by zawierała w swojej nazwie temat „tatar-”. Nie oznacza to jednak, że nad Tatarką nigdy nie było osadnictwa tatarskiego.

W *Regestrze pomiary włócznej starostwa grodzieńskiego* dokonanej w latach 1558-1563 przez dworzan królewskich Sebastiana Dybowskiego i Ławryna Wojnę znajdujemy wzmianki o osadnikach tatarskich nad Łosośną. W opisie granic wsi Rostowlany (później Koropczyce) w wójtostwie Łosośna (później Kopaniki) czytamy, że jedna ze ścian wsi „kończy się przy gruncie thathar Grodzieńskich”, a kolejna ciągnie się „wzdłuż na północzy podlie grunthow tatarskich, kończy się przy gruncie thychże tatar Lososienskich”⁹. Zwróćmy uwagę na wymienne używanie określeń „Tatarzy grodzieńscy” i „Tatarzy łososienscy”. Naszym zdaniem pisarz miał na myśli tych samych Tatarów, a określenie „grodzieńscy” wskazuje na związki Tatarów znad Łosośny z zamkiem grodzieńskim. Nie była to ludność pochodzenia jenieckiego, lecz wojownicy osadzeni przez hospodara na prawie lennym i za otrzymaną ziemię zobowiązani do różnych posług na jego rzecz – a przede wszystkim do służby zbrojnej. Nie pełnili jej jednak w ramach pospolitego ruszenia bojarów, a później szlachty powiatowej, lecz we własnej chorągwi. Popisy wojska litewskiego z XVI wieku wymieniają tatarską chorągiew z powiatu grodzieńskiego, która nazywana jest także chorągwią ułańską¹⁰. Urzędnik sporządzający spis Tatarów służących w chorągwi ułańskiej (1528 r.) określił ich mianem „ściah łososiński”, co stanowi cenną wskazówkę do lokalizacji centrum osadniczego Tatarów na Grodzieńszczyźnie, bowiem ponad połowa ich z pewnością przybyła na popis znad Łosośny. Także akta sądowe z XVI wieku potwierdzają istnienie nad rzeką Łosośną tatarskiej osady o odrzecznej nazwie Łosośna¹¹. Za tym, że Łosośna stanowiła centrum osadnicze, przemawiałby także fakt, iż już w 1540 roku odnotowano w tej miejscowości istnienie meczetu¹².

Dalszych wskazówek o położeniu gruntów tatarskich nad Łosośną dostarcza wymieniany już *Regestr pomiary włócznej*. Dowiadujemy się z niego, że grunty „Tatar Grodzieńskich” graniczą ze wsiami Prokopicze i Tryczewicze, a leżą one nad „rzeczką Lososenką”, która „kończy się w blocie Lososnie”¹³. Konfrontacja tej informacji z mapą powiatu grodzieńskiego prowadzi do jednoznacznego wniosku, że zapisana w *Regestrze...* Łososianka (czyli mała Łosośna) to wymieniany w *Słowniku geograficznym...* dopływ Łosośny – Tatarka. Terminu „Łososianka” *Słownik...* nie podaje.

Dalej dowiadujemy się z *Regestru...*, że nad Łososianką alias Tatarką obok włók wsi Prokopicze i Tryczewicze „a podle gruntow tatarskich” znajduje się „włoka 1/15/0, która jest dana Soboliu tatarzynu za ziemie Michaliewszczizne”¹⁴. Tatar Sobol za czasów Bony został osadzony na służbie strzeleckiej gdzieś nad Łosośną – Łososianką a. Tatarką, a gdy w ramach pomiaru włócznej rozpoczęto komasowanie starego, rozproszonego osadnictwa, w zamian za Michalewszczyznę otrzymał półtorawłokowy pas ziemi w okolicach Prokopicz i Tryczewicz. Granice gruntów Tatarów z Łosośny wyznaczały wsie Niemiejksze nad Łosośną i Sanniki nad Popilją (dopływ Łososiarki – Tatarki)¹⁵.

Początków osadnictwa tatarskiego w tym właśnie rejonie, pod Grodnem, należy dopatrywać się jeszcze w XV wieku. Wiązało się ono z rozpoczętą przez wiel-

kiego księcia Witolda po 1410 roku akcją kolonizowania zachodniego brzegu Niemna, która była kontynuowana przez jego kolejnych następców¹⁶. Osadnictwo (pod względem etnicznym przeważała ludność ruska) posuwało się od Grodna wzdłuż lewych dopływów Niemna, m.in. wzdłuż rzeki Łosośny. Zagospodarowywano wówczas olbrzymie pustkowiec leśne, dzieląc je na poszczególne okręgi podporządkowane grodom i od nich noszące nazwy. Nadzór puszczy i ich pożytków przed nieuprawnionymi powierzano osobnej kategorii ludności, tzw. osocznikom. Pilnująca, gospodarująca i wreszcie osiedlana w puszczych przez wielkich książąt ludność nadawała ostępom leśnym, rzekom, strumieniom różnorakie nazwy topograficzne lub pochodzące od imion pierwszych użytkowników¹⁷. Funkcjonująca jeszcze w połowie XVI wieku nazwa lewego dopływu Łosośny – „Łososianka” – z czasem została zastąpiona przez „Tatarkę” – bardziej właściwą z powodu występowania w tym rejonie ziemskiej własności tatarskiej. Trudno dokładnie ustalić, w którym momencie nowa nazwa całkowicie wyparła starą (może początkowo odnosiła się do całego obszaru pod Grodnem, gdzie gospodarzyli Tatarzy?), w każdym razie stało się to na tyle dawno, że w XIX wieku o „Łososiance” już nie pamiętano.

Jakie były dalsze losy Łosośny – wsi tatarskiej? W XVII wieku wymieniał ją w swoim dzienniku wojewoda witebski J. A. Chrapowicki, pod datą 22.07.1663 r. pisząc: „Stanęło wojsko obozem w mili od Łabna dobrej pode dworem pana Żeligowskiego, od Łosośnej począwszy, tatarskiej wsi”¹⁸.

Wzmiankę o Łosośnej w XVII wieku znajdujemy także w księdze cudów obrazu Bogarodzicy Różanostockiej. Niejaki Gabriel Jurkowski w 1666 roku zeznawał: „(...) jako sam nieraz widziałem przybywające na to miejsce święte Mahometanki z Łosośny, w różnych potrzebach i przypadkach swoich; a gdy pytam co by za sprawę w kościele prawowiernym miały? odpowiadały: iż my także tu się ofiarowując doznawamy łaski od Pana Boga w chorobach i różnym nieszczęściu. Za co świece kupując na ołtarz Najświętszej Marii Panny kładły, choć nie wiara, to samym czynem wielbiąc dobroć tej, która nie tylko wiernym sługom swoim, lecz samym poganom miłosierdzie swoje wyświadczać zwykła”¹⁹.

Jednak na próżno byśmy szukali Łosośny, wsi tatarskiej na mapach ekonomii grodzieńskiej z lat 1767²⁰ i 1781²¹. Z pewnością wpływ na tajemnicze zniknięcie osady w XVIII wieku miała po części prowadzona w początkach stulecia wojna północna i wojna domowa na Litwie. Przemarsze wojsk, zaangażowanie się Tatarów litewskich w walkę zwaśnionych stron i towarzyszące zapewne temu rabunki sprawiły, że ludność tatarska opuściła swoje siedziby. Świadczy o tym chociażby tekst nadanego w 1716 roku przez króla Augusta II przywileju rotmistrzowi tatarskiemu Józefowi Kublickiemu „(...) na place tatarskie dziedziczne we wsi Łosośnie, Dziemitkowie w Księstwie Litewskim w powiecie grodzieńskim leżące, po wysłanych za granice Tatarach (...), którzy nie kontentując się protekcją Naszą i Rzeczypospolitej, do Porty Otomańskiej wyciągnęli”²².

Na mapie ekonomii grodzieńskiej z 1781 roku w miejscu wsi tatarskiej widzimy jedno z chybionych przedsięwzięć podskarbiego A. Tyzenhausa – osadę przemysłową

Kunsztów, a na gruntach należących ongiś do Tatarów z Łosośny – majątki szlacheckie: Lachowszczyzna, Karolin i dobra rodziny Sawickich. Potwierdza to także zapis w Słowniku geograficznym z końca XIX wieku²³.

2. TATARSZCZYŻNA – 1

Pod hasłem Tatarszczyzna *Słownik geograficzny* odnotowuje folwark w powiecie augustowskim w gminie Bała Wielka (podział administracyjny z XIX wieku)²⁴. We wcześniejszych źródłach dla tego terenu nie spotykamy się z taką nazwą, ale można hipotetycznie przypuszczać, że folwark ten w przeszłości był w jakiś sposób związany z tatarskimi osadnikami.

Wyjaśnienia problemu należałoby chyba szukać – podobnie jak w przypadku Tartarki – w początkach akcji kolonizacyjnej na tym obszarze. Według badań przeprowadzonych przez J. Wiśniewskiego²⁵ zaniemeńskie ziemie nad Bałą zostały poddane kolonizacji już w XV wieku. Osadnictwo wyszło z nadniemeńskiego grodu Przełom i posuwało się początkowo wzdłuż 3 lewych dopływów Niemna o wspólnej nazwie Bała. Z czasem osadnictwo przesunęło się nad przepływającą w rejonie Bali rzeczkę o nazwie Świata. Wielcy książęta czynili tu nadania bojarom i urzędnikom, powstawały mająteczki o nazwach Świack, Kułakowszczyzna, Wnuczkowszczyzna, Szymkowce. Wśród uposażonych znaleźli się także Tatarzy (bądź jeden znaczący Tatar), dając początek dobrom o nazwie Świack Tatarski²⁶. Wg S. Dziadulewicza dobra świackie należały do znakomitego rodu tatarskiego książąt Abazów, a pierwszym znanym jego protoplastą był Asejt (inny zapis – Osajt), wzmiankowany w popisach wojska litewskiego z 1528 i 1534 roku²⁷. Stając do popisu jako Seit, wystawił 3 konie, co świadczy o znacznej jego zamożności. Akty sądowe z lat 1591–1594 świadczą o tym, że właściciele Świacka Tatarskiego znaleźli się w kłopotach finansowych, bowiem większość dokumentów dotyczy aktów sprzedaży poszczególnych części majątku w celu poprawienia budżetu rodzinnego. Dzięki nim możemy także dokładniej określić zasięg dóbr tatarskich i precyzyjniej umiejscowić sam dwór. A graniczyły one z gruntami wsi Łojki, Wasilewice, Kodziewice, Sambory, z miejscowością Białe Błota aż do Puszczy Przełomskiej; sianożęci Tatarów świackich sięgały za rzeki Hańczę i Marychę²⁸. Rodzina ta była jeszcze wzmiankowana w lustracji 1631 roku, później z zapisków znikła. Zapewne jak Tatarzy z Łosośny wyemigrowała do Turcji, tam bowiem z XVIII wieku pojawili się Abazowie²⁹.

Istnieją przesłanki, aby być dobrą Świack Tatarski (bądź ich część) uznać za XIX-wieczny folwark o nazwie Tatarszczyzna. Analizując w Słowniku geograficznym wykaz miejscowości należących do gminy Bała, znajdujemy tam m.in. Łojki, Kodziewice, Sambory, Wasilewice, Białobłoto, ale ze Świacków – tylko Świack Górny po Wołłowiczach i Tatarszczyznę³⁰. Także analiza dóbr zapisanych pod hasłem Świack nie wskazuje na to, aby któreś uznać za Świack Tatarski³¹, bowiem te dobra figurują pod nazwą Tatarszczyzna.

3. TATARSZCZYŻNA – 2

Wśród dokumentów Okręgowego Urzędu Ziemi Białostockiego, dotyczących parcelacji dużych majątków w ramach reformy rolnej (1921) przeprowadzonej w okresie międzywojennym, znajduje się odręczny szkic majątku Kundzin nad Łosośnią. Jest na nim zaznaczone (tuż nad rzeką) uroczysko o nazwie Tatarszczyzna³². Sądzymy, że nazwa ta nie wiąże się z pierwszą falą osadników tatarskich na Grodzieńszczyźnie (XV/XVI w.), lecz z Tatarami przybyłymi na ziemię powiatu w 1679 roku i osadzonymi na mocy przywileju Jana III Sobieskiego w dobrach ekonomii grodzieńskiej. Świadczy o tym bliskość wsi zamieszkałych przez nowo przybyłych Tatarów: Malawicz, Bohonik, Drahli³³.

4. TATARYNOWICZE

Miejscowość o nazwie Tatarynowicze nie figuruje jako hasło w *Słowniku geograficznym*. Nazwa ta nie występuje także wśród współczesnych nazw miejscowości. Spotykamy ją w *Regestrze pomiaru włócznej* z połowy XVI wieku. Tatarynowicze to wieś położona na skraju włości dworu Berzniki. Pozostałe granice wsi sąsiadują z siołami Wieliczowce, Olszanki, „Pucziłowice”, z jeziorem Ryngiel i jeziorem Berżnickim³⁴. W spisie mieszkańców Tatarynowicz znajdujemy 3 osoby o przydomku „Tatarynowicz”. Są to Ławryn, Bienko i Ponis. Tak jak inni mieszkańcy wsi byli oni zobowiązani do pełnienia „służby cziahlei”. Imiona i przydomki pozostałych mieszkańców wskazują na bałtyjskie bądź ruskie pochodzenie³⁵.

Z osadnikami tatarskimi spotykamy się także w mieście Berzniki. Przy ulicy Stebńskiej mieli swoje siedzibne place Ponis i Mik „Thatarzynowicze”³⁶. A „Bolko Tatarynowic synmi” występuje w spisie mieszkańców wsi „Szieina nad rzeką Sieyna”, która graniczy z Pomorzaniem nad jeziorem o nazwie Morze.³⁷ Mieszkańcy tej wsi także byli zobowiązani do pełnienia służby „cziahlei”.

Mamy tu do czynienia z osadnictwem jenieckim Tatarów. Ich status był różny od statusu Tatarów, którzy osiedlili się w Łosośnie czy Świacku. Nie była to ludność świeżo przybyła w granice Wielkiego Księstwa Litewskiego. Świadczą o tym imiona bałtyjskie lub słowiańskie. Przydomek „Tatarynowicz” podkreśla ich pochodzenie etniczne, ale była to grupa Tatarów zapewne już ochrzczonych. Tatarzy w Berżnikach i okolicznych wsiach znaleźli się najprawdopodobniej za sprawą królowej Bony. W 1524 roku Zygmunt Stary dał żonie pas puszczy od Supraśli aż po Kowno z dworami Malawica (Malawicze), Sokołda (Sokołka), Łabno i Berzniki³⁸. Bona sprowadziła tam tatarskich osadników, zapewne do zagospodarowania dóbr berżnickich. Wieś nazwana Tatarynowicze musiała widocznie być szczególnym skupiskiem tatarskich osadników.

Po skonfrontowaniu ze współczesną mapą Pojezierza Suwalskiego informacji zawartych w *Regestrze pomiaru włócznej* z lat 1558-1563 można zidentyfikować nie-

które miejscowości oraz nazwy rzek i jezior. Wieś „Szieina nad rzeką Sieyna” to prawdopodobnie dzisiejsze Posejnele nad rz. Maryczą i Jez. Pomorze (w *Regestrze...* – jezioro Morze z wsią Pomorzany). Jeziora Ryngiel i Berżnickie to dzisiaj Ryngis i Berżniki. Do dnia dzisiejszego pod nie zmienioną nazwą istnieje wieś Olszanka, ale w miejscu, gdzie według opisu w *Regestrze...* powinny być Tatarynowicze, teraz znajduje się miejscowość o nazwie...Świackie. Taką wieś, a właściwie folwark odnotowuje *Słownik geograficzny* w XIX wieku³⁹.

Czyżby dawne Tatarynowicze miały coś wspólnego ze Świackiem Tatarskim odległym o około 35 km. Skąd nazwa „Świackie”, a nie np. Świata? Forma „Świackie” sugeruje pytanie – czyje? (dobra?, ludzie?). Odpowiedź – „Świackie”. Nabiera to cech prawdopodobieństwa, jeżeli przypomnimy, że Tatarzy ze Świacka Tatarskiego posiadali sianożęci za rzekami Maryczą i Hańczę.

5. TATAROWCE

Tatarowce to wieś w gminie Zabłudów⁴⁰. Nazwa ta funkcjonuje także dzisiaj. Początki Tatarowców nie są jasne. J. Tyszkiewicz uważa, że wieś ta powstała w XV wieku w wyniku akcji osadniczej prowadzonej w dobrach Zabłudów przez Aleksandra Chodkiewicza, i w tym samym czasie, co wsie Skorupy, Halickie, Sienkiewiczze. Chodkiewicz osadzał w nich bojarów pochodzenia ruskiego i mazowieckiego⁴¹. Nie wiele źródeł pisanych może być pomocnych w rozstrzygnięciu dylematu, czy Tatarowce były wsią tatarską. W *Inwentarzu Włości Zabłudowskiej* z 1623 roku nie znajdujemy wzmianki o Tatarowcach, za to w samym Zabłudowie przy ulicy Saraskiej wśród jej mieszkańców są zapisani Matys „tatarczuk” i Tatarzyna (wdowa?)⁴². Trudno w tym przypadku o bliższe ustalenia.

Na podstawie przedstawionych przykładów można stwierdzić, że nazwy odeniczne stanowią odzwierciedlenie osadnictwa obcoetnicznego i mogą stanowić przydatne źródło w rekonstrukcji procesu osadniczego na danym terenie.

Aby mieć pełny obraz wczesnego osadnictwa tatarskiego na obszarze powiatu grodzieńskiego, dodajmy, że istniało ono jeszcze w Dziemitkowie pod Indurą⁴³, w miasteczku Nowy Dwór (ulica Tatarska)⁴⁴ i w ruskiej wsi Kupriany a.Chworościany⁴⁵.

PRZYPISY

- 1 H. Łowmiański, *Początki Polski*, t. 2, Warszawa 1964, s. 46-47.
- 2 J. Ochmański, *Obcoetniczne osadnictwo na Litwie w XIII i XIV wieku*, w: *Dawna Litwa*, Olsztyn 1986, s. 55-74.
- 3 Tamże, s. 55.
- 4 Tamże, s. 57. Należy dodać, że J. Ochmański objął badaniem także pn.-zach. obszar radzieckiej Białorusi, bowiem ta część dawnego terytorium Litwy znalazła się w granicach BSRR.
- 5 Tamże, s. 56-57.
- 6 Wymienię kilka ważniejszych opracowań: S. Kryczyński, *Tatarzy litewscy*, Warszawa 1938; S. Dziadulewicz, *Herbarz rodzin tatarskich w Polsce*, Wilno 1929; A. Szyszman, *Osadnictwo karaïmskie i tatarskie na ziemiach W. Ks. Litewskiego*, Wilno 193. Dokładny wykaz literatury

- na ten temat w: J. Sobczak, *Położenie prawne ludności tatarskiej w Wielkim Księstwie Litewskim*, Warszawa-Poznań 1984, s. 123-131.
- 7 J. Jakubowski, *Powiat grodzieński w XVI wieku*. (Mapa, skala 1:400000), w: *Prace Komisji Atlasu Historycznego Polski*, Kraków 1935, s. III.
 - 8 *Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich* (dalej: SGKP), t. XII, Warszawa 1880-1902, s. 223.
 - 9 *Regestr pomiaru włócznej starostwa grodzieńskiego z l. 1558-1563 dokonany przez Sebastiana Dybowskiego, sprawcę starostwa grodzieńskiego i Ławryna Wojnę, dworzaniina JKM*, w: *Piscewaja kniga grodzieńskiej ekonomii* (dalej: PKGE), cz. I, Wilno 1881, s. 310 i n.
 - 10 *Russkaja Istoriceskaja Biblioteka*, t. XXXIII: *Litowskaja Mietrika, Pieriepisi wojska litowskiego*, Piotrogród 1915, ot. I, cz. II, s. 109-120 (1528), s. 424-430 (1565), s. 1355-1374 (1567).
 - 11 *Akty wydawajemyje Wilenskoju Archeograficeskoju Kommissieju dla razbora driewnich aktow*, Wilno 1865-1915 (dalej: AWK), t. XXI, s. 16, 44, 89, 96, 239, 312, 314; t. XXXI, s. 82, 90-92, 105-107, 135-138, 141-142, 180-181, 243-246, 250-251, 511-513.
 - 12 S. Kryczyński, *Tatarzy litewscy. Próba monografii historyczno-etnograficznej*, „Rocznik Tatarski” III, 1938, s. 184.
 - 13 PKGE, s. 313.
 - 14 Tamże, s. 314.
 - 15 AWK, t. 866-90, 98-99; WAP w Białymstoku, mf, Teki Glinki, 62, s. 12.
 - 16 J. Wiśniewski, *Dzieje osadnictwa w powiecie augustowskim od XV wieku do końca XVIII wieku*, w: *Studia i materiały do dziejów Pojezierza Augustowskiego*, Białystok 1967, s. 69.
 - 17 Tenże, *Osadnictwo wschodniej Białostoczczyzny*, w: „Acta Baltico-Slavica” 1977, t. XI, s. 14.
 - 18 J. A. Chrapowicki, *Diariusz*, cz. I, l. 1656-1664, wyd. PAX, Warszawa 1978, s. 413.
 - 19 *Cudowny obraz Bogarodzicy Różanostockiej*, Wilno 1857, s. 83.
 - 20 Archiwum Główne Akt Dawnych (dalej: AGAD), Zbiór Kartograficzny nr 66-3, *Mapa ekonomii grodzieńskiej, 1767 r.*
 - 21 AGAD, Zbiór Kartograficzny nr 67-1, *Mapa Ogólna(!) Ekonomii JKM Grodzieńskiej, 1781 r.*
 - 22 AWK, t. VII, s. 124-125.
 - 23 SGKP, t. V, s. 737; t. III, s. 850-851.
 - 24 SGKP, t. XII, s. 226.
 - 25 J. Wiśniewski, dz. cyt.
 - 26 J. Wiśniewski, *Dzieje osadnictwa w powiecie augustowskim...*, s. 69, 72.
 - 27 S. Działulewicz, *Herbarz rodzin tatarskich w Polsce*, Wilno 1929, s. 3.
 - 28 AWK, t. XXXI, s. 73-77, 88-89, 101-103, 130-134, 180-183, 200-209.
 - 29 S. Działulewicz, dz. cyt., s. 3.
 - 30 SGKP, t. I, s. 88.
 - 31 SGKP, t. XI, s. 634.
 - 32 WAP w Białymstoku, Okręgowy Urząd Ziemiański. Odręczny szkic majątku Kundzin, sygn. 849.
 - 33 Osadnictwo rozpoczęte w 1679 roku nie jest przedmiotem tej pracy. Więcej o tym: J. Wiśniewski, *Osadnictwo wschodniej Białostoczczyzny...*, s. 57; tenże, *Tatarzy spod Sokółki i Krynek, „Kontrasty”* 1970, nr 3, s. 18-19.
 - 34 PKGE, s. 401-402.
 - 35 Tamże, s. 402.
 - 36 Tamże, s. 379.
 - 37 Tamże, s. 398-400.
 - 38 J. Wiśniewski, *Osadnictwo wschodniej Białostoczczyzny...*, s. 38.
 - 39 SGKP, t. XI, s. 634.
 - 40 Tamże, t. XII, s. 244.
 - 41 J. Tyszkiewicz, dz. cyt., s. 73.
 - 42 CIABRR, Archiwum Radziwiłłów, fond.
 - 43 AWK, t. XXI, s. 46, 226, 312; t. XXXI, s. 90-95.
 - 44 AGAD, AK I/10, Inwentarz przyjęcia Dworów i Starostwa Grodzieńskiego, 1578 r., s. 63.
 - 45 Tamże, s. 83-84.

Wiesława WERNEROWA

OPISY PARAFII DEKANATU AUGUSTOWSKIEGO Z ROKU 1784

WSTĘP

Opisy parafii dekanatu augustowskiego z 1784 r. stanowią publikację kolejnego fragmentu (tomu) z zachowanego 12-tomowego rękopiśmiennego zbioru opisów parafii polskich z końca XVIII w., obejmującego część diecezji wileńskiej¹.

Tom dekanatu augustowskiego, podobnie jak knyszyńskiego, zawiera obok samych opisów robionych przez plebanów w odpowiedzi na wydaną rozporządzeniem prymasa Michała Poniatowskiego ankietę również szkice parafii i wyciągi z opisów sporządzone później do map szczególnych województw K. Perthéesa². Tylko te dwa tomy w zachowanym zbiorze mają dodatkowo wklejone karty, które stanowią uzupełnienie rękopiśmiennego dzieła Perthéesa *Geograficzno-statystyczne opisanie parafii Królestwa Polskiego* z lat 90. XVIII w.³. Pozostałe tomy zbioru takich szkiców nie mają⁴.

Teksty opisów parafii dekanatu augustowskiego przygotowano do druku zgodnie z *Instrukcją wydawniczą dla źródeł historycznych od XVI do połowy XIX wieku*, Wrocław 1953. Częściowo zmodernizowano pisownię i ortografię, zachowując jednak właściwości stylu i języka. Dodano i poprawiono interpunkcję, usunięto duże litery z wyrazów pospolitych. Ujednolicono pisownię formuł grzecznościowych, jak JOP, JXX, JKMcI, Jmci itp. W nawiasach [] podano wyrazy uzupełniające tekst, a [...] oznacza tekst nieczytelny. Natomiast teksty wyciągów nanoszone obok szkiców parafii pozostawiono w nie zmienionej formie skrótowej, modernizując tylko w niewielkim stopniu pisownię (np. mieysca – miejsca, iezioro – jezioro) i dodano kropki zamiast np. dwukropków. Czytelność tej części źródła umożliwia porównanie ich nie tylko ze szkicami, ale również objaśnienie rozwiązanych skrótów wspólnych, powtarzających się obok wszystkich szkiców oraz niezbędne wyjaśnienia w przypisach.

W zakresie nazewnictwa sieci osadniczej i rzecznej, podobnie jak w tomie dekanatu knyszyńskiego, zastosowano objaśnienia w przypisach głównie przy opisach parafii, ponieważ teksty wyciągów kartografa zawierają odpisy nazw, z małymi tylko wyjątkami, w tym samym brzmieniu. Przypisy dotyczą tych miejscowości

i rzek, których nazwa współczesna różni się od zapisu w źródle lub są to nazwy nie istniejące czy też trudne do ustalenia. Przy nazwach geograficznych i nawiasach pozostawiono pisownię źródła z „o” zamiast „ó”. Brzmienie współczesne nazwy miast podano według *Wykazu urzędowego nazw miejscowości w Polsce*, Warszawa 1980 oraz mapy 1:100 000.

Oprócz objaśnień w zakresie nazewnictwa dodano w przypisach skorygowane z mapą współczesną kierunki położenia miejscowości, błędnie lub niedokładnie określone przez plebanów.

Szkice są odręcznymi rysunkami edytorki w zbliżonej skali 1:1.

W. Wernerowa

PRZYPISY

- 1 *Opisanie Topograficzne Dekanatów w Królestwie Polskim z roku 1784 przez Plebanów Parafialnych uczynione. Tom XX – Dekanat Augustowski*, RKP. Centralna Biblioteka Naukowa AN w Kijowie, sygn. I 60009.
- 2 Por. *Opisy parafii dekanatu knyszyńskiego z 1784*, oprac. W. Wernerowa, w: „*Studia Podlaskie*”, t. 1, Białystok 1990, s. 99-205. Tamże wstęp omawiający genezę osiemnastowiecznych opisów.
- 3 Rękopis również w Kijowie, sygn. I 5975.
- 4 Por. *Opisy parafii dekanatu grodzieńskiego z r. 1784*, oprac. W. Wernerowa, w: „*Studia Podlaskie*”, jw.

Objaśnienia skrótów powtarzających się w zapisach kartografa obok szkiców parafii:

w. – mila wielka (8238)*, np. 1.^{w.} = 1 mila wielka;

d. – mila duża, czyli wielka, np. 1 1/4^{d.} = 1 1/4 mili dużej;

mier. – mila mierna, czyli średnia;

srze, srzed., śred. – mila średnia (96740 m), np. 1 srze. = 1 mila średnia;

m. – mila mała (5703), np. 1.^{m.} = 1 mila mała;

kro., kr., krok. – kroki;

mied., międ. – między;

zim. – zimowy;

let. – letni;

zach. zim. – południowy zachód;

zach. let. – północny zachód;

wsch. zim. – wschód zimowy;

wsch. let. – północny wschód;

znak [pełni funkcję myślnika

cyfry przy niektórych miejscowościach oznaczają prawdopodobnie liczbę dymów, np. w parafii augustowskiej 56 Biernatki

* Dane o długości mili podaje E. Stamm, *Miary długości w dawnej Polsce*, „Wiadomości Służby Geograficznej” 1935, z. 3, s. 374-376.

**Opisanie Topograficzne Dekanatów
w Królestwie Polskim z r. 1784
przez Plebanów parafialnych uczynione,
Tom XXII – Dekanat Augustowski
[Rkps. Bibl. AN w Kijowie, sygn. I 6009]**

[karta okładki tomu]

XXII. Dekanat Augustowski
1784

Parafie:

1. Augustowska	1	karta
2. Bargłowska	9	karta
3. Dobrzyniewska	17	karta
4. Dolistowska	25	karta
5. Goniądzka	31	karta
6. Jesionowska	41	karta
7. Karpowiczowska	47	karta
8. Rajgrodzka	51	karta
9. Trzciańska	59	karta

[opis parafii augustowskiej, k. 1-8]

Parafia Augustowska

1-mo

Kościół parafialny w miasteczku Augustów JKMci, położony w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, w powiecie brańskim, w diecezji wileńskiej i dekanacie augustowskim. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże województwie, a po części w województwie trockim, według porządku alfabety ułożone, jak tu po sobie idą:

Biernatki przedmieście, między zachodem letnim i północnym, od kościoła augustowskiego mila mierna jedna.

Białebrzegi¹ straż cełna w Xa Litte² oraz straż łowiecka skarbowa JKMci, względem kościoła parafialnego augustowskiego między wschodem i południem letnim³ pół ćwierci mili.

Budy alias Gliniszki⁴ w Litte w ekonomii olickiej JKMci, między południem i zachodem zimowym, zimą jazdą pół mili, letnią zaś przez błota mila wielka.

Komosówka⁵ rudnia w Litte w ekonomii olickiej JKMci, między południem i wschodem letnim⁶ dwie mile wielkie.

Kolnica wielka w Litte w ekonomii olickiej JKMci, między wschodem i południem letnim mila wielka.

Kolnica mała folwark JKMci w Litte w ekonomii olickiej JKMci, między wschodem i południem let//nim, względem kościoła parafialnego.

[2]

[pieczęć] Ex Bibl.
Joach. Com.
Chreptowicz

augustowskiego mila mała jedna.

Nowinka w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, między północnym i wschodem letnim półtory mili małe.

Osowy grą⁷ w Litte w ekonomii olickiej JKMci, między południem i wschodem letnim mila wielka.

Obuchowizna karczma skarbowa, między wschodem i południem letnim mila wielka.

Ponize⁸ w Litt. w ekonomii olickiej JKMci, między południem i wschodem zimowym mila wielka jedna.

Saienko⁹ rudnia w Litt. w ekonomii olickiej JKMci, między wschodem i południem letnim dwie mile małe.

Swiderek w Litt. w ekonomii olickiej JKMci straż łowiecka, na południu letnim półtory mile wielkie.

Strękowizna rudnia w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, między wschodem letnim i północnym dwie mile mierne.

Serwy w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, między północą i wschodem letnim cztery mile małe.

Szczerba dwór JKMci w ekonomii olickiej, na północ zimową milą wielką.

Studzieniczna kaplica filialna do kościoła augustowskiego parafialnego należąca, na wschodzie letnim milą wielką.

Twardy Róg w Litt^e straż łowiecka JKMci w ekonomii olickiej, między południem i wschodem letnim milą wielką.

[3] **Turowka**¹⁰ przedmieście augustowskie, między zachodem i północą milą wielką.

Uścianki JWPi Rostkowskiej Generał. Wojsk. Korón., między zachodem i południem zimowym¹¹ milą małą.

Upartowo straż cełła Litt^e i łowiecka karczma skarbową, między północą i wschodem letnim 1000 kroków od kościoła parafialnego augustowskiego.

Woyciech¹² rudnia w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, między wschodem i północą zimową milą mierną.

Zarnowo¹³ przedmieście augustowskie między zachodem i południem zimowym pół mili mierne.

2-do

od tego parafialnego kościoła kościoły w okolicy sąsiedzkiej są następujące:

Lipsk kościół parafialny w województwie trockim, powiecie i dekanacie grodzieńskim, w ekonomii JKMci, na wschód letni¹⁴, mil sześć względem kościoła parafialnego augustowskiego.

Krasny Bor¹⁵ kościół parafialny tudzież Jmci XX Dominikanów, drugi w dobrach JW Chreptowicza podkanclerzego, między wschodem i południem letnim mil cztery wielkie.

Bargłow¹⁶ kościół parafialny w starostwie i dekanacie augustowskim, w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, między południem i zachodem letnim mil dwie.

[4] **Janowka**¹⁷ kościół parafialny w dobrach JW Pacow, w województwie trockim, w powiecie grodzin//skim, w dekanacie olwizkim, między północą i zachodem letnim milą wielką.

Wygry¹⁸ klasztor i kościół WW OO kamedułów w powiecie grodzieńskim, między północą i wschodem mil pięć.

3-tio

Miasta znaczniejsze około tego kościoła augustowskiego są następujące:

Goniądz miasto grodowe w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, przy rzece Bobrze¹⁹, za wodami i błotami, między wschodem południem letnim²⁰, zimą prosto przez błota mil pięć, letnią dwanaście.

Raygrad miasto Mandeburga²¹ na zachodzie letnim²², odległe mil trzy miernych.

Grodno miasto stołeczne w Litwie, na wschodzie letnim²³ leży odległe mil dziesięć miernych.

4-to

Droga z Augustowa do Goniądza letnią, błotnista, kręta, kamienista, miejscami mosty i groble niewygodne.

Droga z Augustowa do Raygroda błotnista, przez brody i mosty, borem korzenista, miejscami górzysta.

Droga z Augustowa do Grodna błotnista, piaszczysta, borami korzenista, miejscami gacista i groble są niewygodne.

z Augustowa do Goniądza letnią drogą jazdy godzin najmniej dwadzieścia i cztery, zimową pięć.

z Augustowa do Raygroda letnią drogą jazdy godzin trzy, zimową zaś drogą za godzin dwie stanąć można.

z Augustowa do Grodna letnią drogą z wopasem jazdy godzin najmniej dwadzieścia i cztery, dla złej drogi, zimową zaś za godzin 10 stanąć można.

5-to

Jezioro Sayno szerokie na 500 kroków, długie na mile, odległe od kościoła augustowskiego parafialnego na ćwierć mili, leży na wschodzie letnim²⁴.

Jezioro Długie szerokości na 300 kroków, długości na ćwierć mili, leży na północ od kościoła augustowskiego mila jedna.

Jezioro Necko, szerokie na kilkaset kroków, długie na ćwierć mile, leży między północą i zachodem letnim, odległe na kilkadziesiąt sznurów geometrycznych.

Jezioro Białe mające z Neckiem komunikacją, szerokie na kilkaset kroków, długie na ćwierć mili, leży na północ²⁵ względem kościoła parafialnego augustowskiego na pół mili odległe.

Jezioro Studzieniczna korespondujące Białemu leży na północ²⁶, szerokie na kilkaset kroków, długie na ćwierć mili, odległe od kościoła na półtory mili.

Jezioro Serwy leży między północą i wschodem, szerokie na kilkanaście sznurów geometrycznych, długie na mile, odległe od kościoła parafialnego augustowskiego na mil cztery miernych.

Jezioro Kolno ciągnie się od wschodu zimowego na południe, szerokie na 500 kroków, długie na ćwierć mili, odległe na mile.

Rzeka Neta płynie z północy na wschód²⁷, rozgranicza Koronę z Litwą, odległa od kościoła parafialnego augustowskiego na kilkaset kroków, wpada do rzeki Bobry płynącej pod Goniądzem.

Rzeczka Szczebra²⁸ płynąca z północy na zachód, szeroka na kilka prętów geometrycznych, odległa od kościoła parafialnego augustowskiego na mile.

[5]

Bagno znaczniejsze Zgniłka nie równej szerokości i długości, jednak najwięcej ćwierć mili, leży między południem i zachodem, odległe na pół mili.

Bagno Pogorzałka szerokości i długości na ćwierć mili, przez które jest mostek niewygodny, leży na południu.

[6] **Stawek** na rzece Necie z koryta tejże wypływający, należący do stta augustowskiego, leży między wschodem i północnym, od plebanii po lewej stronie o kroków kilkaset odległy.

Stawek na rzece Szczebrze w Litt^e w ekonomii olwickiej JKMci, względem kościoła augustowskiego parafialnego na północ, odległy na mile.

6-to

Lasu w parafii augustowskiej jest więcej aniżeli samego pola, szczególnie jednak począwszy od parafii sąsiedzkiej janowskiej leżący między południem i zachodem letnim, ciągnie się nad rzeką Netą aż ku południowi, szerokości i długości na kilka mil. Najwięcej zaś się znajduje sosny, drzewa zdatnego do budowli, nieco olchy i dębiny. Nad samą zaś rzeką znajduje się najwięcej łąk błotnistych, które się ciągną ku południowi, w drugą stronę rzeki same zaroście i krzaki poczynają się od południa a ciągną się aż do tejże parafii sąsiedzkiej janowskiej, położonej jako się wyżej namieniło numero 2-do.

7-mo

Młynów jest dwa, jeden do stt^a augustowskiego należący na Necie, drugi na Szczebrze, w ekonomii olickiej JKMci w Litt^e.

Rudniow jest cztery w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, piąta w stt^e augustowskim na rzece Necie, jako się wyżej namieniło 5-to.

[7] **Foluszow** jest dwa na dopiero wspomnianej rzece, drugi na Szczebrze w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci.

8-vo

Drogi w tej parafii i trakty publiczne tak się opisują:

1. **Droga** do Krasnego Boru, gdzie jest kościół parafialny oraz trakt publiczny grodzieński, począwszy od kościoła parafialnego augustowskiego na wschód letni²⁹, najprzód przeprawiwszy się przez most na rzece Necie, borem do Saienka mila, i tu się kończy parafia augustowska.
2. **Droga** do Wygier, gdzie jest klasztor WW OO kamedułów oraz kościół parafialny pod tytułem S. Maryi Magdaleny, graniczące między północnym i wschodem letnim, najprzód przez pomieniony most na rzece Necie przeprawiwszy się, potem borem samym nad jeziorem i drogą korzeniastą, piaszczystą, dolistą, dalej przez mostek na zatoce sporządzony, o pół ćwierci mili

odległy od Szczebry, przeprowić się potrzeba, wjeżdżając do Szczebry groblą i gaciskami, po tym przez most na ruczaju sporządzony, dalej otwartym polem do Nowinki, od Szczebry o ćwierć mili odległej, i tu się kończy granica parafii augustowskiej.

3. Droga do Studzienicznego, gdzie jest kaplica filialna do kościoła augustowskiego należąca, między wschodem letnim i północnym, gdzie przez wyżej wspomniany most przeprowiwszy się, dalej podjechawszy kilkadziesiąt kroków przez wzgórkę w lewą do rudni zwanej Woyciech mila borem, pod samą rudnią z góry przez mostek i groble przejechawszy, borem i drogą korzeniastą o ćwierć mili od Woyciecha do Studzienicznego. Z tego zaś miejsca można się [8] przeprowić przez most na jeziorze sporządzony do Saienka, to jest do traktu publicznego grodzieńskiego ćwierć mili.

4. Droga do Bargłowa oraz trakt warszawski, gdzie jest kościół parafialny, położony między południem i zachodem letnim, z miasta wyjechawszy o kilkaset kroków przez brody, potym przez most na bagnie Zgniłka sporządzony, dalej gaciskiem niewygodnym kręto przez gościniec zwraca się w prawo na bór, gdzie o kilkaset kroków po lewej stronie widać Białebrzegi, to jest straż cełła litt^a JKMci oraz straż łowiecka, i tu się kończy parafia augustowska a zaczyna się bargłowska.

Droga do kościoła janowskiego oraz trakt [do] Królewca, względem kościoła parafialnego augustowskiego między północnym i zachodem letnim, za miastem o kilkaset kroków mościskami, gaciskiem niewygodnym, dalej piaskami o pół mile od kościoła parafialnego augustowskiego, i tu się kończy granica parafii augustowskiej.

Kościół augustowski parafialny i miasto z przedmieściami trzema i wioską nazwaną Uścianki JW Jmci Pani Rostkowskiej generał. wojsk. Koronnych w województwie podlaskim, powiecie brańskim, Inne zaś wioski, które rozgranicza rzeka Neta, w Litt^e w ekonomii olickiej JKMci, w województwie trockim, powiecie grodzieńskim.

Takowe opisanie parafii mojej podpisem
ręki własnej stwierdzam
X. Łukasz Franciszek Mateusz
Pleban Augustowski

[karta wklejona przed opisem parafii augustowskiej, zapisana dwustronnie, ze szkicem parafii na odwrocie]

[z lewej strony karty wykaz miejscowości z określeniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

Parafia Augustów

Województwo Podlaskie

Ziemia Belska

powiat Brański

Miasto Augustów z przedmieściami trzema i wioską w wojew. podlas. inne zaś wioski, które rozgranicza Rz[eka] Neta w Lit.

218 Augustów

56 Biernatki przedmieście 1. [między]³⁰ pół. i zach. let.

– Białostrzegi 1/8 straż cełła w Xe Lit. oraz straż łowiecka skarbowa JKM wsch. i połd.

– Budy alias Gliniszki w Lit. w ekonomii olickiej JKM między połud. i zach. zim. zim. 1/2 let. przez błota 1.³¹

– Komosowka Rudnia w Lit. w ekon. olickiej JKM 2.w. [między] połd. i wsch. let.

– Kolnica wielka w Lit. ek. olick. 1^w. [między] wsch. i połd.

– – mała folwark w Lit. do ek. olick. 1^w. [między] wsch. i połd. let.

– Nowinka 1 1/2^m. [między] półn. i wsch. let. w Lit. ek. olick. w Lit.

– Osowy grąd i ^w. [między] połud. i wsch. let. olick. w Lit.

– Obuchowizna karczma skarbowa 1.^w. [między] wsch. i połud. let.

– Ponize 1^w. [między] połud. i wsch. zim. ek. olick. w Lit.

– Saienko Rudnia 12^m. [między] wsch. i połd. let. w Lit. ek. olick.

– Swiderek 1 1/2^w. na połud. let. w Lit. ek. olick.

– Strękowiczna Rudnia 2. [między] wsch. let. i północ w Lit. ek. olick.

– Serwy 4 ^m. [między] północ. i wsch. let. w Lit. ek. olick.

– Szczebra dwór 1 ^w. na północ do ekon. olic. (on ne dit rien du Lit.)

– Studzieniczna Kaplica filialna 1 ^w. wsch. let.

– Twardy Róg straż łowiecka 1 ^w. [między] połud. i wsch. let. w ek. olick.

95 Turowka przedmieście augustowskie 1 ^w. zach. i północ

16 Uscianki 1 ^m. [między] zach. i połud. do klucz taylorowski

– Upartowo 1000 kr. straż cełła lt. i łowiecka karczma skarbowa [między] północ i wsch. let.

– Woyciech Rudnia 1^{m.32} [między] wsch. i północ zim. w Lit. ek. olick.

124 Zarnowo przedmieście augustowskie 1/2 [między] zachód i połud. zim.

[z prawej strony karty na dole wykaz młynów, kościołów sąsiednich i miast – por. opis parafii w punkcie 4, 2 i 3]

[młyny:] do star. august. na Necie

w ekon. olick. na Szczebrze w lit.

[tekst na odwrocie karty obok szkicu] – por. opis parafii w punkcie 5 i 6]

= Rz[eka] Neta płynie z północy na wschód, rozgranicza Koronę z Litwą, odległa od kościoła na kilkaset kroków, wpada do Rz[eki] Bobry płynącej pod Goniądzem.

= Rz[eka] Szczebra płynąca z północy na zach., szeroka na kilka prętów, odległa od kościoła na mile.

= Bagno znaczniesze Zgniłki nie równej szerokości i długości, jednak najwięcej 1/4, leży między połud. i zach., odległe na 1/2.

= Bagno Pogorzałka szer. i dług. 1/4, przez które jest mostek niewygodny, leży na połud.

Jeziro **Sayno** szer. 500 kr. dług. mila / odległe od kośc. 1/4 na wsch. let.

– Długie szer. 300 – 1/4 leży na północ 1. od kościoła

– Necko kilkaset kr. – 1/4 leży północ i zach. let. od kośc. kilkadzies. sznurów.

– Białe mające z Necko komunikacją, szer. kilkaset krok. długi na 1/4, leży na północ od kośc. 1/2.

– Studzieniczno korespondujące Białemu, leży na półn. szer. kilkaset krok. dług. 1/4, od kośc. 1 1/2.

– Serwy szer. kilkanaście sznurów, dług. 1. mil [między] północ i wsch.

Stawek na Rz[ece] Necie z koryta tejże wypływający nal. do star august., leży na wsch. let. i północ, od plebani po lewej stronie o kilkaset kroków odległy.

– Szczebrze w Lit. w ekon. olick. 1. na północ.

Lasu w parafii jest więcej aniżeli samego pola, szczególnie jednak począwszy od parafii sąsiedzkiej janowskiej, ciągnie się nad Rz[eką] Netą aż ku połud., szer. i dług. na kilka mil. Nad samą zaś Rz[eką] znajduje się najwięcej łąk błotnist., które się ciągną kręto ku polu w drugą stronę rzeki. Same zarośle i krzaki poczynają się od połud., a ciągną się aż do tejże paraf. janowskiej.

Parafia Bargłowska

[9]

1-mo

Kościół parafialny we wsi Bargłowie w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie tykockim, starostwie i dekanacie augustowskim. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże województwie powiecie ad normam przykładowo opisane.

Bargłow³⁵ wieś, w której kościół parafialny względem której czyni się opisanie całej parafii. Wieś należy do JW Imci Pana Karwowskiego, regenta koronnego.

Bargłow³⁶ druga wieś tegoż Jmci względem kościoła bargłowskiego na wschód letni, długości pół ćwierci mili.

Bargłowka Jmci Pani Rostkowskiej, pod samym wschodem zimowym pół mili mierne.

Brzozowka³⁸ Jmci Pana Karwowskiego, w tymże samym położeniu ćwierć mili mierne.

Budy Bargłowskie tegoż Jmci, między północą i wschodem letnim pół mili małe.

Dręstwo Jmci Pana Rydzewskiego, na zachód zimowy mila wielka.

Grabowo Jmci P. Heybowicza, na północ dwie mile mierne.

Jeziorki Jmci P. Karwowskiego, w tymże położeniu mila wielka.

Kamionka³⁹ Jmci P. Chrostowskiego, Jmci P. Choynowskiego i Jmci PP. Karwowskich, tegoż położenia pół mili mierne. [10]

Lipowo Jmci Pani Rostkowskiej, między wschodem zimowym i południem pół mili wielkie.

Lipowka⁴⁰ Jmci Zawistowskiego, na północ mila mierna. Nota dwór i wieś tegoż nazwiska Jmci P. Karwowskiego pod sam wschód letni pół mili mierne.

Nowiny⁴¹ Jmci P. Rostkowskiej, między wschodem zimowym i południem mila mierna.

Orzechowka⁴² także Jmci, między południem i zachodem zimowym dwie mile mierne.

Piekutowo także Jmci między wschodem zimowym i południem pół mili wielkie.

Pruska folwark także Jmci, między południem i zachodem zimowym mila wielka.

Rudki⁴³ Jmci P. Karwowskiego, na samą północ półtóry mili mierne.

Tajenko Jmci Pani Rostkowskiej, na samo południe półtóry mili mierne.

Tayno⁴⁴ także Jmci, tegoż położenia mila mierna.

Wolka⁴⁵ także Jmci, między południem i zachodem zimowym półtóry mili mierne.

Woźnawieś także Jmci i tegoż położenia dwie mile mierne.

Górskie Jmci P. Smolenskiego i Jmci Pana Załęskiego, tegoż położenia ćwierć mile mierne. [11]

NB Krosiówka⁴⁶ Jmci P. Rydzewskiego, między południem i zachodem zimowym pół mili małe.

2-do

Kościół w okolicy sąsiedzkie, od kościoła bargłowskiego są następujące:

Augustow kościół parafialny w tymże województwie i dekanacie, w starostwie augustowskim, między północą i wschodem letnim dwie mile mierne.

Janowka⁴⁷ kościół parafialny w województwie trockim, powiecie grodzieńskim, dekanacie olwidzkim, w dobrach JW Paca. na północ dwie mile wielkie.

Raygrad⁴⁸ kościół parafialny w województwie podlaskim, dekanacie augustowskim, starostwie rajgrodzkim, na zachód letni⁴⁹ półtóry mili mierne.

3-tio

Miast znacznych około tego kościoła bargłowskiego tak dalece w bliskości nie masz oprócz Goniądza, miasteczka sądowego w tymże województwie podlaskim, ziemi bielskiej, nad rzeką Bobrą zwaną leżącego, odległe mil dziewięć lub więcej.

4-to

Droga z Bargłowa do Goniądza miejscami błotnista, piaszczysta i kręta.

Droga z Bargłowa do Goniądza letnią drogą jazdy więcej godzin piętnastu, dla niepospiesznej drogi i przeprawy. Zimową zaś, prosto błotami jadąc za godzin sześć najwięcej można stanąć.

[12]

5-to

Jezioro Dręstwiańskie od wioski Dręstwo denominacją mające, długości na pół mile i więcej, szerokości na ćwierć mile miejscami, nie równo jednak wszędzie względem kościoła bargłowskiego, leży na zachód zimowy.

Jezioro Woznawskie również denominacją od wioski Woznawieś mające, rozciągające się i łączące się z jeziorem Rybczyna zwanym, podobnej długości i szerokości jako i pierwsze, leży między południem i zachodem zimowym dwie mile mierne.

Jezioro Tajeńskie długości na pół mile, szerokości na kilkaset sznurów mające, leży na południe półtóry mili mierne.

Jeziorko Paluchowo zwane długości i szerokości na kilkadziesiąt sznurów, między południem i zachodem zimowym pół mili małe.

Jeziorko pod wioską Jeziorkami zwaną, długości i szerokości na sto lub więcej sznurów, leży na północ mila wielka.

- Błota** znaczniejsze są następujące, najprzód od Augustowa nad rzeką portową Neta zwaną ciągnie się ku południowi na mil dwie i więcej długości, szerokości na kilkadziesiąt sznurów, nierówno jednak wszędzie. [13]
- Drugie** znaczne nad rzeką Bobrą zwaną ciągnie się ku Goniądzowi i dalej na mil kilka długości i szerokości na południe.
- Bagno** znaczniejsze Trokiele zwane pół mili długości, szerokości zaś blisko ćwierci mili, względem kościoła bargłowskiego na północ mila wielka.
- Bagno** Zgniłki zwane, długości i szerokości na pół mili mające, leży między południem i zachodem zimowym półtory mili mierne.
- Bagno** Paluchowo zwane, ku południowi względem kościoła parafialnego, długości i szerokości onego zmiarkować nie można, ponieważ między lasami i krzewiną niedostępną, pół mili małe.

6-to

Lasu w parafii bargłowskiej naokoło jest poddostatkiem. Drzewo w nim tak do spławu jako i do budowlı zdatne najduje się, najwięcej zaś sosny, jodły, olchy, innego zaś drzewa barzo rzadko, po wielu miejscach między lasami krzewiny i bagna niedostępne, po kilka morgów długości i szerokości zawierające w sobie.

7-mo

Młyn jeden, tartak jeden, ruda jedna J Pani Rostkowskiej na rzece z jeziora Raygrodzkiego wypływającej. [14]

8-vo

Drogi partykularne, trakty publiczne w parafii bargłowskiej tak się opisują:

- 1. Droga** do Augustowa, gdzie kościół parafialny graniczący, między północą i wschodem letnim, poczawszy od kościoła bargłowskiego idąc na wschód letni drogą niewygodną dla mostków i grobel polem otwartym do wioski Bargłowo zwanej, od której polem otwartym wjechawszy w las, o kilkaset kroków droga w prawą stronę do dworu JW Jmci Pana Karwowskiego, Neta zwanego, w lewą zaś obraca się gościniec do wioski i karczmy tegoż nazwiska, wedle której przejechawszy dalej polem otwartym ku północy w lewą stronę do ruczaju Węgorowka zwanego, wypływającego z rzeki Neta, na którym mostek i tu się kończy parafia bargłowska.
- 2. Droga** do Raygroda, gdzie jest kościół parafialny, razem i trakt publiczny tak zimowy jako i letni do Krolewca względem kościoła bargłowskiego na zachód letni, idąc od plebanii o kilkaset kroków w górę otwartą do lasu, który ćwierć mili przejechawszy drogą niewygodną dla wybojów i korzenistą, po prawej

ręce widać dwór murowany i wioskę Pomiany zwaną JP Rydzewskiego, skąd polem otwartym i górzystym do wioski Solistowka zwanej, która rozgranicza parafię bargłowską od rajgrodzkiej.

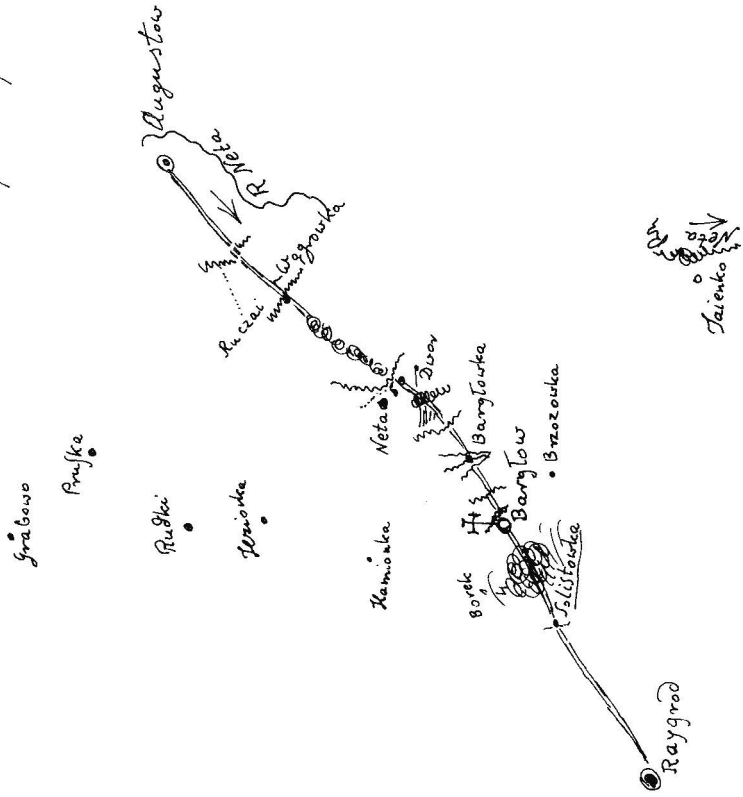
Parafia bargłowska ze wszystkimi wioskami jest położona w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, nie mająca w sobie granic innych województw i powiatów.

Takowe opisanie parafii bargłowskiej stwierdzam podpisem ręki własnej

X.M. Markowski
Pleban Bargłowski

[mała karta ze szkicem parafii wklejona między s. 8 i 9]

Parafia Bargłow
Województwo Podlaskie
Lubna Diebka
Powiat Tykoczyński



[tekst z lewej strony szkicu – por. opis parafii w punkcie 5].

- Jezioro Dręstwianskie długości na 1/2 mile i więcej, szerokości na 1/4 miejscami, nie równie jednak, lasy względem kościoła na zach. zim.
- Jezioro Woznawskie rozciągające się i toczące się z jeziorem Rybczyna zwanym podobnej długości i szerokości jako i pierwsze, leży w połud. i zachodzie zim. 2. mile.
- Jezioro Taienskie długości na 1/2 mile, szer. na kilkaset kroków leży na połud. 1 1/2.
- Jezioro Paluchowo zwane dług. i szer. kilka dziesiąt sznurów od zach. zim. i połud. 1/2^m.
- Jezioro pod wioską Jeziorkami dług. i szer. na 100 sznurów, leży na północ 1^w.
- Błota znaczniejsze są od Augustowa na Rz[ece] Neta zwaną, ciągną się na połud. na mil 2. plus minus. Szerokości na kilkadziesiąt sznurów
- Błota drugie nad Rz[eką] Bobra ciągną się ku Goniądzowi na połud.
- Bagno znaczniejsze Trokiele zwane dług. 1/2 szer. blisko 1/4. względem kośc. na północ 1^w.
- Bagno Zgniłki zwane dług. i szer. na 1/4 mile, leży między połud. i zach zim. 1 1/2 mili
- Bagno Pałuchowo ku połud. wzg. kośc. 1/2

[poniżej zapis w jęz. franc. nieczytelny]

[niżej do dołu karty wykaz miejscowości z podaniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

x a la dzierzawa tajnowska

– do star. augustów.⁵⁰

34 Bargłów x

24 Bargłów 1/8 wsch. let. x długość pół ćw. mili c'est

17 Bargłowska 1/^{mier}. sam wsch. zim. do klucz tajnowski –

31 Brzozowska 1/4 x

36 Budy Bargłowskie 1/2 północ i wsch. let. x

28 Dręstwo 1 w zach. zim. do staros. rajgrodz. –

19 Grabowo 2. północ

12 Jeziorki 1 w północ x

20 Kamionka 1/2 północ

2 Lipowo 1/2 w wsch. zim. i połud. do klucz tajnow. –

4 Lipkowa 1. północ

17 Neta dwór i wieś 1/2 sam wsch. let.

– Nowiny 1. [między] wsch. zim. i połud.

- 1 Orzechowka 2. [między] połud. i zach. zim. do klucz tajnowsk. –
 3 Piekietowo 1/2 w. [między] wsch. zim. i połud. do klucz tajnowsk. –
 – Pruska folwark 1 w połud. i zach. zim.
 – Rudki 1 1/2 północ sam⁵¹
 5 Tajenko 1 1/2 sam północ
 46 Tajno 1. sam północ klucz il est [...] les –
 14 Wolka 1 1/2 połud. i zach. zim.
 – Woznawies 2. (między)półn. i zach. zim. voyla paraf. rajgr. au il y^a. a encore –
 Wozna Wies król.
 – Z Gorskie 1/4 —
 NB Krosiowka 1/2 m. (między) połud. i zach. zim.

Dekanat Augustowski

[po prawej stronie karty pod szkicem zapis w jęz. francuskim oraz wykaz młynów, miast i kościołów sąsiednich – por. opis parafii w punkcie 2 i 3]

insuffisante description à tout egard. Ce que j'ai tracé ici, est maintenant itinéraire di Czaki que heresement passa par Bargłow.

Je ne sais si rest par la faute du Copiste, on de original quil y'a de fautes visibles alegard d'orienter les Vilages.

Młyn jeden na rzece z Jeziora Rajgrodzkiego wypływającej

Tartak jeden

Ruda jedna

Rajgrad 11/2 zach. let.

Augustów 2. półn. i wsch. let.

Janowka 2. północ.

Goniądz 9 plus minus

6 najwięcej

[17]

Parafia Dobrzyniewska

1-mo

Kościół parafialny we wsi Dobrzyniewie położony w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, powiecie brańskim, dekanacie augustowskim. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże województwie, według porządku alfabety ułożone, jak tu po sobie idą:

Borsukowka⁵² JW Karwowskiego regenta koronnego leśnictwo knyszyńskie, między północą i letnim zachodem, względem kościoła dobrzyńskiego półtory mili dobre.

Borowiki tegoż Jmci, w tymże położeniu więcej nad półtory mili.

Dobrzyniew⁵³ wieś, w której kościół parafialny jest punktem, względem którego czyni się opisanie całej parafii. Sama wieś należy do tejże plebanii.

Dobrzyniew⁵⁴ folwark JW Małachowskiego, referendarza koronnego, starosty wyszyńskiego, na wschód zimowy na sznurów geometrycznych trzydzieści od granicy plebańskiej.

Dobrzyniew Stary⁵⁵ do starostwa knyszyńskiego należący, na zachód letni pół ćwierci mili.

Gniła do tegoż starostwa należąca, na samym zachodzie letnim pół mili wielkie.

Jaworowka⁵⁶ wieś szlachecka, między lwetnim i zimowym zachodem pół mili mierne.

Jurowce dziedziczne imienia Korzeniewskich a zastawne Jmci P. Pryncypałemu tamże mieszkającemu, między letnim i zimowym wschodem mila jedna wielka.

Kobuzie leśnictwo knyszyńskie JW Karwowskiego, regenta koronnego, między północą i zachodem letnim więcej nad półtory mili.

[18] **Krasne**⁵⁷ leśnictwo knyszyńskie, na samą północ, puszcza trzy mile wielkie

Krasne drugie w posesji JP pułkownikowej Karskiej, prawie z pierwszym łączące się, w tymże położeniu i odległości.

Krzywa⁵⁸ zaścianki, ze wsią plebańską i granicą złączone, na zachód słońca leży.

Kozince⁵⁹ do starostwa knyszyńskiego należące, między zachodem letnim i północą mila wielka.

Kulikowka⁶⁰ do tegoż starostwa knyszyńskiego należąca, mila wielka.

Krynice do tegoż starostwa knyszyńskiego należące, na północ pół mili dobre.

Letniki do tegoż starostwa knyszyńskiego należące, między północą i letnim wschodem pół mili.

Leńce wieś szlachecka, na wschód zimowy pół mili letkie.

Nowosiółki leśnictwo knyszyńskie JW Karwoskiego, regenta koronnego, między północą i letnim wschodem⁶¹, więcej nad półtorej mili.

Obrubniki do starostwa knyszyńskiego należące, na wschód słońca zimowego⁶² tuż z granicą i ze wsią kościelną złączone.

Pogorzalki leśnictwa knyszyńskiego JW Karwowskiego, regenta koronnego, na samym letnim wschodzie⁶³ mila wielka.

Rybnik do tegoż Jmci należący, między północą i letnim wschodem półtóry mili wielkie.

Rybaki do starostwa knyszyńskiego należące, między letnim i zimowym zachodem pół mili wielkie.

Szacyły⁶⁴ wieś szlachecka na północ leżąca mila mała.

2-do

Kościół w okolicy sąsiedzkie tego parafialnego//kościół są następujące:

[19]

Wasilkow⁶⁵ miasto i starostwo, kościół parafialny dekanatu knyszyńskiego, w powiecie kończącym się grodzieńskim, na wschód zimowy półtóry mili wielkie.

Chwasty⁶⁶ cerkiew unicka parafialna w dobrach WW XX bazylianów supraślskich, odległość tylko dzieli rzeka nazwana Supraśl, między południem i wschodem zimowym.

Choroszcz kościół parafialny dekanatu knyszyńskiego WW XX dominikanów, w dobrach JO Branickiej, kasztelanowej krakowskiej, leży między południem i zachodem zimowym względem kościoła parafialnego, mila mała.

Knyszyn miasto i starostwo, kościół parafialny dekanatu tegoż knyszyńskiego, między zachodem letnim i północą mil dwie wielkich.

Jasionowka⁶⁷ miasto, kościół parafialny dekanatu augustowskiego, mijając północ ku wschodowi letniemu mil trzy wielkich.

Korycin miasto, kościół parafialny dekanatu knyszyńskiego na północ leżący, mil cztery wielkich.

3-tio

Miasta znaczniejsze około tego kościoła dobrzyniewskiego są te:

Białystok zawierający w sobie pałac ozdobny JO Branickiej, kasztelanowej krakowskiej hetmanowej w[ielkiej] koronnej, w którym konsystencja batalionu filizjerów artylerii koronnej, na wschodzie zimowym mila wielka.

Tykocin miasto za rzeką nazwaną Narew, w tymże województwie podlaskim, a kończącej się diecezji łuckiej, w którym sądy ziemskie na kadencje rozłożone odprawują, między zimowym i letnim zachodem, zimową porą mil dwie, letnią, omijając błota, mil trzy.

[20]

Goniądz miasto, w którym się sądy grodzkie powiatu brańskiego odprawują, na północ⁶⁸ leżące, do którego mil pięć wielkich.

Drogi znaczniejsze i drogi partykularne

Droga z Białegostoku przez rzekę Supraśl, tuż koło dworu dobrzyniewskiego, a od kościoła na kilkanaście sznurów geometrycznych do Prus na miasta Knyszyn i Goniądz idące. Przy tymże dworze dobrzyniewskim, na tejże rzece Supraślu most porządny nowy, a na błotach grobla fundamentalnie sypana, kroków około półtora tysiąca mająca; ta droga częścią równiną, częścią niemałe piaski i góry acz rzadko mająca, otwartym więcej polem niż lasami przeciągniona, mimo północy w prawą stronę, a w lewą letni zachód oznacza.

Droga od kościoła dobrzyniewskiego na wschód słońca zimowego, koło dworu idąca, częścią górami piaszczystymi, o pół mili letkie przy samej wsi szlacheckiej nazwanej Leńce, trakt swój brzegiem puszczy knyszyńskiej do gościńca grodzieńskiego pocztowego zmierzająca, lasu innego w swym przeciągu nie ma, jak tylko sośninę nie gęstą do budowli mniej zdaną.

Droga od kościoła dobrzyniewskiego do miasta Korycina, kilkanaście tylko stajów do wioski nazwanej Letniki, otwartym się polem ciągnąca, a dalej przez trzy mile samą puszcza, sośninę do budowli zgodną mająca, w pół drogi wioska w puszczy nazwana Kapisko, do parafii knyszyńskiej należąca, w niej strażnicy to jest osoczniczy mieszkają, ma przy sobie strumień z obu stron błotem zalazły, bardzo mierne na nim z okrągłego drzewa gaciska.

- [21] **Droga** od kościoła dobrzyniewskiego na zachód letni do Tykocina około błota i bieie przy rzece Supraślu omijająca, ma wiele brodów, osobliwie w jesieni błotnistych, krzakami różnego rodzaju drzew niewyniosłych, jak to łożyny, wierzby, olszyny z obu stron drogi gęsto obległych, ma miejscami pola nie mało otwartego.

Drogi partykularne:

Droga do Wasilkowa od kościoła dobrzyniewskiego na wschód słońca zimowy, folwark dobrzyniewski na staj dwoje od tej drogi po lewej ręce mająca, otwartym polem, miejscem równiną, miejscem góry, a po prawej stronie o staj kilka błota przy rzece Supraślu chrostem po części zarosłe, do wsi o pół mili szlacheckiej nazwanej Leńce idąca, a ze wsią pomienioną, pominawszy tej wsi pola, zaczyna się Jmci Pana Pryncypałego borek na staj czterdzieści, więcej góry w sobie mający z zarosłami puszczy knyszyńskiej tyczący się, płaszczyzną po tym pola przez wieś Jurowce, mimo samego dworu pomienionego Jmci P. Pryncypałego idzie i tu się kończy parafia dobrzyniewska, a zaczyna się wasilkowa.

Droga od kościoła koło folwarku dobrzyniewskiego polem otwartym przez kilkadziesiąt staj, od tego folwarku kręto się zawraca ku południowi w prawą stronę przy samej karczynie i młynie do starostwa knyszyńskiego należącym, na groblę i most na rzece po kilka już razy wymienionej Supraślu, ta rzeka ogranicza parafię dobrzyniewską od ruskiej parafii nazwanej Chwasty.

Droga do Knyszyna miasta od kościoła dobrzyniewskiego między zachód letni i północ nachylająca się, ma przed sobą o pół mili wioskę nazwaną Krynicę // do starostwa knyszyńskiego należąca, otwartym polem i górami ciągnąca się, a po pomienionej i pominiętej wiosce góry klejowane z rowami i kawałkami lasu, po kilku staj widać po prawej stronie na staj dziesięcioro wioskę nazwaną Obrubniki, do starostwa knyszyńskiego należąca, dalej też droga przez ćwierć mili piaszczysta, z obu stron las, różnego rodzaju drzewa, jak to: sośniny, z rzadka osiny, leszczyny mająca, do tartaku nazwanego Sieńko idzie, i tu się kończy parafia dobrzyniecka, a zaczyna się knyszyńska. [22]

Droga do Tykocina zimowa, na zachód zimowy, do wsi szlacheckiej nazwanej Jaworowka, polem otwartym, po prawej stronie zarośle z chrostu z daleka, a po lewej także przy końcu pół błota ponad rzekę Supraśl, chrostem łozowym miejscami zarośle mająca, pół mili do tej pomienionej wsi, za którą pola staj kilkanaście, a po tym borek tejże szlachty jaworowskiej, kilkanaście staj długości zajmujący, ciągnie się przez krótkie pole błotniste aż do wioski nazwanej Rybaki, przy której niezbyt daleko ta rzeka Supraśl łączy się z rzeką nazwaną Narew trzymającą do Gdańska spławy, i ta rzeka rozgranicza diecezję wileńską od łuckiej, i tu się kończy parafia dobrzyniewska.

Droga od kościoła dobrzyniewskiego do miasta Janowa, traktem knyszyńskim pół mili do wsi Krynic prowadząca, za tą zaraz wsią przebywszy gór dwie z rowami przykrych, przypada insza droga w prawo ku wschodowi, kręta, polem otwartym do wioski zwanej Obrubniki, przez którą przejechawszy, polem staj kilka i chrostem tyleż, wieś zaraz szlachecka, nazwana Szaciły, mimo której polem i za nią pola staj kilkanaście minawszy, zaczyna się puszcza knyszyńska, przez którą korzenista i miejscami górzysta znajduje się droga, // ta więcej o mile na drogę wpada korycińską i po tym nad półtorej mil samą prowadzi puszcza, z której wyjechawszy na pole o staj kilkanaście wieś zwana Krasne, przy której wsi ogrodach, z[ę] stawu na wschód niedaleko odległego, spływa rzeczka, ta Koronę od Litwy rozgranicza i tu się kończy parafia dobrzyniecka, a zaczyna się korycińska. [23]

5-to

Jeziór żadnych ani bagnow znaczniejszych nie ma w tej parafii, ani błot osobliwych prócz tych co przy rzece wyżej namienionej Supraślu, na których błotach, jak woda nie zabierze, można choć grubego przygotować siana.

Stawów w parafii dobrzyniewskiej dwa. Jeden przy końcu grobli wspomnianej Supraśli, nie bardzo obszerny, do którego woda dwoma rowami, na sznur jeden szerokości, a na czterdzieści z górą długimi, spływa od pomienionej rzeki; te rowy, jak fama niesie, były niegdyś od aresztantów kozackich na wojnie zabranych kopane. Drugi we wsi Rybniku, w puszczy, z małych o mile Krynic zbierający dostatnią wodę na tartak i folusz w jednej budowlu porządnie wystawionej.

6-to

Lasami znacznymi, prócz małych na staj kilkanaście, parafia dobrzyniewska (począwszy od wschodu zimowego, od południa i aż do zachodu zimowego) nie jest otoczona. Od wschodu zaś zimowego i na północ, mająca wszere na mil trzy dobrych, puszcza, do budowl drzewo, miejscami olchy, brzozy, osiny, lipina, a dębiny omal z gęstymi ostępami w sobie zawierająca. Ciężnie się ku zachodowi letniemu, gdzie tam już miejscami najdują się pola po części, a nie obszerne.

7-mo

Młyn tylko w tej parafii jeden przy wspomnionym wyżej stawie sub No 5to położonym.

[24] Takowe opisanie parafii mojej stwierdzam własnej ręki podpisem

X Adam Budwiłł

Theologii Doktor Pleban Dobrzyniewski

[tekst z lewej strony szkicu – por. opis parafii w punkcie 5]

Jezior żadnych ani bagnow znacznych nie ma ani błot osobliwych, prócz tych co przy Rz[ecze] Suprasłu i na których błotach jak woda nie zabierze można choć grubego przygotować siana.

Stawow 2 jeden przy końcu grobli Suprasłu niebardzo obszerny, do którego woda dwoma rowami na sznur jeden szerokim a na 40 z górą długimi spływa od spomnianej Rz. Te rowy (jak fama niesie) były niegdyś od aresztantów kozackich na wojnie zabranych kopane.

drugi staw we wsi Rybniku w puszczy z małych o mile krynic zbierający wodę, na tartaki folusz w jednej budowlu wystawiony.

[poniżej do dołu karty wykaz miejscowości z określeniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

14 Borsukówka 1 1/2 dob. leśnictwo knysz. [między] północ i zach. let.

– Borowiki 1/2 więc. tegoż w tymże położeniu

18 Dobrzyniew ta sama wieś do sama plebania

– Dobrzyniew folwark 30 sznur. od granic. pleb. na wsch. zim.

28 Dobrzyniew Stary zach. let. do star knysz.

13 Gniła 1/2 ^w na samym zach. let. do star knysz.

37 Jaworowka 1/2 [między] zach. let. i zim.

15 Jurowce 1. ^w [między] wsch. let. i zim.

4 Kobuzie więcej nad 1 1/2 [między] północ i zach. let. do leśnictwa knysz.

– Krasne 3 ^w puszcza samą [na] północ

11 Krasne drugie prawie z pierwszym łączące się

– Krzywa zaścianki za wsią plebańską i granicą złączone, na zach.

6 Kozince 1 ^w [między] zach. let. i północ do star knysz. Koznice

– Kulikowka do tegoż star. 1. ^w

10 Krynice 1/2 ^d północ tegoż

15 Letniki 1/2 [między] północ i wsch. let. tegoż kilkanaście stajów

33 Lence 1/2 ^{let.} wsch. zim.

5 Nowosiołki leśnict. knysz. 1 1/2 więcej [między] półn. i zach. let.

4 Obrubniki 3/4 północ do star knysz.

12 Ogrodniki z granicą i ze wsią kościelną złączone na wsch. zim. do star. knysz.

16 Pogorzałki 1 ^w na sam zach. let. do leśnict. knysz.

6 Rybnik 1 1/2 [między] północ i wsch. let. teje

3 Rybaki 1/2 [między] let. i zim. zach. do star. knysz.

– Szaciły 1 ^m północ

Dekan. augustowski

[tekst po prawej stronie szkicu – por. opis parafii w punkcie 6]

Lasami znacznymi prócz małych na staj kilkanaście parafia (począwszy od wsch. zim. od połud. i aż do zach. zim.) nie jest otoczona, od wsch. zaś zim. i na północ mająca wszerz na mil 3^d puszcza ciągnie się ku zach. let., gdzie tam już miejscami znajdują się pola ale nie obszerne.

[pod szkicem z prawej strony wykaz kościołów i miast sąsiednich – por. opis parafii w punkcie 2 i 3]

Wasilków 1 1/2^w · wsch. zim.
cerk. uniack. Parafiał. Chwasty tylko przez Rz. Suprasł oddzielona
basil. supr. [między] półn. i wsch. zim.
Choroszcz 1^m [między] połud. i zachm zim.
Knyszyn 2^w [między] zach. let. i półn.
Jasionowka 3 mijając północ ku wsch. let.
Korycin 4^w północ

Białystok 1^w wsch. zim.
dioc. luc.⁶⁹ Tykocin zim. 2 let. 3 mijając błota [między] zach. zim. i let.
Goniądz 5^w północ

Parafia Dolistowska

1-mo

Kościół we wsi Dolistowie jest parafialny, położony w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, w powiecie brańskim, w dekanacie augustowskim, od którego jako od punktu inne wioski i miejsca są opisane. Należy do JP Kurzenieckiego, od wschodu wiosennego o sto kroków, od zachodu takiegoż o dwieście, z dworem, od kościoła.

Dolistow⁷⁰ poświętne w pośrodku tejże wsi, o sto kroków od kościoła na południe.
Dzięciolow⁷¹ z dworem JJ PP Todwenów, na wschód zimowy względem kościoła trzy ćwierci mile.

Gurbicze wieś królewska boiary, na południe mila mierna.

Jasienowo Bojary⁷² JP Karwowskiego, na wschód letni zimową porą pół mili, letnią, wodą o mile.

Jac⁷³ wieś wielka tegoż JP Karkowskiego, na wschód zimowy mila wielka.

Jac⁷⁴ wieś mała tegoż Jmci P, w takimże położeniu⁷⁵ mila wielka.

Jadeszki wieś królewska bojary, na południu o pół mili.

Jaświłki JJ PP Todwenów, na południe większe o pół mili.

Jaświły wieś JP Małachowskiego, na południe⁷⁶ mila srednia.

Kopytkowo bojary JP Karwowskiego, na wschód letni zimową [porą]⁷⁷ pół mili, letnim czasem trzy ćwierci mili wodą.

Kisły⁷⁸ JP Karwowskiego, na wschód zimowy wielka mila.

[26] **Mokowoży**⁷⁹ jeden budynek z innym zabudowaniem gospodarskim PP Jeleniewskich, na południe pół mili.

Moniuszki wieś szlachecka na południe pół mili.

Mocieszce JP Małachowskiego, na południe mila średnia od kościoła.

Mikicin z dworem JP Kuczyńskiego, na wschód zimowy mila wielka.

Plebania na południe o kroków pięćset od kościoła.

Polkowo bojary JPani Rostkowskiej, na wschód letni zimową porą mila wielka, a letnią dwie mile wodą.

Sluznowo⁸⁰ wioska szlachecka na południe pół mili od kościoła.

Smogorowka⁸¹ JP Kurzenieckiego, na południe pół mili.

Wrocenie⁸² wieś szlachecka na zachód półletni⁸³ pół mile.

Zabiele z dworem JP Karwowskiego, na wschód półletni pół mile od kościoła.

2-do

Od tego parafialnego kościoła wokoło sąsiedzkie następujące kościoły:

Brzozowa kościół parafialny w województwie podlaskim, w dekanacie augustowskim pro filia przyłączony od kościoła kalinowskiego, w dobrach JP Małachowskiego, na wschód zimowy półtóry mile.

Goniądz kościół parafialny w tymże dekanacie, w dobrach JP Małachowskiego, na zachód zimowy mila wielka.

Karpowicze kościół parafialny w tymże województwie i dekanacie JP Karpiowej, na wschód wiosnowy względem kościoła dolistowskiego mila jedna wielka. [27]

Chodorowka⁸⁴ kościół parafialny w dekanacie knyszyńskim, w województwie wileńskim, w dobrach JKMci, na wschód zimowy mil dwie wielkich.

Kalinowka⁸⁵ kościół parafialny w dekanacie knyszyńskim, w dobrach JP Małachowskiego, na południe mil dwie wielkich.

Raygrad kościół parafialny w dekanacie augustowskim, w dobrach JP Rydzewskiego, na północ względem kościoła dolistowskiego⁸⁶, odległy dla jazdy siedem mil a dla pieszego przez biele i rzeki o trzy mil.

3-tio

Miasta znaczniejsze około tego kościoła są te:

Białystok na wschód zimowy mil sześć.

Goniądz miasteczko grodowe, na zachód zimowy mila wielka jedna.

Tykocin na południe mil sześć.

Raygrad na północ jako numero secundo namieniono, o mil sześć.

4-to

Droga z Dolistowa do Białegostoku kamienista, piaszczysta, górzysta i kręta.

Droga z Dolistowa do Goniądza kamienista.

Droga do Raygroda kamienista, piaszczysta i na przewóz przez Bobrę⁸⁷ dla jazdy dla pieszego, przez tąż rzekę przez biele i lasy i błota.

Droga do Tykocina kamienista, piaszczysta, błotnista i przez groble. [28]

Droga z Dolistowa do Białegostoku jazdy zimową porą godzin siedm, letnią godzin dwanaście z popasem.

Droga z Dolistowa do Goniądza zimową porą jazdy godzina, a letnią półtóry godziny.

Droga z Dolistowa do Raygroda letnią porą jazdy dzień jeden z popasem i przez przewóz zimową porą godzin cztery.

Droga z Dolistowa do Tykocina jazdy letnią drogą z popasem godzin dwanaście, zimową porą z popasem godzin siedm.

5-to

W tej parafii jezior żadnych nie masz, a ni błot żadnych, ani bagnów ani stawów,

tylko biele niemałe, z których obywatela siano zbierają. Rzeka nazwiskiem Bobra, dla małych statków spławna, na północ o trzysta kroków od kościoła.

6-to

W tej parafii lasów żadnych nie masz znacznych do budowli. Tylko pola otwarte równe. Jest jednak borek JJ Panów Todwenów, ale niewielki i zarośnięty na bielach tychże dla opału domowego.

Las Dombrowa jest nazywany się. Należący do Jmci P Kurzenieckiego, ale drzewa nie masz w nim do budowli, tylko do opału i to niewiele.

[29] Las jest nazywany się Grzędy, należący do wsi szlacheckiej Wroceni i ten tylko dla opału i to niewielki.

7-mo

Młyn jeden na rzece Brzozowa⁸⁸ razywanej, należący do JP Karwowskiego. Innych trzy machin wietrznych jest w parafii niewielkich, tylko na domową potrzebę, jedna JJ PP Todwenów, druga JP Płońskiego, trzecia JP Kurzenieckiego.

8-vo

Drogi partykularne w tej parafii są takie:

1. Droga do Goniądza polem na zachód zimowy wyjechawszy od kościoła parafialnego w pół mili widać wioska nazwana Krzeczce i tam się kończy parafia, a dalej ciągnie się droga do Raygroda.
2. Droga do kościoła karpowickiego od kościoła dolistowskiego na wschód letni polem, prosta przez wieś Zabiele, która jest o ćwierć mili od kościoła parafialnego, wyjechawszy o pół mili za tąż wieś widać wieś po prawej ręce Jac, wieś mała nazwaną, o ćwierć mile i tam się kończy parafia.
3. Droga z Dolistowa do Kalinowki między południem i wschodem zimowym, polem, o pół mili po prawej ręce dworek JP Płońskiego, a po lewej wieś Jadeszki, o sześćset kroków za tąż wsią w lewą do Jaszwił, pół mili dalej wyjechawszy widać wieś szlachecką Rustnowskie⁸⁹, od gościńca w prawą na pół ćwierci mili i tam się kończy parafia, a dalej droga do Białegostoku i Tykocina ciągnie się.
4. Droga od kościoła dolistowskiego do Brzozowej, kościoła na wschód zimowy, kręta polami, o mile wieś Mikicino, przez którą przejazd do Brzozowej, a pół ćwierci mili za Mikicinem przez lasy przejechawszy zaczyna się parafia Brzozowa.

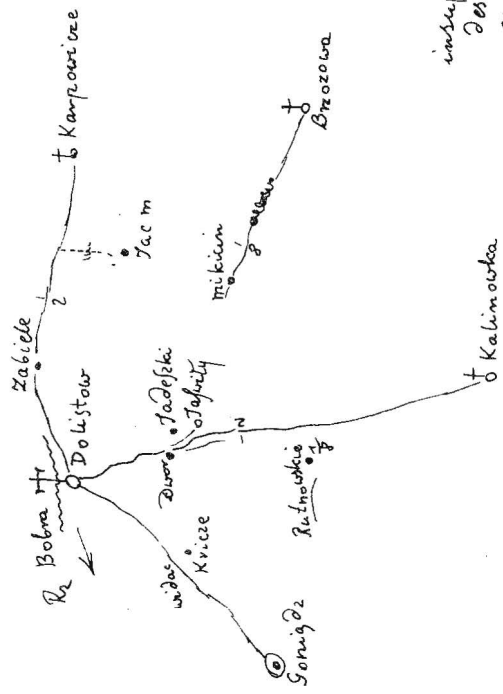
Parafia dolistowska cała jest w województwie podlaskim, jako na początku jest opisano.

Takowe opisanie parafii mojej podpisem ręki własnej stwierdzam

X Krzysztof Kapica
Pleban Dolistowski

[mała karta wklejona między s. 24 i 25 opisu zawierająca szkic parafii i zapisy kartografa]

Parafia Dolistów
 Woiewództwo Połtawskie
 Ziemia Bielecka
 Powiat Branicki



• 100 Tadejski

insuffisante et miserable
 description presque
 au comble abilité

[poniżej, po lewej stronie karty do dołu wykaz miejscowości z określeniem ich położenia -por. opis parafii w punkcie 1]

- 37 Dolistow 300 kr od Rz. Dobrowa
- 34 Dzięciolow 3/4 – wsch. zim.
- 6 Gurbicze wieś królewska Bojary 1 połud.
- Jasienowo Bojary wsch. let. zim. 1/2, let. 1.
- 22 Jac wieś wielka 1^w. wsch. zim. do lesnict.
- 14 Jac wieś mała 1^w. — knisz.
- Jadeszki wieś królewska Bojary 1/2 połud.
- 12 Jaswiłki 1/2 wiek. połud.
- 22 Jaswiły 1 szred. połud.
- 5 Kopytkowo Bojary wsch. let. 1/2, zim. 3/4 wodami do leśnictwa kniszyn.
- 5 Kisty wsch. zim. 1^w
- 24 Mokowozy 1/2 połud. (kilka budynki gosp.) – Makobozy⁹⁰
- 25 Moniuszki (szlach.) 1/2 połud.
- Mociesze 1. połud.
- 43 Mikicin z dworem 1. ^w wsch. zim.
- Plebania 500. połud.
- 54 Polkowo Bojary wsch. let. zim. 1^w, let. z wodą x do klucz tajnowski
- 6 Sluznowo wiosk. szlach. 1/2 połud.
- Smogorowka 1/2 połud.
- 49 Wrocienie wieś szlach. 1/2 poł let.⁹¹
- 32 Zabiele z dworem 1/2 wsch. poł. let. 1/4⁹²

Dekan. augustowski

[po prawej stronie tekst z opisu parafii w punkcie 5, 6 i 7]

Jezior żadnych ani błot ani bagnow, stawów tylko biele niemałe, z których obywatele siano zbierają.

Borów nie masz do Brzozowski tylko pola otwarte.

– Las Dąbrowka mała

– Las Grzędy należy do Wrocienia, mało co dobrego

[młyn] na Rz. Brzozowa nazwanej i trzy wioski

[poniżej wykaz kościołów i miast sąsiednich – por. opis parafii w punkcie 2 i 3]

- Brzozowa 1 1/2 wsch. zim.
- zim. 1. let. 1 1/2 Goniądz 1^w zach. zim.
- Karpowicze 1^w wsch. wios.
- Lit. dek. knisz. Chodorowka 2^w wsch. zim.
- Kalinowka 2^w połud.
- Raygrad 3 północ prosto
- zim. 7^h let. 12 Białystok 6 wsch. zim.
- let. 12 zim. 7 Tykocin 6 połud.

Parafia Goniądzka

[31]

1-mo

Kościół parafialny w mieście JKM Goniądzu położony w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie brańskim, dekanacie augustowskim. Wioski i miejscowości do tej parafii należące w tymże powiecie są, według porządku alfabety ułożone jak tu po sobie idą:

Barszczewiczna⁹³ zaścianek do starostwa knyszyńskiego, w posesji JW Małachowskiego, w lewy bok Guzów, względem kościoła goniądzkiego na zachód jesienny o siedemdziesiąt prętów.

Białosuknie przedmieście miasta Goniądza. Leży w prawy bok Smogorówki, między wschodem wiosennym i zimowym mila jedna mierna.

Białosuknie⁹⁴ wieś szlachecka najznaczej w części JP Niedźwiedzkiego, leży w tymże samym położeniu tylko że przez ruczaj, dalej i trochę w prawą, to jest między wschodem także wiosennym i zimowym mila jedna mierna.

Boguszewka⁹⁵ zaścianek JP Kramkowskiego za Kramkową Wielką, na zachód zimowy pięć ćwierci mili.

Cieszce wieś do starostwa knyszyńskiego, zaraz za Mońkami na wielki wschód zimowy półtory mili wielkie.

Dawidowizna zaścianek do starostwa knyszyńskiego, w pół drogi do Klewianiskiego folwarku, półtory ćwierci mili na wschód wiosenny.

Dzieszki⁹⁶ wieś do starostwa knyszyńskiego, za Szobieszkami⁹⁷, w prawą Zblutowa, na południe półtory mili dobre.

Downary przedmieście miasta Goniądza, przed Kramkową Wielką, na zachód zimowy mila jedna mała.

Ginie zaścianek do starostwa knyszyńskiego, za Hornostajami, prosto między wschodem i południem mila jedna wielka. [32]

Goniądz miasto JKMci, w którym kościół parafialny jest punktem względem którego czyni się opisanie całej parafii, należy do starostwa knyszyńskiego.

Guzy przedmieście miasta Goniądza, na zachód jesienny pięćdziesiąt prętów.

Hornostaie JP Dzieszka, między Ołdakami z lewej i Zblutowem z prawej, co do słońca między wschodem a południem mila jedna mierna.

Jaśki przedmieście miasta Goniądza, w tymże położeniu, tylko co trochę bliżej, równie między wschodem a południem mila jedna mała.

Klewianka folwark do starostwa knyszyńskiego, na wschód wiosenny trzy ćwierci mili.

Klewianka wieś do starostwa knyszyńskiego, między wschodem wiosennym i zimowym mila jedna mierna.

Kosiorcki przedmieście miasta Goniądza, na wschód zimowy mila jedna wielka.

- Kramkowka Mała**⁹⁸ wieś szlachecka, najznaczniej JP Wyszковского, prosto i niedaleko za Owieczkami, między zachodem i południem mila jedna dobra.
- Kramkowka Wielka**⁹⁹ wieś szlachecka, najznaczniej JP Kramkowskiego, prosto i zaraz za Downarami, mila jedna mierna.
- Krzecze** wieś do starostwa knyszyńskiego, za klewińskim folwarkiem, trochy na wschód letni mila jedna mierna.
- Krzeczkowo** wieś do plebanii goniądzkiej należąca, na wschód zimowy półtory mili dobre.
- [33] **Kulesniki**¹⁰⁰ wieś do starostwa knyszyńskiego, między Łupichami i Płoczyzną¹⁰¹, toż między wschodem i południem, bardziej a ta ku wschodowi, półtory mili mierne.
- Łupichy** przedmieście miasta Goniądza pod Krzeczkwem, na wschód zimowy pięć ćwierci mili.
- Monki**¹⁰² wieś szlachecka, najznaczniej JP Baykowskiego, między wschodem i południem półtory mili dobre.
- Naresło** zaścianek do starostwa knyszyńskiego, między Łupichami i Rutkowskimi, na zachód zimowy¹⁰³ półtory mili mierne.
- Oliszki** JP Dzieszka, w prawy bok Zblutowa, na południe półtorej mili dobre.
- Ołedaki**¹⁰⁴ JP Kramkowski[ego], między wschodem i południem trzy ćwierci mili.
- Owieczki** przedmieście miasta Goniądza, między zachodem i południem mila jedna mała.
- Piwowary** wieś do starostwa knyszyńskiego, na prawy bok wsi Klewianki, między wschodem wiosennym i zimowym mila jedna mierna.
- Potoczyna** wieś do starostwa knyszyńskiego, prosto za Giniami, między wschodem i południem półtory mili dobre.
- Puszkarze**¹⁰⁵ zaścianek JP Kramkowski[ego] pod Kosiorkami, między wschodem i południem mila jedna mierna.
- Pyzy** przedmieście miasta Goniądza, zaraz przy Kosiorkach, tylko co w lewą i trochę dalej, mila jedna dobra.
- Rawy**¹⁰⁶ zaścianek JP Kramkowski[ego], przed Woytowstwem, między wschodem i południem, sześćdziesiąt prętów.
- Rumieyki**¹⁰⁷ wioska do starostwa knyszyńskiego, prosto za Rutkowskimi Wielkimi, między wschodem wiosennym i zimowym półtory mili wielkie.
- Rutkowskie**¹⁰⁸ Wielkie wieś szlachecka, najznaczniej JP Rutkowskiego, za Białosukniami szlacheckimi, na wschód wiosenny i zimowy półtory mili mierne.
- [34] **Rutkowskie Małe** wieś szlachecka, najznaczniej JP Rutkowskiego, w prawy bok Rutkowskich Wielkich, pod wschód zimowy półtory mili mierne.
- Rybaki** wieś szlachecka najznaczniej JP Wyszковского, za Żodziami prosto, mila jedna mierna.
- Siedzie**¹⁰⁹ zaścianek przedmiejski do Zybertowa, między Zybertami i Łupichami, na wschód zimowy mila jedna wielka.

- Sienkowizna**¹¹⁰ w kotrowersji między Żodziami a Kramkawką mila. Leży między zachodem i południem mila jedna mała.
- Smogorowka**¹¹¹ wieś szlachecka najznaczniej JP Monuszki, za Krzeczami prosto na wschód wiosenny, mila jedna dobra.
- Subieszki**¹¹² wieś szlachecka najznaczniej JP Surzckiego, za Rybakami prosto na południe, mila jedna dobra.
- Spakowo**¹¹³ folwark do starostwa knyszyńskiego, na wschód zimowy półtory mili dobre.
- Swierzbień**¹¹⁴ wieś szlachecka najznaczniej JP Ciwińskiego, w prawą [stronę] Giniow, na południe mila jedna wielka.
- Szacily** wieś do starostwa knyszyńskiego, za Smogorawką prosto na wschód wiosenny, półtory mili.
- Szafranki** przedmieście miasta Goniądza, za Guzami, tylko wprawo na zachód wiosenny dalszy, pół ćwierci mili.większe.
- Woytostwo**¹¹⁵ królewszczyzna JP Kramkowski[ego], wpół drogi do Ołdakow, półtory ćwierci mili.
- Wygoda**¹¹⁶ zaścianek do starostwa knyszyńskiego, nad rzeką Biebrzą i przewozem, na zachód letni mila jedna mierna.
- Zagi**¹¹⁷ zaścianek przedmieścia do Białosukniow należący, między wschodem wiosnowym i zimowym mila jedna mierna.
- Zblutowo** wieś szlachecka najznaczniej JP Płońskiego, w prawy bok Hornostajow, między wschodem i południem mila jedna wielka.
- Żodzie** wieś do probostwa szpitalnego należąca, w prawy bok pod Rybakami, na południe mila jedna mała. [35]
- Zyburty** przedmieście miasta Goniądza, trochę w lewo za Pyzami, na wschód zimowy mila jedna wielka.
- Żupa** solna JKM w połowie drogi do Szafrankow, ale trochę pod letni wschód, sześćdziesiąt prętów od miasta.

2-do

Od tego kościoła parafialnego kościoły w okolicy sąsiedzkie są następujące:

- Białaszew**¹¹⁸ kościół parafialny w województwie mazowieckim, ziemi wiskiej, diecezji płockiej, dekanacie wąsowskim, dobrach JP Klimanszewskiego, na zachód letni mil trzy.
- Dolistow**¹¹⁹ kościół parafialny w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, dekanacie augustowskim, dobrach JO Branicki KK, na wschód letni półtorej mili dobre.
- Kalinowka**¹²⁰ kościół parafialny w tymże województwie, dekanacie knyszyńskim, dobrach do plebanii kalinowskiej należących, między wschodem i południem mil dwie wielkich.

Knyszyn kościół parafialny w tymże województwie, dekanacie knyszyńskim, mieście i dobrach starostwa knyszyńskiego należących, mil trzy dobrych.

Trzcianne kościół parafialny w tymże województwie, dekanacie augustowskim, dobrach najznaczniej plebanii trzciańskiej, na zachód zimowy mil dwie wielkich.

3-tio

Miasta znaczniejsze koło tego kościoła.

Grodno miasto stołeczne powiatu grodzieńskiego, w województwie trockim. Leży na wschód letni, odległe mil dwanaście dobrych.

Knyszyn miasto stołeczne starostwa knyszyńskiego. Leży na południe, odległe o mil trzy dobrych.

[36] **Szczacin**¹²¹ miasto szlacheckie JP Potockiego na zachód letni, odległe o mil pięć miernych.

Tykocin miasto JP Branicki KK na wschód zimowy mil cztery wielkich.

4-to

Droga z Goniądza do Grodna najwięcej ile w środku kamienista.

Droga z Goniądza do Knyszyna pagórkami, do połowy kamienista, dalej trochę lepsza ale kręta.

Droga z Goniądza do Szczucina naprzód bielami, dalej piaskami aż do rzeki Niebry¹²², toż samymi lasami korzenista.

Droga z Goniądza do Tykocina zrazu dosyć dobra, dalej lasem korzenista, potem kamienista, na koniec pod samym Tykocinem przez groblę pół ćwierci mili.

Droga z Goniądza do Grodna letnią jazdą piętnaście godzin, zimową trzynaście.

Z Goniądza do Knyszyna letnią jazdą pięć, zimową godzin trzy.

z Goniądza do Szczucin[a] letnią jazdą godzin siedem, zimową godzin pięć.

z Goniądza do Tykocina letnią jazdą godzin sześć, zimową godzin pół piątej.

5-to

Jezior formalnych w tej parafii nie masz, brzegami tylko koło rzeki Biebrzy, która pod samym miastem Goniądzem północną stroną płynie, różne ustępny i doły znajdują się, które też na kształt jeziorkow są. Na wiosnę całe je rzeka zalewa, latem osychają. Liczyć ich można na kilkadziesiąt, ale nazwisk swoich nie mają, wszystkie leżą pod północ i ku zachodowi letniemu.

[37] **Bagno** Łosiabiel ciągnie się poczynając od Downarow // aż do rzeki Biebrzy na zdłuż ze trzy ćwierci mili, szeroko na ćwierć. Różnymi zaroślami zaćmione, między zachodem zimowym i letnim.

Błota między Downarami i Kramkówkami obiema szerokie na prętów dwadzieścia, długie na ćwierć mili. Nazwiska nie mają. Miejscami na nich trzcinka,

- olszynka i inne drobne zarośle zastępują. Leżą między zachodem i południem.
- Stawek Barszczewizna** do starostwa knyszyńskiego na Goniądźce, ruczaju małym od Hornostaiow idącym, zarosły i błotem zawalony, w lewy bok Guzow, na zachód wiosnowy pięćdziesiąt prętów.
- Stawek Boguszewka JP Kramkowskiego** przy zaścianku tegoż imienia, na zachód zimowy pięć ćwierci mili.
- Stawek Krzeczkowski** jeden i drugi we wsi Krzeczkwie, na zachód zimowy półtorej mili.
- Stawek Pelch** do starostwa knyszyńskiego na Goniądźce, mały, zarosły, zaraz pod miastem na południe.
- Stawek Rawy JP Kramkowskiego** na tymże ruczaju niewielki, czysty, tylko że karczysty, między wschodem i południem sześćdziesiąt prętów.
- Stawek Woytowski** do Woytostwa JP Kramkowskiego należący, na tymże ruczaju niewielki, zarosły, między wschodem i południem półtorej ćwierci mili.

6-to

- Las Goniądźki** do miasta Goniądza należący cały spustoszony ani do budowl i zdalny prócz do mizernego opału. Leży przez Kramkawką wielką w prawo. Jest to wszere pół mili, wzdłuż na mile aż do rzeki Biebrzy, oddalony o trzy ćwierci mili, między wschodem zimowym i letnim.
- Las Kramkowski** do wielkiej i małej Kramkowki należący. Poczyna się od Kramkowski wielkiej i ciągnie się na wschód letni wzdłuż dwie mili wszere pod Wilanówkę i Dobarz pół mili. Dobrać w nim można drzewa do budowl, najwięcej jednak leszczyny jako brzeziny, olszyny. Ma miejscami różne zarośle długości i szerokości kilka morgów, które nie mają swoich nazwisk. Leży za Kramkawką o mile jedną dobrą, między zachodem zimowym i letnim.
- Las Krzeczkowski** do Krzeczowa i plebanii należący, cały chrościany prócz co miejscami chojki znajdują się do budowl nie zdadne. Jest tego wzdłuż ćwierć mili, wszere morgów kilkanaście. Leży za Krzeczkwem na wschód zimowy.
- Las Kułakoszczyzna** do starostwa knyszyńskiego, zaczyna się od Dawidowizny, a kończy się pod Białosukniami, Klekwianką i Piwowarkami, zaroślami tylko niezdatnymi i błotami napełniony, długi na półtorej ćwierci mili, szeroki na pół. Leży między wschodem wiosnowym i zimowym.
- Las Puszarze JP Kramkowski[ego]** ma piękne drzewo do budowl i opału. Znajduje się w nim i brzezina. Poczyna się od zaścianku tegoż imienia, a ciągnie się aż pod Ołdaki, długi na pół ćwierci mili, szeroki na kilkadziesiąt prętów. Leży na Woytowstwem, między wschodem i południem pół mili.
- Las Rybacki** do Rybakow i Zblutowa należący ma piękne drzewo i zarośle po kilkanaście prętów, szeroki na morgów sześć, długi na pół ćwierci mili. Leży za Rybakami o milę jedną mierną.

[38]

- [39] Jest więcej kawałkami różnych zarośli po rolach i po polach pozapuszczanych dla nieużyteczności grunta bez pożytku żadnego.

7-mo

Młynów siedem znajduje się w tej parafii.

Pierwszy na Barszczewiźnie starościański.

Drugi na Boguszewce JP Kramkowskiego.

Trzeci i czwarty Krzeczkowski do plebanii należą.

Piąty Pełch tuż zaraz na dolku pod miastem starościańskim.

Szósty na Rawach pod Woytowstwem JP Kramkowskiego.

Siódmy na samym Woytowstwie tegoż JP Kramkowski[ego].

Wszystkie na ruczajach i stawach jako numero 5-to.

8-vo

Drogi w tej parafii szczególniejsze i trakty publiczne podług miary mil tak się opisują:

1. Droga do Grodna począwszy od kościoła parafialnego goniądzkiego na wschód wiosenny polem otwartym koło Dawidowizny zaścianku. Dalej koło folwarku Klewiańskiego prosto przez ruczaj, na którym mostek. Potem bród głęboki i długi na prętów dziesięć pod wsią Krzeczkami, starościańską, dalej przez same Krzeczce, za Krzeczami znowu przez ruczaj i mostek kręto na wschód letni w górę, z której widać Dolistow i tu się kończy parafia o milę jedną mierną.
2. Droga do Knyszyna począwszy od kościoła na południe z górki i przez ruczaj, toż w górę i prosto otwartym polem miejscami tylko pomiędzy zarośle aż do Mońkow, dalej do karczmy murowanej starościańskiej, od której w prawą, kręto gościńcem wytkniętą, i tu się kończy parafia o półtorej mili wielkiej.
3. Droga do Szczucina począwszy od kościoła na wschód wiosnowy¹²³, naprzód z górki, dalej otwartym polem przez ruczaj i mostek koło żupy królewskiej do Szafrankow. Tam przez miękie wypusty, potem w prawą pod zachód letni i pomiędzy różne zarośle i przez brodki aż do Wygody, karczmy starościańskiej nad samą Biebrzą i przewozem gdzie się kończy parafia o milę jedną mierną.
4. Droga do Tykocina począwszy od kościoła na południe tak jak do Knyszyna przez ruczaj i w górę. Dalej dobrze w prawą na zachód zimowy jedzie się znacznie otwartym polem pomiędzy tylko małe chrosty prosto koło Downarow po prawej ręce a przez błota pomostowane, przez ruczaj i mostek do karczmy JP Kramkowskiego. Od tej znowu prosto większą częścią lasem Kramkowskim aż do brodu i ruczaju, gdzie się kończy parafia o pięć ćwierci mili.

X. Hilary Drszyński Scholarum Piarum.

[tekst z lewej strony karty obok szkicu – por. opis parafii w punkcie 5]

Jezior formalnych niemasz, brzegami tylko koło rzeki Biebrzy, która pod samym miastem Goniądzem północną stroną płynie, różne ustępy i doły znajdują się, które też na kształt jeziora są. Na wiosnę całe je rzeka zalewa, latem wysychają, liczyć ich można na kilkadziesiąt, ale nazwisk swoich nie masz. Wszystkie leżą na północ i ku zachodowi let.

- **Bagno Łosiabiel** ciągnie się poczynając od **Downarow** aż do Rz. Biebrzy na zdłuż ze $3/4$ mili szeroko na $1/4$, różnymi zarostami zaćmione, między zach. zim. i let.
- **Błota** między **Downarami** i Kramkawkami obiema szerokie na prętów 20, długie na $1/4$, nazwiska nie mają, miejscami na nich łozinka, olszynka i zarośle drobne, leży między zach. i połud.
- **Stawek Barszczewizna** na ruczaju Goniądzce od Hornostaie idącym zarosły i błotem zawalony, w lewy bok Guzow na zach. wios. 50 prętów.
- **Stawek Boguszewka** przy Kramkowski zaśc. na zach. zim. $5/4$
- **Stawek Krzeczkowski** jeden i drugi w[e] wsi Krzeczkwie na zach. zim. $1\ 1/2$.
- Stawek Pełch na Goniądzce mały, zarosły, zaraz za miastem na polu.
Stawek **Rawy** na tymże ruczaju niewielki, czysty, m.¹²⁴ wsch. i połud. 60 pręt.
Stawek Woytowski na tymże ruczaju [między] wsch. i połud. $3/8$.

[zapis u dołu karty i z prawej strony szkicu – por. opis parafii w punkcie 6]

- 1) Las **Goniądzki** mizerny i rzadki leży przed Kramkawką w. w prawą wszerz $1/2$ m[ili] dłużej 1. aż do Rz. Biebrzy oddalonej o $3/4$ między wsch. zim.
- 2) Las **Kramkowski** do w. i m. Kramk. należy, poczyną się od Kram. w., ciągnie się na wsch. let. wdłuż 2. mili wszerz pod Wilanówkę i Dobarz pół mili, najwięcej lesciny, brzez. olsz., ma miejscami różne zarośle długości i szerokości kilka morgów. Leży za Kramkow. o 1. ^{dob.} mię[dzy] zach. zim. i let.
- 3) Las **Krzeczkowski** do Krz[eczkowa] i pleb. nal., cały chrościany wdłuż $1/4$, wszerz kilkanaście morgów, leży za Krzecz. na wsch. zim.
- 4) Las Kulakoszczyzna do star. knysz., zacz. od Dawidowizny a kończy się pod Białosuknią, dłużej na $3/8$ szer. $1/8$. Leży m[iędzy] wsch. wios. i zim.
- 5) Las **Puszarze** ma piękne drzewo do budowli. Poczyną się od **Zaścianku Puszarze** a ciągnie się od [?] pod **Ołdaki** długi na $1/8$, szer. kilkadziesiąt prętów, leży za Woytowstwem między wsch. i połud. $1/2$.
Las Rybacki do **Rybakow** i Zblutowa piękne drzewo kilkanaście prętów, szerok. morgów 6 długi na $1/8$, leży za Rybakami o 1.

[druga mała karta z nr [1] wklejona między s. 34 i 35 opisu]

Parafia Goniądz

[1]

Województwo Podlaskie
Ziemia Bielska
Powiat Brański

[z lewej strony karty wykaz miejscowości z określeniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

- le Starostie est a Małachowski
_ Barszczewizna zaścianek 70 pręt. do starost. knysz., zach. jesien. w lewy bok
Guzowa
21 Białosuknie przedmieście miasta Goniądza [między] wsch. wios. i zim.,
w prawy bok **Smogorowki** do star goniądz.
35 Białosuknie wieś 1. leży at supra tylko przez ruczaj, dalej i trochę w prawą
_ Boguszewka zaścianek, 5/4 — zach. zim. za Kramkowką wielką
_ Ciesze zaraz za Monkami 1 1/2 ^w. wsch. wielk. zim. do star. knisz.
1 Dawidowizna zaścianek – 3/8 wsch. wios. w pół drogi do Klewianskiego fol-
warku
7 Dzieszki 1 1/2 dob na połud. za Szobieszkami w prawą, do star. knisz.
22 Downary przedmieście miasta Goniądza 1 ^m zach. zim. przez Kramkowkę
wielką do star. knysz.
1 Ginie zaścianek 1 ^w. od wsch. i połd. za Hornostaiami prosto do star. knisz.
_ Goniądz do starost. knyszyn
_ Guzy przed[mieście] mias. Goniądz[a] 50 pręt. zachód jesien.
13 Hornostaie 1. na wsch. i połud. między Oldakami z lewej a Zbłudowem z pra-
wej
15 Jaski przedm. miast. Goniądz[a] 1. ^m [między] wsch. i połud., trochę bliżej
jak Hornostaie do starost. knysz.
19 Klewianka folw. 3/4 na wsch. wios. do staros. knisz.
_ Klewianka wieś 1. na wsch. wios. i zim.
16 Kosiorki przedm. miast. Goniądz[a] 1. ^w do star. goniądz.
_ Kramkowka mała 1 ^{dob}. na zach. i połd. – prosto i niedaleko za Owieczkami
39 Kramkowka wielka 1. prosto i zaraz za Downarami
_ Krzeczce 1. za Klewianskim Folwarkiem trochę na wsch. let. do star. knysz.
26 Krzeczkowo 1 1/2 dob. na wsch. zim. do plebanii goniądz.
13 Kulesniki 1 1/2 międz. wsch. i połud. atoli ku wsch. między Łupichami i Po-
łoczyznę do star. knisz.
11 Łupichy przed. miast. Goni[ądza] 5/4 na wsch. zim. pod Krzeczkowem do
staros. knysz.
21 Monki szl. 1 1/2 ^d [między] wsch. i połud.

- _ Naresło zaścianek 1 1/2 zach. zim. międ. Łupichami i Putkowskimi do star. knisz.
- 5 Oliszki 1 1/2 dob. na połud. w prawy bok Zbłutowa
- 10 Ołedaki 3/4 ^d [między] wsch. i połud. Ołdaki
- 22 Owieczki przedmies. Gon[iażdza] 1.^m zach. i połud. do staros. goniaźdz.
- 9 Piwowary 1. [między] wsch. wios. i zim. do star. knisz. na prawy bok wsi Klewianki
- 8 Potoczyczna 1 1/2 [między] wsch. i połd. prosto za Giniany do star. knysz.
- _ Puszkarze zaścianek 1. [między] wsch. i połud. pod Kosiorkami
- _ Pyzy przedm. miasta Goniażdza 1. ^{dob.} zaraz przy Kosiorkach tylko co w lewą i trochę dalej
- _ Rawy zaścianek 60 pręt. [między] wsch. i połud. przed Woytostwem
- 3 Rumieyki 1 1/2 ^w wsch. wios. i zim. prosto za Rutkowskim wielkim Romeyki klucz
- _ Rutkowskie wielkie 1 1/2 na wsch. wios. i zim. za Białosukniami szlachec.
- 36 — małe 1 1/2 na wsch. zim. w prawy bok Rut. wielk.
- 14 Rybaki 1. za Żodziami prosto
- _ Siedzie zaścianek przedmieście do Zyburtow 1.^w wsch. zim., międ[zy] Zybur-tami i Łupichami
- _ Siemkowizna 1. [między] zach. i połud. [między] Żodziami a Kramkowką
- 5 Smogorowka 1 ^{d.} na wsch. wios. za Krzeczami prosto, część do star.
- 12 knisz.
- 13 Subieszki 1. ^{d.} połud. za Rybakami prosto
- _ Spakowo folw. 1 1/2 ^{d.} wsch. zim. do star. knisz.
- 12 Swierzbienie 1 ^{w.} połud. w prawą Giniow
- 8 Szaciły 1 1/2 wsch. wios. za Smogorowką prosto, do star. knisz.
- _ Szafranki przed[mieście] mias[ta] Gon[iażdza] 1/8 ^{w.} za Guzami tylko w prawą na zach. wiosenny dalszy
- 7 Woytostwo 3/8 ^{w.} pół drogi do Ołdako[w] (królewszcz.)
- _ Wygoda zaścianek do star. knysz. nad Rz. Biebrzą i przewozem, na zach. let.
- _ Zagi zaścianek 1. przedmieście do Białosukniow należ. [między] wsch. wios. i zim.
- _ Zbłutowo 1 ^{w.} [między] wsch. i połud. w prawy bok Hornostaiow
- 10 Żodzie 1 ^{m.} na połud. w prawy bok pod rybakami (do probost. szpitalnego)
- 16 Zyburty przed[mieście] miast[a] Gon[iażdza] 1. ^{w.} wsch. zim. trochę w lewą za Pyzami
- _ Żupa solna JKM 60 pręt. w połowie drogi szafrankow ale trochę pod letni wsch.

[z prawej strony karty wykaz młynów, parafii sąsiednich i miast – por. opis parafii w punkcie 7, 2 i 3]

[młyn] na Barszczewiznie (starościński)
na Boguszewce

[dwa] Krzeczkowski do pleban. należ.

M[Pełch tuż zaraz na dołku nad miastem (starościński)
na Rawach pod Woytostwem
na samym Woytostwie

let. zim.

15 – 13 Grodno 12

7 5 Szczucin 5. zach. let.

à Branicki

6 4 1/2 Tykocin 4 w. wsch. zim.

Parafia Jesionowska

1-mo

Kościół parafialny w miasteczku Jesionowka¹²⁵ nazwanym w kollacji JW Jmci Pana Kuczyńskiego podkom[orzego] ziemi bielskiej, w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, w powiecie brańskim położonym. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże powiecie, według porządku alfabety ułożone jak tu po sobie idą.

Chobotki¹²⁶ JW Jmci P Kuczyńskiego na południe pół mili wielkie.

Grabowka¹²⁷ miejsce, gdzie niedawno wieś była, a dopiero tylko grunt do dworu Krzywej należy JW JP Kuczyńskiego.

Jasionoweczka¹²⁸ jedna pół ćwierci mili, a druga ćwierć mili mierna na zachód zimowy od kościoła.

Kamianka¹²⁹ JW JP Kuczyńskiego na północ pół mili wielkie od kościoła.

Kruczek¹³⁰ gdzie niegdyś wioska i młyn był podług powieści ludzkich i niektórych znaków, pół mili wielkie od kościoła na wschód letni, JW Jmci P Kuczyńskiego.

Kruczek młyn i folwark tegoż Jmci pół ćwierci mili na wschód zimowy.

Krzywa wieś nazwana tegoż Jmci na północ od kościoła trzy ćwierci mili.

Olszanka tegoż Jmci mila mierna na północ.

Pawelce¹³¹ JP Szepietowskiego, między wschodem zimowym i południem ćwierć mili mierne.

Słomianka JW Jmci Pana Kuczyńskiego, w jeden koniec ćwierć mili a w drugi pół mili, na północ od kościoła.

2-do

[42] Od tego parafialnego kościoła kościoły w okolicy sąsiedzkiej są następujące:

Brzozowa kościół filia do Kalinowki w starostwie knyszyńskim, dwie mili miernych od Jesionowki na północ.

Kalinowka kościół parafialny w dobrach starostwa knyszyńskiego, na zachodzie zimowym mila mierna od Jasionowki.

Knyszyn kościół parafialny i filia kościół nazywający się Krypno, na trakcie tykockim, w dobrach starostwa knyszyńskiego, mil dwie miernych na południe¹³². W tym mieście Maydeburja¹³³.

Korycin kościół parafialny w dobrach ekonomicznych JKMci, na wschód letni mila mierna.

3-tio

Miasta znaczniejsze około tego kościoła jesionowskiego:

Białystok miasto na wschód zimowy JO JP Branickiej, mil cztery wielkie.

Tykocin miasto sądowe tejże Jmci Pani na południe mil cztery mierne.
Goniądz miasto sądowe w starostwie knyszyńskim, mil trzy wielkie od Jesionowki na zachód zimowy.
Wasilkow miasto Maydeburya, mil cztery na wschód zimowy od kościoła jasionowskiego.

4-to

Droga z Jesionowki do Białegostoku kamienista, dalej piaszczysta, potem przez puszcę knyszyńską korzenista, dalej błotnista i kręta, na rzece w Dobrynie Suprasl nazwanej grobla i most.
Droga z Jesionowki do Tykocina kamienista, piaszczysta i błotnista mokrej wiosny i jesieni; puszcza i zaroślami jechać.
Droga z Jasionówki do Goniądza kamienista aż nazbyt, polem otwartym, mało co chrostami jechać. [43]
Droga z Jasionówki na niektóre wioski królewskie przez puszcę korzenistą, a dalej piaszczysta, do Wasilkowa.
Droga do Białegostoku z Jesionowki, letnią drogą godzin pięć jazdy a zimową za godzin cztery zajędzie.
Droga do Tykocina, zimową drogą za godzin trzy a letnią godzin pięć jazdy z Jesionowki.
Droga do Goniądza, zimową drogą tyleż dla zawianej drogi trzeba jechać jak i latem, to jest godzin cztery.
Droga do Wasilkowa z Jesionowki, drogą zimową godzin cztery a letnią godzin pięć można jechać.

5-to

Jeziora ani bagna ani błot znacznych nie masz w tej parafii. Stawek na rzece Kruczek nazwanej JW Jmci P Kuczyńskiego. Stawek na tejże rzece ku południowi JP Szepietowskiego. Stawek w Chobotkach z krynic o kilkaset kroków wyciekający JW Jmci P Kuczyńskiego.

6-to

Las JW JP Kuczyńskiego od kościoła na południe, na zachód zimowy i letni, na pół mili wprzecz a na milę jedną wzdłuż rozciągający się. Oprócz tego, co różnego rodzaju zdatne są drzewa, to jest: dębina, lipina, jasionina, klonina, osina, grabina, brzezina, olszyna etc.
Gaj Zapowiedz nazwany do granicy litewskiej od dworu ciągnący się na staj dwadzieścia. Ma w sobie dębinę, olszynę, brzezinę, łozinę, na wschód zimowy od kościoła.
Las tegoż Jmci za wsią i za dworem knyszyńskim nazwanym na ćwierć mili wielkie tak wzdłuż i wprzecz rozciąga się, w którym brzezina, olszyna, leszczyna i różna krzewina rośnie. Ten las od Jasionowki na północ. [44]

7-mo

Młynów trzy w tej parafii: młyn i folusz na rzece Kruczek nazwanej JW JP Kuczyńskiego.

Młyn na tejże rzece JP Szepietowskiego.

Młyn w Chobotkach JW JP Kuczyńskiego, jako się już wyżej wyraziło numero 5to o stawach.

8-vo

Drogi partykularne i trakty publiczne te są:

1. **Gościniec** warszawski od Tykocina i Knyszyna przez Jesionówkę ciągnący do Grodna. Ten przez góry i doły, groble sypane, jadąc do Korycina od zachodu letniego widać dwór JW JP Kuczyńskiego i wieś Słomiankę, jakoby o kroków tysiąc z drugiej strony od wschodu widać o ćwierć mili przez rzekę Kruczek Krukowszczyznę, wieś królewską. Na tej drodze mostków cztery a na koniec grobla i most znaczny od Litwy Kruczkiem graniczący i tu się kończy parafia Jesionowska.

2. **Droga** do Litwy na wschód zimowy z Jesionówki przez rzekę Kruczek, około młyna i foluszu, gdzie się kończy parafia jesionowska.

3. **Droga** między wschodem zimowym i południem na Pawelce JP Szepietowskiego prowadzi także do Litwy o ćwierć mili i tu jest termin parafii jesionowskiej.

[45] 4. **Droga** na południe do Knyszyna przez puszcę, jak się rzekło numer 6to o lasach. I na tej drodze, która jest zrazu kamienista, a potem równa, za pół mili wielkie w Chobotkach kończy się parafia jesionowska.

5. **Droga** przez dwie wsi Jesionoweczki nazywające się do kościoła parafialnego kalinowskiego na zachód zimowy. Za pół mili granica gruntów i tam się kończy parafia jesionowska; dalej do Kalinowski po samych prawie kanieniach jechać.

6. **Droga** do kościoła dolistowskiego parafialnego idzie przez wieś Słomianka nazywającą się JW Jmci P Kuczyńskiego. Za wsią kręto na zachód letni, dokąd jadąc widać Kamianka tuż i Olszanka JW JP Kuczyńskiego, dalej i Bobrowkę starostwa knyszyńskiego. Wszystkie podług traktu drogi jakoby o ćwierć mili. Tą drogą jadąc pełno kamieni, chrostów gęstych. Ta droga ciągnie na grunta Grabowka nazwane JW JP Kuczyńskiego, które są ostatnie parafii tutejszej, tykające się gruntów wsi Romeykw należących do kościoła goniądzkiego, i tam termin parafii jesionowskiej.

Parafia jesionowska ze wszystkimi wioskami i miejscami jest położona w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, w powiecie brańskim, który się styka przez rzekę Kruczek nazwaną z powiatem grodzińskim na wschód letni.

Takowe opisanie parafii mojej podpisem ręki mojej własnej stwierdzam

X Krzysztof Kruszewski
Plebani Jesionowski

[tekst z lewej strony szkicu – por. opis parafii w punktach 5 i 6]

Jeziorka ani bagnow ani błot znacznych nie masz.

Stawek na Rz. Kruczek

Stawek w Chobołkach z krynic o kilka 100 krok.¹³⁴ wynikający.

Las na połud. na zach. zim. i let. na pół mile wszerz a na 1. wzdłuż rozciąga się, oprócz tego w różnego rodzaju zdadne są drzewa.

Gaj **Zapowiedz** na wsch. zim. do granicy Litewskiego dworu ciągnący się na staj 20.

Las na północ za wsią i dworem, Knyszyńskim nazwany 1/4 wzdłuż i wszerz.

[pod szkicem z lewej strony wykaz miejscowości z określeniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

7 Chobotki 1/2^w na połud.

– Grabowka miejsce, gdzie niedawno wieś była, a dopiero tylko grunt do dworu Krzywej należ.

18 Jasionowka miasteczko

36 Jasionoweczka jedna 1/8 a druga 1/4 na zach. zim.

– Kamianka 1/2^w północ

3 Kruczek gdzie niegdyś wioska i mł[yn] był 1/2^w wsch. let.

– Kruczek mł[yn] i folwark 1/8 na wsch. zim.

26 Krzywa wieś, 3/4 północ

– Olszanka 1. północ

– Pawelec 1/4 [między] wsch. zim. i połud.

– Słomianka w jeden koniec 1/4 – a drugi 1/2 na północ

Dekanat Augustowski

[z prawej strony wykaz młynów i uwagi dotyczące miast sąsiednich i kościołów – por. opis parafii w punktach: 7, 2, 3 i 4]

mł[yn] i folwark na rz. Kruczek

na tejże rz. do Pawelec

w Chobołkach

Brzozowa filia Kalin[ówki] na północ

Kalinowka 1. zach. zim.

Knyszyn i filia kościoł[a] nazywająca [się] Krypno na trakcie tykocz. mil 2 na połud.

Korycin 21. na wsch. let.

	let.	z.	
	5	4	Białystok 4 ^w wsch. zim
sądow. 5	3		Tykocin 4 połud.
sądow. 4	4		Goniądz 3 ^w zach. zim.
	5	4	Wasilkow 4. wsch. zim.

Parafia Karpowiczowska¹³⁵

[47]

1-mo

Kościół parafialny we wsi karpowiczowskiej położony w województwie podlaskim, w ziemi bielskiej, w powiecie brańskim, w dekanacie augustowskim. Wiosek prócz jednej wsi wyż wyrażonej nie masz.

Wieś leży wzdłuż rzeki Brzozowej¹³⁶ ciągnącej się zza Korycina, czasami wylewom podległej czyniąc złą, przykrą i niebezpieczną przeprawę, łączącej się z Bobrą za boreczkiem i lasem Karpowickim z zachodu letniego ku północy, blisko Jesionowa¹³⁷, parafii dolistowskiej w Koronie, w Podlasiu będącego, za rzekami Bobrą i Netą. Dalej trochę nachyliwszy się ku północy, Dębowa¹³⁸ w parafii chodorowskiej w Litwie leżącej, w widłach między rzekami: względem Dębowa ze strony z południa i wschodu Bobrą, ze strony zachodniej i całej północy Netą, dzielącą Litwę od Podlasia. Uważając od małego olchowego gajku nazwanego Dubnel, o kilkaset kroków ode dworu na wschodzie zimowym, do końca lasu Karpowiczowskiego czyli wielkiej Brzozowy będzie długości i szerokości średnie pół mile; od łąki książęcej czyli plebańskiej nazwanej Szeroka do granicy jatwiezkiej i zabielskiej ciągnącej się od między północy ku południowi będzie średnie pół mili.

Borek karpowicki przy końcu lasu Karpowickiego, mało sośniny, więcej chojny mający.

Las nad rzeką Brzozową po zachodzie ku północy, na nizinach i błotach, olchowy i trochę jesionowy z chrostami olchowymi, jesionowymi i łożowymi ciągnie się blisko lub więcej ćwierć mile ku wsi Jesionowowi z Karpowicz, czyli z Wielkiej Brzozowy. Między środkiem do południa, na pięknej równinie o ćwierć mili widać Kisły, młyn i domów kilka, należące do starostwa knyszyńskiego parafii dolistowskiej. Bliżej południa dwie wsi Jatwiecze¹³⁹ do tejże parafii i tegoż starostwa, na sam półdzień czyli trochę z południa Dzieciołow¹⁴⁰, o pół mile od Karpowicz. Blisko zachodu Zabiele parafii dolistowskiej, starostwa knyszyńskiego. Zza borku i lasu Karpowiczowskiego, będącego pod samym zachodem letnim ku północy, za rzekami Brzozową i Bobrą widać Jasionowo i trochę dalej Kopytkowo do starostwa knyszyńskiego należące, parafii dolistowskiej i tu już granice dzielące parafię dolistowską [i] karpowicką kończą się. O kilka tysięcy kroków od Jesionowa, w widłach od Jesionowa rzek Bobry i Nety, w parafii chodorowskiej, blisko zachodu ku północy, domów kilka nazywają się Dębowo; za rzeką Brzozową i Bobrą, na samą północ Jagłowo, za rzeką Brzozową nad samą Bobrą, o pół mile od Karpowicz. Więcej jak o milę dużą Czerniewo, z północy ku wschodowi. Z tej strony rzeki Bobry, o milę dużą za rzeką Brzozową widać Dwuchły¹⁴¹ dwór

[48]

[49]

królewski i karczma, trochę bliżej z północy przy samym wschodzie letnim Ostrowek¹⁴² dwór królewski, na samym wschodzie letnim Grzymiaczki¹⁴³ wioska i karczma, w bliskości Suchejewoli¹⁴⁴ także Głęboczyna¹⁴⁵, Leśniki czyli Gaiewo [słowo nieczytelne], ku Chodorowce¹⁴⁶ bliżej Suchejewoli młyny dwa Olszanka, po wschodzie letnim zaczyna się wieś Suchawola mająca różne nazwiska, i to są dobra królewskie, blisko południa o pół mili na pięknym pagórku widać kościół poświętny Chodorowka¹⁴⁷ zwane; za poświętnym ku południowi dwór Żychow¹⁴⁸ Jmci Pana Rosochackiego, i to tu już granica i wszystkie wioski litewskie parafii chodorowskiej.

2-do

Dolistow¹⁴⁹ kościół parafialny blisko zachodu letniego¹⁵⁰ leży o milę od Karpowicz, kościół parafialny w tymże samym dekanacie i województwie. Droga piaszczysta, kamienista, prosta na Zabiele o pół mili leżące.

Chodorowka Kościelna, kościół jest w położeniu po wschodzie letnim¹⁵¹ około godziny ósmej [?] w Litwie za rzeką Brzozową. Droga na Suchowolę będącą o ćwierć mile od Karpowicz czasami zbyt błotnista i niebezpieczna dla wielkich wylewów rzeki Brzozowej, potem wzdłuż Suchejewoli przejechawszy o kilka tysięcy kroków kościół poświętny i z tymi tylko parafiami, to jest chodorowską i Dolistowem, parafia karpowicka graniczy.

Goniądz miasteczko grodowe leży z południa przy samym zachodzie letnim¹⁵², mil pół trzeci, nad rzeką Bobrą. Droga piaszczysta, błotnista i niewygodna.

Tykocin miasteczko sądowe mil sześć leży na samo południe. Droga piaszczysta, kamienista, błotnista i niewygodna.

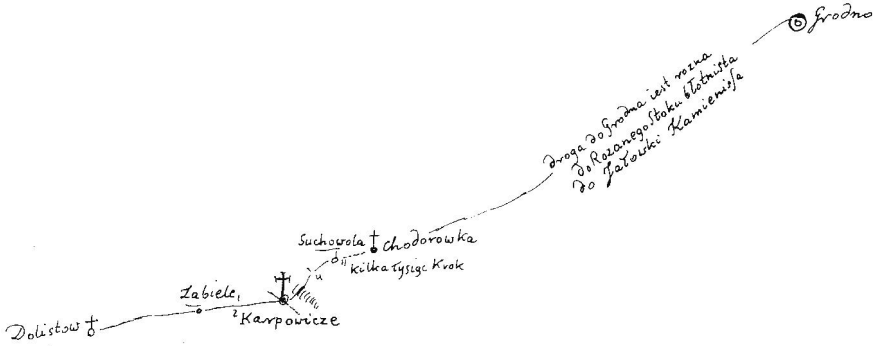
[50] **Grodno** miasto stołeczne litewskie leży zaraz po wschodzie letnim, o mil ośm od Karpowicz. Droga różna, do Jałowki kamienista, do Rożanegostoku błotnista osobliwie wiosną i dalej miejscami różna, między wschodem letnim i zimowym o kilkaset kroków od kościoła jest stawek i młyn pusty na rzece Brzozowa do JP Karpowicz należący. Więcej nie ma nic godnego do doniesienia układającemu mapę, chyba to, że grunt niemal wszystek piaszczysty, po polu i zagonach miejscami chojki, łozinki, w równinach pagórki i dolinki mogące mieć wodę ordynaryjną, a za dokończeniem starania kryniczną, wód słonych nie ma, kruszców zgodnych do pławienia czyli rafinowania nie masz. Rudy chociaż miejscem pokazują się, nie są zgodne do robienia żelaza, bo zmieszane z błotem.

Attestator X Stefan
Trzeciak Pleban Karpowicki

[na k. 46 szkic parafii karpowiczowskiej]

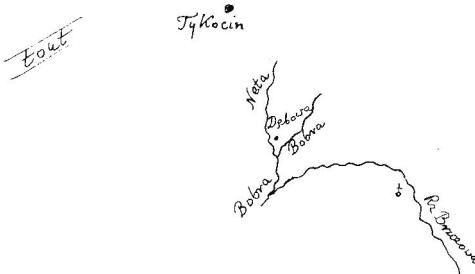
Parafia Karpowicze

Województwo Podlaskie
Ziemia Bielska
Powiat Branski



⊙ Tomizdr

† kilka lok. sławek y mł Kisty na Rz Brzozowa



[zapis wokół szkicu – obszerne fragmenty tekstu z opisu parafii w punkcie 1]

Na samą północ Jagłowo za Rz. Brzozową nad samą Bobrą o 1/2 mile od kościoła, więcej jak o milę dużą **Czerniewo** z północy ku wschodowi, z tej strony Rz. Bobry o 1. dużą za Rz. **Brzozową** widać **Dwuchły** dwór królewski i karcz[ma] trochę bliżej z północy przy samym wschod[zie] let. **Ostrowek** dwór królewski, na samym wsch. let. Grzymiaczki wioska i karcz., w bliskości ku Suchey woli młyny dwa Olszanka, po wsch. let. zaczyna się wieś Suchowola mająca roczne nazwiska. [...] blisko połud. o 1/2 na pięknym pagórku widać kościół i poświętne Chodorowka, za poświętnem ku połud. dwór Zychow i tu to już granica i wszystkie wioski litewskie paraf. chodorowskiej.

= Las nad rz. Brzozową po zachodzie ku północy na nizinach i błotach, ciągnie się blisko lub więcej 1/4 ku wsi **Jesionowowi** z Karpowicz czyli z Wielkiej Brzozowy między szrodkiem do południa, na pięknej równinie o 1/4 widać **Kisły** młyn i domów kilka należące do starostwa knyszyńskiego paraf. dolistowskiej, bliżej południa dwie wsi Jatwiecze na sam połud.¹⁵³ trochę z połud. Dzieciołow o 1/2 mile od Karpowicz, blisko zach. **Zabiele** parafii dolist.

Z za borku i Lasu Karpowickiego będącego pod samym zachodem let. ku północy za rzekami **Brzozową** i Bobrą widać **Jasionowo** i trochę dalej Kopytkowo paraf. dolistow.

O kilka 1000 krok. od Jasionowa w widłach od Jasionowa rzek **Bobry** i **Nety** w paraf. chodorowskiej blisko zach. ku północ domów kilka nazywają się Dębowa za rz. Brzozową i Bobrą.

[...] uważając od małego olchowego gaiku nazwanego Dubnel o kilkaset kr. ode dworku karpowiczowskiego będzie długość i szer. średnio pół mile od łąki Xięznej czyli Plebańskiej nazwanej Szeroka do granicy jatwiezkiej i zabielskiej ciągnącej się od między północy i połud. będzie średnio 1/2 mile.

Rz. Brzozowa łączy się z Bobrą za borczkiem i Lasem Karpowickim z zach. let. ku północy blisko wsi **Jasionowo** paraf. dolist. Za rzekami Bobrą i Netą dalej trochę nachyliwszy się ku północy **Dębowa** w paraf. chodorowskiej w Lit. leżącej w widłach między rzekami względem Dębowa z[e] strony południa i wschodu Bobrą, z[e] strony zachodniej i całej północy Netą dzielącą Litwę od Podlasia.

[zapis dotyczący parafii i miast sąsiednich – por. opis parafii w punkcie 2]

Dolistow 1. blisk[o] zach. let.

‘prosto na Zabiele 1/2

w Lit. Chodorowka 1/4 ^w wsch. let.

miasteczko grodowe Goniądz 2 1/2 z połud. przy sam. zach.

Tykocin 6 samo połud.

Grodno 8 wsch. let.

Parafia Rajgrodzka

[51]

1-mo

Kościół parafialny w miasteczku Raygrodzie, położony w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie brańskim, dekanacie augustowskim. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże województwie, ziemi, powiecie, ad normam przykładowo opisane jak po sobie idą.

Bukowo wieś szlachecka na zachodzie zimowym, względem kościoła parafialnego mila wielka.

Barszcze do starostwa rajgrodzkiego wieś należąca, które starostwo w posesji teraz Jmci pana Rydzewskiego, stolnika ziemi wiskiej, na wschodzie letnim pół mili mierne od kościoła.

Budy do tegoż starostwa, na wschodzie zimowym pół mili małe.

Brzostowo¹⁵⁴ na wschodzie letnim, nad samym jeziorem folwark starościański, pół ćwierci mile od kościoła.

Ciszewo Jmci Pana Luckiewicza, między wschodem i południem zimowym mila wielka.

Chmiele¹⁵⁵ Jmci Pana Purzyckiego, między zachodem letnim a południem mila wielka.

Czarnawieś¹⁵⁶ do starostwa rajgrodzkiego, na zachodzie zimowym pół mili dobre.

Darnowo¹⁵⁷ Jmci Pani Rydzewskiej, między zachodem zimowym a południem mila wielka.

Idziki¹⁵⁸ do starostwa rajgrodzkiego, na północ pół mili mierne.

Karwowo szlachecka, między zachodem zimowym a południem mila wielka.

Kuligi szlachecka, na wschodzie zimowym półtory mili wielkie.

[52]

Kukowo szlachecka, między zachodem letnim a północą, bliżej jednak północy, półtory mile wielkie.

Kobyłka¹⁵⁹ JP Krasowskiego, na wschodzie letnim pół mile dobre.

Kołaki szlachecka, między południem i zachodem zimowym półtory mili mierne.

Kosiły do starostwa rajgrodzkiego, na zachodzie zimowym pół mili mierne.

Kroszewo Jmci Pani Rostkowskiej G.M.W.Kor., między wschodem letnim a północą mila mierna.¹⁶⁰

Kosowka do starostwa rajgrodzkiego, pod południem letnim¹⁶¹ półtory mili wielkie.

Lazarze¹⁶² między południem a zachodem zimowym mila mierna.

Labętnik¹⁶³ szlachecka, na północ mila wielka.

Miecze do starostwa rajgrodzkiego, na południu letnim półtory mili wielkie.

Pieńczykowo JJ PP Pieńczykowskich, pod samym południem letnim mila jedna wielka.

Pomiany JP Rydzewskiego, między północą a wschodem letnim mila mierna.

- Popowo** do kościoła rajgrodzkiego, między północą i wschodem letnim mila mała.
- Przestrzele** szlachecka, między wschodem letnim a zimowym mila mierna.
- Raygrad**¹⁶⁵ miasteczko królewskie, w którym kościół parafialny jest punktem względem którego czyni się opisanie całej parafii. Całe miasteczko jest królewskie, wyjąwszy kilka placów i półtorych włók gruntu do kościoła parafialnego funduszem JO Inci Xiążąt Radziwiłów nadanych.
- [53] **Raygrodzki** dwór, w którym rezyduje WJP starostwa, na zachodzie letnim o ćwierć mile mierne letnią porą od kościoła, zimową zaś przez jezioro o pięćset kroków.
- Roszczyce**¹⁶⁶ JPana Rydzewskiego, na wschodzie zimowym pięćset kroków od kościoła.
- Radzieiowo**¹⁶⁷ JPani Rutkowskiej, na wschodzie zimowym o tysiąc kroków.
- Rydzewo** JPana Rydzewskiego, starosty rajgrodzkiego, wieś dziedziczna, na wschodzie między zachodem i południem zimowym¹⁶⁸, półtory mile wielkie.
- Rumeyki**¹⁶⁹ szlachecka, między wschodem letnim a północą pół mile mierne.
- Rynczyzna** do star. rajgrodzkiego, na wschodzie zimowym pół mili wielkie.
- Reszki** JPani Rostkowskiej, na północ mil dwie mierne.
- Szymany** szlachecka, na południu letnim trzy mile mierne.
- Skrodzie**¹⁷⁰ szlachecka, między zachodem letnim a południem mila mierna.
- Szekitowka**¹⁷¹ JPani Rostkowskiej, na wschodzie letnim pół mili wielkie.
- Szekitowo** tejże, na wschodzie letnim pół mile mierne.
- Sikora** do star. rajgr., pod południem letnim dwie mile mierne.
- Toczyłowo** szlachecka, na zachodzie zimowym dwie mile wielkie.
- Tworki** JP Budwiła, między zachodem letnim a zimowym mila mierna.
- Tanzynowo**¹⁷² szlachecka, na południu zimowym mila mała.
- Wólka** JPana Piotrowskiego, na zachodzie zimowym półtory mili mierne.
- [54] **Woźnawieś** Inci Pani Rostkowskiej dobro do dzierżawy daynowskiej królewskiej należąca, na wschodzie zimowym mila mierna.
- Zrzebki** szlachecka, na północy pół mili, od kościoła parafialnego, wielkie.

2-do

Od tego kościoła kościoły w okolicy sąsiedzkie są następujące:

- Bargłow**¹⁷³ kościół parafialny w starostwie augustowskim, w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie brańskim i dekanacie augustowskim, na wschodzie letnim półtorej mile małe.
- Białaszewo** kościół parafialny w województwie mazowieckim, ziemi wiskiej, diecezji płockiej a dekanacie wąsowskim, w dobrach JP Klimaszewskiego, leży na południu zimowym¹⁷⁴ o mil pięć od kościoła parafialnego.
- Groiowo**¹⁷⁵ kościół parafialny leży w tymże województwie mazowieckim, ziemi i dekanacie, w dobrach JP Wilczewskiego, na zachodzie zimowym o mil trzy miernych od kościoła rajgrodzkiego.

3-tio

Miast w bliskości kościoła parafialnego nie masz, prócz Tykocina, miasta sądowego i Goniądza – grodowego.

4-to

Droga z Raygroda do Tykocina piaszczysta, korzenista, miejscami błotnista, kręta i kamienista, a zwłaszcza przy przewozie Osowieckim na rzece Biebrzy.

Droga z Raygroda do Tykocina piaszczysta, korzenista, podobna do tykockiej, ponieważ jeden trakt.

Droga z Raygroda do Tykocina letnią porą cały dzień jazdy, zimową pół dnia.

Droga z Raygroda do Goniądza letnią porą dziesięć godzin jazdy, zimową zaś za godzin pięć można zajechać.

5-to

Jeziro Raygrodzkie zaczyna się przy samym mieście Raygrodzie oraz i kościele o czterdzieści pięć kroków, na wschodzie letnim od kościoła ciągnie się na zachód letni, w polskich granicach na pół mile wzdłuż, wszcz zaś na pięćset kroków. Na samej granicy pruskiej oraz i polskiej dzieli się na trzy części na opoz[?] krzyża: jedna część idzie prosto w pruskie państwo blisko pół mili, druga w prawą rękę ku północy zarywając w początkach granic polskich idzie w Prusy blisko ćwierć mili, trzecia zaś część idąc w pięćset kroków prosto na opoz krzyża, potem kręto się zwraca w łądy polskie i ta tuż ku wsi zwanej Czarney idzie, do sta. rajgr. należącej, blisko ćwierci mili oraz zowie się Jeziorem Czarnolewskim; przy zmianowanej wsi będzie szerokości tego jeziora na pięćset górą kroków.

Rzeka zwana Jegrznia wpada w ładach pruskich na zachodzie wżwyz rzeczne jezioro, którym idzie aż do miasta Raygroda, przy końcu którego w Raygrodzie wychodzi w czyste pole, na której most w środku samego miasteczka, w miernym porządku zbudowany, i ta ciągnie się na wschód zimowy środkiem wsi JP Rostkowskiej Radzieiowa, dalej bagnami blisko półtory mili, w tychże bagnach wpada w jezioro nazwane od wsi Rybczynny Jeziorem Rybczyńskim, z którym się łączy jezioro zwane także od wsi Dręstwa Dręstwieńskie, a te wychodzi od wschodu letniego, jest wzdłuż w ogólności wżwawszy blisko mili, wszcz zaś blisko sześćset kroków, które jezioro przeszedłszy wżwyz pomieniona rzeka Jegrznia idzie środkiem wioski JP Rostkowskiej zwanej Woźna, dalej zwraca się ku południowi zimowemu idąc bagnami blisko półtory mili, łączy się z rzeką Łkiem¹⁷⁶ w tychże bagnach i jest rzeką spławną.

Rzeka zwana Łek, która oraz jest spławną, wychodzi z pruskiego państwa na zachodzie zimowym, idzie mijając ku wschodowi letniemu wioski o kilkadziesiąt kroków Toczyłowo, Szymany, dalej bagnami blisko mili i styka się alias się łączy z wżwz zmianowaną rzeką Jegrznia¹⁷⁷.

Jezioro Toczyłowo na zachodzie zimowym, długie na sznurów geometrycznych dwadzieścia pięć, szerokie na osiemnaście, mil dwie od kościoła.

Jezioro małe Kroszewo szerokie na kroków trzysta, długie na trzysta pięćdziesiąt, między wschodem letnim a północą mila mierna.

Jezioro małe Reszki, długie na kroków czterysta, szerokie na sto dwadzieścia, pod północą o mil dwie.

Jezioro Kukowo, długie na kroków trzysta, szerokie na sto pięćdziesiąt, pod północą, o mil dwie od kościoła.

Bagno znaczniejsze nad rzeką Łkiem zaczyna się pod południem letnim przy wsi szlacheckiej Szymanach a ciągnie się ku wschodowi zimowemu blisko pół trzeci mili wzdłuż, wszerek zaś milę dużę.

Błota na tychże bagnach są znaczne, przez które nikt letnią porę nie przejeżdża, chyba zimową.

Błot więcej znaczniejszych nie masz, jak stawek JP Rutkowskiej na rzeczce bardzo małej i szczupłej Szekitowa zwanej, poczynającej się z bagna w granicach pruskich na północy a ciągnęjącej się na wschód letni, od kościoła o pół mili, gdzie jest rzeczony stawek, dalej ku wschodowi zimowemu, wpadający w Jezioro Dręstwieńskie.

6-to

Lasu jest więcej w parafii rajgrodzkiej niżeli otwartego pola, szczególnie jednak począwszy od wschodu zimowego aż do zachodu, długości na mil pół trzeciej, szerokości na mil półtory. Drzewa do budowli zdatnego bardzo mało, do opału zaś i innych rzemieślniczych rękodzieł, jako to krzywej sosny, jodły, olszyny, kloniny, poliny etc., jest poddostatku.

Takoż krzaki nazywające się gorstwiarzami¹⁷⁸, o pół ćwierci mili od kościoła na wschodzie letnim, których długości pół mili mierne, szerokości ćwierć mile.

[57]

7-mo

Młynów trzy, dwa na rzece wyżej wzmiankowanej Jegrzni, jeden JP Rydzewskiego od kościoła o sznurów pięćdziesiąt, drugi JPi Rostkowskiej o mile od kościoła, trzeci zaś teje JPi Rostkowskiej na rzece numer 5-to wspomnionej Szekitowa, o pół mili od kościoła; innych machin ani wodnych ani wietrznych nie masz.

8-vo

Drogi partykularne w tej parafii i trakty publiczne są:

1. **Droga** do Bargłowa razem trakt publiczny do Grodna, począwszy od kościoła parafialnego rajgrodzkiego na wschód letni, przejechawszy przez most na rzece Jegrzni, o czterysta kroków od kościoła będący, polem otwartym do krzaków zwanych numer 6to Gorstwiany, które ciasną i błotnistą drogą blisko pół mile przebywszy, dalej nieco otwartym polem do rzeczki Szekietowa,

którą brodem przejechawszy, do wsi nad tąż rzeczką stojącej Szekitowki i tu się kończy parafia rajgrodzka, a zaczyna się bargłowska. Ten sam trakt i do miasteczka Augustowa, od którego dekanat augustowski ma swoją nominację.

2. Droga do kościoła grajewskiego oraz białoszewskiego i trakt lubo partykularny warszawski, począwszy od kościoła rajgrodzkiego na zachód zimowy wyjeżdżając za miasto widać po lewej ręce o kilkaset kroków folwark JP Rydzewskiego zwany Brzostowo, po lewej zaś takż o kilkaset kroków folwark JPi Rostkowskiej Radziejowo, dalej podjechawszy otwartym polem trochę górzystym, do grobelki na bagienku zwanym Borowe, którą groble blisko sto kroków przejechawszy mimo pasy [?] średnim gościńcem piaszczystym oraz chojniaczkami do bagna od Jeziora Czarnolewskiego ciągnącego się, gdzie grobla bardzo nieporządna. Tę blisko trzechset kroków przebywszy, gościńcem w przykrą górę piaszczystym, także i chojniaczkami, blisko jezioro, do Czarnej wsi, skąd otwartym gościńcem albo raczej polem blisko ćwierć mili do karczyny JP Liszewskiego, przy której, w prawą rękę przykro obracając, trakt w państwo pruskie do miasteczka pruskiego Łku¹⁷⁹, w lewo zaś ku zachodowi zimowemu do wsi szlacheckiej Skrodzkich, którą przejechawszy, dalej otwartym polem ale górzystym do Karwowa, stamtąd pominawszy w prawej ręce o kilkadziesiąt kroków wieś Kołaki, a w lewej o tyleż kroków Bukowo, otwartym polem do wsi JP Rydzewskiego Rydzewo zwanej, którą po lewej ręce o kilkadziesiąt kroków pominawszy, po prawej przy samym gościńcu do tegoż JP Rydzewskiego należąca karczma, przejechawszy blisko pięćset kroków obraca się w prawą rękę droga do wioski pruskiej Długoz¹⁸⁰ zwanej, którą blisko ćwierć mili w czystym polu od gościńca widać, przeto zaś gościńcem piaszczystym i chojniaczkami, nad samą pruską granicą jadąc, pominawszy po lewej ręce o kilkaset kroków wieś Kosówkę, dalej po tejże ręce o tyleż kroków Toczyłowo, podobnym gościńcem do rzeki numer 5 to wspomnianej Łku która rzeka graniczy diecezję wileńską z płocką, ona kończy parafię rajgrodzką a zaczyna grajewską.

[58]

Zaczawszy z zachodu słońca letniego aż ku zachodowi zimowemu parafia rajgrodzka graniczy z państwem pruskim, na granicy której dwa zbory, jeden we wsi zwanej Lisewie na wschodzie letnim, zimową porą przez jeziora pół ćwierci mili, latem zaś mila wielka. Drugi zbór w Bitym Kole, o pół trzeciej mili jak zimą tak latem. Miast dużych pruskich nad granicą w bliskości kościoła rajgrodzkiego nie masz nad jeden Łek, o trzy mile od Raygroda, które nieco porządne i handlowe, na wschodzie letnim położone.

Parafia rajgrodzka ze wszystkimi wioskami jest położona w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie brańskim, jako się wyżej namieniło.

Takowe opisanie parafii mojej rajgrodzkiej podpisem ręki własnej stwierdzam.

X Symon Pienczykowski
Dziekan Augustowski P. Ray.

[po lewej stronie szkicu wykaz miejscowości z oznaczeniem ich położenia – por. opis parafii w punkcie 1]

- do star rajgr. x
- Bukowo 1^w zach. zim.
- x 9 Barszcza 1/2 wsch. let. do star rajgro.
- Budy 1/2^m wsch. zim. tychże
- Brzostowo 1/8 na wsch. let. nad samym jeziorem folwark starościński
- Ciszewo 1^w [między] wsch. i połud. zim.
- x 1 Chmiele 1^w [między] zach. let. a połud.
- x 13 Czarna Wieś 1/2^{dob.} zach. zim. do star rajgr.
- 8 Danowo 1^w zach. zim. a połud.
- x 5 Idziki 1/2 na północ od star rajgr.
- 10 Karwowo 1^w [między] zach. zim. i połud. Karwowo Czarny Las
- 10 Kuligi 1 1/2^w wsch. zim.
- 7 Kukowo 1 1/2 [między] zach. let. i półn. bliżej północ Kukowo małe
- Kobyłka 1/2^d na wsch. let.
- 11 Kołaki 11/2 [między] połud. i zach. zim. Kołaki Czarny Las
- 18 Kroszewo 1 [między] wsch. let. i północ Kroszewo Rudniki
- 18 Koriły 1/2 zach. zim.
- x 12 Kosowka 11/2 na połud. let. do starostwa rajgr.
- 16 Łazarze 1. od połud. i zach zim.
- 20 Łabętnik 1^w północ
- x 31 Miecze 1 1/2^w połud. let. do star. rajgr.
- x – Miecze 1 1/2^w połud. let.
- 12 Pieńczykowo 1^w pod samym połud. let.
- 32 Pomiany 1. [między] północ i wsch. let.
- 18 Popowo 1^m /między północ a wsch. let. do kościoła rajgr.
- 51 Przestrzele 1. [między wsch. let. i zim.
- Raygrodzki miasteczko starostwo /i rydzewski starosta
- Raygrodzki dwór rezydencja star. 1/4 zach. let. zimowo zaś przez jezioro o 500^{k181}
- Roszczyce 500^k wsch. zim.
- Radziejowo 1000^k wsch. zim.
- 20 Rydzewo 1 1/2^w na wsch. NB międz. zachodem i połud. zim.
- 4 Rumeyki 1/2 [między] wsch. let. i północ
- x 1 Rybczyzna 1/2^w zim. do sta. rajgr.
- Reszki z północ
- 22 Szymany 3 połud. let.
- 20 Skrodzkie 1. zach. let. i połud.
- 25 Szekietowka 1/2 w wsch. let. le Téres die (Szelistowo Szelistowka) paraf. bargłow.

- Szekietowo 1/2 wsch. let.
- Sikora z połud. let. do star. rajgr.
- 18 Toczyłowo 2^w zach. zim.
- 7 Tworki 1. zach. let. i zim. Langa dworki
- 15 Tanzynowo 1^m połud. zim. **Turczynowo** Rydzewo
- 12 Wolka 11/2 zach. zim. Wolka Piotrowska z włokami rajgrodzkimi
- 33 Woznawieś 1. wsch. zim. do dzierzawy tajnowskiej krolew. należ.
- 16 Zrzebki 1/2 w północ

Dekanat Augustowski dioc. wilen.

[z prawej strony szkicu wykaz młynów i uwagi dotyczące sąsiednich kościołów i miast – por. opis parafii w punktach 2, 3 i 4]

[młyny:] na Rz. Jegrznia od kościoła 50 sznurów
 — 1 mila
 na Rz. Lek do Szekietowa 1/2
 Bargłow 1 1/2 wsch. let.
 Białoszewo 5. połud. zim.
 Graiewo 3 zach. zim.

z Raygroda do Tykocina let. cały dzień, zim. pół dnia
 z — do Goniądza let. dziesięć h, zim. 5 można

[tekst na odwrocie karty – por. opis parafii w punktach 8, 6 i 5]

Zaczawszy od zachodu letniego aż ku zach. zim. parafia rajgrodzka graniczy z **państwem pruskim**, na granicy której dwa są zbory, jeden we wsi **Lisewie** na wsch. let. zimową porą przez jeziora 1/8, latem zaś mila wielka. Drugi zbór w Bitym Kole o 2 1/2 mila jak zimą tak latem. Miast dużych nad granicą w bliskości Raygroda nie masz, nad jeden Łek 3 mile od kośc. na wsch. let.

= Jezioro Raygrodzkie zaczyna się przy samym mieście Raygrodzie o 45 kro. na wsch. let. od kościoła, ciągnie się na zach. let. w polskich granicach nad 1/2 mile wdłuż i wszerz na 500 kr. na samej granicy pruskiej oraz i polskiej. Dzieli się na trzy części na opoz krzyża: jedna część idzie prosto w pruskie państwo blisko 1/2 mili, druga – w prawą rękę ku północy zarywając w początkach granic polskich idzie w Prusy blisko 1/4 mili., trzecia zaś część w pięćset kroków prosto za opoz krzyża, po tym kręto się zwraca w łady polskie i także ku wsi zwanej **Czarney** idzie blisko ćwierć mili oraz zowie się Jeziorem Czarnolewskim, będzie przy Czarney Wsi szero[kości] tego jeziora na pięćset z górą kroków.
 Rzeka Jegrznia wpada w ładach pruskich na zachodzie w zwyż rzeczne jeziorko,

którym idzie [do] miasta Raygroda, przy końcu którego w Raygrodzie wychodzi w czyste pole, na której most w szrodku samaego miasteczka, i ta ciągnie się na wsch. zim. szrodkiem wsi **Radzieiowa**, dalej bagnami blisko półtory mili w tychże bagnach wpada w jezioro nazwane od wwioski Rybczynny Jeziozem Rybczynskim, z którym się łączy jezioro zwane Dręstwieńskie, a te wychodzi od wsch. let., jest kjego wzdłuż w ogólności wzięwszy blisko mili wszere zaś blisko 600 kr., które jezioro przeszedłszy rzeka Jegrznia idzie szrodkiem wioski **Woźna**, dalej zwraca się ku południowi zim., idzie bagnami blisko mili i styka się alias łączy z rzeką Jegrznia.

Jezioro Toczyłowo długo[ści] 25 sznur. szer. 18, mila od kość.

_____ małe Kroszewo dł. 350 kr. szer. 300, mila 1 od [kościola] na wsch. let.

i północ

_____ małe Reszki _____ 400 _____ 20 na północ 2.

_____ Kukowo _____ 300 _____ 150 na połud. 2 od kość.

Bagno znaczniejsze na Rz. Łkiem zaczyna się pod połud. let. przy **Szymanach** a ciągnie się ku wsch. zim. blisko 2 1/2 wdłuż, wszere zaś 1 duża.

Błota na tychże bagnach są znaczne, przez które nikt letnią porą nie przejeżdża, chyba zimą.

Błot więcej znaczniejszych nie masz, jak stawek na Rz. bardzo małej i szczupłej **Szekietowa** zwanej, poczynający się z bagna w granicach pruskich na północy a ciągnącej się na wsch. let. odkościola o 1/2, gdzie jest rzeczony stawek, dalej ku wschodowi zimow. wpadający w Jezioro Dręstwiewskie.

Lasu jest więcej anizeli otwartego pola, szczególnie jednak począwszy od wschodu aż do zachodu, długości na mil 7 1/2, szerokości 1 1/2.

Takoż krzaki nazywające się Gorstwinarzami o 1/8 od kość. na wsch. let. długość 1/2 mier., szer. 1/4.

Parafia Trzciańska

1-ino

Kościół parafialny we wsi trzciańskiej położony w powiecie brańskim, ziemi bielskiej, województwie podlaskim, dekanacie augustowskim. Wioski i miejsca do tej parafii należące są w tymże powiecie, ziemi i województwie.

Boguszewo JW Małachowskiego R.W.K. pod wschodem zimowym, względem kościoła trzciańskiego mila mała jedna, tamże szlachecka i P Pomiana dworek o kilkaset kroków.

Bayki¹⁸² W JP Karwowskiego i szlachty, między wschodem zimowym i południem, od kościoła mila mała jedna.

Boguszki szlachecka, na północ ku wschodowi letniemu, od kościoła pół mili wielkie.

Budy Doborskie¹⁸³ JW Małachowskiego, pod samym zachodem letnim, od kościoła mila wielka jedna.

Budy Łapiwoły JO Krakowskiej¹⁸⁴, między południem i zachodem zimowym, od kościoła pół mile wielkie.

Choynowo¹⁸⁵ szlachecka, na samym zachodzie letnim, ćwierć mili małe.

Czokołdy¹⁸⁶ szlachecka, pod wschodem zimowym trzy ćwierci mile małe.

Dziękonie szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.

Dobarz JW Małachowskiego, tamże, i kościoła trzciańskiego parafialnego, mila mierna jedna pod samym zachodem letnim.

Kulesze szlachecka, na samą północ, od kościoła mila mierna jedna.

[60] **Kołodzieża**¹⁸⁷ JW Małachowskiego, Jmci PP Niewiarowskich, pod samym wschodem letnim mila mała jedna.

Kuczyno¹⁸⁸ szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.

Konopczyno¹⁸⁹ JW Małachowskiego, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.

Lewonie JW Małachowskiego, pod wschodem zimowym mila wielka jedna.

Mroczi JP Karwowskiego i szlachty, na samą północ pół mile wielkie.

Masie JP Niewiarowskiego, między północą i wschodem letnim mila mała jedna.

Meyły¹⁹⁰ tegoż, między północą i wschodem letnim mila mała jedna.

Milewo szlachecka, między północą i wschodem letnim pół mile małe.

Moniuszki¹⁹¹ szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.

Magnusy¹⁹² szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.

Niewiarowo JP Niewiarowskiego, pod wschodem letnim pół mile wielkie.

Nowosiołki¹⁹³ JP Niewiarowskiego, między północą i wschodem letnim mila mała jedna.

- Nowawieś**¹⁹⁴ JO Krakowskiej, tamże i dwór o kilkaset kroków między południem i zachodem zimowym, ćwierć mili małe.
- Pisanki** JP Niewiarowskiego i szlachty, między północą i wschodem letnim pół mile małe.
- Przytulanka** JW Małachowskiego, pod samym wschodem letnim półtory mile wielkie.
- Szorze** Jmci PP Oldakowskich i szlachty, między południem i zachodem zimowym¹⁹⁵ trzy ćwierci mile mierne. [61]
- Smugi** Kuleskie¹⁹⁶ JP Kramkowskiego, na samą północ mila mierna jedna.
- Romieyki**¹⁹⁷ szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mała jedna.
- Rusaki** JW Małachowskiego, pod samym wschodem letnim półtory mile wielkie.
- Wilamowka**¹⁹⁸ szlachecka, na północ ku zachodowi letniemu mila wielka jedna.
- Woyszki**¹⁹⁹ dwór JP Niewiarowskiego, na wschodzie letnim od północy mila mierna jedna.
- Wiszowato**²⁰⁰ szlachecka, na same południe mila mała jedna.
- Znoski** szlachecka, pod samym wschodem letnim mila mierna jedna.
- Zucielu**²⁰¹ JP Małachowskiego Jmci PP Niewiarowskich, kościoła parafialnego trzciańskiego i szpitala, na sam wschód letni od kościoła na pięćset kroków.
- Zubole** JW Małachowskiego, kościoła trzciańskiego i szpitala, na zachodzie zimowym na pięćset kroków od kościoła.

2-do

Od tego kościoła parafialnego, kościoły w okolicy sąsiedzkie są następujące:

- Goniądz** kościół parafialny w tymże powiecie, ziemi, województwie i dekanacie, w dobrach JW Małachowskiego, między północą i wschodem letnim mil dwie wielkich. [62]
- Kalinowka** kościół parafialny w tymże powiecie, ziemi i województwie, dekanacie knyszyńskim, w dobrach JW Małachowskiego, na wschód letni mil dwie miernych.
- Knyszyn** kościół parafialny w tymże powiecie, ziemi i województwie, w dekanacie knyszyńskim, na wschód zimowy mil dwie mierne.
- Tykocin** kościół parafialny w tymże województwie, powiecie i ziemi, w diecezji łuckiej, w dekanacie bielskim, w dobrach JO Krakowskiej, na południe mil dwie wielkie.
- Burzyn** kościół parafialny w województwie mazowieckim, w diecezji płockiej, w dekanacie wiskim, w dobrach JP Rebelińskiego, na zachodzie zimowym pół trzeci mile wielkie.
- Radziłow** kościół parafialny w województwie mazowieckim, w diecezji płockiej, w dekanacie wąsowskim, w dobrach JP Wilczewskiego starosty wiskiego, na samym zachodzie letnim mil dwie wielkie.

3-tio

Miasta znaczniejsze: Tykocin, sądowe, leżące nad rzeką portową Narew, na południe mil dwie wielkie.

Goniądz miasto sądowe przy rzece nzwanej Biebrza portowej, między północą i wschodem letnim mil dwie wielkie.

[63] **Białystok** miasto na wschodzie zimowym leżące, od kościoła trzciańskiego mil pięć miernych.

Bielsk miasto sądowe leży między wschodem zimowym i południem mil dziesięć wielkich.

Brańsk miasto powiatowe sądowe leży na południe mil ośm wielkich od kościoła trzciańskiego.

4-to

Droga z Trzciannej do Białegostoku kamienista, błotnista, miejscami zgórzysta, glejowata, piaszczysta, miejscami mosty i groble niewygodne i kręta.

Droga z Trzciannej do Bielska błotnista, zgórzysta, kręta, piaszczysta, kamienista, miejscami brody, groble i mosty wygodne.

Droga z Trzciannej do Brańska zgórzysta, kręta, kamienista, błotnista, piaszczysta, mosty i groble wygodne.

Z pod Trzciannej do Białegostoku letnią drogą godzin siedm z popasem, zimową godzin pięć.

Z pod Trzciannej do Bielska letnią drogą jazdy godzin wespół z popasem najmniej szesnaście, zimową godzin dziesięć.

Z pod Trzciannej do Brańska letnią drogą z popasem godzin czternaście, zimową godzin dziesięć.

5-to

Jezior czystych nie masz oprócz jeziorzek nad rzeką Biebrzą leżących, zarosłych i błotnistych, z teźże wynikających i wpadających.

Jeziorko Gogoł na kilkaset kroków długie i szerokie.

[64] **Jeziorko** Orla kilkaset kroków w sobie mające wprzesz i dłuż.

Jeziorko Dąbrowka w tymże podobieństwie.

Jeziorko Białe długości na staj dziesięć, miejscem czyste, miejscem błotniste z zarosłe, wprzesz na kilkadziesiąt kroków.

Jeziorko Nurczaste, stara rzeka i kazulowicz [?], błotniste i zarosłe, wedle siebie leżące, wzdłuż mające w sobie po staj dwoje, wprzec po staj jednym.

Jeziorko Mielewyszyc błotniste i zarosłe, mające w sobie wzdłuż kroków kilkadziesiąt, wprzec toż samo, leżące od kościoła parafialnego między zachodem letnim i północą o mil dwie wielkie.

Bagien i błot znacznych nie masz. Stawek na rzece Neresla²⁰² małej i szczupłej nazwany Lewon JW Małachowskiego, poczynający się ze stawu Czechowskiego²⁰³ na wschodzie letnim, ciągnie się za wsią Boguszewem o kilkaset kroków pod wschód zimowy.

Stawek JWP Karwowskiego na tejże samej rzece Neresli leżący między wsią Bayki od wschodu zimowego i południa, ciągnie się pod wioską Białobrzeską do stawu na tejże rzece będącego JO Krakowskiej nazwiskiem Frączki, od południa ku zachodowi zimowemu, dalej ciągnie się do stawu JO Krakowskiej nazwiskiem Żuk, od którego wpadłszy w Narew, rzekę, koniec swój bierze pod zachód zimowy, mil dwie mierne. [65]

Stawek JO Krakowskiej przy folwarku Nowawieś zwanym, ze strugi wynikający, błotnisty i zarosły i na lasy rozlewający się, między południem a zachodem zimowym o pół ćwierci mile.

Staw do kościoła trzciańskiego parafialnego nazwiskiem Doborz, rozległości dalej tak wzdłuż jako i wszereż, lecz cały zarosły kępami, krzakami, lasem i trzcina na rzeczkach Gauda i Kamianka, z wiosny ciekących, na lato wysychających, przy których mostków dwa, leżący na zachodzie letnim, miła mierna jedna.

Stawek JP Kramkowskiego na Smugach Kuleskich, na rzece Kossówka bardzo małej i szczupłej, na północ miła jedna mierna.

Stawek na tejże samej rzece nazwanej Kossówka szczupłej i małej, między północą i wschodem letnim miła mierna jedna.

Stawek JP Niewiarowskiego przy folwarku Niewiarow zwanym, szczupły i mały, z ciekących wód spod gór, między wschodem letnim i zimowym pół mile wielkie.

6-to

Lasu z łąkami błotnistymi do rzeki Biebrza w parafii trzciańskiej mało, co nie na równie z otwartym polem znajduje się, poczynający od rzeki Neresli leżącej między wsią Wiszowatami i Baykami, od Wiszowatych na staj piętnaście na południe, a ciągnącego się przez zachód zimowy i letni aż do północy około wioski Szorce, Nowawieś, Choynowo, Mrocзки, Kulesze, którego wprzec miejscem na małą, miejscem na wielką miłe, a z łąkami błotnistymi nad rzeką Biebrzą leżącymi, na dwie miłe mierne, gdzie rozgranicza województwo podlaskie od mazowieckiego i parafii trzciańskiej od burzyńskiej. Za rzeką Biebrzą o pół mili leżącą na zachodzie zimowym w województwie mazowieckim, diecezji płockiej i dekanacie wiskim, długości tegoż lasu na mil trzy mierne, drzewa do budowli są zdatne, sośnina, chojnia, jedlina, także lasu czarnego, olszyna, osina, brzezina, jesionina, dębina; po wielu zaś miejscach chrosty i zarosłe szerokości po kilka morgów w sobie mające, długości trochę więcej. [66]

Młynów siedem: JP Kramkowskiego na rzeczce Kosowce, JP Niewiarowskiego na tejże samej, JP Niewiarowskiego na strumyku, JP Małachowskiego na rzeczce Neresła, JP Karwowskiego na tejże samej, JO Krakowskiej na strumyku Starowiezna, kościoła trzciańskiego parafialnego na Doborzu w lesie na rzeczках Gauda i Kamianka; innych machin tak wodnych jako wietrznych żadnych nie masz.

[67]

Drogi partykularne w tej parafii i trakty publiczne podług miary mil tak się opisują:

1. **Droga** do Tykocina razem trakt publiczny warszawski, począwszy od kościoła parafialnego trzciańskiego, gdzie wyjeżdżając z brodku na pagórek, o kilkaset kroków kolumna z cegieł wymurowana i nadrujnowana przy samej drodze po lewej ręce, od której drogi rozłączające się: w lewo do wsi nazwanej Bayki, w prawą do wsi Nowawieś, którą wraz z dworem JO Krakowskiej o pół ćwierci mile widać, od której z pagórka na dół spuszczać się i na drugi pagórek wyjeżdżając lasek po lewej ręce chojnowy, gdzie podjechawszy polem otwartym ćwierć mile lasek niewielki chojnowy i osinowy, mający w sobie kilkaset kroków wprzec, który pominawszy, polem otwartym, drogą piaszczystą do wsi Wiszowate, gdzie wyjechawszy za wieś polem otwartym drogą suchą, twardą, pół ćwierci mile wielkie, lasek po lewej i po prawej ręce na pół ćwierci mile małe do boru JO Krakowskiej i tu się kończy parafia trzciańska, na samo południe.
2. **Droga** partykularna od kolumny wyż wyrażonej do Bayk, wsi szlacheckiej, w lewą stronę pod zachód zimowy²⁰⁴ i południe, od której podjechawszy polem otwartym drogą kamienistą ćwierć mile wielkie, lasek brzozy i osinowy mający w sobie pół ćwierci mile wprzec, gdzie przejechawszy polem otwartym drogą kamienistą, niewygodną, zgórzystą pół mile małe, wieś Bayki, w którą wjeżdżając droga kręta, kamienista, błotnista, mostek na rzeczce Neresli zły, grobla niewygodna, którą pominawszy, polem otwartym drogą kamienistą, niewygodną, pół mile małe, a wjeżdżając w bród Białołbrzeski kończy się parafia trzciańska.
3. **Droga** partykularna od tejże kolumny wyż wyrażonej do wsi Nowejwsi JO Krakowskiej, między południem i zachodem zimowym, w prawą stronę kręto polem otwartym pół ćwierci mili, którą pominawszy i podjechawszy polem otwartym pół ćwierci mili drogą złą, kamienistą, wieś Szorce, którą przejechawszy drogą w lewą stronę, kręto polem otwartym staj dziesięcioro, borem sosnowym ćwierć mile wielkie, i tu się kończy parafia kościoła trzciańskiego, a zaczyna się parafia kościoła tykocińskiego.

[68]

4. **Droga** do Goniądza, gdzie jest kościół parafialny graniczący, między północą i wschodem letnim, począwszy od kościoła trzciańskiego, gdzie wyjeżdżając na pole otwarte o kilkadziesiąt kroków, kolumna z cegieł wymurowana po lewej stronie tuż przy drodze, przy której drogi rozchodzące się, w lewą do wsi Choynowa, w prawo do wioski Boguszek, w prawo kręto do Knyszyna, Kalinowki i Pisank²⁰⁵, wsi szlacheckiej, prosto zaś polem otwartym drogą równą piaszczystą przejechawszy staj ośmioro, lasek osinowy i chojnowy, kilkadziesiąt kroków w sobie mający, gdzie wyjechawszy w pole otwarte drogą równą, po lewej stronie różne krzaki, dalej podjeżdżając drogą kamienistą, złą i niewygodną na pagórek, w lewą stronę o pół ćwierci mile widać wioskę Choynowo, spuszczać się z pagórka drogą kamienistą, złą, polem otwartym, wieś Mroczi JP Karwowskiego i szlachty, od kościoła pół mile mierne, którą pomijając brodek błotnisty i kamienisty na rzeczce Kamiance, z którego wyjeżdżając w pole otwarte droga kręto **w lewą**^(a) stronę do wsi Wilamowki, na północ ku zachodowi letniemu, polem pół ćwierci mile, lasem czarnym, drogą złą, błotnistą i korzenistą, niewygodną trzy ćwierci mile, przez którą rzeczka ciekąca nazwiskiem Gauda, dalej droga na bór i łąki do rzeki Biebrza, zimowa mila wielka jedna, **prosto**^(b) **zaś** w górę polem otwartym, zostawiając laski w lewą i prawą stronę, droga ciasna i dolista i glejowata do wsi Kulesz, z której wyjeżdżając bród twardy na rzeczce Kossowce, poczynając się od wsi Oliszkow w parafii goniądzkiej będący, a ciągnącej się przy wsi Kuleszach, przez las czarny do wsi Wilamowki, od którego przejechawszy drogę kamienistą, piaszczystą, polem otwartym pół ćwierci mile pod sam bór kramkowskiej wsi, tam się kończy parafia trzciańska pod samą północą, a zaczyna się goniądzka. [69]
5. **Droga** do tejże kolumny w prawą rękę do wsi szlacheckiej Boguszek piaszczysta, gdzie jadąc polem otwartym, o staj dziesięcioro lasek po prawej ręce brzozy, osinowy i chojnowy wpół drogi i po lewej stronie wzdłuż na pół ćwierci mile letnie, z którego wyjeżdżając, o kilkaset kroków wieś Boguszki, którą pomijając, struga kamienista, gdzie wyjechawszy na pole otwarte droga zła kamienista, po prawej stronie chojna, olszyna, od drogi na staj troje widać, która [droga] pod figurą o pół mile łączy się z drogą goniądzką. [70]
6. **Droga** do wsi Pisaneł partykularna, do tejże kolumny w prawą stronę kręto między północ i wschód letni, gdzie podjechawszy kilkadziesiąt kroków od ogrodu plebańskiego w lewą stronę piaszczysta, kamienista, zgórzysta, gdzie podjechawszy mniej pół ćwierci mile, chrosty widać po różnych miejscach brzozy, olszowe i osinowe na kilkanaście kroków od drogi, które pominawszy, wieś Pisanki, którą pominawszy kręto w prawą rękę [droga] zwraca się do wsi Milewa, gdzie przejechawszy polem otwartym staj ośmioro wioska Milewo, gdzie wyjeżdżając ze wsi rzeczka Kamianka tamże poczynając się a płynąca pod wioską Boguszki koło Mroczkow na Dobarz, które mijając polem otwartym pół ćwierci mile do wioski Masiow JP Niewiarowskiego, gdzie

[71] wyjeżdżając grobla i mostek długości na staję, dalej jadąc o staj czworo młyn Nowosiołki JP Niewiarowskiego, podjechawszy za młyn kilkanaście kroków Las Popielnik, chojnowy, leszczynowy, olszowy i osinowy, i tam się kończy parafia trzciańska na sam wschód letni, a zaczyna się goniądzka.

7. Droga do Knyszyna kościoła parafialnego, począwszy od kościoła parafialnego trzciańskiego, gdzie o kilkadziesiąt kroków kolumna z cegieł wymurowana, po lewej ręce, gdzie zwraca się kręto w prawą stronę około Gumien i ogrodu plebańskiego, zostawując w lewą rękę wieś Zuciele o kilkadziesiąt kroków; biorąc zaś na wschód zimowy polem otwartym zgórzystym drogą twardą, równą, gdzie przejechawszy pół ćwierci mile wielkie, chrosty brzozowe, olszowe i osinowe na lewą i prawą stronę, miejscami na kilkadziesiąt, miejscem na kilkaset kroków wprzec, wzdłuż zaś, acz przerwami, na ćwierć mile wielkie, które pomijając, rzuca się droga w lewo do wsi Boguszewa najpierwszej wioski szlacheckiej i JW Małachowskiego, a kręto zwraca się koło pola smugami zostawując po prawej stronie chrosty olszowe wsi Boguszewa i łąkę kościoła trzciańskiego nazwiskiem Pianska, gdzie przejechawszy kilkaset kroków pole otwarte droga kamienista zgórzysta i piaszczysta, przez pagórek na kilkaset kroków do grobli, gdzie przejechawszy groblę wygodną [jest] most na rzeczce Neresli i tam się kończy parafia trzciańska pod wschodem zimowym, a zaczyna się knyszyńska; stąd widać folwark JW Małachowskiego, starosty knyszyńskiego.

[72]

8. Droga do Kalinowski, podjechawszy od kościoła parafialnego trzciańskiego o kilkadziesiąt kroków kolumna z cegieł wymurowana po lewej ręce, od której zawraca się kręto droga w prawo koło Gumien i ogrodu plebańskiego, który pomijając, rzuca się droga prosto w prawą stronę na pagórek do Knyszyna, w lewą zaś obraca się na bliską wioskę Zuciele JW Małachowskiego, Jmci PP Niewiarowskich, kościoła trzciańskiego i szpitalnych, gdzie podjechawszy polem otwartym drogą kamienistą, zgórzystą, twardą pół ćwierci mile pod lasem brzozowy, osinowy i chojnowy, który przejechawszy kilkadziesiąt kroków na pole otwarte drogą równą, twardą, wieś Niewiarowo JP Niewiarowskiego, półtorej ćwierci mile, którą pomijając niedaleko Sadny Dworek, groblą złą, kamienistą i niewygodną, około stawku mostkiem niewielkim przy samym młynie, gdzie wyjeżdżając w pole otwarte w lewą rękę porzuca się dróżka do wioski bliskiej Kuczyna szlacheckiej, o pół ćwierci mile będącej, w prawo zaś kręto porzuca się dróżka do wioski szlacheckiej, o kilkaset kroków będącej, prosto zaś środkiem samym wyjeżdżając na pagórek widać wioskę Czokołdy i wioskę Zalesie o pół ćwierci mile, gdzie przejechawszy drogą kamienistą ćwierć mile, chrosty olszowe i osinowe tak w prawą jako lewą stronę na kilkadziesiąt kroków wprzec, wzdłuż na wielkie ćwierć mile, między którymi strumyczek ciekący nazwiskiem Boguszewka, szczupły, wynikający przy wiosce Kuczynie z gaju olszowego, a kończy się w tychże samych chrostach, gdzie podjechawszy ćwierć mile polem otwartym drogą kamieni-

stą, zgórzystą, zostawując po lewej stronie małej szczupłości borek chojnowy, wieś Magnusy i Dziękonie, z której wyjeżdżając, brodek kamienisty, błotnisty i strumyk nazwiskiem Mościsko: tamże poczynający się a płynący przy wsi gajem olszowym wpada do rzeczki Nereśli, o ćwierć mile wielką, gdzie wyjeżdżając z wioski w pole otwarte drogą piaszczystą na pagórek a zostawując po prawej stronie i lewej borek chojnowy małej szczupłości, który pominąwszy a przejechałszy drogą kamienistą złą, ciasną i niewygodną pół ćwierci mile małe, borek chojnowy małej szczupłości po prawej stronie tuż pod wioską, gdzie spuszczać się z pagórka strumyczek ciekący przez wioskę Konopczyn nazwiskiem Rutkowska biorący z pół swój początek tamże niedaleko, a kończący się o ćwierć mili na stronie prawej wioski Rusakow na bielach błotnistych Stawu Czechowskiego, gdzie pomijając wioskę Konopczyn JW Małachowskiego o kilkanaście kroków i przejeżdżając poprzeczną drogą od Knyszyna do Goniądza idącą, a biorąc na pagórek, w prawą stronę rzuca się droga do wioski Rusakow JW Małachowskiego ćwierć mile będącej, w lewą zaś polem otwartym drogą kamienistą i błotnistą pół ćwierci mile do wioski Przytulanki, z której wyjeżdżając około karczmy z pagórka na borek błotnisty i strumyk początek swój biorący we wsi Mońkach szlacheckiej, w parafii goniądzkiej, o ćwierć mile wielkie, ciągnący się przy wsi Przytulance i Rusakach do Stawu Czechowskiego o wschodu ku południowi, z którego podjechałszy pół ćwierci mile polem otwartym na pagórek, kończy się parafia trzciańska, a zaczyna się kalinowska, z którego widać o ćwierć mile Dudki wioskę i Sikory.

[74]

9. Droga do Burzyna kościoła parafialnego graniczącego, na zachodzie zimowym przez rzekę Biebrzę, począwszy od kościoła parafialnego trzciańskiego, gdzie przejechałszy kilkaset kroków, wieś Zubole, za którą o kilkaset kroków zaczyna się puszcza nazwiskiem Leśnictwo Goniądzkie, w prawą stronę JW Małachowskiego, tamże i kościoła trzciańskiego, a podjechałszy ćwierć mile w lewą stronę JO Krakowskiej, której puszczy wraz z lasem czarnym do łąk błotnistych na mile małą, wzdłuż jako wyżej numero 6to. Łakami otwartymi na drugą mile do rzeki Biebrza, drogą zimową, rozgraniczającej parafię trzciańską od burzyńskiej i tu się kończy parafia trzciańska, a zaczyna się parafia burzyńska, gdzie widać wieś Brzostowo za rzeką.

[75]

10. Droga do Radziłowa, gdzie jest kościół parafialny graniczący, na samym zachodzie letnim, za rzeką Biebrzą, o pół mile wielkie, gdzie podjechałszy od kościoła parafialnego trzciańskiego o kilka set kroków wieś Zubole, też samo o kilkaset kroków polem podjechałszy, zwraca się droga kręto w prawą stronę na puszcę, gdzie przejechałszy drogą złą, kamienistą, błotnistą i piaszczystą trzy ćwierci mile do stawu kościoła trzciańskiego parafialnego, około którego kręto zwraca się w prawą stronę, gdzie podjechałszy pół ćwierci mili małe, młyn Dobarz kościoła trzciańskiego, od którego przez mostek przejechałszy drogą złą piaszczystą, błotnistą, korzenistą toż samą puszczą, Budy Dobarz

skie, ćwierć mile wielkie, od których droga zimowa prosto na las czarny błotnisty i łąki zarosłe błotniste, które przeszedłszy pół mili małe, rzeka Biebrza rozgraniczająca parafię trzciańską od radziłowskiej, za którą w ćwierć mile wieś Okrasin w województwie mazowieckim.

11. Droga z pod Trzciannej do kościoła dekanatu augustowskiego leżącego na północ ku wschodowi letniemu, o mil dwanaście, błotnista, kamienista, kręta, piaszczysta, zgórzysta, miejscami przewozy i mosty, miejscami puszcze i lasy, miejscami pola otwarte. Zimową zaś drogą jadąc prosto przez łąki błotniste mil sześć.

Parafia trzciańska cała ze wszystkimi wioskami i miejscami jest położona w województwie podlaskim, ziemi bielskiej, powiecie brańskim, oprócz rzeki Biebrzy rozgraniczającej od województwa mazowieckiego i podlaskiego, począwszy od samego południa przez zachód zimowy i letni, ku północy, jako się wyżej o tym namieniło.

Takowe opisanie parafii mojej podpisem ręki własnej stwierdzam

X Baykowski
Pleban Trzciański

[mała karta z nr 1 wklejona między s. 60 i 61 opisu, zapisana dwustronnie]

Parafia Trzciana

[1]

Województwo Podlaskie
Ziemia Bielska
Powiat Brański

[z lewej strony od góry do dołu karty wykaz miejscowości z podaniem ich położenia
– por. opis parafii w punkcie 1]

Boguszewo Rozwadowo

- 6 Boguszewo 1. ^m pod wsch. zim. o kilka set kroków tamże dworek
60 Bayki 1 ^m wsch. zim. i połd. – Zalesie stara wieś Bayki
19 Boguszki 1/2 ^w północ ku wsch.
– Budy Doborskie 1 ^w pod sam zach. let.
– Budy Łapiwoły 1/2 [między] połd. i zach. zim.
23 Choinowo Szlacheckie 1/4 zach. sam letni
– Czokołdy 3/4 pod wsch. zim.
27 Dziękonie 1. pod sam wsch. let. Dziekunie Przym
– Doborz 1. pod sam zach. let.
33 Kulesze 1. sam północ Kulesze Koszowka
18 Kołodzieża 1 ^m. wsch. let. – Kołodzieże Znoski i Romeyki
24 Kuczyno 1. wsch. let.
5 Konopczyno 1. wsch. let. do star. kniszyn.
7 Lewonie 1. ^w wsch. zim. star. knysz. Lewonce
– Mroccki 1/2 w północ (1/2 mier.)
9 Masie 1 ^m [między] północ i wsch. let.
12 Meyły 1 ^m [między] północ i wsch. let.
22 Milewo 1/2 ^m [między] północ i wsch. let.
– Moniuszki 1. wsch. let.
14 Magnusy 1. wsch. let.
16 Niewiarowo 1/2 wsch. let. Niewiarowo Tatarczyzna
2 Nowosiołki 1 ^m [między] wsch. let. i północ
41 Nowawieś i Dwór o kilka set krok. 1/4 ^m [między] połud. i zach. zim.
20 Pisanki 1/2 ^m [między] północ i wsch. let.
24 Przytulanka 1 1/2 ^w wsch. let. do starost. Knyszyn
38 Szorce 3/4 [między] połud. i zach. zim. Sorce Cibarzewo
– Smugi Kroleskie 1. północ
– Smugi Szlacheckie 1 1/2 wsch. let.
6 Rusaki 1 1/2 ^w wsch. let. do star. Kniszy[n]
9 Wilamowka 1 ^w północ ku zach. let.
3 Woyszki dwór 1. od północ na wsch. let.
37 Wiszowata 1. połud.

_ Znoski 1. wsch. let.

23 Zucielu i szpital na 500 od kościoła na wsch. Zusciele

18 Zubole na zach. zim. 500 Zobule do Trzcianny albo osobna st. 26

35 Trzcianna

Dekanat Augustowski

[z prawej strony u dołu karty zapis dotyczący kościołów i miast sąsiednich – por. opis parafii w punktach 2, 3 i 4]

Goniądz 2^w [między] półn. i wsch. let.

Kalinowka 2. wsch. let.

Knyszyn 2. wsch. zim.

Bielsk. Dek.

Dioces Luckiej Tykocin 2. połud.

en Mazowie Burzyn 2 1/2^w zach. zim.

i tu Radziłow 2^w zach. let.

zim. 5^h Białystok 5. wsch. zim.

zim. 10 Bielsk 10^w wsch. zim. i połd.

zim. 10 Bransk 8 połud.

[na odwrocie tej karty dalszy wyciąg tekstu z opisu parafii trcińskiej – por. opis parafii w punktach 5 i 6]

Jezior czystych oprócz jeziora nad Rz Biebrzą zarosłych, z teje wynikających i wpadających.

Jezioro Gogol na kilka set kroków długi i szer.

_____ Orła _____

_____ Dąbrowka _____

_____ Białe dług. staj 10. miejscem czyste miejscem błot. i zarosłe wrzec na kilkadziesiąt krok.

_____ Nurczaste, stara rzeka i Kazułowicz [?] błotniste wedle siebie leżące, wduż mające w sobie po staj 2. wrzec po staju 1.

_____ Milewyszczyc błotniste i zarosłe wduż kilka 10 kr. wrzec to samo. Leżące od kościoła między zach. let. i półn. o mil 2^w.

Bagien i błot znacz. nie masz.

Stawek na Rz. Neresła małej i szczupłej naz. Lewor poczynający się z Stawu **Czechowskiego** na wsch. letni ciągnie się za wsią Boguszewem o kilka 100 kroków pod wsch. zim.

-- na teje samej Rz. Neresly między wsią **Bayki** od wsch. zim. i połd. Ciągnie się pod wioską Białobrzeskie do stawku na teje Rz będącego nazwiskiem

Frączki od południa ku zach. zim., dalej ciągnie się do stawku nazw. **Żuk**, od którego wpadłszy w Narew Rz. koniec swój bierze pod zach. zim. mil 2 mierne.

- przy folwarku Nowa wieś ze strugi wynikającej błotnistej i zarosły i na lasy rozlewający się między połud. i zach. zim. o 1/8

Staw **Dobosz** do kościoła należ. rozległości dalej tak wdłuż jako i wszereż, lecz cały zarosły kępami lasem i trzcina na rzeczkach Gauda i Kamianka z wiosny ciekących na lato wysychających, przy którym mostów dwa /leży na zach. let. 1.

Stawek na Smugach **Kuleskich**²⁰⁶ na Rz. Koszewka bardzo małej i szczupły na północ 1.

- przy folwarku Nowosiołki na tejże Rz. naz. Kosowka, szczupły i mały /między półn. i wsch. let. 1.
- przy folwarku Niewiarowo szczup. i mały z ciekących wód z pod gór między wsch. let. i zim. 1/2^w.

Lasu z łąkami błotnistymi do rzeki Biebrza w parafii mało co nie na równie z otwartym polem. Znajduje się począwszy od Rz. **Neresli** leżącej między wsią **Wiszowatemi** i **Baykami**, od Wiszowatych na 15 staj na połd. a ciągnącego się przez zach. zim. i let. aż do północy około wiosek **Nowawieś Choynowo Mroccki Kulesze**, którego wrzec miejscem na małą, miejscem na wielką mile, a z łąkami błotnistymi nad rzeką Biebrzą leżącymi na 2 mile, gdzie rozgranicza województwo podlaskie od mazowieckiego i paraf. trzcianskiej od burzynskiej, za Rz. Biebrzą o 1/2 leżącą na zach. zim. Długość tegoż lasu na mil 3 il y a des endroit dans ce foret au il n'y a que de Buisson.

PRZYPISY

- 1 Białobrzegi.
- 2 Straż celna w Księstwie Litewskim.
- 3 Na południu; to samo określenie położenia podano dla leżącej również na południu wsi Obuchowizna, ale też na połud.-wsch. Kolnicy.
- 4 Gliniski.
- 5 Komaszówka.
- 6 Wschodem zimowym; podobnie dla miejscowości wymienionych niżej, a leżących również na południowym wschodzie.
- 7 Osowy Grąd [Ogród].
- 8 Poniż.
- 9 Sajenek nad jez. Sajenek [?]
- 10 Turówka.
- 11 Na południowym zachodzie; podobne położenie Żarnowa.
- 12 Wojciech, między jez. Białym i stawem Wojciech.
- 13 Żarnowo.
- 14 Wschód zimowy.
- 15 Krasnybór.
- 16 Bargłów Kościelny.
- 17 Janówka.
- 18 Wigry.
- 19 Rzeka Biebrza.
- 20 Goniądz leży na południowym zachodzie.
- 21 Rajgród, miasto sądów miejskich opartych na prawie magdeburskim. Magdeburgia lub Majdeburia to potoczna nazwa tych sądów, zob. Z. Głogier, *Encyklopedia staropolska*, t. 2. Warszawa 1958, s. 176.
- 22 Zachodzie zimowym.
- 23 Wschodzie zimowym.
- 24 Wschodzie zimowym.
- 25 Jez. Białe ciągnie się na wschód od jez. Necko.
- 26 Wymienione tu trzy jeziora leżą na północ od Augustowa, ale ciągną się z kierunku zachodniego [Necko] na wschód [Studzieniczna].
- 27 Rzeka Netta, prawy dopływ Biebrzy, wypływa z jez. Necko na północ od Augustowa i płynie na południe. Określenie „na wschód” dotyczyć może tylko małego odcinka rzeki w pobliżu Augustowa, albo błąd kierunku wynika z błędnego wcześniej określenia położenia Goniądza.
- 28 Rzeka Szczeberka, dopływ Rospudy.
- 29 Krasnybór leży na południowym wschodzie. W punkcie 2 opisu parafii podano kierunek prawidłowy, w opisie drogi natomiast wschód letni, czyli północny może oznaczać tylko początek drogi prowadzącej przez most na Necie (por. niżej droga do Wigier), stąd i błąd położenia zarówno Studzienicznej, jak i Krasnego Boru na szkicu parafii (trakt grodzieński).
- 30 Zamiast słowa „między” w tekście wyciągów kartograficznych użyto znaku graficznego.
- 31 Długość w milach drogi zimowej i letniej z Augustowa do Gliniszek: zimą pół mili, latem zaś 1 mila.
- 32 I^m. – literka „m” wyjątkowo w tym miejscu oznacza milę mierną (średnią), a nie jak w większości skrótów małą.
- 33 Liczba godzin jazdy z Augustowa do Goniądza w lecie i zimą.
- 34 Droga w milach latem i zimą również z Augustowa do Goniądza.
- 35 Bargłów Kościelny.
- 36 Bargłów Dwórny.
- 37 Bargłówka.
- 38 Brzozówka.
- 39 Stara Kamionka.

- 40 Lipówka.
- 41 Nowiny Bargłowskie.
- 42 Orzechówka.
- 43 Stare Rudki.
- 44 Stare Tajno.
- 45 Wólka Karwowska.
- 46 Kroszówka.
- 47 Janówka.
- 48 Rajgród.
- 49 Zachód zimowy; jest to jedyny w tym opisie parafii błąd położenia miejscowości. Wynika zapewne z kierunku drogi prowadzącej do Rajgrodu początkowo na północny zachód w kierunku Pomian, a następnie na południe przez Solistówkę do Rajgrodu, por. opis drogi w punkcie 2.
- 50 Dodatkowe oznaczenia kartografa określające przynależność niektórych miejscowości poniżej, czego nie ma w opisie parafii.
- 51 Na samą północ.
- 52 Borsukówka.
- 53 Dobrzyniewo Kościelne.
- 54 Dziś w tym położeniu Dobrzyniewo Folwark.
- 55 Dobrzyniewo Duże.
- 56 Jawarówka.
- 57 Dziś w tym położeniu Krasne Małe, Krasne Stare i Krasne Folwarszne.
- 58 Część miasta Dobrzyniewo Kościelne.
- 59 Kozirnice.
- 60 Kulikówka leży na północ od Dobrzyniewa.
- 61 Nowosiółki leżą na północnym, ale zachodzie nie wschodzie.
- 62 Zupełnie błędne określenie kierunku położenia, ponieważ Obrubniki leżą na północy, a nie na południowym wschodzie. Tymczasem niżej prawidłowo określił pleban położenie Szacił (na północy za Obrubnikami).
- 63 Na samym letnim zachodzie.
- 64 Szaciły.
- 65 Wasilków.
- 66 Fasty.
- 67 Jasionówka.
- 68 Goniądz leży na północnym wschodzie od Dobrzyniewa.
- 69 Uwaga kartografa, że Tykocin leży w diecezji łuckiej.
- 70 Stare Dolistowo.
- 71 Dzieciotówo.
- 72 Jasionowo.
- 73 Jatwież Wielka.
- 74 Jatwież Mała.
- 75 Zarówno Jatwież Mała, jak i Wielka leżą na wschód od Dolistowa, na wschód zimowy natomiast od wsi Zabiele, por. opis drogi do Karpowicz (punkt 8 droga 2).
- 76 Dokładniejszy kierunek położenia zarówno Jaświł, jak i wymienionych wyżej wsi Jaświły i Jadeszki podał pleban w opisie drogi z Dolistowa do Kalinówki (między południem i wschodem zimowym).
- 77 Kopytkowo, podobnie niżej wymienione Polkowo leżą na północ od Dolistowa, podany kierunek północno-wschodni oznacza więc nie położenie tych miejscowości, ale drogę wodną.
- 78 Nazwa nie istnieje.
- 79 Nazwa nie istnieje.
- 80 Nazwa nie istnieje.
- 81 Smogorówka Dolistowska.
- 82 Wroceń.
- 83 Na zachód zimowy.
- 84 Chodorówka Poświętne.

- 85 Kalinówka Kościelna.
- 86 Na północny zachód.
- 87 Rzeka Biebrza.
- 88 Rzeka Brzozówka.
- 89 Wieś Rutkowskie w parafii goniądzkiej.
- 90 Dopisek kartografa dotyczący brzmienia nazwy miejscowości, ale i ta nazwa dziś nie istnieje.
- 91 Skróć z opisu parafii określenia plebana „zachód półletni”.
- 92 Dopisek kartografa „1/4” wynika z różnicy w odległości wsi Zabiele od Dolistowa podanej w punkcie 1 i przy opisie drogi w punkcie 8, droga 2.
- 93 Nazwa nie istnieje.
- 94 Białosuknia.
- 95 Nie istnieje; dziś o tej nazwie jest część wsi Boguszewo w parafii trzciańskiej.
- 96 Dzieżki.
- 97 Sobieszczyki.
- 98 Kramkówka Mała.
- 99 Kramkówka Wielka.
- 100 Kołesniki.
- 101 Chyba błąd kopisty, chodzi o Potoczynę, por. niżej.
- 102 Mońki.
- 103 Dziś miejscowości o tej nazwie nie ma, ale kierunek położenia jest błędny, ponieważ i Łupichy i Rutkowskie leżą na południowy wschód od Goniądza, a nie jak podano na południowym zachodzie.
- 104 Ołdaki, por. też wyciąg kartografa.
- 105 Puzkary.
- 106 Nazwa dziś nie istnieje.
- 107 Romejki.
- 108 Rutkowskie Duże.
- 109 Dziś nie istnieje.
- 110 Dziś nie istnieje.
- 111 Smogorówka Goniądzka.
- 112 Por. przypis 97, chodzi o tę samą wieś Sobieszczyki.
- 113 Szpakowo.
- 114 Świerzbienie.
- 115 Wojtostwo, na mapie natomiast Wojtostwo.
- 116 Dziś nie istnieje.
- 117 Dziś nie istnieje.
- 118 Białaszewo.
- 119 Dolistowo.
- 120 Kalinówka Kościelna.
- 121 Szczuczyn.
- 122 Błąd kopisty, chodzi o rzekę Biebrzę.
- 123 Winno być „zachód”, co wynika z dalszego opisu drogi i wymienionych miejscowości.
- 124 Między.
- 125 Dziś Jasionówka. W opisie parafii pleban używa nazwy i Jesionówka i Jasionówka, na karcie ze szkicem w nazwie parafii widać poprawkę litery „e” na „a”, na samym rysunku widnieje Jesionówka, natomiast na szkicu całego dekanatu augustowskiego Jasionówka.
- 126 Na południowy wschód.
- 127 Dziś nazwa nie istnieje.
- 128 Jasionóweczka.
- 129 Kamionka.
- 130 W parafii korycińskiej dekanatu knyszyńskiego w podobnym położeniu w opisie drogi z Korycina do Jasionówki jest wymieniony także młyn Kruczek należący niegdyś do podkomorzyny nurskiej, por. *Opisy parafii dekanatu knyszyńskiego z 1784 r.*, oprac. Wiesława Wernerowa, „Studia Podlaskie” t. 1, Białystok 1990.

- 131 Pawelce, część wsi Kasionówka.
- 132 Knyszyn leży na południowym zachodzie od Jasionówki.
- 133 Por. przypis 21.
- 134 Kilkaset kroków.
- 135 Opis parafii odbiegający od schematu 9-punktowej ankiety, zawarty bowiem tylko w dwóch punktach.
- 136 Rzeka Brzozówka, dopływ Biebrzy.
- 137 Dalej w opisie nazwa Jasionowo, ale też Jesionowo, dziś Jasionowo.
- 138 Dębowo.
- 139 Jatwież Wielka i Jatwież Mała.
- 140 Dzieciotowo.
- 141 Dwugły.
- 142 Ostrówek.
- 143 Grymiaczki (na mapie: Hrymiaczki).
- 144 Suchowola.
- 145 Głęboczyzna.
- 146 Chodorówka Stara.
- 147 Poświętne.
- 148 Żuchowo.
- 149 Dolistowo.
- 150 Zachodu zimowego.
- 151 Chodorówka Kościelna, dziś Poświętne, leży na wschodzie zimowym (południowym) od Karpowicz. Wyżej nieco w tekście opisu parafii w punkcie 1 położenie kościoła chodorowskiego określono prawidłowo – na południe od Suchowoli. Ale sama Suchowola ma kierunek południkowy i wprawdzie „po wschodzie letnim zaczyna się” jak pisze pleban, ale ciągnie dalej na południe, stąd błędne położenie Chodorówki od Karpowicz. Biorąc za podstawę do szkicu parafii opis drogi do Suchowoli i dalej Chodorówki, kartograf umieścił błędnie obydwie miejscowości, na drodze do Grodna. To samo na szkicu całego dekanatu augustowskiego, ale podobnie na szkicu dekanatu knyszyńskiego Chodorówka umiejscowiona jest na północy wschód od Karpowicz, choć w opisie parafii chodorowskiej w tymże dekanacie położenie Chodorówki od Karpowicz jest prawidłowe, por. *Studia Podlaskie* t. 1, 1990, s. ...
- 152 Zachodzie zimowym; por. też szkic parafii, gdzie poprawiono określenie plebana, bo skoro Goniaż leży „z południa” to nie może być również „przy samym zachodzie letnim”.
- 153 Skrót oznacza określenie plebana „sam półdzień” czyli południe.
- 154 Nazwa dziś nie istnieje.
- 155 Nazwa dziś nie istnieje.
- 156 Czarna Wieś.
- 157 Danowo.
- 158 W tym położeniu leżą dziś Judziki.
- 159 Tobyłka.
- 160 Na wschodzie; poniżej ten sam błąd położenia jeziora Kroszewo.
- 161 Kosówka leży na południowym zachodzie.
- 162 Łazarze.
- 163 Łabętnik leży na północnym wschodzie w pobliżu Popowa i Pomian.
- 164 Zupełnie błędne określenie położenia lub błąd kopisty; Przestrzele leżą na zachodzie, winno być między zachodem letnim a zimowym.
- 165 Rajgród.
- 166 Nazwa dziś nie istnieje.
- 167 Nazwa dziś nie istnieje.
- 168 Rydzewo leży na południowym zachodzie, zupełnie więc niezrozumiałe określenie plebana.
- 169 Rumiejki.
- 170 Skrodzkie.
- 171 Dziś w tym położeniu Solistówka, por. też zapis Perthéesa.
- 172 Nazwa dziś nie istnieje.

- 173 Bargłów Kościelny.
- 174 Na południowym zachodzie.
- 175 Grajewo.
- 176 Rzeka Łęg (Ełk), dopływ Biebrzy.
- 177 Łęg wypływa z jeziora o tej samej nazwie, leżącego na północny zachód od Rajgródu i płynie na południowy wschód.
- 178 Niżej odsyłacz do tej nazwy, ale w brzmieniu nieco innym – Gorstwiany, toż samo na szkicu parafii.
- 179 Ełk (niem. Lyck).
- 180 Długosze (niem. Dlugossen).
- 181 O 500 kroków.
- 182 Bajki-Zalesie, por. też zapis Perthésa.
- 183 Budy.
- 184 Własność Izabeli z Poniatowskich Branickiej, dziś wieś nie istnieje.
- 185 Chojnowo.
- 186 Czekołydy.
- 187 Kołodzież.
- 188 Kuczyn.
- 189 Konopczyn.
- 190 Mejły.
- 191 Moniuszeczki.
- 192 Magnusze, na mapie nazwa Magnuszy.
- 193 Dziś nie istnieje, ale nazwa ta widnieje jeszcze na mapie z 1914 roku, w pobliżu Mejł.
- 194 Nowa Wieś.
- 195 Na południu.
- 196 Dziś nazwa nie istnieje, w tym położeniu na mapie wieś Smugiełka. W zapisie Perthésa natomiast dwie nazwy Smugi Królewskie (lub Kuleskie) i Szlacheckie, czego nie ma w opisie parafii.
- 197 Nie istnieje.
- 198 Wilamówka.
- 199 Wojszki.
- 200 Wyszowate.
- 201 Chyba błąd kopisty, winno być Zucielec, zob. też zapis Perthésa.
- 202 Rzeka Nereśl (Orlica).
- 203 Jezioro Zygmunta Augusta (Czechowskie).
- 204 Winno być wschód zimowy, por. szkic parafii.
- 205 Wieś Pisanki.
- 206 Por. przypis 196.

**OKOLICZNOŚCI TOWARZYSZĄCE
ZIMOWO-WIOSENNYM OPERACJOM
WOJSK NIEMIECKICH I AUSTRO-WĘGIERSKICH W 1918 R.**

Geneza wydarzeń zbrojnych, które doprowadziły do opanowania przez wojska niemieckie i austro-węgierskie wielkich obszarów państwa rosyjskiego, a następnie przyniosły spór o zdobycz wojenną w Odessie, miała ścisły związek z przebiegiem brzeskich pertraktacji pokojowych. Pertraktacje te, podejmowane przez państwa Czwórprzymierza (Niemcy, Austro-Węgry, Turcję i Bułgarię) oraz Rosję radziecką i Ukraińską Republikę Ludową, były omawiane w licznych opracowaniach i w niniejszej publikacji nie zostaną szczegółowo poruszone. Na specjalną uwagę zasługuje przecież fakt, że delegacja radziecka prowadziła zręczną i długotrwałą grę na zwłokę, a w dniu 10 lutego 1918 r. nie wyraziła zgody na podpisanie traktatu przyznającego Niemcom obszary łotewskie i estońskie. Następnie złożyła ona oświadczenie streszczające się w dziwnej formule: „Ani pokoju, ani wojny” i wyjechała z Brześcia nad Bugiem¹.

Konsternacja spowodowana stanowiskiem delegacji radzieckiej nie była jednak długotrwała. W dniu 18 lutego 1918 r. upływał termin trzymiesięcznego układu rozejmowego i Niemcy mogły przystąpić do zdecydowanych poszukiwań korzystnego dla nich rozwiązania². Odpowiednie decyzje zapadły 13 lutego 1918 r. podczas rady głównych niemieckich osobistości politycznych i wojskowych na zamku w Homburgu. Przeważało tam stanowisko wojskowych i postanowiono, że po upływie zawieszenia broni wojska niemieckie przystąpią niezwłocznie do działań zaczepnych i to na szerokim froncie³. Wstępne przygotowania trwały już zresztą od 5 stycznia 1918 r., a w dniu 31 stycznia tegoż roku naczelne kierownictwo wojsk niemieckich (Oberste Heresleitung – OHL) zarządziło przygotowanie wielkiej operacji zaczepnej pod kryptonimem „Faustschlag” („Uderzenie pięścią”)⁴. Istnieje więc znamienna zbieżność tego kryptonimu ze stanowczą wypowiedzią generała niemieckiego, Maxa von Hoffmanna, który w dniu 12 stycznia 1918 r. polemizował z delegatami radzieckimi w sposób tak otwarty, że jego wystąpienie zostało ocenione jako „uderzenie pięścią w stół”⁵.

Na przełomie lat 1917 i 1918 wojska państw Czwórprzymierza miały na froncie wschodnim aż 86 i pół dywizji piechoty oraz 10 dywizji kawalerii. Rozmieszcze-

nie tych wojsk było dostosowane do działań pozycyjnych. Na prawym, rumuńskim skrzydle frontu stała więc grupa wojsk feldmarszałka Augusta von Mackensena, który miał w swej dyspozycji bułgarską 3 armię generała Georgija Todorowa oraz niemiecką 9 armię generała Johannesesa von Ebena. Na północ od pozycji zajmowanych przez te formacje znajdowały się wojska austro-węgierskie feldmarszałka Hermanna Kövessa, któremu podlegała 1 armia generała pułkownika Franza Rohra i 7 armia generała pułkownika Karla Křitka. Rozległą część frontu od środkowego Dniestru po ujście Dźwiny do Bałtyku zajmowały natomiast armie podlegające niemieckiemu naczelnemu dowódcy na Wschodzie (Oberbefehlshaber Ost; w skrócie Ober-Ost), czyli feldmarszałkowi księciu Leopoldowi Bawarskiemu. Na prawym skrzydle jego sił znajdowała się austro-węgierska 2 armia feldmarszałka Eduarda Böhm Ermolliego, na obszarach wołyńskich i poleskich walczyły dywizje niemieckie i austro-węgierskie pod dowództwem generała pułkownika Alexandra von Linsingena, a na północy występowała 10 armia feldmarszałka Hermanna von Eichhorna (obszary białoruskie), wojska odcinka armijnego „D” pod dowództwem generała pułkownika von Kirchbacha (północna część obszarów białoruskich i południowa część obszarów łotewskich), a na północnym, łotewskim skrzydle, niemiecka 8 armia drugiego generała pułkownika, Günthera hrabiego Kirchbacha⁶.

Do 10 lutego 1918 r., gdy Rosja radziecka zdecydowała się na zerwanie brzeskich pertraktacji pokojowych, Niemcy i Austro-Węgry zdążyły już wycofać z frontu wschodniego znaczną część swoich wojsk. Na głównych odcinkach tego frontu znajdowało się jednak jeszcze pięćdziesiąt i pół dywizji piechoty oraz dziewięć dywizji kawalerii⁷. Po drugiej stronie frontu wschodniego były już tylko resztki starej i zdemoralizowanej armii rosyjskiej oraz szczupłe siły formującej się dopiero Armii Czerwonej.

W decyzjach dotyczących działań zbrojnych niemieckie OHL kierowało się różnymi względami. Na północy chodziło więc o zajęcie Estonii oraz Inflant w celu zagrożenia Piotrogradowi i kolei murmańskiej. W centrum brano pod uwagę wyrównanie frontu, a na południu, na obszarach ukraińskich, najistotniejszą rolę odgrywało dążenie do wykorzystania zapasów zboża i zasobów surowcowych. Czynniki niemieckie uwzględniały również możliwość urzeczywistnienia wielkich koncepcji ekonomiczno-politycznych i kolonizacyjnych w ramach tak zwanej Mitteleuropy, a także powodowały się dążeniem do zabezpieczenia niemieckiej wielkiej własności ziemskiej na obszarach łotewskich i chęcią powstrzymania oddziałów radzieckich, które wkrczały na obszary ukraińskie, co zagrażało zamierzonej eksploatacji zasobów ukraińskich⁸.

O sytuacji na Ukrainie decydowały jednak gwałtowne wydarzenia rewolucji społecznej i wystąpienia chłopów, a jednocześnie także aspiracje niepodległościowe mieszkańców uświadomionych pod względem politycznym i narodowym. Wyrazicielem tych aspiracji stała się Centralna Rada Ukraińska, która była powołana 17 marca 1917 r. i w dniu 20 listopada tegoż roku wydała III Uniwersał z zapowiedzią powołania niepodległej Ukraińskiej Republiki Ludowej. Oficjalną proklamację w tej

sprawie wydała natomiast jako IV Uniwersał z 22 stycznia 1918 r. i swoją władzę sprawowała za pośrednictwem rządu, który funkcjonował od 23 czerwca 1917 r. jako Generalny Sekretariat, a zgodnie z IV Uniwersałem został przemianowany na Radę Ludowych Ministrów Ukraińskiej Republiki Ludowej⁹.

Z rozwojem wydarzeń ukraińskich nie pogodziła się jednak Rosja radziecka i na obszarach Ukrainy zaczął brać górę oręż radziecki. W Brześciu nad Bugiem sprawy ukraińskie rozwijały się natomiast pomyślnie, kończyły się tam bowiem przetargi dyplomatyczne, które miały doprowadzić do odrębnego pokoju państw Czwórprzymierza z Ukraińską Republiką Ludową. Traktat pokojowy został podpisany ostatecznie w dniu 9 lutego 1918 r. Przyznawał on Ukraińskiej Republice Ludowej tak zwaną Chełmszczyznę, czyli obszary rdzennie polskie po Biłgoraj-Szczebrzeszyn-Krasnystaw-Puchaczów-Radzyń Podlaski-Międzyrzec Podlaski-Sarnaki i Mielnik położony nad Bugiem na północ od Brześcia¹⁰. Państwa centralne otrzymały natomiast obietnicę dużych dostaw żywności, dostaw określanych między innymi na milion ton zboża i około 50 tysięcy ton żywca¹¹.

Traktat był podpisany w sytuacji, którą z punktu widzenia strony ukraińskiej wypada określić jako bardzo ciężką. Rada Ludowych Ministrów i patrolująca temu rządowi Centralna Rada Ukraińska przebywały już wówczas w Sarnach na Wołyniu, a wokół rejonu kontrolowanego jeszcze przez władze ukraińskie zaciskał się pierścień radziecki. W tej nadzwyczaj trudnej sytuacji Centralna Rada Ukraińska zdecydowała się wystąpić o pomoc militarną państw centralnych¹².

Prośba rządu ukraińskiego zbiegła się w czasie z zamiarami Niemiec. Wojska niemieckie były więc przygotowane do rozpoczęcia działań na szerokim froncie. Naczelną komendą armii austro-węgierskiej (Armee Oberkommando – AOK) nie dysponowała natomiast odpowiednimi uzgodnieniami i austro-węgierski szef sztabu generalnego generał pułkownik Arthur Arz von Straussenberg uznał, że musi porozumieć się z cesarzem Karolem I i z ministrem spraw zagranicznych Ottokarem Czerninem. Osobiście uważał, że wojska austro-węgierskie powinny wziąć udział w operacjach zaczepnych na Ukrainie. Gorącym zwolennikiem takich działań był także minister Czernin, ale cesarz okazywał dużą ostrożność i jego stanowisko przeważało¹³. Uczestnikiem operacji wojskowych, rozpoczynanych w dniu 18 lutego 1918 r., były więc początkowo tylko osamotnione wojska niemieckie.

Uderzenie wojsk niemieckich rozwijało się na obszarach estońskich, łotewskich, białoruskich i ukraińskich. Do podjętych działań przystąpiły mianowicie wojska Ober-Ostu. Ich działanie, jak głosiły oficjalne komunikaty, nie było wymierzone przeciw narodom Rosji, lecz miało godzić w jej ówczesnych władców, czyli bolszewików, którzy „utrudniali zawarcie pokoju”, a na obszarach ukraińskich „rozwijali wojnę domową”¹⁴.

Kierownictwo nad ukraińskimi operacjami wojsk niemieckich sprawowało dowództwo grupy armii generała von Linsingena. Jego wojska zostały zobowiązane najpierw do osiągnięcia linii kolejowej na odcinku Równe-Sarny-Łuniniec i zadanie to wykonały w dniu 20 lutego 1918 r. Dalsze działania wojsk generała von Linsin-

gena zostały oparte na liniach kolejowych, które bieły w kierunkach wschodnich¹⁵. Wojska bolszewickie nie były zdolne do skutecznego oporu i Rada Komisarzy Ludowych już w dniu 19 lutego 1918 r. oznajmiła drogą radiową swoją gotowość podpisania pokoju na warunkach stawianych przez państwa centralne. Szybkie postępy wojsk niemieckich spowodowały także zmianę stanowiska Austro-Węgi

Rozpoczęcie operacji austro-węgierskich na froncie wschodnim nastąpiło 28 lutego 1918 r.¹⁶ Do działań przystąpiły formacje wydzielone z 2 armii feldmarszałka Böhm-Ermolliego. Na ich lewym, północno-wschodnim skrzydle, działających XII korpus generała Rudolfa Brauna. Z Podwołoczysk położonych nad Zbruczem połową swoich wojsk ruszyła więc 11 Dywizja Piechoty generała Rudolfa Metza i podążała na Płoskirów pod osłoną bocznej kolumny, która przesuwiała się ze Zbaraża na Szepetówkę. Od strony prawej, południowo-zachodniej, oddziałom 11 Dywizji Piechoty towarzyszyły pułki 30 Dywizji Piechoty generała Moritza Jessera, która podążała z Satanowa również na Płoskirów, a także pułki 59 Dywizji Piechoty generała Kletusa Pichlera, maszerując z Husiatyna na Jarmolińce. Na prawym, południowym skrzydle wkraczających z Galicji na Ukrainę wojsk austro-węgierskich wystąpił XXV korpus generała Petera Hofmanna¹⁷. W działaniach zaczęła też uczestniczyć 7 armia generała Karla Křitka. Jej formacje wystąpiły między Prutem a Dniestrem i posuwały się w kierunku Mohylowa przez obszary bukowiińsko-mołdawskie. W rękach nacierających wojsk austro-węgierskich znalazła się tak ogromna zdobycz wojenna, że obciążone nią wojska zaczęły się opóźniać w swoim przemarszu. W dniu 4 marca 1918 r. generał Böhm-Ermolli zdecydował się więc napomnieć podlegających mu generałów, że mają dążyć przede wszystkim do opanowania Odessy i całej magistrali kolejowej na odcinku Podwołoczyska-Odessa¹⁸.

Polecenie feldmarszałka Böhm-Ermolliego było zbieżne z poglądami AOK, ponieważ tej komendzie zależało na uprzedzeniu wojsk niemieckich w Odessie, która była ważnym portem oraz wielką bazą morskich i lądowych sił zbrojnych. Między wojskami niemieckimi oraz austro-węgierskimi rozpoczęło się więc na Ukrainie współzawodnictwo. Od 2 marca 1918 r. czołową formacją wojsk austro-węgierskich w marszu na Odessę była 30 Dywizja Piechoty generała Jessera, a jako jej straż przednia zaczęła występować brygada generała Alfreda von Zeidlera. Zadanie tej brygady polegało głównie na zwalczaniu przeciwdziałania sił bolszewickich, które cofały się na Odessę wzdłuż magistrali kolejowej i niszczyły za sobą coraz znaczniejsze odcinki torów.

Na przebieg dalszych działań zbrojnych zaczęły już także wpływać nowe okoliczności polityczne, ponieważ w dniu 5 marca 1918 r. państwa centralne podpisały w Buftea preliminarza traktatu pokojowego z Rumunią¹⁹. Uzyskały też zgodę na przemarsz i przejazd wojsk przez terytoria rumuńskie. Miało to poważne następstwa operacyjne, ponieważ w ruchu na Odessę znalazły się również dwie formacje niemieckie. Zostały one wyprawione z Reni nad dolnym Dunajem przez feldmarszałka von Mackensena²⁰. Wojska austro-węgierskie, które podążały, jak już wiadomo, z kierunku północno-zachodniego, starały się o przyspieszenie swoich

ruchów i 11 marca 1918 r. opanowały ważną stację kolejową Rozdzielna, która była oddalona od Odessy około 60 kilometrów. Zadanie to wykonała brygada generała von Zeidlera, a w dniu następnym, czyli 12 marca, w rejonie opanowanej stacji znalazła się reszta sił 30 Dywizji Piechoty. Pojawiły się tam także oddziały XII korpusu generała Brauna i XXV korpusu generała Hofmanna. Na północnych przedpolach Odessy ruchy wojsk austro-węgierskich utraciły jednak dotychczasowe tempo, a tymczasem pojawiła się pod Odessą od zachodu grupa niemiecka pułkownika Richarda Vogla. Przybyła ona z Tyraspoła samochodami i na odeskim przedmieściu Moldowanka przystąpiła do walki z oddziałami bolszewickimi²¹.

Walka rozpoczęta przez grupę pułkownika Vogla miała zacięty przebieg i przyniosła Niemcom duże straty. Nie rokowała jednak rychłego sukcesu. Gdy rozstrzygnięcia nie dały również pertraktacje, których próbował pułkownik Vogel, zaniechał on daremnych działań zaczepnych i 13 marca za pośrednictwem oficera łącznikowego zwrócił się do austro-węgierskiej 30 Dywizji Piechoty z prośbą o pomoc. Otrzymał odpowiedź pozytywną, ale dywizja austro-węgierska nie działała na korzyść Niemców w sposób bezpośredni. Siłami swojej straży przedniej, czyli brygady generała von Zeidlera, ruszyła ona wprost na odeski dworzec kolejowy i nie napotkała silniejszego oporu bolszewików, którzy ustąpili również z miasta drogą lądową i morską²². Wyłoniło się wówczas zasadnicze pytanie: kto zdobył Odessę i komu należy się znaleziona w tej wielkiej bazie zdobycz wojenna?

Za strażą przednią generała von Zeidlera, w krótkich odstępach, przybyły niebawem kolejne oddziały austro-węgierskiej 30 Dywizji Piechoty, a jej dowódca generał Jesser objął stanowisko komendanta garnizonu. Przed północą w Odessie znalazł się również dowódca austro-węgierskiego XII korpusu, generał Braun i przejął od Jessera stanowisko komendanta. Główne siły niemieckie, to znaczy korpus generała pułkownika Roberta Koscha z grupy wojsk feldmarszałka von Mackensena, pojawiły się natomiast około południa w dniu 14 marca 1918 r. Dowódca austro-węgierskiego XII korpusu miał rangę niższą o jeden stopień (był generałem feldzeugmeisterem – odpowiednik generała broni w wojskach inżynieryjnych), ale ze stanowiska ustąpić nie chciał. Zaczątki austro-niemieckiego sporu kompetencyjnego zostały jednak niebawem zażegnane w ten sposób, że AOK stanowisko komendanta Odessy powierzyła generałowi pułkownikowi Karłowi Kirchbachowi, który w randze wojskowej generałowi niemieckiemu już nie ustępował. Te austro-węgierskie siły zbrojne, na czele których stanął nowy komendant, były początkowo określane jako „Grupa Chersoń”, a potem występowały jako „Armijna Grupa Chersoń” i podlegały dowództwu austro-węgierskiej 2 armii²³. Obszary kontrolowane przez wojska generała Kirchbacha były położone na wschód od Dniestru i sięgały po Boh. Po uzgodnieniach dokonanych z dowództwem niemieckim stanowiły one ukraińską strefę okupacyjną wojsk austro-węgierskich.

Na obszarach zajmowanych początkowo wspólnie przez niemieckie i austro-węgierskie wojska okupacyjne, a potem kontrolowanych już wyłącznie przez wojska austro-węgierskiej Armijnej Grupy Chersoń, znajdowały się duże zasoby środków

komunikacyjnych. Sieć dróg żelaznych była tam obsługiwana przez 27 tysięcy kolejarzy, którzy mieli w swojej dyspozycji 700 parowozów, z tego 30% w remoncie, a także 15 tysięcy wagonów, w tym 5% w naprawie. W ręce wojsk niemieckich i austro-węgierskich wpadły również obfite zapasy uzbrojenia oraz surowców uznanych za materiały strategiczne. Było tam mianowicie: 500 dział, w tym 40 ciężkich, około 500 000 pocisków artyleryjskich, ponad 4000 pojazdów mechanicznych, jeden magazyn materiałów wybuchowych, 130 samolotów, z tego część prawie nadających się do lotu, duże ilości obrabiarek, wełny, konserw, kauczuku i gliceryny²⁴.

O tę obfitą zdobycz wojenną rozgorzał między Berlinem a Wiedniem istotny spór, w którym obie strony usiłowały oprzeć własne racje na rzekomo wcześniejszym wkroczeniu swoich wojsk do Odessy. Wypada przyjąć argumenty austro-węgierskie jako bardziej uzasadnione, bo przedstawiciel Niemiec przy armii austro-węgierskiej generał August von Cramon między innymi stwierdził, „że zajęcie Odessy dzięki postępom wojsk niemieckich było co najmniej ułatwione”. Oświadczenie takie zawierało więc chyba sporą dozę niepewności.

Ostatecznie spór został załagodzony i w wyniku propozycji niemieckiej nastąpił podział łupu według proporcji 1:1²⁵. Podział taki był więc rozstrzygnięciem korzystniejszym dla strony niemieckiej, co oznaczało, że o wyniku w istocie zadecydowała orężna przewaga Niemiec nad austro-węgierskim sprzymierzeńcem.

Na zakończenie swoich rozważań pragnę tu zaznaczyć, że niniejszy szkic został potraktowany jako wstęp do publikacji źródłowej, obejmującej 11 ważnych dokumentów, które naświetlają okoliczności, w jakich doszło do udziału wojsk niemieckich i austro-węgierskich w zimowo-wiosennych operacjach na Ukrainie w 1918 r., a także dotyczą austro-niemieckiego sporu o wielką zdobycz wojenną w Odessie.

Opublikowane tu dokumenty znajdują się w zasobach Haus-, Hof-, und Staatsarchiv w Wiedniu, w zespole materiałów wytworzonych przez wydział polityczny austro-węgierskiego Ministerstwa Spraw Zagranicznych (Politische Abteilung Ministerium des Äusseren). Dokumenty nie były jeszcze publikowane, chociaż mogły być częściowo wykorzystywane w cytowanym wcześniej w przypisach siedmiotomowym opracowaniu austriackim *Österreich-Ungarns letzter Krieg...* Przypuszczenia tego nie udało się jednak potwierdzić, ponieważ autorzy w aparacie naukowym odpowiedniego tomu (VII tom) na te dokumenty się nie powołują.

PRZYPISY

- 1 S. W. Wojstomski, *Sprawa polska w rokowaniach pokojowych w Brześciu Litewskim*, w: *Ra-
rańcza. Zbiór opracowań w 15-lecie czynu zbrojnego*, Warszawa 1933, s. 97.
- 2 J. Pajewski, *Pierwsza wojna światowa 1914-1918*, Warszawa 1991, s. 665 i n.
- 3 Tamże, s. 666; M. Seyda, *Polska na przełomie dziejów. Fakty i dokumenty*, t. II, Poznań
1931, s. 261; J. Dąbrowski, *Wielka wojna 1914-1918*, Warszawa 1937, s. 844.
- 4 *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, t. XIII, Berlin 1942, s. 363.
- 5 M. Seyda, dz. cyt., s. 251; J. Dąbrowski, dz. cyt., s. 838; J. Pajewski, *Pierwsza wojna...*,
s. 654.
- 6 *Der Weltkrieg...*, s. 362 i n.

- 7 Tamże.
- 8 J. Pajewski, „Mittleuropa”. *Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej*, Poznań 1959, s. 335-347.
- 9 W. Serczyk, *Historia Ukrainy*, Wrocław 1990, s. 349; S. W. Wojszowski, dz. cyt., s. 26.
- 10 Tamże, s. 95.
- 11 J. Pajewski, *Pierwsza wojna...*, s. 662.
- 12 M. Boruta-Spiechowicz, *Działania pod Rarańczą*, w: *Rarańczą*, s. 139.
- 13 Tamże.
- 14 *Der Weltkrieg...*, s. 365-377.
- 15 *Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918. Siebenter Band. Das Kriegsjahr 1918*, Wien 1938, s. 118.
- 17 Tamże, s. 121.
- 18 Tamże, s. 122 i n.
- 19 *Der Weltkrieg...*, s. 356.
- 20 *Österreich-Ungarns letzter Krieg...*, s. 126.
- 21 Tamże, s. 127.
- 22 Tamże, s. 128.
- 23 Tamże, s. 129.
- 24 Telegram generała Arthura Arza z 20 marca 1918 r., Haus-, Hof-, und Staatsarchiv, zespół PA I, sygn. 836 (Krieg 3. Russland), pagina 80.
- 25 Tamże.

D O K U M E N T Y

Dokument nr 1

1918 luty 16, godzina odbioru 11.15, Baden. – Telegram generała Arthura Arza do ministra Ottokara Czernina w sprawie wielkiej operacji zaczepnej niemieckich wojsk Ober-Ostu z sugestią ewentualnego współudziału wojsk austro-węgierskich.

Exzellenz Graf Czernin.

Op. geh. nr 1040.

Die Rada hat sich an Ober-Ost um militaerische Unterstüztung gewendet¹. Die Deutschen beabsichtigen am 18 dieses Monats die Operationen beginnen und zwar mit mehreren Divisionen auf Luck, mit geringeren Kräften auf Luniniec und Minsk. Speziell über letzteren Ort soll die Verbindung mit 18 000 Polen², die westlich Bobrujsk stehend sich voll zur Verfügung gestellt haben, aufgenommen werden.

Ich bin der Ansicht, dass wir uns der Operation auf Luck anzuschliessen haben oder dass sie garnicht stattzufinden hätte. Ich ersuche Euer Exzellenz um ungehendste Stellungsnahme, damit ich rechtzeitig die weiteren militarischen Anordnungen zu erlassen vermag.

von Arz, General Oberst

Oryginał, telegram.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 8.

- 1 Chodzi o Centralną Radę Ukraińską. Niektóre polskie opracowania potwierdzają fakt, że Rada zwróciła się do państw centralnych z prośbą o pomoc, ale nie podają daty tego wydarzenia. Por. przypis do wstępnego szkicu nr 12.
- 2 Generał Arthur Arz miał na myśli żołnierzy I Korpusu Polskiego pod dowództwem generała Józefa Dowbor-Muśnickiego.
- 3 Stanowisko generała Arza znajduje potwierdzenie w cytowanym opracowaniu austriackim (*Österreich – Ungarns letzter Krieg...*, s. 112).

Dokument nr 2

1918 luty 16, godzina 20.55, odbiór luty 17 godzina 1.30. Baden. – Telegram generała Arthura Arza do ministra Ottokara Czernina o sytuacji na Ukrainie.

Op. No 1044.

Zur morgen stattfindenden Besprechung mit Herrn Sewriuk¹ entsende ich als Vertreter des Armeoberkommandos den Feldmarschalleutnant von Csicsercs² und Oberst Beyer³.

Szepetowka liegt zirka 120 km vor unseren Linien. Eine Operation dorthin erfordert zahlreiche Transportmittel, über die wir derzeit nicht verfügen. Würde sich aber eine Gruppe längs der Bahn nach Szepetowka vorbereiten, so ist dies eine sehr langwierige Operation.

Über die Situation der Ukrainer Rada orientirt nachfolgender, eben eingelangter Bericht:

Ober-Ost hat den deutschen Verbindungsoffizier Oberstleutnant Engelen beauftragt, mit den Ukrainern Verhandlungen zu pflegen zwecks Entsendung eines höheren ukrainischen Militärs nach Brest-Litowsk, der die Rada über die gegenwärtige Situation in der Ukraina orientiren und Vorschläge zur Sanierung der Lage machen könnte. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden am 15 dieses Monats in Brody geführt. Russischerseits nahmen daran teil: Chef des Stabes des XXXII Korps, Oberst Konstantinow, Kommissär der Korpsrada, Oberleutnant Obedynsky, Adjutant des XXXII Korpskommandos, Oberleutnant Baron Wickmann, der soeben aus Kiew eingetroffene Oberst Czechowicz Mitglied des ukrainischen Militargerichtes, ferner Vizepräses der Korpsrada, Unterleutnant Polupienko und Vorsitzender der Rada der 105 Infanteriedivision, Oberleutnant Kostyria.⁴ Die beiden letztgenannten haben sich an den Besprechungen nicht beteiligt und lediglich als Zuhörer fungiert. Von Armeekommando nahm Oberstleutnant des Generalstabskorps Tinz⁵ an den Verhandlungen teil. Aus den Besprechungen und Verhandlungen ergibt sich folgendes Bild der Lage:

1. „Die bisherige ukrainische Rada hat anscheinend keinerlei Machtbefugnisse mehr. Der Aufenthalt der in der Ukraina verbliebenen Radamitglieder ist unbekannt. Ihr Eintreffen in Radziwillow in der nächsten Zeit nicht unwahrscheinlich. In Kiew soll eine neuenden Bolschewiki anscheinend genehme Rada gebildet worden sein.

2. Die wichtigeren ukrainischen Städte (Odessa, Kiew, Charkow, anscheinend auch Berditschew und Schitomir) dann Eisenbahnknotenpunkte Zdobunow und Zmerinka, sowie die Bahnen sind in den Händen der Bolschewiki.

3. Auf die ukrainischen Truppen ist kein Verlass. Sie leisten den Bolschewiki meistens wenig Widerstand und haben nur den Wunsch, möglichst bald nach Hause zu kommen.

4. Die bolschewikische, zum Teil mit Geld betriebene Propaganda (für Kiew allein haben Lenin und Trotzki hierfür 12 Millionen Rubel geschickt), gewinnt unter Ukrainern sehr an Boden und erleichtert den Bolschewiki ihre Aufgabe.

5. Die höheren Kommandos haben auf die wenigen noch vorbliebenen Truppen (XXXII Korps zum Beispiel insgesamt 1000 Feuegewehre) keinen Einfluss. Die Verhandelnden erklärten, dass sie (das ist der Korpsstab und die Korpsrada) bei weiteren Fortschritten der Bolschewiki möglicherweise gezwungen sein würden, sich auf das österreichisch-ungarische Territorium zu retten.

6. Bezüglich Verwendung ukrainischer Gefangener zur Herstellung der Lage äusserten sich die Verhandelnden sehr skeptisch. Sie würden nach ihrer Ansicht sehr bald den bolschewikischen Ideen unterliegen.

7. Nach Ansicht der verhandelnden Ukrainer wäre die Herstellung der Lage nur durch fremde und zwar deutsche oder ungarische⁶ Truppen möglich. Slavische Truppen wären ihrer Ansicht nach auszuschliessen. Bezüglich des eigentlichen Gegenstandes der Verhandlungen erklärten die Verhandelnden, erst nach einer diesbezüglichen Beratung in der Rada Antwort geben zu können. Diese Antwort soll am 16 überreicht werden".

Ich bitte Euer Exzellenz zu erwägen, ob unter diesen Verhältnissen Verhandlungen mit dem Herrn Sewriuk irgend einen Wert haben dürften.

Odpis, maszynopis. PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 5.

- 1 Ołeksandr Sewriuk, członek pięcioosobowej delegacji ukraińskiej, która uczestniczyła w brzeskich pertraktacjach pokojowych z państwami Czwórprzymierza. Pod koniec pertraktacji pełnił obowiązki przewodniczącego delegacji i podpisał traktat zawarty 9 lutego 1918 r., a także tajną deklarację, która dotyczyła odstąpienia Chełmszczyzny na rzecz Ukraińskiej Republiki Ludowej oraz podziału Galicji na obszar polski i ukraiński. J. Pajewski, *Pierwsza wojna światowa...*, s. 662 i n.
- 2 Generał Maximilian Csicseric de Bacsany występował podczas brzeskich pertraktacji pokojowych przy ministrze Ottokarze Czerninie jako przedstawiciel AOK.
- 3 Imienia pułkownika Beyera nie udało się ustalić.
- 4 Bliższych informacji o uczestnikach rozmów w Brodach nie udało się odszukać.
- 5 Chodzi o podpułkownika Eugeniusza Tinza, który od jesieni 1918 r. był oficerem Wojska Polskiego i stał najpierw na czele Oddziału I w polskim Sztapie Generalnym, a od 17 maja 1920 r. był szefem sztabu generała Stanisława Szeptyckiego, który dowodził wojskami frontu litewsko-białoruskiego.
- 6 Tak w tekście. Ukraińcy mieli na myśli tylko węgierską część sił zbrojnych monarchii nadduńskiej, ponieważ liczba Słowian w formacjach węgierskich była znikoma.

1918 luty 16, godzina 17.10, Wiedeń. – Telegram ministra Ottokara Czernina do generała Arthura Arza o przychylnym stanowisku w sprawie pomocy wojskowej dla Ukraińskiej Republiki Ludowej.

Adresse: 1. Chef des Generalstabes AOK,
2. Graf Demblin¹.

Zu Op. Geheim No 1040.

Heute langt hier der Vorsitzende der Ukrainischen Delegation Herr Sewriuk ein, um mir die Bitte seiner Regierung wegen Leistung militärischer Unterstützung vorzubringen. Ich bin durchaus der Ansicht, dass dieser Bitte stattzugeben wäre, und dass wir der Rada die erbetene Hilfe leisten. Hierbei lege ich grosses Gewicht darauf, dass diese Hilfeleistung überwiegend durch österreichisch-ungarische Kräfte erfolgen. Die ich der Radaregierung erbetene Hilfe mache ich jedoch davon abhängig, dass wir von dieser gewisse politische Konzessionen gemacht werden. Hierbei werde ich in erster Linie die Forderung aufstellen, dass die Grenzführung im Cholmer Gouvernement geändert werde und so erfolge, dass sie die polnischen Gravamina beseitige. Unter diesen Umständen bitte ich Euer Exzellenz Einvernehmen mit deutscher Heeresleitung dahin herzustellen, dass wir mit Deutschen zusammen kooperieren, dass diese Aktion^x jedoch nicht früher beginnen werde, bevor ich nicht meine politischen Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation beendet habe, was, wie ich hoffe, in kürzester Frist geschehen sein wird. Jedenfalls wolle Ober-Ost den Ukrainern nicht früher mitteilen, dass die erbetene Hilfeleistung bewilligt sei, bevor ich nicht die von mir angestrebten Gegenleistungen erwirkt habe^{xx}.

Ich bitte Euer Exzellenz diese Angelegenheit mit besonderer Dringlichkeit zu behandeln.

Czernin

Konzept telegramu, maszynopis. PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 8.

x Na marginesie uwaga wykonana czarnym atramentem ręką ministra Czernina: „Vollkommen vorbereitet”. Uwaga ta była pomyślana jako uzupełnienie po słowie „Aktion”.

xx Po słowie „habe” ma nastąpić uwaga uczyniona czarnym atramentem ręką ministra Czernina: „Zu besondere Information möchte ich beifügen, dass in Szepetowka (nord-östlich Zbaracz und süd-östlich Rowne) grosse Getreidevorräte liegen, was bei Anlage des Operationen vielleicht berücksichtigt werden konnte. Diese Information bitte ich besonder geheim zu behandeln”. Obie te uwagi (x i xx) uczynił Czernin w tekście konceptu przygotowanego przez wysokiego urzędnika austro-węgierskiego Ministerstwa Spraw Zagranicznych Friedricha Wiesnera, który był przedstawicielem ministerstwa przy AOK.

1 Chodzi o Augusta markiza de Vill Demblina, który towarzyszył Czerninowi podczas pertraktacji brzeskich.

1918 luty 17, godzina 16.20, Baden. – Telegram generała Arza do ministra Czernina z tekstem depeszy przesłanej feldmarszałkowi Paulowi Hindenburgowi, naświetlającej komplikacje, jakie mogą się wyłonić

w toku ewentualnych operacji wojskowych na Ukrainie.

Mit Allerhöchster Genehmigung¹ habe ich an General-Feldmarschall von Hindenburg folgendes telegraphiert:

„Ich beurteile die Ereignisse in der Ukraina dahin, dass wir uns in deren innere Angelegenheiten vorerst nicht einmengen sollten. Die Ukrainer Rada mit der wir Frieden schlossen, hat in der sogenannten ukrainischen Republik gar keinen Anhang. Ohne staatliche, uns willfährige Organisation ist es wohl ausgeschlossen, aus dem Lande Getreidemengen, die für unsere Reiche eine Erleichterung brächten, herauszubekommen. Ebenso halte ich es für ausgeschlossen, dass wir durch Einrücken unserer Truppen in einen auch noch so breiten, durch unsere Nachschubmittel begrenzten Raum die Stellung der Rada festigen, sie in ihre Macht wieder einführen und sie in ihr erhalten. Der grosse Umwälzungsprozess in der Ukraina muss und wird sich ohne unser Dazutun abspielen. Ich bin der Ansicht, dass die Ereignisse in der Ukraina ausgähren müssen. Militärisch halte ich eine Operation aus unserer Front südlich des Pripjet heraus für ziellos. Schon wegen der beschränkten Nachschubmittel und der Jahreszeit kann die Operation weder rasch geführt werden, noch weitgesteckte Ziele erreichen. Wir würden gewiss, ohne bedeutenden Widerstand zu finden, durchdringen und zweifellos im feindlichen Armeebereich relativ reiche Beute machen. Aber speziell an Verpflegungsvorräten fänden wir gewiss nicht so viel, dass hiedurch die Getreideversorgung eine irgendwie nennenswerte Erleichterung finden würde. Die Räume, in denen wirklich bedeutende Getreidevorräte zu erlangen wären (am Dnjepr, an der unteren Wolga) sind wegen der Entfernung für uns unerreichbar. Dem Besitzergreifen von Rowno, Luck, etc. messe ich daher in keiner Richtung einen Wert bei. Ein Verlassen unserer jetzt innegehabten Stellungen bietet aber höchst bedenkliche Nachteile. Der Kordon, der gegen die Einschleppung von Krankheiten und das Übergreifen der revolutionären Ideen derzeit besteht, wird aufgegeben, denn wir haben nicht die erforderliche Kräfte, um ihn genügend dicht zu halten und gleichzeitig mit genügenden Kräften offensiv zu werden. Unsere im bisherigen Feindesland vordringenden Truppen sind den Gefahren der bolschewikischen Propaganda und den Infektionen durch Krankheiten ausgesetzt. Diese Übelstände nimmt man in Kauf, ohne irgendeinem positiven Zweck zu erreichen.

Resimierend beantrage ich, vorläufig von einem Vorgehen aus unseren Linien südlich des Pripjet abzusehen. Sind wir mit Rumänien zu einem Frieden gekommen, dann mag der Moment für ein anderes Verhalten (eine eventuelle Kooperation) eingetreten sein.

Ich wäre Euer Exzellenz für eine ehemöglichste Gegenäusserung sehr dankbar. Erwähnen will ich noch, dass es mir völlig ferne liegt, mit meinen Ausführungen die Entschlüsse Euer Exzellenz bezüglich des Verhaltens nördlich des Pripjat zu beleuchten, denn dort ist die Situation eine ganz andere“.

Odpis, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 9.

1918 luty 17, Baden. – Telegram generała Arthura Arza do ministra Ottokara Czernina o celach operacji niemieckich zamierzonych po zerwaniu brzeskich pertraktacji pokojowych przez Lwa Trockiego.

Op. Geh. No 1043.

Der bevollmächtigte Generalstabsoffizier bei Ober-Ost meldet:

Ober-Ost verlautbart heute nachstehenden Heeresbefehl:

1. Nach vertraulicher Mitteilung Oberster Heeresleitung sieht das Deutsche Reich durch die Erklärung Trotzki's vom 10 Februar den Waffenstillstand mit den Grossrussen nach Ablauf der Kündigungsfrist am 18 Februar, 12 Uhr mittags für beendet an. Die Kommissionen aus Petersburg sind zurückberufen worden. Die Ukraine hat in schwerer Not die deutsche Hilfe gegen die Bolschewisten erbeten. Grosse Teile der Bevölkerung Livlands und Estlands rufen um Hilfe gegen die Anarchie der Bolschewisten. Ein polnisches Korps unter General Dowbor-Musnicki hat in Gegend Bobruisk in angeblich guter Disziplin die Ordnung im Lande aufrecht erhalten und erfolgreich gegen die Bolschewisten gefochten. Es ist mit uns in Verbindung getreten und hat deutsche Hilfe erbeten.

2. Der Ukraine, den Bewohnern Livlands und Estlands und dem polnischen Korps soll Hilfe gewährt werden. Die Wiederaufnahme militärischer Operationen gilt somit nicht dem russischen Volke, sondern den Bolschewisten, den Feinden jeder staatlichen Ordnung, die den Frieden verhinderten und der Ukraine, welche Frieden schloss, den Burgenkrieg erklärten. Der Zweck der Operationen ist, die bolschewistische Regierung zu stürzen und damit uns den Frieden mit Russland zu bringen.

3. Die Operationen in der Ukraine (südlich des Wygonowskoje-Sees) sind somit eine militärische Hilfeleistung in einem Staate, der mit uns Frieden hat, gegen den gemeinsamen Feind, die Bolschewisten. Auch im Operationsgebiete gegen die Grossrussen ist zu beobachten, dass wir nicht, wie bisher, gegen das Volk Krieg führen, sondern nur gegen die bolschewistische „Rote Garde“ und ihre Helfer, dass dagegen die friedliebende Bevölkerung allgemein von unserem Vormarsch die Rettung vom bolschewistischen Terror erhofft.

4. Heeresgruppe Linsingen¹ hat folgende Operationen anzusetzen: a) Stärkere Kräfte auf Luck und Rowno, erste Aufgabe: Besetzung beider Städte, Sicherung der Verbindungen dorthin, b) Gemischte Abteilung auf Luniniec zur Besetzung des Bahnknotenpunktes, c) Gemischte Abteilung auf Siniawka zur Besetzung der Bahnlinie, d) Stärkere Kräfte an der Bahn nach Minsk. Ziel dieser Operation: Minsk, um dort die Verbindung mit dem aus Richtung Bobruisk auf Minsk operierenden polnischen Korps anzunehmen. 18 Landwehr Division wird zu Verfügung gestellt.

5. HeeresgruppeEichhorn² hat ausser den bereits befohlenen Operationen (auf Dünaburg und in Livland) stärkere Kräfte über Moloдецно auf Minsk anzusetzen zu gleichem Zwecke wie 4 Division.

6. Ausserdem bleibt es überlassen, kleinere Operationen aus der Front zwischen Wygonowskoje-See und Ostsee überall dort anzusetzen, wo Beute an russischen Kriegsmaterial zu holen ist.

7. Der Erwerb von Pferden, Lebens – und Futtermitteln ist überall anzustreben, jedoch unter Schonung der Bevölkerung, gegen die wir nicht als Unterdrücker, sondern Befreier vom bolschewistischen Terror auftreten wollen. Dies ist der Truppe bekanntzugeben. Nach allen vorliegenden Nachrichten legt die Bevölkerung weniger Wert auf Geld als auf Tauschegenstände.

8. Es ist von besonderer Wichtigkeit, rollendes russisches Eisenbahnmatrial in die Hand zu bekommen.

9. Eine dünne Besetzung der Stellungen auch hinter den operierenden Truppenkörpern bleibt erforderlich, um den Übertritt in das besetzte Gebiet unter dauernder scharfer Kontrolle zu halten.

10. Die Mitteilung vom Ablaufe des Waffenstillstandes an die Russen hat auf der ganzen Front nördlich des Wygonowskoje-Sees zu erfolgen, sobald die Petersburger Kommissionen zurückgekehrt sind. Hierzu wird besonderer Befehl ergehen. Südlich des Wygowskoje-Gebietes besteht keine zeitliche Einschränkung.

Odpis, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 20.

- 1 Chodzi o grupę operacyjną wojsk niemieckich pod dowództwem generała Alexandra von Linsingena. Wojska te były rozlokowane na Wołyniu i obejmowały następujące związki operacyjne: oddział „Lipa” generała kawalerii Eugeniusza von Falkenhayna, armię austro-węgierską generała Karla Kirchbacha, oddział „Kowel”, grupę generała Hansa von Gronaua i oddział „Słomim” generała von Brietzke (imienia nie udało się ustalić).
- 2 Chodzi o grupę operacyjną wojsk feldmarszałka Hermanna von Eichhorna na obszarach białoruskich i łotewskich, która obejmowała: 10 armię tegoż marszałka, grupę operacyjną „D” generała pułkownika von Kirchbacha (imienia nie udało się ustalić) i armię drugiego generała pułkownika hrabiego Kirchbacha.

Dokument nr 6

1918 luty 18, Wiedeń. – Telegram ministra Ottokara Czernina do ambasadora austro-węgierskiego w Berlinie księcia Gotfrieda Hohenlohe o uchyleniu tych postanowień traktatu pokojowego z 9 lutego 1918 r., które dotyczyły Chełmszczyzny.

Die Cholmer Klausel¹ hat hier eine furchtbare Erregung unter den Polen hervorgerufen, welche eventuell die ganze politische Situation umwerfen kann.

Es ist mir gelungen, mit den hier anwesenden Vertretern der Ukraina den Vertrag zu ändern und zu bestimmen, dass die künftige Zuteilung des Cholmer Gouvernements seinerzeit nach ethnographischen Grundsätzen durch eine gemischte Kommission durchgeführt werden wird. (Text der Abmachung folgt abgesondert.)

Dies war nur möglich, indem ich erklärte, dass die Mittelmächte der Ukraine militärische Hilfe zu bringen bereit sind, ohne dabei zu erwähnen, dass österreichische Truppen bei dem deutschen Vormarsch nicht beteiligt sind, da GeneralArz in-

folge der rumänischen Lage und anderer Gründe unsere Beteiligung für unmöglich erklärt.

Ich ersuche Euer Durchlaucht dringendst und nachdrücklichst, bei der deutschen Regierung und durch dieselbe bei der deutschen Obersten Heeresleitung zu intervenieren, damit ich bei den demnächst in Berlin eintreffenden Ukrainern nicht desavouiert werde und ihnen keine Erklärung darüber gegeben werde, was für Truppen am Vormarsch in das Innere Russlands beteiligt sind.

Czernin

Kopia rozszyfrowanej depeszy, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 28.

1 Chodzi o te sformułowania brzeskiego traktatu pokojowego z 9 lutego 1918 r., które zapowiadały przyznanie tak zwanej Chełmszczyzny Ukrainińskiej Republice Ludowej. J. Pajewski, *Pierwsza wojna światowa...*, s. 663.

Dokument nr 7

1918 luty 19, Wiedeń. – Tłumaczenie depeszy głównodowodzącego wojsk rosyjskich chorążego Mikołaja Krylenki z wezwaniem do organizowania wspólnych masówek z żołnierzami napotykanymi oddziałów niemieckich.

Zirkularaufruf von Petrograd am 19 Februar 3 Uhr 30 Minuten nachmittags in russischer Sprache:

An Standort (?) und an alle Fronten!

Durch die Räte der Volkskommissäre wurde den Deutschen die sofortige Friedensunterzeichnung vorgeschlagen. Ich befehle in allen Fällen eines Zusammenstosses mit den Deutschen ein Massenparlamentieren mit den Soldaten zu organisieren, mit der Aufforderung nicht zu kämpfen. Im Falle einer Absage der Deutschen den möglichen Widerstand zu leisten.

Hauptkommandierender Krylenko¹

Kopia rozszyfrowanego telegramu, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 30.

1 Nikołaj Wasiljewicz Krylenko (1885-1938). Urodził się w guberni smoleńskiej jako syn urzędnika, ukończył studia historyczne i prawnicze na Uniwersytecie Petersburskim. Pracował jako nauczyciel gimnazjalny w Lublinie. W chwili wybuchu rewolucji lutowej służył w rosyjskiej 11 armii, a 22 listopada 1917 r. został mianowany głównodowodzącym wojsk rosyjskich.

Dokument nr 8

1918 luty 25, Baden. – Informacja markiza Augusta Demblina dla ministra Ottokara Czernina o zamierzeniach operacyjnych szefa austro-węgierskiego Sztabu Generalnego generała Arthura Arza na Ukrainie.

Chiffre No 70.

Streng geheim.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegram No 30 vom 21 dieses Monats¹.

Wie Baron Arz mir mitteilt, versucht er momentan drei Aktionen zur Hereinbringung ukrainischen Getreides: I. Eine militärische längs der Bahn in der Richtung gegen Szeptowka; II. Ebenfalls eine militärische längs der Bahn in der Richtung Podwoloczyska-Odessa (diese beiden, indem die Kommanden der operierenden Truppen sich von Ort zu Ort mit den lokalen Machthabern ins Einvernehmen zu setzen suchen) und III. Versucht er die Deutschen zu bewegen, uns von der ihrerseits gemachten Beute in Grossrussland einen Teil abzugeben.

Streng vertraulich fügte Baron Arz hinzu, dass er Seiner Majestät, um nicht wieder gebremst zu werden, nur ganz oberflächlich Meldung über die militärischen Aktionen erstattet habe.

Gleichlautend an Graf Czernin Bukarest.

Kopia rozszyfrowanego telegramu, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 62.

1 Wymienionego tu telegramu nie udało się odszukać.

Dokument nr 9

1918 luty 27, Baden. – Telegram generała Arthura Arza do ministra Ottokara Czernina o powtórnej prośbie przedstawicieli Centralnej Rady Ukraińskiej o pomoc przeciw bolszewickim siłom zbrojnym.

Op.geh. No 1102, nadany o godzinie 21.10.

Feldmarschalleutnant von Csicseric¹ deseschiert 27 Februar aus Brest:

„Die hiesigen Vertreter der ukrainischen Zentralrada haben, völlig übereinstimmend mit einer am 25 Februar vom zwei ukrainischen Vertretern an der Front vorgebrachten Aufforderung und Bitte, österreichisch-ungarische Truppen mögen zu Hilfe der Ukrainer gegen die Gewalttätigkeiten und das verbrecherische Räuberwesen der Bolschewiki in die Ukraina einmarschieren, an unsere Delegation erneut die dringende Bitte nach Intervention unserer truppen in den an Ostgalizien anschließenden ukrainischen Gebieten gestellt und ersuchen um Weitergabe dieser Bitte an das k. und k. Armeeoberkommando“.

Geht an den k. und k. Minister des Äussern Bukarest, dann an k.k. und kgl ungarische Ministerpräsidenten und an Ministerium des Aussern in Wien.

Kopia rozszyfrowanego telegramu, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 68.

1 Chodzi o generała piechoty Maximiliana Csicsericsa, który reprezentował austro-węgierską AOK podczas brzeskich pertraktacji pokojowych.

Dokument nr 10

1918 marzec 7, Barlin. – Memorial księcia Gottfrieda Hohenlohe-Schillinfursta dla ministra Ottokara Czernina o znaczeniu austro-węgierskich operacji wojskowych na Ukrainie.

Gegenstand: Zur Frage des Einmarsches unserer Truppen in die Ukraine.

An Seine Exzellenz den Herrn Minister des k.u.k. Hauses und des Äussern
Ottokar Grafen Czernin.

„Aus meiner ergebensten Berichterstattung haben Euer Exzellenz geneigtest entnommen, wie grossen Wert ich darauf legen zu sollen glaubte, dass sich an dem Einmarsche in die Ukraine auch Teile unserer Wehrmacht beteiligen.

Es ist mir selbstredend von hier aus nicht möglich, alle Ursachen und Einflüsse richtig zu beurteilen und einzuschätzen, die für unsere Stellungnahme in dieser Frage bestimmend waren, andererseits darf ich es nicht unterlassen, Euer Exzellenz zu berichten, welch unglückseligen Eindruck unsere diesbezügliche Haltung hier hervorgerufen hat.

Zur Erläuterung möchte ich in Kurzen die darauf Bezug habenden Tatsachen der Reihe nach anführen.

Mit Telegram Nr 76 vom 18 II^x erhielt ich den Auftrag, dem Staatssekretär Herrn von Kühlmann¹ mitzuteilen, dass infolge der Lage in Rumänien und aus technischen Gründen k. und k. Truppen für den Einmarsch in der Ukraine im Augenblicke nicht disponibel wären; gleichzeitig wurde ich beauftragt, den Staatssekretär zu ersuchen, er möge hierüber nichts verlautbaren, sondern im Reichstage von unserem gemeinsamen Einmarsche in die Ukraine sprechen.

In der Reichstagssitzung vom 19 Februar kam Herr von Kühlmann diesem in dem er erklärte, «die militärischen Actionen in der Ukraine erfolgten durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen».

Am 19 Februar erklärte Herr Seidler² im Abgeordnetenhouse «wir wurden uns im vollen Einvernehmen mit unseren treuen Bundesgenossen an den militärischen Actionen gegen Grossrussland nicht beteiligen» wozu unsere Presse in allen Tonarten immer wieder versicherte, dass uns dieser Kampf Deutschlands mit Russland nicht mehr das Geringste angehe.

Hiegegen erschien am 20-ten ein Communiqué des Kriegspressequartiers in dem es hiess, dass die militärischen Actrionen an der Ostfront im Einvernehmen der beiden verbündeten Mittelmächte erfolgten und dass, wenn dermalen nur das Vorgehen deutscher Kräfte gemeldet würde «sich dies aus Tatsache ergebe, dass das Schwergewicht der österreich-ungarischen Streitkräfte auf dem südlichen Teile der Ostfront liege».

Am 20-ten begründete der Abgeordnete Adler³ im österreichischen Reichsrathe eine sozialdemokratische Interpelation in der die Regierung unter Alles aufgefordert wurde, ihrem Einfluss dahin abzuüben «dass jede Verwendung österreichisch-ungarische Truppen auf dem Gebiete der Ukraine unbedingt vermieden werde».

Bereits am 22-ten erklärte Herr von Seidler im osterreichischen Abgeordnetehouse ohne auf irgenwelche früher erflossene gegenteililige Enunciation zu reflectieren kurz und bündig, «dass der Einmarsch österreichisch-ungarisschen Truppen in die Ukraine nicht erfolge».

Die Ansicht Herrn von Kühlmann über diese Erklärung, die im directen Gegensatz zu jener Stand, die er selbst auf meine Démarche hier im hiesigen Reichstage abgab, habe ich nicht zu hören bekommen, da der Staatssekretär schon nach Bukarest abgereist war.

Inzwischen begann der so erfolgreiche deutsche Vormarsch in Nordrussland so wie in der Ukraine und nun erfuhr die Stellungen – nahme der k. und k. Regierung abermals eine Änderung.

Nachdem der Wiener Bürgermeister Dr Weisskirchner⁴ am 27-ten im Herrenhause ein Antrag über die von der Regierung zur Sicherung des ukrainischen «Brotfriedens» getroffenen Massnahmen eingebracht hatte, erklärte Herr von Seidler am 28-ten im Herrenhause, dass sich seit seinem letzten Erklärungen «die Voraussetzungen wesentlich verschoben hätten und wir den auch an uns gerichteten mit grossten Nachdruck wiederholten Hilfruf der Ukraine nicht länger unberücksichtigt lassen könnten, daher nunmehr doch einmarschieren würden».

Ich möchte nochmals wiederholen, dass ich den Zusammenhang all'dieser sich widersprechenden Enunciationen, die durch Woche unseren Einmarsch in die Ukraine praeludierten, von hier aus gewiss nicht in allen Details beurteilen kann und mir an dieser Stelle auch durchaus kein Urteil hierüber anmassen will.

Welchen Eindruck aber diese ganze Vorgangsweise, wie sie aus den im Vorstehenden kurz recapitulierten Tatsachen hervorgeht, bei unseren Verbündeten gemacht hat, dies habe ich zu meinem grossten Bedauern feststellen müssen, ein Bedauern, das umso grosser war, als dies ganze Vorgehen für den Fernstehenden völlig unverständlich war.

Nach allem, was, wie Euer Exezellenz sich erinnern werden, während der letzten Besprechungen in Berlin unsererseits festgestellt worden war, musste man sich deutscherseits darüber völlig klar sein dass wir uns und zwar ganz begehiflicherweise an einem weiterem Vormarsche deutscher Heeresteile in das «Baltikum» nicht beteiligen würden, was umso einleuchtender war, als wir ja gar keine Truppen an dieser Front hatten. Deutscherseits hat man mit unserer Beteiligung an diesen Operationen auch gar nicht gerechnet und hätte sich ohne ein Wort darüber zu verlieren, damit abgefunden, wenn nicht seitens der k. und k. Regierung und der Presse immer wieder ausdrücklich betont und ausgeführt worden wäre, dass uns Deutschlands Krieg mit ussland nicht das Geringste angehe. Abgesehen davon, dass wir es der hiesigen Öffentlichkeit dadurch sehr leicht machten, auf die seinerzeitige Stellungnahme Deutschlands Italien und Rumänien gegenüber hinzuweisen, voran für recht wenig schmeichelhafte Commentare unser jetziges Verhalten gegen Russland betreffend geknüpft wurden, haben wir hiedurch unsere Stellung bei den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland geschädigt. Während wir nämlich urbi et orbi verkündeten, an dieser letzten Phase des russisch-deutschen Feldzuges ganz unbeteiligt zu sein, verlangten wir im selben Athem anlässlich der zu dieser Zeit hier staatfindenden Sitzungen über Warenbezüge aus Russland unseren Anteil an der deutscherseits hiebei gemachten Beute. Diese Kontraste waren zu stark,

als dass man sie hier nicht sehr unangenehm empfunden und dementsprechend in einem für uns wenig verteilhaften Sinne ausgenützt hätte.

Vollends verwirrt war man hier aber unser Vorgehen der Ukraine gegenüber, indem man sich diese an Widersprüchen so reiche Stellungnahme gar nicht erklären konnte.

Da die sozialistische Interpelation und ihre Begründung durch Dr Adler in directen Zusammenhänge mit der Regierungserklärung zu stehen schien, derzufolge nun auch der Einmarsch in die Ukraine unterbleiben würde, ist es nicht zu verwundern, dass man hier die Haltung der Regierung nur mit einer geradezu krankhaften Angst vor der Sozialdemokratie zu erklären suchte. Ein Artikel der Wiener «Arbeiterzeitung» in den es klipp und klar hies, der Vormarsch in die Ukraine unterbleibe, weil «wir (das heist die Arbeiter) es gefordert haben» musste diese Auffassung nur bestärken. Leider ist auch seither nichts geschehen, was einen berechtigten konnte derlei Ansichten als ungerechtfertigt zurückzuweisen; im Gegenteil seither durfte sich der Abgeordnete Seitz⁵ erfreuen, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1 dieses Monats das Herrenhaus «eine Gesellschaft abgetakelter Exzellenzen und Barone zu nennen, über die man mit Lachen oder Verachtung zur Tagesordnung übergehen könne, ihr jedoch niemals das Recht einräumen dürfte, sich in Staatsangelegenheiten zu mischen» all' das ohne dass es dem Präsidenten auch nur im Entferntesten eingefallen wäre, dem Redner das Ungebührliche seiner Anlassungen vorzuhalten! Wenn unsere Nachbarn sich bei alledem schliesslich achselzuckend sagen, es müsse bei uns doch schon sehr schlecht stehen, wenn die Regierung gezwungen sei, ruhig zuzuhören, wenn es einem Herrn Seitz beliebe, die erste Kammer in unerhörter Weise zu beschimpfen, nur um sich bei den Genossen nicht wieter verwundertlich. Und damit bin ich bei dem Thema angelangt, weswegen ich mir erlauben musste, diese Frage zur Sprache zu bringen.

Gerade jetzt, in den Endphasen des grossen Kampfes, schien es mir ganz besonders wichtig unsere Stellung Deutschland gegenüber so viel als nur irgend tunlich zu festigen, damit wir in der Lage sind, unserem mächtigen Bundesgenossen entsprechend entgegenzutreten, wenn es sich beim endgültigen Friedenshuluss darum handeln wird, unsere Interessen auch gegen deutsche Aspirationen und Pretensionen zu wahren. Unsere Stellung hat nun durch die Ereignisse der letzten Wochen leider sehr gelitten; das wir uns, wenn auch in dreizehnter Stunde, schliesslich entschlossen haben, in die Ukraine einzumarschieren, ist in wirtschaftlicher Beziehung selbstverständlich nicht hoch genug zu veranschlagen, eröffnet uns die doch die Möglichkeit, uns aus dem reichsten Teile der Ukraine, aus Podolien, die so nötigen Vorräte zu beschaffen, die uns kein Vertrag auch nur annähernd in der Weise gesichert hätte als die Möglichkeit, sie uns von dort selbst holen zu können.

Wenn daher dieser Einmarsch trotz seiner Verzögerung vom wirtschaftlichen Standpunkt auf das lebhafteste zu begrüssen ist, so ist damit doch nicht all' der Schaden wieder gut gemacht, der durch die vorhergehenden, sich widersprechenden Entschliessungen unserem Prestige erwachsen ist. Wenn ich all' die Dinge, die aus

diesem Anlasse über unser Verhalten gesprochen worden, auch nicht selbst zu hören bekomme, so bin ich doch hinreichend darüber informiert, was hier gesprochen wird, um zu wissen, dass die Kommentare, die hierüber gemacht wurden, nichts weniger als freundlich waren, hiess es doch vielfach, wir hätten uns nun endlich entschlossen mitzugehen, nur weil wir gesehen hätten, dass die Sache nicht gar so gefährlich sei!

Leider sind wir nicht mächtig genug, um uns den Luxus gestatten zu dürfen, über derlei hier weit verbreitete Ansichten mit souveräner Verachtung zur Tagesordnung überzugehen, sind vielmehr gerade weil wir Deutschland gegenüber tatsächlich die Schwächeren sind, darauf angewiesen, unser Prestige auf das Peinlichste aufrecht zu erhalten. So habe ich es denn auch immer als eine meiner vornehmsten Pflichten betrachtet, in den zahlreichen Unterredungen mit all' den Persönlichkeiten, mit denen ich hier im Laufe dieser letzten Jahre zu tun hatte, immer wieder zu betonen, dass wir Gottlob in der Lage wären, unabhängig von Jedermann unsere eigenen Entschlüsse zu fassen, wobei wir oft mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, von denen man sich hier, dank der verblüffenden Unkenntnis unserer Verhältnisse, auch nicht im Entferntesten Rechenschaft gebe. All' die herrlichen Leistungen der Habsburgischen Monarchie in diesem Weltkriege sein daher noch um ein Vielfaches höher zu bewahren. Hiebei habe ich mir bei allem guten Einvernehmen mit den obersten Civil- und Militärbehörden ihnen gegenüber kein Blatt vor den Mund genommen, wen es darauf ankam, sie etwas nachdrücklicher auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen.

Ich muss jedoch leider erklären, dass nach all' den Vorgängen der letzten Wochen, während welcher die inneren Zustände bei uns für den Fernestehenden ein Bild geradezu klägliches, speziell für den Deutschen ganz unverständlicher Schwäche boten, es recht schwer sein wird, den Deutschen im gegebenen Falle mit der gleichen Schärfe entgegenzutreten, da man hierauf nur zu leicht Dinge zu hören bekommen dürfte, die schwer zu widerlegen und nichts weniger als angenehm sein können.

Die Zeit, die glücklicherweise so schnell vergeht, wird auch dafür sorgen, dass die letzten, für Ausländer wie gesagt völlig unverständlichen Phasen unserer inneren Politik wieder in Vergessenheit geraten, und zwar wird dies umso rasher der Fall sein, je eher einmal ein energisches Wort aus der Monarchie herüberklingt, aus dem zu ersehen wäre, dass die hier sich mehr und mehr einbürgende Auffassung unrichtig ist, wonach bei uns bereits Alles unter der Herrschaft der Sozialdemokratie stehen, von deren Zustimmung die angsterfüllte Regierung alle ihre Pläne und Entschlüsse abhängig macht.

Dass eine derartige Beurteilung unserer Verhältnisse nicht dazu beiträgt, unsere ohnehin schon so heikle Stellung Deutschland gegenüber zu erleichtern, bedarf wohl keiner näheren Ausführung.

Der k. und k. Botschafter
Gottfried Hohenlohe

Kopia rozszyfrowanego telegramu, maszynopis.
PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 74.

x Chodzi o tekst dokumentu nr 6 z 18 lutego 1918 r.

- 1 Richard Kuhlmann, dyplomata i pisarz, w latach 1909-1914 poseł niemiecki w Londynie, od 1917 r. sekretarz stanu w Urzędzie Spraw Zagranicznych Rzeszy. Był kierownikiem niemieckiej delegacji podczas brzeskich pertraktacji pokojowych i podpisał brzeskie traktaty pokojowe w imieniu Niemiec.
- 2 Ernst von Seidler, profesor Uniwersytetu Wiedeńskiego. Za panowania cesarza Karola I prezes Rady Ministrów w monarchii habsburskiej.
- 3 Viktor Adler, austriacki działacz socjalistyczny, poseł do austriackiego parlamentu i redaktor „Arbeiterzeitung”. Został w 1918 r. austro-węgierskim ministrem spraw zagranicznych. Opowiadał się za przyłączeniem Austrii do Rzeszy, czyli za tak zwanym Anschlusssem.
- 4 Bliższych informacji o Weisskirchenerze nie udało się ustalić.
- 5 Jw.

Dokument nr 11

1918 marzec 20, Baden. – Telegram generała Arthura Arza dla ministra Ottokara Czernina o wydarzeniach towarzyszących zajęciu Odessy i o wielkiej zdobyczy wojennej w tym mieście.

Der deutsche bevollmächtigte General beim AOK legte am 19-ten März folgende Zuschrift der Deutsche OHL vor:

„AOK Mackensen Meldet:

Über die Besetzung Odessa durch die Kolonne Vogel¹ am 12-ten bis 14-ten März ging folgender Bericht ein.

Am 12-ten März Stunde 2.30 Nachmittag stiess die Vorhut der auf der Strasse Tiraspol-Kolonie Mannheim-Odessa vordringenden Kolonne Vogel an der Wegegabel 500 Meter nordwestlich Moldowanka auf bolschewistische Gegner in Stärke von etwa 300 Mann und 3 Maschinengewehren, der sich auf Verhandlungen betreffenden Durchmarsch nicht einliess, sondern die verhandelnden deutschen Offiziere gefangen nahm. Die Vorhut erhielt darauf hin von mir den Befehl, sich in den Besitz der von Gegner besetzten Häusergruppen zu setzen. Gegen 8 Uhr abends war der Gegner nach heftigen Feuergefecht geworfen. Die Vorhut rückte bis zum Westrand von Moldawanka, am nächsten Morgen bis zur Bahn östlich Moldawanka nach. Der Feind zerstreute sich während der Nacht. Die am 12-ten März nachmittags nach Odessa entsandten Parlamentäre, Leutnants von Homeyer und Jutzi, meldeten nach ihrer Rückkehr am 12-ten März abends, dass die Besetzung der Stadt verhandelt hätten, sich einige Tage Bedenkzeit aufgeben hätten. Während das Reserve Infanterie Regiment Nr 21 in Ausführung meiner Absicht, ohne Rücksicht auf diese Bedenkzeit die Stadt zu besetzen, im Laufe des vormittags des 13-ten März vom Ostrand von Moldowanka weiter in die Stadt hinein vordrückte, erschien eine Abordnung einer anderen Stadtduma bei mir in Dalnik, mit der ich über die Besetzung der Stadt verhandelte. Das Ergebnis war gegenseitiges Einverständnis über die Besetzung der Stadt zum Zwecke der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Gleichzeitig wurden durch Vermittlung dieser Stadtduma Verhandlungen mit der Flotte eingeleitet, in denen es sich um freien Abzug der Flotte handelte. Tatsächlich dampften

die auf die Reede liegenden 15 Kriegsschiffe daraufhin im Laufe des 13-ten März nachmittags bis auf eins, das den Hafen erst am 14-ten März verliess, ab. Die schwere Bedrohung der Stadt von der See her war damit beseitigt.

Während im Laufe des nachmittags die vordere Linie bis etwa 1 1/2 Km über Moldawanka hinaus in Odessa eingedrungen war, wurde um 5 Uhr nachmittags in westlichen Teile Odessas zwischen mir und den Abordnungen des Vormittages erneut über weitere Einzelheiten der Besetzung verhandelt. Da der Abzug der Flotte noch nicht bekannt war, nahm ich das Angebot der Duma durch die Zeitung zunächst noch beruhigend wirken und den Einzug deutschen Truppen vorbereiten zu wollen, ansetzte weiteres vorrücken für den 14-ten vormittags fest. Gleichzeitig übergab ich anliegende Bekanntmachung zum Anschlag in der Stadt.

Dieses Zusammenschreiben mit der Stadt und ihren Sicherheitsorganen war umso mehr erforderlich, als seinesseits die an der Bahn Schmerinka – Odessa vorgehenden k. und k. Truppen nach den vorliegenden Meldungen gegen Mittag noch südlich der Eisenbahnstation Rozdzielnaja sich befanden und wegen Zerstörung der Strecke nicht weiter vorrücken konnten, andererseits mir bei den geringen verfügbaren Kräften die Unterstützung der städtischen Truppen sehr erwünscht war.

Gegen 6 Uhr abends meldete mir der zur Verbindung mit den k. und k. Truppen entsandte Leutnant von Homayer, dass 3 Eisenbahnzüge mit verbündeten Truppen soeben in Odessa einrollten. Ihn begleitete ein k. und k. Verbindungsoffizier, mit dem ich daraufhin festsetzte, dass am 14-ten März 6.30 vormittags die deutschen und k. und k. Truppen gemeinschaftlich die Besetzung von Stadt und Hafen zum Abschluss bringen sollten. Es wurde dabei eine von der Bahnkreuzung bei Moldawanka nach Nordosten verlaufende Trennungslinie so festgestellt, dass der Hafen in 2 gleiche Hälften geteilt wurde. Hierbei liess der k. und k. Verbindungsoffizier nichts davon verlauten, dass die Absicht bestände, noch während der Nacht Stadt und Hafen zu besetzen.

Die k. und k. Truppen hielten sich nicht an die getroffenen Vereinbarung, sondern besetzten schon während der Nacht ausser dem östlichen Teile der Stadt den ganzen Hafen. Ermöglicht wurde ihnen dieses schnelle Vorgehen mit dem Einrollen von Süden her in die Stadt hinein nur, nachdem durch das siegliche Gefecht der deutschen Truppen 12/13-ten März die Bahnkreuzung bei Moldawanka in unsere Hand gebracht, als Folge des Sieges die Flotte abgedampft war und die Verhältnisse in der Stadt sich beruhigt hatten, während die schwache deutsche Abteilung, noch gefechtmässig gegliedert und durch Sicherungen und Wachen nach allen Seiten stark geschwächt, ohne die k. und k. Unterstützung einen Vormarsch bis zum Hafen bei Dunkelheit in die unbekannt Stadt hinein nicht übernehmen konnte.

gez. [Richard] Vogel

Ergänzung wird von General Kommando 52 gemeldet:

Die entscheidende Besitzgreifung der Stadt war nach Durchführung des Gefechtes westlich der Stadt auf Grund der Verhandlungen mit der Stadtverwaltung sowie durch die am 13-ten März bereits veröffentlichte Proklamation, durchgeführt.

Der gemeinsame Vormarsch zum Abschluss der Besetzung von Stadt und Hafen sollte gleichzeitig am nächsten Morgen durch deutsche und österreichische Truppen stattfinden. Teile der österreichischen Transportzüge rollten jedoch noch am Abend des 13-ten März durch die von uns genomene Vorstadt in die Stadt ein.

Entsprechend der von der Kolonne Vogel dem General Kommando erstatteten Meldung traf das General Kommando am 14-ten März 9.30 vormittags am Hafen von Odessa gleichzeitig mit der vordersten Kompagnie ein, lies dem k. und k. XII Korps Kommando mitteilen, dass der Kommandierende General, General der Infanterie Kosch, als Rangältester den Oberbefehl über Stadt und Hafen Odessa übernehme und seine Exzellenz zur Besprechung aller weiteren Fragen zu sich bitten. Die erste Besprechung fand 1.30 nachmittags statt, bei der Kommandierende General des k. und k. XII Korps mitteilte, dass er von seiner Heeresleitung gleichfalls den Auftrag erhalten habe, Odessa in Besitz zu nehmen; eine freiwillige Unterstellung wurde daher abgelehnt. Der Befehl der Unterstellung des k. und k. XII Korps Kommando unter deutschen Oberbefehl muss daher auch österreichischersets klar ausgesprochen werden.

In einzelnen ist zu melden:

Durchmarsch durch Rumänien und Besarabien:

Die rumänische Behörden haben sich in jeder Beziehung durch Zuverlässigkeit ausgezeichnet. Zustand der Wege bei Trockenheit befriedigend, bei Regen für Truppen Fahrzeuge und Kraftwagen äusserst schwierig. Orientierung bei Tage sehr schwer, bei Dunkelheit ohne landeskundige Führer ausgeschlossen. Für die Wege von Bendery bis Odessa trifft das gleiche zu.

Bahnverhältnisse.

Soweit bei der eiligen Durchfahrt durch Reni festgestellt werden konnte, könnte durch Mohreinstellung des dort befindlichen Bahnmaterials der Betrieb in Besarabien verstärkt werden. Erkundung ergab, dass die gesamte von Norden herüber Bahnstation Rozdielnaja nach Odessa führende Bahnstrecke ist auf Befehl der österreichische Heeresleitung durch die Österreicher übernommen worden, nach Meldungen des Verbindungsoffiziers im Einvernehmen mit der Ukrainische Regierung, die auch die Entlohnung der ukrainischen Bahnbeamten durch Österreich zugeben hat. Bisher sollen hierfür 5 1/2 Millionen Kronen ausgeworfen sein.

Zur Regelung der Benutzung der Bahnlinie durch deutsche und österreichische Truppen die beschleunigte Einsetzung einer gemeinsamen deutsch-österreichischen Eisenbahnkommission vorgeschlagen. Der Befehl hierzu musste gleichfalls von den beiderseitigen Heeresleitungen ausgehen. Die Durchführung von Einzelltransporten wird solange unmittelbar mit dem k. und k. XII Korps Kommando vereinbart. Nach Angabe des Generaldirektors der russischen Südwestbahnen sind zu Zeit in den auf beiliegender Karte einzeichneten Bahnnetz 27 000 Arbeiter angestellt. An rollendem Material ist vorhanden: 700 Lokomotiven, davon 30% in Reparatur, 15 000 Waggons, davon 5% in Reparatur. Die ganze Bahn soll in Ordnung sein bis auf kleinere unwesentliche Zerstörungen durch Bolschewiki.

Arbeiterverheltnisse:

Frühere Arbeitsleistung 9 Stunden jetzt 4 Stunden täglich. Ergangene Arbeitsbefehle des Generaldirektoriums werden dem Arbeiterrad vorgelegt, der beschliesst, wass von dem Arbeitsprogramm auszuführen ist, auch hier ist Wandel geboten.

Zivilverwaltung.

Die ukrainische Regierung sowie die städtische Behörden, letztere zur Zeit durch bolschewistische Ideen durchsetzt, treten allmählich wieder im Erscheinung. Parteikämpfe noch nicht abgeschlossen. In der Stadt befinden sich noch zahlreiche unbewaffnete Soldaten, darunter nach Angabe der städtischen Behörde viele Bolschewiki.

Erbeutetes Material und vorgefundene Vorräte.

Etwa 500 Geschütze, davon 40 schwere, etwa 500 000 Schuss Artillerie Munition, über 4000 Fahrzeuge, 1 Pulvermagazin, etwa 130 zum Teil halb fertige Flugzeuge, grosse Posten Feile, Wolle, Konserven, Gummi, Glyzerin. Noch nicht gezählt ist ein grosses Depot mit mehreren Hundert Geschützen, darunter alte schwerste Schiffsrohre. Baldige Regelung der Verteilung durch beide Obersten Heeresleitungen ist erforderlich.

Flugzeughäfen, Wasserflugzeughäfen im nördlichen Hafenteil 2 Zelte. Flughafen am Südrand von Odessa^x.

Der Kommandierende General Kosch

Die am 13-ten März nachmittags von Oberst Vogel den Dumaabgeordneten übergebene Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung:

Die Stadt Odessa ist am 13 März 1918 von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt worden. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Ruhe zu halten, den Anordnungen der deutschen Behörden im Einverständnis mit der Stadtverwaltung unverzüglich Folge zu leisten und ihrer freundlichen Beschäftigung nachzugeben.

Der Kommandierende General
Kosch

Heeresgruppe Mackensen draht ergänzend noch folgendes:

Der Kampf fand nicht am 13-ten, sondern am 12-ten statt, die Verhandlungen wegen Übergabe der Stadt begannen bereits am 12-ten nachmittags und wurden am 13-ten fortgesetzt. Um Unterstützung durch österreichischen Truppen wurde nicht gebeten, war auch gar nicht möglich, da nicht bekannt war, wo die Österreicher sich befanden. Der erste österreichischer Soldat, der gesehen wurde, war ein österreichischer Fliegeroffizier, der am 13 März mittags bei Dalnik gelandet und im Kraftwagen bis zur Eisenbahn am Westausgang von Odessa vorgefahren war. Bereits am 13-ten vormittags war die Bahn Nowaja Słobodka – Owiodiopol in östlichen Richtung überschritten und bereits am Abend eine Linie in Höhe des Güterbahnhofes erreicht. Somit war das Weichbild der Stadt seit Mittag betreten. Dass Österreicher auf der Eisenbahn anrollten, wurde erst gegen 6 Uhr abends be-

markt. Ein weiteres Vordringen der Kolonne Vogel am 13-ten März abends fand aus den Bereits gemeldeten Gründen nicht mehr statt. Auf die dem k. und k. Verbindungsoffizier am Nachmittag des 13-ten März übertragene Vereinbarung zwecks weiteren Einrückens in Odessa am 14-ten März erfolgte am 13-ten März keine weitere Benachrichtigung.

* *
*

Deutscher bevollmächtigter General beim
k. und k. Armee Oberkommando
J.Nr 6847

Standort des AOK
13.3.1918

Dem

k. und k. AOK

Vorstehender Bericht wurde mir von der deutschen Obersten Heeresleitung mit dem Auftrage übersandt, beim k. und k. Armee Oberkommando dafür einzutreffen, dass die Kriegsmaterialbeute im Verhältnis von 1:1, die Beute an Rohstoffen nach getroffenen Abmachungen geteilt werde.

Die vom k. und k. Armee Oberkommando über Behandlung und Verteilung der Handelschiffe gemachten Vorschläge konnten von der deutschen Obersten Heeresleitung nicht angenommen werden, da sie einseitig österreichisch-ungarische Interessen unter Vernachlässigung der Deutschen, Bulgaren und Türken vertraten.

Desgleichen bin ich von der Obersten Heeresleitung beauftragt, zur Sprache zu bringen, dass Vorkommnisse, wie sie in dem Bericht des AOK Mackensen über das Einrücken in Odessa erwähnt sind unser gegenseitiges, bisher so einmütiges Verhältnis zu trüben geeignet wären. Die Oberste Heeresleitung verzichtet auf einen offiziellen Protest, um die an sich schon gespannte Lage nicht noch weiter zu verschärfen.

Ich darf nach vorstehendes und den Erfahrungen der letzten Tage, ebenso auch unter Berücksichtigung der Umstände, dass die Einnahme von Odessa durch das Vorgehen deutscher Truppen zum mindesten recht erleichtert worden zu sein scheint, freundlichst bitten, im Interesse unseres gemeinsamen Vorgehens den Vorschlägen der deutschen Obersten Heeresleitung zuzustimmen, vor allem aber den Gedanken aufzugeben, dass Deutschland, Österreich Ungarn aus der Ukraina zu verdrängen beabsichtigte. Ich kann versichern, dass nichts weiter, als der Wunsch, den beiden Ländern die im Friedensvertrag gemachten Versprechungen über Zuführung von Lebensmitteln zur Verwirklichung zu verhelfen, die Massnahmen der deutschen Obersten Heeresleitung beeinflusst.

Man hat aber neuerdings in Deutschland den Eindruck, dass Österreich-Ungarn unter allen Umständen, die Vorherrschaft am Schwarzen Meere anstreibt, ein Verurteil, das zu bekämpfen ich mich bisher mit Erfolg bemüht habe.

v. Cramon, General ala suite.

Das k. und k. AOK hat darauf geantwortet:

Die Vorgänge bei Odessa bedürfen noch der Klärung.

Die Aufnahme des in Odessa vorgefundenen Kriegsmaterials ist im Zuge.

Es wird festzustellen sein, ob dieses Kriegsmaterial überhaupt als Beute zu betrachten ist.

Ein Abtransport desselben ist bei den derzeitigen Bahn und Schiffsverhältnissen ausgeschlossen.

Der Vorschlag Op. Geh. 1234/1 bezüglich Behandlung und Verteilung der Handelsschiffe setzt im Punkte 1 fest, dass Schiffe der Verbündeten diesen zurückgeben sind.

Diesen Leitsatz muss noch Österreich-Ungarn für sich beanspruchen, dass die grössten Schiffsverluste am Schwazzen Meere zu ertragen hatte.

Beteiligt werden:

a) Ministerium des Äussern mit der Bitte um fragte Stellungnahme, ob das in der Ukraina Vorgefundene Kriegsmaterial als Beute anzusehen ist und wegen des Standpunktes über die Verteilung der Handelsschiffe. Nach Ansicht des AOK wären weitere Verhandlungen über Schiffsverteilung von den Regierungen als Fortsetzung der Berliner Vereinbarung und Einleitung der Donauakte zu führen.

b) Armmekommando zur Aufklärung der Vorgänge bei Odessa am 12-ten und 13-ten März und zur Bekanntgabe des in Odessa tatsächlich vorgefundenes Materials. Letzteres wäre zu bewachen und vorläufig nicht zu verteilen.

c) Q Abteilung³ des AOK eventuell späterer Verhandlungen über Aufteilung des Kriegsmaterials.

d) Gruppenkommando Cherson General Oberst Graf Kirchbach zur Kenntnis.

e) Chef des FEW⁴, Artilleriegruppe, Fliegergruppe, Presse und Marine Referat zur Kenntnis.

Arz

Kopia, maszynopis.

PA I/836 (Krieg 3, Russland), pagina 80.

x Pod tekstem cytowanego dokumentu generał Arz stwierdza brak mapy kolejowej przy raporcie pułkownika Richarda Vogla.

1 Chodzi o brygadę pułkownika Richarda Vogla, wydzieloną z grupy wojsk feldmaszałka von Mackensena i maszerującą z miasta Reni nad dolnym Dunajem.

2 Generał August von Cramon był przedstawicielem niemieckiego Najwyższego Kierownictwa Wojskowego (OHL) przy austro-węgierskiej Naczelnej Komendzie Armii (AOK).

3 Chodzi prawdopodobnie o Oddział Kwatermistrzostwa w AOK, czyli o oddział do spraw operacyjnych, ponieważ tak zwane kwatermistrzostwo zajmowało się sprawami operacyjnymi.

4 Występującego tu skrótu nie udało się rozwiązać.

**Z DZIEJÓW
WILEŃSKIEJ KONCENTRACJI DEMOKRATYCZNEJ
(1941-1944)**

Wstęp

Działalność Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej (WKD) znana jest przede wszystkim z nie publikowanej relacji J. Dobrzańskiego¹ oraz z kilku wzmianek w opracowaniach poświęconych Wileńszczyźnie lat II wojny światowej². WKD zasługuje na szersze spopularyzowanie i upowszechnienie zachowanych dokumentów, zarówno ze względu na znaczny jej wkład w rozwój ruchu oporu na Wileńszczyźnie, jak i ze względu na osobowość jej organizatora i przywódcy, J. Dobrzańskiego³.

J. Dobrzański – „Maciej” – od początków okupacji Wileńszczyzny był członkiem ścisłego kierownictwa polskiego podziemia: od stycznia 1940 r. Rady Wojewódzkiej przy Komendzie Okręgu ZWZ, od jesieni 1942 r. Konwentu Stronnictw Politycznych, od jesieni 1943 r. Kierownictwa Walki Podziemnej, od czerwca 1943 r. był także zastępcą Delegata Rządu na Okręg Wileński, a od 6 września 1944 Delegatem na ten okręg. Działał także w BiP KO AK, redagując m.in. podziemne pismo „Niepodległość”. Był bliskim współpracownikiem i doradcą politycznym komendanta Okręgu Wileńskiego AK, ppłk. „Wilka”, Aleksandra Krzyżanowskiego. Określany jest w literaturze jako „nieprzeciętna postać nie znająca wprost granic ofiarności w służbie sprawie narodowej”⁴.

J. Dobrzański uważał, że ruchy narodowowyzwoleńcze wypisywały zawsze na swoich sztandarach „wielkie idee społeczno-polityczne niosące postęp”, gdyż „ludzie chcą wiedzieć, o j a k ą Polskę walczą, dla j a k i e j Polski mają złożyć daninę swej krwi”. Uważał też, że „nikt nie pragnie powrotu do starych form i przedwojennych stosunków”⁵. Ponieważ ZWZ w tej sprawie nie zajmował wyraźnego stanowiska, J. Dobrzański zwrócił się podczas pobytu latem 1941 r. w Warszawie do szefa BiP KG ZWZ o wyjaśnienie. Uzyskał odpowiedź, że kwestie te należą do kompetencji rządu, Rady Narodowej i PKP, zaś ZWZ zajmuje się, jako organizacja „apolityczna”, tylko problemami walki zbrojnej. Nawiązał więc kontakt z przywódcami konspiracyjnej PPS-WRN i SL „Roch”. Zapoznał się też z opracowanym przez PPS-WRN *Pro-*

gramem *Polski Ludowej*⁶. Program ten zakładał, że już teraz należy koncentrować siły demokratyczne w celu urzeczywistnienia programu.

Po powrocie J. Dobrzańskiego z Warszawy i zapoznaniu się z przywiezionym przez niego „Programem *Polski Ludowej*” zdecydowano, że istnieje potrzeba koncentracji wszystkich sił demokratycznych Wileńszczyzny w jednym zespolonym ruchu w celu walki o niepodległość, integralność ziem wschodnich i stworzenie po wojnie *Polski Ludowej*⁷. Zorganizowanie ruchu nie było jednak łatwe. Ruch socjalistyczny i inne ugrupowania demokratyczne poniosły na tych ziemiach w latach 1939-1941 duże straty osobowe. Nie „zapaściła korzeni” stworzona tu na jesieni 1939 r. Organizacja Niepodległościowo-Socjalistyczna „Wolność” i latem 1941 r. rozpadła się⁸. Przetrwała wprawdzie centrolewicowa Akcja Ludowa, której program był zbliżony do socjalistycznego, lecz znacznie osłabiła działalność w związku z wyjazdem ks. H. Hlebowicza⁹.

Jesienią 1941 r. starania J. Dobrzańskiego zostały uwieńczone sukcesem. Stworzony został demokratyczny ruch konspiracyjny pod nazwą Wileńska Koncentracja Demokratyczna. Stało się to możliwe, gdyż „wśród rzesz, tzw. tutejszych – napisze później J. Dobrzański – umocniło się dążenie do integralności Ziemi Wschodnich, a przede wszystkim ugruntowało przeświadczenie, że wskrzeszona po wojnie Polska musi odgrodzić się całkowicie od przeszłości sanacyjnej, a droga do jej odgródenia prowadzić musi przez **postęp, demokrację i głębokie reformy społeczne i polityczne**”. Podkreślił też: „Przywieziony przeze mnie z Warszawy w jesieni 1941 r. *Program Polski Ludowej* trafił na odpowiedni klimat i spotkał się z entuzjastycznym przyjęciem tych wszystkich, którzy mieli możliwość zapoznać się z jego treścią¹⁰.”

Platformę ideową WKD (dok. nr 1) oparto na założeniach *Programu Polski Ludowej*. WKD zakładała w nim walkę o niepodległość i integralność ziem wschodnich z Polską, głębokie reformy gospodarcze, społeczne i polityczne, zagwarantowanie szerokich praw i swobód obywatelskich oraz czuwanie, by nie stały one w sprzeczności z dobrem ogółu obywateli. Głoszono też potrzebę kontroli społecznej nad produkcją, sprawiedliwy podział dochodu narodowego oraz równego startu i równych szans awansu społecznego dla wszystkich grup obywateli.

Osoby wstępujące do ruchu zapoznawane były z platformą ideowo-polityczną WKD, którą przedstawiono za pomocą krótkiej ulotki (dok. nr 1), a następnie składały przyrzeczenie (dok. nr 2). Pod koniec 1941 r. platformę ideową Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej przekazano Komendzie Okręgu Wileńskiego ZWZ, a na wiosnę 1942 r. powołanemu na to stanowisko Delegatowi Rządu. J. Dobrzański podkreśla w relacji, że program WKD był tak pociągający, a jednocześnie tak przeciwstawny tym formom współżycia ludzkiego, które miały miejsce na Wileńszczyźnie od września 1939 r., że szeregi tego ruchu szybko rosły¹¹. Do WKD weszła przede wszystkim niepodległościowa lewica, tj. socjaliści, ludowcy, klasowe związki zawodowe oraz lewicujące związki pracownicze. Włączyła się też do ruchu prawie w całości Akcja Ludowa¹².

WKD wypracowała też nowe formy organizacyjne. Na czele ruchu stała Wileńska Rada Niepodległościowa (WRN KD). Nazwa organu naczelnego WKD nie była przypadkowa. Jej skrót (WRN) był taki sam jak skrót nazwy konspiracyjnej PPS, potwierdzał więc socjalistyczny rodowód ruchu oraz symbolizował istotę polskiego socjalizmu, która – jak podkreślał organ prasowy WKD – zawarta została w hasła „Wolność, Równość, Niepodległość”¹³.

W skład WRN KD weszli przedstawiciele głównych stronnictw demokratycznych. Z PPS byli to: J. Dobrzański („Maciej”), L. Krawiec („Kazimierz”), Cz. Ruksza („Wiktor”), F. Stażewski („Oset”) i J. Wroński („Stopa”); z SL: L. Chmaj („Jaroński”), H. Jackiewicz („Marian”), F. Król („Wojciech”) i J. Szkop („Socha”) i z SD: Bocheński („Tadeusz”), J. Greczanik („Ryś”), P. Gulewicz („Witalis”), St. Lisowski („Mikołaj”) i F. Pieślak („Łysy”) z SD i Konspiracyjnego Związku Zawodowego Pracowników Umysłowych.

Rada WKD wybrała ze swego składu prezydium. Funkcję przewodniczącego objął dr J. Dobrzański „Maciej” z PPS, wiceprzewodniczącymi zostali: prof. L. Chmaj „Jaroński” z SL i P. Gulewicz „Witalis” z SD, sekretarzem został J. Wroński „Stopa” z PPS, a zastępcą sekretarza Cz. Ruksza „Wiktor” z PPS.

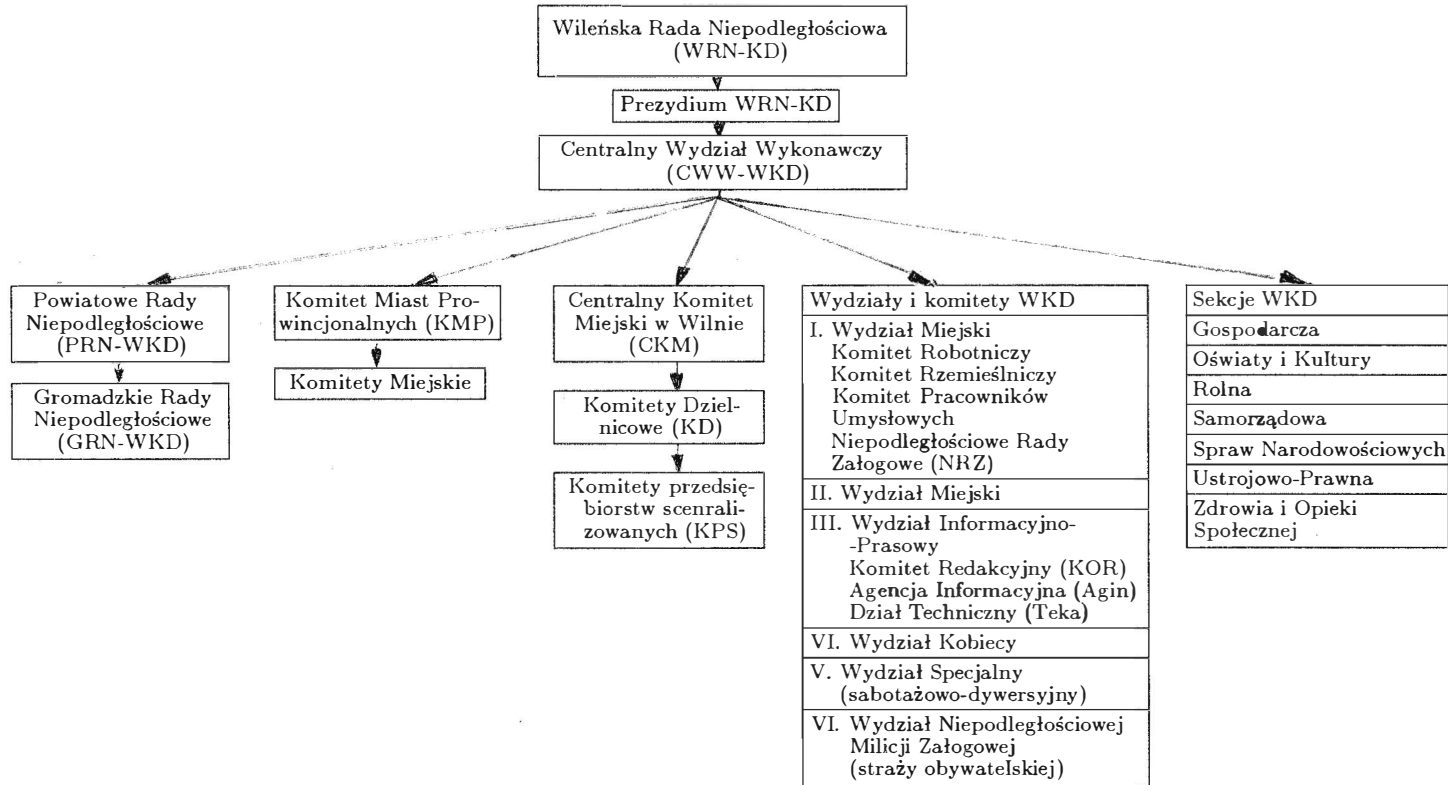
Prezydium WRN KD podlegały:

- Centralny Wydział Wykonawczy (CWW WKD), którym kierowali L. Krawiec „Kazimierz”, H. Jackiewicz „Marian” i J. Greczanik „Ryś”. „Ta trójka – pisze J. Dobrzański – obdarzona wybitnymi zdolnościami i niespożyta energią, położyła największe zasługi w rozwoju ruchu kinspiracyjnego WKD”¹⁴. CWW WKD dzielił się na wydziały: Miejski, Wiejski, Informacyjno-Prasowy, Specjalny (dywersyjno-sabotażowy) i Niepodległościowej Milicji Zakładowej (straży obywatelskiej)¹⁵.
- Sekcje problemowe WKD: Gospodarcza, Oświaty i Kultury, Rolna, Samorządowa, Spraw Narodowościowych, Ustrojowo-Prawna oraz Zdrowia i Opieki Społecznej. Zadaniem sekcji było ustalenie w zakresie swoich kompetencji zadań dla przyszłych władz wojewódzkich. Powołano też zespół koordynujący pracę powyższych sekcji;
- Powiatowe i gminne rady niepodległościowe.

CWW WKD, obok wydziałów, podlegał również działający w Wilnie Centralny Komitet Miejski (CKM). Powoływał on komitety dzielnicowe (KD) i w miarę potrzeb komitety przedsiębiorstw scentralizowanych (KPS), które organizowały na swoim terenie niepodległościowe rady załogowe (NRZ), ewentualnie w mniejszych zakładach wybierały Mężów Zaufania (MZ). Obok CKM istniał Komitet Miast Prowincjonalnych (KMP), który powoływał w miastach powiatowych i uprzemysłowionych miasteczkach komitety miejskie (KM). KM powoływały z kolei na swoim terenie NRZ lub MZ. (Por. schemat 1). Skład i zadania wydziałów oraz komitetów zostały szczegółowo określone w regulaminach (dok. nr 6, 7 i 9).

Działalność WKD w Wilnie opierała się przede wszystkim na tajnych klasowych związkach zawodowych i związkach pracowników umysłowych. Wydział Miejski, kierowany przez Cz. Rukszę „Wiktora”, powołał do życia trzy komitety: robotniczy, którym kierował F. Stężowski „Oset”, rzemieślniczy, którym kierował Pieślak

Struktura organizacyjna Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej



Źródło: Zestawił M. Gnatowski na podstawie materiałów ze źródeł rozproszonych.

„Łysy” i pracowników umysłowych, kierowany przez St. Lisowskiego (po jego aresztowaniu i straceniu w 1942 r. kierownikiem był L. Krawiec „Kazimierz”, a po jego aresztowaniu w 1943 r. – J. Greczanik „Ryś”). Komitet pracowników umysłowych należał do najaktywniejszych i miał szeroko rozbudowane komórki organizacyjne. Opierał się on w swojej działalności na Niepodległościowej Komisji Porozumiewawczej Związku Pracowników Umysłowych, w skład której wchodziło 11 związków¹⁶.

Wydziałem Wiejskim kierowali L. Chmaj „Jaroński”, H. Jackiewicz „Marian” i F. Król „Wojciech”. Zorganizowali oni liczne komórki organizacyjne we wsiach i gminach, przede wszystkim we wsiach polskich, w powiatach: brasławskim, oszmiańskim, postawskim, święciańskim, wileńsko-trockim i lidzkim woj. nowogródzkiego. Aktywnymi działaczami WKD na wsi byli nauczyciele.

Do aktywnie działających wydziałów WKD należał Wydział Kobiecy. Kierowała nim M. Sadowska „Ada”. Wydział prowadził działalność polityczno-propagandową wśród kobiet oraz organizował grupy pielęgniarsko-sanitarne dla potrzeb przygotowawczego przez AK powstania. „Wydział Kobiecy – wspomina J. Dobrzański – był bardzo pomocny w pracy konspiracyjnej i wybitnie rozszerzał wpływy WKD wśród ludności”¹⁷.

Zgodnie z celami i bieżącymi zadaniami WKD dużo uwagi poświęcała działalności informacyjno-propagandowej. Zadania te trafnie określone zostały w artykule wstępnym organu prasowego „Droga Wolności”. Czytamy w nim: „Przeżywana przez nas chwila dziejowa wymaga intensywnego przygotowania mas pracujących do zadań, które je czekają, tj. do walki o Nową Polskę. Praca ta musi iść w kilku kierunkach.

- Z jednej strony wyteńczyć musimy wszystkie wysiłki w celu odzyskania Niepodległości i wygnania z naszego kraju zniechęconych okupantów, niemiecko-litewskich.
- Z drugiej strony pogłębiać musimy w świadomości mas obraz tej „Polski Jutra”, o którą walczymy – Polski Ludowej i Demokratycznej – Polski Wolności, Równości i Sprawiedliwości Społecznej, której współgospodarzami staną się masy ludu pracującego i wezmą na swoje barki odpowiedzialność za jej dalsze losy.
- Wreszcie czuwać musimy, by postawa nasza w okresie przedłużającej się niewoli była godna Polaka, zwalczać musimy wszelkie objawy zaprzaństwa, zdrady i wysługiwania się wrogom”¹⁸.

Zadania te z powodzeniem wypełniał Wydział Informacyjno-Prasowy (WIP), którym kierował J. Wroński ps. „Stopa”. Był on „duszą” wydziału i – jak pisze J. Dobrzański – włożył w jego zorganizowanie i rozwój „maksimum energii, zapala i talentu organizacyjnego”¹⁹. W lutym 1944 „spalony” J. Wroński „Stopa”, przeniósł się do BiP w okręgu nowogródzkim AK, a jego dotychczasowe obowiązki przejął E. Greczanik pseud. „Ryś”. W lipcu 1942 r. WIP rozpoczął wydawanie dwóch pism (miesięczników): „Droga do Wolności”, przeznaczonego dla ludności miejskiej i „Polska Ludowa” – dla ludności wiejskiej. W następnym roku zrezygnowano z wydawania dwóch pism i rozpoczęto druk jednego organu prasowego WKD pt. „Jednością silni”. W sierpniu 1943 r. ukazał się jego pierwszy numer i odtąd

pismo wydawane było regularnie w nakładzie 500-800 egz. Ostatni, 11 numer, wyszedł w sierpniu 1944 r.

Ponadto Agencja Informacyjna „Agin” wydawała swój biuletyn zawierający wiadomości z terenu. Pierwszy numer, wydany na powielaczu, ukazał się w lipcu 1943 r. (dok. nr 8). Następne drukowano w drukarni Komendy Okręgu Wileńskiego AK w zwiększonym nakładzie. Agencja miała swoich informatorów w całej Wileńszczyźnie i w Nowogródzkim. W artykule *Stając do służby*, opublikowanym w pierwszym numerze biuletynu „Agin”, przedstawione zostały cele i zadania agencji (dok. nr 8). Czytamy w nim m.in.: „Oddając w ręce Czytelników pierwszy numer „Agin-u” stawiamy sobie za cel informowanie społeczeństwa polskiego o wypadkach z naszego najbliższego frontu, o lokalnych tragediach i cichych bohaterstwach. **Chcemy uwiecznić obraz stosunków panujących w naszym Kraju w czasach ponurej okupacji, w przeddzień naszego Wyzwolenia, a przede wszystkim być głosem wieszczącym światu całemu, że wbrew licznym zakusom Ziemia ta polską jest i polską będzie, bo taka jest, pisana krwią, woła lwiej części tu zamieszkałej ludności.**

(...) Sądzymy, że tą drogą przyczynimy się do stworzenia jednolitego, potężnego i żywego frontu całego naszego terenu przeciwko zarówno „brunatnym”, jak i „czerwonym” najeźdźcom”²⁰.

Wydziałem Niepodległościowej Milicji Zakładowej (Straży Obywatelskiej) kierował Małek²¹. Tworzył on w ścisłym porozumieniu z niepodległościowymi radami załogowymi (NRZ) oddziały straży w przedsiębiorstwach, fabrykach i zakładach pracy prowadzonych przez okupanta. Miały one za zadanie ochronę zakładów przemysłowych przed ich wywiezieniem do Rzeszy lub zniszczeniem w okresie wyzwania. Niepodległościowa milicja organizowała również wraz z NRZ szkodnictwo i sabotaż. Ten front walki wewnętrznej traktowano w WKD jako „celowy i skuteczny, aczkolwiek żmudny i mało efektywny”²².

W celu usprawnienia działalności sabotażowej i dywersyjnej, w Wydziale Specjalnym opracowane zostały przez specjalistów odpowiednie, ściśle tajne, instrukcje: szerzej kolportowaną instrukcję ogólną (dok. nr 11) oraz instrukcje szczegółowe, przeznaczone wyłącznie dla grup sabotażowych (dok. nr 12), w których sprecyzowane zostały zadania dla warsztatów mechanicznych, stolarskich i tartaków oraz na kolei.

W instrukcji ogólnej wskazywano m.in.: „Walka z okrutnym najeźdźcą ziem naszych musi być prowadzona na wszystkich frontach i każdy jej sposób jest dobry, o ile prowadzi do naszego zwycięstwa. Każdy jednak rodzaj walki musi być stosowany w zależności od specyfiki warunków zapewniających mu niezawodność i powodzenie.

(...) Sytuacja polityczna nie dojrzała jeszcze na naszych terenach do otwartej walki powstańczej, musimy więc niszczyć wroga w walce podziemnej, wyszukując jego najłabsze i najczulsze miejsca, tym bardziej że godzina czynu zbrojnego już bliska i czas najwyższy, byśmy do tej walki okrzepli i przygotowali się”²³.

Brak źródeł nie pozwala na obecnym etapie badań ustalić, w jakim stopniu tak szeroko zaplanowaną sieć konspiracyjną WKD udało się zorganizować. Wiadomo natomiast, że jej organizatorzy byli ideowymi i bardzo aktywnymi działaczami. Jak pisze J. Dobrzański: „Szeroko rozbudowana, świadoma celów i bardzo aktywna siatka konspiracyjna WKD uzyskiwała coraz silniejszy wpływ na szerokie rzesze społeczeństwa polskiego Wileńszczyzny. Określone jasno przez WKD cele walki podziemnej i założenia ideowe, stawiające jasno sprawę całkowitego zerwania z przedwojenną przeszłością sanacyjną i budowania Polski nowej, lepszej i społecznie sprawiedliwej, pociągały masy z różnych grup i warstw społecznych. Duże też było oddziaływanie WKD na Komendę Okręgową AK jak i na Okręgową Delegaturę Rządu w Wilnie”²⁴.

WKD występowała do Komendy Okręgu AK i Delegatury Rządu z różnymi inicjatywami, zarówno oficjalnie, jak i przez swoich członków, działających w ich strukturach. Szczególnie ściśle było powiązanie WKD z AK. Większość jej członków była zaangażowana w różnych komórkach siatki konspiracyjnej AK. „Z Delegaturą – jak pisze J. Dobrzański – współpraca układała się „nieco trudniej”²⁵. J. Dobrzański, w imieniu WKD, protestował przeciwko obsadzeniu stanowiska Delegata Rządu w Wilnie z „partyjnego klucza” przez przedstawiciela Stronnictwa Narodowego, partii – jak wówczas określano – „wojującego nacjonalizmu i wstecznicstwa”, gdyż nie dawało to rękojmi, że zasada równych praw wszystkich narodowości będzie przestrzegana. Ze sprawą tą J. Dobrzański, przestrzegając obowiązujących reguł, zwrócił się oficjalnie do Delegatury RP w Warszawie. Nie uzyskał jednak, mimo starań, zrozumienia w Centrali i WKD musiała pogodzić się z mianowaniem delegata z klucza. Wybrano jednak Zygmunta Federowicza „Albina” – osobę o dużej kulturze osobistej i umiarkowanych poglądach politycznych. W kwietniu 1943 r. J. Dobrzański został jego zastępcą²⁶.

W maju 1942 r. WKD zgłosiła Komendantowi Okręgu AK rezolucję o konieczności tworzenia w terenie samodzielnych polskich oddziałów partyzanckich (dok. nr 3 i nr 4). Działacze WKD rozumieli konieczność przygotowania sił do ostatecznej rozprawy z okupantem. Tkwiąc w terenie, dostrzegali także wzmagający się terror okupacyjny, coraz większą liczbę konspiratorów „spalonych”, zagrożonych aresztowaniem, wywiezieniem na roboty do Rzeszy lub powołaniem do pomocniczych służb w Wehrmachcie. Uzasadniało to potrzebę wyprowadzenia ludzi z miejskiej konspiracji do „lasów” i tworzenia tam oddziałów partyzanckich²⁷.

WKD uczestniczyła we wszystkich istotnych przejawach życia konspiracyjnego. W sieci konspiracyjnej WKD kolportowano pismo AK „Niepodległość”, które zresztą redagował J. Dobrzański. Działacze WKD nawiązali kontakt z gettem wileńskim i okazywali pomoc Żydom. Zabiegali o tworzenie nowych form współżycia między narodami zamieszkującymi ziemię wschodnie i szukali porozumienia z Litwinami i Białorusinami. Z inicjatywy WKD, w czerwcu 1942 r. doszło do sondażowych rozmów z przedstawicielami socjalistów i ludowców litewskich (dok. nr 5). Rozmowy jednak, pomimo że przebiegały w duchu pojednawczym, poza prezen-

tacją stanowisk nie przyniosły konkretnych ustaleń. W ówczesnej sytuacji również rozmowy prowadzone z udziałem Komendanta Okręgu AK i Delegata Rządu nie dały oczekiwanych rezultatów²⁸.

WKD działała na obszarach województwa wileńskiego i powiatu lidzkiego woj. nowogródzkiego od jesieni 1941 r. Zakończyła ją latem 1944 wraz z wyzwoleniem tych obszarów. Jej organizatora oraz wielu innych działaczy władze radzieckie aresztowały i zesłały do więzień i łagrów. Pozostali repatriowali się do Polski lub zaniechali działalności, ukrywając przynależność do WKD. Dopiero po wielu latach powstała możliwość przedstawienia Czytelnikom działalności WKD.

Cennym uzupełnieniem informacji o założeniach ideowych, strukturze organizacyjnej i podejmowanych inicjatywach WKD jest treść 15 publikowanych niżej dokumentów. Publikowane dokumenty zostały sporządzone przez WKD. Znaczna ich część pochodzi z Archiwum Akt Nowych w Warszawie, część natomiast ze zbiorów J. Dobrzańskiego. Nie były one dotąd publikowane.

Publikujemy je w układzie chronologicznym, bez skrótów i zmian. Jedynie w kilku przypadkach zostały uwspółcześnione oraz ujednolicone i rozwinięte skróty ze względu na fakt, że, nawet w jednym dokumencie, stosowany był odrębny ich zapis. Każdy dokument otrzymał kolejny numer i poprzedzony został regestem z datą określającą czas i miejsce jego powstania. W końcu dokumentu znaleźć można informację o miejscu jego przechowywania oraz przypisy, które w zasadzie ograniczają się do kwestii techniczno-formalnych. Z przypisów rzeczowych zrezygnowano na rzecz szerszego wstępu merytorycznego o WKD i jej organizatorach.

PRZYPISY

- 1 J. Dobrzański, *Wilno w walce z okupantem, 1941-1944*. Studium Polski Podziemnej w Londynie oraz Instytutu Historii w Warszawie, A-408/62, Biblioteka KUL w Lublinie, rkp. 220.
- 2 W. Chocianowicz, *Ziemie Wschodnie RP w latach 1939-1944*, w: *Pamiętnik Wileński*, Londyn 1972, s. 93-95; L. Tomaszewski, *Kronika Wileńska, 1941-1954. Z dziejów polskiego państwa podziemnego*, Warszawa 1992, s. 22-24; F. Król, *Białe noce czarne dni*, Warszawa 1993, s. 27-32.
- 3 Jerzy Bohdan Piotr Dobrzański, pseud. „Maciej”, „Irwid”, urodził się 3.X.1889 r. w Warszawie. Uczył się w IV Gimnazjum w Warszawie, gdzie w 1905 r. był członkiem Szkolnego Komitetu Strajkowego. W latach 1909-1914 ukończył studia medyczne na Uniwersytecie Jagiellońskim. W latach I wojny światowej był lekarzem w wojsku rosyjskim, a następnie przebywał półtora roku w niewoli austriackiej. W 1918 r. powrócił do Polski. W latach 1919-1923 służył w WP jako lekarz, w tym również w Wilnie, gdzie pozostał po wyjściu do cywila. Pracował do 1939 r. jako ordynator w szpitalu kolejowym i jednocześnie działał w towarzystwach lekarskich, sportowych, był radnym miejskim.

Od 1909 r. związał się z ruchem socjalistycznym, był m.in. członkiem władz TUR. Po włączeniu Wilna do Litwy w 1939 r. był członkiem prezydium Komitetu Polskiego. Od listopada 1939 r. aktywnie działał w konspiracji niepodległościowej, początkowo w Akcji Ludowej, a następnie w ZWZ-AK.

1.VI.1945 r. został aresztowany przez władze radzieckie jako Delegat Rządu na Okręg Wileński i skazany na 20 lat katongi. W 1956 zwolniony został z odbywania kary i na początku następnego roku powrócił do kraju. Pracował we Wrocławiu w przychodni kolejowej. W 1962 przeszedł na emeryturę. Zmarł 29.IV.1970 r.

- Za zasługi w walce konspiracyjnej był wielokrotnie odznaczany, m.in. w 1943 r. Krzyżem Walecznych i w 1944 r. Złotym Krzyżem Zasługi z Mieczami. W 1942 r. otrzymał też awans do stopnia majora.
- 4 R. Korab-Żebyk, *Operacja Wileńska AK*, Warszawa 1988. Wyd. II, Przedmowa T. Jędruszczaka, s. 21.
 - 5 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 12.
 - 6 Przyjęty w sierpniu 1941 r. przez PPS-WRN *Program Polski Ludowej* przedstawiał wizję państwa polskiego jako w pełni suwerennej i demokratycznej republiki, realizującej ideały sprawiedliwości społecznej. Określenie „Polska Ludowa” zostało później przez komunistów wypaczone i stało się w odczuciu społecznym synonimem państwa komunistycznego.
 - 7 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 13-14.
 - 8 Szerzej o tej organizacji pisze L. Tomaszewski, *Kronika wileńska 1939-1941*, Warszawa 1990, wyd. II, s. 80-81.
 - 9 Tamże, s. 81-82.
 - 10 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 47. Podkreślenie oryginału.
 - 11 Tamże, s. 60-61.
 - 12 Z Akcji Ludowej do WKD nie weszła tylko grupa radykalno-społecznej młodzieży katolickiej, na czele której stał ks. H. Hlebowicz (por. W. Chocianowicz, dz. cyt., s. 93).
 - 13 „Droga do Wolności” nr 1, z lipca 1942 r., artykuł *Droga polskiego socjalizmu*.
 - 14 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 62.
 - 15 L. Tomaszewski w pracy *Kronika wileńska 1941-1945...* używa nazwy „Niepodległościowa Milicja Fabryczna” (s. 23), natomiast Chocianowicz (s. 94) i Dobrzański (s. 70-71) piszą o Niepodległościowej Milicji Załogowej.
 - 16 W. Chocianowicz, dz. cyt., s. 93.
 - 17 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 64.
 - 18 „Droga Wolności”, nr 1, z lipca 1942 r.
 - 19 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 64.
 - 20 Biuletyn Informacyjny „Agin” 1943, nr 1. Podkreślenie oryginału.
 - 21 Nieustalone zostało imię i pseudonim.
 - 22 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 71.
 - 23 Tamże, s. 72-73.
 - 24 Tamże, s. 83.
 - 25 Tamże, s. 83.
 - 26 L. Tomaszewski, *Kronika wileńska 1941-1945*, s. 25-26.
 - 27 J. Dobrzański, dz. cyt., s. 40.
 - 28 L. Tomaszewski, *Kronika wileńska 1941-1945*, s. 75-79; W. Borodziejewicz, *Rozmowy polsko-litewskie w Wilnie 1942-1944*, „Przegląd Historyczny”, t. LXXX, 1989, z. 2, s. 317-337.

DOKUMENTY

Dokument nr 1

[1941 Wilno]¹

PLATFORMA IDEOWA WILEŃSKIEJ KONCETRACJI DEMOKRATYCZNEJ

1. Walka o Niepodległość Polski i zapewnienie Jej należnego stanowiska w Związku Wolnych Ludów Europy.
2. Walka o przebudowę społeczną Odrodzonej Polski w drodze niezwłocznych reform gospodarczo-społecznych i politycznych.
3. Kontrola Społeczna nad produkcją i sprawiedliwym podziałem dochodu społecznego.
4. Powołanie Rządu, posiadającego zaufanie mas ludu pracującego, dostatecznie silnego do utrwalenia bytu niepodległego oraz przeprowadzenia reform społecznych.
5. Zagwarantowanie maksimum praw i swobód obywatelskich z tym zastrzeżeniem, że interes jednostki nie może stać w sprzeczności z wymaganiami dobra ogółu.
6. Zagwarantowanie równego startu i możliwości awansu społecznego dla wszystkich warstw społecznych, przez powszechność i bezpłatność nauczania i udostępnienie wyższego wykształcenie zdolnej młodzieży.
7. Dążenie, by przebudowa społeczna szła w parze z odrodzeniem moralnym społeczeństwa w oparciu o ideały etyki chrześcijańskiej.

Oryginał, maszynopis,
AAN,O.VI,211,t.16,k.1

1 W nawiasach kwadratowych podano ustaloną na podstawie innych źródeł datę i miejsce powstania dokumentu.

[1941 r., Wilno]

Rota
przrzeczenia składanego przez członków WKD

Przejęty głęboką miłością Ojczyzny, świadom celów politycznej i społecznej demokracji, wstępuję dobrowolnie w szeregi konspiracyjnego ruchu mas pracujących Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej, by bezkompromisową walką i pracą Niepodległą Polskę Ludową wskrziesić – wolność człowieka ziścić – równość i sprawiedliwość społeczną w życie wprowadzić.

Przyrzekam być karnym i ofiarnym członkiem Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej i przyczyniać się wszystkimi dostępnymi środkami do Jej rozwoju. W stosunku do towarzyszy walki będę kierował się uczuciami przyjaźni i szczerości. Nade wszystko zobowiązuję się zachować całkowitą tajemnicę spraw organizacyjnych. Zdrada, fałsz i tchórzostwo będą mi obce.

Odpis, maszynopis.

J. Dobrzański, *Wilno w walce z okupantem, 1941-1944*, Zbiory IH PAN w Warszawie, sygn. A-408/67, s. 49-50

21 maj 1942 r., Wilno

REZOLUCJA¹

w sprawie ochrony ludności polskiej przed zarządzeniami mobilizacyjnymi władz okupacyjnych oraz w sprawie tworzenia samodzielnych oddziałów partyzanckich na zapleczu frontu wschodniego.

WRN Koncentracji Demokratycznej po omówieniu aktualnej sytuacji politycznej i wojennej świata i zapoznaniu się [z] fatalnym położeniem społeczeństwa polskiego zamieszkałego w obrębie autonomicznego okręgu Litwy, uważa:

1. że nieuniknione załamanie się bloku faszystowskiego musi nastąpić w roku bieżącym;
2. że sytuacja w Europie, dogodna dla jednoczesnego powstania we wszystkich krajach okupowanych przeciw faszystowskiej tyranii Niemiec i Włoch dojrzeje do realizacji dopiero po niszczących walkach obecnego lata;
3. że zbliżający się koniec wojny wymaga od społeczeństwa polskiego aktywności i wzięcia inicjatywy w walce powstańczej na naszych terenach.

Wobec tego WRN Konc[entracji] Dem[okratycznej] stwierdza:

1. że dalsze bierne ustosunkowanie się społeczeństwa polskiego do akcji niemiecko-litewskiej, zmierzającej do wyniszczenia i wywiezienia z naszego kraju elementu polskiego byłoby w najwyższym stopniu szkodliwe;
2. że dopuszczenie do wcielenia Polaków w szeregi armii litewskiej, – do pomocniczej służby przyfrontowej, – jak też do przemysłu wojennego Niemiec, – da w swych konsekwencjach wzmocnienie naszych wrogów, przedłużenie wojny oraz spowoduje ogromne ofiary Narodu Polskiego na rzecz sprawy nam obcej i wrogiej;
3. wyeliminowanie w powyższy sposób przez naszych wrogów młodszych i aktywniejszych elementów społeczeństwa polskiego uniemożliwi nam w przyszłości w momencie rozstrzygającym wszelką akcję zbrojną.

Dlatego też WRN Konc[entracji] Dem[okratycznej] uważa za konieczne przeciwstawić się powyższym zamierzeniom mobilizacyjnym naszych wrogów przez:

1. zorganizowanie s a m o d z i e l n y c h^{a)} oddziałów partyzanckich, z Polaków chroniących się przed służbą wojskową lub cywilną u wroga;
2. natychmiastowe wejście w porozumienie z Rządem Polskim w Londynie, z przedstawicielstwem polskim i państw Sprzymierzonych w Moskwie oraz dowództwem Armii Sowieckiej celem uzyskania pomocy materiałowej, a także skontaktowanie się z dowództwem Pol[skich] Sił Zbrojnych w Rosji celem otrzymania wyszkolonych instruktorów desantowo-partyzanckich dla oddziałów polskich, tworzących się na zapleczu frontu wschodniego;

3. tworzenie powyższych oddziałów stopniowo i potajemnie, nie wprowadzając ich na razie do działań bojowych, a zachowując je na naszym terenie, aż do chwili dogodnej dla ogólnego powstania;
4. przygotowanie moralne i materiałowe szerokich mas ludu polskiego oraz innych grup narodowych do bezpośredniej walki powstańczej o Wolność i Nowy, Demokratyczny porządek na Międzymorzu Bałtycko-Czarnomorskim.

Wilno, dn. 21.V.1942.

WRN
Koncentracji Demokratycznej

Oryginał, maszynopis,
AAN,O.VI.211,t.16,k.6

a) podkreślenie oryginału

- 1 Według informacji J. Dobrzańskiego jest to prawdopodobnie pierwsza wersja rezolucji przygotowanej przez Jerzego Wrońskiego „Stopę”. W maju 1942 r. przekazał on komendantowi okręgu wileńskiego AK rezolucję w tej sprawie, noszącą datę 23.V.1942 r. Por. dokument nr 4.

23 maj 1942 r., Wilno

Rezolucja WKD o konieczności tworzenia w terenie samodzielnych polskich oddziałów partyzanckich¹

Analiza sytuacji wojennej i politycznej wskazuje niezbicie, że Niemcy wkrótce już staną u kresu swych sił. W przewidywaniu zbliżającej się katastrofy, zaostrezza swój bestialski stosunek do ludności krajów okupowanych, dążąc do całkowitego wyniszczenia jej przez rabunkowy system rekwizycyjny, planowo zmierzający do wygłodzenia ludności, oraz przez masowe wywożenie na roboty w przemyśle wojennym niemieckim, celem złuzowania dla służby frontowej resztek swoich rezerw ludzkich.

Zarządzona ostatnio przymusowa branka ludności polskiej w wieku od 17-45 lat bez różnicy płci na roboty w przemyśle zbrojeniowym Rzeszy pod bombami Sprzymierzonych, zdziesiątkuje do reszty naszą ludność. Ponadto na terenie okupacji niemiecko-litewskiej, zastosowany przez władze niemieckie z pogwałceniem elementarnych zasad i praw międzynarodowych, p o b ó r^{a)} 4-ch roczników młodzieży do służby pomocniczo-wojskowej na froncie oraz przygotowywana mobilizacja dalszych kilkunastu roczników, zmuszą nas do hańbiącej służby we wrogich szeregach i do złożenia obfitej, a bezcelowej daniny krwi.^{a)}

Wobec tak tragicznego położenia społeczeństwa polskiego uważamy:

- że wymaga ono wzmocnienia ze strony społeczeństwa polskiego aktywności oporu i wzięcia w swoje ręce inicjatywy w walce powstańczej na naszych terenach.
- że dalsze bierne ustosunkowanie się społeczeństwa polskiego do akcji niemiecko-litewskiej, zmierzającej do wyniszczenia i wywiezienia z naszego kraju elementu polskiego, byłoby w najwyższym stopniu szkodliwe,
- że dopuszczenie do wcielenia Polaków w szeregi armii litewskiej bądź do pomocniczej służby przyfrontowej, jak też do pracy w przemyśle wojennym Niemiec, da w swych konsekwencjach wzmocnienie naszych wrogów, przedłużenie wojny, oraz spowoduje niepomiarne wielkie ofiary Narodu Polskiego na rzecz sprawy nam obcej i wrogiej.
- że wyeliminowanie w powyższy sposób przez naszych wrogów młodszych i aktywniejszych elementów społeczeństwa polskiego, uniemożliwi nam w przyszłości, w momencie rozstrzygającym, wszelką akcję zbrojną.

Dlatego też uważamy za konieczne przeciwstawić się powyższym zamierzeniom mobilizacyjnym naszych wrogów:

1. Przez zorganizowanie s a m o d z i e l n y c h o d d z i a ł ó w p a r t y z a n c k i c h^{a)} z Polaków, pragnących uchronić się przed służbą wojskową lub cywilną u wroga.

2. Przez natychmiastowe porozumienie się z R z ą d e m P o l s k i m w L o n d y n i e, P r z e d s t a w i c i e l s t w e m P o l s k i m^{a)} i państw Sprzymierzonych w Mo-

skwie, a także skontaktowanie się z dowództwem Polskich Sił Zbrojnych^{a)} organizowanych w Rosji, celem przetrucenia drogą powietrzną wyszkolonych instruktorów partyzanckich desantów dla Oddziałów Polskich,^{a)} tworzących się na zapleczu frontu wschodniego, oraz porozumienie się z dowództwem Armii Radzieckiej celem uzyskania drogą lotniczą dla desantów koniecznego zaopatrzenia materiałowego.

3. Przez zorganizowanie powyższych oddziałów terenowych stopniowo i potajemnie, nie wprowadzając ich na razie do działań bojowych w celu zachowania ich na naszym terenie, aż do chwili dogodnej dla ogólnego powstania.

4. Przez przygotowanie moralne i materiałowe szerokich mas ludu polskiego oraz innych bratnich grup narodowych do wspólnej bezpośredniej walki powstańczej o Wolność i Nowy Demokratyczny porządek na Międzymorzu Bałtycko-Czarnomorskim.

Wilno, 23.V.1942 r.

Wil[eińska] Koncentr[acja] Demokrat[yczna]

Odpis, maszynopis

J. Dobrzański, cyt. praca, s. 88-90.

a) podkreślenie oryginału

- 1 J. Dobrzański powyższy tekst rezolucji poprzedził następującym zdaniem: „Treść tej rezolucji (opracowanej przez ob. Stopę-Wrońskiego) w skrócie brzmiała następująco”. Natomiast po zacytowaniu tekstu dodał: „Rezolucję tę złożyłem na ręce Komendanta Okręgu Wileńskiego AK „Wilka” (A. Krzyżanowskiego) na posiedzeniu Komitetu Politycznego Kierownictwa Walki Konspiracyjnej”. (Por. cyt. praca, s. 88 i 90).

1942 r., Wilno

Sprawozdanie ze spotkania przedstawicieli polskich stronnictw Wileńskiej Koncentracji Demokratycznej z przedstawicielami Litewskiej Lewicy Demokratycznej w sprawie zasad i warunków ewentualnego porozumienia polsko-litewskiego¹.

„Dnia 30 czerwca 1942 r. o godz. 18.00 odbyto przy ul. Zakrętowej w Wilnie posiedzenie, w którym wzięli udział: Ze strony polskiej przedstawiciele W.K.D. w osobach: „Kazimierza” (L. Krawiec) i „Macieja” (dr J. Dobrzański) od PPS, „Jarońskiego” (L. Chmaj od Str. Ludowego i „Rysia” (E. Greczanik) od Str. Demokratycznego, ze strony zaś litewskiej po dwóch przedstawiciele socjalistów (L.S.-D.) i ludowców (Laudininkai) oraz przedstawiciela niepodległościowej konspiracyjnej organizacji wojskowej L.L.A. *LIETUVOS LAJSVES ARMIIJA*^{a)} nazwiska nie zostały ujawnione)

Zagaił posiedzenie przedstawiciel strony litewskiej, zaznaczając na wstępie, że z ich strony dążenie do porozumienia cechuje szczerłość i jak najlepsza wola. Podkreślił, że oni, jako obóz demokratyczny, stali zawsze na stanowisku, że porozumienie z Narodem Polskim, z którym łączyło tyle wieków wspólnego pożycia, jest koniecznością i winno dojść jak najszybciej do skutku. Panowanie w Litwie dyktatury nacjonalistyczno-totalistycznej nie pozwalało jednak obozowi demokratycznemu nie tylko przejawiać w tym kierunku jakiegokolwiek działalności, ale nawet nie mieli możliwości publicznego wypowiedzania swych poglądów. Pod tym względem demokracja litewska była w stokroć gorszych warunkach niż demokracja polska, która nawet w czasach dyktatury Piłsudskiego i Sanacji, zachowała swoje stronnictwa, związki i legalną prasę, w której głos opozycji stale się rozlegał.

W Litwie stronnictwa opozycyjne były zlikwidowane, ich prasa zakneblowana. Gdyby nie to, gdyby głos demokracji miał w Litwie posłuch, dawno byłoby przyszło do porozumienia z Polską, nie byłoby prześladowań Polaków w Litwie i teraz w Wilnie, a nawet napewno nie byłoby wogóle przyszło do okupacji Wilna przez Litwinów.

Jak sprawa wykorzystania wojny polsko-niemieckiej dla zajęcia Wilna była niepopularna nie tylko w uświadomionych masach społeczeństwa litewskiego, ale nawet w samym rządzie Smetonowskim, wskazuje fakt, że Smetona zdecydowanie oparł się we wrześniu 1939 r. namowom Hitlera w tym kierunku. Dopiero po załamaniu się Polski i zajęciu przez Sowiety wschodnich ziem polskich, Litwa zdecydowała się na zawarcie umowy ze Związkiem Sowieckim w kwestii Wilna.

Pomimo nieszczęść spowodowanych wojną, Naród Polski znajduje się w lepszym położeniu niż Naród Litewski. Polacy mają zdecydowaną i wyraźną orientację polityczną – antyniemiecką i antybolszewicką, współpracują ze Sprzymierzonymi De-

mokracjami świata i mogą liczyć, że w razie zwycięstwa nad Niemcami, Polska będzie odbudowana jeszcze większa i silniejsza.

Posiadanie przed wojną stronnictw politycznych, pozwoliło Polakom przejść do ruchu podziemnego, który silnie się rozwinął. Zupełnie inaczej sprawa się przedstawia w Litwie. Społeczeństwo jest nie zorganizowane i rozbite na różne orientacje: proniemiecką, częściowo prosovietcką, ostatnio coraz więcej zwolenników zyskuje orientacja proangielsko-amerykańska.

Po okupowaniu Litwy przez Związek Radziecki, część społeczeństwa litewskiego stanęła z nimi do współpracy. Pomijając tzw. półinteligencję, której w Litwie jest bardzo dużo, chłopów i robotników, nawet znaczny odsetek tzw. intelektualistów wypowiedział się po stronie Sowietów i przystąpił do tworzenia Rządu Ludowego, wierząc że Związek Radziecki niezależność Litwy uszanuje, a kraj zostanie uwolniony od zniechęconych rządów nacjonalistycznych. Rzeczywistość niestety zadała temu kłam. Rządy Stalinowskie swym terrorem i represjami wywołały reakcję we wszystkich sferach narodu litewskiego. Orientacja „na Niemcy” stała się niemal powszechną, a od Hitlera oczekiwano wyzwolenia i przywrócenia niepodległości. Część działaczy wyemigrowała do Berlina, gdzie powstał Litewski Komitet Narodowy ze Szkirpą i gen. Griniusem na czele. W krótko jednak zaczęły się w łonie Komitetu nieporozumienia, Grinius ze swymi zwolennikami wyjechał do Szwajcarii, a z tamąd do Ameryki, Szkirpa zaś zaczął tworzyć rząd w oparciu o Hitlera. W Ameryce znalazł się również b. prezydent Smetona, który razem z Griniusem podczas pobytu w Ameryce gen. Sikorskiego uzyskał u niego audiencję i próbował prowadzić pertraktacje, ale podobno bez pozytywnego wyniku, pomimo, że Smetona w Ameryce udaje „demokratę”.

Niemcy po zajęciu Litwy zlikwidowali rząd Szkirpy, a oparli swe rządy w Litwie na tzw. „aktywistach” (nacjonal-socjalistach), którzy powstałi z połączenia byłych Waldemarasowców z odłamek byłych Tautininków, oraz młodzieży Krišcienasowców (odpowiednik waszego ONR). Z grona tych „aktywistów” zostali wyznaczeni „tareijasi” (radcy generalni) z Kubiliunasem na czele.

Niemcy też zawiedli pokładane w nich nadzieje, masy coraz bardziej się od nich odwracają, coraz silniejsze jest przekonanie, że panowanie niemieckie niesie zgubę dla narodu litewskiego, z drugiej strony wiara w zwycięstwo Niemiec jest coraz słabsza, a co za tym idzie, powrót na Litwę Sowietów po klęsce Hitlera i dalsza niewola sowiecka, której się Litwini panicznie boją.

W tych warunkach dojrzewa w psychice narodu litewskiego konieczność porozumienia z Polakami w celu wspólnej obrony przed niebezpieczeństwem całkowitej zagłady. Wpływy demokracji w Litwie rosną, jak na to chociażby wskazują niedawne wybory do rad i zarządów kooperatyw (ostatnio lista demokratyczna zwyciężyła w „Pienocentrasie”). Na gruncie szukania dróg porozumienia z Polską stoją dziś nie tylko demokraci, ale również większość stronnictwa Krišcioniowców (chrześcijańskich demokratów), oraz fronda Tautininków (narodowców).

Następnie zabrał głos przedstawiciel tajnej organizacji wojskowej litewskiej

(LLA), twierdząc, że niebezpieczeństwo zarówno dla Polski jak i dla Litwy jest jednakowe ze strony dwóch tych samych wrogów Niemców i Sowietów. Stąd porozumienie jest w równym stopniu potrzebne i konieczne tak dla Polski, jak dla Litwy. Tymbardziej, że na wypadek klęski Niemiec na wschodzie, nie może powstać próżnia, miejsce Niemców natychmiast zajmą powracające siły zbrojne sowieckie, którym trzeba będzie przeciwstawiać się siłą. Stąd porozumienie między stronnictwami politycznymi powinno być rozszerzone również na konspiracyjne Organizacje Wojskowe z obu stron, celem wzajemnego współdziałania i rozgraniczenia terenów operacyjnych. Dla tego też zagadnienie granic jest ważne.

Z kolei zabrał głos przedstawiciel strony polskiej („Maciej”) i złożył następujące oświadczenie: „Dobrze się stało, że Panowie jako przedstawiciele różnych politycznych ugrupowań litewskich szukacie kontaktu z przedstawicielami polskich stronnictw demokratycznych w Wilnie, bo i my dawno już chcieliśmy znaleźć możliwość porozumienia się z wami. Żałowć jedynie trzeba, że dochodzi to do skutku teraz dopiero, kiedy między nami a wami wyrosła góra krzywd i nieprawości, dokonanych na ludności polskiej od czasu zajęcia Wilna przez wojsko i władze litewskie. My jako przedstawiciele polskich stronnictw demokratycznych uważamy, że metody podżegań i prześladowań nacjonalistycznych nie są metodami właściwymi w stosunkach między dwoma narodami. Tego rodzaju metody potępiamy z czyjejs by strony nie pochodziły i wierzymy, że nie ma sprawy spornej między dwoma sąsiednimi narodami, której by nie można było załatwić drogą wzajemnego porozumienia, jeżeli obie strony wykażą istotnie dobrą wolę i zupełną szczerłość.

Zdajemy sobie atoli z tego sprawę, że porozumienie Litwy z Polską jest w obecnej sytuacji politycznej dla Litwy koniecznością życiową^{a)}, kwestią „być albo nie być”, – podczas, gdy dla Polski porozumienie to jest jedynie *pożyteczne*^{a)} i z tego względu można je uważać także za *pożądane*.^{a)} Panowie przyznacie chyba, że stosunki, które tu od lat 3-ich zaistniały, nie stwarzają odpowiedniego klimatu do pojednania. To też, gdy nas będzie to kosztowało wiele wysiłków, aby polskie społeczeństwo w Wilnie przekonać o pożyteczności tego porozumienia i konieczności darowania i zapomnienia doznanych krzywd, – Panowie ze swej strony musicie wyteżyc wszystkie siły, by zniszczyć ostatecznie w duszach litewskich nienawiść do Polski i Polaków, zaszczeponą im przez dotychczasowe rządy nacjonalistyczne i przekonać swój naród o konieczności porozumienia Litwy z Polską. Nie tylko nie będziemy przeciwnikami tego porozumienia, ale raczej jego *orędownikami*^{a)}, jeśli się spotkamy u Panów z całkowicie dobrą wolą i bezwzględną szczerością w dążeniu do jego urzeczywistnienia. Jesteśmy też w każdej chwili gotowi dowiedzieć się z ust Panów o zasadach tego porozumienia, aby je przekazać naszym czynnikom miarodajnym, gdyż sami nie czujemy się uprawnionymi do przeprowadzenia jakichkolwiek wiążących rokowań.

Po tych oświadczeniach wywiązała się dyskusja, w życzliwej atmosferze, dotycząca przewidywań wyników wojny, obaw ze strony litewskiej powrotu Sowietów i oddania całej Nadbałtyki w posiadanie Zw. Radzieckiego, oraz trudności obrony.

Ze strony Polskiej wyrażono wiarę w dotrzymanie przez sprzymierzonych zobowiązań danych co do granic polskich, oraz wypowiedziano nadzieję, że w momencie załamania się militarnego Niemiec, nasze przygotowania konspiracyjne do obrony będą niezwłocznie poparte przez pomoc armii polskiej drogą desantowo-lotniczą.

Podkreślono również, że roszczeniom Zw. Radzieckiego co do wcielenia do Rosji Państw Bałtyckich mogło by jedynie przeciwdziałać zawarcie dobrowolnej federacji z Polską, co zgodnie z Kartą Atlantycką musiałyby być przez Sprzymierzonych uznane i uszanowane. Poruszono również przewidywane zmiany w obliczu ideologicznym i politycznym Europy powojennej, i jako przykład poczynił w tym kierunku, odczytano tekst umowy o Konfederacji Polsko-Czechosłowackiej, oraz deklaracją ideową Rządu Polskiego w Londynie.

Na zakończenie zaproponowano, aby strona litewska przygotowała projekt zasad porozumienia Polsko-Litewskiego, na co Litwini wyrazili zgodę przedstawić go na jednym z następnych posiedzeń po porozumieniu się z Kownem.

Na tym posiedzenie zamknięto o godzinie 21.30.

Odpis, maszynopis

J. Dobrzański, cyt. praca, s. 90-95.

a) podkreślenie oryginału

- 1 J. Dobrzański cytowany dokument poprzedził następującą informacją: „Przypadkowo zachowało się dość szczegółowe sprawozdanie z tych rozmów (tj. z Litwinami – przyp. M. G.), które bardzo wiernie oddaje nastroje panujące w tym czasie zarówno wśród litewskich niepodległościowców, jak i wśród polskiej lewicy niepodległościowej, wobec czego sprawozdanie to pozwalał sobie podać in extenso”. (Por. cyt. praca, s. 90).

Czerwiec 1943 r., Wilno

REGULAMIN
WYDZIAŁU PRASOWO-INFORMACYJNEGO „WIP”
WILEŃSKIEJ KONCENTRACJI DEMOKRATYCZNEJ

I. „Wip” stanowi jedną z agend organizacyjnych WKD, a tym samym podlega dyrektywom WW WKD.

II. W całościście prac WKD posiada „Wip” następujące zadania:

1. Urabianie opinii mieszkańców Wileńszczyzny i Nowogródziny w kierunku ich moralnego przygotowania do walki powstańczej o Niepodległość Polski.^{a)}
2. Przyswajanie tejże ludności zasadniczych tez „Programu Polski Ludowej”, a tym samym budzenie wśród najszerzych mas chłopów, robotników i inteligencji pracującej potrzeby dalszego solidarnego wysiłku w Polsce Niepodległej, celem zrealizowania całkowitej przebudowy ustroju Polski w myśl postulatów Świata Pracy, oraz wprowadzenia w życie zasad politycznej i społecznej demokracji.
3. Rozszerzanie kadr ruchu WKD.
4. Metodyczne zbieranie i gromadzenie informacji z terenów objętych działalnością WKD, dotyczących sytuacji politycznej, społecznej i gospodarczej ludności te tereny zamieszkującej.

III. Dla uzyskania sprawności w pracy „Wip-u”, organizuje się trzy następujące komórki:

1. Komitet Redakcyjny („Kor”). „Kor” redaguje organ naczelny ruchu WKD oraz wszelkie pisma ulotne i dłuższe prace publicystyczne. „Kor” składa się z 3-ch osób: przewodniczącego i 2 członków kolegium, mianowanych przez WW WKD.
2. Agencja Informacyjna WKD – („Agin”) w sposób metodyczny zbiera i gromadzi informacje z terenu oraz wydaje „Biuletyn Informacyjny WKD”. „Agin” składa się z przewodniczącego, oraz pojedynym przedstawicielu KM i KW, mianowanych przez WW WKD. Zadaniem ich jest zorganizowanie sieci informatorów w miastach i na wsi oraz uzyskiwanie od nich informacji. Członkowie „Aginu” wspólnie zestawiają uzyskane informacje, w miarę możliwości sprawdzają, a następnie udzielają ich dla potrzeb wewnętrznych WKD, zaś dla potrzeb zewnętrznych wydają „Biuletyn Informacyjny”.
3. Technika („Tek”) – składa się z pewnej ilości osób, pracujących pod kierownictwem przewodniczącego. Ich zadaniem jest utrzymywanie w stałej sprawności całego aparatu technicznego wydawniczego, a więc: zarządzanie drukarnią, szapinografem itd., zdobywanie wszelkich materiałów dla akcji wydawniczej, dostawa wydawnictw na punkty rozdzielczo-kolportażowe itp.

IV. Zarząd „Wip'u” stanowią przewodniczący trzech wyżej wyszczególnionych komórek. Zarząd „Wip'u” wyłania ze swego grona przewodniczącego i jego zastępcę. Do zadań Zarządu należy:

1. Koordynacja wysiłków poszczególnych komórek „Wip'u”.
2. Współpraca z innymi instytucjami, stworzonymi przez społeczeństwo polskie dla tych samych celów, co „Wip”.
3. Opracowanie planu działania propagandowego WKD na okres powstańczy i tzw. „przejściowy”.

Wilno, w czerwcu 1943 r.

Oryginał, maszynopis,
AAN,O,VI,211, t.16, k. 2

a) podkreślenie oryginału

Czerwiec 1943 r., Wilno

**REGULAMIN
CENTRALNEGO KOMITETU MIEJSKIEGO
WILEŃSKIEJ KONCENTRACJI DEMOKRATYCZNEJ**

1. CKM jest powoływany przez WW WKD. Składa się z przewodniczącego, jego zastępcy, sekretarza i 2 członków.
2. Terenem działalności C.K.M. jest m. Wilno.
3. Celem usprawnienia działalności i objęcia nią szerszych kół społeczeństwa polskiego CKM organizuje Dzielnicowe Kom. Miejskie (D.K.M.)
4. DKM składa się z przewodniczącego, jego zastępcy, sekretarza i ewent. 2 członków, powoływanych przez C.K.M. Terenem działalności jest dzielnica wyznaczona przez CKM i leżące w jej obrębie zakłady pracy.
5. Jeśli zachodzi potrzeba CKM powołuje do życia Komitety Przedsiębiorstw Scentralizowanych (KPS), których zakres kompetencji jest taki sam jak DKM.
6. DKM (KPS) organizuje na swoim terenie Niepodległościowe Rady Załogowe (NRZ), a tam gdzie to jest konieczne ze względów technicznych M.K.R.
7. MKR składa się podobnie jak DKM z trzech osób: przewodniczącego, jego zastępcy i sekretarza.
8. Najniższą komórkę stanowi w organizacji Niepodległościowa Rada Załogowa (NRZ), składająca się z trzech do pięciu osób, lub w warsztatach mniejszych – Mąż Zaufania (MZ).
9. Do zadań CKM należy:
 - a. Powoływanie, kierowanie i nadzorowanie DKM.
 - b. Opracowywanie specjalnych instrukcji dla DKM, jak również MKR i MRZ.
 - c. Zbieranie informacji politycznych, gospodarczych i dotyczących nastrojów i poglądów nurtujących w społeczeństwie polskim.
 - d. Wykonywanie poleceń i instrukcji WW WKD.
 - e. Przyjmowanie członków do organizacji, po uprzednim uzyskaniu zgody Centr. Komisji Kwalifikacyjnej (CKK).
 - f. Wybieranie 2 członków CKK i 1-go członka „Agin-u”.
 - g. CKM jest w stałym porozumieniu z WW WKD i z agendami przez niego ustanowionymi.
 - h. CKM prowadzi akcję uświadamiającą i wychowawczą wśród własnych członków, jak również pośrednio oddziałuje na społeczeństwo polskie.
 - i. CKM powołuje do życia agendy o charakterze specjalnym i pomocniczym na terenie miasta.
10. Za swą działalność CKM jest odpowiedzialny przed WW WKD.

Wilno w czerwcu 1943 r.

Oryginał, maszynopis,
AAN,O.VI,211, t. 16, k. 3

Lipiec 1943 r., Wilno

**Artykuł wstępny
z nr 1 Biuletynu Agencji Informacyjnej WKD „AGIN”¹**

STAJĄC DO SŁUŻBY...

Od czterech lat Naród Polski trwa w bezwzględnej i nieustępliwej walce o **wyzwolenie Ojczyzny**^{a)} z wrażej niewoli. W trudzie dnia codziennego, w twardym zmaganiu o zachowanie sił swoich do ostatecznej rozgrywki orężnej z wrogiem – prowadzi tę walkę w Kraju w podziemiach konspiracji.

Ten zapamiętały bój naszego pokolenia o POLSKĘ, nim przejdzie do historii, jest rzeczywistością dnia dzisiejszego, jest naszym obowiązkiem i posłannictwem. Jest i musi być najistotniejszą treścią życia każdego z nas. Winien być motorem naszych czynów, osnową naszych myśli.

Stoimy tu na Kresach na straży praw i granic Rzeczypospolitej. Każdy Polak i Polka jest Żołnierzem na froncie walki podziemnej z nieubłaganym wrogiem, który za cel sobie postawił wyłączenie Polskości.

Tymczasem wielu z nas myśli swoje i całe psychiczne nastawienie skierowuje na różne odległe od nas ogniska potężnych zmagania na frontach wojennych, w nich czerpie wiarę i nadzieję na wyzwolenie, a do czasu tych wielkich rozstrzygnięć wojennych pragnęłoby „przetrwac” w biernej postawie.

Nie wolno nam jednak zapominać, że walka z tym samym wrogiem toczy się nadal w najbliższym naszym otoczeniu, że wszyscy jesteśmy na froncie, jako żołnierze Polski Walczącej. A choć ta walka, prowadzona przez nas w Kraju, jest często ukryta i mniej efektywna, niż walka naszych bohaterskich lotników i marynarzy na obczyźnie, lecz jest ona nie mniej ważną i celową.

Wróg nas najrozmaitszymi sposobami, bądź to krwawym terrorem, bądź przez swój zdradziecko rozbudowany aparat propagandowy, oraz przez uniemożliwienie nam łączności nie dopuszcza do naszej wiadomości istotnego obrazu swej rabunkowej „gospodarki”, oraz pragnie ukryć objawy załamania się jego maszyny wojennej. A chcąc zwyciężyć, trzeba dobrze poznać zarówno siły wroga, jak i jego słabe strony.

Oddając w ręce Czytelników pierwszy numer „AGLN-u” stawiamy sobie za cel informowanie społeczeństwa polskiego o wypadkach z naszego najbliższego frontu, o lokalnych tragediach i cichych bohaterstwach. **Chcemy uwiecznić obraz stosunków panujących w naszym Kraju w czasach ponurej okupacji, w przeddzień naszego Wyzwolenia, a przede wszystkim być głosem wieszczącym światu całemu, że wbrew licznym zakusom ziemia ta polską jest i polską będzie, bo taką jest, pisana krwią, wola lwiej części tu zamieszkałej ludności.**^{a)}

Codzienna krwawa i rabunkowa działalność naszych wrogów, a z drugiej strony – postawa nasza, rosnący opór, zadawane wrogowi ciosy, czy to przez akcję sabotażową, czy w inny sposób, zanotowane wypadki wysługiwanie się wrogom, zaprzaństwa lub tchórzostwa, sytuacja administracyjno-gospodarcza, ewentualne wskazówki i ostrzeżenia przed mającymi nastąpić zarządzeniami okupantów – będą odtąd notowane w „Aginie”.

Sądzymy, że tą drogą przyczynimy się do stworzenia jednolitego, potężnego i żywego frontu całego naszego terenu przeciwko zarówno „brunatnym” jak „czerwonym” najeźdźcom.

Pragnąc informować możliwie dokładnie i o całym naszym terenie – apelujemy do mieszkańców wszystkich osiedli Ziemi Północno-Wschodniej Rzplitej, aby bacznie obserwowali swą rzeczywistość i w marę możliwości starali się przekazywać nam wiadomości z dotyczącego ich odcinka frontu.

Odbitka ksero

Załącznik do cyt. pracy J. Dobrzańskiego

a) podkreślenie oryginału

1 J. Dobrzański o agencji tej pisze: „Miała ona doskonale zorganizowaną sieć korespondentów i informatorów zarówno w samym Wilnie, jak i w całym terenie Wileńszczyzny i Nowogródzkiej. Napływały od nich nieraz bardzo cenne informacje. (...) Ponieważ nasze „Aginy” zawierały dużo informacji terenowych, ważnych tak dla siatki organizacyjnej WKD, jak i dla Biura Informacyjnego organizacji AK, uzyskaliśmy zgodę K-nta AK, aby dalsze numery „Aginu” były odbijane w jednej z drukarni AK, co pozwoliło nam znacznie zwiększyć nakłady „AGIN-u” i szerzej go rozpowszechnić”. (Por. cyt. praca, s. 70).

[1943 r., Wilno]

**REGULAMIN
KOMITETU MIAST PROWINCJONALNYCH
WILEŃSKIEJ KONCENTRACJI DEMOKRATYCZNEJ**

Celem rozwinięcia konspiracyjnej akcji niepodległościowej, prowadzonej przez Wileńską Koncentrację Demokratyczną na terenach miast prowincjonalnych – powołuje się do życia Komitet Miast Prowincjonalnych (KMP)

Komitet opiera się na założeniach statutowych WKD i organizacyjnie jest podległy Wydziałowi Wykonawczemu.

KMP składa się z trzech^{a)} członków, powoływanych i odwoływanych przez WW.

KMP wybiera ze swego grona: przewodniczącego, sekretarza i skarbnika.

Siedzibą KMP jest m. Wilno, terenem działalności są miasta powiatowe i większe miasteczka o charakterze przemysłowym na terenie województw Wileńskiego i Nowogródzkiego.

Do zasadniczych zadań KMP należy:

1. Organizowanie w miastach powiatowych i większych miasteczkach Komitetów Miejskich WKD.
Powoływane komitety winny się składać z trzech do pięciu osób. W wypadkach braku upatrzonych odpowiednich ludzi do powołania Komitetu Miejskiego – powołuje się czasowo Męża Zaufania.
2. Instruowanie powołanych komórek organizacyjnych oraz nadzorowanie nad ich pracami.
3. Organizacja kolportażu pism niepodległościowych.
4. Organizacja, w/g wskazówek WIP'u, sieci informatorów.
5. Zbieranie wśród podległych sobie komórek składek członkowskich oraz funduszy na cele organizacyjne.
6. Przedkładanie WW miesięcznego preliminarza budżetowego i wyliczanie się z poczynionych wydatków.
7. Wykonywanie zleceń i instrukcji WW.

Oryginał, maszynopis,
AAN,O.VI,211,t.16,k.5

a) podkreślenie oryginału

[1943 r., Wilno]

**REGULAMIN
KOMITETÓW MIEJSKICH (na prowincji)
WILEŃSKIEJ KONCENTRACJI DEMOKRATYCZNEJ**

Komitety Miejskie (KM) stanowią jedno z ogniw organizacyjnych przewidzianych statutem WKD.

Powoływane są one do prowadzenia w miastach powiatowych i uprzemysłowionych miasteczkach akcji konspiracyjno-niepodległościowej oraz ideowej, zgodnie z ogólnym programem i zakresem wytyczonym przez WKD.

KM jest powoływany i odwoływany przez KMP.

KM składa się przynajmniej z 3 członków, w tym przewodniczącego, sekretarza i skarbnika, wybieranych ze swego grona.

Terenem działalności KM jest miasto lub miasteczko, w którym dany komitet został powołany.

Do zasadniczych zadań KM należy:

- 1) prowadzenie akcji propagandowo-ideowej, zmierzającej do wzmocnienia w społeczeństwie ducha oporu okupantom, walki o odzyskanie Niepodległości oraz propagowanie tez ideowych zawartych w „Programie Polski Ludowej”.
- 2) werbowanie członków WKD.

Przy werbowaniu członków należy zwrócić baczną uwagę na dobór odpowiednich ludzi.

Wciągani do organizacji mogą być tylko jednostki odpowiadające warunkom konspiracji, uznające tezy ideowe zawarte w „Programie Polski Ludowej” i którzy w swej dotychczasowej działalności polityczno-społecznej nie występowali wrogo przeciw zasadniczym założeniom demokracji i postępu społecznego, jak również nie ciąży na nich istotne zarzuty natury obywatelskiej i moralnej.

Szczególne uwagę należy zwracać na zachowanie się kandydata i jego lojalność wobec państwowości polskiej w okresie okupacji.

Kandydatów na członków WKD może zgłosić każdy zaprzysiężony członek Ruchu.

Kandydatury są rozpatrywane bądź przez specjalnie powołane Powiatowe Komisje Kwalifikacyjne, bądź też przez KM.

- 3) powoływanie i odwoływanie Niepodległościowych Rad Załogowych (NRZ) względnie Mężów Zaufania (MZ)

NRZ tworzy się w instytucjach państwowych, samorządowych, przedsiębiorstwach i innych zakładach pracy.

NRZ powinna się składać od 3 do 5 osób z przewodniczącym, powołanym przez KM na czele.

W wypadku niemożności powołania NRZ powołuje się MZ.

- 4) instruowanie, nadzorowanie oraz koordynacja prac MKZ i MZ
- 5) organizacja kolportażu pism niepodległościowych
- 6) organizacja sieci informatorów – korespondentów oraz przekazywanie KMP zebranych materiałów informacyjnych.
- 7) utrzymywanie stałych kontaktów z KMP
- 8) zbieranie składek członkowskich i funduszy na cele organizacyjne i przekazywanie ich KMP
- 9) przedkładanie KMP miesięcznych preliminarzy budżetowych i wyliczanie się z poczynionych wydatków.
- 10) zorganizowanie Sekcji Opiekuńczej, do zadań której należeć winna opieka nad więźniami politycznymi i ich rodzinami oraz nad członkami WKD pozbawionymi możliwości zarobkowania.
- 11) wykonywanie zleceń instrukcyj otrzymanych od KMP
Za swą działalność KM jest odpowiedzialny przed KMP.

Oryginał, maszynopis,
AAN,O.VI,211,t.16,k.4

1943 r., Wilno

Część ogólna
Tajnej instrukcji w sprawie szkolnictwa i sabotażu¹

„Walka z okrutnym najeźdźcą ziem naszych musi być prowadzona na wszystkich frontach i każdy jej sposób jest dobry, o ile prowadzi do naszego zwycięstwa. Każdy jednak rodzaj walki musi być stosowany w zależności od specyficznych warunków, zapewniających mu niezawodność i powodzenie.

Doświadczenie z wojny światowej 1914-1918 r. podobnie jak i wojny obecnej wskazuje, że niewzięcie pod uwagę jednego choćby szczegółu w walce z przeciwnikiem, pociąga za sobą nieobliczalne nieraz następstwa dla strony nieprzewidującej, a odwrotnie czasem drobne posunięcia decydują nie tylko o losie bitwy, ale całego planu operacji, a nawet wojny.

Obecnie, gdy część naszych braci krwawi na piaskach Sahary, część znów na Bliskim Wschodzie sławi oręż Polski, inni co noc rażą z powietrza ośrodki przemysłu niemieckiego i stolicę wroga; my przebywając w kraju, zrozumieć musimy, że tworzymy ważniejszy od innych – front wewnętrzny walki o Niepodległość Ojczyzny.^{a)}

Zwycięstwo w wojnie współczesnej można osiągnąć jedynie w tym wypadku, jeżeli dany kraj potrafi zorganizować dla celów wojennych przemysł i komunikację, a więc zaopatrzenie swych wojsk w różnorodny i w ogromnych ilościach materiał i sprzęt wojenny.

Sytuacja polityczna nie dojrzała jeszcze na naszych terenach do otwartej walki powstańczej, musimy więc niszczyć wroga w walce podziemnej, wyszukując jego najsłabsze i najczulsze miejsca, tymbardziej, że godzina czynu zbrojnego już bliska i czas najwyższy byśmy do tej walki okrzepli i przygotowali się.

Wróg w walce z nami nie przebiera w środkach, niszczy na każdym kroku naszą kulturę, rujnuje przemysł i rolnictwo, rozbija rodziny, uwożąc młodzież na swoje tereny, najbardziej zagrożone bombardowaniem, deprawuje kobiety, więzi, katuje i zabija, a do tego zatruwa dusze nasze jadem swej przewrotnej propagandy.

W odpowiedzi na to i my powinniśmy korzystać z każdej możliwości szkolenia wrogom. Jednak obecna sytuacja polityczna każe nam stosować takie metody walki, które, wyrządzając wrogowi ogromne szkody, nie pociągają za sobą strat w ludziach z naszej strony. Do takich metod należy zaliczyć w pierwszym rzędzie: SZKODNICTWO i tzw. MAŁY SABOTAŻ.^{a)}

Szkodnictwo i sabotaż przy należyтым przygotowaniu, zorganizowaniu i odpowiednim nasileniu, jest bronią nad wyraz groźną. Szkozić wrogowi możemy w wie-

loraki sposób, przy tym wiele z tych sposobów stosować można nieuchwytnie prawie w każdym warsztacie pracy czy przedsiębiorstwie.

„Pracuj powoli i niedbale – jaka płaca – taka praca”.^{a)}

Hasło to musi przyświecać wszystkim pracującym u wroga i obiegać wszystkie warsztaty, dezorganizując oraz zmniejszając tempo i wydajność pracy.

Chowaj i niszczone narzędzia,^{a)} zwłaszcza te, które są niezbędne do pracy. Nie szcędź materiałów,^{a)} przede wszystkim tych, których brak daje się boleśnie odczuwać wrogom, a więc metali kolorowych (miedzi, mosiądzu, brązu, chromu itp.) smarów, płynnego paliwa (nafty, benzyny itp.).

Nie udzielaj fachowych rad i wskazówek niefachowemu, jak to często u nas bywa kierownictwu.^{a)} Niewłaściwym, nieporządnym rozłożeniem sprzętu, wyrobów gotowych, odpadków – wytwarzaj rozgardiasz w miejscu pracy,^{a)} który jednak dobrze wiesz, nie sprzyja produkcji. Nie wnoś inicjatywy własnej, wykonuj tylko to co musisz. Psuj wszelkiego rodzaju urządzenia pomocnicze, dezelduj maszyny i pamiętaj, że winę wypadków zatrzymania pracy można złożyć na karb wielu czynników, jak np. złego smarowania, zużycia czy przeciążenia maszyny, uszkodzenia instalacji elektrycznej itd. Pamiętaj, więc, że:

„NISZCZĄC SUROWCE, MASZYNY –
NIEMCOM ODBIERASZ WAWRZYNY!...”^{a)}

Pamiętaj, że największym wrogiem należytej i sprawnej produkcji jest dezorganizacja w przydziale i uzupełnieniu narzędzi, materiałów, w nieskoordynowaniu wysiłków kierownictwa i rzeszy pracowników.

W każdym prawie przedsiębiorstwie sercem jest jego napęd, który przeważnie jest elektryczny. Otóż weź sobie pod uwagę, że niema urządzenia tak pewnego, a jednocześnie tak zawodnego, (z drobnej i trudnej do ustalenia przyczyny), jak motor elektryczny, który obecnie jest sprzętem nad wyraz drogim i niemal nie do zdobycia. Uszkodzenie motoru jest często bardzo trudne do wykrycia i może zaistnieć w samym motorze (uszkodzenie stojana, wirnika, szczotki, pierścienia, komutatora), lub też w urządzeniach pomocniczych, (jak rozrusznik, wyłącznik, przełącznik itp), czy też instalacji i bezpiecznikach. Specjalistów elektrotechników jest teraz mało, a materiałów wymiennych brak, a za tym zepsucie motoru elektrycznego umożliwia nam zatrzymanie produkcji, czy też jej zmniejszenie na czas dłuższy.^{a)}

Pamiętaj więc, że:

„PSUJĄC CZĘSTO MOTORY –
WROGOM STAWIASZ ZAPORY”.^{a)}

W wielu wypadkach, gdy praca odbywa się zespołowo – w brygadach (np. depo kolejowe, warsztaty naprawcze samochodowe) konieczną rzeczą jest zorganizowanie się całej brygady w celu uszkodzenia wroga. W tego rodzaju warsztatach, gdzie wobec precyzyjności i ważności sprzętu jest bezpośrednia kontrola władz niemieckich, tylko wzajemne pokrywanie, rozmyślnie zestawionych usterek w montażu, może dać

należyte wyniki. Braterska więc solidarność w organizowaniu szkodnictwa w tego rodzaju warsztatach jest rzeczą nieodzowną.

Jednym z najcelowszych obecnie środków szkodnictwa jest ogólne obniżenie tempa pracy. Wytłumaczeniem niskiego wyrobku dziennego może być: brak sił do pracy w związku z niskimi racjami żywnościowymi, przemęczeniem drogą z miejsca zamieszkania do miejsca pracy (wobec braku komunikacji miejskiej), stosowanie nieodpowiednich narzędzi, czy urządzeń pomocniczych i materiałów zastępczych.

„PRACUJ JAK ŻÓŁW POWOLI --
A PRZETRWASZ CZASY NIEWOLI!”^{a)}

Hasło to powinno być dewizą mas pracujących na terenach okupowanych. Tak pomyślane szkodnictwo, mimo iż niewidoczne i zdawało by się nieznaczące – w rzeczywistości, jeśli istnieje jako zjawisko stałe i powszechne, przynosi kolosalne straty dla wroga.

Bardzo ważną odmianą szkodnictwa jest sabotowanie zarządzeń władz hitlerowskich, mających na celu uzupełnienie brakującego sprzętu czy surowca. Mielśmy już zbiórkę futer, płyt gramofonowych, oraz zbiórkę kolorowych metali. Być może zbiórki te zostaną powtórzone, czy też zainicjowane nowe np. zbiórki złomu stalowego, żelaznego itp. Naszym obowiązkiem jest przeciwdziałać takim zbiórkom, aby rezultat ich był jak najniższy.

„ZNISZCZ, SPRZEDAJ –
A NIC NIEMCOM NIE DAJ!”^{a)}

Oto również hasło, które musi zrozumieć i przyswoić sobie społeczeństwo polskie. Dodatkowo rezultaty zbiórek powiększają zasoby materiałów wroga, a tym samym przedłużają wojnę, a zatem z wszelkimi zbiórkami walczmy bezwzględnie.^{a)}

Istnieją oczywiście sposoby sabotażu znacznie bardziej efektywne od omawianych, jednak nie zawsze je można i należy stosować. Nie mniej jednak wraz ze zbliżaniem się chwili wybuchu powstania, konieczną będzie rzeczą wzmocnienie podanych wyżej sposobów szkodnictwa, jak również wprowadzić nowe i bardziej gwałtowne elementy do walki podziemnej. Tak więc aby unieruchomić pracujące na potrzeby okupantów przedsiębiorstwa, trzeba będzie, być może – zniszczyć poszczególne siłownie, rozdzielnie elektryczne itp. Możliwe iż zaistnieje konieczność przeprowadzenia tego rodzaju akcji, by wszelkie działania samopomocowe, gospodarczo-techniczne wroga zostało uniemożliwione. Można to oczywiście przeprowadzić w różnorodny sposób, trzeba jednak mieć to na uwadze, że te same urządzenia mogą być nam nad wyraz przydatne i konieczne w pierwszym zaraz okresie po wyrzuceniu wrogów z kraju. Wysadzanie mostów, niszczenie dróg, dezorganizacja gospodarki miejskiej przez zniszczenie zakładów użyteczności publicznej (elektrownie, wodociągi, gazownie) mogą stać się celem przyszłego wielkiego sabotażu.^{a)}

Każdy jednak taki akt musi być dobrze co do celowości, przemyślany, w najdrobniejszych szczegółach opracowany i we właściwym czasie zastosowany – a zatem może być wykonany jedynie i wyłącznie na

rozkaz Kierownictwa Walki Powstańczej,^{a)} które może wykorzystać różne czynniki, dać gwarancję właściwego wykonania i przyjąć zań odpowiedzialność. Nie należy bowiem zapominać, że akty te niewłaściwie przeprowadzone, czy w nieodpowiednim czasie zastosowane, więcej mogą zaszkodzić ogółowi naszego społeczeństwa, niż nieprzyjacielowi, a ponadto mogłyby być wtedy poczytywane za uleganie podszeptom obcej nam propagandy. Tak więc jak nie będziemy stosowali szkodnictwa w tych zakładach prywatnych czy komunalnych, które pracują na użytek naszego społeczeństwa, a nie dla okupantów, tak również akty wielkiego sabotażu będziemy przeprowadzali wyłącznie i ściśle na polecenie i w/g instrukcji Komendy AK kierującej Powstaniem Zbrojnym Narodu Polskiego.^{a)}

Bardzo ważnym odcinkiem w walce z wrogiem jest wieś, na płody i produkty, której oraz jej siłę roboczą, nieprzyjaciel tak bardzo liczy. Na wieś obecnie sypią się z dnia na dzień dziesiątki nakazów, poleceń, rozporządzeń, w powodzi których sama administracja, a cóż dopiero mówić o chłopach, zaczyna się gubić. Przeciwdziałanie zarządzeniom władz okupacyjnych jest obowiązkiem każdego mieszkańca wsi nie tylko z punktu widzenia narodowego lecz również prywatnego.

Wieś powinna pamiętać, że walka z tzw. „szmuglem” i „spekulacją”, jaką prowadzą władze niemieckie i litewskie, nie jest walką o równy i sprawiedliwy rozdział żywności między ludnością naszego kraju, gwarantujący jej utrzymanie się przy życiu i przetrwanie, lecz walką o zdobycie jak największej ilości produktów wyłącznie dla wojska i społeczeństwa niemieckiego.^{a)} Nie rejestrując swego mienia, ukrywając wszelkie płody rolne, nie oddając swego kontyngentu władzom okupacyjnym, pogarsza wieś stan zaopatrzenia wrogiej armii i ludności niemieckiej, a jednocześnie umożliwia lepsze odżywienie swej rodziny, a przy doborze zorganizowanym tajnym dowozie do miasta, ratuje jego polskich mieszkańców, a swych wółbraci od głodu. W tych sprawach wieś powinna postępować wg wyżej już podanej zasady:

„SCHOWAJ, SPRZEDAJ – A WROGOM NIE DAJ!”^{a)}

Niewypełnieniem normy wyrębu leśnego zmniejsza się produkcję tartaków, utrudnia się tym samym wyrób baraków i wozów wojskowych, jak również chroni się nasze lasy przed rabunkiem i ostatecznym wytrzebieniem. Nie wykonaniem poleceń naprawy dróg i mostów utrudnia się transport oddziałów wojskowych wroga oraz psuje jego sprzęt transportowy.

„DROGA WYBOISTA – DLA WROGÓW CIERNISTA”.

Ukrywaniem młodzieży polskiej, uratuje się ją przed wywiezieniem do Niemiec, czym się pozbawi wroga tak mu obecnie potrzebnej siły roboczej.

Jak widać z tego wieś ma przed sobą również ważne zadanie szkodnicze jak i miasto.

Musi więc każdy dobry Polak, mieszkający w mieście i na wsi, przystąpić do systematycznego i przemyślanego szkodnictwa. Będzie to wyrazem naszej mądro-

ści politycznej, naszego patriotyzmu i wypełnieniem obowiązku stale i na każdym kroku prowadzonej walki o Polskę Niepodległą.^{a)} Nie wykonamy czynów wielkich, które nas czekają, jeżeli nie potrafimy zorganizować rzeczy pozornie dobrych, ale jednocześnie doniosłych i ważnych w swej ogólnej sumie”.

Odpis, maszynopis

J. Dobrzański, Cyt. praca, s. 72-78

a) podkreślenie oryginału

1 Instrukcja została opracowana przez inżynierów specjalistów pod kierownictwem inż. Cz. Rukszty, „Wiktora”. Ich dziełem były też instrukcje szczegółowe (dok. nr 12).

1943 r., Wilno

Tajna instrukcja sabotażowa nr 1

A. Część szczegółowa dla warsztatów mechanicznych, stolarskich, tartaków itp.

I. Sposoby uszkodzenia napędu elektrycznego.^{a)}

1. Rozłączenie w dowolnej puszcze czy rozetce instalacji motorowej.

2. Uszkodzenie noża włącznika czy wyłącznika elektrycznego.

3. W razie spalenia korków-bezpieczników należy założyć grubą żyłkę miedzianą, a z pewnością przy najbliższym przyciążeniu maszyn zostanie uszkodzony bezpiecznik w plombowanej puszcze magistralnej, co spowoduje przerwę w pracy do czasu przybycia montera z elektrowni.

II. Silniki prądu zmiennego.^{a)}

1. Jeżeli silnik 3-fazowy po załączeniu go na sieć nie rusza z miejsca, to należy popchnąć go ręką aby ruszył. Będzie pracował wtedy na 2-ch fazach i z pewnością przegrzeje się i zniszczy.

2. Jeżeli motor 3-fazowy w czasie pracy zaczyna burczeć, udawaj, że nie słyszysz, a wnet również się przegrzeje.

3. Jeżeli motor rozrusza się przełącznikiem stykowym, to jeśli zostawisz rączkę w położeniu słabego styku, to również motor przy dalszej pracy zostanie uszkodzony.

4. Jeżeli motor rozrusza się opornikiem tzw. rozrusznikiem, to już słaby styk kontaktów przy szczotkach (rozkręcenie śrub), słaby kontakt w rozruszniku (spiłowanie guzików), naderwanie któregoś z przewodów łączących rozrusznik z pierścieniami, czy też uniesienie jednej ze szczotek może spowodować poważne uszkodzenie motoru.

5. Załączając silnik, szybko pociągnij za rączkę rozrusznika, a również szybko przepalisz silnik.

6. Zmiana zamocowania – położenie tylko końcówek wychodzących z uzwojenia statora do zacisków, może również spowodować uszkodzenie silnika.

7. Włączenie silnika przy położeniu rozrusznika – „praca” – tj. przy wyłączonym oporze, także musi uszkodzić motor.

8. Nie smarując łożysk silnika, również doprowadzi się do zatarcia w łożyskach i zniszczenia motoru.

III. Przy silnikach prądu stałego^{a)}. Silnik można uszkodzić następująco:

1. Włączyć go przy położeniu rozrusznika na – „praca”.

2. Przez przesunięcie z normalnego położenia.

3. Przez połączenie ze sobą paru działek komutatora (kolektora). Wilgoć, kurz i brud szkodzą motorom, a więc ich nie oczyszczaj z kurzu, trocin itp.; polewając

wodą podłogę przy zamiataniu – zlej motory wodą, a szybciej je zniszczysz. Przeciążenie szkodzi silnikom, a więc pracując na „krajzie” czy „benzedce” dociskaj belki co sił; pracując na tokarce, wiertarce czy innej maszynie nie żałuj noży czy wiertel, dociskając je, niszcząc bowiem narzędzia, możesz zniszczyć też i motor.

B. Część szczegółowa: – Kolejnictwo.

Bardzo trudno jest dać wskazówki z dziedziny psucia parowozów i taboru tego rodzaju, aby nie narażały obsługi. Odpowiedzialność za wszelkie umyślne uszkodzenia części parowozów można stosunkowo łatwo ustalić i wówczas może nastąpić pociągnięcie do surowej odpowiedzialności. Toteż podajemy tylko kilka takich wypadków, co do których bezpośrednia odpowiedzialność w danym momencie jest kwestią sporną i przy pewnej dozie pewności siebie i odwagi przy argumentacji – można się od niej wykręcić lub zwalić ją na przypadek.

Zacznijmy od sposobu ogólnego, który może być stosowany do akcji unieruchomienia parowozów w szerokim zakresie.

1. Niszczenie wartości smaru cylindrowego^{a)}.

Smar cylindrowy, używany do smarowania części trących, które stykają się bezpośrednio z parą, a za tym cylindrów, suwaków, przepustnic itp. dzieli się na dwie grupy: smar dla pary nasyconej^{a)} i smar dla pary przegrzanej^{a)}. Nas interesuje smar cylindrowy (wysoko wartościowy) dla parowozów o parze przegrzanej. Po użyciu takiego smaru w stanie zanieczyszczonym, wywołuje się większe tarcie i grzanie części trących, a gdy szybko temu nie zaradzić, wówczas na powierzchni tych ciał tworzą się bruzdy, materiał się zdziera i topi, a smar się spala. Rozgrzane czopy pękają podczas jazdy i stają się przyczyną unieruchomienia parowozu. Zanieczyszczenie takiego smaru dla większej akcji można wykonać w magazynach i składnicach, zanim on dostanie się do rąk poszczególnych drużyn. Osiąga się to przez dodanie do smaru benzyny lub nafty z domieszką miążkiego szkła. Nawet przez dodanie domieszki zwykłego smaru wagonowego znacznie obniża się jego wartość. Jednak należy zwrócić uwagę na odpowiednią domieszkę części stałych. (np. mielonego szkła), aby smaru cylindrowego zbyt nie rozrzedzić, co od razu rzuciłoby się w oczy, gdyż normalnie smar ten jest bardzo gęsty i nabiera się go łopatką.

2. Stosowanie niewłaściwego zestawu kołowego^{a)}.

W warsztatach remontu wagonów – przy zmianie zestawów kołowych w poszczególnych wagonach, można „omyłkowo” założyć niewłaściwy zestaw kołowy dla danego typu wagonu (np. do wagonu 30-tonowego włożyć zestaw 20-tonowy). Praca takiego wagonu będzie krótkotrwała.

3. Spowodowanie opóźnienia biegu pilnego pociągu^{a)}, może być przeprowadzone na stacjach pośrednich postoju tego pociągu przez dosypanie nieznacznej nawet ilości piasku do maźnicy, lub też przez zadraśnięcie powierzchni czopa w maźnicy, któregoś z wagonów, jakimś ostrym narzędziem np. mesłem. To łatwo może być wykonane przez kogoś z drużyny konduktorskiej lub stacyjnej, podczas postoju pociągu na stacji pośredniej. Wywoła to wkrótce palenie się osi

danego wagonu i konieczność zatrzymania pociągu na najbliższej stacji oraz dodatkowe manewry w celu wyłączenia ze składu wagonu z palącą się osią.

4. Kilka sposobów uszkodzenia parowozu przez drużyny parowozowe w czasie biegu pociągu.^{a)}

a) Bezpośrednio przed odjazdem pociągu ze stacji początkowej, przez silniejsze przyciągnięcie śrub wzgl. klinów łożyskowych, spowodować palenie panewek, lub uszkodzenie drążków suwakowych. Po spostrzeżeniu skutków – należy natychmiast pociąg zatrzymać i zwalić winę na poprzednią drużynę (o ile to była drużyna niemiecka), że do takiego stanu doprowadziła maszynę i o uszkodzeniu nie meldowała. Uszkodzenia takiego przy przyjmowaniu parowozu przed odjazdem nie można spostrzec ani ujawnić, gdyż parowóz musi już być w biegu, i dla tego zachodzi prawdopodobieństwo winy niedopatrzania poprzedniej drużyny.

Wobec tego, że obecnie nie stosuje się systemu przywiązania danej drużyny do obsługi danego parowozu i drużyna przyjmuje przydzielony jej przypadkowy parowóz, można w ten sposób unieruchamiając parowóz – zwalić winę na poprzednią obsługę, pozostającą na usługach wroga. (Jednak co do tego trzeba mieć absolutną pewność, aby nie narazić swoich ludzi).

Jeżeli by tego rodzaju uszkodzenie wyszło na jaw dopiero po przejechaniu dłuższej drogi, to wina złej obsługi mogła by już być przypisana obecnej drużynie i dlatego wywołaniem skutku trzeba się śpieszyć i zaraz meldować.

b) Coraz częściej się obecnie zdarza, że z braku odpowiednich wymiarów części trzonów tłokowych lub suwakowych (dla każdej serii parowozów są ustalone granice dopuszczalności wymiarów) przy naprawach parowozu stosują części te z wymiarami niższymi od dopuszczalnej normy. Okoliczność taką można wykorzystać i, jeżeli maszynista ma pewność, że w jego parowozie przy remoncie zastosowali jakąś część niższej normy, może spowodować uszkodzenie, mające z tym związek, po czym, po zmierzeniu motywuwać, że zepsucie nastąpiło na skutek zastosowania odchylenia niższej normy^{a)}.

c) Celowe bardzo jest uszkodzenie prasy smarnej, powodujące niedostarczenie odpowiedniej ilości smaru do skrzyni suwakowej, tłokowej itp. Zły dopływ smarów nie da długo czekać na następstwa. Uszkodzenie takie łatwo spowodować przez przypadkowe zgięcie jakiejś części lub nawet przez zanieczyszczenie przyrządu, a mianowicie jego przewodów odprowadzających smar.

d) Duży efekt daje uszkodzenie pompy powietrznej na parowozie. Jednak trudno wskazać taki sposób, aby uwalniał od odpowiedzialności i sprawa taka musi być pozostawiona inicjatywie maszynisty.

Wilno, 1943 r.

Odpis, maszynopis

J. Dobrzański, cyt. praca, s. 79-83

a) podkreślenie oryginału

Blanche Wiesen Cook, *Eleanor Roosevelt*, vol. I, 1884-1933, Viking Penguin, New York 1992, s. 587.

Eleanor Roosevelt była, i jest, w Europie znana przede wszystkim jako żona prezydenta Franklina Delano Roosevelta. Stanowi ona jednak przykład bezprecedensowej kariery kobiety swojej generacji, co potwierdziła w pełni zarówno jej działalność przed prezydenturą małżonka, jak i po jej zakończeniu. Cieszyła się też od lat ogromną popularnością i zainteresowaniem nie tylko rodzimej opinii publicznej, ale i historyków. Jej życiu poświęcono liczne prace biograficzne, a i ostatnio budzi wciąż nie słabnące zainteresowanie Amerykanów. Pisali o niej i piszą jej bliscy, historycy, publicyści. I pojawiają się coraz to nowe ujęcia jej ciekawego życia, pełnego pracy, poświęcenia i rozmaitych pasji. Życia, które, jak ktoś kiedyś powiedział, z powodzeniem by wystarczyło na co najmniej kilka interesujących i bogatych biografii.

Najnowsza książka Blanche Wiesen Cook wywołała prawdziwą burzę dyskusyjną w USA, bowiem jest pracą „rewizjonistyczną”, napisaną z pozycji feministycznej. Autorka jest profesorem historii i *women studies* w John Jay College, zaangażowaną od lat w ruch feministyczny.

Książka niniejsza jest owocem wieloletnich studiów autorki nad problematyką feministyczną w ogóle oraz życiem i działalnością Eleanor Roosevelt. Praca ta ma bardzo zróżnicowaną bazę źródłową, jak i rozległą literaturę przedmiotu, wykorzystaną przez autorkę wprawdzie selektywnie, ale ze znanostwem. Książka ujęta jest w porządku chronologicznym, w 20 rozdziałach omawiających ważniejsze okresy życia bohaterki. Jak wynika już nawet z tytułu, jest to pierwszy tom biografii Eleanor Roosevelt, doprowadzony do roku 1933, a więc zwycięstwa wyborczego jej małżonka i objęcia przezeń prezydentury. Najciekawsza zatem część działalności pani Roosevelt, z punktu widzenia jej aktywności politycznej, znajdzie się w następnym tomie. Warto zauważyć, że niektóre rozdziały są bardziej rozbudowane i wnoszą sporo nowego światła, głównie ze względu na nowe wartości interpretacyjne. Dotyczy to w głównej mierze poglądów i przekonań, filozofii życiowej, działalności społecznej i życia osobistego Eleanor Roosevelt. Naturalnie, mogą budzić i budzą wiele sporów i namiętnych dyskusji, właśnie z powodu innego (czytaj: feministycznego) ujęcia tematu.

Praca bynajmniej nie jest hagiografią. Już sam dobór cytatów we wprowadzeniu (s. 1-2) sygnalizuje złożoność, a nawet kontrowersyjność indywidualności, jaką niewątpliwie była Eleanor Roosevelt. Ubóstwiana przez miliony nie tylko własnych rodaków, a jednocześnie krytykowana przez innych, zarzucających jej zbyt dużą aktywność polityczną, była i pozostała sobą, oddaną własnej pracy, pasjom i działalności publicznej. I choć ta ostatnia z biegiem lat nabierała rangi i znaczenia, sama

pani Roosevelt nigdy nie rezygnowała ze sposobności, by umniejszać własne poczynania i osiągnane sukcesy. Nawet u szczytu swej popularności jako sztandarowa bojowniczką walcząca o prawa człowieka w ONZ jakby niedowierzała ani odgrywanej roli, ani własnej popularności. Kiedyś nawet, w trakcie jednej z wielu międzynarodowych podróży, podczas lądowania na lotnisku ukwieconym na jej cześć, zdumiała się, że „ktoś ważny musi lecieć tym samym samolotem”. I taką pozostała do końca życia, skromną i nieśmiałą, jakby nawet zakompleksioną, choć bywała w wielkim świecie i spotkały ją największe zaszczyty oraz wyróżnienia.

O Eleanor Roosevelt napisano już tyle, że można by sądzić, iż następne próby są bezcelowe. Ale tak nie jest, o czym świadczy niniejsza książka, którą się czyta z dużym zainteresowaniem, choć nie bezkrytycznie. Napisana jest bowiem ciekawie, językiem barwnym, z prawdziwą pasją. Czyta się ją z tym większym zainteresowaniem, że sporo tu informacji o życiu rodzinnym Rooseveltów, ich sukcesach, ale i porażkach, także sprawach intymnych naszej bohaterki. I te właśnie kwestie, objęte wcześniej zasłoną milczenia, bądź traktowane raczej pobieżnie, a teraz poddane wnikliwej wivisekcji, budzą zrozumiałe wątpliwości i wiele kontrowersji. Zresztą tego rodzaju dywagacje i rozmaite przypuszczenia dotyczące życia prywatnego, a przede wszystkim wewnętrznego, Eleanor Roosevelt burzą jej dotychczasowy, ugruntowany od lat *image* w amerykańskiej historiografii. Wywołują więc falę polemik i zrozumiałe oburzenie licznych jej biografów.

Wiele uwagi poświęca autorka okresowi młodości i początkom małżeństwa Rooseveltów, kwestionując przy tym niektóre stereotypowe sądy o ich życiu, także epoce. Przede wszystkim poddaje rewizji zakorzenione na dobre w amerykańskim piśmarstwie historycznym, a dla niej wątpliwe, interpretacje o „wiktoriańskim purytanizmie”. Zdaniem Blanche Wiesen Cook ugruntowany przez dziesięciolecia *image* okresu, jego „pruderyjnej purytańskości” jest jednym z mitów w amerykańskiej historiografii. Eleanor Roosevelt była zaś, co podkreśla autorka niejednokrotnie, swego rodzaju ofiarą tej pruderii, gdyż nie mieściła się w „skostniałych ramach epoki”, w której przyszło jej żyć. Było to powodem licznych frustracji i „buntów” młodej małżonki oraz wielu nieporozumień, nawet z najbliższymi, którzy jej niejednokrotnie nie rozumieli i nie zawsze popierali jej aktywność publiczną czy rosnące ambicje. Wprawdzie, zgodnie z powszechnymi oczekiwaniami, uchodziła ona za prawdziwą matronę, żonę i matkę (arystokratyczne dziedzictwo, wypełnianie prokreacyjnej funkcji – urodziła 6 dzieci), a swoją aktywnością publiczną już niebawem potwierdziła, jak dalece odeszła od tradycyjnej roli kobiety tego okresu.

Punktem ciężkości rozważań autorki, zgodnie z jej założeniem, jest działalność publiczna Eleanor Roosevelt, zwłaszcza w kwestiach kobiecych. Była ona bowiem przez całe swoje życie bardzo zaangażowana w sprawy kobiece, aktywnie uczestnicząc w licznych mityngach, zebraniach, zjazdach itp. Często też zabierała głos nie tylko w sprawach rodzinnych, ale i w tak śmiałych na owe czasy kwestiach, jak rozwody czy kontrola urodzeń. Już w latach dwudziestych XX w., po własnych doświadczeniach, doszła do przekonania, że kobieta, by zaistnieć w polityce, musi

„mieć skórę twardą jak skóra nosorożca”. Jej się to udało. I choć właśnie wtedy wspierała przede wszystkim poczynania polityczne małżonka, stała się czołową kobietą osobistością w USA. Jej udział w pracach kobiecych klubów partii demokratycznej, działalność publicystyczna i odczyty miały doniosły wpływ na rozwój ruchu kobiecego, jego program i sukcesy, choć Eleanor Roosevelt osobiście nigdy nie akcentowała swego udziału w ruchu jako takim, a i ówczesne aktywistki feministyczne nie traktowały jej zbyt łaskawie. Niemniej jej doniosły wkład w rozwój sprawy kobiecej nie może być kwestionowany przez nikogo. Zgodnie z pouczeniami dziennikarza i przyjaciela domu, Louisa Howe’a („powiedz, co masz do powiedzenia i zejdź ze sceny”) starała się „robić swoje” najlepiej, jak potrafiła. I to robiła, choć nie bez trudu, zwłaszcza na początku lat dwudziestych, kiedy zdobywała szlify dziennikarki i zaangażowanej społeczniczki.

Eleanor Roosevelt, zwłaszcza w owych czasach, mogła uchodzić, i uchodziła, za osobę o bardzo niezależnych i liberalnych poglądach. Warto dodać, że od lat dwudziestych jej aktywność była obserwowana przez odpowiednie służby. John Edgar Hoover już w 1924 (popierała wtedy wejście USA do Stałego Trybunału Sprawiedliwości Międzynarodowej) założył także jej kartotekę, która z biegiem lat rozrosła się do okazałych rozmiarów (s. 345). W latach późniejszych zarzucano jej niejednokrotnie zbyt liberalizm, sympatie lewicowe, także prokomunistyczne, i to nawet wtedy, gdy ostro komunizm zwalczała. Amerykański sekretarz stanu, John Foster Dulles, nazwał ją kiedyś bardziej od samej Moskwy wyrotową i niebezpieczną.

Autorka ma rację, kiedy pisze, że i dzisiaj, a więc ponad 100 lat od urodzin bohaterki książki i 30 lat od jej śmierci, nie sposób mówić o Eleanor Roosevelt bez zaangażowania. Nie ma bowiem ludzi neutralnych w tym sporze o Eleanor, uwielbianą i szanowaną przez miliony, ale i krytykowaną z różnych stron. Dla milionów Amerykanów, a zwłaszcza Amerykanek, była „kims z sąsiedztwa”, do kogo można było się zwrócić z zapytaniem i poradą w każdej sprawie. A ona, korzystając z pomocy rozbudowanego sztabu sekretarek, odpowiadała na każdy list, udzielając praktycznych porad żonom i matkom, nauczycielkom, gospodyniom domowym czy dziennikarkom. Jak nie bez złośliwości czasem pisano, pani Roosevelt z podobną swobodą komentowała także najdonioślejsze wydarzenia międzynarodowe. A jej kolumna *My Day* w połowie lat trzydziestych znalazła się w czołówce najbardziej poczytnych, plasując jej autorkę za gwiazdorama amerykańskiej publicystyki tej miary, co Walter Lippmann i Dorothy Thompson. Ale aktywność publiczna Eleanor Roosevelt (nazywano ją „Wszędobylską Eleanor”) była także obiektem ostrej krytyki. W kampanii prezydenckiej 1936 przeciwnicy polityczni Franklina Delano Roosevelta posługiwali się sloganem „Nie chcemy także Eleanor!”. Była ona zresztą częstym i wdzięcznym obiektem karykaturzystów, których nawet na swój sposób prowokowała.

Autorkę książki interesuje nie tylko działalność publiczna Eleanor Roosevelt i budowa jej bezprecedensowej kariery, ale także kształtowanie jej osobowości i poglądów oraz życie wewnętrzne. Zastanawia się m.in., na ile była ona typową ko-

biętą swojej generacji oraz wzorcem dla współczesnych. Wiele uwagi poświęca więc przyjaźniom, kontaktom i współpracy z innymi kobietami, aktywistkami partii demokratycznej, żonami polityków, także dziennikarkami. W warstwie tej sporo różnych domysłów i spekulacji, które mogą szokować czytelnika, zwłaszcza polskiego. I szokują, bowiem sporo tu śmiałych hipotez i przypuszczeń dotyczących życia intymnego pani Roosevelt, m.in. jej przyjaźni, miłości i flirtów, faktycznych i domniemyanych. Chwilami wydaje się to wręcz niestosowne i niesmaczne, choć w amerykańskim piśmarstwie, także historycznym, nie jest to bynajmniej rzadkością.

O prawdziwym i bardzo bogatym życiu Eleanor Roosevelt, wbrew potocznym wyobrażeniom, wiemy wciąż, jak twierdzi nie bez racji autorka, stosunkowo niewiele. Osobiście bowiem pisała ona i wypowiadała się na ten temat nader dyskretnie i oszczędnie, albo w ogóle milczała. Dotyczy to przede wszystkim spraw osobistych, flirtów, romansów i fascynacji, kwestii rodzinnych, stosunków z teściową, dziećmi, a także jej mężem. Nie dysponujemy też wielu podstawowymi dla tej sfery źródłami, które byłyby bezcenne przy podnoszeniu tej problematyki, gdyż po śmierci Eleanor Roosevelt zostały zniszczone, m.in. bogata kolekcja korespondencji z Loren Hickok i Esther Lape. Podobnie i inne listy prywatne zostały przez jej przyjaciół spalone. I ta właśnie luka źródłowa jest wciąż znakomitą pożywką dla wszystkich spekulacji i dywagacji na temat jej życia prywatnego, o którym nawet jej małżonek wiedział zupełnie niewiele. Był wszak świadom, że ma ona „własne życie”, jak mawiał, własnych przyjaciół, własne domy, własne życie emocjonalne i swoje tajemnice.

Po odejściu z Białego Domu, wbrew wcześniejszym obawom, że stanie się osobą prywatną, Eleanor Roosevelt pozostawała nadal w centrum aktywności publicznej. Nareszcie wyszła z „cienia swego męża” i zaczęła pracę na własne konto (o czym świadczy nawet tytuł jednego z tomów jej wspomnień, *On My Own*). Poczuli się, co kiedyś powiedziała reporterem, „nareszcie wolna, prawdziwie wolna”. Mogła robić, co chciała, ona, Eleanor Roosevelt, a nie żona polityka, gubernatora Nowego Jorku, a potem prezydenta Franklina Delano Roosevelta, choć konsekwentnie kontynuowała jego dzieło, co podkreślała nie bez dumy. W latach 1952-1962, a więc do swojej śmierci, przemierzała Stany Zjednoczone i dziesiątki innych krajów, niestrudzenie walcząc o lepszy świat, pokój i prawa człowieka. Przez wiele lat nieprzerwanie utrzymywała się w badaniach Gallupa w czołówce najwybitniejszych amerykańskich osobistości XX wieku. Do dziś także jest dla milionów rodaków, a zwłaszcza kobiet, uosobieniem niezwykłej kariery i symbolem wielkiego kobiecego sukcesu.

Książka niniejsza, mimo licznych kontrowersji jej towarzyszących, jest pozycją wartościową i wartą przeczytania. Choć trudno zgodzić się z niektórymi sądami autorki, jest to niewątpliwie praca nowatorska i ciekawa. Przybliży nie tylko sylwetkę Eleanor Roosevelt, ale i naszą wiedzę o epoce, w której żyła i problemach, które i dziś są bliskie i, mimo upływu czasu, wciąż aktualne. Książka jest znakomitą lekturą inspirującą do dalszych badań nad tą pasjonującą i atrakcyjną tematyką.

Halina Parafianowicz

Natalia Puszkariewa, *Żenszczyzny drierwniej Rusi*, Izdatielstwo „Myśl”, Moskwa 1989, s. 287.

Od blisko trzydziestu lat badania poświęcone problematyce rodzinnej znajdują się w centrum zainteresowania historiografii światowej¹. Wprawdzie nadal koncentrują się one wokół analiz dawnych struktur rodzinnych, ich przeobrażeń i potencjału demograficznego, ale zwracają też baczną uwagę na inne, nie mniej ważne zagadnienia, jak: pozycje społeczno-prawne członków rodziny (ich autorytet, zakres władzy) czy przyczyny i rodzaje konfliktów wewnątrzrodzinnych itp. Coraz większym zainteresowaniem cieszy się „historia kobiet” i to zarówno zamężnych, jak i samotnych (panien, wdów, porzuconych lub rozwiedzionych)². Początkowo uprawiana głównie przez zwolenniczki ruchu feministycznego miała ukazać jedynie różnice w prawach obojga płci, dowieść ich ucisku, wyzysku i zdominowania. Dopiero od niedawna nauka o kobietach zaczyna wydobywać się spod wpływów płytkiej ideologii, a proponowane kwestionariusze badawcze nie zamykają, lecz otwierają rzeczową dyskusję³.

Do tego realistycznego nurtu zaliczamy recenzowaną pracę Natalii Puszkariewej. Należy ona do historyków młodszego pokolenia i jest pracownikiem Instytutu Etnografii Rosyjskiej Akademii Nauk w Moskwie. Omawiana książka powstała na podstawie rozprawy doktorskiej wieńczącej kilkuletnie badania prowadzone pod kierunkiem profesorów Paszuto i Janina.

Autorka postawiła przed sobą bardzo ambitny, ale zarazem trudny cel – przedstawienia całościowego obrazu położenia kobiety w rodzinie i społeczeństwie dawnej Rusi (s. 3) – którego niestety do końca nie zrealizowała. Na podkreślenie zasługuje obfitość wykorzystanego materiału źródłowego. Z jednej strony Puszkariewa oparła swoje rozważania na licznych aktach ustawodawczych władz państwowych i kościelnych, poczynając od Ruskiej Prawdy z XI w., a kończąc na Sudiebniku z 1497 r. (nie zabrakło wśród nich sądowych gramot Wielkiego Nowogrodu i Pskowa), z drugiej zaś miała świadomość jednostronności źródeł normatywnych, stąd jej dążenie do spożytkowania ruskich kronik, relacji cudzoziemców, różnorodnej rachunkowości feudalnej własności gruntów i gospodarki oraz dokumentów prywatnych (m.in. korespondencji między małżonkami, umów przedślubnych), które ukazałyby rzeczywiste położenie tamtejszych kobiet.

Dobre przygotowanie warsztatowe pozwoliło jej także na szerokie wykorzystanie materiału epigraficznego, ikonograficznego i sfragistycznego. Porównawczo autorka sięgnęła po źródła litewskie, polskie, bizantyjskie oraz wybranych krajów zachodnich. Podobnie rozległa jest zagraniczna literatura przedmiotu, choć z prac polskich

zwraca uwagę brak zwłaszcza rozpraw J. Bardacha i M. Koczerskiej⁴.

Zasięg chronologiczny książki, tj. X-XV w., określony został właściwie, natomiast terytorialny – pominięty. Z treści pracy możemy wnioskować, iż Puszkariewa koncentruje swoją uwagę zasadniczo na ziemiach wielkoruskich, które nie weszły w XIII-XIV w. w skład Wielkiego Księstwa Litewskiego i które w końcu XV w. znalazły się pod panowaniem Moskwy. Praca składa się, oprócz wstępu, z pięciu części, uzupełnionych wykazami skrótów i źródeł, indeksem osobowym oraz blisko 70 ilustracjami.

W pierwszej – najobszerniejszej, ale zarazem najtańszej części pracy (s. 11-69) autorka zaprezentowała życie i działalność na różnych płaszczyznach kilkunastu wybranych przez siebie kobiet. Należy jednak dodać, iż większość z nich była już znana czytelnikom z innych opracowań historyków. Galerię znakomitych Rosjanek otwiera szkic poświęcony Oldze, małżonce księcia Igora, kończy zaś bliższa nam postać córki Iwana III – Heleny, żony Aleksandra Jagiellończyka.

Bardziej interesujące okazały się jednakże dwa następne rozdziały, w których Puszkariewa omawia zasady i praktykę doboru małżeńskiego (s. 70-103) oraz prawne stanowisko żony w rodzinie, jak i po jej rozpadzie (s. 104-154).

Swój wywód rozpoczyna ona od przypomnienia archaicznych form zawarcia związku – przedchrześcijańskiego „porwania u wody” i „małżeństwa doprowadzonego”, a następnie omawia kolejne fazy obrzędu ślubnego (m.in. zaręczyny w domu rodziców oblubienicy, zawarcie umowy ślubnej z wyliczeniem wartości posagu itp.). Sporą część rozważań zajęła u Puszkariewej kwestia wolnego wyboru przyszłego męża przez ruskie kobiety. W ciągu X-XV w. autorka dostrzega powolne umacnianie się prawa tamtejszych kobiet do wyrażania własnej woli w sprawach zamążpójścia (s. 72). Interesująca jest konstatacja rosyjskiej uczonej, że zawarcie związku przez kobietę o wyższym statusie społecznym z mężczyzną niższej kondycji nie powodowało utraty przez nią dotychczasowej pozycji. To właśnie w związkach kobiet z poddanyymi chłopami dostrzega autorka dowód ich niezależnej pozycji, zaś ograniczenia w tych sprawach bardziej pochodziły ze strony feudała – właściciela chłopów niż ze strony krewnych kobiety.

Nasuwa się jednak pytanie, czy rzeczywiście ślub szlachcianki z chłopem mógł być tytułem do chwały jej najbliższych krewnych. Czy brak ograniczeń z ich strony nie wynikał np. ze zbyt swobodnego prowadzenia się panny i chęci uniknięcia przez najbliższą rodzinę niepotrzebnego rozgłosu? Być może takie zamążpójście było dla krewnych szansą niewypłacenia posagu lub przynajmniej jego wydatnego zmniejszenia.

Puszkariewa zwraca uwagę na doniosłą rolę Cerkwi prawosławnej w procesie powstania najmniejszej komórki społeczno-demograficznej (dążenie do ograniczenia wczesnych małżeństw i ich liczby, zasadniczo do dwóch, rzadziej do trzech, zakaz poślubiania innowierców i bliskich krewnych).

Następnie autorka omówiła szereg zagadnień związanych z unieważnieniem małżeństwa i rozwodem, podkreślając, że wprawdzie Cerkiew stała na stanowisku nie-

rozerwalności związku, ale już w czasach Jarosława Mądrego miały miejsce rozwody z powodztwa małżonek. Generalnie Puszkariewa na podstawie analizy źródeł stwierdza, że wraz z rozwojem na Rusi w XIV-XV w. prawa feudalnego tamtejsze kobiety otrzymały także prawo do rozwodu z przyczyny niewierności męża, którego to prawa we wcześniejszym okresie nie miały (s. 81).

Stopniowe rozszerzanie społecznych i majątkowo-dziedzicznych praw kobiet z różnych klas zdaniem Puszkariewej dowodzi przewyższenia przeżytków wspólnoty wielkorodzinnej już w XII-XIII w. Trafnie autorka wydobywa i relacjonuje znaczenie Cerkwi w umacnianiu prawidłowego wywiązywania się z przyjętych przez kobiety zobowiązań – funkcji prokreacyjnej i opieki ogniska domowego, analizuje propagowany przez Kościół prawosławny system norm moralno-obyczajowych (m.in. pochwała wielodzietności jako kategoria „społecznej konieczności” immanentnie właściwa rodzinie, surowe kary za celowe poronienia czy dzieciobójstwo, s. 83-98).

Wymowna jest konstatacja Puszkariewej o wysokiej pozycji wdów, które nie tylko nie podlegały władzy rodziny – opiekunów (odmiennie niż na zachodzie), ale i posiadały pełną władzę w stosunku do majątku i nader sprawnie nim gospodarowały. Dodajmy tylko, czego autorka zdaje się nie dostrzegać, że duże swobody majątkowe wdów w tej części Europy były raczej rzeczą normalną, np. w Polsce⁵. Ich duża aktywność, a przede wszystkim samodzielność, często wykraczająca poza proponowany przez Cerkiew wzorzec kobiety, była jedną z przyczyn długotrwałego funkcjonowania w tamtejszej literaturze kościelnej przypowieści „o złych żonach”.

Dużo wysiłku badawczego Puszkariewa poświęciła odtworzeniu rzeczywistej pozycji społeczno-prawnej żony w małżeństwie (s. 104-139). W świetle zanalizowanych materiałów postawiła tezę, że w XII-XIV stuleciu dokonał się zasadniczy przełom w rozszerzeniu praw majątkowych kobiet ruskich. Autorka z dużym wyczuciem rysuje obraz kobiety w sądownictwie, podkreślając zarazem jej samodzielność i pełnoprawność przed sądem. W opinii rosyjskiej uczonej w tej sferze nie było formalnych różnic między obu płciami, np. kobiety zamężne miały pełną zdolność procesową (s. 149-154).

Książkowe miniatury, freski oraz liczne zachowane materiały archeologiczne pozwoliły autorce na szersze zaprezentowanie odzieży i ozdób kobiecych (s. 155-176). Natomiast w ostatnim rozdziale (s. 177-211) omówiła ona dorobek rosyjskiej i radzieckiej historiografii poświęconej problematyce rodzinnej i kobiecej w konfrontacji z badaniami światowymi (ale czy nie należało go umieścić zaraz po wstępie?).

Książkę Natalii Puszkariewej, wydaną w dobrej szacie graficznej, bogato ilustrowaną, uznać należy bez wątpienia za sumienną i pożyteczną. Praca przeznaczona jest dla szerokiego grona odbiorców. Napisana bardzo jasno i przejrzysto przede wszystkim poszerza nasz zasób wiedzy o kobietach ruskich. Autorka na ogół unika wysuwania ryzykownych hipotez i ferowania pośpiesznych sądów. Choć trudno powstrzymać się od refleksji, że nie wyczerpuje ona tematu. Niewiele dowiedzieliśmy się np. o kulturze duchowej i umysłowej kobiet w średniowiecznej Rusi, o ich reli-

gijności czy mentalności. Jej rozważania koncentrowały się zresztą wokół szlachcianek, rzadziej już bogatych mieszczek, pomijały zaś (zapewne z racji źródeł) chłopki. Istotnym walorem książki Puszkariowej jest możliwość inspiracji do dalszych badań i przemyśleń.

Cezary Kukło

PRZYPISY

- 1 Por. opinie np. A. Burguièra, *Pour une typologie des formes d'organisation domestique de l'Europe moderne (XVIe-XIXe siècles)*, „Annales ESC”, t. 41, 1986, nr 3, s. 639 nn; A. Wyrobisza, *Rodzina w mieście doby przedprzemysłowej a życie gospodarcze. Przegląd badań i problemów*, „Przegląd Historyczny”, t. 77, 1986, z. 2, s. 305 n.; J. Dupâquiera, *Popolazione e famiglie*, w: *Metodi risultati e prospettive della storia economica (secc. XIII-XVIII)*, Atti della „Ventesima Settimana di Studi”, pod red. S. Cavaciocchi, Firenze 1989, s. 49 n.
- 2 Zob. tematykę ponad dwudziestu artykułów opublikowanych w „Annales de démographie historique” – 1981, poświęconych „demografii historycznej i losowi kobiecemu”, zgrupowanych w 3 częściach (zróżnicowana śmiertelność kobiet, wybór małżonka, kobieta samotna); czy zbiorowej pracy – *Madame ou Mademoiselle? Itinéraires de la solitude féminine XVIIIe-XXe siècles*, pod red. A. Farge, Ch. Klapisch-Zuber, Paris 1984. Kilkadziesiąt referatów autorów z wielu krajów wygłoszonych podczas XXI Settimana di Studi (w kwietniu 1989 r. w Prato) ukazało różnorodne aspekty działalności gospodarczej kobiet w XIII-XVIII w.
- 3 Por. C. Dauphin, A. Farge, G. Fraisse i inni, *Culture et pouvoir des femmes: essai d'historiographie*, „Annales ESC”, t. 41, 1986, nr 2, s. 271-293.
- 4 J. Bardach, *Zwyczajowe prawo małżeńskie ludności ruskiej Wielkiego Księstwa Litewskiego (XV-XVIII w.)*, w: tenże, *Studia z ustroju i prawa Wielkiego Księstwa Litewskiego XIV-XVII w.*, Warszawa 1970, s. 261-315; M. Koczerska, *Rodzina szlachecka w Polsce późnego średniowiecza*, Warszawa 1975.
- 5 Zob. M. Koczerska, op. cit., s. 179 nn, A. Wyczański, *Spoleczeństwo*, w: *Polska w epoce Odrodzenia*, pod red. A. Wyczyńskiego, wyd. 2, Warszawa 1986, s. 235 n.

Antoni Mironowicz, *Podlaskie ośrodki i organizacje prawosławne w XVI i XVII wieku*, Białystok 1991, s. 301.

Książka Antoniego Mironowicza *Podlaskie ośrodki i organizacje prawosławne w XVI i XVII wieku* opublikowana została w roku 1991 w Dziale Wydawnictw Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku. Monografia ta składa się z sześciu rozdziałów poprzedzonych wprowadzeniem, czterech aneksów, bibliografii oraz mapy.

Główny temat zainteresowań autora – podlaskie ośrodki i organizacje prawosławne na przestrzeni dwóch wieków – ukazany został w dość obszernie potraktowanym przez niego kontekście dziejów Kościoła prawosławnego w Rzeczypospolitej XVI i XVII stulecia.

Mironowicz wykorzystał w swej pracy bogaty materiał źródłowy, a to dzięki kwerendom przeprowadzonym w blisko dwudziestu archiwach polskich i zagranicznych (Warszawa, Kraków, Kórnik, Wrocław, Białystok, Lublin, Wilno, Lwów, St. Petersburg, Moskwa, Mińsk, Londyn). W wykazie źródeł rękopiśmiennych pomysłowo w Archiwum Głównym Akt Dawnych w Warszawie znalazły się Teki Glinki. Miejsce ich przechowywania to Ośrodek Dokumentacji Zabytków w Warszawie, Pracownia Archiwaliów (Aleje Ujazdowskie 6)

W cytowanym wykazie źródeł drukowanych niektóre pozycje trzeba by przesunąć do opracowań, choć jest w nich publikowany obszerny i cenny materiał źródłowy (S. Golubiew, *Kijewskij mitropolit Pietr Mohyla i jego spodwiżniki...*, A. Jabłonowski, *Podlasie*, t. 6...; A.M., s. 284-285).

Imponująco przedstawia się zebrana i omówiona przez Mironowicza literatura przedmiotu. Dołączona w końcu książki mapa ukazuje strukturę parafialną Kościoła prawosławnego na Podlasiu w drugiej połowie XVI wieku i w części innych ziem z nim graniczących (cz. województwa trockiego, nowogródzkiego, brzeskiego).

Zgodzić się należy z autorem, że Podlasie jako jednostka administracyjna – województwo podlaskie, była tworem sztucznym (A.M., s. 4). Spory o granice Podlasia toczyły się tak w XVI, jak i XVII wieku. Akt unii 1569 roku nie ustalił ostatecznie granic przyłączonego do Korony województwa podlaskiego. Ustanawiano specjalne komisje, których działalność nie kończyła ciągnących się sporów przygranicznych. Historycy przyjmują więc w swych badaniach granice województwa podlaskiego w momencie włączenia go do Korony w 1569 (np. W. Jarmolik, *Rozwój niemieckiego prawa miejskiego na Podlasiu do unii lubelskiej 1569 roku*, „Przegląd Historyczny”, t. LXXIII 1982, zes. 1-2, s. 24, mapka s. 34). Aleksander Jabłonowski, żeby przywołać jego klasyczne dzieło o Podlasiu, przyjął w swych rozważaniach ob-

szar „jedynie w takich obrębach, w jakich nam je przedstawiają rejestra poborowe 1580 r. głównie”¹. Nieco dalej historyk ten pisze, że Podlasie – województwo, ma tu na myśli lata 1580, 1590, „jako kraina nie przedstawia wcale jakiegoś, zwartego w sobie, zaokrąglonego geograficznego kompleksu”².

A. Mironowicz swymi badaniami wyszedł, jak najbardziej zasadnie, poza granice województwa podlaskiego, twierdząc, iż „takie przestrzenne ujęcie tematu było podyktowane dostępem do bazy źródłowej i wspólnymi dziejami podlaskich parafii prawosławnych” (A.M., s. 4). Argumenty podane przez autora są wystarczające i zbędne wydaje się odwołanie w tym przypadku do wyników prac archeologicznych (G. Pichura, *Podlesian and Polesian black ceramic ware*, „The Journal of Belorussian Studies”, London 1965, s. 51-54). Można oczywiście cytować podobne przykłady prac historyków, którzy obejmowali w swych rozprawach szerszy obszar niżli ten sprecyzowany w tytule. Tak na przykład, Wojciech Kriegseisen w książce pt. *Samorząd szlachecki w Małopolsce w latach 1667-1717* uwzględnił województwo ruskie, nie leżące przecież w granicach zachodniej Małopolski. Kierował się przy tym, jak stwierdził, stanem źródeł oraz przekonaniem, że więcej łączyło to województwo z województwami zachodnimi niż z Podolem i Ukrainą³. W aneksach nr 1, 2, 3 zawartych w książce Mironowicza warto było zaznaczyć położenie parafii prawosławnych w części innych województw.

Interesująco przedstawia się rozdział pierwszy, poświęcony unii brzeskiej w świetle historiografii, w którym autor przedstawił najważniejsze opinie całego szeregu badaczy różnych narodowości i wyznań w okresie dwóch ostatnich stuleci oraz rozdział trzeci, poświęcony społeczności prawosławnej Podlasia wobec unii kościelnej. Wiele zarysowanych przez autora kwestii czeka na dalsze studia. Problematyka unii brzeskiej (czterechsetna rocznica jej podpisania się zbliża) winna być ze wszech miar rozpatrzona przez badaczy ponownie, lecz bez uprzedzeń wyznaniowych i narodowościowych. Z postulatem tym wystąpiło ostatnio wielu historyków. Zacytujmy w tym miejscu interesujący artykuł Zenona E. Kohuta z Uniwersytetu w Edmonton pt. *Belorussia, Russia, and Ukraine in the Sixteenth to the Eighteenth Centuries: A Framework for the Study of Politics*⁴. Wśród wielu nowych postulatów badawczych dotyczących przyszłych badań nad rolą Kościoła prawosławnego w XVI, XVII i XVIII stuleciu kwestie związane z problematyką unijną wymienił autor artykułu w punkcie pierwszym.

Nie miejsce tu, w ramach krótkiej prezentacji pracy A. Mironowicza, na szersze dyskusje nad unią brzeską. Trzeba by jednak zwrócić uwagę na pewne niedociągnięcia, które niepotrzebnie rzutują na całość obrazu książki. W odniesieniu do XVI i XVII wieku, pisząc o siedzibie papieskiej, używamy określenia – Stolica Apostolska, nie zaś, jak czyni to A. Mironowicz – „Watykan”. Skoro autor dokonuje w swych rozważaniach podziałów literatury pod względem kryteriów narodowych, to pisanie o historykach radzieckich w 1991 roku nie ma sensu. Wymienia przy tej okazji np. J. D. Isajewicza (A. M., s. 21). Rażą też pewne sformułowania, które nie powinny się znaleźć w pracy współczesnego historyka: „Polska kultura, wyrosła w cieniu

Watykanu ...” (A. M., s. 49), „Geneza synodu brzeskiego tkwi głęboko w idei Watykanu do zjednoczenia świata chrześcijańskiego pod patronatem Rzymu” (A. M., s. 41).

Szkoda, że autor nie cytuje prac Zbigniewa Wójcika. Historyk ten wielokrotnie wyrażał tezę, że zarówno z punktu widzenia polskiej racji stanu, jak i interesów wyznawców prawosławia w Rzeczypospolitej – jedynie stworzenie autokefalicznego Kościoła prawosławnego (niezależnego patriarchatu prawosławnego w Kijowie) było najlepszym i najkorzystniejszym rozwiązaniem. Rzeczpospolita nie umiała wyciągnąć wniosków z faktu, iż większa część prawosławnych nie podporządkowała się Rzymowi. Kwestie Kościoła prawosławnego i polskiej racji stanu w XVII wieku omówił ten historyk na międzynarodowej konferencji w Rzymie w 1988 roku⁵.

Wypada wreszcie przy tej okazji wspomnieć o rozpoczętej edycji aktów nuncjatury polskiej. Korespondencja wysłanników Stolicy Apostolskiej z Rzeczypospolitej z pewnością rzuci więcej światła na tę ze wszech miar ważną problematykę unii, podniesioną w książce Antoniego Mironowicza.

Szczególną uwagę zwrócił autor, z racji swoich zainteresowań, na stosunek prawosławnej społeczności Podlasia do unii brzeskiej. Rodzi się jednak przy tym pytanie, czy istotnie społeczność prawosławna Podlasia protestująca przeciwko unii brzeskiej wyróżniała się spośród przedstawicieli innych województw zamieszkałych przez ludność prawosławną? Czy dzieje monasteru supraskiego, ukazane przez A. Mironowicza, nie są podobne do dziejów innych prawosławnych monasterów, które opowiedziały się w którymś momencie za unią?

Pisze A. Mironowicz w podsumowaniu rozdziału na temat monasteru supraskiego, że wprowadzenie unii przekreśliło „dotychczasową tradycję ośrodka, a zwłaszcza jego otwartość” (A. M., s. 129). Wyrazem tego stanu rzeczy jest, jak pisze autor, zmiana w wystroju wewnętrznym głównej świątyni monasteru, barokowe wyposażenie cerkwi Zwiastowania NMP, które przysłoniło serbskie malarstwo. Dotykamy w tym miejscu bardzo interesującego problemu powiązań i wpływów różnych obszarów kulturowych w dziedzinie architektury i wystroju cerkiewnego. W omawianym przykładzie zmiana wystroju związana była z wprowadzeniem unii w ośrodku w Supaślu. Warto w tym miejscu wspomnieć o momencie kulturalnym Piotra Mohyły, który do rozlicznych prac architektonicznych i malarskich sprowadzał rzemieślników i budowniczych z różnych stron Europy, również z Włoch⁶.

Rozdział piąty omawia podlaskie ośrodki i organizacje prawosławne w XVII wieku. Sporo miejsca poświęcił autor zwłaszcza dwóm centrom prawosławnego życia religijnego w XVII stuleciu – na terenie Bielska oraz Drohiczyzna. W uwagach końcowych podkreślił autor między innymi znaczenie wpływów społeczności świeckiej na ośrodki prawosławne. Analiza ośrodków prawosławnych przedstawionych przez A. Mironowicza pozwala w istocie lepiej zrozumieć znaczenie działalności świeckiej nie tylko w kontekście „prawa podawania i ktitorstwa”.

Słabszym fragmentem pracy jest aneks pierwszy, zamieszczony na stronach 267-271, o którym już była mowa na początku recenzji. Szkoda, że autor nie zaznaczył

w nim wszystkich źródeł oraz pozycji literatury, z których korzystał w pracy. W ten sposób uniknąć można było niepotrzebnych pomyłek i potknięć. Oto kilka przykładów:

nr 10. Boćki – pierwsza pozycja (tj. I. Daniłowicz, *Skarbiec dyplomatów...*, Wilno 1862, nr 2212, s. 280) jest zbędna, nie dotyczy przedmiotu rozważań. Chodzi w niej bowiem o przywilej Zygmunta I dla Jana Sapiiehy „na imiona Botki (Boćki) w bielskim powiecie prawem wieczności nadane, r. 1507”. W drugiej pozycji, na którą się autor powołuje – A. Jabłonowski, *Podlasie...*, t. 6, cz. 2, s. 231 jest napisane, że cerkiew istniała tam przed 1520 rokiem.

nr 11. Boguszewo – jeśli datujemy opierając się na informacjach A. Jabłonowskiego zawartych w cz. 2 i 1 jego dzieła o Podlasiu, mamy tam dane z roku 1578 (cz. 2, s. 230) i z r. 1580 (cz. 1, s. 120).

nr 21. Dojlidy – ks. G. Sosna, *Historyczny zarys Kościoła Prawosławnego od zarania dziejów do chwili obecnej na terenie województwa białostockiego*, „Wiadomości Polskiego Autokefalicznego Kościoła Prawosławnego” 1978, nr 3-4, na stronie 62 pisze: „Dojlidy XVI”.

nr 51. Kaniuki – w cytowanej pracy A. Jabłonowskiego nie mogłam znaleźć informacji, może chodzi o inne źródło.

nr 83. Miedzna – ks. G. Sosna, op. cit., na s. 60 pisze: „Miedzna XV”.

nr 90. Mokobody – może lepiej zacytować tu oprócz Jabłonowskiego i rok 1580, także ks. G. Sosnę, który podaje datę wcześniejszą tj. 1513 r.

Dość dotkliwie odczuwa się błędy korektoskie oraz brak indeksu imiennego i geograficznego.

Temat podjęty przez Antoniego Mironowicza nie należy do najłatwiejszych, ale każdy kolejny krok stawiany przez badaczy, mimo owych trudności, o których przychodziło mi już nie raz pisać⁷, trzeba analizować bez niepotrzebnych emocji i uprzedzeń.

Można mieć nadzieję, że w przyszłości pojawią się rozprawy wielu badaczy na temat ośrodków innych wyznań na tym terenie, gdzie w XVI i XVII stuleciu żyła społeczność wielonarodowościowa i różnych wyznań⁸.

Teresa Chynczewska-Hennel

PRZYPISY

1 A. Jabłonowski, *Podlasie, Polska XVI wieku pod względem geograficzno-statystycznym*, t. 6, cz. 2, Warszawa 1909, s. 20.

2 Tamże, s. 21.

3 W. Kriegseisen, *Samorząd szlachecki w Małopolsce w latach 1669-1717*, Warszawa 1989, s. 5.

4 Powyższy artykuł w polskiej wersji językowej (przekład P. Lewin) ukaże się wkrótce w zbiorze studiów: *Między Wschodem a Zachodem. Rzeczpospolita XVI-XVIII w.*

5 Z. Wójcik, *The Orthodox Church and the Polish Reason of State in the Seventeenth Century, Estratto da: Nuovi Studi Storici – 17, Le Origini e lo sviluppo della Cristianità Slavobizantina*, Roma 1992, s. 425-435; por.: T. Chynczewska-Hennel, recenzja książki M. Bendzy,

Tendencje unijne względem Cerkwi prawosławnej w Rzeczypospolitej w latach 1674-1686, Warszawa 1987, „Odrodzenie i Reformacja w Polsce”, t. XXXV, 1990, s. 184-187.

- 6 Na temat mecenatu kulturalnego Piotra Mohyły wygłosiłam referat na międzynarodowej konferencji w Kamieńcu Podolskim 1992 r.; główne tezy referatu pt. *Między Ukrainą a Polską. Mecenat kulturalny Piotra Mohyły*, w: *Polszcza – Ukrajina: historyczna spadszczyna i suspilna swidomist'*, Kyjiv 1992, s. 91-94.
- 7 Np. w recenzji z książki M. Bendzy, *Tendencje unijne...*, „Odrodzenie i Reformacja...”, s. 184.
- 8 Warto z pewnością zacytować tu interesującą pracę S. Senyk, *Women's Monasteries in Ukraine and Belorussia to the period of suppressions*, Roma 1983, która w części jak najbardziej pozwala na pewne porównania z recenzowaną pracą A. Mironowicza.

Drobna szlachta podlaska w XVI-XIX wieku. Materiały sympozjum w Hołnach Mejera (26-27 maja 1989) pod redakcją Stefana K. Kuczyńskiego, Białystok 1991, s. 186

Staraniem Ośrodka Badań Historii Wojskowej przy Muzeum Wojska w Białymstoku i Polskiego Towarzystwa Heraldycznego ukazały się materiały stanowiące plon sesji poświęconej dziejom drobnej szlachty podlaskiej w XVI-XIX wieku. Sympozjum zorganizowane przez OBHW odbyło się w dniach 26-27 maja 1989 r. w Hołnach Mejera. Zebrane materiały poprzedzone zostały wstępem pióra redaktora całości, Stefana K. Kuczyńskiego, prezesa Polskiego Towarzystwa Heraldycznego.

Tom otwiera skrót wystąpienia Tadeusza Wasilewskiego *Pospolite ruszenie województwa podlaskiego i ziem zachodniej Litwy w XVI wieku*.

Marek Plewczyński w artykule *Szlachta podlaska w wojsku polskim za ostatnich Jagiellonów* omówił udział żołnierzy z Podlasia w wojsku koronnym i przedstawił wielorakie przyczyny tego zjawiska. Autor oparł się na przekazach heraldycznych oraz aktach *Metryki litewskiej i koronnej*, które to źródła pozwalają uchwycić wpływ żołnierzy podlaskich w szeregi wojska koronnego w dobie przedunijnej.

Problematykę tę podjął również Janusz Wojtasik w szkicu *Drobna szlachta podlaska w wojsku Rzeczypospolitej w powstaniach narodowych*. Autor zwrócił uwagę na fakt, że również w XVII w. szlachta podlaska chętnie zaciągała się w szeregi armii koronnej, natomiast w pierwszej połowie XVIII w. jej kariera wojskowa była utrudniona, co spowodowane było niewielkim etatem wojska. W sposób ogólny przedstawiony został udział drobnej szlachty podlaskiej w powstaniach narodowych.

Bardzo interesujące są rozważania Piotra Rudnickiego na temat udziału drobnej szlachty podlaskiej w wojskach radziwiłowskich w XVII w. Badania oparte zostały na mało dotąd wykorzystywanych źródłach, jakimi są XVII-wieczne rejestry oddziałów wojskowych z Archiwum Radziwiłłów. Artykuł wzbogaca ją szczegółowe przypisy odnoszące się do przedstawionych rodzin.

Ciekawe są efekty badań nad klientarnymi związkami szlachty podlaskiej z wielkimi rodami magnackimi. Urszula Augustyniak omówiła *Podlaską klientelę Krzysztofa II Radziwiłła*, zaznaczając, że nie była ona przez hetmana litewskiego lubiana, ani też najważniejsza z punktu widzenia jego interesów politycznych. Autorka zwróciła uwagę na konieczność sprecyzowania terminów „sługa” i „klient” w odniesieniu do osób związanych z magnatem. Ewelina Kozak przedstawiła referat *Studzy podlascy Bogustawa Radziwiłła*. Jak wynika z badań autorki Podlasie było ważnym terenem rekrutacji klienteli księcia. Z tego obszaru wywodzili się m.in. jeden z najbardziej zaufanych sług, Benedykt Olszewski, dobry administrator dóbr Radziwiłła – Krzysztof Łopata, a także Krzysztof Żelski, repre-

zentujący interesy magnata na forum Rzeczypospolitej.

Artykuł Jerzego Urwanowicza omawia udział drobnej szlachty w wojnie domowej na Litwie na przełomie XVII i XVIII w. Autor zarysował przyczyny sporu pomiędzy stronnictwem sapieżyńskim a republikańskim oraz przedstawił przebieg konfliktu.

Nawiązaniem do problemu aktywności politycznej szlachty jest artykuł Wiesłwa Majewskiego *Granica uzależnienia szlachty od magnaterii w XVII-XVIII w.* Zagadnieniem, które zainteresowało autora, jest sytuacja, gdy szlachta będąca klientką wyłamuje się z zależności od magnaterii. Zachowanie szlachty pod tym kątem prześledził autor w przełomowych dla dziejów Rzeczypospolitej okresach: w końcu XVIII w. w czasie konfederacji barskiej, w początkach i połowie XVIII w. na przykładzie Kazimierza Rudzińskiego – na przemian klienta i niezależnego szlachcica oraz w czasie „potopu”, kiedy Janusz i Bogusław Radziwiłłowie przeszli na stronę Szwedów.

Tematem podjętym przez Jana Siedleckiego była *Kariera Prokopa Leśniowskiego starosty brańskiego (ok. 1590-1653)*. Do tekstu dołączony został aneks zawierający wykaz posłów ziemi bielskiej na sejmy walne w latach 1626-1645.

Michał Kulecki przedstawił spuściznę aktową sądów ziemskich i grodzkich województwa podlaskiego jako źródła do dziejów szlachty tego regionu. Uwagę swoją skoncentrował na pozostałościach po dwóch zespołach przechowywanych obecnie w oddziale akt staropolskich Archiwum Głównego Akt Dawnych w Warszawie i aktach sądów ziemskich i grodzkich ziem: bielskiej, drohickiej i mielnickiej oraz na wypisach z tych akt Ignacego Kapicy Milewskiego.

Referat Henryka Lulewicza *Leśnictwo ekonomii brzeskiej i grodzieńskiej w czasach Wazów* dotyczy problematyki związanej z obszarem sąsiadującym z województwem podlaskim.

Na uwagę zasługuje artykuł Jerzego Szumskiego, przygotowany z wykorzystaniem szerokiej podstawy źródłowej. Autor ukazał dzieje właścicieli Hołnów Mejera i Krasnogrudy – Eysymontów i Mejerów. Tekst uzupełniają dwie tablice genealogiczne omawianych rodów.

Ostatnim z prezentowanych referatów jest *Szlachta grodzieńska w świetle pruskich akt hipotecznych z przełomu XVIII i XIX wieku* Leszka Postołowicza. Akta te stanowią źródło historyczne do ustalenia własności i właścicieli na terenie dawnego powiatu grodzieńskiego. Autor omówił również historię zespołu *Kamera Wojenno-Ekonomiczna w Białymstoku*, obejmującego akta hipoteczne.

Tom zamyka krótkie omówienie wystąpień sesyjnych, napisane przez Krzysztofa Filipowa w języku esperanto.

Wydanie drukiem materiałów z sympozjum to cenny wkład Ośrodka Badań Historii Wojskowej i Polskiego Towarzystwa Heraldycznego w popularyzację efektów badań dotyczących dziejów Podlasia. To również zapoznanie z różnorodnością podejmowanych problemów i wielokierunkowością prac zmierzających do określenia roli szlachty podlaskiej w historii regionu i Rzeczypospolitej.

Dorota Michałuk

Józef Maroszek, *Tagowiska wiejskie w Koronie Polskiej w drugiej połowie XVII i w XVIII wieku*, Białystok 1990, Dział Wydawnictw Filii UW (seria „Rozprawy Uniwersytetu Warszawskiego”), ss. 262, 18 tabel, aneks, bibliografia, 2 mapy.

Omawiana praca dotyczy jednego z trudniejszych do zbadania źródłowo zagadnień dziejów gospodarczych Polski przedrozbiorowej, mianowicie rynku wewnętrznego. Autor zajął się pewną charakterystyczną, a niemal nie zbadaną klasą rynków, a mianowicie wiejskimi osadami targowymi. Rozważania dotyczą całej Korony, przeważa jednak materiał pochodzący z terenów Podlasia. Podstawowym (choć nie jedynym) wykorzystanym przez autora źródłem są nadania przywilejów targowych właścicielom osad wiejskich. Autor świetnie sobie zdaje sprawę z ograniczeń tego normatywnego przede wszystkim źródła i dobrze sobie radzi z jego interpretacją, wiele potrafiąc z niego wyczytać. Po krótkim przedstawieniu „prehistorii” zagadnienia (tj. roli wiejskich osad targowych w XVI w.), w kolejnych rozdziałach rozprawy omawia odbiorców przywilejów targowych, związki między targami i jarmarkami a kultem religijnym, miejsce wsi targowych w strukturze handlu wewnętrznego, wreszcie – prezentuje, kto się tym wewnętrznym handlem zajmował.

Tezy autora streścić można następująco: najczęściej wiejskich osad handlowych powstawało na obszarach stosunkowo silnie zurbanizowanych. Zainteresowani ich ustanowieniem byli przede wszystkim właściciele ziemscy średnio zamożni, którzy – w przeciwieństwie do magnatów – nie byli w stanie założyć w swych dobrach miasta. W dobrach magnackich i królewskich natomiast na zakładanie wiejskich osad targowych nie zezwalało, pragnąc chronić miasta przed ich konkurencją. Maroszek stwierdza więc „występowanie [...] dążności do tworzenia rynków lokalnych, zamykających się w granicach własności ziemskiej, gdzie targowiska wiejskie miały za zadanie obsługiwać tylko klucze dóbr średniowiecznej [sic! tak w oryginale, powinno chyba być średnio zamożnej – przyp. J. K.] i uboższej szlachty, a targowiska miejskie nastawione były na obsługę dużych kompleksów własności wiejskiej i tam targowisk wiejskich nie organizowano” (s. 56).

W takich wiejskich osadach odbywały się regularnie targi i jarmarki, targi raz na tydzień, jarmarki w zasadzie raz na miesiąc. Targi w niedziele, później w poniedziałki, jarmarki w dni odpustów. Handlowano na przykościelnych placach, choć szlachta zabiegała też o przywileje lokowania targowisk we wsiach niekościelnych – a to w tym celu, by nie dzielić się z proboszczem dochodami z propinacji. Funkcje tych targowych osad określa Maroszek jako „aprowizacyjne” – pośrednicy, pochodzący z miast większych, objeżdżali te ośrodki, skupywali tam artykuły rolnicze, a dostarczali wyrobów rzemiosła miejskiego.

Główne przedmioty handlu to zboże, przede wszystkim chłopskie, czasem drobnoszlacheckie. Nie wielkie, jednorazowe kontrakty, lecz sprzedaż przez cały rok zboża sukcesywnie młóconego jesienią i zimą to cecha charakterystyczna tego rynku. Obok zboża duże znaczenie miały bydło, trzoda, mięso, „towary kramne” (a więc produkty wiejskiego i miejskiego rzemiosła), w tym sporą rolę odgrywały artykuły związane z odpustami. Maroszek nie czynił żadnych prób oszacowania wielkości obrotów na takich targowiskach, czy ilości przechodzących przez nie produktów – zdają sobie jednak doskonale sprawę, że istniejące źródła pozwalają tu chyba co najwyżej na spekulacje.

Nasilony proces tworzenia się tych ośrodków wymiany Maroszek wiąże ze spadkiem liczby lokowanych miast. „Zakładanie targów we wsiach nastąpiło więc w czasach niepomyślnego dla ośrodków miejskich kryzysu ekonomicznego i stagnacji wywołanej jego skutkami” (s. 126). Sprzyjało temu masowe w XVII i XVIII wieku, zwłaszcza na Podlasiu, osadnictwo żydowskie – to Żydzi właśnie byli najważniejszymi pośrednikami w tym handlu.

Maroszek twierdzi, że rozwój targowisk wiejskich jest dowodem na rozszerzenie się rynku wewnętrznego (a w domyśle – wzrostu gospodarczego) w Polsce. „Istnienie targowisk wiejskich na ziemiach polskich – pisze – w świetle szerokiego występowania tego zjawiska w innych krajach [...] wskazuje na fakt rozszerzania się rynku wewnętrznego w Polsce” (s. 152), a kończy książkę słowami: „Targowisko wiejskie – to nowe ognisko wymiany, które rozpowszechniło się na ziemiach polskich w czasach nowożytnych. Ten typ osiedla [...] na trwałe wszedł do struktury handlu wewnętrznego. Zbliżenie do konsumenta i upowszechnienie wymiany było ważnym elementem procesu rozwoju ekonomicznego ziem polskich. Wsie targowe należy więc uznać za zjawisko postępowe i nowoczesne” (s. 189).

Pozostawiając na boku kwestię, na ile taki wniosek pozostaje w zgodzie z przywołanym wyżej cytatem ze s. 126, stwierdzić trzeba, iż w tej konkluzji – jak zresztą w całej pracy – autor dotyka jednej z najważniejszych kontrowersji co do dziejów gospodarczych Polski przedrozbiorowej – kontrowersji, którą w skrócie można by określić przeciwstawieniem tezy o osiemnastowiecznym ożywieniu gospodarczym i tezy o kryzysie ustroju folwarczno-pańszczyźnianego. Dotyka jej jednak tylko, nie posuwając się dalej, choć właściwie temat pracy do tego zaprasza. Nie chciałbym z tego czynić zarzutu – praca, jako monografia targowisk wiejskich, jest bardzo cenna, interesująca i wnosi wiele materiału. Uwagi poniższe niech więc autor potraktuje jako refleksje wywołane lekturą jego książki.

Idzie mi o to, że skupienie zainteresowania na samym wiejskim targowisku i jego uczestnikach sprawia, że mało ostro rysuje się mechanizm gospodarczy, jaki się krył za tą wymianą. W kontrowersji, którą wspominałem, niektórzy historycy (od Korzona po Topolskiego) akcentują przede wszystkim poszlaki mówiące o wzroście gospodarczym. Niewątpliwie jedną z najważniejszych był przyrost liczby ludności w Rzeczypospolitej, ale zwraca się uwagę i na inwestycje manufakturowe, i na pojawianie się kapitałów mieszczańskich, i na rysowanie się postaw kapitalistycz-

nych wśród magnaterii. Jeśliby tak było, to należałoby się spodziewać bogacenia się ludności miast, a zatem i wzrostu jej siły nabywczej. Z drugiej jednak strony historycy wsi zwracają uwagę na jej zubożenie, ograniczanie nadwyżek towarowych i redukcję kontaktów z rynkiem miejskim (bardzo mocno akcentował to Witold Kula w *Teorii ekonomicznej ustroju feudalnego*). Rzecz o tyle nie jest przy tym jasna do końca, że znaczne dochody wielkiej własności z propinacji wskazują, że jednak jakąś gotówką chłopcy dysponowali, że więc coś mieli na sprzedaż i że ktoś to od nich kupował. Praca Maroszka zdaje się te ostatnie przypuszczenia potwierdzać, choć ciągle jesteśmy bardzo odlegli od możliwości jakichś, nawet hipotetycznych, szacunków rozmiarów chłopskich nadwyżek towarowych.

Kontrowersja, o której wspomniałem, wobec braku danych o wielkości produkcji czy o dochodzie narodowym, zapewne nigdy do końca nie zostanie rozstrzygnięta – warto jednak o niej pamiętać przy analizach handlu wewnętrznego w XVIII w. Maroszek do pewnego stopnia jej dotyka, gdy pisze, że zasięg rynków wiejskich pokrywał się z zasięgiem dóbr. Teza ta zdaje się potwierdzać hipotezę Kuli o tendencji do izolacji i cementowania wielkiej własności ziemskiej, wskazuje bowiem na to, że wielka własność dążyła do utrzymania obiegu pieniądza wewnątrz włości. W tym sensie targowiska wiejskie, mimo swego rozwoju, nie byłyby czynnikiem sprzyjającym formowaniu się ponadlokalnego „rynku narodowego”, lecz raczej przeciwnie – czynnikiem gospodarczego rozdrobnienia kraju.

Jacek Kochanowicz

Cezary Kukło, *Rodzina w osiemnastowiecznej Warszawie*, Instytut Historii Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku, Białystok 1991, s. 262.

Historia rodziny, od kilku dziesięcioleci zajmująca czołowe miejsce w badaniach światowych, w Polsce doczekała się niewiele opracowań i to tylko fragmentarycznych. To zaniedbanie polskiej historiografii jedynie częściowo można wytłumaczyć stanem źródeł – rzeczywiście o wiele mniej korzystnym, zwłaszcza w odniesieniu do czasów przedrozbiorowych, niż w krajach Europy Zachodniej. Nawet jednak te źródła, które na ziemiach polskich powstały i do naszych czasów się zachowały, nie były eksploatowane tak, jak na to zasługują i jakby tego wymagał postęp badań historycznych. Współczesne badania nad historią rodziny, oparte przede wszystkim na analizach demograficznych, wymagają bowiem nie tylko odpowiednich źródeł i stosowania nowoczesnych metod z użyciem techniki komputerowej włącznie, ogromnego nakładu pracy, ale ponadto przełamania pewnych przyzwyczajęń, zerwania ze stereotypami i mitami, odrzucenia tradycyjnych przekonań i zahamowań, słowem: wymagają pewnej odwagi ze strony historyka.

Książka Cezarego Kukli o rodzinie w osiemnastowiecznej Warszawie jest więc rewelacją w polskiej nauce historycznej, właściwie pierwszą w naszym piśmiennictwie tak obszerną i gruntowną pracą na ten temat, chociaż w nauce europejskiej zajmuje ona miejsce obok wielu już dziesiątków podobnych opracowań. Rewelacyjność książki Kukli polega jednak nie tylko na jej tytule i podjęciu tego tematu, ale na jego znakomitym opracowaniu.

Tytuł książki Kukli jest skromny i zapowiada o wiele mniej, niż autor w niej zamieścił. Nie jest to bowiem tylko historia rodziny w polskim mieście preindustrialnym, ale jakby monografia społeczności miejskiej, porusza wiele problemów wykraczających poza sprawy rodzinne – choć z nimi blisko związane – i przedstawia dosyć wszechstronny obraz mieszkańców jednej z pięciu parafii przedrozbiorowej Warszawy. Taką ogólną charakterystykę społeczności parafii św. Krzyża (bo tej parafii omawiana praca dotyczy) w XVIII w. zawarł autor w rozdziale II książki. Rozdział ten był niezbędny w tym miejscu książki dla przedstawienia środowiska społecznego, a po trosze i gospodarczego, i urbanistycznego, w którym interesujące autora przede wszystkim zjawiska rodzinne rozwijały się w XVIII w. Ale pożądanym byłby też rozdział o podobnym charakterze na zakończenie książki. Zamiast krótkiego, czterostronicowego zaledwie, zakończenia przydałby się obszerny rozdział podsumowujący wyniki badań autora i przedstawiający w ich świetle społeczeństwo stołecznej Warszawy.

Tematyka książki jest wąska i szeroka zarazem. Autor analizuje w świetle danych demograficznych rodzinę miejską jednej tylko dzielnicy Warszawy w ciągu jednego stulecia (faktycznie nawet w nieco krótszym okresie, gdyż szczegółową analizą, opartą na metodzie rekonstrukcji rodzin, autor objął tylko lata 1740-1799), ale rezultaty tej pracy dają wgląd w całokształt procesów demograficznych i społecznych epoki, w szczególności w życie społeczeństwa miejskiego. Przestrzec jednak należy – i autor zaznacza to parokrotnie – przed zbyt pochopnymi uogólnieniami. Ostrożność nakazuje nie tylko niepełna dokumentacja źródłowa i niebezpieczeństwa metod statystycznych zastosowanych do jej obróbki, ale również fakt, że mamy do czynienia z ludnością bardzo nietypowego miasta, jakim była XVIII-wieczna Warszawa, szybko, ale trochę anormalnie się wtedy rozwijająca, w dodatku z ludnością tylko jednej z dzielnic, też najprawdopodobniej niezupełnie typowej dla całości warszawskiej aglomeracji, że wreszcie jest to społeczeństwo miasta przedprzemysłowego. Chociaż więc czytelnikowi w wielu miejscach lektury narzucają się analogie do współczesnych procesów demograficznych, do problemów gnębiących dzisiejsze rodziny, do dylematów moralnych nieobcych i nam, trzeba się wpieryw zastanowić, w jakim stopniu można porównywać sytuacje XVIII-wieczne z dzisiejszymi.

Cezary Kukło wykorzystał bardzo wiele źródeł, a wśród nich spisy ludnościowe z początku lat dziewięćdziesiątych XVIII w., inwentarze, testamenty, działy nieruchomości, księgi przyjęć do prawa miejskiego, akta sądowe i policyjne, wizytacje biskupie, pamiętniki, relacje odwiedzających Warszawę cudzoziemców, kartografię. Przede wszystkim jednak oparł się na zespole ksiąg metrykalnych (chrzty, śluby i pogrzeby), zachowanych w parafii św. Krzyża. One to dostarczyły ponad 80 tysięcy zapisów, na podstawie których udało się zrekonstruować ok. 2 tysiące rodzin. Ta rekonstrukcja rodzin była podstawą wszystkich analiz zaprezentowanych w książce.

Okres objęty dokumentacją metrykalną i opracowany przez autora był wystarczająco długi, by pozwolić na przedstawienie pewnej dynamiki procesów rodzinno-społecznych. Autor wyodrębnił dwa podokresy: 1740-1769 i 1770-1799, ukazując pewne zmiany w strukturze rodzin i ich życiu.

W odróżnieniu od opracowań przedstawiających historię rodziny w sposób opisowy, koncentrujących się na aspektach obyczajowych, a opartych na źródłach narracyjnych, zawsze przecież bardzo subiektywnych i dających możliwości interpretacji bardzo różnorodnych, a więc niekiedy i dowolnych – praca Kukli, oparta na materiale statystycznym i konkretnych liczbach, pozwala (przy wszystkich zastrzeżeniach, jakie można i należy odnieść do statystyki) na bardzo zobiektywizowane, rzeczowe przedstawienie dziejów rodziny. Dotyczy to m.in. sfery moralności i obyczajów. Zakorzenione w świadomości historycznej (i odgrywające dużą rolę w dzisiejszych poglądach na rodzinę i jej funkcje) przekonanie, że w okresie staropolskim wszyscy żyli w ramach struktur rodzinnych, że staropolskie społeczeństwo skrupulatnie przestrzegało kościelnych nakazów moralnych, że rodność była nie limitowana, miała charakter naturalny – zostaje podważone przez wyartykułowane w tablicach statystycznych fakty, wskazujące, że prawie połowa mieszkańców para-

fi świętokrzyskiej w XVIII w. żyła poza rodzinami, że odsetki dzieci nieślubnych i przedślubnych były wysokie (odpowiednio: 10-20% i 12-15%), że niewątpliwie uciekano się do regulacji urodzin. Kukło nie poprzestaje na ukazaniu tych zjawisk, ale stara się je wytłumaczyć w kategoriach historyczno-społecznych i czyni to w sposób z jednej strony bardzo ostrożny, a z drugiej przekonywający. W jednym tylko wypadku nie zgodziłbym się z autorem, mianowicie gdy zbyt silnie podkreśla prorodzinną jakoby politykę ówczesnych władz (miejskich?), preferujących ludzi żonatyh i z tego jakoby powodu zwalczających ludzi luźnych, w większości bezżennych (s. 168). Stosunek władz do ludzi luźnych wynikał ze znacznie bardziej złożonych przesłanek, stanowili oni bowiem poważny problem społeczny i zagrażali łaadowi społecznemu nie tylko dlatego, że nie zakładali rodzin. Zaś poglądowni, że dopiero ślub czynił z człowieka pełnoprawnego członka społeczeństwa, przeczą wykazane przez Kukłę (i potwierdzone przez wielu badaczy w innych krajach) statystyki, ukazujące bardzo wysokie odsetki ludzi stanu wolnego w miastach preindustrialnych. Przypomnieć też warto, że stosowany często wymóg ożenku wobec osób ubiegających się o prawo miejskie lub przyjęcie do cechu wynikał nie tylko z zasad moralnych, ale z realiów ekonomicznych – rodzina była wszak podstawową jednostką gospodarczą w społeczeństwie przedprzemysłowym.

Badania Kukli wykazały, że rodzina miejska w Polsce w XVIII w. nie różniła się zasadniczo od współczesnej jej rodziny w miastach zachodnioeuropejskich. Jej parametry demograficzne były prawie identyczne (z wyjątkiem wieku zawierania małżeństw przez kobiety – w Warszawie nieco niższego niż w miastach Europy Zachodniej, oraz nieco większej niż na Zachodzie różnicy wieku między małżonkami).

W sumie otrzymaliśmy książkę bardzo cenną, traktującą o materii na wskroś polskiej, ale wprowadzającą do materii europejskiej. Książka Kukli mieści się też w wielkim i bardzo żwawym nurcie badań europejskich nad demografią historyczną i dawną rodziną.

Z przyjemnością można zauważyć, że Dział Wydawnictw Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku wydał książkę Kukli wprawdzie w bardzo małym nakładzie (tylko 400 egz.), ale za to na dobrym papierze i w ładnej szacie poligraficznej. Zawiodła jednak redakcja techniczna i korekta, czego skutkiem są takie przykre lapsusy jak „licytujące” zamiast „licujące” (s. 61), „książęta” zamiast „księża” (s. 50) itp.

Andrzej Wyrobisz

Halina Parafianowicz, *Polska w europejskiej polityce Stanów Zjednoczonych w okresie prezydentury Herberta C. Hoovera (1929-1933)*, Białystok 1991, Seria: Monografie Instytutu Historii Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku, s. 166

Prezydentura Herberta C. Hoovera przypadła na lata 1929-1933. Dziś wiemy, że był to okres szczególny. Z jednej strony wielki kryzys, który zaczął się w USA, a potem rozpełzł się po całym kapitalistycznym świecie, z drugiej zaś – ostatni akt republiki weimarskiej, której upadek był jednocześnie początkiem nowej polityki Niemiec i zapowiedzią konfliktów prowadzących wprost do wybuchu II wojny światowej, z aktywnym udziałem Ameryki.

Dzisiaj, gdy przyzwyczailiśmy się postrzegać USA jako głównego „policjanta świata”, supermocarstwo o potęgze globalnej, które po upadku ZSRR samotnie jak na razie góruje nad innymi i na prawach arbitra wnika w problemy wielu regionów świata, trudno sobie wyobrazić, że kiedyś było inaczej i że polityka amerykańska programowo nie zajmowała się na przykład Europą Środkowo-Wschodnią, w tym Polską. Tym bardziej, że trwała jest pamięć udziału St. Zjednoczonych AP w I wojnie światowej, a 13 punkt Orędzia prezydenta Thomasa Woodrowa Wilsona z 8 stycznia 1918 r. zaskarbił mu dozgonną wdzięczność Polaków, aż tak wielką, że jeden z placów Warszawy nazwano jego imieniem.

Tyle tylko, że polityka amerykańska szybko, po zakończeniu tej wojny, przeszła w fazę izolacjonizmu i zajęła się przede wszystkim sobą. Można powiedzieć, że Ameryka odpoczywała po trudach wojny, kumulowała energię na przyszłość i poszukiwała środków i metod, które miały na celu przede wszystkim przebudowanie własnego społeczeństwa, na miarę gospodarczych i świadomościowych wyzwań epoki, mierzonej cyklami hossy i bessy. W ciągu dwudziestolecia dokonano w USA kolejnego, olbrzymiego, acz niebezpiecznego skoku jakościowego – gospodarczego, politycznego, w organizacji społeczeństwa i rozwiązaniach demokratycznych... Ameryka przygotowywała się do swojej roli wielkiego mocarstwa i gdy przyszedł czas próby, wystawiła swoją potęgę, nie cofając się już później do fazy izolacjonizmu.

Oczywiście, USA były w latach dwudziestych obecne w Europie, ale przede wszystkim na sposób gospodarczy, czy też wychodząc z inicjatywami politycznymi o charakterze korekcyjnym, mediacyjnym czy pacyfistycznym. Były obecne i dlatego, że dla europejskich rządów i społeczeństw pozostawały ważnym układem odniesienia, nadzieją i szansą. Bogactwo mitycznej Ameryki, jej polityczna potencja, atrakcyjny dla wielu styl życia tamtego społeczeństwa nakazywały wpatrywać się

we wzór amerykański, i tam szukać wsparcia dla swoich planów, liczyć na pomoc.

Halina Parafianowicz w swojej książce pokazuje polskie nadzieje i oczekiwania wobec polityki amerykańskiej w okresie międzywojennym, a zwłaszcza w latach 1929-33. Herbert Clark Hoover uchodził bowiem nad Wisłą za męża stanu o skali rzeczywiście międzynarodowej, „czującego” Europę i rozumiejącego Polskę, darzącego ją sympatiami. „Nie one jednak decydowały o kształcie stosunków wzajemnych, a interesy (...). Nierównorzędność pozycji Polski i Stanów Zjednoczonych bezpośrednio rzutowała na stosunki bilateralne, jednostronne w całym okresie międzywojennym. Były one, bo i być musiały, oparte na dostosowywaniu się Polski do wymogów polityki amerykańskiej, zwłaszcza w odniesieniu do gospodarczych i politycznych zagadnień środkowoeuropejskich” (s. 149). Musiało upłynąć wiele wody w rzece Wiśle, a zwłaszcza w rzece Potomac, by Waszyngton mógł się dopracować jakiegokolwiek koncepcji politycznej wobec tego regionu Europy, a to dokonało się o wiele później i w innych warunkach – po Jałcie i w konfrontacji z potęgą ZSRR.

Autorka przeprowadza wnikliwą analizę stosunków „muchy” i „słonia” w latach 1929-33, sprowadza je do poziomu szczegółów, konkretów. Pokazuje usiłowania strony polskiej przebicia się przez mur niezrozumienia, a nawet niechęci drugiej strony. Jak najbardziej słusznie politykę intencji i zabiegów wiąże z obserwacją opinii publicznej, tego potężnego i czułego instrumentu polityki amerykańskiej. Opinii, która *nota bene* była wówczas podatna na argumentację i perswazję propagandy niemieckiej uparcie, jak wiadomo, kwestionującej wersalskie traktaty pokojowe i krzyczącej o „niemieckich krzywdach”. Sukcesy Polski nie mogły być w tych warunkach zbyt duże, ale były; Stany Zjednoczone oficjalnie nie poparły projektów rewizji granicy polsko-niemieckiej.

Halina Parafianowicz przygotowała klasyczną monografię, która mieści się znakomicie w szerszym planie, pokazując „długie trwanie” polityki amerykańskiej i pozostającej z nią w relacji polityki polskiej. Fragment tego trwania został osadzony w historycznym kontekście, ale też nabrał cech swoiście ponadczasowych. Wtedy zwłaszcza, gdy Autorka przywołuje kategorie interesów w polityce; opisuje nierównomierność polityczną słabych i silnych, przedstawia politykę jako pozytywistyczny trud osiągnięcia także celów małych, jako że duże są nie do osiągnięcia.

Książka została przygotowana na podstawie wszechstronnie dobranych źródeł polskich i amerykańskich, archiwalnych i dokumentacyjnych, sprawnie operuje literaturą przedmiotu. Jej układ jest przekonujący i przejrzysty, język komunikatywny.

Miałbym tylko uwagę krytyczną do edytora tej monografii. Jej tytuł nadaje się po prawdzie na podtytuł książki, a na okładce przy nazwisku Autorki występuje tylko inicjał imienia. Okropne! Czyżby tylko znajomi i przyjaciele mieli wiedzieć, że tę książkę napisała Halina?

Książkę ważną i dobrą, godną polecenia tzw. specjalistom, a również każdemu inteligentowi, który lubi sobie, w fotelu i kapciach, trochę pofilozofować i popolitykować.

Wiesław Władyka

SESJA NAUKOWA POŚWIĘCONA 200-LECIU KONSTYTUCJI 3 MAJA

Jubileusz 200-lecia uchwalenia Konstytucji 3 maja był obchodzony szczególnie uroczysto. Święto to odzyskało swój przedwojenny status święta państwowego. Obok wielu oficjalnych uroczystości państwowych przygotowano szereg różnego rodzaju imprez; nie zabrakło również sesji naukowych bądź popularnonaukowych.

Dla uczczenia rocznicy Konstytucji 3 maja Instytut Historii Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku zorganizował w dniu 22 maja 1991 roku konferencję naukową poświęconą wybranym problemom związanym z ustawą rządową z 1791 roku. Obrady odbywały się w auli Wydziału Humanistycznego. Przewodniczył prof. dr hab. Andrzej Wyrobisz z Uniwersytetu Warszawskiego, uczony bardzo zasłużony dla tworzenia środowiska historycznego w Białymstoku.

Referaty wygłosiło czterech znanych historyków, a mianowicie prof. dr hab. Andrzej Zahorski, prof. dr hab. Władysław Serczyk, prof. dr hab. Andrzej Woltanowski i dr Jerzy Milewski.

Piewszy z referatów, prof. Zahorski, w swoim wystąpieniu pt. *Prawda i legenda o Konstytucji 3 maja* mówił głównie o okolicznościach poprzedzających uchwalenie *Ustawy rządowej* oraz o stosunku do niej Polaków w okresie zaborów. Doniosłość i znaczenie tej ustawy zasadniczej szczególnie wyraźnie rysuje się w konfrontacji z zastojem polityczno-ustrojowym XVIII-wiecznej Rzeczypospolitej. Na przekór pojawiającym się ostatnio tendencjom do afirmacji tego okresu, prelegent podkreślił sparaliżowanie sejmu i degrengoladę XVIII-wiecznej armii polskiej. Prof. Zahorski uznał Konstytucję 3 maja za swego rodzaju zamach stanu. Był to jednocześnie dobry przykład kompromisu, przewycięzania wzajemnych animozji między autorami dzieła 3 Maja. Referent zwrócił uwagę na potrzebę aktualizacji naszej wiedzy na ten temat.

Kwestią stosunku Petersburga do Konstytucji 3 maja zajął się w swym referacie prof. Serczyk. Rosja początkowo nie mogła swobodnie interweniować w Polsce, gdyż prowadziła wojnę z Turcją. W Petersburgu różne stronnictwa dworskie miały zresztą odmienne koncepcje w tej sprawie. Dlatego Katarzyna II początkowo zalecała mnożenie protestów przeciw *Ustawie rządowej* i organizowanie opozycji magnackiej, chociaż faworyt carycy, Płaton Zubow, parł do wojny z Polską. Pokój z Turcją podpisany w styczniu 1792 roku oraz wojna francusko-austriacka ułatwiły działania Rosji w Polsce. Referent podkreślił, że interwencja rosyjska przeciw „rewolucji majowej” przedstawiana była przez dwór petersburski jako „przyjacielska pomoc”, a nie wojna przeciw Rzeczypospolitej.

Prof. Woltanowski przedstawił referat pt. *O ustawie rządowej w 1794 roku*. Wystąpienie jego miało ściśle naukowy charakter i wymagało pewnego przygotowania ze strony słuchaczy. Autor badał problem wykorzystania dzieła 3 Maja w okresie powstania kościuszkowskiego. Propagandowo było ono bardzo słabo wykorzystane. Skąpe są na przykład wiadomości o obchodach trzeciej rocznicy 3 Maja w 1794 roku. Powstanie nie budowało nowego ustroju, odkładano te kwestie na później. Prof. Woltanowski przypuszcza, że ustrój Rzeczypospolitej po zwycięstwie insurekcji wyglądałby inaczej, niż to przewidywała *Ustawa rządowa z 1791 roku*.

Ostatni z referatów, dr Jerzy Milewski, mówił o obchodach Konstytucji 3 Maja w Polsce w okresie międzywojennym. Ranga tej rocznicy rosła systematycznie jeszcze w okresie niewoli narodowej. Dzieło 3 maja inspirowało nie tylko polityków, ale także poetów i malarzy (np. Adam Mickiewicz, Jan Matejko). Sejm ustawodawczy odrodzonej Rzeczypospolitej przyjął 29 kwietnia 1919 roku uchwałę o święcie narodowym w dniu 3 maja. Od roku 1925 dzień ten jest także świętem kościelnym (Królowej Korony Polskiej). W okresie międzywojennym wykształcił się bogaty rytuał uroczystości trzeciomajowych. Uczestniczyły w nich władze państwowe, kościelne, wojsko, organizacje społeczne. Odbywały się liczne imprezy kulturalne, sportowe, festyny i zabawy. W latach po II wojnie światowej systematycznie wy-ciszano obchody rocznicy 3 maja i usiłowano ją zastępować świętem robotniczym 1 Maja. Dopiero 30 kwietnia 1990 roku sejm przywrócił oficjalnie święto 3 maja. „Tak zamknęło się koło historii” – zakończył swe wywody dr Milewski.

Na zakończenie prof. Wyrobisz dokonał krótkiego podsumowania konferencji. Podkreślił, że żaden ruch polityczny, żaden polityk nie mógł przejść wobec *Ustawy rządowej* obojętnie. Konstytucja 3 Maja praktycznie nie weszła w życie, pozostała jednak symbolem niepodległości dla następnych generacji Polaków.

Sesja, mimo rocznicowego charakteru, odznaczała się wysokim poziomem naukowym prezentowanych referatów. Wzięli w niej udział studenci Wydziału Humanistycznego i - mniej licznie - młodzież szkół średnich. Konferencja przyczyniła się niewątpliwie do spopularyzowania i pogłębienia wiedzy na temat Konstytucji 3 maja.

Jan Snopko

JUBILEUSZ PROFESORA ANDRZEJA WYROBISZA

2 kwietnia 1992 r. na Wydziale Humanistycznym w Białymstoku odbyła się uroczystość wręczenia książki pamiątkowej prof. Andrzejowi Wyrobiszowi z okazji 60. rocznicy urodzin. Była to ważna uroczystość w życiu wydziału. Prof. A. Wyrobisz był długoletnim dyrektorem Instytutu Historii i dziekanem Wydziału Humanistycznego Filii UW w Białymstoku.

W ciągu 38 lat pracy naukowej ogłosił drukiem ponad trzysta publikacji. Jego zainteresowania ogniskują się wokół badań nad miastami, regionalistyką, społeczeństwem i kulturą. Prace ofiarowane Profesorowi w formie książki na Jego jubileusz odzwierciedlają tę tematykę. Koncentrują się wokół trzech zagadnień: miasta, regionu i społeczeństwa.

W dziale *Miasto* mieszczą się prace obejmujące okres od XV w. do końca II Rzeczypospolitej. Teksty odnoszą się zarówno do miast w skali całych państw, jak też ich części, regionów oraz do pojedynczych ośrodków miejskich. Są tu zarówno przeglądy badań nad dziejami miast, jak i rezultaty indywidualnych badań autorskich. Problematyka jest różnorodna: odnosi się do zagadnień urbanistycznych, socjotopografii, demografii, struktury zawodowej, przyczyn rozwoju i upadku miast, struktury sieci miejskiej.

Część książki zatytułowana *Region* przynosi treści odnoszące się zarówno do terenów zakreślonych bardzo szeroko (Europa Środkowa), jak i wąsko. Są tu rozważania metodologiczne nad pojęciem regionu funkcjonującym w świadomości, badania dotyczące przejawów życia społecznego, gospodarczego, politycznego i kulturalnego istniejące na określonym terytorium. Powstały one na podstawie zróżnicowanej bazy źródłowej. Są to źródła typu gospodarczego, sądowego, źródła o charakterze publicznoprawnym.

Ostatnia część książki, *Spoleczeństwo*, jest najbardziej różnorodna tematycznie. Artykuły tu zamieszczone traktują o jednostce na tle wydarzeń dziejowych oraz o zbiorowościach politycznych, etnicznych. Są to publikacje z dziejów polityki, obywatelstwa, świadomości, jak też wkraczające w obszar badań historii kultury materialnej.

Księgę zamykają dwa teksty przybliżające postać prof. A. Wyrobisza jako naukowca i organizatora życia naukowego i dydaktycznego w białostockiej Filii Uniwersytetu Warszawskiego.

W sumie książkę współtworzy 32 autorów, pochodzących ze środowisk naukowych białostockiego i warszawskiego, jak również spoza granic Polski.

Bogactwo zagadnień i szereg nowych spostrzeżeń zawartych w artykułach książki

jubileuszowej prof. Andrzeja Wyrobisza stanie się użytecznym zbiorem studiów dla historyków zainteresowanych problematyką miejską, regionalną i społeczną, a także – można przypuszczać – posłuży jako inspircja do dalszych badań.

Ewa Dubas-Urwanowicz

KONFERENCJA
„STAN BADAŃ NAD DZIEJAMI
KRESÓW PÓLNOCNO-WSCHODNICH
DRUGIEJ RZECZYPOSPOLITEJ”

Kresy wschodnie, rozumiane na ogół jako ziemie, które po ostatniej wojnie odpadły od Polski na rzecz Związku Radzieckiego, cieszą się obecnie szczególnym zainteresowaniem historyków. Spowodowane jest to przede wszystkim zmianami politycznymi, jakie zaszły w tej części Europy. W większości zainteresowania te dotyczą jednak lat drugiej wojny światowej – z tego względu pojawiły się nawet próby koordynacji badań w tym zakresie w skali kraju. Dotychczas brak było dyskusji czy choćby wymiany informacji na temat postępu prac dotyczących okresu międzywojennego.

Instytut Historii Filii Uniwersytetu Warszawskiego w Białymstoku, nie tylko z racji swojego położenia geograficznego, ale i ze względu na podejmowane w nim prace badawcze, zorganizował w październiku 1992 r. konferencję na temat aktualnego stanu badań nad dziejami kresów północno-wschodnich Drugiej Rzeczypospolitej. Ograniczono się więc do fragmentu kresów wschodnich, które istotnie można podzielić na dwie wyraźne części: południową z dominującą kwestią ukraińską i północną – której jednym z wyróżników będzie występowanie kwestii białoruskiej, a częściowo także litewskiej.

Problem określenia obszaru kresów północno-wschodnich II RP był jednym z wątków konferencji. Teza zawarta w referacie niżej podpisanego, iż zaliczyć do nich należy województwa: wileńskie, nowogródzkie, poleskie i Grodzieńszczyznę z woj. białostockiego, nie przez wszystkich była akceptowana. Dr Zbigniew Zaporowski z Lublina za kresy północno-wschodnie skłonny był uważać woj. wileńskie, nowogródzkie i całe białostockie. Pomijał natomiast woj. poleskie, podkreślając jego odrębność. Wywołało to polemikę, jako że trudno za kresowe uznać zachodnie powiaty woj. białostockiego (np. łomżyński czy ostrołęcki), których ani tradycja, ani międzywojenna rzeczywistość nie łączyły z kresami. Natomiast uznając specyfikę Polesia, trzeba jednak przyznać, iż więcej łączyło go niż dzieliło z innymi województwami, położonymi bardziej na północ.

Organizatorzy konferencji dążyli do tego, aby przedstawiony został stan badań nad dziejami tych ziem w latach 1918-1939 także w tych państwach, do których one obecnie należą, tj. na Litwie i Białorusi. Niestety, pomimo zaproszeń, nie udało się spowodować przyjazdu historyków z Uniwersytetu Wileńskiego. Przybyli za to przedstawiciele Uniwersytetu im. Janka Kupały w Grodnie (Białoruś), z grona któ-

rych referat pt. *Dzieje Zachodniej Białorusi w okresie międzywojennym w badaniach radzieckich* przedstawiła doc. Tatiana A. Badiukowa.

W latach poprzednich od podejmowania problematyki ziem północno-wschodnich II RP odstraszał też ubogi stan bazy źródłowej – bardzo nikłe zasoby archiwalne krajowe i ograniczony dostęp do archiwów radzieckich. Jako ciekawostkę można podać fakt, iż np. w Państwowym Archiwum Obwodowym w Grodnie w zespole Urząd Wojewódzki Nowogródzki na 27 teczek dotyczących roku 1925, tylko jedna teczka – zawierająca informacje o liczbie bezrobotnych – była dostępna, pozostałe były tajne. Podobnie przedstawiała się sytuacja w odniesieniu do innych lat i innych zespołów. Obecnie nastąpiła diametralna zmiana i to zarówno na Białorusi, jak i Litwie. Na duże możliwości podejmowania nowych badań, tkwiące w zachowanej bazie źródłowej, wskazywała w swoim referacie dr Zofia Tomczonek. Scharakteryzowała ona zasoby archiwów w Wilnie, Grodnie, Mołodecznie i Brześciu – w których przechowywanych jest wiele interesujących materiałów, wytworzonych głównie przez administrację państwową, a uprzednio nie udostępnianych.

Dotychczasowe badania w Polsce, dotyczące omawianych ziem w okresie międzywojennym, koncentrowały się głównie na problematyce mniejszości narodowych, czego efektem były monografie: Bronisława Makowskiego o Litwinach i Alego Miśkiewicza o Tatarach oraz sporo przyczynków dotyczących Białorusinów. Wkrótce ukaże się książka na temat kwestii białoruskiej w Polsce międzywojennej autorstwa Krystyny Gomółki. Właśnie ona przedstawiła podczas konferencji referat na temat stanu badań nad losami mniejszości białoruskiej w II Rzeczypospolitej.

W odniesieniu do kwestii żydowskiej wydaje się, iż jest, po pierwsze, zbyt mała znajomość prac, które powstały poza Polską i b. ZSRR, po drugie – badania takie w Polsce są dopiero podejmowane. Jedną z prób podjęła Jolanta Żyndul z Warszawy, która zaprezentowała interesujący referat na temat społeczności żydowskiej Wilna i Wileńszczyzny. Jeszcze gorzej przedstawia się sprawa problematyki ogólnej bądź też związanej z ludnością narodowości polskiej, ale i tu wkrótce może nastąpić poprawa. Świadczyły o tym referaty, które wygłosili: dr Krzysztof Filipow (*Samoobrona Litwy i Białorusi*), prof. dr Adam Dobroński (*Garnizony wojskowe na kresach północno-wschodnich II RP*) i dr Zbigniew Zaporowski (*Parlamentarzyści z kresów północno-wschodnich 1919-1939*).

Ogółem wygłoszono 9 referatów. W konferencji brali udział przedstawiciele z 5 ośrodków: poza Białymstokiem z Gdańska, Lublina, Warszawy i Grodna. Obradom przewodniczyli: prof. dr Władysław A. Serczyk i prof. dr Michał Gnatowski. Materiały z konferencji – dzięki dotacji MEN – zostaną opublikowane.

Jan Jerzy Milewski

KONFERENCJA NAUKOWA POŚWIĘCONA DZIEJOM PPS NA BIAŁOSTOCZYZNIE

Konferencja odbyła się 14 listopada 1992 r. Jej organizatorami byli: Instytut Historii Uniwersytetu Warszawskiego Filii w Białymstoku oraz Białostockie Towarzystwo Naukowe. Przewodniczyli konferencji kolejno: prof. dr hab. Adam Dobroński oraz prof. dr hab. Michał Gnatowski.

Po otwarciu obrad przez prof. dr. hab. A. Dobrońskiego zabrał głos dr Henryk Majecki. Poinformował o koncepcji konferencji. Tematyka konferencji nie była przypadkowa. Zorganizowano ją z okazji obchodów 100-lecia PPS. Prezentowane na konferencji materiały stanowiły fragment dorobku białostockiego środowiska naukowego, wynik wieloletnich badań opartych na źródłach historycznych. Regionalna tematyka nie jest przejawem separatyzmu dzielnicowego, lecz przekonanie, że badania regionalne wzbogacają tematykę ogólnokrajową, stanowią jej niezbędny element. Na wniosek dr H. Majeckiego zebrani uczcili minutą ciszy pamięć bojowników o niepodległą, suwerenną i demokratyczną Polskę, członków PPS.

Pierwszy referent, dr Jan Jerzy Milewski, przedstawił w skrócie dzieje PPS na Białostoczczyźnie w okresie międzywojennym. Sopośród kilku wątków tematycznych, podjętych przez autora, szerzej została omówiona problematyka zasięgu wpływów politycznych PPS na omawianym obszarze.

Dr Henryk Majecki przedstawił sylwetkę Wawrzyńca Gałaja (1879-1934), fryzjera z Suwałk, niekwestionowanego przywódcy suwalskiej PPS. W latach 1919-1934 bez przerwy pełnił funkcję przewodniczącego OKR PPS w Suwałkach, w latach 1923-1934 był równolegle przewodniczącym Rady Klasowych Związków Zawodowych. W latach 1919, 1922 i 1928 bezskutecznie ubiegał się o mandat posła na Sejm. Był też działaczem samorządowym. Od 1918 r. aż do swej śmierci był członkiem Rady Miejskiej w Suwałkach, kolejnych jej kadencji, zaś w latach 1921-1927 wiceprezydentem, a następnie w latach 1927-1934 prezydentem Suwałk.

Referat dr Zofii Tomczonek dotyczył innego już regionu – Polesia. Autorka oparła swoją pracę na materiałach Archiwum Państwowego Obwodu Brzeskiego Republiki Białoruskiej, dotąd nie wykorzystywanych przez polskich badaczy. PPS działała na tym obszarze w latach 1922-1939, ale kulminacyjny okres jej działalności przypadał na lata 1922-1926. W latach 1934-1939 działalność PPS ograniczała się tylko do Brześcia nad Bugiem. Jednakże w tym mieście była jedyną partią robotniczą, posiadała znaczne wpływy i przejawiała dużą aktywność.

Referat mgra Janusza Gwardiaaka obejmował już inny okres, wcześniejszy. Doty-

czył problematyki działalności propagandowej PPS wśród żołnierzy rosyjskich na terenie guberni łomżyńskiej podczas rewolucji 1905-1906.

Dyskusja, jaka rozwinęła się po wygłoszeniu referatów, uwzględniała wiele różnych zagadnień. Podsumowując dyskusję, prof. dr hab. Michał Gnatowski podkreślił konieczność dalszych badań nad podaną problematyką na podstawie nowych źródeł (otwarcie dostępu do archiwów państwowych Białorusi i Litwy stwarza ku temu odpowiednie warunki). Samą zaś konferencję określił jako udaną, wzbogacającą stan naszej wiedzy w zakresie omawianej tematyki.

Henryk Majecki

SPIS TREŚCI

I. Studia i rozprawy	3
<i>Walter Leitsch</i> , Sigismunt von Herbestein, sein Buch über den Moskauer Staat und seine Beziehung zu Polen	5
<i>Dorota Michaluk</i> , Rozwój układu przestrzennego Mielnika z XIII-XVIII w.	25
<i>Jacek Sobczak</i> , Sejmik kobryński 14.II.1972 r.	51
<i>Henryk Majecki</i> , Obóz sanacyjny na Białostocczyźnie w latach 1926-1939 .	67
II. Miscellanea	91
<i>Leonarda Dacewicz</i> , Kształtowanie się nazw osobowych odzawodowych na terenie dawnego województwa podlaskiego (XVI-XVII w.)	93
<i>Arkadiusz Kołodziejczyk</i> , Józef Łaski (1827-1885) – zapomniany historyk, wydawca i rysownik	101
<i>Halina Parafianowicz</i> , Lou Henry Hoover – kobieta niezwykła i nieznana Frist Lady	115
<i>Jan Jerzy Milewski</i> , Dzieje święta 3 Maja	127
<i>Hanna Konopka</i> , O potrzebie doskonalenia warsztatu zawodowego nauczyciela historii	133
III. Warsztat badawczy historyka	149
<i>Małgorzata Szyszkiewicz-Moroz</i> , Nazwy etnonimiczne jako pomocnicze źródło historyczne do badań nad osadnictwem tatarskim na przykładzie powiatu grodzieńskiego (do 1795 r.)	151
IV. Źródła i materiały	159
<i>Wiesława Wernerowa</i> , Opisy parafii dekanatu augustowskiego z roku 1784	161
<i>Mieczysław Wrzosek</i> , Okoliczności towarzyszące zimowo-wiosennym operacjom wojsk niemieckich i austro-węgierskich w 1918 r.	241
<i>Michał Gnatowski</i> , Wileńska Koncentracja Demokratyczna (1941-1944) ..	267
V. Recenzje i omówienia	303
VI. Informacje	329